

Österreichs
Schicksalskurve
1929-1938

Friedrich
Scheu

Der Weg
ins
Ungewisse

Molden



Friedrich Scheu

Mittel- und Osteuropa war in den Jahren zwischen 1929 und 1938 eine politische Fieberzone. Das politische Trümmerfeld der unzähligen nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme, das der Erste Weltkrieg zurückgelassen hatte, bildete den Nährboden für den Zweiten Weltkrieg. Es war das Schicksal Österreichs ebenso wie das seiner Nachbarländer, Schauplatz des Kampfes zwischen Demokratie und Diktatur zu werden, dessen Ende der „Marschritt der braunen Bataillone“ Hitlers akzentuierte. Der Autor Friedrich Scheu ist als Wiener Korrespondent der Londoner Tageszeitung „Daily Herald“ ein persönlich engagierter Augenzeuge dieser welthistorischen Entwicklung gewesen. Im Wien jener Jahre war das Café Louvre Nachrichtenbörse, Treffpunkt und zugleich Klub der Journalisten der Weltpresse. Der Louvre-Kreis war aber auch eine Bastion der politischen Freiheit. Scheu und seine Kollegen verfolgten berichtend, aber auch mitfühlend die Schicksalskurve Österreichs, die über die Diktatur zum Zweiten Weltkrieg führen sollte, einen Weg, der damals weder vorausbestimmt noch unänderlich schien. Der Autor schildert aus eigener Anschauung den Kampf der Sozialdemokratie gegen das autoritäre Regime, die Vorgeschichte und die Ereignisse des Bürgerkrieges im Februar 1934. Er berichtet von seinen Erlebnissen in den Balkanstaaten: über den Machtkampf in Rumänien, den Putsch König Carols 1930, die Farce der „freien Wahlen“ in Ungarn. Das Buch beleuchtet die Ursachen des Zusammenbruchs der Boden-Creditanstalt, eines der auslösenden Faktoren der Weltwirtschaftskrise von 1930, er berichtet von der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß. Scheu schildert eine der dunkelsten Affären jener Zeit: den Versuch einer großangelegten Korruption der Journalisten. Eine der erstaunlichsten Karrieren dieser Zeit hat Scheu aus nächster Nähe miterlebt, die des amerikanischen Journalisten Robert Best, der nach

(Fortsetzung auf der hinteren Klappe)

1938 zum Propagandisten Hitlers wurde und nach Kriegsende in den Vereinigten Staaten zu lebenslangem Kerker verurteilt wurde.

Scheus Darstellung ist ein wichtiger Beitrag zur Vorgeschichte des Bürgerkrieges in Österreich, eine Bestandsaufnahme der innenpolitischen Situation der Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg.

FRIEDRICH SCHEU, geboren in Wien, Studium an der Universität Wien, Rechtsanwalt. Von 1929 bis 1938 Korrespondent der Londoner Tageszeitung „Daily Herald“. Von 1938 bis 1954 als Journalist in London tätig. Nach seiner Rückkehr nach Österreich übernahm er 1954 die Leitung der außenpolitischen Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“.

VERLAG FRITZ MOLDEN

1. Auflage

Copyright © 1972 by Verlag Fritz Molden, Wien-München-Zürich

Alle Rechte vorbehalten

Schutzumschlag und Ausstattung: Hans Schaumberger, Wien

Lektor: Helga Zoglmann

Technischer Betreuer: Wilfried Ertl

Schrift: Borgis Garamond-Antiqua

Satz und Druck: Adolf Holzhausens Nachfolger, Wien

Bindearbeit: A. Günther, Wien

ISBN 3-217-00430-2

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

*Gewidmet meinen Kollegen
von der Anglo-American Press Association of Vienna*

Inhalt

Dank des Autors	10
Einleitung	11

1. Teil

NACHRICHTENZENTRUM FÜR MITTELEUROPA

Das Journalistenzimmer	15
Zaungast im «Korr.Büro» 15 – Robert Best nimmt Platz 18 – Das geheime Kartell 21 – Die Anglo-American Press Associa- tion 23 – Österreich am Scheideweg 27	
Der «Daily Herald»	31
Vier Kart’In 31 – Die «Nachfolgestaaten» 34 – Ein Freund der Verfolgten 35 – Giftmordhexen 38 – Der «Herald» als «natio- nale Zeitung» 40	
Kamerad, wir sind die Jugend	43
Jugendtreffen 43 – Neue Kräfte in Westminster 45 – Starhem- berg wird Heimwehrführer 49 – Appell an den Parteivorstand 53	
Der Putsch Carols von Rumänien	56
Nach Bukarest 56 – Weltpresse in Rumänien 59 – Interview mit dem König 62 – Rumänische Politiker 66	

2. Teil

WOLKEN ÜBER ÖSTERREICH

Eine ernste Krise	69
Unter den Regenbogenfarben 69 – Vaugoin und Starhemberg 72 – «Unpolitisches» Kabarett 77 – Der Zusammenbruch der Credit-Anstalt 81	

Ein Putsch misslingt.....	86
Ungarische Wahlen 86 – Der Kongress der Internationale 89 – Der verhängnisvolle 13. September 92 – Die Bestechungsaffäre der Journalisten 95	
Dollfuss tritt auf.....	99
Gemeinderäte in brauner Uniform 99 – Der neue Bundeskanzler 103 – Die ersten Notverordnungen 105 – Die Hirtenberger Waffenaffäre 110	
Die Ausschaltung des Parlaments.....	115
Hat die Sitzung stattgefunden? 115 – Bummel im Mai 120 – Pariser Sozialistentreffen 126 – Otto Bauers «Vier Punkte» 128 – Die Brückenbauer 133	

3. Teil

DAS JAHR DER ZWEI BÜRGERKRIEGE

Der Februarkampf.....	139
Hinter der «feindlichen» Front 139 – Der Mythos und die Wahr- heit 143 – Der Kreis der Beteiligten 146 – Der Mann, der das Zeichen gab 148	
Einzelheiten aus dem Februar.....	152
Goldmarkplatz: Eine Episode 152 – Floridsdorf: Das Haupt- kampfgebiet 155 – Hinrichtungen und Standgerichtsprozesse 159 – «Der Sozialismus lebt» 166	
Singerstrasse 16.....	169
Gaitskell tritt in Erscheinung 169 – Der Beginn der Quäker- aktion 173 – Funktionieren der Justiz in Notstandszeiten 178 – Die Geflüchteten 181	
Dollfuss auf dem Höhepunkt.....	185
Die neue Illegalität 185 – Die Sitzung des Rumpfparlaments 192 – Die Irren waren Zeugen 195 – Versöhnungsaktionen 197	
Der 25. Juli und seine Folgen.....	203
Dollfusmord und Naziputsch 203 – Wer hat den Bundeskanzler ermordet? 207 – Die Protestanten sollen helfen! 210 – Ein Diktator wider Willen 214	

4. Teil

UNTER DEM STÄNDESTAAT

Die Revolutionären Sozialisten.....	219
Wie ich verhaftet wurde 219 – Die Sozialisten als Kaderpartei 222 – Der Schutzbundprozess 226 – Wie ein Vöglein aus dem Käfig 231 – Die Affäre Laszlo Benes 234 – Die Auswirkungen von Abessinien 237 – Mission zu Schuschnigg 240	

Die Wendung im Schuschniggregime	243
Der grosse Sozialistenprozess 243 – Der Sturz Starhembergs 248 – Das Juli-Abkommen 252 – Die Aushebung der «Forschungs- stelle» 255	
Auflockerung	260
Die Monarchisten 260 – Nationales und Russisches 263 – Zuzug aus Spanien 268 – Rettungsversuche 272	
Der zeitweise Untergang Österreichs	277
Kontakte mit der Linken 277 – Das Echo von Berchtesgaden 280 – Die «Volkserhebung» in Graz und Linz 283 – Wieder Sozial- demokraten 286 – Ausgestritten, ausgerungen ... 290	
Nachwort	295
Literaturhinweise	303
Quellenverzeichnis	303
Namenregister	314

Dank des Autors

Die vielen Personen, denen ich für Auskünfte, Rat und Hilfe bei der Verfassung dieses Buches zu Dank verpflichtet bin, kann ich gar nicht einzeln aufzählen. Besonderen Dank aber schulde ich dem Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien, Univ.-Prof. Dr. Ludwig Jedlicka, für die Erlaubnis zur Benützung von Quellen und für zahlreiche nützliche Ratschläge, dem Generaldirektor des österreichischen Staatsarchivs, Professor Hofrat Dr. Hanns Leo Mikoletzky, und Professor Hofrat Dr. Walter Goldinger vom Allgemeinen Verwaltungsarchiv für die Erlaubnis zur Benützung von Archivbeständen, meinem Freund Polizeipräsident Josef Holaubek und dessen Referenten Herrn Dr. Hohenbichler für die Erlaubnis zur Einsicht in die Vereinsakten der Polizei, Professor Ernst Herlitzka für seine Hilfe bei der Benützung von Archivmaterial des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, den amerikanischen Quäkern, vor allem Miss Kay Kendall, für das zur Verfügung gestellte Briefmaterial, sowie Frau Marie Blebann, Mrs. Margaret Cole, Mr. Christopher Holme, dem früheren Abgeordneten Karl Holoubek, Frau Dr. Maria Jahoda, dem britischen Abgeordneten und früheren Generalanwalt (Justizminister) Sir Elwyn Jones, Herrn Generaldirektor Dr. Conrad Lester, Frau Anna Mahler, Mrs. Naomi Mitchison, dem britischen Abgeordneten John Parker und Herrn Kammerat Ludwig Sperlich für ihre persönlichen Erinnerungen.

Einleitung

Das Café Louvre stand in der Wiener Innenstadt an der Ecke Wipplingerstrasse und Renngasse. Heute befindet sich dort ein Geschäftslokal. Nichts erinnert mehr an das Kaffeehaus, das mehr als ein Jahrzehnt lang das Wiener Hauptquartier der westlichen Auslandspresse war.

Im Lauf der Zeit sind um das Café Louvre viele Legenden entstanden. Das ist kein Wunder, denn dieses Kaffeehaus war der Treffpunkt der Zeitungskorrespondenten, die von Wien aus zwischen 1929 und 1938 die dramatische Entwicklung der europäischen Politik beobachteten und ihrem Lesepublikum auf der ganzen Welt schilderten. Das Café Louvre spielt eine Rolle in Romanen und in historischen Zeitungsartikeln. Es geistert durch die Memoiren der Personen, die diesem internationalen Journalistenkreis angehörten oder am Rande mit ihm in Berührung kamen. Wien galt damals als das Nachrichtenzentrum für Mitteleuropa. Hier war der Aussichtspunkt, von dem aus der Kampf zwischen Demokratie und Diktatur und später zwischen den Diktatoren untereinander am besten zu beobachten war. Es war kein Zufall, dass so viele interessante Leute damals nach Wien kamen und dass so viele von ihnen irgendwann Station im Café Louvre machten.

Ich war von 1929 an Wiener Korrespondent des Londoner «Daily Herald», der Tageszeitung der britischen Arbeiterpartei. Mein Gebiet war nicht nur Österreich, es umfasste auch die Donau- und Balkanländer. Als aktives Mitglied der Wiener Auslandspresse war ich Funktionär der anglo-amerikanischen Pressevereinigung und Stammgast im Café Louvre. In diesem Buch mache ich den Versuch, die Geschichte des Café-Louvre-Kreises, nach Möglichkeit auf Grund der Tatsachen, der amtlichen Dokumente, soweit sie mir zur Verfügung standen, und auf Grund wahrheitsgetreuer Berichte darzustellen.

Eine Schilderung dieses Kreises ist aber notwendigerweise auch eine Geschichte der Dinge, um derentwillen der Kreis existierte. Sie ist ein Bericht über die Ereignisse in Österreich und in den Nachbarstaaten,

vom Standpunkt eines Zeitungskorrespondenten aus gesehen. Es war die klassische Ära des Journalismus. Später, nach dem Zweiten Weltkrieg, kam die grosse Zeit des Rundfunks und des Fernsehens.

Es war die Periode des Aufstiegs der Diktaturen, die schliesslich zum Zweiten Weltkrieg führten. Die Presse war das beherrschende Mittel der Massenkommunikation. Das Interesse der Leser auf der ganzen Welt an den aussenpolitischen Ereignissen war grösser als je zuvor, und das hatte seinen guten Grund. Überall wussten die Menschen: Es ging um Fragen von Krieg und Frieden, um Fragen von Leben und Tod.

Der Auslandskorrespondent der Zeitung war der «fahrende Ritter» jener Tage. Seine persönlichen Eindrücke und seine persönlichen Ansichten hatten eine nachhaltige Wirkung auf die Bildung der öffentlichen Meinung in den Ländern, für deren Zeitungen er schrieb. Die meisten internationalen Zeitungskorrespondenten waren sich ihrer wichtigen Rolle sehr wohl bewusst. Ausserdem war für sie ihr Beruf trotz aller Gefährlichkeiten ein grossartiges Abenteuer.

Die Besonderheit Wiens in dieser Periode liegt zum Teil in der Wirkung, die die Ereignisse in Österreich auf viele Zeitungskorrespondenten und damit indirekt auf das politische Denken in den westlichen Ländern ausübten. Man darf die historische Bedeutung der Februartkämpfe 1934 nicht unterschätzen. Sie waren der erste bewaffnete Widerstand gegen den Faschismus. Auch wenn dieser Widerstand von Anfang an Elemente der Legendenbildung in sich trug, wenn vieles nicht so war, wie es schien, so haben diese Ereignisse doch dazu beigetragen, jene öffentliche Meinung der Welt zu bilden, deren Wille schliesslich im siegreichen Kampf gegen Hitler den welthistorischen Abschluss fand.

Die besondere Zauberwirkung Wiens auf die ausländischen Zeitungskorrespondenten spiegelt sich in vielen ihrer Feuilletons und Beiträge wider. Ein gutes Beispiel ist der Amerikaner John Gunther. Kurz bevor er im Jahre 1964 einen Roman über Wien veröffentlichte (deutsche Ausgabe: «Die verlorene Stadt», 1965 bei Molden), in dem das Café Louvre unter dem Namen «Café Weissenhof» erwähnt wird, kam er nach Wien und erzählte mir, wie ihn das Thema «Wien 1934» ständig in Bann gehalten hatte, während all der Jahre, als er seine berühmten Reportagebücher über die verschiedenen Weltteile verfasste. «Und jetzt endlich habe ich das Buch fertiggeschrieben», sagte er. «Der Held ist ein amerikanischer Journalist, der bin ich, und dann bin ich es zum Teil doch wieder nicht. Und dann kommt ein Zeitungskorrespondent vor, das bist zum Teil du und dann doch wieder nicht du. Du hast doch zum Beispiel niemals ein Sportflugzeug gehabt, nicht

wahr? Und jetzt wollte ich dich verschiedenes fragen. Gab es wirklich im Jahr 1934 eine zweite Donaubrücke, über die man hinten herum zum Goethehof gelangen konnte? In meinem Roman kommt nämlich eine solche Brücke vor.»

Die Zauberwirkung Wiens. Die meisten Journalisten waren, als sie kamen, unpolitische Zuschauer. Ihr Ziel war die Jagd auf die Nachricht. Am Ende der Wiener Zeit hatten sie innerlich Partei ergriffen. Jetzt standen sie in dem grossen Kampf, um den es in der Welt ging, auf Seiten der Freiheit und der Gegner des Faschismus. Sie waren jetzt, wie der englische Ausdruck heisst, «committed», engagiert, innerlich beteiligt. Wien war eine entscheidende Stufe auf diesem Weg. Die nächste Stufe war Spanien. Der umgekehrte Fall – die Hinwendung zum Faschismus – war die Ausnahme.

Für den Inhalt des Buches und die darin ausgesprochenen Ansichten trage nur ich selbst die Verantwortung. Für sein Zustandekommen danke ich all jenen, die mir Einblick in Tatsachenmaterial gewährten und durch Rat, durch Mitteilung ihrer eigenen Erfahrungen sowie auf andere Weise behilflich gewesen sind.

1. Teil

NACHRICHTENZENTRUM FÜR MITTELEUROPA

Das Journalistenzimmer

Zaungast im «Korr.Büro»

Es war eine österreichische Lösung. Als ich Wiener Korrespondent der Londoner Tageszeitung «Daily Herald» wurde, wollte ich mir zunächst Zutritt zu den Nachrichtenquellen verschaffen, aus denen die Korrespondenten ausländischer Zeitungen ihr Material beziehen. Diese Quellen sind in erster Linie die Zeitungen des Landes, in dem die Korrespondenten arbeiten. Wer jedoch nur die Tageszeitungen benützt, kommt mit seinem Bericht an die eigene Zeitung im Ausland um einen Tag zu spät.

Deshalb gibt es die amtlichen Nachrichtenagenturen, die mehrmals täglich die von ihnen gesammelten Nachrichten an ihre Abonnenten weiterleiten. Es gab private Agenturen, doch die weitaus wichtigste für mich war damals die amtliche österreichische Nachrichtenstelle, das Telegraphenkorrespondenzbüro, kurz «Korr.Büro» genannt. Ich erkundigte mich, wie ich Abonnent dieses Büros werden könnte.

Die Mitgliedschaft im «Korr.Büro» war gar nicht so leicht zu erreichen. Die amtliche österreichische Agentur lieferte Nachrichtenmaterial und Unterlagen an die inländischen Zeitungen sowie auch an die Wiener Korrespondenten der grossen ausländischen Nachrichtenagenturen, wie Reuter (England), Associated Press (Amerika), Agence Havas (Frankreich) und das Wolffsche Büro (Deutschland). Diese erhielten auf grossen

hektographierten Bogen, von denen täglich etwa 20 bis 30 erschienen, sowohl Berichte über die Ereignisse im Inland als auch die Auslandsnachrichten, die das Korr.Büro im Austauschweg von den grossen Agenturen der ganzen Welt, die mit ihm kartelliert waren, übermittelt bekam.

Die Korrespondenten einzelner ausländischer Zeitungen durften die Nachrichten des Korr.Büro jedoch nicht beziehen, denn das wäre nach Ansicht der österreichischen amtlichen Pressegewaltigen gegen die Abmachungen des Kartells gewesen. Aber man wusste einen Ausweg, den man mir auch prompt verriet.

Die hektographierten Aussendungen der amtlichen Nachrichtenstelle wurden von deren Hauptquartier sofort nach ihrem Erscheinen durch einen Boten an die verschiedenen Adressaten geliefert. Ein Exemplar jeder Aussendung legte der Bote auch in ein Zimmer des Wiener Haupttelegraphenamtes, das sich gleich rechts vom Eingang befand. In der Mitte dieses sogenannten Journalistenzimmers stand ein grosser Tisch. Auf diesen legte der Bote ein oder zwei Exemplare jeder Aussendung, und dort blieben sie den ganzen Tag liegen. Jeder konnte sie lesen. Sie zu verwenden, war streng verboten. Man nahm jedoch an, dass jeder es trotzdem tat. So bekam man vom österreichischen Staat umsonst, wofür man bereit gewesen wäre, einen angemessenen Betrag zu zahlen.

Ausserdem standen im Journalistenzimmer einige Telephonzellen und mehrere Schreibtische für Journalisten zur Verfügung. Ursprünglich war vorgesehen, dass die Auslandsjournalisten im Haupttelegraphenamt ihre Depeschen aufgeben würden. Aber als ich Auslandskorrespondent wurde, war längst bekannt, dass es wesentlich einfacher und zeitsparender war, Telegramme in das Ausland im Gassenlokal der «Radio Austria» in der Renngasse gleich um die Ecke aufzugeben. Dort ging es bedeutend schneller und ausserdem drahtlos.

Für mich war das Problem, dass ich den grössten Teil des Tages als Konzipient in der Rechtsanwaltskanzlei meines Vaters am Opernring verbrachte. Ich konnte daher nicht die ganze Zeit im Journalistenzimmer auf neue Nachrichten warten. Aber auch dafür fand sich eine Lösung. Es gab ein paar ältere Journalisten, die sich von früh bis abends im Journalistenzimmer aufhielten. Einer von ihnen war ein alter Herr namens Schwarz, ein gutmütiger Brummbär mit borstigem weissem Haar. Er arbeitete für eine Zeitung in Brünn, wo es damals noch eine deutschsprachige Leserschaft gab, vor allem unter der jüdischen Bevölkerung Mährens. Seine Tätigkeit dürfte dem Kollegen Schwarz nicht viel eingebracht haben, aber er konnte davon leben.

Ich traf mit Herrn Schwarz eine Vereinbarung, die in der Naturwissenschaft als «Symbiose» bezeichnet wird. Er sammelte die Aussendungen der amtlichen Nachrichtenstelle für mich, so dass ich sie lesen konnte, wenn ich einmal im Tag, nach dem Mittagessen, in das Journalistenzimmer kam. Dafür liess ich die Aussendungen der privaten Nachrichtenagenturen, die ich im Namen meiner Zeitung abonnierte, in das Journalistenzimmer bringen. Dort übernahm sie Herr Schwarz. Ob er die darin enthaltenen Nachrichten benützte, darüber stellte ich keine Fragen. Wenn Herr Schwarz auf Urlaub oder krank war, vertrat ihn ein anderer Kollege, Herr Schulz, der die Vereinbarungen mit mir ebenso gewissenhaft erfüllte.

Die Tätigkeit der privaten Nachrichtenagenturen bestand vor allem darin, die Nachrichten aus den Nachbarländern (den Donau- und Balkanstaaten) zu sammeln. Diese Agenturen beschäftigten eigene Korrespondenten, wohl hauptsächlich Redakteure lokaler Zeitungen, die ihnen alle Nachrichten telephonisch durchgaben. Die Meldungen wurden dann an die in Wien ansässigen Vertreter der internationalen Presse weitergeleitet, denn auch die Donau- und Balkanstaaten gehörten zum Territorium der meisten Wiener Vertreter der internationalen Presse. Die privaten Nachrichtenagenturen, die aus Prag, Belgrad, Budapest, Bukarest, Sofia oder Tirana ihr Material nach Wien brachten, waren die Zuflüsse des weitverzweigten Nachrichtensystems, durch das Ereignisse in abgelegenen Dörfern Südosteuropas schliesslich aller Welt zur Kenntnis gelangten. Die privaten Nachrichtenagenturen sandten einmal täglich hektographierte Blätter an ihre Abonnenten. In dringenden Fällen meldeten sie sich sogar telephonisch bei ihnen.

Ich war bei dreien dieser Agenturen abonniert. Zwar gab es in Wien vier, doch die vierte, die Telegraphen-Union, stand unter dem Einfluss des deutschen Grossindustriellen Hugenberg und schien mir, als dem Korrespondenten eines englischen sozialistischen Blattes, nicht verwendbar. Eine der drei Agenturen war die Telegraphen-Compagnie. Sie galt als unabhängig, wenn man ihr auch gewisse Verbindungen zu ungarischen Regierungskreisen nachsagte. Der Wiener Leiter der Telegraphen-Compagnie war Dr. Hugo Schossberger, ein liebenswürdiger und lebhafter kleiner Mann, der häufig im Café Louvre anzutreffen war. Seine Agentur galt als solid. Seine Nachrichten waren verlässlich. Später, in der Hitlerzeit, gelang es Dr. Schossberger, nach England zu entkommen. Er lebte in der nordenglischen Stadt Shrewsbury, wo er in der Kanzlei eines Rechtsanwalts eine bescheidene Funktion ausübte, ohne seine gute Laune zu verlieren.

Die zweite dieser Agenturen hiess Transatlantic Radio, sie wurde von zwei Redakteuren, Vater und Sohn Langstein, geleitet. Das Abonnement dieser Agentur kostete weniger als das der Telegraphen-Compagnie. Sie war zugegebenermassen das Sprachrohr der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Wien. Ihre Nachrichten waren manchmal politisch wichtig. Der jüngere Langstein soll nach dem Krieg in der kommunistischen Tschechoslowakei eine grosse Karriere gemacht haben.

Die dritte Agentur, die ich abonnierte, war die Amepress, geführt von dem hageren jungen Ungarn Laszlo Benes und seiner hübschen Frau. Von dieser Agentur soll später noch die Rede sein. Sie spielte eine wichtige Rolle im Café-Louvre-Kreis.

Robert Best nimmt Platz

Das Wiener Haupttelegraphenamt ist ein wuchtiger Bau in der Wipplingerstrasse, und zwar dort, wo sie schon aus der engen Altstadt herausgetreten ist und breit in den Schottenring einmündet. Vor dem Gebäude liegt der Börseplatz mit seiner kleinen Grünfläche. Gegen den Ring zu sieht man die Rückfront des Börsengebäudes, das lange Zeit auch Sitz der amtlichen Nachrichtenstelle war. Wenn man vom Ring aus durch die enger werdende Wipplingerstrasse in die Stadt hineinsieht, erblickt man ganz im Hintergrund die Spitze des Stephansturmes. Unmittelbar nach dem Haupttelegraphenamt aber biegt die Renngasse nach rechts ein. Dort, schon im neuen, in der Gründerzeit des neunzehnten Jahrhunderts gebauten Stadtteil, ein paar Schritte vom Haupttelegraphenamt entfernt und gegenüber dem Telegrammaufgabeamt der Radio Austria, lag strategisch placiert das Café Louvre.

Diese strategische Bedeutung wurde von einem Amerikaner entdeckt, der als Wanderer nach Wien kam und hier einen Hafen fand. Sein Name war Robert Best. Er wurde 1896 in Sumter im amerikanischen Bundesstaat Süd-Karolina geboren; als ich mit ihm in Berührung kam, war Best also etwas über dreissig Jahre alt. Seine Heimatstadt war Spartanburg im gleichen amerikanischen Bundesstaat. Sein Vater war ein protestantischer (methodistischer) Geistlicher. Wie ich hörte, wollte Best ursprünglich selbst Theologe werden. Als er aber seinen Militärdienst im Ersten Weltkrieg absolviert hatte (ohne je aus den Vereinigten Staaten herauszukommen), wandte er sich dem Studium des Journalismus zu. Dann begab er sich auf eine Europareise und kam im Jahr 1922 nach Wien.

Als ich ihn das erste Mal traf, hatten sich schon Legenden um ihn gebildet; es hiess, er habe sich nach seiner Ankunft in Wien sofort auf seinem Platz im Café Louvre niedergelassen und sei von dort einfach nicht mehr aufgestanden. Die Polizeiakten und die Aussagen, die später bei seinem Prozess in Amerika über ihn gemacht wurden, geben ein etwas anderes Bild. Es dauerte einige Zeit, bis Robert Best Wiener Korrespondent der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press wurde und seinen Sitz im Café Louvre aufschlug. Als ich in den Kreis eintrat, war «Bob» Best täglich bis in die späten Abendstunden im Café Louvre zu finden. Er sass in einer für ihn reservierten gepolsterten «Loge» mit dem Blick in die Renngasse. Um ihn sammelten sich die Wiener Auslandsjournalisten und jene, die es werden wollten, sowie jene, die sich dafür hielten. Wenn man etwas unter vier Augen zu besprechen hatte, setzte man sich in eine andere Ecke des Kaffeehauses.

Ich wandte mich sofort, als ich Zeitungskorrespondent wurde, an Best um Rat. Ich hatte ihn vorher schon einige Male getroffen. Er war ein mittelgrosser Mann mit einem mächtigen runden Schädel. Seine Bewegungen waren langsam. Er hatte eine kurze, abgehackte Redeweise, als ob er seine Sätze mehr ausspuckte als sagte. Meist war er nicht besonders gesprächig und hörte lieber zu. Oft wirkte er direkt düster. Über seine politischen Ansichten befragt, sagte er damals, er sei als Südstaatler gegen die Neger und gegen die Republikanische Partei. In die österreichische Politik mischte er sich in keiner Weise ein. Er schien mir am ehesten den Sozialdemokraten nahezustehen.

Über sein Privatleben wurde erzählt, er habe eine Lebensgefährtin, eine ältere Frau aus einem südosteuropäischen Land, die er als die «Gräfin» bezeichnete. Ich habe sie nie getroffen. Man munkelte, sie sei eine Morphinistin. Manche behaupteten sogar, auch «Bob» Best sei diesem Laster verfallen. Des Öfteren schien er, während die anderen redeten, fast zu schlummern. Dann war er auf einmal wieder heiter und aufgeräumt.

Es gelang Best durch seine Energie und Beharrlichkeit, der von ihm vertretenen Agentur «United Press» in Wien eine sehr starke Position zu verschaffen. Zu seinen Konkurrenten gehörten nicht so sehr die Korrespondenten der einzelnen Zeitungen, sondern vor allem die beiden anderen amerikanischen Nachrichtenagenturen, die «Associated Press» und die dem Zeitungsmagnaten William Randolph Hearst gehörige «International News Service». Das relative Ansehen dieser beiden Agenturen kam deutlich in den Code-Wörtern zum Ausdruck, mit denen Best

sie in seiner telegraphischen Korrespondenz mit seiner Zentrale bezeichnete. Die «Associated Press» hiess in der telegraphischen Code-Sprache «Rocks» – Felsen. Ihre Nachrichten waren «hart», aber die Agentur war nicht immer elastisch. Die «International News Service» hiess «Chits» – Zettel, Papierfetzen. Ihre Meldungen waren mehr oberflächlicher Natur. Die A. P. unterhielt in Wien ein Büro mit drei hochqualifizierten Journalisten. Die Meldungen von «Chits» hingegen waren nicht unbedingt politisch so bedeutsam und ernst zu nehmen, obwohl der Wiener Korrespondent der I. N. S., Alfred Tyrnauer, ein sehr gewissenhafter Journalist war, der seine Möglichkeiten nach besten Kräften ausnützte.

Es war für die Arbeitsmethode Bests charakteristisch, dass er immer eine grosse Zahl von Schützlingen, Anhängern, Nachrichtenzuträgern, Spitzeln, seriösen, aber auch zweifelhaften Personen um sich sammelte, die seinen Tisch und die umgebenden Tische im Café Louvre bevölkerten. Das Wiener Kaffeehausleben hatte immer sehr eigenständige Elemente. Zu jener Zeit gab es zum Beispiel ein Kaffeehaus in Wien, das als Treffpunkt der Pelzhändler galt. Ein anderes Kaffeehaus war die Filmbörse. Das Café Louvre war die Börse für Auslandsnachrichten.

Leute, die aus dem Ausland kamen, fanden diesen Zustand immer erstaunlich. Manche waren sogar hellauf begeistert darüber. Der amerikanische Journalist Whit Burnett und seine Freundin Martha Foley gaben gemeinsam ein Magazin ausgewählter amerikanischer Kurzgeschichten heraus, das den Namen «Story» führte und in unregelmässigen Abständen erschien. Die offizielle Adresse der Redaktion lautete schlicht und einfach: «Café Louvre, Wien.»

Wenn ich zum «Daily Herald» nach London reiste oder auf Urlaub war, übernahm Bob Best meine Vertretung. Auch er gab als seine Adresse «Café Louvre» an. Meine englischen Freunde in der Redaktion des «Daily Herald» machten sich öfters darüber lustig. Der aussenpolitische Redakteur Lawrence MacBride sagte einmal: «We always imagine him leaning over the bar» («Wir stellen ihn uns immer vor, wie er sich über die Bar lehnt.»).

Was die Ausländer nicht verstanden, war das Wesen des österreichischen Kaffeehaus-Systems; ein echtes österreichisches Kaffeehaus unterschied sich wesentlich von den «Cafés» und ähnlichen Lokalen in den angelsächsischen Ländern. In einem österreichischen Kaffeehaus alten Stils kostet der Kaffee viel mehr, weil der Gast mit seiner «ersten Konsumation» nicht nur eine Tasse Kaffee kauft, sondern gleichzeitig auch

das Recht, seinen Tag dort zu verbringen, Zeitungen zu lesen und seinen Geschäften nachzugehen.

Das geheime Kartell

Robert Best weihte mich in die Anfangsgründe der Tätigkeit eines Zeitungskorrespondenten ein. Dazu gehörte das Telegraphieren via Radio Austria. Für den Verkehr mit Amerika war das Telegramm damals noch das übliche Kommunikationsmittel. Innerhalb Europas schickte man nur kürzere Meldungen per Telegramm. Bei längeren Berichten kam das Telephonieren billiger. Beim Telegraphieren an Zeitungen galt – und gilt auch heute noch – die «Press-Collect»-Vereinbarung. Der Korrespondent brauchte seine Nachricht nur unter Voranstellung der Worte «Press Collect» auf irgendeinem Blatt Papier im Lokal der Radio Austria am Schalter abzugeben. Er musste nichts bezahlen und war von allen Verrechnungssorgen frei. Die monatliche Rechnung wurde von der Zeitung zum (halben) Pressetarif beglichen. Ich pflegte immer zu sagen: Wenn einer von uns im Lokal der Radio Austria dem Schalterbeamten die Bibel überreicht hätte, dann hätte dieser, ohne mit der Wimper zu zucken, den ganzen Text an die Zeitung telegraphiert. Wie die Rechnung am Ende des Monats ausgesehen hätte, ist eine andere Frage.

Zu den Schützlingen Bests gehörte auch der junge Ungar Laszlo Benes, ein ehemaliger ungarischer Offizier. Das politische Schicksal hatte ihn und seine zierliche, temperamentvolle Gattin nach Wien verschlagen. Best gründete für ihn eine eigene Nachrichtenagentur, die «Amepress» (Abkürzung für American-European Press). Das gesamte Personal bestand aus Benes und seiner Frau. Der Sitz der Agentur war das Journalistenzimmer des Haupttelegraphenamts. Zu den Abonnenten gehörten wir westliche Journalisten. Wir zahlten Herrn Benes ein monatliches Honorar für seine täglichen hektographierten Aussendungen über Ereignisse in den «Nachfolgestaaten».

Aber der wirkliche Grund, weswegen wir die «Amepress» abonnierten, waren nicht die Nachrichten, die sie brachte, sondern die Tatsache, dass entweder Laszlo Benes oder seine Frau oder Robert Best oder ein Vertreter ständig von früh bis spät in die Nacht im Café Louvre erreichbar waren. Sie waren immer bereit, von jedem von uns Nachrichten entgegenzunehmen und jedem von uns telephonisch mitzuteilen, was es Neues gab. Und wenn man abends irgendwo auswärts war und

wissen wollte, ob sich irgendetwas Berichtenswertes ereignet hatte, rief man einfach das Café Louvre an und verlangte Herrn Benes. Wenn er nicht erreichbar war, kam seine Vertretung an den Apparat.

So entstand mit der Zeit eine Art Wiener Korrespondentenkartell. Unsere Zeitungsredaktionen wussten davon nichts und wären über diese Nachricht vielleicht auch ungehalten gewesen, denn es herrschte schärfste Konkurrenz. Im Café Louvre aber galt der Grundsatz, man müsse seine Nachrichten brüderlich mit den Kollegen teilen. So lief keiner von uns Gefahr, eine wichtige Nachricht, die einer der Kollegen erhalten hatte, zu versäumen.

Der Grundsatz bestand darin, dass jeder Journalist, der eine «exklusive» Nachricht bekommen hatte, sich selbst ungefähr eine Stunde Vorsprung gewährte. Damit hatte seine Zeitung den Vorteil der Aktualität gegenüber den anderen. Nach einer Stunde rief der Besitzer der «exklusiven» Nachricht das Café Louvre an. Dort war immer ein «Diensthabender», der bereit war, die Nachricht zu übernehmen und diese dann der Reihe nach an alle anderen telephonisch weiterzugeben.

Das war letzten Endes auch ein Vorteil für den Besitzer der «exklusiven» Nachricht. Denn es hatte sich durch lange Erfahrung herausgestellt, dass bei den damals herrschenden unsicheren Verhältnissen derjenige, der mit seiner Nachricht über irgendwelche Ereignisse in Mitteleuropa einsam auf weiter Flur stand, oft nicht viel davon hatte. Man glaubte ihm nicht.

Um wieviel glaubwürdiger sah die Sache aus, wenn ein paar Stunden später alle oder doch wenigstens mehrere andere Zeitungen mit der gleichen Nachricht herausrückten. Dann stand der Korrespondent bei seiner Redaktion im besten Licht. Wenn andere Zeitungen das gleiche berichteten, dann war die Richtigkeit der Meldung sozusagen gewährleistet, auch wenn, wie es manchmal der Fall war, ein Beweis für die Wahrheit der Nachricht auf lange Zeit nicht endgültig erbracht werden konnte.

Das geheime Kartell galt nicht für jene Fälle, wo ein Korrespondent wegen der besonderen politischen Position oder des besonderen Interessengebiets seiner Zeitung eine Meldung erhalten hatte, die für die anderen nicht von gleich grosser Bedeutung war – in meinem Fall zum Beispiel die spezifisch «sozialistischen» Nachrichten.

Dieses durch die «Amepress» zusammengehaltene Geheimkartell der meisten Wiener Auslandskorrespondenten war etwas, was in der damaligen Zeit wahrscheinlich einzigartig war. Das Kartell hat jedoch viele Jahre bestanden und sich bewährt.

Die Anglo-American Press Association

Etwa ein Jahr darauf, nachdem ich in diesen Kreis eingetreten war, beschlossen die englischen und amerikanischen Zeitungskorrespondenten in Wien die Gründung einer eigenen anglo-amerikanischen Pressevereinigung. Als Muster galt die Anglo-American Press Association in einigen anderen Städten, vor allem in Paris. Die treibenden Kräfte bei der Gründung waren neben Robert Best der Korrespondent des «Manchester Guardian», Marcel Fodor, sowie G. E. R. Gedye, Korrespondent des Londoner «Daily Telegraph», und John Gunther, ein hünenhafter, blonder junger Amerikaner, der einige Monate nach meinem Eintritt in den Café-Louvre-Kreis nach Wien kam, um hier die an internationalen Fragen interessierte Zeitung «Chicago Daily News» zu vertreten.

Es gab in Wien bereits mehrere Organisationen der Auslandskorrespondenten, vor allem den «Verband» und die «Union», die sich gegenseitig bekämpften. Angeblich standen sie weitgehend unter dem Einfluss der österreichischen Regierung. Wenn ihre Funktionäre auch nicht offiziell von der österreichischen Regierung bezahlt wurden, so wurde es bei manchen von ihnen zumindest vermutet. Ferner gehörten diesen beiden Organisationen auch noch Leute an, die gar keine echten Journalisten waren. Ausserdem nahmen sie nicht jeden Auslandskorrespondenten auf, da sie eine gewisse Exklusivität zu wahren suchten. Eine weitere Organisation, das «Syndikat», galt als farblos und nicht sehr initiativ. Die reichsdeutsche Presse hatte ihre eigene Vereinigung. Es waren also gute Gründe für die Schaffung der neuen Organisation.

Über die Anfänge berichtet ein Vermerk in den Akten der Polizeidirektion Wien: «Am 24. Juni 1930 fanden sich über Weisung des Herrn Vorstandes der Staatspolizei die nachstehenden drei amerikanischen Journalisten, und zwar G. E. R. Gedye, Korrespondent des ‚Daily Telegraph‘, L, Habsburgergasse Nr. 10 wohnhaft, ferner Robert H. Berry von der ‚Associated Press of America‘ und Robert H. Best, Korrespondent der ‚United Press of America‘, VIII., Strozzigasse Nr. 1 wohnhaft, beim Gefertigten ein, um sich über die Modalitäten bei der Gründung eines Vereines zu informieren. Da sie insbesondere ein Musterstatut einer ähnlichen Vereinigung heranziehen wollten, wurde ihnen die Abschriftnahme des Statuts der ‚Vereinigung der Berichterstatter der reichsdeutschen Presse in Wien‘ (VI11-3116) ermöglicht. Der Name des künftigen Vereines wurde von ihnen nicht genannt, da er noch nicht feststehend sei. Der Gefertigte erteilte in erschöpfender Weise die erbetene Auskunft. Dr. Gans m. p.»

Die Gründungsversammlung der Anglo-American Press Association of Vienna fand im August oder September 1930 statt. Sitz der Vereinigung war das Journalistenzimmer. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten John Banister («Daily Mail»), Robert Berry («Associated Press»), Robert Best («United Press»), Whit Burnett («New York Sun»), Heinrich Diez («New York Herald Tribune»), Marcel Fodor («Manchester Guardian»), G. E. R. Gedye («Daily Telegraph» und «New York Times»), John Gunther («Chicago Daily News»), John MacCormac («New York Times»), Hugo Neumann («The Times»), Friedrich Scheu («Daily Herald»), William Shirer («Chicago Tribune»), Pembroke Stephens («Daily Express»), Alfred Tyrnauer («International News Service») und J. Emlyn Williams («Christian Science Monitor»).

Im Laufe des Jahres fiel Robert Berry aus, da er nach London versetzt wurde. An seine Stelle trat O. E. Werner von der «Associated Press». Ferner wurden 1931 folgende Journalisten aufgenommen:

L. H. Eisenmann («Reuters»), Martha Foley (Amerikanerin, «Consolidated Press»), Adolf Lippe (für die Londoner Agentur «Exchange Telegraph»), Emil Maass (zweiter Mann der «Chicago Tribune») und Emil Vadnay (dritter Mann der «New York Times»).

Aus Gründen des Gleichgewichts wurde meist darauf Bedacht genommen, dass, wenn der Präsident der Vereinigung in einem bestimmten Jahr Amerikaner war, der Vizepräsident aus den Reihen der britischen Korrespondenten gewählt wurde – und umgekehrt. Im ersten Jahr war Gedye Präsident und, soweit ich mich erinnere, Gunther sein Vertreter. Aus dem Verzeichnis der Funktionäre für das zweite Jahr (1931), das mir vorliegt, zeigt sich, dass damals John Gunther Präsident und John MacCormac (vermutlich weil britischer Staatsbürger) Vizepräsident war. Whit Burnett war Sekretär (Schriftführer), und ich war Schatzmeister (Kassier). Die Parole lautete, eine echte aktive Korrespondentenorganisation aufzubauen. Sie sollte frei von Einflussnahme und Korruption sein und mit dem frischen Wind des westlichen Zeitungswesens die dumpfen Winkel reinigen und die Spinnweben der altösterreichischen Protektions- und Privilegienwirtschaft entfernen. So stellten wir uns das vor.

Die Anglo-American sollte nicht nur eine Standesvertretung sein. Sie sollte ihren Mitgliedern auch Möglichkeiten zur Erlangung von Nachrichten eröffnen. Dazu dienten gemeinsame Ausflüge sowie vor allem die Mittagessen, die einmal im Monat entweder in einem Extrazimmer des Wiener Rathauskellers oder in einem Hotel am Ring oder am Neuen Markt stattfanden. Jedesmal war ein prominenter Ehrengast ein-

geladen, der nach dem Essen eine kurze Ansprache hielt und Fragen der Journalisten beantwortete. Häufig waren mit dem Ehrengast noch zwei oder drei Personen seines Kreises eingeladen. Alle Mitglieder der Vereinigung konnten an diesen Mittagessen teilnehmen, sie mussten lediglich einen Beitrag zahlen, den sie natürlich mit ihren Zeitungen verrechnen konnten. In gewissen Grenzen durfte auch jeder Teilnehmer den einen oder anderen Gast auf eigene Kosten mitbringen.

Meist waren die Ehrengäste prominente österreichische Politiker, manchmal aber auch Persönlichkeiten des Kulturlebens. So hatten wir einmal den berühmten Operettenkomponisten Franz Lehár zu Gast, den weisshaarigen, aber in seinem Auftreten immer noch flotten Militärkapellmeister. Bei einer anderen Gelegenheit war unser Ehrengast der Gründer der Pan-Europa-Bewegung, Richard Coudenhove-Kalergi. Er hielt eine Rede, die mir unendlich phrasenhaft vorkam. Er sagte zum Beispiel ganz langsam und mit grossem Pathos: «Der Kommunismus, das ist der Hunger und der Krieg. Der Krieg, das ist der Hunger und der Kommunismus. Der Hunger, das ist der Kommunismus und der Krieg.»

Coudenhove sprach auch über die «mystische Bedeutung» der Zahl 14, die in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson am Ende des Ersten Weltkriegs zum Ausdruck gekommen sei. Zufällig war einer unserer anderen Gäste der amerikanische Diplomat William Bullitt, der aus Protest gegen das Versagen Wilsons seine Stelle als Berater bei der Friedenskonferenz von Versailles aufgegeben hatte. Bullitt kannte die Entstehungsgeschichte der 14 Punkte Wilsons genau. Er meldete sich zu Wort und erzählte, man habe damals gegen Ende des Krieges versucht, einen Propagandaaufruf zu verfassen, der auf eine Postkarte gedruckt und in die deutschen Schützengräben hineingeworfen werden könnte. Auf der Postkarte hätten aber gerade nur 14 Punkte Platz gehabt – das war also der Ursprung der «mystischen» Zahl 14!

Die Anglo-American Press Association und der Kreis des Café Louvre deckten sich nicht völlig. Eric Gedye zum Beispiel war ein eifriges Mitglied der Vereinigung, aber er kam selten ins Café Louvre, weil er ein journalistischer «Einzelgänger» war, der die im Kaffeehaus übliche Art der Geselligkeit nicht mochte. In das Café Louvre aber kamen nicht nur britische und amerikanische Zeitungsleute, die der Vereinigung angehörten. Man traf dort regelmässig auch Franzosen, Belgier, Schweizer, gelegentlich auch Italiener (so zum Beispiel Sanza, den Korrespondenten der Turiner Zeitung «Stampa», der überzeugter Antifaschist war). Natürlich verkehrten im Café Louvre auch viele

Österreicher, die Zeitungen aus verschiedenen Ländern vertraten. Einer von ihnen war Paul Fent, damals Korrespondent einer lettischen Zeitung. Er arbeitete nach dem Zweiten Weltkrieg im Bundespressedienst und später in der Presseabteilung der Internationalen Atomenergie-Organisation.

Es gab einige Personen, die gleichzeitig dem Café-Louvre-Kreis und der Anglo-American Press Association als zentrale Figuren angehörten, so vor allem Robert Best und Marcel Fodor. Ich kannte Fodor schon viele Jahre durch die englische religiöse Gesellschaft der Quäker, mit der ich in meiner Jugend eng verbunden war. Fodor arbeitete als Korrespondent der angesehenen englischen liberalen Zeitung «Manchester Guardian». Er war gebürtiger Ungar; im Jahr 1914 wurde er in England vom Krieg überrascht und verbrachte die ganzen Kriegsjahre in einem Internierungslager auf der Insel Man. Obwohl er also Grossbritannien von einer wenig erfreulichen Seite kennenlernte, hatte er, als er nach dem Krieg als Zeitungskorrespondent nach Wien kam, viel vom Wesen eines liberalen Engländers angenommen. Er kannte Mitteleuropa und seine Politik wie kaum ein anderer. Seine Ruhe und Intelligenz beeinflussten den ganzen Kreis.

Fodors Gattin war eine schöne, schlanke Frau aus Miskolcz in Nordungarn, die mir in ihrer ruhigen Art sehr gut gefiel. Sie hatte die Fähigkeit, täglich viele Stunden lang neben ihrem Mann im Café Louvre zu sitzen und dabei bloss gelegentlich am Gespräch teilzunehmen.

Alfred Tyrnauer, Korrespondent der «International News Service», war ebenfalls eine zentrale Persönlichkeit beider Kreise. Er war dunkelhaarig und mager.

Ebenfalls ein gebürtiger Ungar, den man fast täglich im Café Louvre treffen konnte, war Emil Vadnay, hochgewachsen und breitschultrig, ein energischer und fröhlicher Mann, der als Dritter neben MacCormac und Gedye in dem grossen Büro der «New York Times» arbeitete, aber immer noch Zeit für die Anglo-American Press Association fand, deren Verwaltungsarbeit zeitweise vorwiegend in seinen Händen lag. Er war ein ehemaliger ungarischer Offizier und hatte die auffallende Schramme seitlich am Hals, die wie eine Säbelverletzung aussah, wohl aus dem Weltkrieg heimgebracht.

Neben den ständigen Gästen des Café Louvre gab es noch Laufkundschaft. Immer wieder kamen berühmte Zeitungsleute auf ein paar Tage nach Wien, so zum Beispiel Charles Knickerbocker, der Verfasser berühmter Bücher über die Sowjetunion und über Deutschland, Edgar Mowrer, dessen Buch «Germany turns the Clock back» (Deutschland

dreht die Uhr zurück) grosses Aufsehen erregte, und dann vor allem auch manche Korrespondenten, die in der Zeit nach 1918 in Wien gearbeitet hatten und die Stadt gelegentlich wieder besuchten. Zu diesen gehörte die bekannte amerikanische Journalistin Dorothy Thompson, zu jener Zeit Gattin des Romanautors Sinclair Lewis, sowie Fritz Kuh, ein kenntnisreicher amerikanischer Europaspezialist. Sie waren für uns die Verbindungsglieder zu einer früheren Periode des amerikanischen Interesses an Wien und an Mitteleuropa.

Österreich am Scheideweg

Man könnte fragen, was die Redaktionen der grossen Zeitungen des westlichen Auslands bewog, in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg Wien zum Sitz ihrer mitteleuropäischen Aussenstellen zu machen. Das alte Österreich-Ungarn war zerfallen. Die im Donaugebiet entstandenen «Nachfolgestaaten» wollten von der Wiederherstellung einer Verbindung, die ihnen gleichbedeutend mit der Wiedererrichtung der Habsburgerherrschaft schien, nichts wissen. Die Gefahr einer Ausbreitung des «Bolschewismus» oder Kommunismus aus Russland in die Donauländer, die unmittelbar nach dem Krieg bestanden hatte, schien endgültig abgewehrt. Seine Umkehrung, die Diktatur des rechtsextremen «Faschismus», galt zunächst als eine Spezialität Italiens, wo Benito Mussolini ihn 1922 eingeführt hatte – obwohl es in Deutschland ähnliche Bestrebungen unter Adolf Hitler gab und in anderen Ländern parallele Erscheinungen bemerkbar waren.

Trotzdem galt Wien noch immer als bedeutungsvoll. Von hier liefen unsichtbare Fäden in die Gebiete des ehemaligen Donaureiches und in die Balkanländer. Von hier aus konnte man die oft widerspruchsvollen und seltsamen politischen Entwicklungen in diesen Ländern betrachten und zu verstehen versuchen.

Auch Österreich selbst lieferte immer wieder Nachrichten. Dies, obwohl die Österreicher selbst keine Österreicher sein wollten, sondern bestenfalls Deutschösterreicher. Es wurde damals allgemein angenommen, dass Österreich nicht lebensfähig war, dass es sich nicht ernähren konnte, dass der «Wasserkopf» Wien mit einem Drittel der Bevölkerung des Sechs-Millionen-Landes zu gross für diesen kleinen Staat war. Aus diesem Grund galt der Anschluss an Deutschland, der von den Siegermächten des Weltkriegs verboten worden war, als eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Aber nicht nur das: Für die überwältigende

Mehrzahl der Österreicher, die sich an den Übergang von der Grossmacht zum Kleinstaat nicht gewöhnen konnten, war der Anschluss an Deutschland ein Herzensanliegen.

Ich entsinne mich einer sozialdemokratischen Kundgebung am 12. November (dem Jahrestag der Ausrufung der Republik), etwa um 1928 oder 1929. Man marschierte wie jedes Jahr über die Ringstrasse. Die Arbeiter im Demonstrationszug riefen viele Parolen, wirtschaftliche Forderungen, Anklagen und auch Schmährufe gegen die bürgerlichen Regierungsparteien. Das waren jedoch eher pflichtgemässe, klischeehafte Aussagen. Wenn hingegen der Ruf erklang: «Es lebe der Anschluss an Deutschland!», dann änderte sich auf einmal die Stimmung, und man spürte echte Begeisterung. Denn jetzt ging es nicht um eine Forderung materieller Art, sondern um ein ideelles Ziel, um die Erfüllung eines Teils der historischen Sendung der deutschösterreichischen Arbeiterschaft – so schien es uns damals.

Dieses Gefühl der gesamtdeutschen Schicksalsgemeinschaft lag tief in den Seelen der österreichischen Arbeiter verankert und verschwand erst unter dem Eindruck der Hitlerherrschaft. Trotz ehrlichem Bekenntnis zur österreichischen Nation tauchten solche gesamtdeutschen Regungen auch später noch gelegentlich auf. So konnte noch im Jahr 1963 der damalige sozialistische Parteivorsitzende Bruno Pittermann derartige Gefühle zum Anklingen bringen, als er auf dem Parteitag, auf dem es um die Möglichkeit des Abschlusses einer «kleinen Koalition» der Sozialisten mit der Freiheitlichen Partei Österreichs ging, seine Rede mit den Worten der alten deutschen Ferdinand Lassalle-Hymne schloss: «Wohl an, wer Recht und Freiheit achtet, zu unsrer Fahne steht zuhauf.»

Dem langjährigen Führer der christlichsozialen Partei und österreichischem Bundeskanzler Prälat Dr. Ignaz Seipel wurde es von den sozialdemokratischen Arbeitern besonders übelgenommen, dass er als Gegenleistung für die Mithilfe des Völkerbundes in Genf bei der finanziellen «Sanierung» Österreichs auf den Anschluss an Deutschland verzichtet hatte. Dass ein Priester der katholischen Kirche die politischen Geschicke Österreichs lenkte, erregte bei den damals antiklerikalen (kirchenfeindlichen) sozialistischen Arbeitern grössten Unwillen. Es wurde als ein Zeichen dafür aufgefasst, wie die Kirche in den politischen Tageskampf auf der Seite der Gegner der Arbeiterschaft eingriff. Dass Seipel, wie es in einem politischen Lied hiess, «Deutschösterreich an Genf verschenkt» hatte, wurde ihm besonders verargt.

Die andere führende Figur des bürgerlichen Lagers, der Wiener Polizeipräsident Dr. Johann Schober, der wiederholt Bundeskanzler war,

galt als «Deutschnationaler», weil das für einen eher liberalen österreichischen Beamten sozusagen der normale politische Standort war. Unter seiner Führung schlossen sich im Parlament zeitweise die Grossdeutschen und der Landbund (eine deutschnational gefärbte Bauernpartei) zum «Schober-Block» zusammen.

In Wirklichkeit war der Österreicher durch den Zusammenbruch des alten Reichs politisch und psychologisch heimatlos geworden. Er stand jetzt am Scheideweg. Der rechte Flügel, die Bauern und die Gewerbetreibenden, die in der christlichsozialen Regierungspartei vereinigt waren, musste sich langsam zum «österreichischen Gedanken» durchkämpfen. Dieser «Österreichgedanke» war aber in den ersten Jahren noch durchaus reaktionär – die Hoffnung auf Wiederherstellung der Vergangenheit. Erst in der Zweiten Republik erhielt der «Österreichgedanke» einen in die Zukunft weisenden Charakter.

Die Sozialdemokraten waren erst recht heimatlos. Die alte sozialistische Idee des seligen Zeitalters, das mit der Einführung des Sozialismus auf der ganzen Welt anbrechen sollte, erlebte am Ende des Ersten Weltkriegs mit der Hoffnung auf die «Weltrevolution» noch einmal einen starken Aufschwung. Dann aber folgte mit der kommunistischen Diktatur in Russland und mit der endgültigen Aufspaltung des sozialistischen Lagers in Sozialdemokraten und Kommunisten eine umso tiefere Enttäuschung.

Aus diesem unterbewussten Gefühl der Heimatlosigkeit heraus wandten sich die österreichischen Sozialdemokraten der Ersten Republik mit umso grösserer Begeisterung dem Neuaufbau der Sozialistischen Internationale zu. Wien wurde beinahe der sozialdemokratische Vatikan. Der «Austromarxismus», die von den österreichischen Sozialdemokraten entwickelte theoretische Untermauerung des demokratischen Sozialismus, galt ihnen als die reine Lehre, die allein der Welt den Weg zum Glück zeigen konnte.

Neben dieser weltoffenen politischen Haltung entstand im Laufe der Jahre ein neues, ganz anders geartetes «Ersatz»-Heimatgefühl: der Stolz auf das «Rote Wien». Nach der ersten Zeit der schwarz-roten Regierungskoalition war es nach der Einführung der Bundesverfassung im Jahr 1920 zu einer Teilung der Macht in Österreich gekommen. In der Gesamtregierung, im «Bund», herrschte dauernd die Rechte, der «Bürgerblock», das heisst die christlichsoziale Partei im Zusammenwirken mit der einen oder anderen kleinen bürgerlichen Anhängselgruppe. Die Sozialdemokraten waren und blieben in erbitterter Opposition.

Dafür herrschten sie im Land Wien, im «Roten Wien», mit einer

Machtvollkommenheit, von der man sich im Zeitalter der seit 1945 eingeführten Wiener «Rathauskoalition» nicht leicht eine Vorstellung macht. Die österreichische Bundesverfassung gab den einzelnen Bundesländern – auch Wien ist ein Bundesland – das Recht zur selbständigen Einführung von Steuern. Die von dem sozialdemokratischen Finanzstadtrat Hugo Breitner geschaffenen «Breitner-Steuern» ermöglichten eine grossangelegte Sozialentwicklung auf Kosten der «besitzenden Klassen». Die sozialen Leistungen des «Roten Wien», vor allem auch die modernen Wohnhausanlagen, erregten die Bewunderung der Sozialreformer auf der ganzen Welt und waren der Stolz der österreichischen Sozialdemokraten. Dass diese Wohnhausbauten von den politischen Gegnern mit Burgen verglichen wurden und in den Februarkämpfen 1934 zum Teil auch als Burgen dienten, ist wohl richtig. Dass die scharf gestaffelten Steuern bei den Betroffenen heftigen Widerspruch erregten, ist nicht verwunderlich.

So wurde der politische Gegensatz zwischen «schwarzem» Staat und «roter» Hauptstadt immer schärfer. Dazu trugen die Ereignisse des 15. Juli 1927 bei. An jenem Tag ging bei einer ausser Kontrolle geratenen Arbeiterdemonstration der Wiener Justizpalast in Flammen auf. Die mit Gewehren bewaffnete Polizei des Polizeipräsidenten Schober schoss in die Menge. Es gab zahlreiche Tote und Verletzte. Bundeskanzler Dr. Seipel verschärfte in der Folgezeit durch seine Härte die Situation noch weiter, indem er sich gegen alle Massnahmen aussprach, die «milde erscheinen könnten».

Zwei Jahre später waren diese Wunden noch nicht vernarbt. Die Zerteilung blieb das dominierende Element der österreichischen Politik, wenn auch über die Zukunft des Landes keine endgültige Entscheidung gefallen war. In Russland war nach dem Scheitern der «Weltrevolution» der Gedanke des Kommunismus «in einem einzelnen Land», nämlich der Sowjetunion, in den Vordergrund getreten. Bei den österreichischen Arbeitern unter der Führung des sozialdemokratischen Wiener Bürgermeisters Karl Seitz gab es eine besondere Form des Patriotismus, die allerdings nicht in derartigen Worten ausgesprochen wurde. Der Gedanke aber war: «Demokratischer Sozialismus in einer einzelnen Stadt!»

Der «Daily Herald»

Vier Kart‘In

Meine Verbindung mit dem «Daily Herald» kam beinahe zufällig zustande. An einem Tag im Frühling 1929 rief mich Stefan Keller an und fragte mich, ob ich Wiener Korrespondent des «Daily Herald» werden wolle. Bis dahin hatte Oscar Pollak diese Funktion ausgeübt, doch er war jetzt zu sehr mit anderen Dingen beschäftigt. Der «Daily Herald» war zwar die Tageszeitung der englischen Arbeiterpartei, jedoch damals noch ein Blatt mit geringer Auflage, klein im Format, arm an Geld, dafür aber stark in der Gesinnung. Meine Aufgabe, so erklärte mir Stefan, würde darin bestehen, ungefähr einmal in der Woche oder alle vierzehn Tage einen Bericht über politische Ereignisse in Mitteleuropa per Post an den «Daily Herald» zu schicken. Anfangs würde Oscar Pollak meine Arbeiten durchsehen, später würde man mich selbständig wirken lassen.

Stefan Keller, einer meiner engsten Freunde, war einer der jüngsten und begabtesten Redakteure des Wiener sozialdemokratischen Parteiorgans «Arbeiter-Zeitung». Er war der Liebling des aussenpolitischen Redakteurs der «Arbeiter-Zeitung», des späteren berühmten Chefredakteurs Oscar Pollak, der schon damals als der «Kronprinz» der Zeitung galt und als Nachfolger von Friedrich Austerlitz deren Leitung übernehmen sollte.

Oscar und Marianne Pollak hatten keine eigenen Kinder. Aber das Ehepaar, er Redakteur, sie Redakteurin der Parteizeitung, hatten immer irgendjemanden, den sie sozusagen als ihr Adoptivkind betrachteten. Zu jener Zeit war es Stefan Keller. Er hatte eine spöttische und manchmal aggressive Umgangsart, mit der er die Empfindsamkeit und Weichheit seines eigentlichen Wesens überdeckte. Im Zusammensein mit Freunden war er munter und fröhlich, aber er litt an schweren seelischen Depressionen. Wenn er länger gelebt hätte, wäre er wahrscheinlich ein führender österreichischer sozialistischer Publizist und vielleicht selbst einmal Nachfolger Oscar Pollaks geworden. Leider konnte er seine

Depressionen nicht überwinden und machte einige Jahre später seinem Leben durch Gift ein Ende.

Ich war, hauptsächlich durch Stefan, als gelegentlicher freier Mitarbeiter in die «Arbeiter-Zeitung» gekommen. Seitdem ich als Student in den Vereinigten Staaten gewesen war, galt ich als Amerikaspezialist. Ausserdem schätzte Oscar Pollak, der selbst lange in England gelebt hatte, meine Kenntnis der englischen Sprache und der dortigen Verhältnisse. Manchmal kam ich selbst mit einem Artikel in die Redaktion. Manchmal liess mich Oscar rufen. Dann setzte man mich in ein zufällig leeres Zimmer und liess mich einen Artikel schreiben. Das im Jugendstil erbaute Gebäude in der Rechten Wienzeile, das die Redaktion der «Arbeiter-Zeitung» beherbergte, war damals gleichzeitig auch die Zentrale der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Im ersten Stock war das Parteisekretariat, im zweiten die Redaktion und im dritten das Sekretariat der Wiener Landespartei untergebracht.

Der Lebensnerv der Redaktion war – und ist es noch heute – ein langer Gang mit einer Kurve nach rechts, an dessen rechter Seite die Zimmer der einzelnen Redakteure nebeneinander lagen. Die Wände des Ganges waren mit einer Art Wachseleinwand dunkelgrün tapeziert. In den dreissiger Jahren brach eines Nachts ein Feuer aus, das durch den Gang raste und in Sekundenschnelle die Tapete in Asche verwandelte. Das war ein böses Omen, aber da der Gang menschenleer war, kam niemand zu Schaden. Nach links bog ein Seitengang ab, zu dem vier Stufen hinunterführten. In diesem Seitengang befanden sich die Zimmer der Lokalredakteure und der Redakteure des «Kleinen Blattes», des volkstümlicheren Schwesternblattes der «Arbeiter-Zeitung». Genau an der Biegung des Hauptganges lag das Zimmer des Chefredakteurs.

Das war damals noch Friedrich Austerlitz, der sprachlich und politisch über seine Redakteure ein strenges Regiment führte. Zwei Jahre später starb er mitten in seiner Arbeit. Ich stand im Hof und sah zu, wie Oscar Pollak und seine Kollegen den Sarg mit der Leiche des verstorbenen Chefredakteurs auf den Schultern aus dem Haus trugen. Nach dem Tod von Austerlitz war es eine Zeitlang unsicher, wer mit der Nachfolge betraut werden würde. Ein Teil des Parteivorstandes war für Julius Braunthal, den Chefredakteur des «Kleinen Blattes». Als dann Oscar Pollak zum Chefredakteur ernannt wurde, veranstalteten seine Freunde für ihn eine Feier, bei der Redakteur Alexander Gottlieb eine bissig-ironische Festrede hielt, die in dem Satz gipfelte: «Von jetzt ab ist unser Freund Oscar Pollak eingekalkt in das grosse Herz des Parteivorstandes.»

Oscar Pollak wirkte manchmal auf diejenigen, die ihn nicht gut kannten, kühl und unnahbar. Seine Ergänzung und sein Gegenstück war der Wirtschaftsredakteur der «Arbeiter-Zeitung», Otto Leichter, ein kleiner und lebhafter Mann. Die Art, wie Otto Leichter immer wieder aus seinem Zimmer auf den Gang hinauszustürzen pflegte, um zu sehen, was los war, ist von seinem politischen Rivalen Joseph Buttinger in dessen Buch «Am Beispiel Österreichs» recht lieblos verspottet worden. Aber gerade die jungen Mitarbeiter hatten Grund, Leichter dafür dankbar zu sein, dass er sich um alles kümmerte. Er war es auch oft, der mir ein leerstehendes Zimmer an wies und mir die Aufträge gab, wobei er die Länge des gewünschten Artikels hinzufügte: «Vier Kart'ln.» Die merkwürdige Gewohnheit, Manuskriptseiten in Maschinschrift als «Kart'ln» zu bezeichnen, hat sich in der «Arbeiter-Zeitung» bis zum heutigen Tag gehalten – nur sind jetzt die Artikel meistens weniger als vier «Kart'ln» lang.

An der Stelle, wo von dem langen Korridor der «Arbeiter-Zeitung» der Quergang abzweigte, trafen sich die Redakteure wie auf einem öffentlichen Forum. Dort konnte man Ernst Fischer seine Reden halten hören, den brillanten jungen Kulturredakteur und Schriftsteller, von dem sich die österreichische sozialdemokratische Partei so viel erwartete, dann Ludwig Wagner, den anerkannten Führer der sozialistischen intellektuellen Jugendbewegung, der als Redakteur im «Kleinen Blatt» arbeitete, sowie auch Stefan Keller und andere.

Ich nahm den Vorschlag, Korrespondent des «Daily Herald» zu werden, gerne an, weil mich diese Art von Arbeit interessierte und weil sie mir, da ich flüssig englisch schrieb, auch keine besondere Mühe verursachte. Ich war hauptberuflich Konzipient in der Rechtsanwaltskanzlei meines Vaters und dachte nicht daran, dass die journalistische Nebenbeschäftigung in meinem Leben einmal eine besondere Rolle spielen würde. Ich begann, meine Berichte an den «Daily Herald» zu schicken.

Wenige Wochen später, im Mai 1929, trat ein Ereignis ein, das für den «Daily Herald» und auch für mein eigenes Schicksal von entscheidender Bedeutung sein sollte. In England fanden Parlamentswahlen statt, bei denen die Arbeiterpartei zwar nicht die absolute Mehrheit erlangte, aber zur stärksten Partei des Landes wurde. Ramsay MacDonald, der von den Sozialisten der ganzen Welt mit Begeisterung verehrte Führer der Arbeiterpartei, wurde Premierminister und bildete zum zweitenmal in der Geschichte Grossbritanniens eine sozialistische Minderheitsregierung. Einige Monate später entstand der Plan, den «Daily Herald» zu vergrössern und ihn in eine moderne Tageszeitung zu ver-

wandeln, die mit den anderen erstklassigen Zeitungen konkurrieren konnte. Eine solche Zeitung brauchte einen Korrespondenten in Wien, der einen wesentlichen Teil seiner Zeit und seiner Kraft den journalistischen Aufgaben widmen konnte. Dass die Wahl auf mich fiel, war zum grossen Teil darauf zurückzuführen, dass ich bereits für den «Daily Herald» in Wien tätig und der Londoner Redaktion bekannt war.

Die «Nachfolgestaaten»

Das Tätigkeitsgebiet eines «Wiener Korrespondenten» umfasste nicht nur Österreich, sondern auch die Donau- und Balkanländer. Der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie hatte eine Konfliktsituation hinterlassen. Das dynamische oder, von einem anderen Standpunkt gesehen, das den Frieden bedrohende Element war Ungarn, das unter seinem reaktionären «Regenten» Admiral Horthy zwar die Wiederkehr der Habsburger nicht zulies, aber stets im Zusammenwirken mit anderen reaktionären Kräften Europas nach der Revision der Friedensverträge von 1919 und nach der Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete strebte.

Dies zu verhindern war der Zweck der «Kleinen Entente», bestehend aus der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Während Ungarn enge politische Verbindungen zum faschistischen Italien unterhielt, stützte sich die «Kleine Entente» auf Frankreich. Die von Präsident Thomas Masaryk und seinem Aussenminister Eduard Beneš gegründete Tschechoslowakei galt als Musterdemokratie. In Wirklichkeit war sie ein Staat voll innerer Spannungen. Drei Millionen deutschsprechende Böhmen, Mährer und Schlesier, die sich später «Sudetendeutsche» nannten, forderten vergeblich Selbstverwaltung. Auch die Slowaken fühlten sich als ein gegenüber den Tschechen benachteiligter Volksteil. Hier lag ein zukünftiger Krisenherd.

Jugoslawien war ebenfalls durch innerstaatliche Konflikte zwischen den drei Nationalitäten, den Serben, den Kroaten und den Slowenen, geschwächt. Die Kroaten und Slowenen mit ihrer westlichen Tradition und ihrer moderneren wirtschaftlichen Entwicklung ertrugen nur unwillig die Vorherrschaft der Serben, die durch die serbische Königsfamilie repräsentiert war. Die Furcht der Serben vor einer Wiederkehr der Habsburger in Österreich führte in der Zeit vor 1938 wiederholt dazu, dass die jugoslawische Politik sogar mit Hitlerdeutschland gemeinsame Sache machte (und dass Jugoslawien zum Beispiel nach dem

österreichischen Naziputsch vom Juli 1934 zahlreichen Nationalsozialisten Asyl gewährte).

Der Dritte im Bunde, Rumänien, lieferte den Zeitungen des Westens Material vor allem durch dramatische Wechselfälle in der königlichen Familie, wo überraschende Heiraten, Scheidungen und Liebesaffären an der Tagesordnung waren. «Operettenhaft» war ein Ausdruck, der für die Zustände in Rumänien immer wieder angewendet wurde.

Im politischen Stil bestand ein deutlicher Gegensatz zwischen Rumänien und seinem südlichen Nachbarland Bulgarien. In diesem klassischen Balkanstaat waren die für die Aussenwelt interessanten Ereignisse meist von ganz anderem Charakter. Hier spielten die geheimen Terrororganisationen der Mazedonier, die die Vereinigung der jugoslawischen Provinz Mazedonien mit Bulgarien anstrebten, eine politisch vorherrschende Rolle. Die Organisationen der Mazedonier inszenierten nicht nur Terrorattentate gegen Jugoslawen, sondern führten auch mörderische Kämpfe untereinander. Von diesen bekam Wien eine Probe, als die mazedonische Terroristin Mencia Carniciu den Führer einer konkurrierenden Terrororganisation, Todor Panitza, in einer Loge des Burgtheaters während einer Aufführung von Ibsens «Peer Gynt» erschoss. An jenem Abend wurde zwar weitergespielt, aber eine Stelle in dem Stück weggelassen, an der jemand sagt: «Man stirbt nicht mitten im vierten Akt.» Das war makaber, aber taktvoll.

Der letzte zu unserem Territorium als Wiener Korrespondenten gehörige Staat war Albanien, ein Gebiet, aus dem nur selten Nachrichten ins Ausland drangen. In diesem noch recht wilden Land regierte König Zog, ehemaliger Stammeshäuptling und selbsternannter Monarch, mit eiserner Hand. Ein unserer Meinung nach sympathischer Charakterzug des Herrschers war, dass er angeblich ein Wiener Arbeitermädchen namens Franzi zur Freundin hatte, die er erst aufgab, als er eine ungarische Aristokratin heiratete.

So gab es von der Weltpolitik bis zum Hofratsch für die im Café Louvre ansässigen Zeitungsleute immer genug zu tun.

Ein Freund der Verfolgten

Der Kontakt des Café-Louvre-Kreises mit den österreichischen Sozialdemokraten war in der Zeit, als ich in diesen Kreis kam, nicht besonders eng. Aber einer der britisch-amerikanischen Korrespondenten war schon seit Langem ein Freund der österreichischen Sozialdemokraten und vor

allem ein persönlicher Freund Oscar Pollaks. Das war Eric Gedye, Autor eines bekannten Buches über die Nachfolgestaaten, «Heirs to the Habsburgs» (Erben der Habsburger), und Verfasser des Jahre später erschienenen berühmten Werkes über den Untergang Österreichs und der Tschechoslowakei, «Die Bastionen fielen».

George Eric Rowe Gedye stammte aus Bristol im westlichen Teil Englands, wo seine begüterte Familie ein grosses Kaufhaus besass. Er kam gegen Ende des Ersten Weltkrieges als britischer Soldat in das besetzte Rheinland und wurde Zeitungskorrespondent. In dieser Eigenschaft hatte er Gelegenheit, das Entstehen und den Untergang der von Frankreich unterstützten rheinischen Separatistenbewegung aus nächster Nähe zu beobachten. Er war über die Art, wie man der deutschen Bevölkerung des Rheinlandes eine separatistische Regierung gewaltsam aufzwingen wollte, empört. Diese auf seinen eigenen Erfahrungen basierende Ansicht kam in seinem Buch «Die Revolver-Republik» klar zum Ausdruck. Aus diesem Grund galt er noch viele Jahre später bei manchen Leuten als «Deutschnationaler».

In Österreich arbeitete er später als Korrespondent der konservativen Zeitung «Daily Telegraph», die zwar als das Organ des britischen Aussenministeriums galt, ihren Mitarbeitern aber immer ein gewisses Mass an Freiheit gelassen hat. Ausserdem war er «zweiter Mann» im Büro der «New York Times». Österreich gefiel ihm sehr gut. Auch seine Frau, eine Kölnerin, die er im Rheinland kennengelernt hatte, gewöhnte sich an die Wiener Lebensbedingungen. Gedye war ein begeisterter Angler und schrieb Reisebücher über Österreich. Was ihn mit Oscar Pollak besonders verband, war, dass beide mit grosser Liebe an ihren Hunden hingen. Aber während Oscar grosse Hunde bevorzugte, hatte Gedye zwei Dackel, von denen einer «Monkeyface» (Affengesicht) hiess.

Gedye hätte gar keinen Grund gehabt, in der österreichischen Politik Partei zu nehmen. Aber er gehörte zu jener Sorte von Engländern, die sich leidenschaftlich für diejenigen einsetzen, denen ihrer Meinung nach Unrecht geschieht. Gedye, der stockenglische Vertreter der englischen konservativen Zeitung, wurde ein passionierterer österreichischer Sozialdemokrat als die meisten österreichischen Sozialdemokraten. Während manche seiner Kollegen sich erst nach 1934 in Österreich politisch «engagierten», geschah das bei Eric Gedye viel früher.

Nach den blutigen Ereignissen des 15. Juli 1927 interviewte Gedye, der damals den «Daily Express» in Wien vertrat, den österreichischen Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel. Sie sprachen über die Heimwehr und die Gefahr eines Bürgerkriegs in Österreich. Seipel sagte: «Die Heim-

wehr hat keine Waffen und könnte nie eine Konterrevolution durchführen.» Als Gedye dem Prälaten «mit den kalten grauen Augen hinter den goldgerahmten Augengläsern», wie er Seipel in seinem Buch beschreibt, entgegnete, die Heimwehrführer Fey und Starhemberg hätten sich offen gerühmt, Waffen zu besitzen, besonders in Wien, antwortete Seipel (nach Gedyes Bericht), das seien blosse Prahlereien. Die Waffen der Wiener Heimwehr seien alle im Gewahrsam der Wiener Polizei.

Das Interview wurde veröffentlicht, und der Wiener Polizeipräsident Schober war wütend. Die Polizei habe keine Waffen der Heimwehr, sagte er, sondern nur ihre eigenen Waffen. Seipel zog sich aus der Affäre, indem er meinte, Gedye habe ihn wegen mangelhafter deutscher Sprachkenntnisse missverstanden. Doch die christlichsoziale Regierungszeitung «Reichspost» nannte Gedye einen «Lügner» und weigerte sich, eine Berichtigung Gedyes zu veröffentlichen. Gedye klagte die «Reichspost», die zur Veröffentlichung der Berichtigung verurteilt wurde. Die Zeitung tat das auch unter Hinzufügung des gebräuchlichen Vorbehalts, ihre Meldung sei trotzdem wahr. Von diesem Zeitpunkt an stand Gedye jedoch auf Seiten der Sozialdemokraten.

Gedye liebte es nicht, wie viele seiner Kollegen, in «Rudeln» nach Neuigkeiten zu jagen. Er hatte seine eigenen Informationsquellen und ging seine eigenen Wege. Es kam oft vor, dass ich mich bei irgendeiner journalistischen Aktion allein glaubte. Keiner meiner Konkurrenten und Bekannten war zu erblicken – aber Gedye war schon zur Stelle. Ich erinnere mich an einen Abend, an dem ein Wiener Arbeitermädchen aus einem italienischen Kerker nach Wien zurückkehrte. Sie war mit einem Gegner Mussolinis eng befreundet gewesen. Ihr Freund war im Zusammenhang mit einer Verschwörung gegen den italienischen Diktator zu zwanzig Jahren Kerker verurteilt worden. Sie selbst durfte nach längerer Haft in die Heimat zurückkehren. Ich erwartete die Heimkehrerin an einem Abend auf dem zugigen Meidlinger Bahnhof im Süden Wiens. Kein anderer Journalist war zu sehen, doch Gedye war bereits auf dem Bahnsteig, und wir interviewten gemeinsam das Mädchen.

Der Vollständigkeit halber sei bemerkt, dass Gedye auch nach dem Zweiten Weltkrieg wieder nach Wien zurückkehrte und mehrere Jahre als Journalist tätig war. Seine Zuneigung zu den österreichischen Sozialisten bestand weiter, bis der österreichische sozialistische Innenminister Oskar Helmer nach dem ungarischen Aufstand von 1956 irgendeine Massnahme anordnete, die Gedye für eine Ungerechtigkeit gegen die Flüchtlinge hielt. Helmer wollte diese Massnahme trotz Gedyes Protest

nicht abändern. Von diesem Augenblick an war Gedyes Begeisterung für die österreichischen Sozialisten erloschen. Nicht aber seine Liebe zu Österreich, das er auch nach seiner Pensionierung immer wieder besuchte,

Giftmordhexen

In den ersten Monaten nach meiner Bestellung zum Korrespondenten des «Daily Herald» lernte ich einiges über den Unterschied zwischen dem österreichischen und dem englischen Journalismus. Bei den Engländern – auch bei einem sozialistischen Blatt – stand die Persönlichkeit viel stärker im Vordergrund als die abstrakte Idee. In meinen österreichischen Artikeln war ich immer bemüht, die politische Essenz der Ereignisse zu erfassen und womöglich ihre wirtschaftlichen Hintergründe aufzuhellen. Diese Einstellung war für mich auch in meiner Tätigkeit für England nützlich. Doch da kam es auf ganz andere Dinge an.

Es überraschte mich schon, dass meine kurzen Berichte im «Daily Herald» zwar nicht mit meinem Namen versehen waren, aber doch immer mit dem Untertitel «From our own Correspondent, Vienna» (Von unserem eigenen Korrespondenten in Wien) erschienen. Manche Dinge, die mich sehr interessierten, beeindruckten den «Daily Herald» überhaupt nicht. Andere fand er viel wichtiger, als ich erwartet hatte. Besonders an das Interesse des Westens für die dynastischen Vorgänge in den südosteuropäischen Ländern musste ich mich erst gewöhnen.

Der junge König Boris von Bulgarien reiste nach Italien, um, wie verlautete, Verbindungen für eine Eheschliessung mit der italienischen Königstochter Prinzessin Giovanna anzuknüpfen. Ich meldete diese Nachricht, die ich für eine ziemlich belanglose Tratschgeschichte hielt, brieflich. Der «Daily Herald» veröffentlichte sie, und der aussenpolitische Redakteur teilte mir in einem Schreiben mit, eine solche romantische Angelegenheit, die Brautfahrt eines jungen Königs, wäre wohl ein Telegramm wert gewesen. Trotzdem sei ich mit meinem Bericht früher drangewesen als die Blätter der Konkurrenz. Das war wohl ein glücklicher Zufall.

Als der junge «Fürst» Ernst Rüdiger von Starhemberg in Österreich als Führer der faschistischen Heimwehr in den Vordergrund trat, brachte der «Daily Herald» meinen Bericht geschmückt mit einem Porträt des «Fürsten» mit Heimwehrrhut und Hahnenfeder. In Österreich hätte man sich gehütet, dem politischen Gegner so viel Ehre anzutun.

Der aussenpolitische Redakteur des «Daily Herald», der mir die ersten

Instruktionen gab, war William Ewer, ein musischer Mensch mit vielseitigen Interessen. Nach einigen Monaten wechselte er seine Funktion und wurde «Diplomatischer Korrespondent». Auch das war eine Einrichtung, die dem mitteleuropäischen Zeitungswesen fremd war. Der Diplomatische Korrespondent ist jener Mann, der ständig mit dem eigenen Aussenministerium Kontakt hält und in den Korridoren des Aussenministeriums so zu Hause ist wie der Auslandskorrespondent in der Stadt, in der er stationiert ist.

Meine erste echte Chance erhielt ich durch eine Serie von grauenvollen Giftmorden in der Umgebung der ungarischen Stadt Szolnok. Dort hatte sich eine Gruppe von alten Bäuerinnen zusammengetan, um ihren Kundinnen zu festen Preisen Gift zur Beseitigung von Ehemännern und anderen unbequemen Verwandten zu liefern. Der Name «Giftmordhexen» passte gut zu diesen Frauen. Der Höhepunkt der Prozesse gegen diese mörderischen Damen war im September 1929. Ich berichtete über den Verlauf des Tribunals fleissig nach England. «Listened in to their Doorn» – sie hörten im Radio ihr Schicksal – lautete die Schlagzeile des «Daily Herald», als zwei zum Tode verurteilte «Giftmordhexen» zufällig durch das Radio des Kerkermeisters, das sie in Ihrer Zelle hören konnten, von der Abweisung ihrer Gnadengesuche erfuhren. In der Bewertung dieser Nachricht spielt irgendwie noch die Vorstellung vom Radio als einer verhältnismässig neuen und unheimlichen Apparatur mit.

Meine Berichte über diese an sich bedauerlichen Vorfälle erhöhten mein Prestige beim «Daily Herald», weil sie zeigten, dass ich keineswegs nur als Berichterstatter für hochpolitische Angelegenheiten zu brauchen war, sondern auch in handfesten Kriminalansensationen meinen Mann stellen konnte. Einem klugen Impuls folgend, reiste ich im Herbst 1929 nach England, um die Leute vom «Daily Herald» persönlich hennenzulernen. Die Redaktion der Zeitung befand sich im Gebäude einer Druckerei in der Carmelite Street, einer der kleinen Gassen, die von der Gegend der Fleet Street zum Themse-Ufer hinunterführen. Ich war über die primitiven Redaktionsräume erstaunt, die sich mit den verhältnismässig modernen der «Arbeiter-Zeitung» nicht messen konnten. Die Kollegen vom «Herald» empfingen mich sehr freundlich. Dass die Geselligkeit hauptsächlich im nächstgelegenen «Pub» (Wirtshaus) bei einem oder mehreren Gläsern Bier stattfand, störte meinen damals noch vorhandenen relativen Puritanismus. Immerhin trug diese auf eigene Kosten unternommene Englandreise sicher zu dem Entschluss bei, mich als Wiener Korrespondent zu bestätigen, als der «Herald» vergrössert wurde.

Der «Herald» als «nationale Zeitung»

Im Jänner 1930 erhielt ich von der Redaktion des «Daily Herald» einen Brief, in dem mir die Umwandlung des Blattes in eine grosse «nationale Zeitung» mitgeteilt wurde. Gleichzeitig wurde mir der Vorschlag gemacht, Wiener Korrespondent des neuen Blattes mit einem fixen Gehalt von acht Pfund wöchentlich zu werden, was in österreichischer Währung mehr als 800 Schilling monatlich betrug. Nach heutigen Begriffen entspricht das in Österreich mindestens dem 15fachen Betrag, in Deutschland fast 1'800 D-Mark. Ich war damals 24 Jahre alt und auf ein so hohes Einkommen nicht vorbereitet. Ich glaubte zuerst sogar, ich müsste aus diesem Gehalt die Telefonspesen selbst bezahlen. Das wäre natürlich unmöglich gewesen, weil es vom Zufall und von den Ereignissen abhängt, ob die Telefonspesen eines Zeitungskorrespondenten ein Zehntel, die Hälfte oder drei Viertel des Gehalts betragen.

Die Idee war, der Arbeiterpartei ein Organ zu geben, das den anderen grossen englischen «nationalen Zeitungen», wie «Daily Express», «Daily Mail» und «Daily News» gleichwertig gegenüberstehen konnte. «National» nennen sich solche Zeitungen in Grossbritannien deshalb, weil sich, zum Unterschied etwa von den meistgelesenen amerikanischen oder deutschen Zeitungen, ihr Verbreitungsgebiet auf das ganze Land erstreckt. Der Organisator der ganzen Aktion war der Chef des Londoner Druck- und Verlagshauses Odhams Press, ein Finanzmann namens Elias, der kurz vorher als neuer «Zeitungskönig» in das Oberhaus eingezogen war und den Titel eines Lord Southwood angenommen hatte. Lord Southwood war ein sozialdenkender und wohlwollender Unternehmer. Er stand politisch der Arbeiterpartei nahe, doch sein Denken war trotz allem das eines Finanzmannes. Es war vermutlich seine Idee, den neuen «Daily Herald» im Format um ungefähr zwei Zentimeter kürzer zu machen als die anderen Zeitungen der gleichen Kategorie, «Daily Express», «Daily Mail» und so weiter. Diese zwei Zentimeter stellten eine Ersparnis an Papier und Druckkosten dar. Aus diesem Grund enthielt der «Daily Herald» aber auch auf jeder Seite weniger Nachrichten als seine Konkurrenzblätter. Es ist meine Überzeugung, dass die Schwierigkeiten des «Daily Herald» in späteren Jahren von diesen ominösen zwei Zentimetern ihren Anfang nahmen.

Zunächst aber begann der «Daily Herald» einen grossartigen Siegeszug. In wenigen Wochen erreichte er ungefähr gleichzeitig mit dem «Daily Express» die Rekordziffer von zwei Millionen verkauften Exemplaren. Eines der Konkurrenzblätter, die «Daily Chronicle», musste ihr

Erscheinen einstellen und sich mit der «Daily News» zur «News Chronicle» fusionieren. Der neue «Daily Herald» gehörte zur Hälfte dem britischen Gewerkschaftsbund, der der Arbeiterpartei nahestand, und zur Hälfte der Firma Odhams Press. Der Gedanke war, dass der Gewerkschaftsbund die politische Linie bestimmen, die Firma hingegen die verwaltungsmässige Redaktionsführung übernehmen sollte. Zu diesem Zweck übersiedelte die Redaktion der Zeitung in ein neuerrichtetes Prachtgebäude neben dem Stammhaus der Druckerei Odhams in unmittelbarer Nähe des Londoner Obst- und Gemüsemarktes Covent Garden. Die erste Nummer des neuen «Daily Herald» erschien am 5. März 1930. Ich war erfreut, dass schon die erste Nummer einen kleinen Bericht von mir (über Ereignisse in Bulgarien) enthielt.

Ebenso erfreut war ich, als bald darauf einer meiner Berichte als «Splash» (Aufmacher) auf Seite 1 des neuen «Daily Herald» erschien. Ich hatte in der Sonntagsbeilage der «Arbeiter-Zeitung» vom 23. März eine Buchbesprechung meines Kollegen Jacques Hannak gefunden. In dem Buch (von Oberst Emil Seeliger über Spionage) wurde geschildert, wie im April 1914 der Aufmarschplan der österreichisch-ungarischen Armee für den Kriegsfall (trotz der Vorsichtsmassnahmen der österreichischen Behörden seit dem Fall des Obersten Redl) von einem russischen Agenten gestohlen und nach Sankt Petersburg gebracht worden war.

Wenn die Entente danach gehandelt hätte – und wenn die Geschichte wahr ist –, dann hätte der Erste Weltkrieg schon in ganz kurzer Zeit beendet werden können. Denn die Österreicher vollzogen ihren Aufmarsch im August 1914 wirklich genauso, wie es in jenem Dokument vorgesehen war. Die Österreicher hatten also die kurze Abwesenheit des Dokuments aus dem Aktenkasten im Kriegsministerium nicht bemerkt! Inzwischen hatten jedoch die Franzosen (die von dem Dokument nichts wussten) ihre russischen Verbündeten veranlasst, zur Entlastung Frankreichs eine ganze russische Armee nach Ostpreussen zu transferieren, wo diese russische Armee dann von den Deutschen unter Hindenburg geschlagen wurde.

Dass diese Geschichte zum Aufmacher wurde, war offenbar darauf zurückzuführen, dass an diesem Tag sonst nichts Besonderes los war. Ich hatte sie noch dazu brieflich gesendet. Die meisten meiner Berichte – wenn es sich nicht um ganz kurze Telegramme handelte – gab ich jetzt per Telephon weiter. Aus Verrechnungsgründen war es praktischer, mich von London anrufen zu lassen, statt selbst anzurufen. Die damals übliche Form der Voranmeldung machte es möglich, dass der «Herald»

einen persönlichen Anruf an mich anmeldete und ich mich erst dann: sprechbereit erklärte, wenn ich meinen Bericht fertig hatte.

In späteren Jahren – vor allem von 1934 an – wurde es üblich, dass ich dem «Daily Herald» oft mehrmals am Tag telephonische Berichte schickte. Ich meldete mich immer nur dann sprechbereit, wenn ich einen Bericht zu geben hatte. Sofort nach Ende des Gesprächs meldete der Telephonist des «Daily Herald» ein neues Gespräch mit mir an., das dann sozusagen «in der Leitung» blieb, bis es gebraucht wurde.

Das bedeutete allerdings eine Schwierigkeit für jene Fälle, wo der «Daily Herald» mich wirklich sofort sprechen wollte, etwa um eine Anfrage zu stellen oder mir einen neuen Auftrag zu erteilen. Zu der Zeit, als ich schon verheiratet war, wurde zwischen der Redaktion und mir vereinbart, dass der «Daily Herald», wenn er mich wirklich sofort brauchte, nicht «Herrn Scheu» mit Voranmeldung verlangen sollte, sondern «Frau Scheu». Das war das vereinbarte Codewort für «Sofort melden». Es musste dann nur immer eine weibliche Stimme verfügbar sein, die sich als sprechbereit meldete und mir den Hörer übergab.

Derartige technische Vorkehrungen und die Existenz des Café Louvre als Sammelpunkt für Auslandsnachrichten machten es mir möglich, gleichzeitig neben meiner Arbeit als Korrespondent meinen Beruf als Konzipient (von 1934 an als Rechtsanwalt) weiter auszuüben. Das hatte Vorteile vor allem in der Zeit, als die Sozialisten in Österreich illegal waren. Die Polizei konnte nicht nachkontrollieren, wer zu mir als Klient in die Rechtsanwaltskanzlei und wer als journalistische Kontaktperson kam. Da ich ausserdem meine Verbindung zur «Arbeiterzeitung» aufrechterhielt, konnte ich, solange die Sozialistische Partei existierte, für eine engere Verbindung zwischen ihr und der Auslandspresse wirken. Diese Verbindungsfunktion setzte ich auch fort, als die Sozialisten eine illegale Partei geworden waren.

Kamerad, wir sind die Jugend

Jugendtreffen

Das Jahr 1929 bekam durch die Ereignisse, die ihm folgten, für viele Österreicher den Glorienschein einer verklärten Erinnerung. Zwar begann im Oktober 1929 mit dem New-Yorker Börsenkrach die grosse internationale Wirtschaftskrise. Aber ihre vollen Auswirkungen waren erst viel später in Österreich zu spüren. Für jenen grossen Teil der Wiener Bevölkerung, der den Sozialdemokraten nahestand, war die Erinnerung an 1929 verbunden mit dem Gedanken an das grosse internationale sozialistische Jugendtreffen im Juli desselben Jahres.

Aus vielen Ländern Europas kamen etwa 50'000 junge Menschen nach Wien. Viele davon waren «Tippler», arbeitslose junge Burschen und Mädchen, die zu Fuss mit ihren Gitarren durch das Land gezogen waren – die Vorläufer der «Hippies» einer späteren Zeit. Beim internationalen Jugendtreffen stellte Deutschland bei Weitem das grösste Kontingent an Teilnehmern. Die bunten Trachten der deutschen Jugendlichen beherrschten einige Tage lang das Wiener Stadtbild.

In der Halle des Wiener Westbahnhofs erwarteten wir die Ankunft des Zuges mit den Jugendlichen aus dem Rheinland. Das Mädchen, das ich abholen wollte, war eine hübsche Kölnerin und hiess Bertha. Ihr Vater war Gewerkschaftsfunktionär, und ich hatte auf der Rückfahrt vom internationalen Jugendtreffen in Amsterdam vier Jahre vorher einen Tag in ihrem Elternhaus verbracht. Jetzt sollte sie mit einer Freundin ein paar Tage bei meiner Familie wohnen.

Endlich lief der Zug im Bahnhof ein. Hunderte junge Burschen und Mädchen stiegen aus, stellten sich in Formation und sangen mit ihren klaren jungen Stimmen, so dass die ganze Halle von dem Klang erfüllt war:

«Hebt uns're Fahnen in den Wind!
Sie leuchten rot wie Sonnenglut
Und künden, dass wir gläubig sind:
Der Mensch ist gut!»

Ich glaube die Stimmen noch heute zu hören. Es war eine schöne Illusion. Auch ein anderes Lied, das wir in den nächsten Tagen immer wieder von den Gruppen deutscher Jugendlicher zu hören bekamen, die durch die Strassen Wiens marschierten, war eine Illusion:

«Nie, nie woll'n wir Waffen tragen,
Nie, nie, zieh'n wir in den Krieg.
Ei, lasst die grossen Herren sich alleine schlagen.
Wir machen einfach nicht mehr mit.»

Dieses Lied gefiel uns jungen Österreichern weniger, weil es uns schon damals etwas unrealistisch vorkam. Schliesslich wusste jeder von uns, dass der Republikanische Schutzbund, die para-militärische Organisation der österreichischen sozialdemokratischen Partei, Waffen trug. Ich habe in späteren Jahren öfter daran denken müssen, wie viele von den Jugendlichen, die dieses Lied damals so munter sangen, ihr Leben als deutsche Soldaten im Zweiten Weltkrieg verloren.

Der Höhepunkt des Treffens war der Marsch der Jugendlichen über die Wiener Ringstrasse am Sonntag, dem 14. Juli 1929. Es war ein buntbewegtes Bild. Neben mir im Spalier stand ein Künstler. «Sie ist beinahe nackt!» rief er begeistert, als er die fesche Fahnenträgerin an der Spitze eines deutschen Jugendzuges erblickte. Vierzig Jahre später hätte man von einem Mädchen in solcher Kleidung gesagt: «Sie trägt einen ziemlich dezenten Bikini.»

Die psychologische Wirkung des Jugendtreffens als Gemeinschaftserlebnis war nachhaltig. Man konnte sie noch nach Jahrzehnten verfolgen. Als Elfriede Neuhaus, eine charmante junge Wienerin, die bei den Organisationsarbeiten mitgewirkt hatte, viele Jahre später in Amerika starb, erwähnte ihr Vater Rudolf Neuhaus in der Todesanzeige in der «Arbeiter-Zeitung» ausdrücklich, dass sie beim Wiener Jugendtreffen von 1929 die dänischen Jugendlichen betreut hatte. Für den Vater war es das zentrale Ereignis im Wiener Leben seiner Tochter.

Das Jugendideal der Zeit um 1930, das in dem Wiener sozialistischen Jugendtreffen und ähnlichen Festivitäten anderer «Jugendbewegungen» seinen Ausdruck fand, hatte eine starke Attraktion, aber auch seine Schwächen. Was diese Jugendbewegung auszeichnete, waren ihre besonderen Lebensformen: bunte Wanderblusen, kniefreie Hosen der Burschen, schwingende Röcke der Mädchen, keine Hüte, Reigentänze statt Modetänze, Abstinenz von Alkohol und Zigaretten. Eigentlich war diese «jugendbewegte» Jugend aber wenig gerüstet, aktiv die Lenkung der

Ereignisse zu übernehmen – auch wenn es sich, wie bei der sozialistischen und bei der entsprechenden katholischen Organisation, um eine «politische» Jugendbewegung handelte. Im Übrigen war diese Form der Jugendbewegung beschränkt auf Deutschland, Österreich, das deutsche Sprachgebiet in der Schweiz und im Sudetenland, Holland, den flämischen Teil Belgiens und die skandinavischen Länder. In den romanischen und slawischen Ländern, aber auch in Grossbritannien, ging die Jugend andere Wege.

Die psychologische Wirkung der Jugendbewegung zwischen den zwei Weltkriegen auf die jungen Menschen, die davon erfasst wurden, war stark, aber die politische Wirkung war gering. Die Jugendbewegung hat nichts dazu beigetragen, den Faschismus und den Zweiten Weltkrieg zu verhindern. Am stärksten war noch ihr lebensreformerischer Einfluss. Wird der politische Einfluss der «Hippies», der lebensreformerischen Jugendbewegung der heutigen Zeit, nachhaltiger sein? Man muss es bezweifeln.

Neue Kräfte in Westminster

Es gehörte zu den relativ erfreulichen Aufgaben des Wiener Korrespondenten der englischen sozialistischen Parteizeitung, Politiker und andere interessante Persönlichkeiten aus Grossbritannien heranzuführen und ihnen die Sehenswürdigkeiten des «Roten Wien» zu zeigen. Ich war für derartige Funktionen dank meiner Englischkenntnisse schon vorher oft von den österreichischen Sozialdemokraten herangezogen worden. Jetzt war es Teil meiner offiziellen Tätigkeit für den «Daily Herald».

Viele Politiker der Labour Party, die Wien besuchten, brachten auch Empfehlungen an verschiedene Journalisten des Café-Louvre-Kreises mit. Wenn sie interessant waren, wurden solche Besucher auch von den englischen und amerikanischen Journalisten interviewt und hatten wohl auch Gelegenheit, ihre Ansichten über die Bedeutung Wiens auf dem Weg über die Presse dem britischen und dem amerikanischen Publikum mitzuteilen.

Im September 1929 kam Herbert Morrison, damals Verkehrsminister in der Labour-Regierung Ramsay MacDonalds, mit seiner Frau nach Wien, und ich nahm an der offiziellen Führung teil. Herbert Morrison war der Londoner Führer der Labour Party und der Organisator ihrer Wahlsiege. In dieser Eigenschaft war er den Wiener Sozialdemokraten besonders sympathisch. Sosehr Herbert Morrison sich auch für

die Wiener Gemeindeeinrichtungen interessierte, war er doch ein echter «Cockney», ein Londoner Arbeiterkind, und im Herzen ganz insular. Sein späteres Verhältnis zu den österreichischen Sozialisten in England, als er während des Zweiten Weltkriegs britischer Innenminister war, kann nicht als besonders herzlich bezeichnet werden.

Von grösserer Bedeutung für die Verbindungen zwischen den österreichischen Sozialdemokraten und der britischen Labour Party war auf lange Sicht das Interesse, das eine Gruppe von jungen Abgeordneten der Labour Party, von denen viele dem linken Flügel angehörten, an Österreich nahmen. Zu diesem Kreis gehörte die 24jährige Jennie Lee, die jüngste Abgeordnete des britischen Parlaments, die ebenfalls im Herbst 1929 auf einige Tage nach Österreich kam. Sie hatte eine Empfehlung an Oscar und Marianne Pollak, die mich baten, sie herumzuführen und sie mit jungen österreichischen Sozialisten bekanntzumachen.

Jennie Lee war der Typ einer Politikerin, wie man ihn bis dahin in Österreich noch nicht gesehen hatte. Sie hatte das revolutionäre Feuer einer linken Politikerin und gleichzeitig etwas von dem Auftreten eines Operettenstars. Sie war bildhübsch, hatte dunkle Locken und dunkle Augen, eine melodische Stimme und sprach mit einem starken schottischen Akzent. Sie bezauberte alle. Meist trug sie ein dunkelbraunes Kostüm – wie sie erzählte, hatte ihr Ellen Wilkinson, eine um einige Jahre ältere Labour-Abgeordnete, den Rat gegeben, sich aus Sparsamkeitsgründen in der Kleidung immer auf eine einzige Farbe zu konzentrieren, und Jennie hatte dunkelbraun gewählt.

Ihre Laufbahn war für britische Verhältnisse nicht ganz so ungewöhnlich, wie sie es im damaligen Österreich gewesen wäre. Ihr Vater war Vorarbeiter in einem schottischen Kohlenbergwerk. Er hatte seine Arbeitsstelle verloren und brachte sich eine Zeitlang als Leiter einer Wanderbühne durch. Seine Tochter hatte von ihm ihr schauspielerisches Talent geerbt. Doch sie baute ihre Karriere auf der Tatsache auf, dass sie eine schottische Bergarbeiterstochter war. Die Stimmen der schottischen Bergarbeiter waren ihr daher sicher.

Schon als Kind hatte Jennie viel von Politik gehört, wenn berühmte Führer der schottischen «Linken» abends am Kaminfeuer mit ihrem Vater die Tagesereignisse diskutierten. Mit Hilfe von Stipendien studierte sie an der Universität Edinburgh, wo sie schon unter den Studenten als eindrucksvolle Rednerin bekannt war. Sie stand immer am äussersten linken Flügel der Arbeiterpartei. Der Kreis der «schottischen Rebellen» bildete eine linke Gruppe der Independent Labour Party, der Unabhängigen Arbeiterpartei. Die «I. L. P.» war ein Teil

der Labour Party, der ausserdem noch die Gewerkschaften, die Fabier-Gesellschaft (Fabian Society) und andere Organisationen angehörten. Sie nannte sich «unabhängig», weil ihre Mitglieder schon zu der Zeit, als es nur Konservative und Liberale gab, eine von diesen unabhängige Arbeiterpartei gründen wollten. Die I. L. P. gehörte der grossen Arbeiterpartei an, die 1906 gegründet worden war, doch wurde sie allerdings später von den Linken unter der Führung von James Maxton beherrscht und verursachte als resolute Linksoption der Gesamtpartei manche Schwierigkeiten.

Als Jennie Lee ihr Studium beendet hatte, erhielt sie ihre erste Anstellung als Volksschullehrerin. Bald darauf wurde sie jedoch im schottischen Bergarbeiterwahlkreis Nord-Lanark als sozialistische Kandidatin bei einer Nachwahl auf gestellt und kam mit 24 Jahren als jüngste Abgeordnete in das Parlament nach Westminster. Bei den allgemeinen Parlamentswahlen im Mai 1929 wurde sie wiedergewählt. Einer ihrer jungen Kollegen war ihr späterer Mann Aneurin Bevan. In der Lebensbeschreibung Aneurin Bevans sagt dessen Biograph Michael Foot über Jennie Lee: «Sie war in vieler Hinsicht in jenem Parlament von 1929 eine bekanntere Figur als Bevan selbst. Sie hatte vor ihm das Feuer auf die Dekadenz der Führung eröffnet und ihren eigenen erkennbaren Anteil zur Parteidebatte beigetragen.»

Zu der Zeit, als Jennie Lee die jüngste Abgeordnete im britischen Parlament war, sagten ihr viele politische Beobachter eine grosse Laufbahn voraus. Der Österreicher Egon Wertheimer, der als Korrespondent der deutschen und österreichischen sozialdemokratischen Zeitungen in London arbeitete, schrieb in seinem 1929 erschienenen Buch «Das Antlitz der Britischen Arbeiterpartei», die junge Miss Jennie Lee könne in Betracht ihrer vielversprechenden Anfänge als die Frau mit der grössten politischen Zukunft in Grossbritannien angesehen werden, wenn es ihr nur gelänge, zwischen der Charybdis der Linkspolitik und der Scylla der gesellschaftlichen Versuchungen erfolgreich durchzusegeln. Die tatsächliche Entwicklung verlief jedoch anders. Nach ihrer Heirat mit Aneurin Bevan im Jahr 1934 trat Jennie viele Jahre lang gegenüber ihrem Mann, dem Führer des linken Flügels, in den Hintergrund. Nach seinem Tod im Jahr 1960 bewies Jennie Lee jedoch, dass sie mehr als nur eine zündende Rednerin war und dass sie auch politische Aufbauarbeit leisten konnte. Sie hat als Kulturministerin in der britischen Regierung des Premierministers Harold Wilson seit 1965 für die britische Volksbildung und Kulturförderung sehr wichtige Erfolge erzielt.

Jennie Lee war bei ihrem Besuch in Österreich stark beeindruckt von

der Organisation der österreichischen Sozialdemokraten und vom «Roten Wien», das gewissermassen einen sozialdemokratischen «Staat im Staate» bildete. Jennies Wirkung auf mich und auf andere jüngere Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie war zwiespältig. Einerseits konnten wir nicht begreifen, wie Jennie und ihre Freunde in einer so scharfen, beinahe flammenden Opposition zur Arbeiterregierung und zur Führung der Labour Party stehen konnten, in der wir doch das Heil für die Zukunft Europas erblickten. Auf der anderen Seite imponierte uns das Selbstbewusstsein, mit dem eine 24-jährige Vertreterin der jungen Generation zu den politischen Ereignissen in ihrem Heimatland öffentlich Stellung nahm. Dieses starke Selbstbewusstsein kam auch in den Gesprächen zum Ausdruck, die Jennie – wobei ich meist als Dolmetsch fungierte – mit österreichischen sozialdemokratischen Politikern führte.

Als ich im Spätherbst des gleichen Jahres nach London fuhr, um mit der Redaktion des «Daily Herald» Kontakt aufzunehmen, benützte ich die Gelegenheit, um Jennie Lee im Parlament in Westminster zu besuchen. Durch Jennie lernte ich andere Vertreter des linken Flügels der Arbeiterpartei kennen. Der Führer der schottischen «linken Rebellen» war der hagere James Maxton mit seinem wildaussehenden schwarzen Haarschopf und seiner dramatischen Art zu sprechen. Er äusserte sich voll Bitterkeit gegen Premierminister Ramsay MacDonald: «Ich bin ein Angehöriger des schottischen Stammes (Clans) der Maxtons, dessen grösstes Vergnügen es ist, den Clan der MacDonalds zu massakrieren!»

Zu Jennies Freunden gehörte die überaus schlanke, temperamentvolle Ellen Wilkinson, die «rote Ellen», die später durch ihre Teilnahme an den «Hungermärschen» der Arbeitslosen des Nordens berühmt wurde. Fenner Brockway war Sekretär der I. L. P. Er war zeitlebens ein Kämpfer für die Rechte der Kolonialvölker und ein schonungsloser Kritiker der britischen Politik, einschliesslich der Politik der Labour-Führung. George Russell Strauss, Sohn eines Millionärs und ehemaligen konservativen Abgeordneten, war Pazifist und dann Sozialist geworden, nachdem sein Bruder als Flieger im Ersten Weltkrieg ums Leben gekommen war. Frank Wise galt als Fachmann für das Genossenschaftswesen und Kenner der Sowjetunion. Aneurin Bevan war ein junger Abgeordneter aus Wales, der nach dem Zweiten Weltkrieg zum Führer des linken Flügels der Labour Party gewählt wurde. Viele Männer und Frauen, die ich kennenlernte, kamen in den folgenden Jahren in engere Verbindung mit Österreich. Manche waren auch nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Gründung der Anglo-Austrian Democratic Society (Anglo-

österreichische Demokratische Gesellschaft) und bei den Hilfsaktionen für Österreich tätig.

Im englischen Parlament in Westminster ist alles darauf eingerichtet, die Würde und das Ansehen dieser demokratischen Körperschaft dem Besucher möglichst eindrucksvoll vor Augen zu führen. Das beginnt in dem Augenblick, wo er in der zentralen Vorhalle, der Outer Lobby, unter dem riesigen gotischen Gewölbe steht und die Prozession des «Speakers» (Parlamentsvorsitzenden) feierlich an ihm vorüberzieht. «Hats off, Strangers!» (Hut ab, Fremde!) ruft der Polizist, und seine Stimme hallt durch die weiten Räume. In dieser Vorhalle warten Wähler, Bittsteller und Bekannte auf die einzelnen Abgeordneten, nachdem sie ihren Wunsch, ihn oder sie zu sehen, auf einer grünen Karte dem Parlamentsbeamten überreicht haben. Sobald der Abgeordnete aus dem Sitzungssaal kommt, verkündet der Polizist den Namen dieses Abgeordneten mit der gleichen hallenden Stimme.

Ich müsste lügen, wenn ich vorgeben wollte, durch das Zeremoniell der «Mutter der Parlamente» nicht sehr stark beeindruckt worden zu sein. Dieselben jungen Männer und Frauen, die ausserhalb des Parlamentsgebäudes unseresgleichen waren, mit denen man als Freunde sprechen konnte, waren hier die Repräsentanten der zeremoniellen Demokratie, auch wenn sie selbst von ihrem Parlament, dem «besten Klub der Welt», manchmal mit spöttischer Geringschätzung sprachen. Aber die Anerkennung Grossbritanniens für seine Volksvertreter, auch wenn sie der jungen Generation angehörten, schien mir etwas zu sein, was in Österreich fehlte und dessen Fehlen für die österreichische Demokratie ein Schaden war.

Dabei musste ich auch viele Schwächen des britischen Systems erkennen, deren Symbol für mich die kleinen Verschwörergruppen der «schottischen Rebellen» waren, die in den halbdunklen Bars des Parlaments beisammenstanden und über die Labour-Regierung schimpften. Immerhin erschien mir das britische Parlamentsleben als etwas, dessen Freiheit und Lebhaftigkeit dem erstarrten österreichischen politischen System jener Zeit als Vorbild dienen konnte.

Starhemberg wird Heimwehrführer

Die Heimwehr, die österreichische faschistische Organisation, war in den einzelnen Bundesländern aus Grenzschutzorganisationen der Nachkriegszeit entstanden. Daher hiess sie offiziell auch der Heimatschutz, obwohl

diese uniformierten Gruppen um 1930 nichts mehr mit der Verteidigung der Heimat nach aussen zu tun hatten. Ihr Zweck war die Bekämpfung der Sozialdemokraten, die im Republikanischen Schutzbund ihre eigene bewaffnete «para-militärische» Organisation besaßen. Die Technik der Heimwehr war die der Provokation. Sie veranstaltete ihre Aufmärsche vor allem in Industrieorten, die bis dahin als Hochburgen der Sozialdemokraten gegolten hatten, mit Uniformen, Liedern, Fahnenweihen und Reden, die geeignet waren, den Zorn der politisch interessierten und geschulten Arbeiter zu erregen.

Die Aufmärsche der Heimwehr waren immer von starken Polizeiaufgeboten geschützt. Seit den Unruhen vom 15. Juli 1927, als sozialdemokratische Arbeiter aus Zorn über ein Gerichtsurteil den Wiener Justizpalast niedergebrannt hatten, nahmen die Heimwehrdemonstrationen zu. Der Gedanke der Heimwehrführer war, Zusammenstöße herbeizuführen oder wenigstens so nahe an den Zusammenstoß heranzukommen, dass dadurch die Nerven der sozialdemokratischen Arbeiter bis zum äussersten gereizt wurden. Auf lange Sicht war es ihr Plan, die Sozialdemokraten mürbe zu machen und zu entmutigen. Manchen Politikern schwebte ein faschistischer Diktaturstaat vor, wie ihn Mussolini in Italien errichtet hatte.

Im Jahr 1930 vollzog sich in der Heimwehr eine bemerkenswerte Umschichtung. Vorher waren die Organisationen, die in Österreich den Sozialdemokraten gegenübertraten, vorwiegend Gruppen gewesen, die ihre Tradition aus der Kriegszeit und aus der Kaiserzeit herleiteten. Manche dieser Organisationen nannten sich Frontkämpfer, auch wenn viele ihrer Mitglieder zu jung waren, um je die Front gesehen zu haben. Sie bekannten sich zum Monarchismus. Jetzt aber trat an die Spitze der Heimwehr ein Führer, der politisch rechts stand und dabei doch ohne Zweifel jung, fesch und für die Massen attraktiv war: der oberösterreichische Aristokrat Ernst Rüdiger Starhemberg.

Als Starhemberg im April 1930 durch einen internen Umsturz in der Heimwehr zum Chef der gesamtösterreichischen Organisation erhoben wurde, war er noch nicht 31 Jahre alt. (Er wurde 1899 in Eferding in Oberösterreich geboren.) Da er aus einer alten österreichischen Adelsfamilie stammte und dreizehn Schlösser besass, lag es für seine Gegner nahe, ihn als «Graf Bobby» darzustellen, als die traditionelle Witzfigur des idiotischen jungen österreichischen Aristokraten. In Wirklichkeit hatte Starhemberg mit dem «Grafen Bobby» nichts gemeinsam. Er hatte in der Nachkriegszeit im deutschen Freikorps in Oberschlesien gekämpft und später, zur Zeit des Münchener «Bürgerbräuputsches», Ver-

bindungen zu Adolf Hitler angeknüpft. Jetzt stand er mit seinen «Jägerbataillonen», der Privatarmee, die er auf seinen Schlössern in Oberösterreich aufbaute, eher unter dem Einfluss Mussolinis. Er war ein Abenteurer aus Passion.

Gedye, der gewiss keinen Grund hatte, für den militärischen Leiter des österreichischen Faschismus irgendeine Sympathien zu empfinden, beschreibt ihn in seinem Buch «Die Bastionen fielen» folgendermassen: «Starhemberg stand jede Uniform gut. Als er am 12. November 1929 bei einer grossen Heimwehrparade an der Spitze seines privaten Jägerbataillons in Graz einrückte, wurde er mit einem Schlag der Liebling der faschistischen Studenten beiderlei Geschlechts. Der ‚Fürst‘ war zu jedermann, gleichviel ob Aristokrat, Beamter, Bauer oder Arbeiter, von ungezwungenem, leutseligem Benehmen – vorausgesetzt, dass man ihn mit der gleichen Hochachtung behandelte, die er selbst vor sich empfand. Allen und jedem (das Haus Habsburg nicht ausgenommen) fühlte er sich unendlich überlegen. Demokraten, ‚Marxisten‘, Parlamentarier und Sozialisten gehörten für ihn natürlich zu jener minderwertigen Rasse, die ausserhalb des Gesetzes stand, mit Feuer und Schwert bekehrt, auf ihren Platz verwiesen oder auch völlig ausgerottet werden musste. Trotz alledem war er eine liebenswürdige Persönlichkeit, die wenig Schaden angerichtet und erlitten hätte, wenn sie sich aufs Polospiel, die Trabrennplätze und Nachtlokale beschränkt und von ihrem grossen Laster, der Politik, ferngehalten hätte.»

Starhemberg war seiner Natur nach ein Amateur, ein begabter Dilettant. Vor allem aber war er jung, während rings um ihn Politiker einer älteren Generation am Ruder waren. Seine Bedeutung in jenen Jahren lag vor allem in der Wirkung auf seine Gegner, die österreichischen Sozialdemokraten. In der Sozialdemokratischen Partei wurde man sich plötzlich bewusst, dass eine neue Generation im Kommen war. Gerade deshalb fürchtete man Starhemberg, während man die anderen gegnerischen Kampftruppen eher verachtet hatte.

Der Glaube an die Jugend war ein Zug der Zeit. Er erklärt zum Teil sogar die Attraktion des Faschismus. Auf mich machte in jener Zeit ein Marsch aus einem Tonfilm tiefen Eindruck. Er schien mir und vielen anderen die Gedankenrichtung der Faschisten zu symbolisieren, obwohl dieser Schlager «Kamerad» aus dem Tonfilm «Liebeskommando» von Robert Stolz in Wirklichkeit nichts anderes war als ein Stück flotte Tanzmusik. Aber «Kamerad» nannten sich ja die Heimwehrleute untereinander, während die Sozialisten «Genosse» zueinander sagten. Das Lied hatte eine einprägsame Melodie.

Der Refrain des Schlagers lautete:

«Kamerad, wir sind die Jugend.
Kamerad, wir sind die Zukunft.
Kommt auch der Globus langsam in Schwung,
Wir haben Zeit, denn wir, wir sind noch jung.
Kamerad, wenn wir marschieren,
Kamerad, müssen es alle spüren.»

Und dann klang das Lied in die jubelnde Parole aus: «Kamerad, wir sind die Jugend, und die Jugend siegt.»

Für viele österreichische Sozialdemokraten tönte aus diesem Lied der Rhythmus der Truppen Starhembergs. Sicher hatten auch viele unter den konservativen Gegnern der Sozialdemokraten, den alten Christlich-sozialen, ähnliche Gefühle. Sie mussten befürchten, von ihrer eigenen radikaleren Jugend überrannt – heute würde man sagen «rechts überholt» – zu werden. Sie versuchten daher, die Heimwehr in ihre Hand zu bekommen. Neben der Heimwehr Starhembergs – mit dem Hahenschwanz auf ihren Steirerhüten – tauchten in zunehmendem Mass andere Heimwehrtruppen auf, vor allem die solide niederösterreichische Heimwehr, die sich schon durch ihre altösterreichischen Militärkappen als eine traditionellere Richtung zu erkennen gab. Ich sah bei Heimwehraufmärschen, denen ich als Zeitungskorrespondent beiwohnte, in den marschierenden Reihen der niederösterreichischen Heimwehr ehemalige Schulkollegen, die ich immer als Christlichsoziale gekannt hatte und denen ich nie extremistische Tendenzen zugetraut hätte.

So kam es dann auch zur Verbrüderung leitender christlichsozialer Funktionäre mit der Heimwehr. Der Gedanke war, die wilde Jugend zu beeinflussen. Man erzielte jedoch öfter das Gegenteil. Im Mai 1930, knapp einen Monat nach der Wahl Starhembergs zum obersten Führer der Heimwehr, hielten die niederösterreichischen Heimwehrfunktionäre, darunter zahlreiche christlichsoziale Abgeordnete des Parlaments und des Landtags, in Korneuburg eine Tagung ab, bei der ein neues Heimwehrprogramm beschlossen wurde, das ein Bekenntnis zum Faschismus und zur Abschaffung der politischen Parteien enthielt. In einer theatralischen Szene leisteten die anwesenden Politiker den «Korneuburger Eid», dessen Formel eine ausdrückliche Verwerfung der parlamentarischen Demokratie enthielt.

Zu den Männern, die damals diesen Eid schwuren, gehörte auch Julius Raab, der später in der Zweiten Republik als Bundeskanzler viele Jahre

an der Spitze des demokratischen Gemeinwesens Österreich stand. Ihm wurde während seiner Amtszeit als Bundeskanzler immer wieder von politischen Gegnern seine Teilnahme am «Korneuburger Eid» vorgeworfen. Bundeskanzler Julius Raab war eine phlegmatische Natur. Er rauchte seine Zigarre und liess sich durch solche Erinnerungen nicht sonderlich aus der Ruhe bringen.

Appell an den Parteivorstand

Viele junge Sozialdemokraten waren sehr betroffen, dass die sozialistische Bewegung nun als alt und abgelebt betrachtet werden sollte und dass der Faschismus das Monopol der Jugendlichkeit für sich in Anspruch nahm. Dieser Anspruch kam ja auch darin zum Ausdruck, dass «Giovinezza» (Jugend) die Parteihymne der italienischen Faschisten war. Ich hatte in England bei den jungen Abgeordneten der Labour Party gesehen, welchen aktiven Anteil die jungen Sozialisten an den politischen Entscheidungen nahmen.

In Österreich war im Jahr 1929 soeben die Verfassungsreform in Kraft getreten, durch die das Wahlbarkeitsalter von 24 auf 29 Jahre hinaufgesetzt worden war. Dieser Änderung der von Professor Hans Kelsen entworfenen österreichischen Verfassung von 1920 waren lange politische Verhandlungen vorangegangen. Die Bundesregierung stand unter der Leitung des Wiener Polizeipräsidenten Dr. Johann Schober, der seit der Unterdrückung der Unruhen vom 15. Juli 1927 den Ruf eines «starken Mannes» genoss. Die grösste Regierungspartei waren die Christlichsozialen. Die kleineren Parteien waren die Grossdeutschen und der Landbund, eine deutschnational gefärbte Bauernpartei. Die Opposition im Parlament vertrat die Sozialdemokratische Partei. Die Verfassungsreform zielte auf eine Stärkung der Regierungsgewalt nach den Wünschen der Rechtsparteien ab. Da aber zu einer Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit im Parlament notwendig war, musste die Regierung, wenn sie nicht einen direkten Verfassungsbruch begehen wollte, das Einverständnis der sozialdemokratischen Opposition erlangen. Das Ergebnis war ein Kompromiss. Nach langen und mühevollen Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Schober und dem sozialdemokratischen Unterhändler Dr. Robert Danneberg einigte man sich auf die reformierte Verfassung von 1929.

Danneberg war ein sehr kluger, sehr zäher und sehr geduldiger Mann. Er hatte einen runden Kopf – bei der aus Amerika stammenden Be-

Zeichnung «Eierkopf» für Intellektuelle muss ich immer an Danneberg denken – und blickte durch seine Augengläser mit freundlicher Ironie in die Welt. Er war als Parteisekretär die Seele der sozialdemokratischen Organisation – nach 1924 war er der einzige Mann ausser dem Parteivorsitzenden und Wiener Bürgermeister Karl Seitz, dem von der Partei erlaubt wurde, gleichzeitig ein Mandat im Nationalrat (Parlament) und im Wiener Gemeinderat auszuüben. Danneberg, so hiess es, werde bei Verhandlungen immer siegen, weil er imstande sei, länger auf seinem Platz sitzen zu bleiben als jeder Verhandlungspartner.

Dafür fehlte ihm auch jedes Pathos und jede Romantik, Eigenschaften, durch die sich andere sozialdemokratische Parteiführer, wie Otto Bauer und Julius Deutsch, bei der Parteimitgliedschaft Begeisterung erwarben. Danneberg galt nicht als Revolutionär. Man nannte ihn einen «Packler» – einen Mann, der immer geneigt war, mit dem Gegner zu «packeln», Dinge im geheimen auszuhandeln, statt zum Sturm auf die feindlichen Festungen zu rüsten. Immerhin musste das Ergebnis seiner Verhandlungen mit Schober als ein sozialdemokratischer Erfolg gebucht werden. Denn letztlich wurde die Verfassung von 1920 nur in unwesentlichen Punkten geändert. Der Bundespräsident wurde nicht mehr von der Nationalversammlung (Nationalrat plus Bundesrat), sondern vom Volk gewählt – eine Bestimmung, die wider alles Erwarten nach dem Zweiten Weltkrieg für die Sozialisten sehr vorteilhaft war. Zweitens wurde, wie schon gesagt, das sogenannte «passive Wahlrecht», das heisst das Wählbarkeitsalter, hinaufgesetzt.

Sicherlich war diese Entwicklung nicht geeignet, in der österreichischen Jugend und besonders unter den jungen Sozialisten besondere Begeisterung hervorzurufen. (Das Wählbarkeitsalter wurde übrigens im Jahr 1945, als die Bundesverfassung von 1929 im wiedererrichteten Österreich neuerlich in Kraft gesetzt wurde, auf 26 Jahre festgesetzt.) Doch die führenden Kreise der Sozialdemokratischen Partei zeigten nicht einmal Neigung, die «älteren» Jugendlichen, das heisst die mehr als Dreissigjährigen, zu den höchsten Körperschaften der Partei zuzuziehen oder auf die Listen der Wahlkandidaten zu setzen.

Meine Kenntnis der völlig anders gelagerten Zustände in England gab mir den Mut, eine Initiative zur «Verjüngung» der Sozialdemokratischen Partei zu ergreifen. Kurz vor den Parlamentswahlen von 1930 entwarf ich einen Aufruf an den sozialdemokratischen Parteivorstand, in dem dieser aufgefordert wurde, bei den Wahlen junge Männer und Frauen als Kandidaten aufzustellen. Ich ging dabei von dem Gedanken aus, dass junge Funktionäre, die noch nicht 29 Jahre alt waren und daher

nicht in den Verdacht kommen konnten, in eigener Sache zu sprechen, für die Kandidierung jener Männer und Frauen eintreten sollten, die schon älter als 29 Jahre und daher wählbar waren. Mit wohlwollender Duldung des Obmanns der Wiener sozialistischen Jugendorganisation, Otto Felix Kanitz (der jedenfalls als Kandidat in Betracht gekommen wäre), machte ich die Runde bei den mir bekannten Jungvertrauensleuten der Wiener Sozialdemokratischen Partei. Etwa dreissig unterschrieben meinen Aufruf. Es waren manche darunter, die später – in der illegalen Zeit und nach der Wiedererrichtung der Demokratie in Österreich – eine bedeutende Rolle spielten.

Auf Grund dieser Initiative fand kurze Zeit danach im Konferenzsaal des Parteihauses in der Rechten Wienzeile eine Versammlung von Angehörigen jener Altersgruppe statt, deren Kandidierung möglich und wünschenswert gewesen wäre. Die Versammlung begann am späten Abend. Ich legte meinen Aufruf vor. Es waren ungefähr vierzig Leute anwesend, darunter Oscar und Marianne Pollak, Otto und Käthe Leichter, Karl Hans Sailer (damals einer der jüngeren Redakteure der «Arbeiter-Zeitung»), der Rudolfsheimer Bezirksfunktionär Karl Holoubek, die attraktive Jugendführerin Rosl Jochmann aus dem Bezirk Simmering. Mehrere Reden wurden gehalten, in denen die Forderung nach Berücksichtigung der jüngeren Generation bei der Aufstellung von Kandidaten ziemlich energisch zum Ausdruck kam.

Marianne Pollak hielt eine temperamentvolle Rede, in der sie sich im Namen der Parteiarbeiter ihrer Altersgruppe bitter darüber beklagte, «dass man uns in unseren besten Jahren nicht mit den wirklich verantwortlichen Funktionen betrauen will». In der Diskussion kam eine Menge aufgestauter Groll gegen den überalterten Parteivorstand zum Ausdruck.

Der Appell zur Aufstellung junger Kandidaten wurde dem Parteivorstand vorgelegt. Als es aber zur Nominierung der Kandidaten kam, wollten die alten Mandatäre doch nicht von ihren Plätzen weichen. Nur ein einziger jüngerer Kandidat wurde in wählbarer Position aufgestellt und dann auch tatsächlich gewählt. Das war Karl Heinz, ehemaliger Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Typ des Parteibeamten und ausserdem schon längst über das Alter hinaus, um dessen Berücksichtigung wir vor allem kämpften.

Die direkte Wirkung der Aktion war also gering. Sie trug aber jedenfalls dazu bei, jenen Generationenkonflikt bewusst zu machen, der zur Gründung einer eigenen sozialistischen Jungwählerorganisation, der Jungfront, führte.

Der Putsch Carols von Rumänien

Nach Bukarest

Die Machtergreifung König Carols von Rumänien zu Pfingsten 1930 war ein Ereignis, das die in Wien vertretene internationale Presse in ihrer vollen Stärke in Bewegung setzte. Für mich war es ein lehrreiches Erlebnis. Es zeigte mir die manchmal beinahe grotesken Situationen, in die ein unerfahrener Reporter bei seiner ersten grossen «Story» geraten kann.

Der junge Prinz Carol von Rumänien, der von seiner Mutter und der herrschenden Regierungsgruppe von der Thronfolge ausgeschlossen worden war, kehrte plötzlich in sein Land zurück und ergriff durch einen Staatsstreich die Macht. Seine Mutter, die gescheite und sittenlose Königin Marie, hatte bis dahin Rumänien gemeinsam mit der von der Familie Bratianu beherrschten Liberalen Partei regiert. Sie hatte sich mit ihrem Sohn Carol zerstritten, da dieser ihrem Geliebten Prinz Stirbey, dem sie im königlichen Schloss ein Appartement zwischen ihren Gemächern und denen des Königs eingerichtet hatte, angeblich eine Ohrfeige gegeben hatte. Ausserdem missbilligte die Königin das Verhältnis Carols mit seiner Geliebten Magda Lupescu, die, als Tochter eines jüdischen Apothekers aus einer Provinzstadt stammend, nicht als «standesgemäss» galt. Nach dem Tod ihres Gatten König Ferdinand gelang es Königin Marie, die rumänische Regierung zu veranlassen, dass Prinz Carol, der auf die Thronfolge verzichtet hatte und im Ausland lebte, übergangen und sein Sohn, der kleine Michael, auf den Thron gesetzt wurde.

Als die beiden Brüder Bratianu starben, kam durch eine ausnahmsweise nicht manipulierte Wahl die demokratische Nationale Bauernpartei unter Führung von Maniu und Michalache an die Regierung. Carol beschloss, im geheimen Einverständnis mit Maniu, in die Heimat zurückzukehren. Er landete überraschend mit einem Flugzeug auf dem Flugplatz von Bukarest, übernahm das Kommando über die dort befindlichen Truppen und marschierte in die Hauptstadt. Königin Marie er-

griff die Flucht und reiste per Bahn über die Grenzstation Lököshaza nach Ungarn ins Exil.

Es war ein heisser Pfingstamsstag in Wien. Die Mittagszeitungen berichteten über den Putsch in Rumänien. Ich las zum erstenmal das Wort Lököshaza und ahnte nicht, dass ich mich einen Tag später in dieser ungarisch-rumänischen Grenzstation mit dem romantischen Namen befinden würde. Eigentlich hatte ich nicht das Recht, ohne Auftrag der Londoner Redaktion des «Daily Herald» Reisen zu unternehmen, und in London war am Samstag niemand erreichbar. Aber mein Freund Stefan Keller redete mir zu, das Wagnis doch einzugehen. Sein Chef, der aussenpolitische Redakteur der «Arbeiter-Zeitung» Oscar Pollak, gab mir auch gleichzeitig den Auftrag, Berichte an die «Arbeiter-Zeitung» zu schicken.

Der nächste Zug nach Rumänien ging eine Viertelstunde vor Mitternacht. Ich packte einen Koffer, kratzte soviel Geld zusammen, als bei mir zu Hause verfügbar war und begab mich auf den Wiener Ostbahnhof. Ich wusste, dass ich als Österreicher kein ungarisches Visum brauchte. Ein rumänisches Visum hoffte ich an der ungarisch-rumänischen Grenze zu bekommen.

Stefan Keller hatte mir geraten, unterwegs Zeitungen zu lesen und gleich in der Früh einen Bericht nach London zu kabeln. Das war nicht so einfach, weil erstens am Pfingstamsstag abends keine Zeitungen erschienen waren, weil ich weder Ungarisch noch Rumänisch verstand und weil ich nicht wusste, von wo ich telegraphieren konnte. Immerhin kaufte ich, als der Zug um sieben Uhr früh in Budapest eintraf, den deutschsprachigen «Pester Lloyd», stoppelte einen Bericht zusammen und fuhr in Budapest mit Taxis wild umher, um ein Amt zu finden, von wo ich mein Telegramm abschicken könnte. Ich wusste, dass ein Zug von Budapest nach Bukarest um acht Uhr abging, ein anderer um neun Uhr, der nur eine Stunde später als der Acht-Uhr-Zug am Montag in der rumänischen Hauptstadt eintraf.

Nachdem es mir mehrmals misslungen war, mich mit den Beamten zu verständigen, kam ich zum Hauptpostamt und traf dort zu meinem freudigen Erstaunen meinen Kollegen Pembroke Stephens, den Wiener Korrespondenten des «Daily Express». Das zeigte mir, dass einer meiner Konkurrenten in genau dem gleichen Stadium der Unternehmung angelangt war wie ich. Pembroke Stephens war ein eleganter junger Engländer mit Universitätsmanieren, demgegenüber ich von Anfang an starke Minderwertigkeitskomplexe hatte.

Immerhin war Pembroke Stephens genauso ausserstande wie ich, sein

Telegramm an den Mann zu bringen. Er teilte mir mit, er habe sein Gepäck bereits im Acht-Uhr-Zug verstaut. Ein rumänisches Visum habe er schon. Er bat mich, sein Kabel abzuschicken und raste davon. Mir gelang es schliesslich, die Schalterbeamten, die uns zwar Presseraten zugestehen, aber kein österreichisches Geld nehmen wollten, durch grosse Zugeständnisse im Wechselkurs zur Annahme unserer Telegramme zu bewegen. Ich fuhr zum Bahnhof zurück, wo man mir mitteilte, ich könne auf keinen Fall an der Grenze ein rumänisches Visum erhalten.

Also begab ich mich zur rumänischen Gesandtschaft. Es war zwar in den frühen Morgenstunden des Pfingstsonntags, aber da man erwartete, Carol werde sich im Lauf des Tages zum König proklamieren lassen, hoffte ich doch, jemanden anzutreffen. Es fand sich aber nur ein dicker Portier in Hemdsärmeln, der mir sagte, es wäre ganz ausgeschlossen, einen Beamten vor dem Nachmittag zu treffen. Dann würden die Gesandtschaftsmitglieder ins Büro kommen.

Ich öffnete meine Brieftasche und bot ihm eine Banknote an. Aber er hatte offenbar nicht jene Eigenschaften, für die Rumänien damals sprichwörtlich war. Damit, sagte er, könne man die rumänische Gesandtschaft nicht beeinflussen. Immerhin liess er sich erweichen und gab mir die Adresse des rumänischen Legationsrats, der ein paar Häuser weiter wohnte.

Als ich an der angegebenen Adresse anlätete, tauchte ein unfreundliches Gesicht hinter der Glastür auf, doch machte niemand die Türe auf, obwohl ich mein Läuten unentwegt wiederholte.

Zurück zum dicken Pförtner. Dieser sagte mir, es sei sicher jemand zu Hause. Ich solle nur ausdauernd läuten. Also lief ich wieder zurück, läutete weiter, und nach längerer Zeit erschien ein verärgertes und sehr schläfriger Mann im Pyjama. Es war der Presseattaché. Zuerst schien er sehr ungehalten zu sein, aber das Zauberwort «Blatt der britischen Labour-Regierung» tat seine Wirkung. Er gab mir einen Zettel an den Gesandtschaftsdieners mit, dieser solle die Schlüssel zu dem Schreibtisch holen, wo die Visumstempel aufgehoben wurden. Inzwischen würde er sich ankleiden. Ausserdem müsste noch ein anderer Beamter geholt werden.

Ein paar Minuten später war es soweit. Man rannte um die Schlüssel und verständigte den Konsulatsbeamten. Mein neuer Freund, der Presseattaché, erzählte mir, er sei erst um vier Uhr früh ins Bett gekommen. Ich hatte aber nicht den Eindruck, dass er durch politische Tätigkeit festgehalten worden war. Ich hatte nun endlich mein Visum, er wünschte mir noch viel Erfolg, ich raste zum Bahnhof, gab dem Taxi-

chauffeur ein hohes Trinkgeld und erreichte noch im letzten Augenblick den Zug.

So war ich bald selbst an der Grenzstation mit dem romantischen Namen, die die Königin auf ihrer Flucht ins Ausland passiert hatte. Und wieder einige Stunden später war ich in Bukarest, wo auf der lärmenden Hauptstrasse, der Calea Victoriei, die blossfüssigen und zerlumpten Zigeunermädchen die neuesten Nachrichten ausriefen und mit den Zeitungen Geschäfte machten wie nie vorher. Die «Franzosen des Balkans» schienen mir ein lebhaftes und rastloses Volk. Ich quartierte mich im Grand Hotel ein, das mir Freunde in Wien empfohlen hatten. Es war ein ordentliches, solides Hotel. Das bewies schon eine an der Zimmertür angebrachte Notiz, in der es in französischer Sprache hiess, es sei verboten, leichte Damen (*femmes legeres*) in die Zimmer mitzunehmen.

Weltpresse in Rumänien

Ich hatte keine Ahnung, wie ich meine Aufgaben richtig erfüllen sollte. Jedenfalls schien es mir angezeigt, zunächst den höchsten Repräsentanten der Demokratie aufzusuchen. Ich erkundigte mich, wo Ministerpräsident Julius Maniu wohnte und ging zur angegebenen Adresse. Dort führte man mich in ein Zimmer und fragte nach meinen Wünschen. Ich sagte, ich sei ein englischer Journalist und wolle den Ministerpräsidenten interviewen. Diesmal funktionierte das Zauberwort von der «britischen Labour-Regierung» nicht, oder zumindest nicht ganz. Maniu, ein hochgewachsener, ernstblickender Mann, kam ins Zimmer und erklärte, er könne mir kein Interview geben und überhaupt keine Aussage machen. Etwas bedrückt verliess ich das Haus. Ich hatte den berühmten Führer der rumänischen Bauernpartei gesprochen, aber nichts erreicht.

Ich wanderte in der Stadt umher und kam auch zum Sommerpalast von Cotroceni. Während ich dort herumwanderte, flitzte ein Auto zum Palast, in dem ich meinen Freund und Konkurrenten Pembroke Stephens erblickte. War er schon auf dem Weg zum König? Ich beruhigte mich erst, als ich erfuhr, dass Carol, der sich am Sonntag zum König proklamiert hatte, gar nicht in Cotroceni war, sondern im Winterpalast in der Stadt wohnte.

Meine englisch-amerikanischen Kollegen waren, wie ich entdeckte, nicht im Grand Hotel, sondern in dem berühmten Hotel Athenée-Palace, dem ersten Luxushotel von Bukarest, abgestiegen; für mich hatte das Wohnen in einem kleineren, von Mitteleuropäern frequentierten

Hotel den Vorteil, dass nicht jeder meiner Schritte von den Kollegen beobachtet werden konnte. Immerhin war das Athenée-Palace das Zentrum aller Begebenheiten. Dort arbeiteten die englisch-amerikanischen Journalisten, so wie es ihre Gewohnheit war, in Rudeln. Dort fanden auch mehrmals täglich informelle Zusammenkünfte statt, an denen auch ich meistens teilnahm.

In Bukarest lernte ich eine Reihe meiner Wiener Kollegen zum erstenmal näher kennen. Einer von ihnen war John Gunther, Korrespondent der «Chicago Daily News», ein blonder Amerikaner skandinavischer Abstammung. Er war impulsiv, offenherzig, beherrscht von dem Drang, alles, was er erlebt und gehört hatte, sofort journalistisch auszuwerten und zu verarbeiten. Er wurde später durch seine Reportagebücher «Inside Europe» (Europa von innen), «Inside Asia» und so weiter weltberühmt.

Charakteristisch für ihn war sein erster journalistischer «Coup». Um das Jahr 1925 gab es in Amerika eine Serie von Korruptionsskandalen, die nach dem Ölfeld, das bei den Manipulationen der Politiker eine besondere Rolle spielte, die «Teapot-Dome-Skandale» genannt wurden. «Teapot Dome» – das heisst Teekessel-Dom. Viele Journalisten schrieben über die Skandale, aber John Gunther brachte als erster die Initiative auf, selbst hinzufahren und den Hügel in der Mitte des Ölfelds, der angeblich die Form eines Teekessels hatte, zu beschreiben.

John Gunthers Angewohnheit (oder vielleicht sein psychischer Zwang), alles Erlebte sogleich in journalistische Münze umzusetzen, verscherzte ihm manchmal gute Freunde. Allerdings war er immer gutmütig, wenn er auch zuweilen einer guten Geschichte willen zu Übertreibungen neigte. An dem Tag, an dem ich von der Geburt meiner Tochter Helga erfuhr, im Mai 1936, war ich bei ihm in London zu Gast. Er erzählte später in einem in England veröffentlichten Tagebuch, ich hätte in meiner Aufregung vergessen, in Wien nachzufragen, ob es ein Bub oder ein Mädchen sei. Sehr lustig, aber natürlich nicht wahr.

Gerade weil er ein weltberühmter Autor von Reportagen war, hatte er vielleicht die nie ganz erfüllte Ambition, bedeutende Romane zu schreiben. Doch diese Romane waren Schlüsselromane, mit wirklichen Personen, die er getroffen hatte, die aber manchmal ganz anders handelten, als sie es wirklich im Leben getan hatten. Ein Beispiel ist der Roman «The Lost City» (Die verlorene Stadt), in dem Gunther seine Erlebnisse in Wien mit vielen romantischen Details schmückt. Das wesentliche Element dieses «Schlüsselromans» ist die Schilderung einer politischen Entwicklung: wie die Ereignisse in Österreich ihn aus einem

blossen Zuschauer auf der politischen Weltbühne zu einem Mitkämpfer gemacht hatten.

Seine Gattin, Frances Gunther, sah in ihren Wiener Jahren wie eine zierliche blonde Puppe aus, wie ein sanftes Kätzchen. In Wirklichkeit war sie eine blitzgescheite Frau mit offenen Augen und einer sehr scharfen Zunge. Ihre Familie stammte aus Kiew in der Ukraine. Es ist beinahe anzunehmen, dass sie in den Jahren von John Gunthers Aufstieg die treibende, dynamische Kraft hinter seinen Leistungen war. Sie konnte auch selbst schreiben – nach 1934 arbeitete sie eine Zeitlang als Korrespondentin der «News Chronicle» in Wien. Sie war eine amüsante und kluge Kollegin. Ich sah einmal eine von ihr geschriebene «Novelle», die in Manuskriptform zirkulierte und in der sie ihre Kollegen in humoristischer, aber schonungsloser Weise schilderte.

Eine ganz andere Natur als John Gunther war William Shirer, dem ich ebenfalls in Bukarest begegnete. Er war schlank und dunkelhaarig, still und reserviert. Sein Leben hatte Höhepunkte und Krisen. Er wurde durch zwei Veröffentlichungen, «Das Berliner Tagebuch» (The Berlin Diary), 1941, und «Aufstieg und Fall des Dritten Reiches», 1960, weltberühmt. Doch bald nachdem ich ihn als Korrespondenten der «Chicago Tribune» in Wien kennengelernt hatte, schränkte diese Zeitung ihren Auslandsdienst in Europa ein. «Bill» Shirer verlor seine Anstellung und reiste als Privatmann nach Mallorca – ein warnendes Beispiel für uns, wie unsicher die Existenz eines Journalisten sein konnte.

Bei einem Skiausflug im verschneiten Wienerwald war William Shirer so unglücklich gestürzt, dass er sich einen Skistock ins Auge stiess. Während der längeren Krankheit, die diesem Unfall folgte, pflegte ihn seine Sekretärin, ein hübsches Wiener Mädchen, mit grosser Aufopferung. Es besteht kein Zweifel, dass schon damals zwischen den beiden zarte Bande bestanden. Als Shirer wieder genesen war, fand die Hochzeit statt. In überraschend kurzer Zeit verwandelte sich Therese Stiberitz, das Mädchen aus der Wiener Arbeitervorstadt, in Theresa Shirer, die amerikanische Lady und erfolgreiche Gastgeberin bei vielen grossen Gesellschaften.

Nach einigen Jahren Aufenthalt in Mallorca kehrte «Bill» Shirer als Korrespondent der amerikanischen Radiogesellschaft «Columbia Broadcasting System» nach Wien zurück. Von Wien aus kam er später nach Berlin, wo sein entschiedener Antifaschismus von den Nazibehörden offenbar nicht gleich erkannt wurde. Während seiner Berliner Zeit sammelte er das Material, aus dem nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg das «Berliner Tagebuch» entstand.

Interview mit dem König

Ich hatte inzwischen in Bukarest an zahlreichen Pressekonferenzen teilgenommen, meine Berichte geschrieben und viel vom Handwerk des Journalisten gelernt. Drei Tage nach meiner Ankunft in Bukarest fand ich bei der Rückkehr in mein Hotel ein Kabel des Chefredakteurs des «Daily Herald» vor – meistens erhielt ich meine Instruktionen nur vom aussenpolitischen Redakteur –, in dem mir der Auftrag erteilt wurde, alles Erdenkliche zu unternehmen, um ein Sonderinterview mit König Carol zu erreichen.

Ich wusste, dass Carol sich in seinem Palast in der Calea Victoriei aufhielt. Daher nahm ich am nächsten Morgen allen Mut zusammen und ging hin. Vor dem Palast befand sich ein grosser Platz, auf dem eine riesige Menschenmenge versammelt war und zu den Fenstern hinaufblickte. Gardisten mit aufgepflanzten Bajonetten bewachten das Eingangstor. Von Zeit zu Zeit fuhren Autos mit Diplomaten oder Politikern durch die Pforte. Ich überlegte, dass man auch zu Fuss hineingelangen müsste und marschierte unbehelligt durch; die Garde verhaftete mich nicht.

Innerhalb der Palasttore standen vier livrierte Lakaien, die sehr würdig aussahen und mich nach meinen Wünschen fragten. Da sie aber nur rumänisch sprachen, konnte ich mich nicht verständlich machen. Schliesslich führte man mich zu einem kahlköpfigen Beamten, der Französisch verstand. Zu ihm sagte ich: «Könnte ich ein paar Worte mit dem König sprechen?» Er antwortete: «Ah, Sie wollen mit Seiner Majestät dem König sprechen?» Ich hatte meine erste Lektion in monarchischer Etikette erhalten. Ich murmelte natürlich etwas von «Journal du Gouvernement Anglais». Er erklärte, ich müsse zuerst einmal ein Einführungsschreiben von der britischen Gesandtschaft vorlegen.

Ich begab mich also zur britischen Gesandtschaft und sprach mit dem Sekretär. Dieser schien sich über die Vorgangsweise nicht ganz im Klaren zu sein, und ich hörte gleich darauf durch die offene Tür ihn mit einem anderen Beamten sprechen – vielleicht war es der Gesandte selbst. Er sagte: «Da ist ein Mann, der jeden Beweis dafür hat, dass er Korrespondent des ‚Daily Herald‘ ist. Er will einen Brief. Man kann eigentlich nichts gegen ihn sagen, ausser dass er kein britischer Staatsbürger ist. Kann man ihm aus diesem Grund allein den Brief verweigern?» Anscheinend konnte man nicht, und ich ging mit dem Brief in der Tasche zum Palast zurück.

Diesmal kam ich zu Oberst Drossu, einem Adjutanten mit mongo-

lischen Gesichtszügen, klein und breitschultrig, mit einer riesigen blauen Schärpe um den Leib. Er forderte mich auf, in der Eingangshalle Platz zu nehmen und zu warten. Er verlangte auch eine Visitenkarte. Da ich keine bei mir hatte, schrieb ich meinen Namen auf einen Zettel und gab diesen dem Adjutanten.

Die nächsten Tage verbrachte ich hauptsächlich in der Wartehalle des Palastes, aber dennoch war es keine verlorene Zeit. Ich konnte zum erstenmal mit eigenen Augen zusehen, wie die Regierungsbildung eines Staates vor sich geht. Politiker und Offiziere kamen und gingen. Es war ein ständiger Personenwechsel.

Der würdige Maniu ging mehrmals an mir vorbei. Die interessanteste Gestalt war der zweite Bauernführer, Jon Michalache. Er trug die nationale rumänische Bauerntracht mit dem weissen Hemd, das unter der schwarzen Jacke aussen über die Hose hinunterhing. Es kamen auch ordengeschmückte Offiziere in herrlichen Uniformen, fielen einander um den Hals und küssten sich ab.

Es war die Zeit unmittelbar nach einer Revolution. Die Vorgänge im Palast waren noch nicht zu den starren Umgangsformen eingefroren, die dann herrschen, wenn das neue Regime sich stabilisiert hat. Von Zeit zu Zeit kam Oberst Drossu, um mich zu trösten oder zu vertrösten. Einmal teilte er mir mit, König Carol würde am Nachmittag eine allgemeine Pressekonferenz abhalten. Ich meinte, ich wolle trotzdem mein Sonderinterview haben. Er erwiderte, der König werde erst nach der Pressekonferenz entscheiden, welche Korrespondenten er gesondert empfangen wolle. Bei der Pressekonferenz war ich immerhin ermutigt, als ich den Obersten mit seinem unbewegten mongolischen Blick hinter dem König stehen sah. Er war also jedenfalls eine wichtige Person.

Dann nahm ich wieder meine abwartende Tätigkeit in der Vorhalle des Palastes auf. Der rumänische sozialdemokratische Parteiführer Jakob Pistiner, mit dem ich inzwischen Freundschaft geschlossen hatte, sagte lachend, wenn ich mich so viel im Palast aufhielt, würde ich letzten Endes noch Premierminister werden. (Die Regierung war noch nicht gebildet.)

Bei meinem nächsten Besuch setzte sich der Adjutant sogar zu mir. «Ich weiss nicht, wie ich mich entschuldigen soll», sagte er. «Seine Majestät hat so viel zu arbeiten. Ich habe ihn fünfmal daran erinnert, dass Sie warten. Aber er sagte zu mir: ‚Du siehst doch, dass ich arbeite‘». Ich glaubte ihm kein Wort, aber ich war gerührt.

Am nächsten Tag wurde ich nicht zum Adjutanten geführt, sondern

zum Privatsekretär des Königs, der, als er meinen Namen hörte, sagte: «Ja, ich weiss. Sie sind der, den Professor Jorga empfohlen hat. Ihre Zeitung hat uns gekabelt.» Ich hatte also offenbar Unterstützung von anderer Seite erhalten. Ich hatte Professor Jorga nie persönlich kennengelernt, aber er war der berühmteste Historiker Rumäniens, mehrmals Ministerpräsident, und ich kannte seinen Namen.

Der Privatsekretär sagte, ich könne erst am folgenden Tag ein Interview haben, und leider auch dann nicht ganz allein. Es würden noch drei andere Zeitungsleute Interviews bekommen, die «Neue Freie Presse» aus Wien, der italienische «Corriere della Sera» und das Pariser «Petit Journal». Wir würden nacheinander empfangen werden. Unsere Fragen sollten wir vorher schriftlich einreichen. Ich formulierte sehr sorgfältig Fragen über die Stellung Carols zur Demokratie, zu England, zur Arbeiterbewegung und zur Frage der politischen Gefangenen.

Von da an waren alle Arrangements in der Hand des königlichen Privatsekretärs und Vertrauten Dimanchescu, eines äusserst weltgewandten und gutaussehenden jungen Mannes, von dem es hiess, er habe das Auf und Ab im fröhlichen Leben seines Freundes Carol immer getreulich geteilt. Es war Dimanchescu, der mir die formelle Einladung überreichte. Seine Majestät wünschte mich um vier Uhr nachmittags im Palast zu empfangen. Kleidung: Gehrock («Cutaway»).

Jetzt war guter Rat teuer. Nach Rücksprache mit dem Portier meines Hotels ging ich in den vornehmsten Schneidersalon von Bukarest und verlangte einen Gehrock. Als der Verkäufer herablassend bemerkte, so etwas trage man heutzutage in Bukarest nicht mehr, wies ich die Einladung des Königs vor. Die Verkäufer liefen erstaunt zusammen und berieten. Doch sie konnten mir nicht helfen. Sie hatten keinen Gehrock lagernd und konnten auch bis zum Nachmittag keinen beschaffen. Was sollte ich tun?

Schweren Herzens ging ich zu meiner eigenen Gesandtschaft, der österreichischen, um mir Rat zu holen. Ich wurde einem aristokratisch aussehenden Legationsrat vorgeführt. Er wurde sehr ungehalten, vor allem als ich andeutete, vielleicht könnte mir jemand auf der Gesandtschaft einen Gehrock leihen. «Was glauben Sie denn?» rief er. «Ich bin doppelt so gross als Sie, aber ich würde Ihnen auch dann keinen Gehrock leihen, wenn ich könnte. Warum haben Sie nicht die notwendigen Kleidungsstücke mitgebracht? Ziehen Sie lieber Ihr Ansuchen um ein Interview zurück!»

Als ich erwiderte, es sei kein Grund zur Aufregung, die Sache habe vielleicht auch ihre komischen Seiten, bequemte er sich zu einem Lächeln

und sagte, vielleicht könnte ich in einer Kostümliehanstalt mehr Glück haben.

Ich ging – nach Beratung mit Dr. Pistinger – wirklich in die Kostümliehanstalt. Dort hatte man einen einzigen Gehrock, der viel zu gross war und unbeschreiblich schmutzig. Ich beschloss also, meinen eigenen dunklen Anzug zu tragen und es zu wagen.

Als ich in den Palast kam, klagte ich Dimanchescu mein Leid. Er tröstete mich sehr rasch. «Ich habe Seiner Majestät schon gesagt», meinte er, «dass manche der Herren sehr plötzlich im Flugzeug angekommen sind und keinen Gehrock haben.»

Meine Kollegen waren bereits versammelt: Lazar von der «Neuen Freien Presse», formell gekleidet; der Franzose in einem wilden Touristenanzug; der Italiener, der noch am Tag vorher sein Faschistenabzeichen im Knopfloch getragen hatte, trug es aber heute nicht mehr. Der Franzose hänselte ihn und sagte, er habe sich offenbar nicht getraut, das Abzeichen anzustecken.

Wir wurden der Reihe nach hineingeführt. Während wir warteten, unterhielt uns Dimanchescu mit Erzählungen über seine Erlebnisse in Amerika. Nach einiger Zeit kam ich an die Reihe. Carol sass an seinem Schreibtisch, vor ihm lag ein Stoss Papier. Er erhob sich zur Begrüssung, reichte mir die Hand und bat mich, Platz zu nehmen.

Er hatte den Zettel mit meinen Fragen vor sich liegen und antwortete frei in gutem Englisch. Carol sei ein Bewunderer Englands, ein Anhänger der Demokratie und habe grosses Verständnis für die Arbeiterbewegung. Er werde auch das Problem der politischen Gefangenen vordringlich behandeln. Dann stellte er mir noch einige Fragen über die Erweiterung des «Daily Herald», die kurz vorher stattgefunden hatte, sowie über meine Herkunft. Persönliche Fragen zu stellen hatte man uns verboten, aber Dimanchescu erklärte uns im Wartezimmer, Carol habe nicht die Absicht, Frau Lupescu nach Rumänien kommen zu lassen und wünsche auch, wir sollten das unseren Zeitungen mitteilen. (Tatsächlich liess er Frau Lupescu schon nach wenigen Tagen nachkommen und heiratete sie später.)

Ich war von meinem Interview mit König Carol sehr beeindruckt, und auch der «Daily Herald» war damit zufrieden. Erst später erfuhr ich, dass Carol in seinem Sonderinterview mit dem italienischen Journalisten seine Bewunderung für den «Duce» Mussolini und seine Sympathie für den Faschismus ausgedrückt hatte. Er war eben, wie seine weitere Geschichte gezeigt hat, ein Opportunist – wenn auch ein charmanter Opportunist.

Rumänische Politiker

Wenn mir auch mein Mangel an Erfahrung als Zeitungsreporter hinderlich war, so lernte ich doch auch schon in Bukarest jene Vorteile ausnützen, die ich meinen Konkurrenten gegenüber hatte: meine deutschen Sprachkenntnisse und meine besondere Verbindung zu den Sozialdemokraten.

Es gab in Bukarest damals eine deutsche Tageszeitung, das «Bukarester Tagblatt». Ich hatte auch eine Empfehlung von meiner Mutter an eine bekannte rumänische Schriftstellerin, Frau Dimo-Pavelescu, die in Wien erzogen worden war und gerne deutsch sprach. Ich besuchte sie, wann immer ich konnte, und sie übersetzte mir die rumänischen Zeitungen und erzählte mir die letzten Neuigkeiten. Wir sassen oft in ihrem kleinen Landhaus am Stadtrand von Bukarest. Im Vordertrakt des Hauses hatte ihr Mann, ein Bildhauer, seine Werkstatt. Er war ein weisshaariger alter Herr, der wohlhabend und zufrieden aussah und stets einen Orden im Knopfloch trug. Auch die Büsten, die er verfertigte, hatten meistens einen Orden im Knopfloch.

Von den rumänischen Sozialdemokraten traf ich die beiden Führer Dr. Lothar Radaceanu und Dr. Jakob Pistiner. Letzterer war ein deutschsprachiger jüdischer Rechtsanwalt aus Czernowitz, den ich fast täglich besuchte. Er hatte einen gesunden Sinn für Humor und erzählte mir unzählige skandalöse Geschichten über die Königsfamilie.

Pistiner sagte mir, die beste Eigenschaft der Rumänen sei ihre Toleranz. Er erzählte, wie er selbst einmal im rumänischen Parlament eine grosse Rede gehalten hatte, die von Anfang bis zu Ende gegen einen korrupten liberalen Minister namens Anghelescu gerichtet war. Am Höhepunkt seiner Rede rief Pistiner dem Minister zu: «Sie sind ein Lügner!»

Dann verliess Pistiner erschöpft den Sitzungssaal. Im Korridor spürte er, wie sich eine Hand von hinten auf seine Schulter legte. Er drehte sich um. Es war Minister Anghelescu. Er sagte: «Kommen Sie, Sie sehen müde aus. Gehen wir und trinken wir zusammen einen Kaffee.»

Radaceanu war jünger als Pistiner, ein Sozialdemokrat, der im Parlament den Wahlkreis Temesvär vertrat. Radaceanu hatte pechschwarze Haare und ein äusserst bedächtiges Gehaben. Er war ein führender marxistischer Theoretiker und schrieb oft in den seriösen sozialistischen Zeitschriften des Westens.

Am letzten Abend meines Aufenthalts in Bukarest sass ich auf der Terrasse des Offizierskasinos, als Radaceanu des Weges kam. Er setzte

sich zu mir und sprach über England und den Westen. Dann kam er auf Russland und auf die Kommunisten zu sprechen, die, wie er sagte, einmal in den rumänischen Randgebieten stark gewesen waren, in letzter Zeit jedoch viel von ihrer Stärke eingebüsst hatten. Er meinte, wir westlichen Sozialisten seien dem Kommunismus gegenüber viel zu sanft. Der Kommunismus werde in Russland zusammenbrechen und sei eigentlich gar kein Sozialismus.

Es war dieser selbe Radaceanu, der nach dem Zweiten Weltkrieg einen Teil der sozialdemokratischen Partei Rumäniens in das Lager der Kommunisten hinüberführte, während viele seiner früheren Parteigenossen, die ihrer Überzeugung treu blieben, im Gefängnis umkamen.

Meiner Ansicht nach schienen die Rumänen trotz ihrer von Despotie und Diktatur erfüllten Geschichte doch gewisse demokratische Gepflogenheiten zu wahren. Das sah ich bei der Rückkehr der Königin-Mutter Marie, die ein paar Tage nach ihrer Flucht zur Überzeugung gelangt war, ihr Sohn habe offenbar doch nicht die Absicht, für das ihm geschehene Unrecht Rache zu nehmen. Die königliche Garde mit glitzernen Helmen und weissen Federbüschen bewachte die Strassen bei ihrem Einzug und versuchte, die Menge auf dem Gehsteig zurückzuhalten. Aber die Menge liess sich nicht aufhalten und stürmte immer wieder unbekümmert auf die Strasse.

Mehrmals am Tag ertönte das Folgetonhorn, wenn König Carol oder sein kleiner Sohn, Ex-König Michael, oder beide gemeinsam im königlichen Auto durch die Strassen von Bukarest fuhren. Die riesige Königsstandarte wehte vorn am Kühler des Autos. Sobald die Polizisten die Hupe hörten, stürzten sie verzweifelt in alle Richtungen, bliesen ihre kleinen Pfeifchen und flehten das Publikum und die Automobilisten an, die Strasse freizumachen. Die schaulustigen Passanten und vor allem die Autofahrer folgten diesen Aufträgen aber immer nur sehr zögernd.

Zum Bild eines Balkanstaats in der damaligen Zeit gehört auch das Verhalten der politischen Opposition. Die Liberale Partei, die so lange in Rumänien regiert hatte, war geschlagen, und jetzt, wo ihr Erzfeind Carol zurückgekehrt war, schienen ihre politischen Aussichten äusserst trostlos. Es wunderte mich fast, dass ihre Führer nicht auf der Flucht oder im Gefängnis waren. Die beiden berühmtesten Persönlichkeiten der Partei, die Brüder Bratianu, waren gestorben, und Ion Duca war der liberale Parteiführer. Eines Tages lud er die Auslandskorrespondenten zu einer Pressekonferenz ein und beantwortete lächelnd und ruhig unsere Fragen. Seine Linie war: «Wir werden abwarten.»

Mir erschien sein Verhalten beispielgebend für das richtige und ge-

schickte Benehmen eines geschlagenen Politikers. Ich hatte später wiederholt Gelegenheit, anderen Politikern, die in die gleiche Lage geraten waren, diese Haltung zu empfehlen. Duca hatte überdies mit seiner Linie recht. Nach einiger Zeit schlug König Carol eine andere Politik ein, Maniu und Michalache gerieten in Ungnade, und Duca wurde Ministerpräsident. An einem der letzten Tage des Jahres 1933 wurde er auf dem Bahnhof der königlichen Residenz Sinaia von einem Angehörigen der rumänischen faschistischen «Eisernen Garde» durch einen Pistolenschuss ermordet.

Mit dem Regierungsantritt König Carols schien für Rumänien eine neue Zeit gekommen zu sein – eine bessere, modernere Zeit. Aber wie fast jede andere «neue Ära» in den Ländern Südosteuropas erwies sie sich bald als eine Illusion. Carol war eine schillernde und romantische Figur; er verstand es, die Menschen zu beeinflussen. Selbst wir Journalisten waren beeindruckt, auch wenn er ein wenig an den Danilo aus der «Lustigen Witwe» erinnerte. Doch auch Carol verfing sich bald im wechselnden Spiel der Balkandiktaturen. Diese Form des Regierungssystems in den südosteuropäischen Ländern fand erst mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ihren Abschluss. Dann trat in Südosteuropa eine andere Art der Diktatur, die kommunistische, an ihre Stelle.

2. Teil

WOLKEN ÜBER ÖSTERREICH

Eine ernste Krise

Unter den Regenbogenfarben

Wien stand in den letzten Augustwochen des Jahres 1930 im Zeichen der Regenbogenfarben der internationalen Genossenschaften. Der Genossenschaftsbund, der seinen alle Nationen umfassenden Charakter durch das hübsche Symbol der alle Farben umschliessenden Regenbogenfahne manifestierte, hielt im Konzerthaus seine internationale Tagung ab. Diese Tagung erregte besonderes Aufsehen, weil zum Unterschied von allen anderen Bewegungen dieser Art die internationale Genossenschaftsbewegung nicht nur die sozialistischen und verschiedene mehr oder weniger unpolitische Konsumvereinsorganisationen umfasste, sondern auch die Kommunisten. Hier sasssen die geheimnisvollen Russen, von denen man eigentlich so wenig wusste, mit den Vertretern anderer Länder in freier Diskussion beisammen.

Meine Familie hatte besonders enge Beziehungen zu der amerikanischen Genossenschaftsbewegung. Der Präsident der amerikanischen Genossenschaftsliga, Dr. James Peter Warbasse, war ein Freund meiner Eltern. Er war ein Idealist mit silbergrauem Haar, ein ehemaliger Arzt aus New York, der, nachdem er durch seine Heirat mit der reichen Erbin des Dennison-Papierkonzerns aller materiellen Sorgen enthoben war, sein ganzes Leben der Propagierung des Genossenschaftsgedankens widmete. Dr. Warbasse und seine Frau wohnten während des Kon-

gresses im Haus meiner Eltern, und ich begleitete ihn zu den Kongresssitzungen, an denen er als Chef der amerikanischen Delegation teilnahm.

Die amerikanische Genossenschaftsbewegung unterschied sich von den europäischen Konsumorganisationen dadurch, dass sie hauptsächlich auf den Produktivgenossenschaften der Farmer aus den Staaten des Mittelwestens wie Minnesota und Wisconsin aufgebaut war, während die europäischen Genossenschaften vor allem aus Arbeitern bestanden. Wie uns Dr. Warbasse erklärte, standen in den Vereinigten Staaten die Farmer politisch viel weiter links als die Arbeiter. Er selbst bekannte sich zum Sozialismus und war auch in der amerikanischen Sozialistischen Partei tätig. Die amerikanische Genossenschaftsliga war nicht etwa eine gemeinsame Verkaufs- oder Zentralorganisation der Genossenschaften, sondern eine von den Genossenschaften organisierte Liga zur Propagierung des genossenschaftlichen Gedankens – also keine kommerzielle, sondern eine politische Körperschaft.

Der Vorsitzende des Genossenschaftskongresses war Dr. Vainö Tanner aus Finnland. Er war der Prototyp des Skandinaviens, der sich durch die Meinungsverschiedenheiten innerhalb seines politisch so differenzierten Lagers absolut nicht aus der Ruhe bringen liess. Bekanntlich war Tanner, der in der Zeit des Zarismus dem russischen Flüchtling Lenin Schutz vor seinen Feinden geboten hatte, später einer der führenden Männer der Unabhängigkeitsbewegung Finnlands. Er war wiederholt Ministerpräsident und scheute nicht davor zurück, im Kampf um die Unabhängigkeit seines Landes gegen die Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs auch mit den Deutschen gemeinsame Sache zu machen. Das wurde ihm von den Russen nie verziehen.

Zur Zeit des Wiener Genossenschaftskongresses war die Autorität Tanners bei den Russen noch unangefochten. Das war auch notwendig, denn die russischen Delegierten benützten die seltene Gelegenheit ihres Zusammenseins mit westlichen Sozialisten, um zu Propagandazwecken politische Unruhe zu erzeugen. Ein willkommenes Streitpunkt auf dem Genossenschaftskongress war die Frage der Anerkennung der Delegierten von Tannu-Tuwa, eines schwachbevölkerten Gebiets an der Grenze zwischen Sibirien und der Mongolei, das einige Jahre vorher unter kommunistische Herrschaft geraten und ein sowjetischer Vasallenstaat geworden war. Die chinesisch aussehenden Delegierten von Tannu-Tuwa protestierten lebhaft gegen ihre Nichtzulassung. Die bewegten Klagen der Delegation der russischen Bolschewiken über das angebliche Unrecht, das der «jungen Volksrepublik Tannu-Tuwa» durch die Verweigerung der Zulassung geschehen sei, waren für mich überraschend,

da ich den Ausdruck «Volksrepublik» in einem solchen Zusammenhang noch nie vorher gehört hatte.

Ich hatte kein Vertrauen zu «Volksrepubliken», die von der russischen Diktatur gesteuert waren. Wenige Tage später bekam ich in Ungarn Gelegenheit, eine andere Form der Gewaltherrschaft in Aktion zu sehen.

Die ungarischen Sozialdemokraten hatten in Budapest und anderen Städten des Landes zu grossen Arbeiterdemonstrationen für die Einführung der Arbeitslosenversicherung aufgerufen. Man schrieb den 1. September 1930. Etwa zweihunderttausend Personen demonstrierten auf den Strassen. Es war der ungarischen Regierung nicht gelungen, die Kundgebung zu verhindern: in Zehner- und Fünfhunderreihen marschierten die Arbeiter in Richtung auf das Budapest Stadtwäldchen, das ungefähr der Grösse des Wiener Praters entsprach. Die Polizei versuchte mehrmals, gegen die Demonstranten einzuschreiten, die sich jedoch nicht abdrängen liessen. Die Arbeiter waren diszipliniert und riefen «Baracsag» (Freundschaft), den Gruss, den sie von den österreichischen Sozialdemokraten übernommen hatten.

Im Stadtwäldchen kam es neuerlich zu kleineren Zusammenstössen. Ich blickte die Allee hinunter und sah ein Auto, das von Demonstranten in Brand gesteckt worden war. Die Polizei, die vorher überall zu sehen war, war nun plötzlich verschwunden.

Aus früheren Erfahrungen, besonders seit dem 15. Juli 1927 in Wien, wusste ich, dass das Verschwinden der Polizei ein Alarmzeichen ist, das nicht übersehen werden sollte. Während mein Kollege Pembroke Stephens vom «Daily Express» unbeirrt weiterging, trennte ich mich von den Demonstranten und ging auf Umwegen durch das Stadtwäldchen zu einem Platz, in dessen unmittelbarer Nähe bis vor Kurzem eine Polizeikette sich befunden hatte. Und es trat genau das ein, was ich erwartet hatte. Salven von Schüssen knallten. Die Menge flutete zurück, von mit Gewehren bewaffneten Polizisten und berittener Polizei verfolgt. Ich ging langsam weiter und kam an eine Stelle, wo ein älterer Arbeiter am Boden lag. Ein paar Leute standen herum. Eine Frau beugte sich über den Leblosen und drückte ihm die Augen zu. Es war der erste Tote, den ich je gesehen hatte.

Ich ging ins Parteisekretariat der ungarischen Sozialdemokraten zurück und hörte, dass es bei den Schiessereien zahlreiche Verletzte gegeben hatte, allerdings nur diesen einzigen Toten. Pembroke Stephens war in die zurückflutende Menschenmenge geraten und kam erst nach stundenlangem Umherirren wieder in das Stadtzentrum zurück. Die

grosse Arbeiterdemonstration vom 1. September 1930 blieb in der politischen Geschichte Ungarns ein Einzelereignis. Es kam zu keiner echten Demokratisierung, die Reaktion blieb an der Macht. Ich kehrte noch am gleichen Tag nach Wien zurück, voller Mitgefühl für die ungarischen Sozialdemokraten und gleichzeitig froh darüber, in einem freien Land zu leben.

Mein Kollege Pembroke Stephens vom «Daily Express» konnte in mancher Hinsicht als typischer angelsächsischer Korrespondent aus der Zeit vor 1934 angesehen werden. Er erzählte mir einmal, er habe ein Wochenende auf dem Jagdschloss irgendeines Heimwehrgrafen verbracht. Tief beeindruckt von diesem Besuch, meinte er: «Wie schade, dass bei den Sozialdemokraten alles so grau und traurig ist.» Ich versprach, ihm das «Rote Wien» von seiner neuen und helleren Seite zu zeigen, und lud ihn zu einer Rundfahrt ein. Unser Reiseführer war mein Freund Fritz Jahnel, Angestellter des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums, der inoffiziellen Propagandastelle der Gemeinde Wien. Pembroke Stephens und seine Frau waren von den Arbeiterwohnungen, den Schwimmbädern, den Kindergärten begeistert. Er liess sein Kind sofort in einen Kindergarten der Gemeinde Wien einschreiben. Eine vollständige Bekehrung eines Gegners hätte sich das «Rote Wien» gar nicht wünschen können.

Allerdings zeigten sich schon kurz darauf dunkle Wolken am Horizont.

Vaugoin und Starhemberg

Die Episode der Minderheitsregierung der Christlichsozialen und der Heimwehr unter Vaugoin und Starhemberg im Herbst 1930 dauerte nur 60 Tage. Aber sie versetzte die Gemüter in Österreich in höchste Erregung. Unter Bundeskanzler Karl Vaugoin stand der Heimwehrführer Starhemberg als Innenminister an der Spitze des Sicherheitswesens. Es gab damals noch keine gebräuchliche Methode der Machtergreifung durch den Faschismus. Aber Mussolini, der in Italien im Jahr 1922 durch den «Marsch auf Rom» die Regierung übernommen hatte, war noch immer an der Macht, es gab auch in anderen Ländern Europas Diktaturen, und daher bestand jeder Grund zur Befürchtung, Starhemberg werde sein Regierungsamt dazu benützen, Österreich in einen faschistischen Diktaturstaat umzuwandeln.

Der Anlass zur Bildung dieser halbfaschistischen Regierung war, wie es in Österreich nicht selten bei wichtigen politischen Ereignissen der

Fall ist, geringfügig und fast lächerlich. Es handelte sich um die Frage, ob ein steirischer Industrieller, Dr. Franz Strafella, dem von der sozialdemokratischen «Arbeiter-Zeitung» «unsauberes und unkorrektes Verhalten» vorgeworfen worden war und den das Blatt als «kein Fachmann» und als den «jungen Mann» des steirischen Landeshauptmanns Rintelen bezeichnet hatte, Präsident der österreichischen Bundesbahnen werden sollte oder nicht.

Der Ehrenbeleidigungsprozess Strafellas gegen den verantwortlichen Redakteur der «Arbeiter-Zeitung», Oscar Pollak, kam im September 1930 vor dem Strafbezirksgericht I in Wien zur Austragung. Am 19. September verkündete der wegen seiner Strenge gefürchtete Presserichter Dr. Powalatz das Urteil, in dem der verantwortliche Redakteur wegen erbrachten Wahrheitsbeweises in den Punkten «unsauber», «unkorrekt», «kein Fachmann» und «junger Mann des Rintelen» freigesprochen, wegen einiger anderer Vorwürfe allerdings zu einer Geldstrafe von 5'000 Schilling verurteilt wurde.

Die Geldstrafe war immerhin so hoch, dass ich einige Tage später bei einer Parteiversammlung hörte, wie ein Parteiführer mit sanftem Spott Oscar Pollak als den Mann vorstellte, «der die teuren Artikel schreibt». Die Sensation, die das Urteil hervorrief, war jedoch kolossal. Bundeskanzler Johann Schober, der als ehemaliger Polizeipräsident als die Verkörperung der bürgerlichen Anständigkeit erscheinen wollte, weigerte sich unter diesen Umständen, Strafella zum Präsidenten der Bundesbahnen zu ernennen. Der christlichsoziale Heeresminister und Vizekanzler Vaugoin sowie Landeshauptmann Rintelen bestanden auf der Ernennung. An diesem Streitpunkt scheiterte die Regierung Schober, die erst ein Jahr vorher, im September 1929, gebildet worden war, und demissionierte.

Die «unsauberen» und «unkorrekten» Handlungen, die Strafella nachgewiesen worden waren, scheinen im Rückblick nicht sehr erheblich. Es handelte sich um Spekulationen mit Grundbesitz in Deutschland während der Inflationszeit, ferner um die Annahme von «Ablösen» in Wohnungssachen. Dass Strafella ein politischer Günstling des ungekrönten «Königs der Steiermark», des christlichsozialen Landeshauptmanns Rintelen war, konnte nicht bezweifelt werden.

Der Triumph der Sozialdemokraten fand seinen Niederschlag wie üblich in den Liedern des Politischen Kabarets, das der junge Wiener Architekt Viktor Grünbaum im Jahr 1926 begründet hatte und das die Ereignisse der Zeit in humorvoller Form – immer oder fast immer vom sozialdemokratischen Parteistandpunkt aus gesehen – wider-

spiegelte. Damals war gerade ein Tanzschlager populär, dessen Refrain lautete: «Bin kein Hauptmann, bin kein grosses Tier, sondern nur ein ungarischer Honvedmusketier.» Zu dieser Melodie sang das Politische Kabarett:

«Bin kein Fachmann, bin nicht von der Bahn,
Sondern vom Professor Rintelen der junge Mann.»

Ein anderer beliebter Schlager der Zeit beklagte den Übergang von der (damaligen) «Mini»-Mode zur (damaligen) «Maxi»-Mode: «Wenn die Elisabeth nicht so schöne Beine hätt', hätt' sie viel mehr Freud' mit dem neuen langen Kleid.» Das Politische Kabarett sang folgenden Text zu dieser Melodie:

«Wenn der Strafella net
Uns die Bundesbahnen rett',
Geh'n ma alle z' Grund
Und kommen auf den Hund.»

Das Politische Kabarett hatte damals seine Blütezeit. Es war der Konzentrationspunkt der sozialistischen Intellektuellen. Viele Schriftsteller und Künstler, die der sozialdemokratischen Partei nahestanden, wirkten darin mit. Das Kabarett bestand bis zum Jahr 1934 und war das Vorbild vieler politischer Kleinkunstabühnen der nachfolgenden Diktaturperiode. Viktor Grünbaum (nicht zu verwechseln mit einem anderen bekannten Kabarettisten der Ersten Republik, Fritz Grünbaum, der in einem Nazi-Konzentrationslager ums Leben kam) wanderte 1938 nach Amerika aus und wurde dort unter dem Namen Victor Gruen einer der bekanntesten amerikanischen Architekten und Städteplaner.

Der Bundeskanzler, der nach der Strafella-Krise an die Spitze der österreichischen Regierung trat, war selbst schon oft die Zielscheibe des Spottes des Politischen Kabarettis gewesen: Carl Vaugoin, Heeresminister und Vizekanzler. Ein gewichtig aussehender Politiker vom rechten Flügel der Christlichsozialen Partei, hatte er sich in der Wiener Gemeindepolitik emporgearbeitet und später als Heeresminister dafür gesorgt, dass das kleine österreichische Bundesheer politisch gesiebt und der Regierung ergeben war.. Die Sozialisten nannten ihn spöttisch «General Scheibbs» nach einer kleinen niederösterreichischen Stadt, die, ebenso wie Mistelbach als angeblicher Herkunftsort vieler Wiener Polizisten, der «Mistelbacher», als besonders rückständig galt. Immerhin war es Vaugoin gelungen, den christlichsozialen «Wehrbund» durch Lock-

mittel, Druck und Siebung zur vorherrschenden politischen Organisation der Soldaten zu machen. Daran konnte man auch nichts ändern, wenn man den «General Scheibbs» in Karikaturen auf einem Schaukelpferd sitzend, mit einem Papierschako auf dem Kopf und ein Holzschwert schwingend darstellte.

Die Regierung Vaugoin war eine Minderheitsregierung. Sie bestand aus Christlichsozialen und zwei Vertretern der Heimwehr – Starhemberg als Innenminister und dem Notar Dr. Franz Hueber aus dem Salzburger Städtchen Mattsee als Justizminister. Hueber war ein Schwager des deutschen Naziführers Hermann Göring und stellte gewissermaßen die Verbindung zu der deutschen Spielart des Faschismus dar. Die neue Regierung war die erste, die nach den im Jahr 1929 geänderten Verfassungsbestimmungen nicht vom Parlament gewählt, sondern vom Bundespräsidenten Miklas ernannt wurde. Der frühere Bundeskanzler Dr. Seipel übernahm das Aussenministerium, Sozialminister Schmitz war gleichzeitig auch Vizekanzler.

Die Regierung Vaugoin-Starhemberg stellte sich dem Parlament gar nicht vor, sondern löste es sofort auf und setzte Neuwahlen für den 9. November fest. Ob diese wirklich stattfinden würden, war zweifelhaft, denn Starhemberg erklärte schon am Tag nach der Regierungsbildung, die Heimwehr lege die Hand ans Steuer der Regierung, jedoch nicht, um den Christlichsozialen zu helfen, sondern um das Steuer festzuhalten, «mit dem eisernen Entschluss, es sich nicht einmal von einer roten Majorität entwinden zu lassen».

Am 4. Oktober 1930 erklärte Starhemberg bei einer Kundgebung vor 2'000 Heimwehrlern auf dem Wiener Heldenplatz mit Bezug auf den Wiener Finanzstadtrat Hugo Breitner, der jüdischer Abstammung war und dessen Steuersystem den Gegnern der Wiener Gemeindeverwaltung besonders verhasst war: «Nur wenn der Kopf dieses Asiaten in den Sand rollt, wird der Sieg unser sein.» Diese Erklärung mag von manchen im übertragenen Sinn aufgefasst worden sein, doch seine Zuhörer und auch die österreichischen Sozialdemokraten verstanden sie wörtlich.

Bemerkenswert ist, dass trotz dieser augenscheinlichen Gefahr die Sozialdemokraten, deren Mut zum Unterschied vom Jahr 1934 noch ungebrochen war, entschlossen blieben, «den Faschismus mit dem Stimmzettel zu besiegen». Überall wurden Wahlversammlungen abgehalten, Kundgebungen unter freiem Himmel, Demonstrationzüge der sozialdemokratischen Jugendlichen in ihren blauen Blusen. Ich selbst sprach bei einer solchen Kundgebung auf dem Hauptplatz der Siedlung Lockerwiese in Speising.

Starhemberg hatte die Absicht, schon vor dem Wahltag eine Diktatur auszurufen. Dass diese Absicht nicht in die Tat umgesetzt wurde, ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass die Polizei, die ihrem früheren Präsidenten Schober treu ergeben war, gegen Starhemberg auftrat. Als gewisse Putschpläne in der Steiermark für die Nacht vom 19. zum 20. Oktober bekannt wurden, mobilisierte der stellvertretende Polizeipräsident Pamer, ein Anhänger Schobers, die Polizeieinheiten. Starhemberg setzte ihn sofort ab, doch der Putsch fand nicht statt.

Ein Ereignis, das gerade in dieser kritischen Periode den Wiener Sozialdemokraten neue Zuversicht gab, war die Eröffnung des Karl-Marx-Hofes am 12. Oktober 1930. Dieser «Riesenbau mit den wuchtigen hochragenden Türmen, mit den langen Zeilen freundlicher, wohnlicher Häuser», wie ihn die «Arbeiter-Zeitung» am Eröffnungstag beschrieb, war nicht nur die grösste Wohnhausanlage, die die Gemeinde Wien jemals errichtet hatte (sie bot 5'000 Einwohnern Platz), sondern das grösste Wohngebäude auf dem europäischen Kontinent überhaupt.

Das Regierungsorgan «Reichspost» hatte während der Bauzeit einmal behauptet, der Karl-Marx-Hof drohe infolge Baugebrechens einzustürzen. Dass er jetzt fertig dastand, erschien den Sozialdemokraten als Bekräftigung ihres Optimismus. Irgendwie hatte man schon damals das Gefühl, dieses Gebäude werde zum Symbol der Baugesinnung des «Roten Wien» werden.

Über diese Art von Bauten hatte Bürgermeister Karl Seitz einmal in einer Rede gesagt: «Wenn wir nicht mehr sind, werden diese Steine für uns sprechen.» Er hatte es anders gemeint, aber später, in der Zeit der Diktatur, wirkten die monumentalen Gemeindebauten Wiens tatsächlich wie eine politische Aussage.

Der Wahlkampf strebte seinem Höhepunkt zu. Die Heimwehr war gespalten. Starhemberg und seine Anhänger kandidierten als ein separater «Heimatblock». Der Wiener Heimwehrführer Fey und seine Anhänger unterstützten dagegen die Christlichsozialen. Unmittelbar vor dem Wahltag versuchte Starhemberg, die Arbeiter zu provozieren, indem er Polizei und Militär in Arbeiterheimen, Parteilokalen und Konsumvereinsfilialen in ganz Österreich nach Waffenlagern suchen liess. Nur in wenigen Fällen wurden Waffen gefunden.

Ich weiss nicht mehr, ob ich anlässlich einer dieser Waffensuchen oder schon früher (bei der grossen Waffensuche im Wiener Arsenal im Jahr 1927) mit anderen Journalisten in das sozialdemokratische Parteisekretariat kam und dort den Schutzbundführer Julius Deutsch in seinem Büro in grosser Sorge antraf. Er sagte, es müsse sofort entschieden wer-

den, ob man Widerstand leisten solle, aber Otto Bauer sei nicht in Wien und auch nicht zu erreichen, «und wenn ich Danneberg frage, weiss ich schon, was er sagen wird». Danneberg hatte den Ruf absoluter Kompromissfreudigkeit. Schliesslich entschied sich auch Deutsch dafür, kein Signal zum Kampf zu geben.

So fand die Parlamentswahl am 9. November 1930 wirklich statt. Sie war, wenigstens auf kurze Sicht, ein Triumph für die Sozialdemokraten. Sie hatten ein Mandat hinzugewonnen und waren jetzt mit 72 Parlamentssitzen die stärkste Partei im österreichischen Nationalrat. Die Christlichsozialen hatten sieben Sitze verloren und waren nur noch mit 66 Abgeordneten im Parlament vertreten. Der aus Grossdeutschen und Landbund zusammengescheisste Schober-Block hatte mit 19 Sitzen einen beträchtlichen Erfolg errungen. Starhembergs Heimatblock hatte zwar acht Sitze erlangt, das waren jedoch viel weniger, als die Heimwehr erhofft hatte.

Starhemberg drängte Bundeskanzler Vaugoin noch in der Wahlnacht, «Massnahmen zu ergreifen». Aber Vaugoin, der gehofft hatte, die Regierung werde bei den Wahlen mit dem Stimmzettel siegen, war dafür nicht zu haben. In seiner eigenen christlichsozialen Partei, in der er fest verwurzelt war, lehnte der linke Flügel entschieden einen Putsch ab. Ausserdem stand die Polizei auf der Seite Schobers, der streng auf Ordnung achtete. Auch waren die Kräfte und der Kampfwille der Sozialdemokraten noch ungebrochen. Im Jahr 1934 sah die Situation bereits ganz anders aus, als auch noch die faschistische Grossmacht Deutschland das internationale Klima für Diktaturpläne begünstigte.

Es dauerte mehrere Wochen, bis Vaugoin und Starhemberg abzu-danken bereit waren. Die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung zogen sich bis Ende November hin. Zur Bildung einer bürgerlichen Mehrheitsregierung war jedoch die Unterstützung des Schober-Blocks notwendig, und Schober war für eine gemeinsame Regierung mit der Heimwehr nicht zu gewinnen. So trat endlich am 30. November die halbfaschistische Regierung zurück, und ein neues Kabinett unter Bundeskanzler Ender wurde gebildet.

«Unpolitisches» Kabarett

Mit erleichtertem Aufatmen begrüsst man das Verschwinden der Regierung Vaugoin-Starhemberg und die Bildung einer neuen Regierung unter einem demokratischen Kanzler, dem Vorarlberger Landeshaupt-

mann Dr. Otto Ender. Es war, als sei ein Alpdruck von Österreich gewichen.

Als Bundeskanzler Ender an der Spitze seiner neuen Regierung mit freundlichem Lächeln in den Sitzungssaal des Parlaments einzog, um sich dem Nationalrat vorzustellen, erschien er mir, dem Zuschauer auf der Galerie, wie ein gutmütiger Gnom, der kurzbeinige, schelmische Puck aus dem «Sommernachtstraum», dem es gelungen war, die dunklen Schatten zu verscheuchen. Das neue Kabinett enthielt keine Heimwehrminister, sondern bestand aus den Christlichsozialen und dem neugegründeten Nationalen Wirtschaftsblock, entstanden aus der Fusion von Grossdeutschen und Landbund. An der Spitze dieser neuen Mittelpartei stand der verfassungstreue frühere Bundeskanzler Schober. Er hatte das Amt des Aussenministers übernommen und war auch Vizekanzler. Der Landbündler Franz Winkler war zum Innenminister ernannt worden.

Die Persönlichkeit Enders war durch seine geographische Herkunft mitbestimmt. Die Vorarlberger, die schon am Anfang der Ersten Republik den sympathischen Vizekanzler Jodok Fink gestellt hatten, galten als ehrliche Demokraten. Charles Gulick meint es als Kompliment, wenn er von Ender sagt, er sei «binahe ein Schweizer» gewesen. In dem Bild, das sich der Österreicher von seinem westlichsten Bundesland macht, spielt die demokratische Tugend als positives Element eine Rolle. Allerdings lag hier auch ein Element der Unverlässlichkeit: Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Monarchie hatte sich das Land Vorarlberg in einer Volksabstimmung für den Anschluss an die Schweiz ausgesprochen, der allerdings nicht zustande kam. Jetzt erwies sich das Land Vorarlberg als ein Faktor des Zusammenhalts für die österreichische Demokratie.

Ender behielt seinen guten Ruf bei der österreichischen Linken auch später, als er im Auftrag von Bundeskanzler Dollfuss die sogenannte «Ständeverfassung» ausarbeitete. Man nahm an, er habe das nur unter dem Druck der Geschehnisse getan und habe in diese Scheinverfassung so viele demokratische Elemente eingebaut, als ihm unter den gegebenen Umständen eben möglich war.

Die euphorische Stimmung, die unter den österreichischen Sozialdemokraten im Winter 1930/31 als Reaktion auf die Spannungen der Periode Vaugoin-Starhemberg herrschte, kann am besten dadurch charakterisiert werden, dass Viktor Grünbaum, als er ein neues Programm seines «Politischen Kabarets» vorstellte, verkündete, es sei diesmal ausnahmsweise ein «unpolitisches» Kabarett, weil in der Politik nicht genügend los sei, um für ein Kabarett ausgewertet zu werden. Das neue Pro-

gramm war demnach mehr auf allgemeinmenschliche Dinge gerichtet. Es stellte die Frage: «Ist Dummheit heilbar?» und beschäftigte sich mit den Ereignissen nach Erfindung eines Wundermittels «Klugolin», mit dem man dumme Leute gescheit machen könne.

Der Hauptschlagler dieses «unpolitischen» Kabarettts hatte einen rhythmisch hüpfenden Refrain:

«Mit Klugolin, mit Klugolin,
Gäb's keine Teppen, keine Teppen,
Keine Teppen, keine Teppen,
Keine Teppen, keine Teppen mehr in Wien.»

Auch die Schlagzeilen der «Arbeiter-Zeitung» in dieser Periode zeigen ein vermehrtes Interesse für unpolitische, oder sagen wir relativ unpolitische Ereignisse: der Ausbruch eines giftigen Nebels im Industriegebiet Südbelgiens, der Todesopfer forderte, gab einen Vorgeschmack der Gefahren, die heute unter dem Begriff «Umweltprobleme» zusammengefasst werden. Ich befand mich gerade auf einer Reise nach England, als mir auf dem Brüsseler Bahnhof ein Mann auffiel, der auf einer Stange eine Tafel mit einer Aufschrift trug. Als ich ihm neugierig nachging, las ich mit Erstaunen meinen eigenen Namen auf der Tafel. Im Büro des Stationsvorstandes wartete ein Telegramm aus Wien auf mich, in dem Oscar Pollak für die «Arbeiter-Zeitung» einen Sonderbericht über die belgischen Giftnebel anforderte.

In London wohnte ich bei der Familie des Labour-Abgeordneten Frank Wise, der im Sommer vorher unser Gast in Wien gewesen war. Frank Wise war Wirtschaftsfachmann, Berater der britischen Genossenschaften in Ausenhandelsfragen und einer der wenigen Leute in der Arbeiterpartei, die gute Kontakte zu den Russen hatten, ohne selbst den Kommunisten nahezustehen.

Politisch gesehen war diese Zeit für die österreichischen Sozialisten sehr günstig, ein liches Intervall zwischen dunklen Perioden. Dazu kam noch, dass sich im Februar 1931 die bei den Wahlen geschlagene Heimwehr spaltete. Der Tiroler Heimwehrführer Richard Steidle und der Wiener Heimwehrführer Major Emil Fey – die «gemässigten» Heimwehr 1er, die bei den Wahlen die Christlichsozialen unterstützt hatten – machten sich selbständig. Zurück blieben Starhemberg und der radikale steirische Heimwehrführer Pfrimer.

Ganz anders gestalteten sich die politischen Ereignisse in Deutschland, wo die Nationalsozialisten stark im Zunehmen waren. Auch die wirt-

schaftlichen Verhältnisse auf der ganzen Welt waren sehr bedrohlich. Der «Schwarze Freitag» an der New-Yorker Börse im Herbst 1929 gab den Auftakt zur Weltwirtschaftskrise. Ebenso wie in anderen Ländern erreichten auch in Österreich die Arbeitslosenziffern neue Rekorde.

Aus dem Bestreben, die Wirtschaftslage in Österreich durch Zusammenschluss mit einem grösseren Markt zu verbessern und gleichzeitig der von den Nationalsozialisten bedrängten deutschen Regierung einen aussenpolitischen Erfolg zu verschaffen, entstand der Plan einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich. Es sollte eine Art «Ersatz-Anschluss» sein; als solcher wurde der Plan aber auch von den Gegnern des Anschlusses in den westlichen Ländern und von der «Kleinen Entente» aufgefasst. Ausserdem war die Vorbereitung des Plans diplomatisch und psychologisch ungeschickt. Die Zollunion wurde von dem deutschen Aussenminister Dr. Curtius bei dessen Staatsbesuch in Wien, der am 3. März 1931 begann, mit dem österreichischen Aussenminister Schober vereinbart. Aber erst am 21. März wurde der Zollunionsplan unvermittelt von der deutschen und der österreichischen Regierung bekanntgegeben.

Dieser Plan einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich wurde von Frankreich und England ebenso wie von der Kleinen Entente entschieden abgelehnt und als im Widerspruch zum Friedensvertrag von Saint Germain und zu den Genfer Protokollen stehend bezeichnet, mit denen Österreich unter Bundeskanzler Dr. Seipel im Jahr 1922 die «Sanierung» der österreichischen Wirtschaft vom Völkerbund erkaufte hatte. Der Völkerbundrat beschäftigte sich mit dem Plan und holte schliesslich ein Gutachten des internationalen Haager Gerichtshofs ein. Dieser stellte fest, dass die Zollunion zwar nicht dem Friedensvertrag, wohl aber den Genfer Protokollen widerspreche.

Gerade dieses Ergebnis war Wasser auf die Mühlen der sozialdemokratischen Agitation, die das Genfer Abkommen schon immer als einen «Verrat» an dem Gedanken des Anschlusses an Deutschland bekämpft hatte und diese Auffassung jetzt bestätigt sah. Auf lange Sicht spielte jedoch die Frage der Schuld am Misslingen einer engeren Verbindung mit Deutschland für Österreich keine Rolle mehr. Am 1. September 1931 musste Österreich auf die Verwirklichung der Zollunion mit Deutschland in aller Form verzichten. Inzwischen hatte aber der zum Teil durch die Affäre der Zollunion herbeigeführte Zusammenbruch der Credit-Anstalt, der grössten österreichischen Bank, die Periode der politischen Hochstimmung beendet, den Sturz der Regierung Ender herbeigeführt und die politische Situation von Grund auf umgestaltet.

Der Zusammenbruch der Credit-Anstalt

Die österreichische Regierung musste am 12. Mai 1931 bekanntgeben, dass die grösste Bank des Landes, die Credit-Anstalt, in Schwierigkeiten geraten und nicht imstande sei, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen. Dieses Ereignis war in seinen Ursachen ohne Zweifel mit dem verunglückten Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion verknüpft. In weiterer Folge beeinflusste der Bankenzusammenbruch die Lage weit über die Grenzen Österreichs hinaus und war nach Meinung vieler Beobachter geradezu der Schlüssel zu den später eingetretenen internationalen Katastrophen.

Charakteristisch für diese Auffassung ist die Darstellung, die der Amerikaner John Gunther im Jahr 1936 in seinem Bestseller «Inside Europe» (Europa von innen) von den Ereignissen gab. In diesem Buch bezeichnete er, der als Korrespondent von 1930 bis 1935 in Wien gelebt hatte, Österreich als «den Schlüssel zu grossen Ereignissen in weiter Ferne». Er schrieb: «Im März 1931 schlugen der deutsche Aussenminister Curtius und der österreichische Kanzler Dr. Schober, ein ehrlicher, aber geistig unbeholfener Polizist, eine Zollunion zwischen ihren beiden Ländern vor. Das erregte natürlich den Zorn Frankreichs, weil der Quai d'Orsay es als den ersten Schritt zum Anschluss, zur Vereinigung Deutschlands und Österreichs, betrachtete. Also zogen die Franzosen ihre Kredite aus den österreichischen Banken ab und halfen dadurch, den Sturz der Credit-Anstalt herbeizuführen, der wichtigsten finanziellen Einrichtung in Mitteleuropa. Daraus ergaben sich die deutsche Bankenkrise, das Reparationsmoratorium, die Flucht vor dem Pfund Sterling. Banken krachten in Europa wie Blechpfannen auf einem Betonboden. Ein politisch-wirtschaftlicher Streit im fernen Österreich konnte, so zeigte es sich, Grossbritannien vom Gold wegdrängen – und dies geschah auch wirklich. Das Vertrauen, das vom Pfund Sterling verraten worden war, verliess die Welt. Es ist bis heute nicht zurückgekehrt.» John Gunther schrieb diese Worte drei Jahre vor Beginn des Zweiten Weltkriegs.

In seinem Jahre später veröffentlichten Roman über Wien ging John Gunther einen Schritt weiter und führte den Zusammenbruch der Credit-Anstalt und die darauf folgende internationale Bankenkrise auf die Enthüllungen der westlichen Zeitungskorrespondenten über die sogenannte Korruptionsaffäre der Journalisten zurück, über die später die Rede sein soll. Die Enthüllung dieser Affäre erfolgte jedoch erst Ende 1931 – also nach dem Krach der Bank. Gunther macht hier von der

Freiheit des Romanschriftstellers Gebrauch. Immerhin, der Abzug französischer Gelder spielte bei der Katastrophe der Credit-Anstalt ganz gewiss eine Rolle, obwohl darin nicht die einzige Ursache des Zusammenbruchs zu sehen war.

Während der Inflationszeit nach dem Ende des Ersten Weltkriegs entstanden in Österreich viele neue Banken, von denen die meisten nach ein paar Jahren wieder zusammenbrachen. Das «Bankensterben» geschah meistens in Form einer Konzentration – die aufgelassene Bank wurde von einer anderen übernommen. Dieser Fusions- oder Schrumpfungprozess erfasste zuerst Klein- und Mittelbanken. Wirkliches Aufsehen erregte im Jahr 1929 der Sturz der mächtigen Bodencreditanstalt, eines Bankinstituts, das in der Zeit der Monarchie auch die finanziellen Interessen des Kaiserhauses zu betreuen hatte. Das Bild, das die Öffentlichkeit von der Bodencreditanstalt hatte, spiegelt sich in den Worten Funders, der sie als «die stolze Finanzburg» bezeichnet, die «die Flagge streichen musste». Die Credit-Anstalt wurde veranlasst, die bankrotte Bodencreditanstalt zu übernehmen. «So jäh war der Sturz der Bodencreditanstalt gekommen», schreibt Funder, «dass Bundeskanzler Dr. Schober glaubte, keinen anderen Ausweg zu haben, als die Vereinigung mit der grössten Nachbarin, der Credit-Anstalt, durch ein 24stündiges Ultimatum an den widerstrebenden Präsidenten der Credit-Anstalt, Louis Rothschild, zu erkämpfen.» Schober hatte damals Louis Rothschild während des Wochenendes von der Jagd holen lassen und ihn im Gespräch von der dringlichen Notwendigkeit überzeugt, die Bodencreditanstalt mit seiner eigenen Bank zu vereinigen.

Damit war die Credit-Anstalt zur einzigen Grossbank Österreichs geworden. Durch ihre Beteiligungen und Kredite kontrollierte sie mindestens 70 Prozent der österreichischen Industrie und beherrschte ausserdem auch grosse Industrie- und Bergwerksunternehmungen in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Polen, Jugoslawien und Rumänien. Der Glanz des Namens Rothschild, oder wenigstens des österreichischen Zweiges dieser illustren Financiersfamilie, gab der Sache einen gewissen Halt. Umso grösser war das Entsetzen, als die Öffentlichkeit im Mai 1931 erfuhr, die Credit-Anstalt habe im letzten Jahr Verluste von 140 Millionen Schilling erlitten. Das waren 85 Prozent ihres Kapitals. Es hiess, das Defizit müsse durch eine Stützungsaktion des Bundesstaates Österreich in der Höhe von 100 Millionen Schilling sowie zusätzliche Mittel der Oesterreichischen Nationalbank und des Hauses Rothschild von je 30 Millionen Schilling gedeckt werden.

Waren daran wirklich die Franzosen schuld? Die Direktoren beriefen

sich darauf, mindestens 40 Prozent der Verluste der Credit-Anstalt seien durch die Übernahme der Bodencreditanstalt hervorgerufen worden. Jedenfalls aber hatten die über den Zollunionsplan verärgerten Franzosen wenige Tage vor dem Zusammenbruch, als schon hinter den Kulissen – auch zwischen der österreichischen Regierung und den Sozialdemokraten – über Stützungsmöglichkeiten verhandelt worden war, nichts zur Verhinderung der Krise getan und waren auch in den nächsten Wochen das hauptsächliche Hindernis für jede wirkliche Verbesserung der österreichischen Situation.

Sofort nach dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt wurde das österreichische Parlament zu einer Sitzung einberufen und stimmte dem Stützungsplan zu, wobei der Staat einen Teil der Aktien der Credit-Anstalt, nicht aber die Mehrheit übernahm. Die Sozialdemokraten wollten die Übernahme der Bank durch den Staat erreichen. Dieser Gedanke erschien aber den Christlichsozialen wieder allzusehr sozialistisch. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Verstaatlichung der Grossbanken von der Nachfolgerin der Christlichsozialen, der österreichischen Volkspartei, ohneweiters akzeptiert.

Nach Annahme des Stützungsplans wandte sich Österreich an die Finanzzentren des Westens und an den Völkerbund in Genf um Anleihen zur Stützung der Credit-Anstalt. Frankreich, das finanzstärkste Land Europas, forderte Garantien gegen zukünftige Versuche einer Verbindung mit Deutschland. London, wo der Hauptzweig der Familie Rothschild seinen Sitz hatte, schlug vor, der österreichische Staat solle die Haftung für die Verpflichtung der Credit-Anstalt an die Auslandsgläubiger übernehmen.

Am 28. Mai wurde das zweite Credit-Anstalts-Gesetz vom österreichischen Parlament angenommen. Es ermächtigte den Finanzminister Dr. Juch, die Bezahlung der Auslandsverpflichtungen der Credit-Anstalt zu garantieren. Die Sozialdemokraten stimmten für dieses Gesetz. Sie glaubten anscheinend, die Garantie beziehe sich nur auf die neuen Gelder, die der Bank aus dem Ausland zufließen würden. Als aber Finanzminister Dr. Juch am 17. Juni 1931 das Verpflichtungsdokument unterzeichnete – worauf die Auslandsgläubiger ein zweijähriges Moratorium bewilligten –, stellte sich heraus, dass Österreich auch für die früheren Schulden der Bank die Staatshaftung übernommen hatte, was den Staat mit der für damalige Verhältnisse und für ein so kleines Land enormen Verpflichtung für 500 Millionen Schilling belastete.

Als die Nachricht von der Übernahme der Generalhaftung durch die Regierung bekannt wurde, löste sie Entsetzen aus. Der Vertreter des

Landbundes in der Regierung, Innenminister Franz Winkler, trat zurück. Damit hatte Bundeskanzler Dr. Ender seine Mehrheit verloren, und die Regierung demissionierte.

Jetzt liess sich der ehemalige Bundeskanzler Dr. Seipel von Bundespräsident Miklas mit der Bildung einer neuen Regierung betrauen und machte am 19. Juni ein Koalitionsangebot an die Sozialdemokraten. Es war ein überraschender Schritt des alternden Prälaten, der in seiner Politik sonst ein unerbittlicher Gegner der Sozialisten war. Über seine Motive ist viel diskutiert worden. Die kritische Lage Österreichs hatte ihn offenbar davon überzeugt, dass nur eine Konzentrationsregierung aller Parteien die Rettung bringen könne. Er dachte jedoch nur an eine zeitlich begrenzte Zusammenarbeit, etwa bis zum Jahresende 1931. Ihm schwebte keine gänzliche Änderung der politischen Konstellation vor.

An der Besprechung mit Seipel am 19. Juni nahmen die vier massgebenden Politiker der Sozialdemokraten teil, Bürgermeister Seitz, Otto Bauer, Parteisekretär Danneberg und der ehemalige Staatskanzler Renner, der als Vertreter der jetzt grössten Partei im Parlament Vorsitzender des Nationalrats geworden war. Seipel legte bei dieser historischen Besprechung seine Meinung dar, das Land brauche eine Konzentrationsregierung aller Parteien. Gegen eine Regierung, in der er, Seipel, Bundeskanzler und Dr. Otto Bauer Vizekanzler wäre, könnte niemand den Vorwurf der «Packelei» (der geheimen Kompromisse hinter den Kulissen) erheben.

Es war ein entscheidender Moment für die Sozialdemokraten. Aber als die vier Unterhändler nach dem zweistündigen Gespräch mit Seipel in den sozialdemokratischen Klubraum zurückkehrten, um der Fraktions-sitzung zu berichten, sprach jeder von ihnen sich gegen die Annahme von Seipels Vorschlag aus. Auch der Chefredakteur der «Arbeiterzeitung», der Abgeordnete Friedrich Austerlitz, äusserte sich in einer leidenschaftlichen Rede gegen den Vorschlag. (Es war seine letzte Rede, da er einige Wochen später starb.)

Die Gründe für die Ablehnung kamen teils aus der momentanen Politik, teils aus langfristigen Überlegungen. Die Sozialdemokraten fürchteten, die Arbeiter würden die unvermutete Zusammenarbeit mit den alten Feinden «nicht verstehen». Ausserdem würden die Sozialdemokraten gezwungen sein, für die unpopulären Massnahmen, die im Zug der «Sanierung» der Credit-Anstalt beschlossen würden, die Mitverantwortung zu übernehmen, um dann, sobald die Krise überwunden sei, wieder aus der Regierung hinausgeworfen zu werden.

Auf längere Sicht hatten die Sozialdemokraten eine Abneigung da-

gegen, «den Arzt am Totenbett des Kapitalismus» zu spielen. Das war eine in der damaligen Zeit bei den Sozialisten oft gebrauchte Phrase. Die Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg haben gezeigt, dass sie unbegründet war. Allerdings: hätten die österreichischen Sozialdemokraten damals den Koalitionsvorschlag angenommen, dann wären sie vermutlich den Weg der deutschen Sozialdemokraten gegangen: Über Konzessionen und Kompromisse zum rühmlosen Untergang. Der Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland zeigte schon damals, wie gefährlich dieser Weg war.

Nach der Ablehnung des Koalitionsvorschlages versuchte Seipel, eine bürgerliche Regierung zu bilden, was ihm ebenfalls misslang. Bundeskanzler Ender war nur dann bereit, wieder die Regierung zu übernehmen, wenn ihm beinahe diktatorische Vollmachten erteilt würden, wozu die Sozialdemokraten bei aller persönlichen Schätzung für diesen Politiker nicht bereit waren. So bildete der niederösterreichische christlichsoziale Agrarfachmann Dr. Karl Buresch, ein «Gemäßigter», eine neue Koalitionsregierung der Christlichsozialen und des Nationalen Wirtschaftsblocks, in der Dr. Schober wieder das Amt des Vizekanzlers und Aussenministers übernahm. Die Vertrauenskrise gegen die Banken, die mit dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt begonnen hatte, schwelte aber weiter und hatte im Sommer 1931 bereits Deutschland ergriffen. In diesem Sinn hatte also die «austrozentrische» Geschichtsauffassung, die Österreich in den Brennpunkt stellte, ihre Berechtigung.

Ein Putsch misslingt

Ungarische Wahlen

Die ungarischen Sozialdemokraten hatten Aussicht, bei einer Reihe von parlamentarischen Nachwahlen im Juni 1931 gut abzuschneiden und vielleicht zu ihrem Dutzend Sitzen im ungarischen Parlament den einen oder anderen dazuzugewinnen. Es hing jedoch viel davon ab, ob es gelingen würde, die Wahl unter halbwegs demokratischen Umständen durchzuführen.

Sogar reaktionäre Diktaturstaaten wie das damalige Ungarn unter dem Reichsverweser Admiral Horthy hatten ein Parlament und eine Vielzahl politischer Parteien. Ein gewisser äusserer Anschein der Demokratie gehörte sozusagen zum guten Ton. Nur wurden alle Mittel des politischen Drucks angewendet, um die Urnengänge zu verfälschen und den Sieg oppositioneller Kandidaten zu verhindern. Ich erlebte nun, wie dies in der Praxis geschah.

Die ungarische Sozialdemokratische Partei äusserte den Wunsch, einige ausländische Journalisten sollten einzelne Wahlkreise besuchen, in denen Sozialdemokraten kandidierten und in denen «offen» abgestimmt wurde. Es gab auch ein geheimes Wahlrecht; dieses galt aber nur für die grossen Städte. Von dem Besuch ausländischer Journalisten erhofften sich die ungarischen Sozialdemokraten eine gewisse Dämpfung des Wahlterrors und Wahlschwindels der Regierung.

Oscar Pollak fuhr als Vertreter der Wiener sozialdemokratischen «Arbeiter-Zeitung» zu diesen Wahlen, und er schlug mich als den Vertreter des britischen Parteiblattes «Daily Herald» als Begleiter vor. Eines Abends verliessen wir Wien mit der Bahn und kamen am frühen Morgen des nächsten Tages in Budapest an. Dort erwartete uns der Vorsitzende der ungarischen Sozialdemokratischen Partei, der Abgeordnete Payer. Wir bestiegen ein Auto, Pollak und ich nahmen im Fond des Wagens Platz, Payer sass neben dem Chauffeur, und dann fuhren wir über die Pussta nach Bekes Csaba, einer Stadt in Südostungarn. Unterwegs erläuterte uns Payer die politische Situation.

Die Bevölkerung von Bekes Csaba war vorwiegend slowakisch, obwohl die Slowakei nördlich von Ungarn lag und man hier im Süden des Landes eher jugoslawische oder rumänische Minderheiten erwartet hätte. Der sozialdemokratische Kandidat, der Landarbeitersekretär Franz Szeder, hatte gute Aussichten, gewählt zu werden, wenn eine freie Wahl überhaupt möglich war. Unsere Aufgabe bestand darin, ein starkes Interesse der internationalen Öffentlichkeit zu markieren und dadurch eine freie Wahl zu ermöglichen.

Wir begaben uns zuerst zum Stuhlrichter, dem höchsten lokalen Beamten, dem unser Kommen bereits telephonisch aus Budapest durch die Sozialdemokratische Partei angekündigt worden war. Der Stuhlrichter, eine Art Bezirkshauptmann, empfing uns sehr höflich. Um den Charakter eines westeuropäischen Journalistenbesuches möglichst hervorzuheben, musste ich so tun, als ob ich kein Wort deutsch verstünde. Die Konversation spielte sich also in der Form ab, dass Payer die ungarischen Erklärungen des Stuhlrichters ins Deutsche übersetzte, worauf Oscar Pollak dann die deutschen Sätze zu meinem Verständnis ins Englische übersetzte.

Nachdem wir, wie wir hofften, den Stuhlrichter ausreichend beeindruckt hatten, begaben wir uns zum Wahllokal. Wir erfuhren, dass man in Bekes Csaba folgende Regelung getroffen hatte: Sowohl die Anhänger des Regierungskandidaten als auch die Sozialdemokraten durften wählen, doch mussten sie in streng getrennten Gruppen im Wahllokal erscheinen. Und zwar, so wurde uns mitgeteilt, mussten abwechselnd immer fünfzig Wähler der Regierungspartei und fünfzig sozialdemokratische Wähler das Wahllokal betreten.

Jede der beiden Wählergruppen hatte ihren eigenen Sammelplatz. Die Anhänger der Regierung erhielten einen Sammelplatz zugewiesen, der unmittelbar neben dem Wahllokal lag. Die Sozialdemokraten mussten sich auf einem freien, etwa einen Kilometer vom Wahllokal entfernten Platz versammeln. Als wir dort ankamen, lag der Platz in der heißen Mittagssonne. Es gab keinen Schatten. Hier warteten die Gendarmen mit ihren Federbuschhüten, bis fünfzig sozialdemokratische Wähler erschienen waren, und formierten aus ihnen einen Zug. Unterwegs verhafteten sie den einen oder anderen der Wähler, zum Beispiel wegen Verlassen des Gehsteiges. Als die Gruppe beim Wahllokal ankam, waren es infolgedessen nur noch 48 oder 49. Sie mussten in der Mittagshitze zum Versammlungsplatz zurückkehren und neuerlich warten, während jetzt an ihrer Stelle wieder ein Schub Regierungswähler in das Wahllokal eingelassen wurde.

Als wir zum Versammlungsplatz der Sozialdemokraten kamen, setzte sich soeben wieder ein Zug in Bewegung. Diesmal verhafteten die Gendarmen unterwegs niemanden, und wir marschierten zum Wahllokal mit. Im Wahlzimmer sass der Wahlkommissär. Ein Wähler nach dem anderen musste vor ihn hintreten und auf die Frage, wen er wählen wolle, öffentlich den Namen des Kandidaten nennen. Jeder sagte: «Szeder Ferenc.» (Die Ungarn stellen bekanntlich den Familiennamen vor den Vornamen.) Die Wähler waren arme Bauern, ausgeмерgelte Gestalten mit hageren Gesichtern. Jeder von ihnen musste – wie man uns glaubhaft erzählte – damit rechnen, dass er zur Strafe für seine Unterstützung des oppositionellen Kandidaten im kommenden Winter den Sack mit Kartoffeln nicht bekommen würde, den die Regierung notleidenden Landwirten als Unterstützung zur Verfügung stellte.

Ausserdem brüllte der Wahlkommissär die sozialdemokratischen Wähler an. Was er brüllte, verstand ich nicht, da ich nicht ungarisch kann. Aber die Bedeutung der Worte war klar genug. Und trotzdem sah ein Bauer nach dem anderen dem Kommissär fest ins Gesicht und sagte: «Szeder Ferenc.» Ich war voll Bewunderung für den Mut dieser Männer. Und ich wusste: wenn diese Bauern einmal an die Macht kommen werden, dann wird es Leuten wie dem Wahlkommissär von Bekes Csaba nicht gut ergehen.

Auf unseren Wanderungen durch Bekes Csaba hatte uns der Stuhlrichter einen Beamten als Begleitperson zur Verfügung gestellt, der uns bereitwillig und höflich überall herumführte. Ausserdem folgte uns – vielleicht aus doppelter Vorsicht – mit einigem Abstand ein zweifelhaft aussehendes Individuum auf Schritt und Tritt. Dieser Detektiv sollte offenbar darüber berichten, mit wem wir redeten. Eine Zeitlang beobachtete ich diesen «Beschatter», der gar nicht besonders diskret war.

Dann nahm ich meine Kamera und richtete sie auf ihn. Der Kriminalbeamte versuchte zuerst auszuweichen, dann machte er gute Miene zum bösen Spiel und liess sich fotografieren.

Am frühen Nachmittag wurden die Wahllokale plötzlich geschlossen. Einen Grossteil der sozialdemokratischen Wähler hatte man noch immer nicht in die Wahllokale eingelassen. Jetzt rückte berittene Polizei aus und vertrieb die sozialdemokratischen Wähler von den Sammelplätzen. Das kam niemandem ungewöhnlich vor, denn es gehörte zum ständigen Repertoire dieser Art von ungarischen Wahlen. Immerhin war ein Wahlkampf geführt worden, und die lokalen Sozialdemokraten waren recht zufrieden. Wir sprachen auch mit dem Kandidaten Szeder. Er war ein behäbiger, gutgelaunter Mann.

Vom Ausgang der Wahl erfuhr ich erst später, da wir noch einige andere Wahlkreise besuchten, in denen der Wahlvorgang allerdings nicht ganz den gleichen dramatischen Charakter hatte wie in Bekes Csaba. Wie man uns berichtete, wurde Szeder bei dieser Gelegenheit schliesslich doch nicht gewählt. Unsere Gewährsleute versicherten uns, es sei dank unserer Intervention möglich gewesen, tatsächlich eine Mehrheit von sozialdemokratischen Wählern zu den Urnen zu bringen. Doch die Behörden hatten die Urnen mit den Stimmzetteln über Nacht in ihrer Obhut, so dass es ohne Zweifel möglich war, durch Schwindel zu vollenden, was am Wahltag mit Pressionsmitteln begonnen worden war.

Ich schrieb über meine Erfahrungen nicht nur an den «Daily Herald», sondern veröffentlichte auch einen Artikel in der amerikanischen Zeitschrift «The Nation», um dem amerikanischen Volk eine Vorstellung von den Vorgängen bei Wahlen in Ungarn zu geben.

Der Kongress der Internationale

Wien war im Sommer 1931 noch einmal Schauplatz einer internationalen sozialistischen Versammlung. Vom 25. Juli bis zum 1. August 1931 fand im Wiener Konzerthaus der Kongress der Sozialistischen Internationale statt. Für die Arbeiter und für die sozialistische Jugend hatte die Internationale damals noch nichts von ihrem legendären Glanz eingebüsst. Unmittelbar vor dem Kongress wurde in Wien die Internationale Arbeiter-Olympiade abgehalten, an der sozialistische Sportler aus vielen Ländern Europas teilnahmen.

Der Höhepunkt der Arbeiter-Olympiade war ein grosser Festzug über die Wiener Ringstrasse. Aus Anlass der Olympiade eröffnete Bürgermeister Karl Seitz das neue Stadion im Prater. Es war ein Bauwerk, auf das die Gemeinde Wien besonders stolz war. Zur Eröffnung wurde ein Festspiel aufgeführt, das auf seine vielen tausend Zuschauer tiefen Eindruck machte. Der Verfasser des Festspiels war der sozialistische Redakteur Robert Ehrenzweig, der im Zweiten Weltkrieg und nach Kriegsende in London unter dem Namen Robert Lucas bei der englischen Rundfunkgesellschaft BBC arbeitete. Die Regie lag in den Händen von Stephan Hock.

Das Stück hatte die Geschichte der Menschheit, ihre Entwicklung im Lauf der Jahrhunderte zum Thema. Für uns war der ergreifendste Moment der Anbruch des industriellen Zeitalters. Fröhlich tanzende Menschen der vorindustriellen Zeit wurden plötzlich von den grauen

Sklaven des Industriezeitalters überrascht, die sich mit schweren Schritten im Rhythmus ihrer klirrenden Ketten vorwärtsschoben. Dann klangen noch einmal kurz die lieblichen Melodien des Biedermeierzeitalters auf; aber immer wieder wurden die fröhlichen Tänzer von den unerbittlichen Boten der bösen neuen Zeit verdrängt, bis schliesslich der ganze riesige Raum des Stadions von den grauen Menschenmassen erfüllt war. Diese Schlusszene war äusserst packend und vielleicht symbolisch für die Verdrängung der relativ guten Zeit, in der wir lebten, durch die böser, die nachkam.

Unter den Künstlern, die zum Gelingen dieses Festspiels beitrugen, das wohl der letzte Höhepunkt der kulturellen Gestaltungskraft des «Roten Wien» war, gab es viele begabte junge Leute, den Komponisten Erwin Leuchter, die Maler Walter Harnisch und Arnold Meiseimann. Die Massenszenen der Turner lenkten Josef Kratky und Herma Hieringer, die Fackeltänze hatte die Pädagogin Steffy Endres einstudiert.

Die sportlichen Leistungen der Arbeiter-Olympiade reichten natürlich nicht an die der «allgemeinen» Olympischen Spiele heran. Aber sie gaben ein beachtenswertes Bild von der körperlichen Ertüchtigung der jungen Arbeiter. Am stärksten beeindruckten uns die jungen Leute aus Skandinavien und aus den baltischen Staaten, aus Lettland, Litauen und Estland, wo es damals noch demokratische Staaten und sozialdemokratische Parteien gab. Die Leichtathletinnen aus Lettland eroberten die Herzen der Zuschauer.

Die politischen Führer der sozialdemokratischen Parteien aus den wichtigsten Ländern nahmen am Kongress der Internationale teil. Manche von ihnen hatten schon bei den Darbietungen der Arbeiter-Olympiade zugesehen. Beim Kongress der Internationale hatte ich als Korrespondent des «Daily Herald» eine nicht unwichtige Funktion als Verbindungsmann, vor allem zu den beiden britischen Delegationen, der Arbeiterpartei und der Unabhängigen Arbeiterpartei I. L. P. Ich fungierte auch als Dolmetsch, so zum Beispiel bei der Konferenz der sozialistischen Frauen.

Eine der markantesten Gestalten auf diesem Kongress war der Führer der deutschen Sozialdemokraten, Otto Wels, der für mich zum Symbol der Veranstaltung schlechthin wurde. Wels war ein grosser vierschrötiger Mann mit schwarzem Haar und schwarzem Schnurrbart. Er trat sehr selbstsicher auf. In Deutschland waren die Nationalsozialisten im Kommen, doch Wels gehörte nicht zu jenen Menschen, die sich leicht aus der Ruhe bringen liessen. Er glaubte fest an den Weiterbestand der deutschen Arbeiterbewegung.

Wels musste selbst im eigenen Lager mit einer Opposition rechnen. Am Kongress nahmen auch einige Vertreter der linken deutschen Gruppen teil, die für eine militantere Politik gegenüber den Nationalsozialisten eintraten und eine Zeitlang unter dem Namen Sozialdemokratische Arbeiterpartei (S.A.P.) eine von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (S.P.D.) unabhängige Existenz führten. Ich lernte einige Vertreter dieser Richtung durch meine Freunde von der britischen Unabhängigen Arbeiterpartei kennen. (Jennie Lee war als Delegierte der I.L.P. wieder in Wien und wohnte in unserem Haus.) Auf den Lauf der Ereignisse in Deutschland hatte die linke Abspaltung von der S.P.D. wenig Einfluss.

Der Führer der französischen Sozialisten, Léon Blum, erinnerte in vieler Hinsicht an Otto Bauer, nur war er weniger hart in seiner Kritik und ein eher künstlerischer Typ. Sein Heroismus hatte einen anklagenden, weinerlichen Ton. Der Vorsitzende der Internationale war der breitschultrige, spitzbärtige Belgier Emile Vandervelde. Die verschiedenen Gruppen der italienischen Exilsozialisten waren vertreten, aber auch die im Exil lebenden russischen Sozialdemokraten unter ihren Führern Dan und Abramowitsch. Bei der ungarischen Abordnung fiel mir die schöne und temperamentvolle Abgeordnete Anna Kethly besonders auf. Auch bei den Polen gab es eine kleine «linke» Gruppe. Die österreichischen Sozialdemokraten als Gastgeber waren mit Herz und Seele dabei, und viele von ihnen arbeiteten bei dem Kongress.

Es gab, wie gesagt, zwei britische Delegationen, die der offiziellen Arbeiterpartei und die der Unabhängigen Arbeiterpartei (I.L.P.). Die Arbeiterpartei hatte damals die Gewohnheit, besonders zu jenen Zeiten, wo sie die britische Regierung stellte, zu internationalen Veranstaltungen nur Leute der zweiten Garnitur zu entsenden. Sie befürchtete, die ausländischen Sozialdemokraten könnten sonst versuchen, durch die Delegation die britische Regierung zu beeinflussen. Ausserdem war die Verbrüderung mit «Ausländern» bei den britischen Wählern nicht populär.

Der britische Chefdelegierte auf diesem Kongress war wie schon früher der internationale Sekretär der Arbeiterpartei, Gillies, ein verkraupfter und bissiger kleiner Schotte, dessen «Eignung» für sein Amt darin bestand, dass er die kontinentalen Sozialisten nicht mochte. Unter den Delegierten der Arbeiterpartei gab es aber auch einige sehr attraktive Persönlichkeiten, wie zum Beispiel den Abgeordneten Philip Noel-Baker, ehemaliger britischer Olympialäufer und nun Fachmann für Angelegenheiten des Völkerbundes und der Abrüstung. Man hatte ihn angeblich deshalb nicht zum Aussenminister gemacht, weil er Pazifist war.

Die kleine Unabhängige Arbeiterpartei hatte ihre erste Garnitur unter dem Parteiführer James Maxton nach Wien geschickt. Der Höhepunkt des Kongresses waren das Referat Otto Bauers und das Ko-Referat Maxtons, des wildaussehenden hageren Schotten mit seinem schwarzen Lockenschopf. Maxton trat für eine schärfere Politik gegenüber den Faschisten ein. Der deutsche Parteiführer Wels hatte darauf keine bessere Antwort als, «ich hoffe, wenn es einmal zum Kampf kommt, wird Genosse Maxton uns seine Bataillone nach Deutschland zu Hilfe schicken». Als es dann wirklich in Deutschland zur Entscheidung kam, war keine Gelegenheit für Maxton, einzugreifen. Wels und seine Sozialdemokraten beugten sich kampflos dem Druck Hitlers. So eindrucksvoll der Sozialistenkongress war, hat er Europa jedenfalls nicht vor dem Faschismus gerettet.

Der verhängnisvolle 13. September

Am Abend des 12. September 1931 fand ein für Wien interessantes Ereignis statt: die Erstaufführung eines Theaterstückes des deutschen Dramatikers Fritz von Unruh im Volkstheater. Das Stück hiess «Phäa» und behandelte in ironischer Form das Schicksal einer kleinen Filmschauspielerin, die zum Star gemanagt werden soll. Die Hauptdarstellerin muss in einen Löwenkäfig steigen, und die Schlüsselstelle des Stückes liegt in der Anweisung des Filmregisseurs an die Kameraleute: «Wenn die Löwen, was Gott verhüte, das Mädchen fressen sollten, hört nicht auf zu filmen.» Das Stück war eine Satire auf die Unmenschlichkeit der Filmindustrie.

Zufällig trat in diesem Stück zum erstenmal auf Wiener Boden eine unbekannt kleine Schauspielerin aus Düsseldorf auf. Sie hiess Louise Rainer, und die Premiere in Wien war für sie der Auftakt zu einer märchenhaften Filmkarriere im amerikanischen Hollywood. Die Rolle, die sie in Unruhs Theaterstück spielte, hatte also viele Parallelen zu ihrem persönlichen Schicksal. Der Regisseur des Stückes, Fritz Peter Buch, war mit meinen Eltern befreundet, und so kam es, dass wir nach der Premiere im Haus meiner Eltern in der La-Roche-Gasse zu einer kleinen Feier zusammenkamen – Fritz von Unruh, Fritz Peter Buch, Louise Rainer und Hans Schweikart, der die männliche Hauptrolle spielte.

Die Feier des Premierenerfolgs dauerte bis in die frühen Morgenstunden. Kurz bevor die Gesellschaft schliesslich aufbrach, etwa um drei Uhr früh, erhielt ick einen Anruf meines Gewährsmannes Benes aus dem Café Louvre. Er teilte mir mit, in Ungarn habe sich soeben eine

schreckliche Eisenbahnkatastrophe ereignet. Ein Wahnsinniger hätte den Eisenbahnviadukt von Bia-Torbagy, westlich von Budapest, in die Luft gesprengt. Ein Schnellzug sei in die Tiefe gestürzt, und unzählige Menschen hätten ihr Leben verloren.

Nähere Einzelheiten waren um diese Zeit noch nicht bekannt. Wie sich später herausstellte, war der Massenmörder ein gewisser Sylvester Matuska, ein Ungar, dessen Leidenschaft darin bestand, Eisenbahnkatastrophen herbeizuführen. Er hatte bereits zwei Versuche dieser Art unternommen, den zweiten in Österreich an der Westbahnstrecke bei Wien, wo er den Viadukt von Eichgraben im Wienerwald sprengen wollte. Der Anschlag wurde damals noch rechtzeitig entdeckt. In Bia-Torbagy konnte Matuska jedoch seinen irrsinnigen Plan erfolgreich in die Tat umsetzen. Als der Zug in die Tiefe gestürzt war, mischte er sich unter die Rettungsmannschaften, um die Ergebnisse seiner Wahnsinnstat zu geniessen. Dabei wurde er verhaftet und zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Als die Russen im Jahr 1945 Budapest eroberten, verschwand er spurlos aus seinem Kerker.

Ich konnte mich nicht sofort entschliessen, am nächsten Morgen an die Unfallstelle zu reisen. Die Entscheidung wurde mir scheinbar aus der Hand genommen, als in den frühen Morgenstunden das Telephon neben meinem Bett klingelte. «Wir fahren sofort nach Bruck, kommen Sie mit?» Es war die Stimme meines Freundes Hans Bujak von der «Arbeiter-Zeitung». Ich stimmte zu und zog mich rasch an, um den Zug noch zu erreichen. Für mich war es selbstverständlich, dass er Bruck an der Leitha meinte, die Grenzstation nach Ungarn, und daher nahm ich ein Taxi zum Ostbahnhof.

Hier waren weit und breit kein Zug und keine Journalisten zu sehen. Verdutzt fuhr ich in die Redaktion der «Arbeiter-Zeitung». Dort waren Oscar Pollak und viele andere versammelt, und ich erfuhr, was geschehen war. Der Rechtsanwalt Walter Pfrimer, Führer der steirischen Heimwehr, die als besonders radikal bekannt war, hatte auf eigene Faust in der Obersteiermark die Diktatur ausgerufen. Das Bundesheer war ausgerückt, um den Putsch niederzuschlagen. Viele Journalisten, darunter auch die Vertreter der «Arbeiter-Zeitung», waren nach Bruch in das Kampfgebiet gefahren – nicht, wie ich angenommen hatte, nach Bruch an der Leitha, sondern in das obersteirische Zentrum Bruck an der Mur, und natürlich nicht vom Ostbahnhof, sondern vom Südbahnhof.

Der «Staatschef» Pfrimer regierte nicht einmal einen ganzen Tag. Der Widerstand der Arbeiter, die unter der Führung des obersteirischen

sozialdemokratischen Bezirkssekretärs Koloman Wallisch standen, und das Eingreifen des Bundesheeres brachten die Aktion zum Scheitern. Als Eric Gedye und mehrerer andere Journalisten mit dem Zug, den sie als den «Putsch-Express» bezeichneten, im Kampfgebiet eintrafen, waren die Truppen schon aufmarschiert, obwohl in den Orten die Heimwehrlere noch Stahlhelme und Gewehre mit Bajonetten trugen und ausserdem ihre Maschinengewehre sichtbar waren. Im sozialdemokratischen Parteisekretariat von Kapfenberg sah Gedye den Bürgermeister und die Gemeinderäte um eine Blutlache herumstehen – hier hatten die Heimwehrlere einen Arbeiter erschossen. Im Hauptquartier der Heimwehr gingen die uniformierten Heimwehrlere noch ein und aus.

Pfimerer flüchtete über die jugoslawische Grenze (er kam zwei Monate später nach Österreich zurück und wurde von den steirischen Geschworenen von der Anklage des Hochverrats freigesprochen). Fürst Starhemberg, der sich mit seiner oberösterreichischen Heimwehr der Putschbewegung nicht angeschlossen hatte, aber von den Plänen Pfimerers wusste, wurde verhaftet, jedoch bald darauf wieder freigelassen. Am selben Abend war alles vorbei. Ich verbrachte den Tag in der Redaktion der «Arbeiter-Zeitung» und sandte abwechselnd Berichte über die Vorkommnisse in Bia-Torbagy und in der Steiermark an meine englische Redaktion. Am nächsten Tag erhielt ich vom Chefredakteur des «Daily Herald» ein Glückwunschtelegramm, in dem er betonte, ich hätte die Konkurrenz bei beiden «Stories» geschlagen. Vom journalistischen Standpunkt aus gesehen ist die Moral dieser Angelegenheit merkwürdig. Es rentiert sich nämlich manchmal, nicht am Schauplatz der Ereignisse zu sein, sondern an einer zentralen Stelle, von der aus man die einlangenden Augenzeugenberichte verwerten kann.

Die unmittelbare Folge des misslungenen Heimwehrlereputs dies war wieder einmal eine Klärung der Verhältnisse. Durch den Zusammenbruch der Rebellion schien die faschistische Gefahr beinahe ausgeschaltet, allerdings nur für kurze Zeit. Die Freunde der Heimwehr in der österreichischen Regierung sorgten dafür, dass die Heimwehr keinen andauernden Prestigeverlust erlitt. Nach der Flucht Pfimerers ging jedoch die Führung der Heimwehr an den konservativen Wiener Flügel unter Major Emil Fey über.

Zurückblickend erscheint es mir bemerkenswert, wie wenig wir jungen Leute uns durch die zunehmende Verschlechterung der politischen Weltlage aus der Fassung bringen liessen. Junge Menschen sind nicht leicht zu entmutigen; ausserdem hatten wir uns an das gefährliche politische Klima

gewöhnt. Jedenfalls kann ich mich nicht erinnern, dass wir besonders deprimiert gewesen wären.

Um diese Zeit befreundete ich mich mit Herta Püregger, der Tochter eines hohen Beamten und sozialdemokratischen Parlamentskandidaten, der zwei Jahre vorher gestorben war. Herta Püregger hatte als Studentin soeben ein Jahr in New York verbracht; ich hatte ihr vor ihrer Reise nach Amerika Ratschläge gegeben. Die erste Gelegenheit, bei der ich mit Herta ausging, war ein wichtiges künstlerisches Ereignis für Wien: die Eröffnung des neuen Scala-Theaters, eines Grosskinos modernster Art, wie es Wien bis dahin noch nicht besessen hatte. Die Scala gehörte einem von der sozialdemokratischen Gemeinde Wien beherrschten Konzern. Gleichzeitig mit der Eröffnung fand die Welturaufführung des mit Spannung erwarteten neuen Films der deutschen UFA-Gesellschaft statt: «Der Kongress tanzt» mit Willy Fritsch und Lilian Harvey in den Hauptrollen.

Die Eröffnung der Scala und die Uraufführung von «Der Kongress tanzt» war ein echtes Filmweltereignis, bei dem auch die Gemeinde Wien durch die Anwesenheit von Bürgermeister Seitz und führenden Persönlichkeiten der Gemeindeverwaltung vertreten war. Ich interviewte die Hauptdarstellerin, die liebenswürdige junge Lilian Harvey, und war überrascht zu entdecken, dass sie gebürtige Engländerin war und nicht nur, wie ich geglaubt hatte, als Filmschauspielerin einen englisch klingenden Namen angenommen hatte.

Ein Schlager aus diesem Streifen – «Das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder» – hat in späteren Jahren für viele Österreicher im Ausland Heimweh und ein Stück Sehnsucht nach der verlorenen Vaterstadt bedeutet.

Übrigens bestand die Scala, die mit so vielen Hoffnungen und mit so viel Lokalpatriotismus eröffnet worden war, nur 25 Jahre. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Bezirk Wieden in der russischen Besatzungszone lag, war die Scala eine Zeitlang Sitz eines kommunistischen Theaters. Später, nach dem Staatsvertrag und dem Abzug der Russen, wurde das Gebäude niedergerissen.

Die Bestechungsaffäre der Journalisten

Die grosse Bestechungsaffäre – namens der Credit-Anstalt wurden Bestechungsgelder an österreichische und ausländische Journalisten gezahlt – hatte für die britisch-amerikanische Presse in Wien vor allem eine

starke psychologische Bedeutung. Es entstand bei vielen Auslandskorrespondenten der Eindruck, Wien sei eine korrupte Stadt. Die Tatsachen, die bei dieser Affäre ans Tageslicht kamen und die Vermutungen, die in diesem Zusammenhang geäußert wurden, trugen auch zu einigem Misstrauen und zu Misshelligkeiten innerhalb des Kreises der Auslandsjournalisten bei.

Die Credit-Anstalt, die grösste Bank Österreichs, war im Mai 1931 zusammengebrochen und nur notdürftig mit Hilfe staatlicher und ausländischer Gelder wieder aktionsfähig gemacht worden. Bei dieser Angelegenheit war es für die österreichischen Regierungskreise wichtig, eine «gute Presse» zu haben. Gelder wurden verteilt, um günstige Berichte in Zeitungen zu bringen und ungünstige Nachrichten zu unterdrücken. Die Bestechungsaffäre flog auf, als der sozialdemokratische Abgeordnete Robert Danneberg in der Sitzung des Finanzausschusses des Parlaments am 26. November 1931 diese Angelegenheit zur Sprache brachte. Er teilte mit, dass zweimal eine solche Bestechungsaktion durchgeführt wurde, und zwar jeweils mit einem – für damalige Verhältnisse überaus hohen – Betrag von 300'000 Schilling, das erste Mal im Mai, als die Credit-Anstalt zusammenbrach, das zweite Mal im August aus Anlass der Generalversammlung. An der Aktion seien laut Danneberg staatliche Organe als Mittäter oder zumindest als Mitwisser beteiligt gewesen.

Am nächsten Tag teilte Finanzminister Weidenhoffer dem Ausschuss mit, dass die Regierung bereits die nötigen Schritte unternommen habe, die den Zeitungen zugeflossenen Bestechungssummen zurückzufordern. Ausserdem stelle die Organisation der Wiener Presse Erhebungen über die Liste der Zuwendungen an.

Der Minister meinte auch, es sei üblich, anlässlich der Generalversammlung von Banken einzelnen Journalisten Remunerationen für die im Verlauf des Jahres wiederholt erwiesene Bereitwilligkeit zu gewähren, eine Notiz zu formulieren und zu veröffentlichen. Danneberg bemerkte dazu, wenn sich die Leiter der Credit-Anstalt, Rothschild und Neurath, das Wohlwollen der Zeitungen erkaufen wollten, hätten sie das aus ihren eigenen Mitteln und nicht mit dem Geld der Credit-Anstalt, das letzten Endes Geld der Staatsbürger sei, bezahlen müssen.

Verschiedene Zeitungen und Journalistenorganisationen protestierten gegen die Verdächtigungen. Das Parlament sowie mehrere Zeitungen forderten die Veröffentlichung der Liste der bestochenen Zeitungen und Journalisten.

Die Anglo-American Press Association war von der Angelegenheit insofern betroffen, als der bei den Journalisten ohnedies sehr unbeliebte

Chef des Bundespressdienstes, Gesandter Eduard Ludwig, den Auslandsjournalisten nahelegte, von der Sadie nicht zuviel Aufhebens zu machen und schliesslich auf die Frage, ob auch Mitglieder unserer Vereinigung unter den Bestochenen seien, dies bejahte, aber sich trotz unserer Forderung weigerte, Namen zu nennen. Da die Anglo-American Press Association zum Teil zu dem Zweck gegründet war, um sich von den als beeinflussbar und korrupt verschrieenen anderen Auslandspresseorganisationen zu trennen, war dieser Triumph des staatlichen Pressechefs mehr, als die kämpferischen englisch-amerikanischen Pressevertreter zu erdulden bereit waren.

Finanzminister Weidenhoffer wehrte sich in einer Sitzung des Finanzausschusses am 2. Dezember noch immer gegen die Veröffentlichung der Namen und begründete dies damit, es handle sich um die Existenz von Menschen, die auf Grund eines jahrelangen Gewohnheitsrechtes in dem Bewusstsein handelten, nichts Schwerwiegendes oder Strafbares zu tun.

Schliesslich erklärte sich die Regierung bereit, mit Bewilligung des Finanz- und Budgetausschusses der Organisation der Wiener Presse eine Liste mit den Namen der bestochenen Journalisten zu übergeben. Diese setzte einen Ehrenrat ein, dessen Untersuchungsergebnisse im Februar 1932 in der Fachzeitschrift «Der Journalist» in vollem Wortlaut veröffentlicht wurden. Dabei stellte sich heraus, dass Zahlungen an verschiedene Organisationen und Körperschaften, an Zeitungen und an einzelne Personen unter den verschiedensten Titeln geleistet worden waren. Manche Personen seien mit Beträgen auf die Liste gesetzt worden, die sie anscheinend nie erhalten hätten – die Unterschriften auf den Belegen stammten nicht von den Empfängern, sondern von den auszahlenden Beamten und Funktionären der Credit-Anstalt. In manchen Fällen wurden Beträge an Personen überwiesen, die diese sofort zurücksandten, deren Namen dann aber doch auf den Listen blieben.

Immerhin wurden aus der Organisation der Wiener Presse eine Person ausgeschlossen, ein anderer Journalist streng gerügt, fünf Journalisten erhielten einfache Rügen, acht Journalisten wurden nach gründlicher Untersuchung freigesprochen. Für die Anglo-American Press Association war das Ergebnis lange nicht so düster, wie es eine Zeitlang ausgesehen hatte. Abgesehen von einem älteren österreichischen Kollegen, der erwähnt, aber nicht namentlich genannt worden war, blieb ein einziges unserer Mitglieder im Netz hängen: der alte Dr. Adolf Lippe, ein spindeldürrer kleines Männlein, Vertreter der für Wien unbedeutenden englischen Agentur «Exchange Telegraph», hatte 500 Schilling erhalten und bekam von der Organisation der Wiener Presse, deren Mitglied er war,

eine «einfache Rüge». Dr. Lippe, ein ständiger Besucher des Café Louvre, hatte den Geldempfang damit begründet, dass die Credit-Anstalt ihm eine nichtjournalistische Dauerbeschäftigung in Aussicht gestellt und er das Geld für eine Art Vorschuss gehalten habe. Lippe war eine so bemitleidenswerte Person, dass niemand daran dachte, weiter gegen ihn einzuschreiten.

Viel ernster war es für uns, dass der Name L. H. Benes und die Korrespondenz Amepress ebenfalls auf der Liste stand, und zwar mit einem Betrag von tausend Schilling. Benes wurde aber ebenso wie die Inhaber einiger anderer Agenturen, die auf der gleichen Liste standen, vom Ehrenrat freigesprochen, und zwar mit der Begründung, es handle sich in diesen Fällen um Zahlungen für das Abonnement der Korrespondenz. Mochte auch die Bezugsgebühr hoch erscheinen, so lag es wohl in den Machtbefugnissen des Inhabers einer Agentur, von einer Bank höhere Tarife zu verlangen als von gewöhnlichen Kunden.

Der Bericht der Organisation der Auslandspresse stellt auch fest, dass von den zweimal 300'000 Schilling nur 88'000 Schilling durch den Bundespressdienst verausgabt worden waren und dass die österreichische Presse mit diesem Teil der Aktion gar nichts zu tun hatte – vielleicht heisst das, diese Beträge seien zur Beeinflussung ausländischer Journalisten und Zeitungen im Ausland verwendet worden. Ferner wird in dem Bericht ausdrücklich erwähnt, einer der Geldverteiler – ein Hofrat – habe den Namen eines ausländischen Journalisten auf die Liste gesetzt, und zwar weil er, wie er behauptete, angenommen habe, dass dieser Journalist Miteigentümer der Korrespondenz sei, die er (der Hofrat) für die Credit-Anstalt abonniert habe.

Aus diesen Angaben ging deutlich hervor, dass es sich um Robert Best handelte, der ja der Schutzherr und Begründer der Amepress war und als dessen Vollzugsorgan Laszlo Benes galt. Aber wenn Benes schuldlos war, dann musste das für Best erst recht gelten. Die Darstellung in John Gunthers Schlüsselroman «The Lost City» – hier ist die Figur Robert Bests in die Korruptionsaffäre der Zeitungen tief verwickelt – entspricht also nicht dem aktenkundigen Tatbestand.

Dollfuss tritt auf

Gemeinderäte in brauner Uniform

Der 24. April 1932 war ein Tag von grosser Bedeutung für die politische Geschichte Österreichs, obwohl die Tragweite der Vorgänge damals noch nicht vollständig erkannt wurde. An diesem Tag fanden in Wien, Niederösterreich und Salzburg Landtagswahlen und in Kärnten und Steiermark Gemeindevahlen statt. Bei diesen Wahlen errangen die Nationalsozialisten zum erstenmal in Österreich grosse Erfolge.

In Wien konnten die Sozialdemokraten, die die Mehrheit in Gemeinderat und Landtag hatten, ihre Position behaupten, während die bürgerliche Gegenpartei, die Christlichsozialen, schwere Verluste erlitten. Die Nationalsozialisten, die bis dahin überhaupt nicht im Wiener Gemeinderat und Landtag vertreten waren, errangen 15 von hundert Sitzen. Die Christlichsozialen schrumpften auf 17 zusammen. In den anderen Bundesländern verloren nicht nur die Christlichsozialen, sondern auch die Sozialdemokraten zahlreiche Mandate an die Nationalsozialisten, die im benachbarten Deutschland so rapid an Einfluss gewinnende rechtsradikale Partei Adolf Hitlers.

Von diesem Augenblick an musste es den in Österreich regierenden Christlichsozialen klar sein, dass sie bei den nächsten Parlamentswahlen die Möglichkeit verlieren würden, allein oder mit den mit ihnen verbündeten kleinen Parteien an der Macht zu bleiben. Sie würden sich entweder mit ihren erbitterten Gegnern, den Sozialdemokraten, oder den Neuankömmlingen, den Nationalsozialisten, arrangieren müssen, es sei denn, dass es ihnen gelänge, diesen unangenehmen Wahltag auf irgendeine Weise hinauszuschieben.

Die österreichischen Sozialdemokraten betrachteten den Aufstieg der Nationalsozialisten mit gemischten Gefühlen. Die österreichischen Nationalsozialisten waren gefährliche Gegner, besonders durch ihre enge Verbindung mit der mächtigen nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland. Aber die österreichischen Sozialdemokraten waren gewohnt, die verschiedensten Gegner am rechten Flügel – Christlichsoziale, «Front-

kämpfer», Heimatschützer aller Schattierungen – zu bekämpfen und unter Umständen auch von den inneren Streitigkeiten dieser Gruppen zu profitieren. Es schien also für die Sozialisten zunächst kein Grund zu besonderer Panik vorzuliegen.

Jedenfalls sah man dem Einzug der ersten nationalsozialistischen Gemeinderäte in den Sitzungssaal im Wiener Rathaus mit grosser Neugier entgegen. Ich beobachtete die Vorgänge von einem der für die Presse reservierten Plätze. Im Sitzungssaal warteten bereits die sozialdemokratischen und die christlichsozialen Gemeinderäte – die Sozialdemokraten mit den traditionellen roten Nelken im Knopfloch, die Christlichsozialen mit weissen Nelken. Dann erschienen die 15 neugewählten nationalsozialistischen Gemeinderäte an der Tür, alle im braunen Uniformhemd der Sturmtruppen Hitlers. Sie blieben einen Augenblick ruhig stehen, und einige sozialdemokratische Gemeinderäte riefen ihnen spöttisch zu: «Nazdar!» (Der tschechische Ausdruck für «Heil».) Andere riefen «Guten Tag, Pane Suchanek!» Der Spott galt der Tatsache, dass viele dieser Nationalsozialisten, die sich auf ihre Deutschblütigkeit soviel einbildeten, tschechischer Abstammung waren und dass einer von ihnen, der Gemeinderat Suchenwirth, früher angeblich sogar den tschechischen Namen Suchanek geführt hatte. Jetzt erst kam Bewegung in die Nationalsozialisten; sie erhoben ihren Arm zum Hitlergruss.

Dann nahmen sie ihre Plätze ein. Den Vorsitz bei der Gemeinderatsitzung führte der sozialdemokratische Bürgermeister Karl Seitz, Vorsitzender der österreichischen Sozialdemokratie, ein Mann von imponierendem Aussehen und souveräner Selbstsicherheit. Seitz war ehemaliger Lehrer. Er liess sich die Gelegenheit nicht entgehen, die neugebackenen Gemeinderäte wie Schüler zu behandeln, die zum erstenmal in eine neue Klasse kamen. Und die Nationalsozialisten, die ihrer Sache vielleicht nicht so sicher waren, gingen bis zu einem gewissen Grad darauf ein. Jedenfalls schienen sie bemüht, den Wiener Bürgermeister nicht zu verärgern, sondern ihm sogar zu schmeicheln.

Der Führer der nationalsozialistischen Gemeinderäte, Alfred Eduard Frauenfeld, ein Wiener Literat, der einige mehr oder weniger frivole Kurzgeschichten veröffentlicht hatte und den Sozialdemokraten schon deshalb wenig gefährlich schien, eröffnete seine Antrittsrede mit der Erklärung: «Ich richte meine Worte an die anwesenden deutschen Volksgenossen, nicht an die übrigen Anwesenden.» Seitz als Vorsitzender machte ihn daraufhin aufmerksam, dass er sich an den gesamten Gemeinderat zu wenden habe.

Zur Bürgermeisterwahl sagte Frauenfeld: «Wir Nationalsozialisten wollen zu diesem Abstimmungslustspiel in der Form Stellung nehmen, dass wir einen sozialdemokratischen Bürgermeister ablehnen, nicht weil wir persönlich gegen eine bestimmte Person etwas einzuwenden hätten. Es ist vielleicht eine Augenweide, den bestgekleideten Mann der Stadt zum Bürgermeister zu haben.» Seitz liess sich durch das etwas zweideutige Kompliment nicht beeindrucken. Er unterbrach den Redner und erklärte ihm, dass es über die Wahl keine Debatte gebe. Frauenfeld gab folgsam nach und erklärte, er werde sich später zu Wort melden. So weit, so gut.

Während der Rede des nationalsozialistischen Fraktionsführers begannen einige auf der Galerie sitzende Mitglieder der neugegründeten sozialdemokratischen Jungwählervereinigung, der «Jungfront», lebhaft gegen die Nationalsozialisten zu demonstrieren. Bürgermeister Seitz wies die Ruhestörer aus dem Saal – es waren Karl Holoubek, der spätere sozialistische Abgeordnete in der Zweiten Republik und sein Freund Franz Mager, der in der Hitlerzeit von den Nationalsozialisten hingerichtet wurde. Holoubek und Mager wurden sofort von der Rathauswache aus dem Saal entfernt, doch kamen sie wenig später bei einer anderen Tür wieder herein.

Die Gemeinderäte in brauner Uniform machten ihr relativ gemässigttes Verhalten in der ersten Gemeinderatssitzung durch rüdes Benehmen in der unmittelbar darauffolgenden Sitzung des Wiener Landtags wett, bei der sie den Landtagspräsidenten, den sozialdemokratischen Parteisekretär Robert Danneberg, unterbrachen und ihn wegen seiner jüdischen Abstammung beschimpften. Aber im Grossen und Ganzen war es nicht verwunderlich, dass die österreichischen Sozialdemokraten nach diesem ersten Auftreten der Braunhemden im Wiener Gemeinderat das Gefühl hatten, man werde diese wilden Männer irgendwie im Zaum halten und sie vielleicht sogar gegen die Christlichsozialen ausspielen können.

Diese Unterschätzung der nationalsozialistischen Gefahr dauerte noch eine Zeitlang an. So sagte der Redakteur Redlich, der damals den sozialdemokratischen «Geheimdienst» führte, einmal in meiner Anwesenheit: «Wir werden uns nächstens wieder ein oder zwei nationalsozialistische Mandate kaufen müssen.»

Die neue sozialistische Jungwählervereinigung, die «Jungfront», deren Vertreter von Bürgermeister Seitz wegen ihrer Zwischenrufe von der Galerie verwiesen worden waren, trat gerade um diese Zeit zum erstenmal in die Öffentlichkeit. Zu den Gründern der Jungfront gehörten

neben Karl Holoubek und Franz Mager auch die sozialdemokratischen Redakteure Ernst Fischer und Ludwig Wagner. Die erste Landeskonferenz der Wiener Sozialistischen Jungfront fand am 20. Mai statt. Hauptredner war ein sozialdemokratischer Gast aus Deutschland – Otto Grotewohl, Mitglied des deutschen Reichstags, ehemaliger Minister von Braunschweig. Sein Vortragsthema lautete: Das Hakenkreuz und die junge Generation.

Otto Grotewohl war der Mann, der ein Jahr nach dem Zweiten Weltkrieg als Führer der ostdeutschen Sozialdemokraten seine Partei mit den Kommunisten fusionierte und die kommunistisch kontrollierte SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) begründen half, zu deren Spitzenpolitikern er als ostdeutscher Ministerpräsident unter Ulbricht bis an sein Lebensende gehörte. Aber auch die Vorgeschichte dieser Parteigründung ist noch einigermaßen dunkel. Einer meiner Freunde, der österreichische Sozialist Walter Pollit, kam im Jahr 1945 als amerikanischer Soldat nach Ostberlin und besuchte dort Grotewohl. Dieser klagte ihm in bitteren Worten, wie sehr er und seine Partei unter der russischen Besetzung von den Kommunisten bedrängt würden und trug ihm auf, im Westen bei der Sozialistischen Internationale und bei den Regierungen moralische und politische Hilfe für die ostdeutschen Sozialdemokraten zu fordern.

Es kam keine wirksame Hilfe, und Grotewohl kapitulierte schliesslich. Die wahren Hintergründe der Entstehung der ostdeutschen Einheitspartei der Deutschen Demokratischen Republik sind noch unerforscht. Die Sozialdemokraten waren jedenfalls im Westen nicht überall beliebt. Der gleiche Karl Holoubek, der bei der Wiener Landtagssitzung im Mai 1932 die nationalsozialistischen Redner unterbrach, wurde im Zweiten Weltkrieg nach langer Haft einer jener deutschen Militäreinheiten zugeteilt, die als «Himmelfahrtskommandos» bezeichnet wurden, und geriet im Jahr 1945 in amerikanische Gefangenschaft. Er hatte in seine Uniform sorgfältig ein Dokument eingenäht, das besagte, dass er unter den Nazis als Hochverräter verfolgt worden war. Doch der amerikanische Offizier, dem er vorgeführt wurde, sagte: «Mir ist ein SS-Mann lieber als ein Hochverräter», und liess ihn nicht frei.

Die falsche Einschätzung des Nationalsozialismus war also nicht eine Spezialität der Sozialdemokraten und beschränkte sich auch nicht auf das Jahr 1932. Man hat auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem bei den Amerikanern immer wieder dieses Unverständnis erlebt, das manchmal direkt in der Bevorzugung von Nationalsozialisten seinen Ausdruck fand.

Der neue Bundeskanzler

Nach den nationalsozialistischen Wahlerfolgen war die Bildung einer neuen Regierung äusserst schwierig. Die Sozialdemokraten blieben in Opposition, und die Grossdeutschen wollten schon wegen der Konkurrenz, die ihnen die radikaleren Nationalsozialisten bei den Wählern machten, nicht als eine lammfromme Regierungspartei erscheinen. Die Regierung, die der bisherige Landwirtschaftsminister Dr. Engelbert Dollfuss schliesslich nach dem Rücktritt der Minderheitsregierung Buresch im Mai 1932 bildete, stützte sich nur auf die Christlichsozialen, den Landbund und die acht Heimwehler und hatte nur eine Stimme Mehrheit im Nationalrat. Ausserdem war die Haltung einiger Heimwehler unsicher.

Der neue Bundeskanzler Dr. Dollfuss war schon einige Tage nach seinem Amtsantritt Ehrengast bei einem Essen der Anglo-American Press Association. Er war bis dahin politisch noch wenig hervorgetreten. Dollfuss war mehrere Jahre Direktor der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer gewesen und dann nach einer kurzen Periode als Präsident der Bundesbahnen unter dem Regime Vaugoin von Bundeskanzler Ender im März 1931 als Landwirtschaftsminister in die Regierung berufen worden.

Bei seinem Amtsantritt galt Dollfuss als ein in politischen Dingen eher verständigungsbereiter Mann. Man kann sagen, dass erst die geschichtlichen Umstände und wohl auch sein persönliches Naturell ihn in die Rolle des Diktators drängten, wenn er auch nicht wie die anderen Diktatoren seiner Zeit aussah. Man nannte den kleinen Mann spöttisch – oder vielleicht auch mit Sympathie – den «Millimetternich».

Als Dollfuss Ehrengast bei dem Diner der Anglo-American Press war, sahen wir, dass er persönlichen Charme hatte. Er sprach lebhaft und freundlich mit uns, auch seine Bewegungen waren äusserst dynamisch. Einem Journalisten, der ihm etwas über den Tisch reichte, warf er eine Kussband zu – diese ungewöhnliche und spontane Geste ist mir immer in Erinnerung geblieben. Wenn John Gunther in seinem Roman von Dollfuss sagt, er habe durch «seinen Sex-Appeal» gewirkt, so ist die ein wenig skurrile Bemerkung in diesem harmlosen Sinn zu verstehen.

Gerade seine Kleinheit, wegen der man ihn verspottete, liess ihn in der Welt bekannt und populär werden. Nicht nur in Österreich kursierten unzählige Geschichten und Witze über ihn, wie etwa: «Der Dollfuss macht sich jetzt solche Sorgen, dass er die ganze Nacht unter seinem Bett hin und her geht.» Und als dieser kleine Mann es wagte, dem

mächtigen deutschen Diktator Hitler die Stirn zu bieten, war er natürlich für die Welt der kleine Däumling oder David, der den Mut hat, dem Riesen Goliath entgegenzutreten.

Die durch seine geringe Körpergrösse entstandenen Minderwertigkeitskomplexe kompensierte Dollfuss jedoch andererseits mit einer Überbewertung seiner eigenen Persönlichkeit. Er war überzeugt, von Gott gesandt zu sein, um die Welt oder zumindest Österreich zu retten. Wer ihm daher Widerstand leistete, versties in seinen Augen gegen die sittliche Weltordnung und verdiente es, ausgemerzt zu werden. Darüber hinaus war er äusserst empfindlich, kindisch-trotzig, leicht beleidigt und vergass Beleidigungen nicht. Er hasste die sozialistischen Führer, die ihm entgegentraten, und war überzeugt, dass es seine Pflicht sei, sie zu vernichten. Jedenfalls besass er jene Sicherheit, die ein Mensch ausstrahlt, wenn er absolut von seiner Sendung und der Richtigkeit seiner Handlungen überzeugt ist.

John Gunther führte den Charme des neuen Bundeskanzlers grossenteils auf seine Naivität zurück. Ein Ausländer, der ihm ein Kompliment machte, erhielt von Dollfuss die Antwort: «Ach – aber gehn's» in bestem bäuerlichem Dialekt. Er lauschte den Reden der Fachleute in seinem Kabinett mit der respektvollen Aufmerksamkeit eines Schulkindes.

Bald nach seinem Regierungsantritt entging Dollfuss zweimal knapp einer parlamentarischen Niederlage. Österreich schien dem Staatsbankrott entgegenzugehen. Die Rettung lag im Lausanner Abkommen, in dem die Westmächte Österreich durch die Bank für Internationale Zahlungen ein Darlehen gewährten, das von England und Frankreich garantiert wurde. Als Gegenleistung musste Österreich auf französisches Verlangen hin versprechen, während der Rückzahlungsperiode der Anleihe, zweiundzwanzig Jahre lang, auf eine Erneuerung des Planes einer Zollunion mit Deutschland zu verzichten. Angeblich hatte Dollfuss dem deutschen Reichskanzler Franz von Papen zugesagt, keine solche Verpflichtung zu übernehmen. Dafür hatte Deutschland im Völkerbund nichts gegen das Lausanner Abkommen unternommen. Dollfuss habe sein Versprechen dann nicht eingehalten: darin lag die Wurzel der deutschen Abneigung gegen ihn.

Als das Lausanner Abkommen im August 1932 vor das österreichische Parlament kam, entging die Regierung nur knapp einem Misstrauensantrag bei Stimmengleichheit – 81 zu 81 Stimmen – und auch das nur, weil einer ihrer Abgeordneten, der ehemalige Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel, der schon längere Zeit krank gewesen war, am

9. August starb und sein Nachfolger als Abgeordneter sofort angelobt wurde.

Wenige Tage später kam das Lausanner Abkommen infolge eines Einspruchs neuerlich vor den Nationalrat, und wieder rettete der Tod eines berühmten Mannes die Regierung Dollfuss. Der ehemalige Bundeskanzler Dr. Schober, der mit den Grossdeutschen gegen die Regierung gestimmt hätte, starb am 19. August, und die Regierung erhielt Stimmenmehrheit.

Die österreichischen Sozialdemokraten hatten zwar im Parlament gegen das Lausanner Abkommen gestimmt, aber durch Einwirkung auf die französischen Sozialisten dazu beigetragen, dass dieses Abkommen im Völkerbund akzeptiert wurde.

Mit dem beinahe gleichzeitigen Tod der zwei grossen konservativen Politiker der späten zwanziger Jahre, des Prälaten Seipel und des Polizeipräsidenten Schober, die sich trotz zeitweiser Zusammenarbeit immer wieder als Rivalen gegenübergestanden waren, endete in gewissem Sinn eine Epoche der österreichischen Geschichte. In der neuen Ära, die jetzt begann, hatte der kleine Bundeskanzler mit dem kindlichen Lächeln die Schlüsselrolle zu spielen.

Die ersten Notverordnungen

Bundeskanzler Dollfuss hätte im Herbst 1932 seine Hauptkampffront ebensogut gegen die Nationalsozialisten wie gegen die Sozialdemokraten richten können. Seine eigene politische Stellung und die seiner Christlichsozialen Partei waren von beiden Seiten in gleichem Masse bedroht. Dass er es vorzog, den Kampf vor allem gegen die Sozialdemokraten zu führen und mit den Nationalsozialisten immer wieder einen Ausgleich zu suchen, mag auf verschiedene Ursachen zurückzuführen sein. Sicher lag die Neigung zu einer Diktatur von rechts im Zug der damaligen Zeit: der etablierte italienische Diktator Mussolini und der künftige deutsche Diktator Hitler waren Beispiele.

Jedenfalls zog es Dollfuss vor, bei Italien Anlehnung zu suchen statt bei den Ländern der Kleinen Entente (von denen ja übrigens Jugoslawien unter König Alexander auch ein Diktaturstaat war und in Rumänien unter König Carol die Demokratie auf schwachen Füßen stand). So kam es in der österreichischen Politik zu jenem verhängnisvollen Dreieck, das für die nächsten Jahre charakteristisch war: Dollfuss und die Heimwehr wurden von Italien gefördert, die Nationalsozialisten von Deutschland, die Sozialdemokraten von der Tschechoslowakei.

Bei Dollfuss dürfte auch die persönliche Abneigung gegen den geistigen Führer der Sozialdemokraten Otto Bauer mitgespielt haben, dessen sarkastischer Ton leicht als Arroganz und Gefühlskalte aufgefasst werden konnte. Otto Leichter erwähnt eine Szene im Parlament, bei der Otto Bauer in einem Zwischenruf erklärt hatte, Dollfuss trage eine Woche den Demokratenhut und eine Woche den Heimwehrrhut. Als Dollfuss ihn daraufhin als «Bolschewiken» titulierte, antwortete Otto Bauer damit, dass er Dollfuss als «Gesinnungslumpen» bezeichnete. Man kann sicher sein, dass Dollfuss ihm das nie verziehen hat.

Immerhin nahmen damals die Sozialdemokraten den Nationalsozialismus als Feind ernster als den Bundeskanzler Dollfuss oder die Heimwehr. Als im September 1932 die Nationalsozialisten in Österreich einen «Gautag» veranstalteten, zu dem Göring und Goebbels nach Wien kamen, gaben die Wiener Sozialdemokraten die Parole aus, mit dem Drei-Pfeile-Abzeichen (das vom deutschen sozialdemokratischen «Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold» übernommen worden war) auf den Strassen zu erscheinen, mit geballter Faust zu grüssen und in Gruppen durch die Strassen zu ziehen. Die Schutzbündler sollten ihre Uniform und die Mitglieder der sozialistischen Jungfront ihre blauen Blusen tragen. Dass der Nationalsozialismus in Wien noch immer nicht wirklich Fuss gefasst hatte, zeigt die Tatsache, dass dem grossen nationalsozialistischen Agitator Goebbels bei seiner Rede in Wien nur 15'000 Menschen zuhörten.

Etwas später kam es zu einem schweren Zwischenfall zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten im Wiener Gemeindebezirk Simmering. In diesem vorwiegend von Arbeitern bewohnten Bezirk veranstalteten die Nationalsozialisten am 16. Oktober einen Umzug. Einer ihrer Trupps versuchte das Simmeringer Arbeiterheim zu stürmen. Es kam zu einem Zusammenstoss mit Schutzbündern, bei dem zwei Nationalsozialisten und ein Polizist getötet wurden.

Bundeskanzler Dollfuss benützte diesen Anlass, um sich enger mit der Heimwehr zu verbünden. Er nahm auf dem Heldenplatz vor der Wiener Hofburg an einer Parade der Heimwehr teil und ernannte den Wiener Heimwehrführer Fey zum Staatssekretär für das Sicherheitswesen.

Damit trat eine bemerkenswerte Persönlichkeit in den Vordergrund der österreichischen Politik. Major Fey war Maria-Theresien-Ritter, das heisst Inhaber des Maria-Theresien-Ordens. Diese hohe Auszeichnung der Monarchie wurde nur Offizieren verliehen, die ohne Auftrag auf eigene Initiative (gemäss der allgemeinen Auffassung sogar direkt gegen den Auftrag ihrer Vorgesetzten) eine Waffentat erfolgreich durchgeführt hatten.

Major Emil Fey hatte während des Ersten Weltkriegs im Jahr 1916 an der italienischen Front die Erstürmung des Kapellenberges von San Oswaldo im Val Sugana geleitet. Auf diesem Berg befand sich eine das Tal wie eine Festung beherrschende, von den Italienern zäh verteidigte Stellung, deren Eroberung den Weg für die einsetzende österreichische Offensive frei machte. Für diese mutige Leistung hatte er den Maria-Theresien-Orden erhalten.

Man konnte den faschistischen Heimwehrlführer Major Fey mit seinem scharfen Profil kaum sympathisch finden, vor allem nicht, wenn man zu seinen politischen Gegnern gehörte. Gedye nennt ihn einen engstirnigen, brutalen und mutigen Ex-Soldaten. An anderer Stelle bezeichnet er ihn als hartgesotten, stur und dumm, als kaltblütig, gefühllos und furchtlos. Richtig ist wohl, dass das zweifelhafte Verhalten Major Feys bei der Ermordung Dollfuss' am 25. Juli 1934 weniger auf Angst um sein eigenes Leben, sondern eher auf seinen Ärger über den Bundeskanzler zurückzuführen war.

Bei der Beurteilung Major Feys, den ich oft genug aus der Nähe sah und dem ich politisches Format nicht absprechen würde, kann zu seinen Gunsten angeführt werden, dass seine unmittelbaren Mitarbeiter an ihn glaubten und ihn persönlich verehrten. Zu diesen zählte sein Adjutant Polizeirat Dr. Viktor Altmann, der eng mit meinen Eltern befreundet war und weder seiner Herkunft noch seinem Milieu nach Grund gehabt hätte, für Major Fey zu schwärmen, wenn dieser keine gewinnenden Eigenschaften gehabt hätte.

Im Gegensatz zu Starhemberg hatte Major Fey als Führer der Wiener Heimwehr die Christlichsozialen bei den Parlamentswahlen von 1930 unterstützt. Deshalb vertrauten die Christlichsozialen ihm und seiner «gemässigten» Heimwehrgruppe. In der engeren Verbindung mit der Heimwehr lag die Drohung mit Gewalt; gleichzeitig aber begann Bundeskanzler Dollfuss die österreichische Demokratie auf eine andere, legal scheinende Art zu unterminieren: mit Notverordnungen nach dem sogenannten Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz von 1917.

Die Verwendung dieses Gesetzes zur Errichtung einer Diktatur in Österreich kann vielleicht als typisch österreichisch bezeichnet werden. Das Gesetz war während des Ersten Weltkriegs zu dem Zweck erlassen worden, der Regierung die Möglichkeit zu geben, bestimmte Massnahmen zur Sicherung der Volksernährung ohne Verzug zu treffen. Nach Kriegsende hatte man dann, typisch österreichisch, vergessen, dieses unaktuelle kleine Gesetz ausdrücklich aufzuheben.

Das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz lautete: «Die Regie-

rung wird ermächtigt, während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen ausserordentlichen Verhältnisse durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung und Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens, zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen und zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsgegenständen zu treffen.»

Der Mann, der der Regierung Dollfuss den Rat gab, dieses Gesetz zur Begründung aller Arten von Notverordnungen, ja sogar zur Aufhebung von Bestimmungen der Verfassung zu verwenden, war der Sektionschef im Heeresministerium Dr. Robert Hecht. Er war einer der zahlreichen hohen Beamten jüdischer Abstammung in der österreichischen Zentralverwaltung. Seiner Herkunft nach hätte er eher ein Liberaler sein sollen; ich kannte seinen Bruder, der im Jahr 1918 Anstaltsarzt in dem slowenischen Heilbad Topoltschitz war, wo wir den Sommer des letzten Kriegsjahres verbrachten. Vielleicht wurde Sektionschef Hecht durch seine Freude an juristischen Spitzfindigkeiten zum bösen Geist der Regierung Dollfuss. Er kam später in einem Nazikonzentrationslager ums Leben. Der Totengräber der österreichischen Demokratie war den Nationalsozialisten ebenso verhasst wie den Sozialdemokraten.

Raffinierterweise war die erste auf Grund dieses Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes am 1. Oktober 1932 von Justizminister Dr. Schuschnigg erlassene Notverordnung in sachlicher Hinsicht die Erfüllung einer sozialdemokratischen Forderung. Sie ordnete an, dass die Direktoren der zusammengebrochenen Credit-Anstalt für deren Schulden mit ihrem Vermögen haften sollten. Allerdings liessen sich die Sozialdemokraten dadurch keinen Sand in die Augen streuen. Sie wiesen im Parlament sofort darauf hin, dass durch eine solche gesetzwidrige Verordnung nächstens vielleicht auch der Mieterschutz ausser Kraft gesetzt werden könne. Doch liessen sie es bei Protesten bewenden, auch als weitere Notverordnungen der ersten folgten.

Man könnte fragen – und man hat auch oft gefragt –, ob die Geschichte Österreichs anders verlaufen wäre, wenn der Regierung Dollfuss und ihrem spitzfindigen juristischen Berater Sektionschef Hecht ein anderer sozialdemokratischer Führer gegenübergestanden hätte als Otto Bauer. Eine Erklärung für die Taktik Otto Bauers im Kampf um die Erhaltung der österreichischen Verfassung liegt in seiner engen Freundschaft mit dem Autor dieser Verfassung, Professor Hans Kelsen, dem Staatsrechtler an der Wiener Universität.

Professor Kelsen war der Schöpfer und Hauptvertreter der sogenannten «reinen Rechtslehre». Für ihn war das Recht ein System von Normen,

das durch Gebräuche und tatsächliche Zustände nicht geändert werden konnte. Rechtsnormen konnten entweder «gelten» oder «nicht gelten». Für ausserrechtliche Argumente war in seinem geschlossenen System kein Platz.

Hans Kelsen war ein Mann, der sein Lebensziel früh erreicht hatte. Meine Mutter erzählte mir, sie habe in ihrer Jugend einmal bei einer Gesellschaft mit dem Studenten Hans Kelsen getanzt und ihn in einer Pause gefragt, was er vom Leben erwarte. Kelsen habe ohne Zögern geantwortet: «Ich möchte einmal die österreichische Verfassung schreiben.»

Im Jahr 1920 wurde Professor Kelsen als Verfassungsrechtler mit der Ausarbeitung der neuen Bundesverfassung betraut. Diese Bundesverfassung ist mit gewissen Abänderungen noch heute in Kraft. Mit ihren wohlgedachten Verfassungs- und Verwaltungsgarantien, dem Verfassungsgerichtshof und dem Verwaltungsgerichtshof, hat die Kelsensche Verfassung die Stürme eines halben Jahrhunderts erfolgreich überdauert.

Aber auch die Brillanz hat ihre Gefahren. Ich habe als Student die Vorlesungen Professor Kelsens gehört und erinnere mich der leisen Ironie, mit der der elegante Gelehrte jene Artikel seiner eigenen Verfassung behandelte, die keine Rechtsnorm enthielten, sondern als wohlklingende Deklarationen aufgefasst werden konnten.

Schon die ersten beiden Artikel der Kelsenschen Verfassung sind von dieser Art. Der Artikel 1 lautet: «Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volke aus.» Doch die praktischen Rechte des Staatsbürgers erschöpften sich – jedenfalls vor der tatsächlichen Einführung des Volksbegehrens und der Volksabstimmung – im Wesentlichen auf die Wahl des Parlaments, bei dem in Wirklichkeit alle Macht konzentriert war. Artikel 2 lautete: «Österreich ist ein Bundesstaat». Aber die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern, die in anderen Bestimmungen der Verfassung im Einzelnen festgelegt wurde, gab der Zentralgewalt sehr viel und den einzelnen Bundesländern sehr wenig Rechte.

Der Glaube an die Allmacht des Parlaments war für die Anhänger Kelsens und damit auch für einen Grossteil der Demokraten der Ersten Republik Österreich charakteristisch. Wäre es nach ihnen gegangen, dann hätte etwa eine Verfassungsbestimmung: «Allen Personen mit dem Vornamen Peter wird das Wahlrecht entzogen», ohne Weiteres Gültigkeit gehabt, wenn sie mit Zweidrittelmehrheit im Parlament angenommen worden wäre. Die englische Verfassung sieht in solchen Fällen ganz anders aus. Im englischen Recht gelten gewisse Grundsätze der Mensch-

lichkeit und der gleichen Behandlung der Staatsbürger, obwohl sie nicht verfassungsmässig verankert sind und obwohl das Land gar keine geschriebene Verfassung hat. Die papierene Vorstellung von einer Verfassung, die auf Paragraphen und nicht auf dem natürlichen Rechtsgefühl des Volkes beruht, wurde den Österreichern zum Verhängnis.

Otto Bauer teilte diese Überschätzung der Paragraphen. Allerdings führte sie dazu, dass die Sozialdemokraten auf dem wirkungslosen papierenen Rechtsstandpunkt beharrten und nichts davon aufgaben. Sie verloren den Kampf um die Macht gegen Dollfuss, aber ihr Ideengut blieb dabei unverletzt. Wären sie Realisten gewesen, dann hätten sie vermutlich Kompromisse geschlossen. In der Zeit des Faschismus wären sie wahrscheinlich trotz dieser Kompromisse untergegangen und hätten unterwegs auch noch ihren guten Namen verloren.

Die Hirtenberger Waffenaffäre

Ein Ereignis mit aussenpolitischem Charakter führte zu Beginn des Jahres 1933 zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen zwischen den Parteien in Österreich. Am 8. Jänner enthüllte die sozialdemokratische «Arbeiter-Zeitung», dass in der Hirtenberger Patronenfabrik, die dem Industriellen Fritz Mandl, einem engen Freund Starhembergs gehörte, vierzig Eisenbahnwaggons mit italienischen Waffen eingetroffen seien, die nach Ungarn weitergeschmuggelt werden sollten.

Die Sozialdemokraten hatten ihre Information von Koloman Wallisch erhalten, dem Bürgermeister von Bruck an der Mur, der ein Jahr vorher die zögernde österreichische Regierung zur Unterdrückung des Pfrimer-Putsches veranlasst hatte. Der Skandal dieser Waffenschiebung zwischen Österreich, Italien und Ungarn hatte internationale Ausmasse. Die Eisenbahnwaggons mit den Waffen waren aus Italien in Verletzung des Artikels 134 des Friedensvertrages von Saint Germain nach Hirtenberg gebracht worden. Es handelte sich um 40'000 bis 50'000 Gewehre und 200 Maschinengewehre, die im Auftrag eines Commendatore Giuseppe Cortese aus dem Arsenal in Verona an Fritz Mandl als «Verschrottungsmaterial» gesendet worden waren. Diese grosse Anzahl Waffen reichte für die Ausrüstung eines Armeekorps aus und konnte in einem bewaffneten Konflikt zwischen Ungarn und seinen Nachbarn von der Kleinen Entente schon eine gewichtige Rolle spielen.

Die Regierung Dollfuss erklärte amtlich, es liege keine Waffenschiebung vor. Es handle sich um altösterreichisches Kriegsmaterial, das

reparaturbedürftig und zur Ausführung dieser Reparaturen (von Italien) in österreichische Fabriken gebracht worden sei. Die österreichische Regierung habe im Interesse der Arbeitsbeschaffung dieser Reparatur zugestimmt.

Gedye führt an, die Waffen, die zwischen der Heimwehr und Ungarn aufgeteilt werden sollten, seien ein kleiner Beitrag Mussolinis zur Faschisierung Europas gewesen. Die Transaktion sei ursprünglich bei einer Zusammenkunft zwischen Starhemberg, dem damaligen ungarischen Kriegsminister Gömbös und dem Chef der deutschen Reichswehr, General von Seeckt, in Varpalota bei Budapest im Herbst 1930 vereinbart worden. Zu einem späteren Zeitpunkt sei zwischen Dollfuss und Gömbös in Budapest und zwischen Gömbös und Mussolini in Rom über diese Angelegenheit verhandelt worden. Im Frühjahr 1932 hätten Starhemberg, Mandl und Gömbös, als ungarischer Ministerpräsident, den Vertrag revidiert. Im Oktober 1932 hätten Starhemberg und Mandl Budapest besucht und dabei die endgültigen Details fixiert.

Die Enthüllung war der Regierung Dollfuss ausserordentlich unangenehm. Frankreich und Grossbritannien wären bereit gewesen, den Skandal zu vertuschen, doch die Tschechoslowakei fürchtete die ungarische Aufrüstung und drohte, die Affäre vor den Völkerbund zu bringen. Dollfuss wollte die Angelegenheit in einer vertraulichen Sitzung des Hauptausschusses des Parlaments behandeln. Die Sozialdemokraten bestanden auf einer öffentlichen Debatte.

Nach einer Demarche der Gesandten der Kleinen Entente und Frankreichs erklärte Bundeskanzler Dollfuss, er werde die Waffen zurücksenden, soweit sie nicht bereits nach Ungarn weitergeliefert worden seien. Allerdings machte er den Vorbehalt, er könne die Rückgabe der Waffen an Italien nicht erzwingen.

Diese Antwort schien den Westmächten und der Kleinen Entente unzureichend. Am 11. Februar 1933 forderten England und Frankreich in einer neuen Demarche, Österreich möge die aus Italien ausgeführten Waffen entweder zurückgeben oder vernichten sowie ferner eine Untersuchung darüber einleiten, ob nicht ein Teil der Waffen bereits nach Ungarn abgegangen sei.

In einem Leitartikel der «Arbeiter-Zeitung» vom 18. Februar forderten die Sozialdemokraten «strikteste Neutralität» in dem Intrigenspiel zwischen Frankreich und der Kleinen Entente auf der einen sowie Italien und Ungarn auf der anderen Seite. Bei dieser Gelegenheit tauchte zum erstenmal der Begriff der österreichischen Neutralität auf, der nach dem Zweiten Weltkrieg eine so wichtige Rolle gespielt hat.

Am 18. Februar überreichte der französische Gesandte dem österreichischen Bundeskanzler eine neue Note. Diese gewährte eine Frist von zwei Wochen für Rückgabe oder Zerstörung der Waffen und forderte die Einleitung einer Untersuchung. Die italienischen Waffen, die man ursprünglich in Lastautos verladen und nach Ungarn weiter transportieren wollte, lagen aber noch immer, von Heimwehrlern bewacht, in der Hirtenberger Fabrik.

Im Laufe der Unterhandlungen verlangten England und Frankreich, die österreichische Regierung möge eine eidesstattliche Erklärung, ein sogenanntes «Affidavit» ablegen, dass die Waffen zurückgestellt oder zerstört worden seien. Die österreichische Regierung lehnte diese Forderung ab, doch erklärte sich jetzt die italienische Regierung bereit, die Waffen zurückzunehmen, und die österreichische Regierung versicherte am 21. Februar, die Waffen umgehend – eventuell nach vorheriger Vornahme von Reparaturarbeiten – wieder nach Italien zurückzustellen.

Drei Tage später gab es jedoch eine neue Sensation. Der Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen, Egon Seefehlner, wurde plötzlich «beurlaubt». Er hatte, wie die «Arbeiter-Zeitung» meldete, dem Führer der sozialdemokratischen Eisenbahnergewerkschaft, dem Abgeordneten Berthold König, den Vorschlag gemacht, die in Hirtenberg lagernden Waffen über Wiener Neustadt, Aspang und Fehring nach Italien zu instradieren, die Waggons aber in Wiener Neustadt durch eine «falsche Weichenstellung» nach Ödenburg in Ungarn zu verschieben. Dort sollten die Waggons ausgeladen, die leeren Waggons wieder plombiert und über Wiener Neustadt nach Italien weitergeleitet werden. Für diese Leistung bot Seefehlner dem Eisenbahnerführer die Summe von 150'000 Schilling «für seine Gewerkschaft» an, für die damalige Zeit ein hoher Betrag.

König meldete diesen Bestechungsversuch unverzüglich dem sozialdemokratischen Parteivorstand, der diese Mitteilung sofort an Bundeskanzler Dollfuss weitergab. Dem Bundeskanzler blieb nun nichts anderes übrig, als den Bundesbahndirektor seines Postens zu entheben. Natürlich glaubte niemand, dass die Regierung von dem Bestechungsplan nicht gewusst habe.

Die Hirtenberger Waffen aber blieben in Österreich, obwohl sie «offiziell» nach Italien zurückgeschickt worden waren. Gedye erklärt, dass manche von ihnen später den Weg nach Innsbruck fanden, wo mit der Heimwehr im geheimen arrangiert worden war, die Waggons aufzubrechen und die Waffen zu «stehlen».

Die Eisenbahner, die in der Hirtenberger Waffenaffäre eine so wichtige Rolle gespielt hatten, standen kurz darauf wieder im Mittelpunkt der österreichischen Politik. Die Organisation der Eisenbahner spielte bei den Sozialdemokraten in der Ersten Republik eine sehr bedeutsame Rolle. Viele Teile Österreichs waren noch nicht industrialisiert, überall gab es Eisenbahnen, und überall bildeten die sozialdemokratischen Eisenbahner den Anfang der Lokalorganisationen der Partei.

Im Zuge der allgemeinen Wirtschaftskrise hatte sich auch die finanzielle Situation der österreichischen Bundesbahnen bedeutend verschlechtert. Im Laufe des Monats Februar wurde bekannt, dass die Bundesbahndirektion die Absicht habe, die am 1. März fälligen Monatsgehälter in drei Raten auszuzahlen. Ausserdem sollten die Pensionen gekürzt werden.

Als die Personalvertretung der Eisenbahner dieser Form der Auszahlung nicht zustimmen wollte, wurde sie von dem neuen Generaldirektor der Bundesbahnen, Dr. Schöpfer – der die Stelle Seefehlners übernommen hatte –, dekretiert. Daraufhin beschlossen die Eisenbahner einen zweistündigen Proteststreik am 1. März. Sie konnten nicht hoffen, mit diesem Streik die leeren Kassen der Bundesbahndirektion zu füllen, aber sie konnten zumindest für Mitbestimmung bei der Durchführung der geplanten Massnahmen eintreten.

Die Eisenbahner hatten in den vorhergehenden Jahren öfters gestreikt, aber da die Sozialdemokraten stark und die Eisenbahner mit ihnen eng verbunden waren, hatte die Regierung nie etwas dagegen unternommen. Diesmal schritt Bundeskanzler Dollfuss ein. Er liess den Streik verbieten.

Als der Streik trotzdem allgemein eingehalten wurde, liess er noch während des Streiks Bahnhöfe von Gendarmerie und Militär besetzen, Eisenbahner Vertrauensleute verhaften und, als der Streik beendet war, zahlreiche Eisenbahner vom Dienst entheben. Ausserdem ordnete die Regierung an, dass alle Eisenbahner, die am Streik beteiligt waren, eine Busse zahlen sollten. Gegen einige wurde ein Strafverfahren eingeleitet, andere wurden entlassen. Der Streik war praktisch lückenlos gewesen.

Die Empörung der Eisenbahner war gross. Die Sozialdemokraten protestierten und forderten die sofortige Einberufung des Parlaments. Der sozialdemokratische Nationalratspräsident, Dr. Karl Renner, berief die Sitzung für den 4. März ein. Es war jene denkwürdige Sitzung, bei der ein Konflikt über die Abstimmung zur Ausschaltung des Parlaments führte.

So geschah nichts, um die Eisenbahner vor den von der Regierung gegen sie ergriffenen Massnahmen zu schützen. Damit brach die Organisation der sozialdemokratischen Eisenbahner, die stärkste Stütze der Partei, für alle praktischen Zwecke zusammen. Dass die sozialdemokratische Partei nicht imstande oder nicht energisch genug gewesen war, ihre treuesten Anhänger zu schützen, rächte sich ein Jahr später bei den Februarkämpfen, als die Eisenbahner den Streikaufruf der Partei missachteten und ihre Züge führten, während die österreichische Sozialdemokratie um ihr Leben kämpfte.

Die Ausschaltung des Parlaments

Hat die Sitzung stattgefunden?

Es wäre verlockend, Spekulationen darüber anzustellen, was Bundeskanzler Dollfuss getan hätte, wenn ihm nicht die Selbstausschaltung des österreichischen Parlaments im März 1933 zu Hilfe gekommen wäre. Der Bundeskanzler wusste: Die Stärke der Sozialdemokraten und das Anwachsen der Nationalsozialisten machten es ihm und seiner Christlich-sozialen Partei unmöglich, bei demokratischen Parlamentswahlen an der Macht zu bleiben. Er hielt es aber für eine Verpflichtung gegenüber seiner christlichen Weltanschauung und gegenüber Österreich, sich und seine Partei an der Macht zu halten.

Der Zufall entschied über das Schicksal Österreichs. Über die Umstände der Selbstausschaltung des Parlaments entstanden in der Welt Versionen, die noch grotesker waren als die Wirklichkeit. Der vergebliche Versuch der Oppositionsparteien, den Schaden zu reparieren, ist in seinem Verlauf unbestritten, hat aber zu verschiedenartigen Interpretationen Anlass gegeben.

Über die Sitzung des Nationalrats vom 4. März 1933 haben sogar Freunde der österreichischen Demokratie mit einigem Sarkasmus geschrieben. John Gunther berichtet in «Europa von innen», es sei eine «wunderbare, typisch österreichische Angelegenheit» gewesen. Ein sozialistischer Abgeordneter sei vor einer wichtigen Abstimmung «wie man so sagt, gegangen, um sich die Hände zu waschen». Ein Kollege habe versehentlich für ihn einen Stimmzettel mit seinem eigenen Namen abgegeben. Eric Gedye meint in «Die Bastionen fielen»: «Es ist ein melancholischer Gedanke, dass sechs Millionen Menschen ihre Freiheit verloren, weil ein einziger Mann eine schwache Blase hatte.»

Die Einzelheiten sind vielleicht grotesk, aber jedenfalls von historischer Bedeutung. Die Sitzung am 4. März stand zwar unter dem Eindruck der Machtübernahme Hitlers in Deutschland und des Reichstagsbrandes in Berlin, doch erwartete man von ihr keine unmittelbaren Sensationen. Sie war allerdings eine «ausserordentliche Sitzung», die aus-

nahmsweise für den Samstag Nachmittag einberufen war. Es ging um die Frage von Disziplinarmaßnahmen gegen Eisenbahner, die am 1. März an dem Proteststreik gegen die Herabsetzung ihrer Löhne teilgenommen hatten. Die Sozialdemokraten forderten die Aufhebung der Regierungsmassnahmen, und die Grossdeutschen, die ebenfalls zur Opposition gehörten, stimmten mit ihnen.

Bei der Auseinandersetzung über einen grossdeutschen Geschäftsordnungsantrag, der mit 81 gegen 80 Stimmen angenommen worden war, stellte sich heraus, dass zwei sozialdemokratische Stimmzettel den gleichen Namen trugen. Die Abstimmung fand in der Weise statt, dass jeder Abgeordnete einen mit seinem Namen bedruckten Stimmzettel mit «Ja» oder «Nein» aus seiner Schublade nahm und in die Urne legte, die von einem Beamten von Platz zu Platz getragen wurde.

Die Instrumente des historischen Geschehens waren in diesem Fall zwei Tiroler sozialdemokratische Abgeordnete, Simon Abram und Wilhelm Scheibein, die nebeneinander sassen. In der Urne fanden sich zwei Zettel mit dem Namen «Abram», aber keiner mit dem Namen «Scheibein». Andere Abgeordnete hatten jedoch gesehen, wie Scheibein persönlich dem von Platz zu Platz gehenden Parlamentsbeamten einen Zettel in die Urne gelegt hatte. Dass Abram für einen Augenblick den Sitzungssaal verlassen und Scheibein beauftragt habe, für ihn zu stimmen, wie es in manchen Berichten heisst, ist möglich, aber zumindest keine ausreichende Erklärung für das, was sich zutrug. Denn dann hätten sich eher zwei Stimmzettel mit dem Namen «Scheibein» vorgefunden und keiner mit dem Namen «Abram».

Es ist möglich, dass Scheibein für Abram stimmte und dann noch extra den Fehler machte, zwei Stimmzettel mit dem Namen seines Sitznachbarn in die Urne zu werfen. Am wahrscheinlichsten ist, dass Abram ordnungsgemäss abstimmte, dann den Saal verliess und dass Scheibein bei seiner eigenen Abstimmung versehentlich einen Zettel mit dem Namen Abram erwischte.

Der Präsident des Nationalrats, der Sozialdemokrat Dr. Karl Renner, entschied nun, dass die Abstimmung gültig sei und dass die beiden Zettel mit den Namen «Abram» als zwei Stimmen zu zählen seien. Man habe ja gesehen, wie Scheibein den Zettel in die Urne legte und der «lebendige Akt des Menschen» sei die Abstimmung. Dagegen wandten sich die Christlichsozialen mit dem Argument, auf dem Stimmzettel dürfe ausser «Ja» oder «Nein» kein weiterer Zusatz stehen als der Name des abstimmenden Abgeordneten. Der Name eines anderen Abgeordneten sei ein solcher unzulässiger Zusatz. Also könnten die zwei Zettel

höchstens als eine Stimme gerechnet werden. Damit wäre (bei Stimmen-
gleichheit) der grossdeutsche Antrag abgelehnt gewesen.

Über diese Frage entstand ein allgemeines Getümmel, und Dr. Karl Renner legte aus Protest, dass die Abgeordneten seinen Anordnungen nicht Folge leisteten, sein Amt als Nationalratspräsident zurück. Er tat dies nicht aus eigenem Impuls, sondern im Auftrag der Parteiführer Karl Seitz und Otto Bauer. Dabei spielte vermutlich der Gedanke mit, dass der Präsident an den Abstimmungen nicht teilnehmen darf, dass also beim Übergang des Präsidiums von einem Sozialdemokraten an einen Christlichsozialen bei weiteren Abstimmungen eine Stimme für die Sozialdemokraten gewonnen wäre.

Der Zweite Präsident des Nationalrats, der christlichsoziale frühere Bundeskanzler Dr. Rudolf Ramek, übernahm nun den Vorsitz und erklärte die angefochtene Abstimmung für ungültig. Diese Entscheidung löste neuerdings grossen Wirbel aus. Dr. Ramek drehte daraufhin den Spieß um und legte seinerseits sein Amt nieder. Es verblieb nur noch der Dritte Präsident des Nationalrats, der Grossdeutsche Dr. Sepp Straffner, und dieser erklärte ebenfalls, sein Amt zurückzulegen – vermutlich um die Opposition keiner Stimme zu berauben. Es gab jetzt keinen Vorsitzenden mehr, und die Abgeordneten gingen auseinander, ohne dass die Sitzung formell geschlossen worden wäre.

Die Bedeutung dieser Vorfälle wurde im Augenblick nicht richtig erkannt. Man stellte sich offenbar vor, die Parteien würden sich in den nächsten Tagen bei Verhandlungen wieder «zusammenreden». Bundeskanzler Dollfuss aber kam (wie der frühere Sozialminister und spätere von Dollfuss eingesetzte Wiener Bürgermeister Richard Schmitz berichtet hat) am nächsten Abend auf der Rückfahrt von einer Versammlungsreise nach Villach im Zug zu dem Entschluss, die Gelegenheit auszunützen, den neuerlichen Zusammentritt des Parlaments zu verhindern und von nun an ohne Parlament durch Notverordnungen zu regieren.

Er kündigte an, dass durch die Selbstausschaltung des Parlaments die Regierung die alleinige politische Verantwortung übernommen habe und erliess sofort eine Reihe von Notverordnungen, durch die das Versammlungsrecht eingeschränkt und die Zeitungen unter Vorzensur gestellt wurden. Die Weltpresse berichtete, Dollfuss sei dem Beispiel Hitlers gefolgt und habe eine Diktatur errichtet.

Jetzt wurde auch der österreichischen Öffentlichkeit allmählich klar, dass etwas Ungewöhnliches vorgefallen war. Was sollte man tun? Der Dritte Präsident des Nationalrats, der Grossdeutsche Dr. Straffner, ent-

deckte, dass er juristisch gar nicht das Recht gehabt hatte, zurückzutreten. Er sei daher noch immer im Amt. Also berief Dr. Straffner für den 15. März eine neuerliche Sitzung des Nationalrats ein, in der die Sozialdemokraten und die Grossdeutschen hofften, das Parlament und die Demokratie wieder flottzumachen.

Ich sass bei dieser Parlamentssitzung in der Journalistenloge. Schon vorher hatten sich im Saal die Abgeordneten der Sozialdemokraten und der Grossdeutschen versammelt und unterhielten sich scheinbar unbekümmert. An den Glastüren aber, die zum Korridor führten, waren fremde Gesichter zu sehen. Bundeskanzler Dr. Dollfuss hatte mehrere hundert Kriminalbeamte und Beamte der Staatspolizei in Zivil in das Parlamentsgebäude beordert, um die Parlamentssitzung, die er als eine private und nicht erlaubte Versammlung gemäss dem Versammlungsgesetz – eine sogenannte Paragraph-Zwei-Versammlung – betrachtete, zu verhindern.

Je mehr Kriminalbeamte sich am Saaleingang drängten, desto gespannter wurde die Atmosphäre. Einige Minuten vor dem eigentlichen Beginn der Sitzung erklärte Dr. Straffner, der nicht am Präsidentenstuhl Platz genommen hatte, die Sitzung für eröffnet – oder besser gesagt, für fortgesetzt, denn sie war ja am 4. März gar nicht geschlossen worden. Damit war seiner Ansicht nach der Nationalrat wieder in Funktion. In diesem Augenblick drängten die Kriminalbeamten in den Saal, und Dr. Straffner schloss rasch die Sitzung.

In Wirklichkeit hatte die Polizei die Parlamentssitzung gesprengt. Ich ging unmittelbar danach in die Klubräume der Sozialdemokraten und fragte den Fraktionssekretär Dr. Adolf Schärf, den späteren Bundespräsidenten der Zweiten Republik, wie ich mich als Korrespondent des britischen Parteiblattes zu diesen sensationellen Vorgängen verhalten solle. Dr. Schärf empfahl mir dringend, gar kein Aufhebens davon zu machen. Die Sitzung habe ja ohnedies stattgefunden. Ich war über diese Auskunft sehr enttäuscht und richtete mich auch nicht danach.

Dr. Schärf war damals als Fraktionssekretär ohne Zweifel ein übervorsichtiger und etwas bürokratischer junger Beamter. Er war eine jener Persönlichkeiten, die sich erst mit den ihnen gestellten Aufgaben entwickeln. Sein grosser Augenblick kam nach dem Zweiten Weltkrieg, als er Vizekanzler wurde und die Sozialistische Partei Österreichs mit Energie und Mut neu aufbaute. Aber es dauerte auch dann noch einige Zeit, bis man sich an diese Änderung gewöhnte. Ich erinnere mich, wie im Frühjahr 1945 der erste geheime Kurier der Auslandssozialisten zu uns nach London kam, der das noch unter der Herrschaft der Natio-

nalsozialisten befindliche Österreich besucht und dort Kontakt mit der sozialistischen Untergrundbewegung aufgenommen hatte. Dieser Kurier war der spätere österreichische Botschafter in Washington, Dr. Lemberger. Ich fragte Oscar Pollak, den Chef der österreichischen sozialistischen Emigration, mit einiger Besorgnis, ob der Vertreter der österreichischen Sozialisten im Inland, mit dem der Kurier gesprochen hatte, denn auch gewiss ein «regulärer» Sozialist sei. Oscar antwortete: «Zu regulär.» Dann verriet er mir, es sei Dr. Schärf. In den Jahren nach 1945 hatten die österreichischen Sozialisten Grund, dem «regulären» Hofrat Dr. Schärf dankbar zu sein.

Die Fehleinschätzung der Situation durch Dr. Schärf wurde übrigens auch vom sozialdemokratischen Zentralorgan, der «Arbeiter-Zeitung», geteilt. Diese schrieb am folgenden Tag, dem 16. März 1933, unter dem Titel: «Heiteres in ernster Zeit»: «Die Kriminalbeamten sagten, sie hätten den Auftrag, eine Paragraph-Zwei-Versammlung im Haus am ‚Ring des 12. November‘ Nr. 1 zu verhindern – diese Nachricht löste im ganzen Parlament stürmische Heiterkeit aus: obwohl nur oppositionelle Abgeordnete im Parlament waren, hörte man viele Worte des Dankes an die Regierung Dollfuß, dass sie durch ihre kuriosen Ideen zur Erheiterung in diesen ernsten Zeiten beitrage.»

In Wirklichkeit konnte diese «Verniedlichung» auf die Dauer nicht über die Bedeutung des Geschehenen hinwegtäuschen. Ein Staatsstreich war vor sich gegangen, das Parlament auseinandergejagt worden. Jetzt wäre für die Sozialdemokraten der Augenblick gekommen, den Generalstreik auszurufen und den Zwangsmassnahmen der Regierung eventuell auch bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Die Arbeiterschaft war damals noch nicht durch ständiges Nachgeben entmutigt, die Soldaten noch nicht bereit, auf das Volk zu schießen. Es ist heute kaum denkbar, dass in einem Land wie Österreich die Bevölkerung die Ausschaltung der demokratischen Einrichtungen widerspruchslos zugelassen hätte, obwohl die Ereignisse in Griechenland gezeigt haben, dass es anderswo auch heute noch möglich ist. Doch die sozialdemokratischen Führer hofften im März 1933 im Stillen doch noch auf eine gütliche Einigung und liessen den entscheidenden Moment verstreichen. Die blutige Auseinandersetzung wurde damit nicht erspart, sie kam unter viel ungünstigeren Umständen ein Jahr später.

Bummel im Mai

Aus dem Frühjahr 1933 stammt das Bild von Kanzler Dollfuss als mutiger kleiner David im Kampf gegen den Goliath Hitler. Auch wir Auslandskorrespondenten standen vor der Frage, wie wir die Entwicklung beurteilen sollten. War Dollfuss ein Mann, der alle Macht an sich zog, um die grössere Gefahr des Nationalsozialismus zu bekämpfen, oder war er nur ein kleiner Diktator, bestrebt, die allgemeine Mode mitzumachen und den grossen deutschen Diktator zu imitieren?

Bevor jedoch der Konflikt mit dem Nationalsozialismus ernste Ausmasse annahm, traf Dollfuss noch eine Reihe von Massnahmen, die sich gegen die Linke richteten. Am 31. März wurde der Republikanische Schutzbund, die Wehrorganisation der Sozialdemokraten, von der Regierung aufgelöst. Wieder protestierten die Sozialdemokraten, unternahmen aber sonst nichts. Faktisch bestand der Schutzbund «illegal» weiter.

Als überparteiliche Organisation für die Anhänger der Regierung wurde die «Vaterländische Front» gegründet – zunächst in sehr bescheidenem Umfang, aber es war der erste Schritt zur Bildung einer faschistischen Einheitspartei.

Die Sozialdemokraten hielten zu Ostern 1933 in Wien eine «ausserordentliche Reichskonferenz» ab – keinen normalen Parteitag, sondern eine Konferenz zur Erörterung der aussergewöhnlichen Situation. Hauptreferent über die politische Linie der Partei war Robert Danneberg, der vorsichtige Parteisekretär, der noch immer die Hoffnung auf Verhandlungen aufrechterhielt. Die Sensation dieser Konferenz, an der ich als sozialistischer Journalist teilnahm, waren die stürmischen linken Oppositionsredner, die sofort nach dem Hauptreferat sprachen. Diese vorwiegend jungen Leute – darunter mehrere aus Kärnten – traten in einer für eine sozialdemokratische Parteikonferenz ungewöhnlich heftigen Form für entschiedenem, eventuell gewaltsamen Widerstand ein. Bereits der erste dieser Redner machte starken Eindruck – es war der damals noch ganz unbekannt junge Joseph Buttinger, der spätere Führer der illegalen Partei.

Vierzehn Tage später. Zum erstenmal in der Geschichte der österreichischen Arbeiterschaft wurde der traditionelle Maiaufmarsch der Wiener Sozialdemokraten auf der Ringstrasse verboten. Die Sozialdemokraten reagierten darauf mit einem für sie typischen Kompromiss. Sie gaben an ihre Anhänger die Parole aus, statt eines Aufmarsches am Vormittag

des 1. Mai auf der Mariahilfer Strasse und auf den anderen Zufahrtsstrassen zur Ringstrasse einen «Bummel» zu veranstalten. Das heisst, sie sollten «spazieren gehen», dabei das Parteiabzeichen tragen und sich mit «Freundschaft» begrüssen.

Ich ging mit meiner Freundin Herta Püregger auf der Mariahilfer Strasse auf und ab. Am Ende der Strasse, beim Getreidemarkt, hatte die Polizei Stacheldrahtverhaue aufgestellt und Maschinengewehrnester eingerichtet. Dahinter standen Infanteristen mit Stahlhelmen. Der Bummel – sehr viele hatten dem Aufruf Folge geleistet – verlief trotz dieser gefährlichen Situation in relativ guter Stimmung. Es kam zu keinen Zwischenfällen, auch nicht an den anderen Strassensperren, die auf den Kreuzungen rund um den Ring errichtet worden waren. Wir trafen viele Bekannte auf der Mariahilfer Strasse.

Allerdings hatten auch die Nationalsozialisten ihren Anhängern die Instruktion gegeben, mit Abzeichen auf der Mariahilfer Strasse und den anderen Hauptstrassen zu promenieren. So traf ich einen ehemaligen Schulkollegen, der zwei Jahre vor mir die Reifeprüfung gemacht hatte. Er hatte im Gymnasium einem von mir verehrten kleinen Kreis von intellektuell interessierten Menschen angehört, die von den Mitschülern spöttisch als die «Geisttriefenden» bezeichnet worden waren und sich dann auch selbst so nannten. Ich hatte keine Ahnung, dass er Nazi war. Er ging mit seinem Mädchen auf der Mariahilfer Strasse, war zwar nicht in Uniform, trug aber ein Naziabzeichen. Wir grüssten uns kurz und finster.

Einige Tage darauf erfolgte ein neuer Schlag gegen die Demokratie. Der Verfassungsgerichtshof, auf den die Sozialdemokratie grosse Hoffnungen zur Wiederherstellung der Gesetzlichkeit gebaut hatten, wurde praktisch lahmgelegt. Dies geschah wieder durch juristische Spitzfindigkeiten. Der Verfassungsgerichtshof wurde seit den Verfassungsänderungen von 1929 nach einem komplizierten Schlüssel ernannt. Einer der Richter des Verfassungsgerichtshofs, der von der Christlichsozialen Partei nominiert worden war, legte nun sein Amt mit der Begründung zurück, dass die Zusammensetzung des Verfassungsgerichtshofes nicht mehr den gegenwärtigen Verhältnissen entspreche. An dem Tag, an dem er diesen Beschluss veröffentlichte, erliess die Regierung auf Grund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes eine Verordnung, die besagte, dass ein von einer der gesetzgebenden Körperschaften ernanntes Mitglied des Verfassungsgerichtshofes seine Funktion nur so lange ausüben konnte, als alle auf diese Weise ernannten Mitglieder dem Gerichtshof angehören.

Der Verfassungsgerichtshof trat zwar im Juni noch einmal zur Behandlung eines Streitfalles zusammen, erklärte aber, er könne kein Urteil fällen, weil er nicht ordnungsgemäss zusammengesetzt und weil einzelnen seiner Mitglieder durch die Notverordnung untersagt worden sei, ihre Funktion auszuüben. Das war formell vielleicht richtig, aber damit war die Tätigkeit des Verfassungsgerichtshofs praktisch zu Ende.

Jetzt allerdings wandte sich die öffentliche Aufmerksamkeit dem Konflikt des Bundeskanzlers mit den Nazis zu. Es begann damit, dass die deutschen Nationalsozialisten, ohne die österreichische Regierung vorher konsultiert zu haben, für den 13. Mai 1933 den Besuch prominenter deutscher nationalsozialistischer Politiker in Österreich ankündigten. Das österreichische Regierungsorgan «Reichspost» protestierte dagegen unter dem Titel «Unerwünschter Besuch».

Der Plan der Nazis war, unter dem Vorwand der «Begrüssung» der deutschen Gäste das von der Regierung verhängte allgemeine Aufmarschverbot zu durchbrechen und eine für den 14. Mai angekündigte Heimwehrveranstaltung zu stören.

Der einzige prominente Nazi, der tatsächlich nach Wien kam, war der deutsche Justizminister Hans Frank. Er wurde auf dem Flugplatz vom Wiener Polizeipräsidenten empfangen, der ihm mitteilte, dass sein Besuch unerwünscht sei, dass man jedoch alles tun werde, um seine Sicherheit zu garantieren. Frank sprach in Wien bei einer Versammlung der Nationalsozialisten unter freiem Himmel – einer «Türkenbefreiungsfeier» zum 250. Jahrestag der Türkenbelagerung von Wien, wobei er deutliche Anspielungen auf die baldige «Befreiung» Österreichs durch die Nazis machte. In einer anderen Versammlung in Graz forderte er seine Zuhörer zum Widerstand gegen die österreichische Regierung auf; er sagte, Österreich werde bald mit Deutschland vereinigt werden.

Inzwischen hatte am 12. Mai das Kabinett den Minister für öffentliche Sicherheit Fey bevollmächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler Aufmärsche trotz des allgemeinen Verbots zu gestatten, wenn diese «patriotisch und dem Wohlergehen des Staates dienlich» seien. Daraufhin ermächtigte Fey sich selbst als Heimwehrführer zu einem Aufmarsch der Heimwehr am 14. Mai zur Feier der Befreiung Wiens von den Türken. (Der eigentliche Jahrestag war der 12. September, aber das Thema «Befreiung von den Türken» eignete sich so ausgezeichnet zu Ausfällen gegen das «Asiatentum», womit symbolisch das sozialistische Judentum oder der östliche Kommunismus gemeint sein konnten, dass das Ereignis in diesem Jahr mehrmals gefeiert wurde.)

Bei dem Aufmarsch der 40'000 Heimwehrleute sah Gedye zu, der

von heftigen Gegendemonstrationen der Nazis berichtete. Es kam zu Säbelattacken der Polizei und zu etwa 530 Verhaftungen (meistens Nazis, aber auch 58 Sozialdemokraten).

Frank war über die ihm zuteil gewordene Behandlung wütend und lud einige Auslandsjournalisten in die deutsche Gesandtschaft ein, wo er eine Brandrede hielt. Gedye, der dabei war, erzählt, der «choleriche Nazi, der aussah wie ein idealer Kommandant eines Nazikonzentrationslagers», habe so gebrüllt, «dass ich glaubte, eine Schlagader werde ihm platzen».

Nach der Rückkehr Franks nach Deutschland erliess die deutsche Reichsregierung am 27. Mai eine Verordnung, mit der eine besondere, äusserst hohe Visumgebühr von 1'000 Mark für alle Reisen von Deutschen nach Österreich eingeführt wurde. Ausgenommen waren nur Geschäftsreisen und der lokale Grenzverkehr. Offizieller Grund: das österreichische Verbot von Parteiuniformen und Abzeichen könne dazu führen, dass deutsche Besucher ohne Absicht dagegen verstiessen. (Am 19. Mai hatte die österreichische Regierung ein Verbot des «Zurschaustellens von nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Fahnen» erlassen.) Die deutsche Tausendmarksperrre musste naturgemäss ruinöse Folgen für den Fremdenverkehr in Vorarlberg, Tirol und Salzburg haben.

Dollfuss versuchte eine Verständigung mit den Nazis. In seinem Auftrag fand im Unterrichtsministerium in Wien eine geheime Besprechung statt, an der für die Christlichsozialen Finanzminister Buresch, Unterrichtsminister Schuschnigg und der steirische Landeshauptmann Rintelen teilnahmen, für die Nationalsozialisten der «Landesinspekteur» für Österreich Theo Habicht und der damalige Landesleiter der Nationalsozialisten für Österreich, Alfred Proksch. Die Nationalsozialisten waren mit der Bildung einer Koalitionsregierung zwischen Christlichsozialen und Nationalsozialisten unter Dollfuss einverstanden, verlangten aber Neuwahlen, was Dollfuss ablehnte.

Jetzt begann in grossem Stil der Bombenterror der Nazis in Österreich. Gleichzeitig mit diesen Ereignissen stieg aber auch das Ansehen, das Bundeskanzler Dollfuss im Ausland genoss. In den vorhergegangenen Monaten hatte die österreichische Regierung wenig Grund gehabt, mit der Auslandspresse zufrieden zu sein. Ein Beweis dafür waren die Bemühungen des Gesandten in London, Georg Franckenstein, bei der Zeitung «Times» durch massive Interventionen die Ablösung ihres Wiener Korrespondenten Hugo Neumann durchzusetzen, der am 4. Jänner in einem Artikel «Austria Infelix» düstere Prognosen für Österreich aufgestellt hatte.

Neumann hatte unter anderem erklärt, die Sozialdemokratische Partei in Österreich habe ständig an Einfluss gewonnen. Dies verdanke die Partei zwei Umständen: der Verfügung über die Steuereingänge in Wien, die, wie Neumann schrieb, ausschliesslich der Arbeiterklasse zugute gekommen seien und zweitens dem Mieterschutz. Während der letzten zwei Jahre sei die einheimische Industrie ausschliesslich von der sozialistischen Verwaltung Wiens beschäftigt worden.

Franckenstein berichtete nach Wien über seine Vorsprachen beim stellvertretenden aussenpolitischen Redakteur der «Times», Kennedy. Die «Times» gab schliesslich im Mai nach. Kennedy teilte mit, dass ein Redakteur namens Barker als «erster Berichtersteller» nach Wien entsendet und ihm «ein gewisser Vorrang vor Neumann» eingeräumt werden solle. Barker sei jung, «ein schweigsamer, aber sehr kluger und verlässlicher Mann». Er sei der Sohn eines angesehenen Professors der politischen Wissenschaften in Cambridge (Sir Ernest Barker), der ein echter Freund Österreichs sei.

Kennedy fügte hinzu, man betrachte die österreichische Hauptstadt jetzt als das wichtigste politische Zentrum Mitteleuropas. Barkers Berichte sollten den Standpunkt der österreichischen Regierung berücksichtigen, sie sollten «gerecht und objektiv, aber auch interessant und lebendig» sein. Als lobendes Beispiel für eine solche Schreibweise führte Kennedy die Berichte Gedyes im «Daily Telegraph» an, was Franckenstein nicht sehr gefreut haben dürfte.

Am 10. Juli 1933 reiste Bundeskanzler Dollfuss zur Weltwirtschaftskonferenz nach London. Gesandter Franckenstein hatte ihm die persönliche Teilnahme angeraten. Am Tag nach seiner Abreise begann die nationalsozialistische Terrorkampagne in Österreich mit einem Attentat gegen den Tiroler Heimwehrführer Richard Steidle in Innsbruck (er wurde leicht verletzt) und mit zahlreichen Bombenanschlägen, vor allem gegen jüdische Geschäftslokale in Wien, bei denen es auch Tote gab. Die Behörden schritten scharf ein – im ganzen Land wurden mehrere hundert Nazifunktionäre verhaftet.

Vaugoin hielt eine Rede, in der er betonte, die Nationalsozialisten hätten ihre Existenzberechtigung in Österreich verloren, weil sie Hochverrat begangen hätten. Dollfuss telegraphierte aus London, er sei «mit allen Beschlüssen restlos einverstanden. Den entscheidenden Akt werde ich jedoch erst nach meiner Rückkehr vollziehen». Starhemberg sagte in einer Rede in Krems: «Was man uns als Drittes Reich auf zwingen will, ist Byzantinismus mit slawischen Gedanken.»

In London war der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers ein

rauschender Erfolg. Dollfuss führte Gespräche mit Aussenminister Sir John Simon, dem früheren Aussenminister Sir Austen Chamberlain, den Delegierten Hollands, Belgiens, Japans. Begrüssungsartikel erschienen in der «Sunday Times» und im «Observer». Im «Daily Express» schrieb Selkirk Panton: «Derzeit ist Dollfuss der grösste und auch der kleinste Ministerpräsident Europas.»

Inzwischen protestierte in Wien der deutsche Gesandte Rieth gegen die Verhaftung des deutschen Reichstagsabgeordneten Theo Habicht, Hitlers «Landesinspekteur» für Österreich, der der deutschen Gesandtschaft in Wien als Presse-Attaché zugeteilt war und infolgedessen nach deutscher Ansicht als extraterritorial galt. Als Repressalie verhaftete man in Berlin den Presse-Attaché der österreichischen Gesandtschaft, Legationsrat Dr. Wasserbäck. Nach sieben Stunden wurde Wasserbäck freigelassen, jedoch aus Deutschland ausgewiesen und von Dollfuss nach London gerufen, während man in Österreich Theo Habicht über die deutsche Grenze abschob.

Weiterer Jubel für Dollfuss in London. Bei einer Pressekonferenz erklärte er: «Wir kämpfen heute für die Erhaltung Österreichs als eines selbständigen staatlichen und wirtschaftlichen Gebildes in Mitteleuropa und glauben, dass wir durch das Festhalten an diesem obersten Ziel einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa leisten.» Dollfuss war der Mann des Tages.

Bei einem Galadiner für die Delegierten der Weltwirtschaftskonferenz setzte man Dollfuss an bevorzugte Stelle zwischen Aussenminister Sir John Simon und Dominionsminister Thomas.

Der neuernannte britische Gesandte für Österreich, Sir Walford Selby, der den österreichischen Gast persönlich betreute, deutet die Manipulation der Popularität des Bundeskanzlers durch britische Regierungskreise an, indem er schreibt: «Ich muss gestehen, dass zu meiner Überraschung der Bundeskanzler zum Gegenstand einer grossen Huldigung in England wurde. Ich hörte, dass Sir Robert Vansittart, der Unterstaatssekretär im Aussenministerium, diese Manifestation ermutigte. Zweifellos machte sie tiefen Eindruck auf den Bundeskanzler, der nach Wien mit der Überzeugung zurückreiste, er habe die Unterstützung des Britischen Weltreichs.»

Als Dollfuss eine Rede auf der Weltwirtschaftskonferenz gehalten hatte, meldete die Reuter-Agentur: «Bundeskanzler Dollfuss ist einer der populärsten Delegierten geworden.» Nachdem er noch auf dem Rückweg in Paris mit dem französischen Ministerpräsidenten Daladier und mit Aussenminister Paul-Boncour gesprochen hatte, kehrte Bundes-

kanzler Dollfuss, nunmehr Liebling des Westens, am 16. Juni nach Wien zurück. Am 20. Juni erliess er das Verbot der Nationalsozialistischen Partei für ganz Österreich, einschliesslich ihrer Wehrorganisationen, der SA und der SS.

Pariser Sozialistentreffen

Die österreichische Demokratie und die österreichische Sozialdemokratische Partei waren im Sommer 1933 schwer angeschlagen, aber es fanden noch immer Parteiversammlungen statt, die Parteiführer gaben Erklärungen ab, die Parteipresse erschien. Der Bundesrat und die Landtage traten zu Sitzungen zusammen, in denen debattiert wurde – gewissermassen als Ersatz für den ausgeschalteten Nationalrat.

Im Wiener Landtag und Gemeinderat wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Christlichsozialen, also mit Zweidrittelmehrheit, den nationalsozialistischen Mitgliedern ihre Mandate aberkannt. Der sozialdemokratische Stadtrat Paul Speiser sagte vorher in einer Wiener Konferenz seiner Partei: «Wir verfolgen keine Gesinnung, aber jeder Gegner der Demokratie muss damit rechnen, dass er die Machtmittel der Demokratie zu spüren bekommt.»

Der «Arbeiter-Zeitung» wurde von der Polizei verboten, am Kopf des Blattes den Vermerk «Unter Vorzensur» erscheinen zu lassen. Statt dessen erschien vom 4. Juli an der Vermerk «Unter verschärfter Vorlagepflicht». Es gab oft weisse Flecken, wo Artikel oder einzelne Stellen von der Zensur gestrichen worden waren. Die Zeitungen durften nicht mehr Balkenlettern auf der ersten Seite verwenden, ihre Aufmacher durften eine bestimmte Grösse nicht überschreiten. Das bedeutete eine Störung für die Zeitungskolporteurs, die gewohnt waren, die Zeitungen, die sie zum Verkauf anboten, an der Brust zu tragen, so dass jeder Vorbeigehende den Aufmachertitel lesen konnte. Es war für mich nicht leicht, den Engländern, bei denen diese Usance nicht bestand, klarzumachen, wieso diese Vorschrift eine Behinderung des Zeitungsverkaufs darstellte.

Am 1. Juli 1933 wurde die Heimwehr von Bundeskanzler Dollfuss zur «Hilfspolizei» ernannt und in Kasernen untergebracht.

Bundeskanzler Dollfuss traf mit dem italienischen Diktator Mussolini in dem Badeort Riccione an der Adria zusammen, wo die Unterstützung der österreichischen Diktatur durch den italienischen Faschismus nochmals bekräftigt wurde. Bei dieser Gelegenheit liess sich der italienische Ministerpräsident mit seinem Gast im Badekostüm photographieren, was

in Anbetracht des Umstandes, dass der italienische Diktator fettleibig war, in Österreich Gelächter hervorrief.

Aber nicht nur Dollfuss hatte seine ausländischen Alliierten. Die Sozialisten vertrauten noch immer auf zumindest moralische Hilfe der Sozialistischen Internationale. Zur ausserordentlichen Konferenz der Sozialistischen Internationale, die am 21. August und an den darauffolgenden Tagen in Paris abgehalten wurde, entsandten die Österreicher eine besonders repräsentative Delegation unter der Führung von Bürgermeister Karl Seitz, Otto Bauer und Karl Renner.

Ich unternahm im August 1933 mit meiner Freundin Herta Püregger eine Urlaubsreise nach Frankreich und England, die zum Teil darauf abzielte, die Kontakte mit meiner Zeitung, dem «Daily Herald» aufrechtzuerhalten. Schon im Zug nach Paris trafen wir Jacques Hannak und andere Redakteure der «Arbeiter-Zeitung», die zur Konferenz nach Paris fuhren. Wir nahmen an dieser Konferenz als Zuschauer teil. Es war die letzte Gelegenheit vor dem Zweiten Weltkrieg, bei der die österreichische Sozialdemokratie als legale Partei bei einer internationalen Konferenz auftrat. Die deutschen Sozialdemokraten waren bereits eine Exilpartei. Ihr Vorsitzender Wels, der noch beim Kongress der Internationale in Wien zwei Jahre vorher so grosssprecherisch aufgetreten war, machte jetzt einen müden und eher deprimierten Eindruck. «Wir sagen selbst, dass wir Fehler gemacht haben», gab er in seiner Rede zu. Die Hauptschuld aber liege im Diktat der Friedensverträge gegen Deutschland. «Nach dem Diktat kamen die Diktatoren», sagte der deutsche sozialdemokratische Parteiführer zur Rechtfertigung des kampflosen Untergangs seiner Partei.

Für die Österreicher sprach diesmal der Parteiboss selbst, Bürgermeister Karl Seitz. Dass man ihm und nicht Otto Bauer, dem geistigen Lenker der Partei und Hauptvertreter des «Austromarxismus» diese Aufgabe übertragen hatte, schien mir ein Zeichen für den Ernst der Situation in Österreich. Bürgermeister Seitz sprach von der Gefährlichkeit der Lage und von der Entschlossenheit der österreichischen Arbeiter, sich zu verteidigen. Er appellierte an die Solidarität der Bruderparteien.

Unter den Zuschauern bei der Pariser Konferenz traf ich den jungen Kärntner Joseph Buttinger, dessen leidenschaftliche Oppositionsrede auf der sozialdemokratischen Reichskonferenz im Frühling so starken Eindruck gemacht hatte. Wir führten ein längeres Gespräch, und Buttinger erläuterte, halb im Scherz, wie er die Welt organisieren würde, wenn er universeller Diktator wäre. Mich überraschte das hochentwickelte Selbstgefühl des jungen Funktionärs aus Kärnten. Hier zeigten sich

schon die Eigenschaften, die Buttinger später als Führer der sozialistischen Untergrundbewegung in Österreich auszeichneten.

Während unseres Aufenthaltes in London wohnten wir bei Bekannten; wir besuchten den gerade tagenden Kongress der britischen Gewerkschaften im Seebadeort Brighton. Dieser Kongress stand unter dem Eindruck der demonstrierenden Arbeitslosen, die mit Musik und Transparenten an dem Kongressgebäude vorüberzogen. Die Pausen zwischen den Beratungen verbrachten wir mit Jennie Lee und ihrem Freund, dem Abgeordneten Aneurin Bevan aus Wales, den sie ein Jahr später heiratete. Aneurin Bevan, der berühmte Führer des linken Flügels in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, war in seiner Anfangszeit ein etwas rauher Vertreter der linken Bergarbeiter. Er entwickelte seine echten Qualitäten erst spät, sicher zum Teil unter dem Einfluss Jennie Lees. Sie selbst sagte von ihm nach seinem Tod: «Er wurde alt geboren und starb jung.»

Der Biograph Aneurin Bevans, sein Freund Michael Foot, berichtet, dass Bevan in dieser Zeit von den Ereignissen in Österreich beeinflusst wurde und sogar daran dachte, in seiner Heimatstadt Tredegar in Wales eine Organisation von jungen Leuten zum Zweck der gemeinsamen politischen Bildung und körperlichen Ausbildung zu schaffen, und zwar nach dem Vorbild des Wiener Schutzbundes. Michael Foot erwähnt auch den tiefen Eindruck, den «die heroische Schlacht von Wien» im Jahr 1934 auf diesen Kreis junger britischer Sozialisten machte, «eine Warnung und ein Beispiel, das auf der Linken einen noch stärkeren Widerhall hervorrief als die deutsche Katastrophe».

Otto Bauers «Vier Punkte»

Bundeskanzler Dollfuss hatte bei seiner Zusammenkunft mit dem italienischen Diktator Mussolini im Seebad Riccione von diesem die Zusage erhalten, ihn gegen Deutschland zu unterstützen. Als Gegenleistung musste sich Dollfuss verpflichten, mit der Heimwehr zusammenzuarbeiten und einen scharfen Kurs gegen die Sozialdemokraten einzuschlagen.

Dieser Kurs fand seinen Ausdruck beim österreichischen Katholikentag im September, der gleichzeitig den Höhepunkt der Feiern zum 250. Jahrestag der Befreiung von den Türken darstellte, und bei dem ersten feierlichen Appell der neugegründeten «Vaterländischen Front», der im Anschluss daran am 11. September stattfand. Bei diesem Appell

am Trabrennplatz erklärte Dollfuss, die «Zeit der Parteienherrschaft» sei vorüber. Über das Parlament sagte er: «Eine solche Volksvertretung wird und darf nie wiederkommen.» Mit (wie Funder berichtet) «von innerer Bewegung zitternder Stimme» erklärte Dollfuss: «Ich bin überzeugt, dass es der Wille einer höheren Macht ist, dass wir unser Heimatland Österreich erhalten und dass dieses Österreich in der Gestaltung des öffentlichen Lebens beispielgebend sein wird für andere Völker.»

Gedye, der dieser Kundgebung auf dem Wiener Trabrennplatz von der Pressetribüne aus beiwohnte, schildert das «äusserlich malerische, aber schrecklich deprimierende» Bild der aufmarschierten Heimwehrformationen in ihren grünen Uniformen, flankiert von Tiroler Schützen in ihren Landestrachten. Hunderttausend Menschen schrien «Heil», als der kleine Kanzler in seiner graugrünen Kaiserjägeruniform, den Mantel um die Schultern geworfen und eine weisse Feder am Hut, auf die rotdrapierte Plattform trippelte, um seine Rede zu halten.

Die Türkenbefreiungsfeiern mit ihrer gegen die «Asiaten» gerichteten Symbolik nahmen groteske Formen an. Auf dem Wiener Heldenplatz marschierte Bundeskanzler Dollfuss mit dem Wiener Erzbischof Kardinal Innitzer auf, wobei die Spitze des Zuges von dem nicht zu bezähmenden jungen Pressephotographen Kleinberg gebildet wurde, der fröhlich zwischen den Honoratioren herumtanzte. Kleinberg war der favorisierte Bildlieferant der Café-Louvre-Journalisten. Auf dem Rathausplatz appellierte der Heimwehrführer Starhemberg in einer Rede an die Statue seines Vorfahren, der im Jahr 1683 die Verteidigung von Wien geleitet hatte und forderte von Kanzler Dollfuss, er solle die «Bolschewiken» beseitigen, die «da drinnen (im Rathaus) sitzen».

Dass es Dollfuss mit dem Glauben an seine gottgegebene Sendung und mit der Beseitigung der Parteienherrschaft ernst war, zeigte er wenige Tage nach der Türkenbefreiungsfeier, als er überraschend sein Kabinett umbildete und den Führer des Landbundes, Vizekanzler Franz Winkler, der gegen den faschistischen Kurs aufgetreten war, daraus entfernte. An seiner Stelle wurde Major Fey Vizekanzler. Um das Ausland zu beruhigen, wurde Fey für kurze Zeit die Kompetenz über das Sicherheitswesen entzogen. Er war vorläufig Minister ohne Portefeuille.

Gleichzeitig wurde Heeresminister Vaugoin, der erst wenige Monate vorher neuerlich zum Bundesparteiobmann der Christlichsozialen gewählt worden war, aus der Regierung entfernt. Dollfuss war verärgert, dass er nicht selbst Parteiobmann geworden war. Die offizielle Begründung für die Absetzung des reaktionären Heeresministers, dem seine Partei trotz allem so viel verdankte und der ihr auf seine Weise treu

gedient hatte, lautete, man wolle die Regierung von parteipolitischen Elementen säubern. In Wirklichkeit wollte sich Dollfuss von den Fesseln befreien, die ihm seine eigene Christlichsoziale Partei noch immer auferlegte. Einige Wochen später wurde Vaugoin auch als Parteiobmann «beurlaubt» und später durch einen Nichtparlamentarier, den ehemaligen Minister Dr. Emmerich Czermak, ersetzt.

Im Zeichen des neuen Kurses trat am 27. September der Heimatschutz (die Heimwehr) korporativ der «Vaterländischen Front» bei.

Unter den Notverordnungen, die auf Grund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassen wurden, ist eine vom 23. September 1933 besonders bemerkenswert. Durch sie wurde – nach deutschem Muster – ein Konzentrationslager (unter dem verschämten Namen «Anhaltelager») in Wollersdorf in Niederösterreich errichtet, in dem durch einfache Polizeiverfügung ohne richterliche Anordnung Personen auf unbestimmte Zeit festgehalten werden konnten. Zuerst wurden einige Nationalsozialisten nach Wollersdorf geschickt. Ihnen folgten später zahlreiche Sozialdemokraten und Kommunisten.

All das führte zu wachsender Unruhe in Österreich. Man wartete allgemein auf das Ereignis, das im Volksmund als «der grosse Kladderadatsch» bezeichnet wurde, wobei die Frage offenblieb, ob damit ein bewaffneter Zusammenstoss oder der kampflose Untergang der Sozialdemokratischen Partei gemeint war. Da weite Kreise in der Sozialdemokratischen Partei die letztere Möglichkeit ausschliessen wollten, einigten sich am 17. September der Sozialdemokratische Parteivorstand und der Bundesvorstand der Freien Gewerkschaften auf eine Liste von vier Fällen, in denen auch ohne besonderen Beschluss der Parteiinstanzen automatisch auf eigene Initiative der Widerstand der Massen durch einen Generalstreik und bewaffneten Kampf beginnen sollte.

Diese vier Fälle, die zwar nicht offiziell bekanntgegeben, aber unter der Hand überall verbreitet wurden, sind als die «Vier Punkte Otto Bauers» bezeichnet worden, weil man ihre Formulierung dem geistigen Führer der Partei zuschrieb. Diese Fälle, in denen die Arbeiter selbst die Initiative ergreifen sollten, ohne auf ein Zeichen «von oben» zu warten, waren:

1. die Auflösung der Partei;
2. die Auflösung der Gewerkschaften oder die Einsetzung eines Regierungskommissärs für die Gewerkschaften;
3. die Besetzung des Wiener Rathauses oder die Einsetzung eines Regierungskommissärs für die Wiener Gemeindeverwaltung;

4. die gewaltsame Einführung (Oktroyierung) einer faschistischen Verfassung.

Mit dieser Aufzählung sollte den Unterdrückungsmassnahmen der Regierung Dollfuss ein Riegel vorgeschoben werden. Es sollte heissen: «Bis hierher und nicht weiter!» In Wirklichkeit war die Wirkung dieser vier Punkte genau umgekehrt. Die Sozialdemokraten zeigten damit dem Gegner an, wie weit er gehen konnte, ohne einen Aufruf der Sozialdemokraten zum Bürgerkrieg befürchten zu müssen. Es war eine Einladung zu jener Methode, die nach dem Zweiten Weltkrieg von dem ungarischen Kommunistenführer Rákosi geübt wurde und die man damals die «Salamitaktik» nannte: kleine Schritte, die dem Gegner immer mehr Rechte wegnehmen, bis am Schluss nichts mehr übrig ist. Dabei darf aber jede einzelne Massnahme nicht so umfassend sein, dass sie dem Gegner Anlass zu allgemeinem Widerstand gibt.

Diese vier Punkte wurden von allen Seiten mit Recht in dem Sinn verstanden, dass man bei anderen als den in ihnen angeführten Massnahmen eben nicht mit dem offenen Widerstand der Sozialdemokraten zu rechnen haben werde. Das entsprach in Wirklichkeit wohl auch dem geheimen Wunsch Otto Bauers und der sozialdemokratischen Parteiführung. Sie hatten sich damit des Problems entledigt, in jedem Fall die Entscheidung über Kampf oder Zurückweichen treffen zu müssen. Solange der Gegner nicht einen der vier Grundbelange verletzte, konnte man ihn gewähren lassen, ohne ihm mehr entgegenzusetzen zu müssen als verbalen Protest.

Um die österreichische Arbeiterschaft durch eine Demonstration internationaler Solidarität zu ermutigen und um die Faschisten einigermassen einzuschüchtern, wurde vom Internationalen Gewerkschaftsbund Anfang Oktober kurzfristig eine Exekutivsitzung nach Wien einberufen, um die ernste Lage in Österreich zu besprechen. Zu diesem Zweck kam auch der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Generalsekretär der britischen Gewerkschaften, Walter Citrine, in die österreichische Hauptstadt.

Citrine war schlank, grauhaarig, sehr ruhig, die Verkörperung des vornehm-reservierten Engländers. Nach seiner vorsichtigen Führung des grossen britischen Generalstreiks von 1926 galt er in den Arbeiterkreisen seines Heimatlandes eher als zurückhaltend, jedenfalls nicht als Revolutionär. Es bereitete ihm sichtlich Vergnügen, in Wien ständig von Agenten der Staatspolizei «beschattet» zu werden und in Kreisen der österreichischen Regierung den Verdacht zu erregen, mit den österrei-

chischen Gewerkschaften die Überweisung von Geldern zum Ankauf von Waffen aus der Tschechoslowakei zu erörtern. Wieweit diese Vermutungen berechtigt waren, verriet mir Citrine nicht.

Es lag dem britischen Gewerkschaftsführer viel daran, sich von den österreichischen Gewerkschaftern ihre Probleme im Einzelnen schildern zu lassen. Aus diesem Grund fand eine Konferenz mit den führenden österreichischen Gewerkschaftern statt, die von Johann Schorsch, dem Generalsekretär der österreichischen Gewerkschaften, geleitet wurde. Ich sass bei dieser Besprechung hinter dem britischen Gewerkschaftsführer und übersetzte ihm Wort für Wort die Befürchtungen und Sorgen seiner österreichischen Kollegen. Den Eindruck, den ich (und wohl auch Citrine) von dieser Besprechung hatte, war der, dass die österreichischen Gewerkschaften trotz ihrer erklärten Kampfschlossenheit viel lieber auch noch in letzter Stunde eine Einigung mit der Regierung erzielt hätten.

Citrine schrieb nach seiner Rückkehr nach London im «Daily Herald» einen Artikel über Österreich, in dem die gefährliche Situation betont wurde. Der Gesandte Franckenstein nahm diesen Artikel gebührend ernst und sandte ihn zur Kenntnisnahme an den Bundeskanzler nach Wien.

Am 3. Oktober befand ich mich gerade in der Redaktion der «Arbeiter-Zeitung», als die Nachricht eintraf, ein Mann habe ein Pistolenattentat auf Bundeskanzler Dollfuss begangen, dieser sei jedoch nicht verletzt worden. Der Attentäter – angeblich ein Sozialdemokrat – sei verhaftet worden. Nun war genau das Ereignis eingetreten, das man befürchtet hatte: vielleicht ein erfundenes Attentat, ähnlich dem Reichstagsbrand in Deutschland, jedenfalls aber ein Anlass für die Generalaktion gegen die österreichischen Sozialdemokraten.

Wir eilten aus der Redaktion in den ersten Stock des Parteihauses hinunter, wo Major Alexander Eifler, der militärische Leiter des Schutzbundes, seine Büroräume hatte. Eifler, hochgewachsen und schlank, jeder Zoll ein ehemaliger Offizier, nahm die Nachricht gelassen entgegen, hatte aber keine Zweifel an ihrer Bedeutung. Er sagte, es habe ja einmal so kommen müssen. Er war gerade im Begriff, die Anweisungen an den Schutzbund zu geben, als eine neue Botschaft eintraf: der verhaftete Attentäter, ein junger Mann namens Rudolf Dertil, sei gar kein Sozialdemokrat, sondern entweder ein Nationalsozialist oder ein unpolitischer Narr. Jedenfalls sei keine Aktion notwendig.

Eifler nahm wieder an seinem Schreibtisch Platz. Das Ereignis stellte sich als das heraus, was man in der englischen Theatersprache «a false exit» nennt, einen falschen Abgang: wenn ein Schauspieler mit grosser Geste zu einer Tür geht und erst im letzten Augenblick: merkt, dass die

Tür eine Kulisse und gar nicht zu öffnen ist. Auch die Weltgeschichte hat ihre «falschen Abgänge», ihre hochdramatischen Momente, die zu nichts führen. Man könnte sich fragen, was geschehen wäre, wenn Eifler in diesem Augenblick das Kommando zum Kampf gegeben hätte. Die Organisation des Schutzbundes war damals trotz des offiziellen Verbots noch intakt.

Die Behörden klärten die Hintergründe des Dertil-Attentats nie völlig auf. Dertil war ein ehemaliger Soldat und stand nationalsozialistischen Kreisen nahe. Über die Motive seines Attentats machte er verworrene Angaben. Jedenfalls war die Regierung bemüht, den nationalsozialistischen Charakter des Attentats nicht hochzuspielen. Auch die Waffe, die er benützt hatte, wurde als für den Zweck völlig ungeeignet bezeichnet, als eine ganz kleine Pistole, beinahe ein Spielzeug.

Nun auch mit einer kleinen Märtyrerkrone versehen, schritt Bundeskanzler Dollfuss zu seiner nächsten politischen Aktion. Er ernannte Starhemberg zu seinem Stellvertreter in der «Vaterländischen Front». Die Absicht war, Starhemberg gegen seinen Rivalen Fey auszuspielen. Dass Dollfuss Fey nicht mochte und ihm nicht traute, geht auch aus den Schilderungen der Parteigänger des damaligen Regierungslagers deutlich hervor. So schreibt Funder: «Der stärkste Mann in der Nähe des Kanzlers war der Wiener Heimwehrführer Major Fey, der für kriegerische Unternehmungen gegen das marxistische Hauptquartier im Rathaus auf der Lauer lag. Dollfuss erkannte bald die Natur dieses Mannes und zog es vor, soweit er ihn nicht ausschalten konnte, ihn behutsam zu behandeln.»

Die Brückenbauer

Es wäre falsch zu glauben, die letzten Schritte zum Bürgerkrieg seien mit der Unvermeidlichkeit einer griechischen Tragödie erfolgt. In beiden grossen österreichischen Parteien bestanden starke Gruppen, die bis zum letzten Augenblick auf eine Zusammenarbeit hinarbeiteten. Auf der Seite der Christlichsozialen waren es die Wiener Arbeiterorganisationen unter Leopold Kunschak und die niederösterreichischen Bauern unter Landeshauptmann Josef Reither. Bei den Sozialdemokraten waren es ebenfalls die Niederösterreicher, vor allem Landeshauptmannstellvertreter Oskar Helmer und Heinrich Schneidmadl. Der Inspirator dieser Gruppe war der frühere Staatskanzler Karl Renner, der selbst den niederösterreichischen Wahlkreis Wiener Neustadt vertrat. Nachdem gelegentlich der Eröffnung einer Brücke in Niederösterreich von Politikern beider Par-

teien versöhnliche Reden gehalten worden waren, bei denen die Symbolik der Brücke eine Rolle spielte, nannte man diese Vertreter beider Seiten mit sanfter Ironie die «Brückenbauer».

Bei dem ausserordentlichen Parteitag der Sozialdemokraten, der am 14. und 15. Oktober 1933 im Favoritner Arbeiterheim in Wien stattfand und an dem ich als Vertreter der sozialistischen Presse teilnahm, kam im Gegensatz zu der Parteikonferenz vom vorhergegangenen Frühling nicht nur die linke Opposition, sondern auch die auf Verständigung mit den Christlichsozialen drängende rechte Opposition zu Wort. Ihr eindrucksvollster Sprecher war der niederösterreichische Landtagsabgeordnete Popp, der in der Partei zur Unterscheidung von anderen Persönlichkeiten gleichen Namens nach seinem Herkunftsort gewöhnlich als «der Popp von Hohenau» bezeichnet wurde. Dieser Mann mit dem adelig klingenden Spitznamen hielt eine ausgezeichnete Rede, die mir gut gefiel.

Im Übrigen wurden bei diesem Parteitag die «vier Punkte» Otto Bauers bestätigt und ein Parteirat von 60 Mitgliedern eingesetzt, um im Notfall durch eine Körperschaft, die kleiner war als der Parteitag, rasche Entschlüsse fassen zu können.

Die Aussichten auf eine Verständigung standen aber in Wirklichkeit schlecht, weil Dollfuss nichts unternehmen wollte, was seinen Protektor Mussolini verärgert hätte. Die nationalsozialistischen Sprengstoffanschläge häuften sich. Daraufhin verhängte Dollfuss am 12. November über Österreich auf unbestimmte Zeit das Standrecht. Dadurch wurde die in Österreich abgeschaffte Todesstrafe für bestimmte Verbrechen automatisch wieder in Kraft gesetzt.

Die Todesstrafe wurde aber nicht gegen nationalsozialistische Sprengstoffattentäter angewendet, sondern gegen einen schwachsinnigen Landstreicher namens Peter Strauss, der einen Heustadel in Brand gesetzt hatte, weil ihm ein Bauer Almosen verweigert hatte. Strauss bat händelnd um Gnade: «So viele Mörder sind freigegangen, und ich muss für einen Heustadel hängen!» Er wurde – wie das Standrecht es vorschreibt – mit militärischen Zeremonien gehenkt. Es war diese Art von unmenschlicher Kleinlichkeit, die einen ausländischen Beobachter wie den Engländer Gedye besonders entsetzte.

Inzwischen fand wieder ein Versuch zur Verständigung zwischen Dollfuss und den deutschen Nationalsozialisten statt. Am 8. Jänner 1934 hätte der von Hitler eingesetzte und im Vorjahr aus Österreich ausgewiesene «Landesinspekteur» für Österreich, Theo Habicht, geheim auf dem Flughafen Aspern in Wien landen und mit Bundeskanzler Dollfuss

eine Besprechung in dem nahegelegenen Haus des Finanzministers Dr. Karl Buresch abhalten sollen. Der Heimwehrminister Fey erfuhr davon und schlug einen Wirbel im Ministerrat. Die Verhandlungen wurden daraufhin von österreichischer Seite abgebrochen und Theo Habicht, der sich bereits im Flugzeug auf dem Weg nach Wien befand, von Hitler zurückberufen.

Dadurch stieg das Prestige Feys, vor allem bei Mussolini. Am 14. Jänner wurde Fey wieder mit der Leitung des Sicherheitswesens betraut, die ihm eine Zeitlang entzogen gewesen war. Der italienische Diktator, der über die Unverlässlichkeit seines österreichischen Bundesgenossen beunruhigt war, schickte seinen Unterstaatssekretär im Aussenministerium, Fulvio Suvich, nach Wien, um nach dem Rechten zu sehen. Suvich hat zwar später bestritten, Dollfuss zu Aktionen gegen die Sozialdemokraten aufgefordert zu haben, aber jedenfalls trug sein Erscheinen in Wien – das von den Nationalsozialisten mit Gegendemonstrationen begrüßt wurde – dazu bei, die Position Feys gegenüber Dollfuss zu stärken. Fey stand damals, wie Otto Leichter in seinem Buch «Zwischen zwei Diktaturen» bemerkt, auf dem Höhepunkt seiner Macht. Er hoffte vermutlich, an Stelle von Dollfuss Diktator zu werden und nützte nunmehr seine starke Position rücksichtslos aus, um die gewaltsame Auseinandersetzung mit den Sozialisten herbeizuführen.

Um diese Zeit liess mich Otto Bauer zu sich rufen und diktierte mir ein Interview für den Londoner «Daily Herald», in dem er auf die gefährliche Lage hinwies. Auf meine Vorschläge, das Interview aufgelockerter zu gestalten, um ihm eine bessere Wirkung in der englischen Presse zu sichern, ging er nicht weiter ein. Meine persönlichen Beziehungen zu dem geistigen Führer der österreichischen Sozialdemokraten waren niemals besonders eng. Nach dem Krieg begrüßte mich zwar Oskar Helmer bei unserem ersten Zusammentreffen in London mit den Worten: «Ah, der Liebling Otto Bauers», aber wenn ich wirklich Otto Bauers Liebling war, hat er es mich niemals merken lassen. Die Bemerkung Helmers war vermutlich in aller Freundschaft als ein Ausdruck des Triumphs gedacht, den die nach dem Krieg siegreiche «Gruppe Renner» gegenüber allen jenen hegte, die irgendwie zum Kreis der «Arbeiter-Zeitung» gehört hatten. In Wirklichkeit war ich für Otto Bauer und seinen Kreis in meiner ganzen Grundhaltung zu englisch und zu «pragmatisch». Auch teilte ich niemals die glühende Bewunderung der meisten jungen Sozialdemokraten für Otto Bauer, wenn ich ihn auch sehr hoch achtete.

Am 1. Februar erliess die Regierung eine neue Notverordnung, durch

die in allen Bezirken und Gemeinden Sicherheitskommissäre eingesetzt wurden. Dadurch wurde den gewählten Bürgermeistern ein wichtiger Teil ihrer Machtbefugnisse entzogen.

Aber nochmals kamen die Freunde der Verständigung im Regierungslager zum Wort. Am 2. Februar (Maria Lichtmess war damals ein gesetzlicher Feiertag) kamen die niederösterreichischen Bauern nach Wien zu einer Massenkundgebung «für den Bürgerfrieden und gegen den nazistischen Terror». In mehr als 50 Extrazügen beförderte der Niederösterreichische Bauernbund seine Anhänger in die Bundeshauptstadt. Der Aufmarsch, der vom niederösterreichischen Landeshauptmann Reither gelenkt wurde, war eine für jeden deutliche Demonstration der Bauern für eine Verständigung mit den Sozialdemokraten.

Ich stand im Spalier auf der Ringstrasse, während die Bauern vorbeimarschierten. Eine mitziehende Musikkapelle intonierte eine Melodie, die ich von der Jugendbewegung her kannte:

„D’ Zit isch do! D’ Zit isch do!
singt aus dem Nussbaum der Guggu.
D’ Zit isch do! D’ Zit isch do!
singt’s aus dem Nussbaum schon.
Singt’s aus dem Schlehdornhag,
Singt’s, was es singen mag
S’ isch Maientag! S’ isch Maientag.»

Einen stärkeren Kontrast zu den Liedern, die man in letzter Zeit bei Wiener Demonstrationen gehört hatte, war kaum vorstellbar. In der darauffolgenden Massenversammlung, bei der auch Bundeskanzler Dollfuss sprach, erklärte Landeshauptmann Reither die Bereitschaft der Bauern, in der Abwehr der nazistischen Anschläge «besonders mit den Arbeitern Hand in Hand gehen zu wollen». Die Bauern begrüßten diese Erklärung mit donnerndem Beifall.

Und doch war es wieder nur eine Illusion, denn schon am nächsten Tag begann im Auftrag Major Feys in ganz Österreich die Waffensuche in den Parteilokalen der Sozialdemokraten. Gleichzeitig wurde die ehemalige Leitung des Schutzbundes, darunter der militärische Kommandeur Major Eifler und sein Adjutant Hauptmann Löw, verhaftet.

Am 7. Februar ordnete Fey, während Bundeskanzler Dollfuss beim ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös in Budapest zu Besuch weilte, die Mobilisierung des «Freiwilligen Schutzkorps» (der Heimwehr und der anderen rechtsgerichteten Wehrverbände) an. Am 8. Februar veran-

staltete die Polizei, mit Stahlhelmen und Gewehren ausgerüstet, eine Hausdurchsuchung in der Zentrale der Sozialdemokratischen Partei auf der Rechten Wienzeile und in der im gleichen Gebäude gelegenen Redaktion der «Arbeiter-Zeitung». Am 9. Februar verhandelte der aus Budapest zurückgekehrte Bundeskanzler Dollfuss mit den Heimwehrführern, die eine Entfernung der gewählten Landesregierungen in den Bundesländern forderten. Allerdings fand am gleichen Tag auch noch eine Sitzung des Wiener Gemeinderats statt, bei der Redner beider Parteien, auf der christlichsozialen Seite vor allem Leopold Kunschak, sich für eine Versöhnung aussprachen.

Am Sonntag, dem 11. Februar, hielt Major Fey die berühmte Rede, die als Einleitung des Bürgerkriegs betrachtet wird. Nach einer Geländeübung der Heimwehr in Langenzersdorf bei Wien fand eine «Gefallenenehrung» statt, bei der Fey ankündigte: «Wir werden morgen an die Arbeit gehen, und wir werden ganze Arbeit machen.» Funder betont in seinen Memoiren, der Text dieser Rede sei (von Gedye und anderen) verstümmelt wiedergegeben worden. Fey habe in Wirklichkeit gesagt: «Wir werden morgen an die Arbeit gehen, und wir werden ganze Arbeit leisten für unser Vaterland, das nur uns Österreichern allein gehört, das wir uns von niemandem nehmen lassen und für das wir kämpfen wie jene Helden, die wir grüssen mit dem Grusse: Heil Österreich!»

Es ist Sache der Interpretation, ob die von Fey angekündigte «ganze Arbeit» als Beginn der entscheidenden Aktionen gegen die Sozialdemokraten aufgefasst werden sollte. Mir scheint der Text auch mit dem von Funder erwähnten Zusatz klar genug. Fey wollte den Kampf.

3. Teil

DAS JAHR DER ZWEI BÜRGERKRIEGE

Der Februarkampf

Hinter der «feindlichen» Front

Die Wiener Korrespondenten der ausländischen Zeitungen befanden sich während des Bürgerkrieges im Februar 1934 in einer merkwürdigen Lage. Die meisten von ihnen standen innerlich auf Seiten der Sozialdemokraten. Es war unsere journalistische Aufgabe – und bei manchen, wie bei mir als Korrespondenten des Londoner «Daily Herald», auch unsere politische Aufgabe –, die Welt über den Kampf der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiter zu informieren. Da jedoch die Kontakte zu den kämpfenden Schutzbündlergruppen bald abrisen, konnte man sehr schwer verlässliche Nachrichten erhalten.

Wir befanden uns vom ersten Augenblick an sozusagen hinter der Front des Gegners. Was in den belagerten Wiener Gemeindebauten von Wien, was in Linz und in der Obersteiermark vor sich ging, konnten wir nur vermuten oder aus den von der Regierung Dollfuß herausgegebenen einseitigen Kommunikés schliessen. Vieles erfuhren wir erst Tage später.

Ich will zuerst meinen persönlichen Bericht geben. Am Morgen des 12. Februar 1934 fuhr ich wie an jedem anderen Tag in meine Rechtsanwaltskanzlei. Gegen zehn Uhr rief mich John Gunther, der Korrespondent der «Chicago Daily News», an, um mir mitzuteilen, dass in Linz bei einer Waffensuche im Arbeiterheim schwere Kämpfe zwischen

der Polizei und Schutzbündlern ausgebrochen seien. Ich glaubte damals eigentlich, der Kampf sei aussichtslos und in Linz bereits zu Ende.

Als ich etwa eine Stunde später aus dem Landesgerichtsgebäude in der Alser Strasse kam, wo ich in meiner Funktion als Rechtsanwalt eine Besprechung gehabt hatte, ging ich in eine Trafik neben dem Gerichtsgebäude, um mir Pfeifentabak zu kaufen. Während ich im Geschäft war, ging das Licht aus. Draussen blieben die Strassenbahnen stehen. Ein Strassenbahner, den ich nach der Ursache fragte, erwiderte, er wisse es nicht. Es war halb zwölf Uhr mittags.

Jetzt erst kam mir zu Bewusstsein, dass der Generalstreik ausgebrochen und der Moment der Entscheidung gekommen war. Ich erreichte die Parteizentrale nicht mehr. Jetzt bemühte ich mich, Kontakt mit meinen engsten Freunden aufzunehmen. Ich traf Fritz Jahnel, der im Rathaus im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum beschäftigt war, und Pepo Afritsch, damals Angestellter der Stadtgardendirektion. Mit ihnen verbrachte ich den grössten Teil der nächsten drei Tage. Aber schon am frühen Nachmittag begann der Rundfunk wieder zu senden – und zwar Nachrichten der Regierung Dollfuss. Sie behaupteten, der Generalstreik sei abgebrochen und der «Aufstand» niedergeschlagen. Ausserdem berichteten sie über das Verbot der Sozialdemokratischen Partei, die Auflösung der Gewerkschaften, die Besetzung des Wiener Rathauses und die Verkündung des Standrechts.

Diesmal jedoch glaubten wir den Nachrichten über das Ende der Kämpfe nicht. Jetzt kamen auch schon die ersten Botschaften, meistens waren es anonyme Telephonanrufe, aber ich kannte die Stimmen meiner Freunde. Sie teilten mir mit, wo gekämpft wurde. Nun begann ich auch meine Berichte nach London zu telephonieren – dass die Situation verzweifelt sei, die Kämpfer heroisch, die Entscheidung noch nicht endgültig gefallen. Vom nächsten Morgen an druckte der «Daily Herald» in London meine Meldungen unter meinem Namen mit grossen Schlagzeilen auf der Titelseite: «Wiens heroische Sozialisten leisten noch Widerstand.»

Die Berichte wurden vollinhaltlich wiedergegeben.

Von dem Moment an rechnete ich mit meiner Verhaftung, doch ich wusste, um wieviel mein Risiko in diesem Fall geringer war als das der kämpfenden Schutzbündler. Und ich wurde damals überhaupt nicht verhaftet. Jetzt funktionierte auch der Kontakt mit meinen Kollegen von der britisch-amerikanischen Presse, an die ich viele der Nachrichten, die ich erhielt, weitergab – es waren auch wichtige und verlässliche Meldungen darunter – und die mir wiederum ihre eigenen Kenntnisse mitteilten.

Das Parteihaus in der Wienzeile war bereits in den Morgenstunden von der Polizei besetzt worden. Gedye berichtet in «Die Bastionen fielen», dass es ihm noch im letzten Augenblick geglückt war, in die Parteizentrale zu gelangen. Er drang in das Zimmer Oscar Pollaks vor. Der Chefredakteur war gerade dabei, seinen Zivilanzug mit der grau-grünen Uniformjacke zu vertauschen. «Es ist jetzt ernst», sagte Oscar. «Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Ich muss das Haus durch den Nebenausgang verlassen. Du kannst mit mir kommen oder nicht – ganz wie du willst.» Die Polizei könne das Haus jeden Augenblick stürmen, meinte er, und war im selben Augenblick verschwunden. Gedye eilte die Stiege hinunter und verliess das Haus durch das Haupttor. Draussen stand schon die Polizei mit Stahlhelmen und Gewehren.

Ich verbrachte den Tag zwischen der Kanzlei und meiner Wohnung in Hietzing. Meine Freundin Herta Püregger (heute meine Frau) fungierte als Sekretärin. Am Nachmittag waren auch in Hietzing Schüsse zu hören. Wir erfuhren erst später, dass am Goldmarkplatz geschossen wurde, wo ich einmal als Funktionär der Jugendorganisation tätig gewesen war und wo eine Gruppe Schutzbündler unter Führung Münchreiters gegen die Polizei kämpfte. In der Nacht schlief ich wenig und telephonierte oft.

Und dann feuerten die Kanonen. Drei Tage lang erzitterte Wien vom Kanonendonner, als die Artillerie die Gemeindegäuser beschoss. Immer wieder kamen neue Telephonanrufe. Manche waren hoffnungsvoll: Tschechische Truppen seien auf dem Weg nach Wien, um den Sozialdemokraten zu helfen. Ein Entsatzheer aus der Obersteiermark sei im Anrücken. Ich gab die Nachrichten nach London weiter, vergass aber nicht, hinzuzufügen, dass es sich dabei vermutlich nur um Gerüchte handle, ja dass die Situation für die Sozialdemokraten fast aussichtslos sei.

Dienstag, Mittwoch – der Kanonendonner ging weiter. Und immer wieder meldete die Regierung, der «Aufstand» sei gänzlich niedergeschlagen. Jetzt kamen auch Anrufe angeblich bevollmächtigter Vertreter der Dollfussregierung, die meinen Vater – einen ehemaligen sozialdemokratischen Gemeinderat – veranlassen wollten, über den Rundfunk die kämpfenden Sozialisten zur Übergabe aufzufordern – zur Vermeidung weiteren Blutvergiessens und gegen völlige Straffreiheit für alle, die die Waffen niederlegten. Mein Vater glaubte den Zusicherungen nicht und schwieg.

Über die Wirkung der Ereignisse schreibt Gedye: «Diese schreckliche Nacht vom 12. zum 13. Februar gab mir als Journalisten eine grosse

Story. Aber sie tat für mich noch etwas anderes. Sie beseitigte alle noch bestehenden Zweifel, die ich haben mochte, wo ich selber stehen würde, falls einmal in meinem eigenen Land die grausame und verräterische Bestie des Faschismus ihr Haupt erheben sollte.»

Ganz anders sah dies Pembroke Stephens vom «Daily Express», der mir im Journalistenzimmer mit ehrlichem Neid sagte: «Was für eine wunderbare Story für dich!» (Pembroke Stephens, der Wien schon einige Monate später verliess, kam 1937 in Shanghai ums Leben, als er von einem Turm aus die Kämpfe zwischen Japanern und Chinesen beobachtete und von einer Kugel getroffen wurde.)

Am Dienstag Abend erhielt ich Anrufe von Freunden, die mir verzweifelt mitteilten, Georg Weissei, der Feuerwehrkommandant von Floridsdorf, den ich von dem Verband der sozialistischen Studenten her kannte, sei verhaftet, und man wolle ihn hinrichten. Ich möge doch versuchen, von London aus eine Intervention zu erreichen. Ich gab die Nachricht sofort weiter, aber es nützte nichts. Am Mittwoch Nachmittag hatte ich einen Nervenzusammenbruch, als ein Telephonist in London mich nicht verstehen konnte. Dann sagte ich mir, dass andere wahrlich grössere Sorgen hatten als ich.

Am Donnerstag, als die Kämpfe im Wesentlichen aufgehört hatten, fuhr ich mit einigen Kollegen durch die Kampfgebiete. Ich hatte dies vorher nicht getan, zum Teil, weil ich mich nicht unnötig in Gefahr begeben wollte, zum Teil auch, um nicht hinter der Front der schiessenden Heimwehr als «Kriegsberichterstatter» aufzutauchen. Jene Gemeindebauten, um die gekämpft worden war, boten einen desolaten Anblick. Die Geschosse der Artillerie hatten klaffende Lücken in die Mauern gerissen. Auf die Mauern des sogenannten «Indianerhofs» in Meidling, der am 14. Februar von den Streitkräften der Exekutive erobert worden war, hatten die «siegreichen» Heimwehrlere in riesigen Lettern die Worte «Emil-Fey-Hof» geschmiert.

Wir kamen nach Döbling zum Karl-Max-Hof, der nach heftigem Beschuss durch die Artillerie riesige Löcher aufwies. Hier war die Polizei noch im Einsatz. Ein Polizist im Stahlhelm und mit einem drei Tage alten Stoppelbart, den Karabiner in der Hand, wies uns den Weg. Während wir die Verwüstungen betrachteten, knatterten vom Gebäude her einige Schüsse. Man sagte uns, dort oben befinde sich noch irgendwo in einer Dachluke ein einsamer Schutzbündler, der entschlossen sei, bis zum Letzten zu kämpfen. Irgendjemand behauptete sogar, zu wissen, wer es sei: der sozialdemokratische Bezirkssekretär von Döbling, Karl Mark. Tatsächlich aber war mein Freund Karl Mark, der spätere Par-

lamentsabgeordnete der Zweiten Republik, um diese Zeit schon längst verhaftet.

Die Schüsse, die wir dort hörten, waren vermutlich die letzten, die in den Februarkämpfen fielen.

Der Mythos und die Wahrheit

Es gibt einen Mythos über den Februar 1934, der von der Wahrheit in vielen Punkten abweicht. Wie bei den meisten historischen Ereignissen hat der Mythos einen wahren Kern. Der österreichische Bürgerkrieg im Februar 1934 war der erste bewaffnete Widerstand von Demokraten gegen den Faschismus. Er war zwar vergeblich, aber er gab den linken demokratischen Kräften in ganz Europa neuen Mut. Die österreichischen Arbeiter, die in ihren Wiener Gemeindehäusern gegen die Artillerie des Bundeskanzlers Dollfuss kämpften, wurden als Helden verherrlicht.

Das Dollfussregime, verkörpert durch den Bundeskanzler, wurde zum Symbol einer engherzigen und gleichzeitig brutalen Tyrannei. Der demokratischen Weltöffentlichkeit erschien die Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuss am 25. Juli 1934 und die gewaltsame Inbesitznahme Österreichs durch Hitler im Jahr 1938 als eine Art Nemesis, als die Strafe der Weltgeschichte. Die zweifellos ehrlichen Bemühungen der Politiker des österreichischen Ständestaates, das «grössere Übel» des Nationalsozialismus von Österreich fernzuhalten, fanden zwar bei vielen ausländischen Regierungen und bei den Konservativen Anerkennung, aber nur in geringem Mass bei der Bevölkerung der westlichen Länder.

Als schliesslich im Jahr 1945 das deutsche Hitlerregime seinen verdienten Untergang fand, bestand wenig Anlass, die überkommenen Vorstellungen von den Ereignissen des Februar 1934 zu revidieren.

Zur Entstehung des Mythos von den Februartagen trug vor allem das Verhalten der Dollfussregierung selbst entscheidend bei. Es war ihr Beschluss, zur Niederwerfung des sozialistischen «Aufstandes» sowohl gegen die Wiener Gemeindebauten wie auch gegen die Schutzbündler in Oberösterreich und in der Steiermark Artillerie einzusetzen. (Dass in einem Fall auch Gas eingesetzt wurde, nämlich zur Räumung des von Schutzbündlern besetzten Polizeilokals in der Hackergasse in Graz, fand keine Beachtung.) Der Donner der Kanonen gegen den Karl-Marx-Hof hat vermutlich mehr zur Entstehung der Februarlegende beigetragen als der Heroismus der kleinen Zahl von Schutzbündlern.

Das mythische oder legendäre Element in der Geschichte des Februar 1934 liegt darin, dass man annahm, die «österreichischen Arbeiter» oder «die Schutzbündler» hätten organisierten militärischen Widerstand geleistet. In Wirklichkeit hatte die militärische Führung der Sozialdemokraten fast vollständig versagt. Der Grossteil der österreichischen Arbeiter, vor allem der grösste Teil der Schutzbündler selbst, erhielt gar keine Gelegenheit, seinen Heroismus unter Beweis zu stellen. Ob irgendwo gekämpft wurde oder nicht, hing von Zufällen, vielfach von der Entschlossenheit eines lokalen Unterführers oder der Auffindung der eigenen Waffen ab.

Die kommunistische Geschichtsschreibung ging von Anfang an darauf aus, die Unschlüssigkeit und Zaghaftigkeit der sozialdemokratischen Führung der Tapferkeit der Schutzbündler gegenüberzustellen. Zu der Vorstellung von einer kleinen Zahl von Kämpfern ohne wirksame Führung trug auch die Kritik bei, die in den darauf folgenden Jahren die Vertreter der sozialdemokratischen Untergrundbewegung in Österreich, die «Revolutionären Sozialisten», an ihrer ehemaligen Führung übten. Besonders schonungslos war der Tadel, den Joseph Buttinger, der Führer der illegalen österreichischen Sozialisten zwischen 1935 und 1938, in seinem gegen Ende des Zweiten Weltkriegs erschienenen Buch «Am Beispiel Österreichs» über die sozialdemokratische Führung aussprach. Buttinger hatte die Februartage 1934 in seinem Heimatland Kärnten verbracht und gehörte zu jenen, die gar keine Möglichkeit hatten, zu zeigen, wie man hätte kämpfen sollen. Denn in Kärnten fanden überhaupt keine Kämpfe statt.

Nach der Wiedererrichtung Österreichs im Jahr 1945 hatten die konservativen Kräfte des Landes, repräsentiert durch die österreichische Volkspartei, keinen Anlass, die Februarkämpfe und die Fehler des Ständestaates in den Vordergrund der Diskussion zu stellen. Aber auch die Sozialisten hatten Schwierigkeiten, den harten historischen Kern aus der Februarlegende herauszuschälen. Viele Funktionäre, die die Ereignisse auf sozialistischer Seite miterlebt hatten, waren sich der unzureichenden Rolle, die sie selbst – in den meisten Fällen ohne ihre eigene Schuld – gespielt hatten, zu sehr bewusst. Bei vielen ehemaligen Schutzbündlern, die an den Kämpfen teilgenommen hatten, wirkte unterschwellig die Angst noch weiter, die sie in den darauffolgenden Jahren des Faschismus und der Naziherrschaft gerade wegen ihres Heldentums im Februar 1934 ausgestanden hatten. Es gab kaum einen, der laut proklamierte: «Ja, ich habe damals geschossen.» Verfasser von Gedenkartikeln in sozialistischen Zeitungen mussten immer wieder feststellen, dass schein-

bar feststehende Tatsachen sich bei näherer Betrachtung wie körperlose Nebel verflüchtigten.

So kommt es, dass der verlässlichste Bericht über die militärischen Ereignisse im Februar 1934 noch heute eine polizeiliche Veröffentlichung ist, die unmittelbar nach den Kampftagen erschien. Es ist die Märznummer der Zeitschrift «öffentliche Sicherheit (Polizei-Rundschau)», 14. Jahrgang, Nr. 3, Wien-Graz, im März 1934. In diesem Bericht sind vor allem die militärischen Darstellungen der Polizei über die Kämpfe in Wien, Graz und Linz von überraschender Sachlichkeit. Viel mehr Übertreibung und Phantasie zeigen jene Beiträge im gleichen Bericht, die von Heimatschutz und Bundesheer geliefert wurden.

Ein gewisser Respekt vor dem Gegner ist in dem Leitartikel deutlich zu merken, den in jener Nummer der Zeitschrift Polizeirat Dr. Heinrich Hüttl über den «Februaraufruhr in Wien» schrieb. Es heisst dort:

«Wer die Julirevolte 1927 und die Kämpfe 1934 miterlebt hat und diese vergleicht, dem fällt vor allem auf, wie grundverschieden das Kampfbild war. Am 15. Juli 1927 zogen in glühender Sommerhitze tausende und tausende Menschen durch die Strassen, um zu demonstrieren, dunkle Elemente wussten die Massen, die schon lange verhetzt waren, zum Kampf zu entfachen und wilde Instinkte, den Hass gegen die Exekutive und Zerstörungswut, zu erwecken und zu steigern. Der Grossteil der Demonstranten, die damals kämpften, bewaffnete sich erst unmittelbar vor dem Kampf oder während desselben, sie griffen nach allem, was sich ihnen bot. Sie hoben Steine auf, demolierten Gerüste und Parkgitter und gingen mit Latten, Eisenschrauben und Steinen, zum Teil freilich auch mit Schusswaffen, gegen die Polizei vor. Den Hauptkampfplatz, den Schmerlingplatz, erfüllte eine brüllende Menschenmenge, die den lichterloh brennenden Justizpalast umgab.»

«Dass es im Februar 1934 anders war, muss einen tieferen Grund haben. In den Februartagen waren die Strassen und Plätze, in denen der Republikanische Schutzbund kämpfte, unheimlich menschenleer, die Stille wurde nur durch das Knallen und Knattern der Schüsse unterbrochen, die Schützen selbst waren unsichtbar. Es wurde die Sicherheitswache nicht johlend verfolgt, entwaffnet, geprügelt; es gab nur eine einzige Waffe gegen sie: Die Schusswaffe.»

Im nachfolgenden soll der Versuch unternommen werden, in einigen Punkten, die sich auf den Februar 1934 beziehen, die Wahrheit vom Mythos zu trennen.

Der Kreis der Beteiligten

Wie viele Schutzbündler waren an den Kämpfen beteiligt? Es war sicher nur ein Bruchteil jener 80'000 Mann, die (nach Angabe von Heinz Roscher in seiner Schrift «Die Februarkämpfe in Floridsdorf») dem Schutzbund in seiner «besten Zeit» angehörten. Buttinger spricht in seinem Buch «Am Beispiel Österreichs» davon, dass «etwa zehntausend Schutzbündler am bewaffneten Widerstand beteiligt» waren. Auch diese Zahl scheint eher zu hoch gegriffen, wenn man einzelne bekanntgewordene Ziffern (180 Verteidiger des Karl-Marx-Hofs!) kennt. Viel hängt davon ab, ob man jene Schutzbündler als «beteiligt» mitzählt, die sich bewaffnet und in Uniform versammelten, aber nach Kapitulation ihrer lokalen Führer ohne weiteren Widerstand entwaffnet wurden. Dies geschah in manchen Orten Niederösterreichs und in einem Teil des Wiener Bezirks Favoriten.

Eine offenkundige Übertreibung ist die Angabe des Bundesheers in der sonst so verlässlichen Märznummer der Polizeischrift «öffentliche Sicherheit», wo behauptet wird, im Ottakringer Arbeiterheim in Wien hätten sich 2'500 Schutzbündler befunden, die schliesslich alle durch «die Kanäle» oder auf andere Weise entwischt seien. Nach Angaben des früheren Ottakringer Abgeordneten Josef Kratky, der die Sachlage kennt, verteidigten das Ottakringer Arbeiterheim «20 bis 25 Leute, die dann durch die Kanäle geflohen sind».

Wahrscheinlich kommen jene Zahlen der Wahrheit näher, die die «öffentliche Sicherheit» für die Kämpfe in Oberösterreich angibt (1'200 bis 1'300 Schutzbündler in Linz, 600 in der Siedlung Ennsleiten in Steyr). Ein Zeichen für die relativ schweren und blutigen Kämpfe in Oberösterreich ist die Meldung, dass von den 29 in dieser Zeitschrift genannten Toten des Bundesheeres allein 20 auf Oberösterreich entfielen.

Über die Höhe der Verluste gibt es ebenfalls sehr unterschiedliche Darstellungen. Unmittelbar nach den Kämpfen hörte man von Hunderten, wenn nicht gar von Tausenden in den Kanälen Wiens versteckten verwundeten oder toten Schutzbündlern. Die englische Schriftstellerin Naomi Mitchison berichtet in «Vienna Diary» (Wiener Tagebuch), man habe ihr von 600 Toten allein in Wien erzählt.

Was die Toten auf der Regierungsseite betrifft, besteht kein Grund, an den von der «öffentlichen Sicherheit» angegebenen Ziffern zu zweifeln, die zum Datum der Veröffentlichung (März 1934) von 115 Toten der Exekutive spricht, und zwar Bundespolizei 34 (in Wien 25, in Graz 5, in Linz 2 sowie je ein Kriminalbeamter in Wien und Graz), Bundes-

gendarmarie 12, Bundesheer 29, Freiwillige Schutzkorps 40 (Heimatschutz 31, Ostmärkische Sturmsharen 4, Freiheitsbund 5).

Die Toten auf Seiten des Schutzbundes sind nach Angaben von Ernst Herlitzka, einem gewissenhaften Historiker der Arbeiterbewegung, auf 250 bis 270 zu veranschlagen. Die «Neue Freie Presse» vom 1. März gibt die Zahl der toten «Zivilisten» (die natürlich nicht mit jener der Schutzbündler übereinstimmt) mit 193 an, und zwar in Wien 104 Männer, 19 Frauen und 2 Kinder, in der Steiermark 32 Männer, in Oberösterreich 27 Männer und 2 Frauen, in Niederösterreich 7 Männer.

Was die Einzelheiten der Kämpfe betrifft, die in das Gebiet des Mythos zu verweisen sind, so hat die von Gedye angegebene dreitägige Schlacht um die Schützengräben auf dem Laaerberg im Süden von Wien offenbar nicht stattgefunden. Gedye sah wohl die Schützengräben nach dem Ende der Kämpfe. Es besteht aber kaum Grund, an den Angaben der «öffentlichen Sicherheit» zu zweifeln, dass die Schutzbündler, die sich aus Simmering dorthin zurückgezogen hatten, den Kampf aufgaben und flüchteten, sobald sie den Aufmarsch von insgesamt sieben Bataillonen des Bundesheeres, einschliesslich fünf Batterien, gegen sie wahrnahmen.

Das stimmt auch mit der Schilderung Buttingers über die Kämpfe im Bezirk Favoriten überein. Wie er berichtet, gab ein Favoritner Schutzbündler seinem Kompaniekommandanten, der im Namen seiner gesamten Mannschaft kapituliert hatte, eine Ohrfeige und sagte später, das sei für ihn und seine Freunde der «einzige schöne Augenblick der ganzen Februarkämpfe» gewesen.

Unhistorisch ist wohl auch der Bericht John Gunthers in «Europa von innen» über den stellvertretenden Schutzbundkommandanten eines Bezirks, der sich geweigert habe, seinen 300 Untergebenen die Waffen auszufolgen, solange er keinen Befehl von seinem Kommandanten erhalten hatte – obwohl er wusste, dass dieser Kommandant schon verhaftet war. Zumindest die Interpretation ist unrichtig. Gunther stellt die Geschichte als Beispiel für die beamtenhafte Buchstabentreue eines österreichischen Sozialdemokraten dar. In Wirklichkeit dürfte die Weigerung, falls sie wirklich stattgefunden hat, ein Vorwand eines Mannes gewesen sein, der nicht kämpfen wollte.

Mehr Glaubwürdigkeit besitzt die Erzählung Otto Leichters in «Glanz und Ende der Ersten Republik», dass die Sozialdemokraten des Wiener Gemeindebezirks Brigittenau ihre eigenen Waffen nicht finden konnten, weil alle Führer, die das Versteck kannten, verhaftet worden waren. Nach dem Februar 1934 ging diese Geschichte in einer besonders dra-

matisierten Form von Mund zu Mund. Der letzte Schutzbündler, der das Versteck kannte, soll, als er abgeführt wurde, seinen Kollegen ein Wort zugerufen haben, das als Hinweis auf das Versteck dienen sollte. Doch die Schutzbündler bemühten sich drei Tage vergeblich, das Rätsel dieses Schlüsselwortes zu lösen. Erst als die Kämpfe vorüber waren, hätten sie ihr eigenes Waffenlager gefunden. Sie hätten die Waffen dann sorgfältig ausgegraben und anderswo neuerlich versteckt – für zukünftigen Gebrauch, wie man damals noch glaubte.

Auch der Bericht John Gunthers in «Europa von innen» besitzt gewisse Glaubwürdigkeit: ein ihm bekannter Schutzbündler hätte die Möglichkeit gehabt, mit seinem Maschinengewehr eine ganze Abteilung Militär niederzumähen. Er habe jedoch den Auftrag befolgt, nicht zu schießen, solange der Gegner nicht das Feuer eröffnete. Nach der Beschreibung der Situation dürfte es sich um einen Schutzbündler im Goethehof jenseits der Donau gehandelt haben, von dem aus die Reichsbrücke unter Feuer gehalten werden konnte.

In John Gunthers Wiener Roman nimmt der Held, der den Verfasser selbst repräsentiert, einem gefallenen Schutzbündler im Goethehof das Maschinengewehr aus der Hand und feuert damit auf die Truppen der österreichischen Exekutive. Das ist die stärkste symbolische Darstellung des «Engagements», die man sich vorstellen kann.

Der Mann, der das Zeichen gab

Voll Widersprüche wie die Geschichte der Februartkämpfe selbst ist auch die Lebensgeschichte des Mannes, der das Zeichen zum Widerstand der Sozialdemokraten in Linz gab und auf diese Weise zu einer Person von schicksalhafter Bedeutung für Österreich wurde. Richard Bernaschek war eine Kämpfernaut. Parteidisziplin war nicht seine hervorstechendste Eigenschaft. Aber er blieb auf seine Weise seiner Gesinnung ein ganzes Leben lang treu. Nach seiner Flucht aus dem Gefängnis in Linz verbreiteten Publizisten des Dollfussregimes über ihn das Gerücht, er wäre in München SS-Führer geworden. Das entsprach nicht der Wahrheit, und sein späterer Tod in einem Nazikonzentrationslager des Tausendjährigen Reiches lieferte den Beweis, dass er ein Sozialist geblieben war.

Eine gute Schilderung über das Leben von Richard Bernaschek gab Hans Sperl in dem Sammelwerk «Werk und Widerhall», das Biographien verschiedener sozialistischer Politiker enthält. Aber auch diese Lebensbeschreibung ist nicht vollständig.

Der Inhalt des Schreibens, das Bernaschek von Linz aus am 11. Februar 1934 gleichlautend an den Gewerkschaftsobmann Johann Schorsch, an General Theodor Körner und an den Parteiführer Otto Bauer richtete, ist bekannt. Er kündigte darin an, er werde im Falle einer Waffensuche in Linz am nächsten Tag den Schutzbündlern den Befehl zum gewaltsamen Widerstand geben. Dieser Entschluss, schrieb Richard Bernaschek, sei unabänderlich.

Schon über die Antwort der Partei auf diese Mitteilung bestehen verschiedene Versionen. Sicher ist, dass die Parteiführung noch in der Nacht eine Botschaft an Bernaschek sandte, um ihn von seinem Vorhaben abzubringen. In «Werk und Widerhall» heisst es, Bernaschek habe am Montag, dem 12. Februar, um 3.30 Uhr morgens telephonisch folgende Botschaft erhalten: «Der Tante geht es gut, die Ärzte und Onkel Otto sind der Meinung, dass man nichts unternehmen dürfe. Bernaschek soll sofort nach Wien kommen.» In Buttingers Buch «Am Beispiel Österreichs» heisst es, Bernaschek habe um zwei Uhr früh in seinem Büro im Linzer Arbeiterheim, wo er die Nacht verbrachte, folgende Depesche erhalten: «Ernst und Otto schwer erkrankt. Unternehmung verschieben.» In Bernascheks eigenem, im August 1934 in Prag erschienenen Buch «Österreich – Brandherd Europas» wird der gleiche Text angegeben, aber Bernaschek schreibt dort, es hätte sich um einen Telefonanruf gehandelt. Da dies sein eigener Bericht ist, dürfte diese Version stimmen. Bei einer Botschaft, die solche Bedeutung für Österreich hatte, ist der genaue Text und der historische Verlauf von einigem Interesse.

Unmittelbar nach den Februarkämpfen 1934 waren viele Leute in Österreich der Meinung, Bernaschek habe den Kampf im Linzer Arbeiterheim persönlich angeführt. Sein eigener Bericht und Buttingers Buch zeigen, dass dies nicht der Fall war. Als ihm am 12. Februar um 7 Uhr früh ein Torposten mitteilte, bewaffnete Polizei sei vor dem Haus erschienen, gab er zwar den Befehl zum Widerstand, eilte aber gleichzeitig selbst ans Telephon, um den christlichsozialen Landeshauptmann von Oberösterreich, den eher demokratisch gesinnten Josef Schlegel, nochmals zu beschwören, die Polizeiaktion abubrechen. Schlegel war dazu ausserstande. Inzwischen war die Polizei in das Haus eingedrungen; Bernaschek sperrte die Türe ab, gab seinen Unterführern telephonisch die Anweisung, Wien zu verständigen, den Generalstreik auszurufen und die Sozialdemokraten in der oberösterreichischen Stadt Steyr zu benachrichtigen. Im nächsten Moment brach die Polizei schon die Türe auf, und Bernaschek, auf den sechs bis acht Pistolen gerichtet waren, musste sich gefangengeben, bevor der von ihm befohlene Kampf begonnen hatte.

John Gunther nennt Bernaschek einen «Hitzkopf». Eric Gedye deutet an, Bernaschek habe «seine Leute nicht mehr zurückhalten können». Buttinger meint spöttisch, Bernaschek habe sich durch seinen letzten Anruf an Landeshauptmann Schlegel «selbst in dieser Minute noch einmal dem Gesetz unterworfen, das den antifaschistischen Abwehrkampf der österreichischen Sozialdemokratie von allem Anfang an beherrschte». Aber das Zeichen war gegeben, denn – laut Buttinger – um neun Uhr früh «feuerte ein Schutzbündler namens Kunz aus einem im Hinterhaus des Arbeiterheims gut postierten Maschinengewehr über den Hof auf die Polizei, die das Vordergebäude besetzt hatte und von diesem aus das Hintergebäude unter Feuer hielt, wo sich vierzig Schutzbündler verschanzt hatten und zur Wehr setzten».

Bernaschek kam mit den anderen Schutzbündlern, die im Laufe der Kämpfe in Linz gefangen wurden (nach amtlichen Berichten waren es 943 Männer), als Häftling in das Landesgericht. Von dort entfloher am 3. April. Sperrl schreibt darüber in «Werk und Widerhall»: «Bei dem dichten Belag war eine Verständigung untereinander leicht möglich. Dies erleichterte einen Plan, aus dem Gefängnis zu flüchten. Nach Besprechungen mit seinem Bruder Ludwig und zwei Justizbeamten entschloss er sich zur Flucht.»

Die Einzelheiten sind den Tageszeitungen des Aprils 1934 zu entnehmen. Der Organisator der Flucht war der Justiz Wachmann Karl Döbler, ein Nationalsozialist. Die Gruppe der Ausbrecher, bestehend aus Richard Bernaschek, drei Unterführern des Schutzbundes und zwei Nationalsozialisten, erreichte in einem Auto den Inn und setzte von dort auf deutsches Gebiet über. Ohne Zweifel machten sich die in Deutschland regierenden Nationalsozialisten Hoffnungen, Bernaschek und durch ihn einen grossen Teil der Schutzbündler für sich zu gewinnen.

Richard Bernaschek erklärte jedoch nach seiner Ankunft in München, er sei «noch immer Marxist». Er dachte aber offenbar einige Zeit an ein «Kampfbündnis» der österreichischen Schutzbündler mit den deutschen Nationalsozialisten. In einer Schrift «Österreich – Brandherd Europas», die Richard Bernaschek Ende April 1934 in München verfasste und in Zürich veröffentlichte, brachte er diesen Gedanken zum Ausdruck.

Damit waren jedoch die merkwürdigen politischen Wege dieses ruhelosen Aktivisten keineswegs zu Ende. Einige Monate später war Richard Bernaschek bereits in der Tschechoslowakei, wo inzwischen zahlreiche österreichische Schutzbündler und andere politische Flüchtlinge Zuflucht gefunden hatten. In Prag erschien im August 1934 eine Neuaus-

gabe seines Buches unter dem Titel: «Die Tragödie der österreichischen Sozialdemokraten. Sonderausgabe aus dem Buch ‚Österreich – Brandherd Europas‘.» Verlag Michael Kacha, «Im Selbstverlag». Der Name des Verfassers erscheint hier in seiner tschechischen Schreibform: Richard Bernasek.

Im Vorwort zu dieser Ausgabe rückt Bernasek von dem Gedanken eines «taktischen Bündnisses» mit den Nationalsozialisten ab. Er erklärt, der Beitrag, der ursprünglich im April in München geschrieben wurde, sei seiner Ansicht nach durch die Ereignisse des 30. Juni 1934 in Deutschland und des 25. Juli 1934 in Österreich überholt. «Zum Sturz der Dollfussregierung suchte ich in München ein Kampfbündnis mit den Nationalsozialisten herbeizuführen. Bestärkt wurde ich durch die starke sozialistische Tendenz, die in den Massen der NSDAP vorhanden war und in den Reihen der SA deutlich zum Ausdruck kam.» Die Unterdrückung der SA und die Ermordung ihrer Führer am 30. Juni hatte offenbar dieser Illusion Bernaseks ein Ende gemacht.

Bernasek stellt in seinem Buch fest, die Sozialdemokratische Partei Österreichs habe in den Kämpfen «ihre Ehre gerettet». Der tschechische Verlag, der offensichtlich die kommunistische Linie vertritt, wollte das nicht gelten lassen und bemerkte in einem eigenen Vorwort: «Wir können der Feststellung Bernaseks, die Sozialdemokratische Partei Österreichs habe in den Kämpfen ihre Ehre gerettet, nicht beipflichten. Die Partei wurde durch die Leitung und Politik repräsentiert. Diese Leitung hat den Kampf nicht gewollt, und die Politik lief auf die Kapitulation vor dem Dollfuss-Faschismus hinaus... Nicht die Führer der SPÖ, sondern die besten Söhne der österreichischen Arbeiterschaft haben die Ehre ihrer Klasse gerettet. Der Verlag.»

Bernasek wurde nach einiger Zeit aus der Tschechoslowakei ausgewiesen, übersiedelte nach Moskau, kehrte aber von dort bald enttäuscht zurück. Er lebte dann von 1937 bis 1939 neuerlich in Prag. Anfang 1939 kam er wieder nach Linz zurück, nachdem die Gestapo erklärt hatte, sie habe keinen Einwand gegen seine Rückkehr. Er arbeitete im Geschäft seines Bruders Ludwig Bernasek, kam bald in den Kreis der Widerstandskämpfer gegen Hitler und wurde nach dem 20. Juli 1944 verhaftet. Kurz vor dem Einmarsch der alliierten Truppen wurde er am 18. April 1945 auf Befehl des Gauleiters von Oberösterreich, Eigruher, im Konzentrationslager Mauthausen durch einen Genickschuss getötet. Hätte Richard Bernasek die Befreiung Österreichs erlebt, dann hätte diese dynamische Persönlichkeit in der Zweiten Republik sicher eine bedeutende Rolle gespielt.

Einzelheiten aus dem Februar

Goldmarkplatz: Eine Episode

Das Gefecht, das am 12. Februar um zwei Uhr nachmittags um die Baracke des sozialdemokratischen Erziehungsvereins «Kinderfreunde» auf dem Goldmarkplatz im Wiener Villenviertel Ober Sankt Veit stattfand, verdient aus mehreren Gründen Erwähnung. Es war zeitlich gesehen der erste grössere Zusammenstoss in Wien. Darüber hinaus war es Gegenstand des ersten Standgerichtsprozesses und auch Anlass der ersten Hinrichtung – das Opfer war der verwundete Schutzbündler Karl Münichreiter. Im Rahmen des gesamten Kampfes war dieses Gefecht nur eine kleinere Episode, aber sie war doch typisch für das, was sich in den Februartagen an vielen Stellen zutrug. Mir lagen die Vorfälle am Goldmarkplatz auch persönlich nahe, weil ich einige Jahre vorher Obmann der Sektion Ober Sankt Veit der Sozialistischen Arbeiterjugend gewesen war, die ihren Sitz in der Baracke der «Kinderfreunde» hatte, und weil einige der wegen dieses Gefechts verurteilten Schutzbündler ehemalige Mitglieder meiner Sektion waren.

Heinrich Blebann, damals 52 Jahre alt, arbeitslos, war Bataillonskommandant des Schutzbundes in diesem Revier. Einige Monate vorher waren in seiner kleinen Wohnung in der Nähe des Goldmarkplatzes 17 Gewehre und etwa 50 Pistolen versteckt worden – die Gewehre am Dachboden und die Pistolen zwischen den Betteinsätzen. Am 12. Februar hatte Blebann seine Wohnung schon am Morgen verlassen. Um halb zwölf Uhr vormittags erhielt seine Frau Marie einen Zettel mit der Mitteilung: «Generalstreik.» Kurz darauf erschienen zwei Schutzbündler. Frau Blebann verschaffte sich den Bodenschlüssel und folgte, wie es für diesen Fall vereinbart war, die Waffen aus.

Die Schutzbündler brachten die Gewehre und Pistolen in die benachbarte Amalienschule. Dorthin kam Heinrich Blebann etwas später, um sie abzuholen. Nach den Aussagen im späteren Strafprozess zwang er den Schulwart durch Drohungen, die Waffen herauszugeben. Tatsächlich machte der Schulwart diese falschen Angaben vor Gericht, weil

er sich selbst retten wollte. Er hatte natürlich keinen Widerstand geleistet.

Inzwischen hatten sich in der Kinderfreundearacke etwa dreissig Schutzbündler versammelt. Nach dem Mitgliederstand des Schutzbundes hätten es ungefähr 130 sein müssen. Ein Unterführer (Kompaniekommandant) namens Karl Münichreiter brachte noch einige Gewehre aus seiner Schrebergartenhütte mit, die auf den Wiesen des Roten Berges unmittelbar hinter der von Tennisplätzen umgebenen Kinderfreundearacke lag. Warum der Aufruf zum Kampf gerade nur in diesem Teil des Bezirks Hietzing befolgt wurde, wussten die Verteidiger des Goldmarkplatzes nicht. Offenbar hatten die Führer «versagt» – was in Anbetracht der Gesamtsituation ja kein Wunder war.

Inzwischen war die Polizei von einem Augenzeugen von der Waffenverladung verständigt worden; ein Überfallauto raste zur Wohnung Blebanns, fand dort nichts, fuhr weiter zur Amalienschule, wo die Polizei erfuhr, dass der Schutzbund sich schon im Heim Goldmarkplatz bewaffnet versammelt hatte. Mit Gewehren bewaffnete Polizisten rückten von der Hietzinger Hauptstrasse durch die Preindlgasse gegen die Baracke vor und wurden mit einem Geschosshagel empfangen.

Blebann selbst war inzwischen weggeeilt, um aus Lainz und Speising Verstärkungen zu holen. (In seinem Prozess gab er an, er habe seinen kranken Sohn im Lainzer Spital besuchen wollen.) Das Feuer der Schutzbündler hatte mehrere Polizisten verwundet. Nach dem Polizeibericht wurden 1'000 bis 1'500 Schüsse abgegeben. Angeblich setzten die Schutzbündler das Feuer fort, während die verwundeten Polizisten von einem Rettungsauto abgeholt wurden. «Mit Rücksicht auf dieses unmenschliche Verhalten der Anführer», heisst es im Urteil des Strafgerichts, «zog sich die Polizei, die ja die Hälfte ihrer Mannschaft verloren hatte, zur Hietzinger Hauptstrasse zurück.» Sie erhielt aber bald Verstärkung und versuchte jetzt, die Baracke links und rechts zu umgehen. Ein Teil der Schutzbündler flüchtete über den Roten Berg. In der Baracke selbst wurden acht Verteidiger festgenommen, von denen sich drei in einer Kiste versteckt hatten. Alle baten mit erhobenen Händen um Gnade. Sie hatten es offenbar nicht gewagt, unter dem mörderischen Feuer der Polizei die Baracke zu verlassen. Das Strafurteil hebt hervor, dass den Gefangenen von der Polizei «kein Haar gekrümmt wurde». In Wirklichkeit wurden sie, wie aus den Aussagen der Schutzbündler hervorgeht, schwer misshandelt.

Die anderen flüchteten über den Roten Berg, warfen unterwegs ihre Gewehre weg und verschwanden. Diese Schutzbündler waren allerdings

nicht uniformiert, sondern auf das Alarmzeichen hin eilig zusammen-
gelaufen, ohne ihre Uniformen anzuziehen. In manchen anderen Kampf-
gebieten (so auch im Wiener Bezirk Floridsdorf) scheinen die Schutz-
bündler in Uniform gekämpft zu haben. Wo das nicht der Fall war, er-
leichterte es ihr Untertauchen.

Die verfolgende Polizei fand hinter einem Heuschober versteckt in
der Nähe seiner Hütte Karl Münichreiter, der einen Schulterdurchschuss
erhalten hatte. Der Polizeibericht behauptete, er habe «gezielte Schüsse»
auf die Verfolger abgefeuert. Neben ihm lag der junge Schutzbündler
Franz Mück, durch einen Kopfschuss schwer verletzt.

Schon am 14. Februar fand im Wiener Landesgericht für Strafsachen
II die Standgerichtsverhandlung gegen Münichreiter und die anderen Ge-
fangenen vom Goldmarkplatz statt. Vorsitzender war Oberlandesge-
richtsrat Dr. Kreuzhuber. Der verletzte Münichreiter wurde «von Justiz-
beamten gestützt» dem Gericht vorgeführt. Das Gericht kam zu dem Be-
schluss, dass seine Verletzung nicht als «schwer» zu bezeichnen
sei. Er wurde zum Tod verurteilt und noch am gleichen Nachmittag hin-
gerichtet (gehenkt). Später wurde festgestellt, dass der Schuss seinen
Schulterknochen verletzt hatte. Die Verletzung hätte also als «schwer»
qualifiziert werden müssen, und er hätte daher nicht hingerichtet werden
dürfen. Die anderen Angeklagten wurden an das ordentliche Gericht
überwiesen, das heisst, sie wurden in Haft behalten.

Heinrich Blebann befand sich auf dem Rückweg von Lainz über den
Roten Berg, als er die Schüsse hörte und ihm seine flüchtenden Kollegen
entgegenkamen, die ihm mitteilten, dass «alles verloren» sei. Er hielt
sich noch zwei Tage in der Gegend des Lainzer Tiergartens versteckt,
dann versuchte er über die tschechoslowakische Grenze zu flüchten. An
der Grenze wurde er von einem österreichischen Zollbeamten festge-
nommen. Wäre die Festnahme gleich in Wien erfolgt, hätte man ihn vor
das Standgericht gestellt; dann wäre wohl auch ihm als dem Komman-
danten der Abteilung das Todesurteil sicher gewesen.

Der «ordentliche» Prozess gegen Blebann und neun Mitangeklagte
fand am 25. Juni 1934 im Wiener Landesgericht statt. Ich befand mich
als Zuhörer im Gerichtssaal. Der Gerichtsvorsitzende, Oberlandesge-
richtsrat Dr. Anton Werner, brüllte die Angeklagten an und beschimpfte
sie. «Ihr Revoluzzer», rief er. «Das hast du getan», schrie er jeden ein-
zelnen der eingeschüchterten jungen Burschen an und liess sie nicht zu
Wort kommen. Das Gericht verurteilte Blebann zu acht Jahren Kerker
und die anderen Angeklagten zu Kerkerstrafen zwischen einem und vier
Jahren. Ich dachte mir im Stillen, dass es mich nicht wundern würde,

wenn der eine oder andere dieser Angeklagten unter dem Eindruck dieser Verhandlung seinen Weg zu den Nationalsozialisten fände. Tatsächlich war dies bei den wenigsten der Fall.

Blebann und die anderen wegen des Gefechts am Goldmarkplatz verurteilten Schutzbündler wurden bei der Amnestie zu Weihnachten 1935 freigelassen. Nach dem Jahr 1945 erhielten diejenigen, die noch lebten und sich meldeten, Entschädigungen als Opfer des Faschismus. Franz Mück blieb infolge seines Kopfschusses sein Leben lang schwer geschädigt. Auch für die anderen konnte kein Entschädigungsbetrag die Leiden gutmachen, die sie und ihre Familien dafür ausgestanden hatten, dass sie getan hatten, was sie für ihre Pflicht hielten.

Floridsdorf: Das Hauptkampfgebiet

Der Höhepunkt des Bürgerkriegs im Februar 1934 war der Kampf in Floridsdorf, dem Wiener Arbeiterbezirk jenseits der Donau. Zum Unterschied von anderen Kampfabschnitten existiert über Floridsdorf ein Bericht eines Mitkämpfers auf der Schutzbundseite, des Floridsdorfer Schutzbundführers Heinz Roscher. Das Werk hat eine merkwürdige Form. Es ist ein winziges Büchlein in der Grösse eines Taschenkalenders, mit kleinstem, gerade noch mit freiem Auge lesbarem Druck. Es sollte nämlich als Taschenkalender getarnt in Österreich zirkulieren. Der Titel am Einband lautet: «Kalender 1935.» Erst auf Seite vier verrät das Büchlein seinen wahren Inhalt.

Der Bericht ist vom kommunistischen Standpunkt geschrieben und voll von revolutionären Phrasen. Angehörige der Exekutive, die sich den Schutzbündlern gefangengeben, tun es «hündisch winselnd». Kampfunwillige sozialdemokratische Funktionäre schleichen in ihren Wohnungen «in Hauspantoffeln herum». In vielen Einzelheiten stützt sich der Bericht auf die Märznummer 1934 der «öffentlichen Sicherheit», der Zeitschrift der Polizei. Immerhin schreibt hier ein Mann, der an den Kämpfen selbst in prominenter Funktion teilgenommen hat. Roscher war stellvertretender Schutzbundführer des Kreises Floridsdorf und übernahm das Kommando, als der Kreisführer unmittelbar vor Ausbruch der Kämpfe verhaftet wurde.

Roscher war Angestellter des städtischen Gaswerks im Floridsdorfer Bezirksteil Leopoldau. Am 12. Februar, um halb neun Uhr früh, kam telephonisch das Losungswort: «Der Karl ist krank.» Im Laufe des Vormittags konnten die meisten Betriebe Floridsdorfs zum Streik veran-

lasst werden – allerdings mit Ausnahme der Bundesbahnwerkstätten, da sich die durch den früheren Zusammenbruch ihres eigenen Streiks entmutigten Eisenbahner weigerten, mitzumachen. Bald darauf zwangen schwerbewaffnete Polizisten, die in einem Überfallauto die Brünner Strasse hinaufrasteten, die Arbeiter des Gaswerks Leopoldau, die Arbeit wiederaufzunehmen.

Es gelang den Floridsdorfer Schutzbündlern nicht, Kontakt mit der verschwundenen sozialdemokratischen zentralen Kampfleitung herzustellen. Sie verlegten ihr Hauptquartier vom ursprünglichen Standort, dem Gemeindebau Schlingerhof, in den Bahnhof der Strassenbahn. Am späten Abend des 12. Februar hatte der Kampf in Floridsdorf noch immer nicht begonnen. Aber die Schutzbündler des Bezirks waren bewaffnet – mit Ausnahme einiger Abteilungen, die nicht zu ihren Waffen gelangen konnten. Der Ortskommandant der Feuerwehr, Ingenieur Georg Weissei, stellte über die eigene Telephonleitung der Wiener Berufsfeuerwehr die Verbindung zu einigen anderen Bezirken her.

Erst am Morgen des 13. Februar begann der Kampf, als Polizisten in zwei Überfallautos Stellung vor dem Bahnhof der Strassenbahn bezogen. Die Schutzbündler stürmten hinaus, und die Polizisten ergriffen die Flucht. Jetzt begannen die Schutzbündler das Bezirkspolizeikommissariat und die Polizeiwachstuben anzugreifen, die daraufhin geräumt wurden. Inzwischen war der Polizei ein Handstreich gelungen. Sie war mit zwei Maschinengewehren in die Hauptfeuerwache eingedrungen und hatte die dort befindlichen 61 Feuerwehrleute samt ihrem Kommandanten Georg Weissei nach kurzem Kampf gefangengenommen.

In allen Bezirksteilen Floridsdorfs setzte heftiges Gewehrfeuer ein. «Im Zentrum Floridsdorfs, im Schlingerhof, waren auf dem Dach Maschinengewehre postiert, und unter deren Sperrfeuer rückten die Schutzbündler feldmässig gegen das Kommissariat vor. Der Bahnhof Floridsdorf war vom 2. Bataillon (des Schutzbundes) erstürmt worden», berichtet Roscher. Im Bezirksteil Jedlersdorf wurde ein Überfallauto der Polizei aufgehalten, die Mannschaft nach kurzem Kampf entwaffnet und verhaftet.

Es war den Schutzbündlern jedoch nicht gelungen, die Floridsdorfer Brücke über die Donau ausreichend zu besetzen. So war es der Regierung möglich, zwei Regimenter des Bundesheers mit Artillerie nach Floridsdorf zu bringen. Um neun Uhr früh, so berichtet Roscher, war der Angriff der Schutzbündler auf das Kommissariat ins Stocken geraten. Um zehn Uhr sauste die erste Granate durch die Luft und schlug krachend in das Gebäude des Schlingerhofs. «Unsere Maschinengewehre

schwiegen nicht», sagt Roscher. «In abgründigem Hass wurde Übermenschliches geleistet.»

Durch das Artillerief Feuer wurden zahlreiche Wohnungen in Trümmer gelegt, viele der Bewohner, darunter auch Kinder, wurden verletzt. Auf dem leichtgewölbten Dach der Strassenbahnremise hatten Scharfschützen der Schutzbündler sich eingenistet, die auf die Angreifer schossen. Um zwölf Uhr mittags waren die Maschinengewehre der Schutzbündler zerstört. Bald darauf zeigten sich Panzerautos, die gegen den Schlingerhof vorrückten und ununterbrochen Maschinengewehrsalven abgaben. Hinter ihnen kam die Polizeimannschaft und bewarf die Schutzbündler mit Handgranaten. Noch einmal konnten die Schutzbündler die Panzerautos zum Rückzug zwingen. Es war dieser Strassenkampf, der für spätere Zeiten das traditionelle Bild des «Februar» symbolisierte.

Gegen ein Uhr Mittag war der Schlingerhof eingenommen. Zahlreiche Zivilisten wurden verhaftet. 300 Gefangene wurden zum Kommissariat abgeführt, dort nach Angaben der Schutzbündler schwer misshandelt und ein Teil sogar durch Maschinengewehrsalven einer Heimwehrgruppe niedergemäht. Die letzten Positionen der Schutzbündler im Zentrum Floridsdorf, die Strassenbahnremise und der Bahnhof, wurden jedoch weiter erbittert umkämpft.

Nahe der Floridsdorfer Brücke verteidigten 120 Schutzbündler, die später durch 200 Mann aus dem Bezirksteil Stadlau verstärkt wurden, einen Gemeindebau, der nach dem Fussballverein Floridsdorfer Athletic Club als der F.A.C.-Hof bekannt war. Auch hier wurde Artillerie des Bundesheeres eingesetzt. Als bei Einbruch der Dunkelheit das letzte ihrer Maschinengewehre versagte, zogen sich die Verteidiger dieses Gebäudes in den Bahnhof Floridsdorf zurück. Auch die Remise wurde am Abend von den Strassenbahnern geräumt, die sich, wie die «öffentliche Sicherheit» meldet, «in ihre Häuser in der Gerichtsgasse zurückzogen».

Am Morgen des Mittwoch kämpften nach Roschers Angaben in ganz Floridsdorf noch 800 Schutzbündler. Eine Stunde später begann der Rückzug nach Jedlersdorf im äussersten Nordosten des Bezirks. Die letzte Position im Zentrum des Bezirks, der Nordbahnhof, wurde um acht Uhr aufgegeben. «Noch war die Stimmung glänzend», berichtet Roscher. Aber die Zahl derer, die um zehn Uhr in Jedlersdorf «zum letzten Gefecht bereitstanden», war bereits auf 300 Mann zusammengesmolzen.

Nun begann die endgültige «Säuberung» des Bezirks, für die nach Angaben der «öffentlichen Sicherheit» Oberst Haarhammer, der Kommandant des Infanterieregiments Nr. 4, etwa 2'000 Mann Infanterie

und 16 Geschütze zur Verfügung hatte. Inzwischen waren während der Nacht neue Truppen aus Niederösterreich eingetroffen, die in einem Umgehungsmanöver den Bezirk Floridsdorf von Norden her auf dem linken Donauufer angriffen. Obwohl sich die Schutzbündler in Jedlersdorf weiterhin wehrten, wurden die Maschinengewehrschützen durch Granaten, die krachend in die Wohnhäuser sausten, gezwungen, ihre Feldstellungen aufzugeben. Um zehn Uhr vormittags zogen sich die letzten Kämpfer in das Gaswerk Leopoldau zurück. Danach warfen die meisten die Waffen weg und verschwanden.

Eine geschlossene Gruppe von 65 bewaffneten Männern, geführt von Franz Zartei und Willi Wagner, denen sich Heinz Roscher zugesellte, setzte sich in Richtung auf die tschechoslowakische Grenze in Bewegung.

Von diesen erreichten und überschritten 47 nach 15 Stunden Marsch die Grenze. Die anderen blieben unterwegs zurück. Diese Aktion wurde von Roscher unter dem Titel «Der Marsch der 47» verherrlicht.

Ein einziger Gemeindebau am Floridsdorfer Donauufer, der Goethehof, der isoliert in der Nähe der Reichsbrücke lag, wurde erst am dritten Tag der Kämpfe, am 14. Februar, bezwungen. Seine besondere Rolle in der Geschichte des Februar 1934 rührt wohl daher, dass die spektakulären Folgen der Artilleriebeschiessung hier von vielen ausländischen Beobachtern gesehen wurden.

Aus dem Bericht Roschers geht hervor, dass am 12. Februar um halb ein Uhr mittags bereits «alle kampffähigen Genossen» des Bezirksteils Kaisermühlen vollzählig im Goethehof erschienen waren. Die Seele des Widerstandes war hier nach den Angaben Roschers der Gemeindegewerkschafter Alois Erjautz. Es wurde beschlossen, tagsüber keine Bewaffnung vorzunehmen und lieber auf die Dunkelheit zu warten.

In der Nacht von Montag auf Dienstag kam es zu einem Schusswechsel mit einer Heimwehrpatrouille, die sich daraufhin wieder zurückzog, nur ihr Kommandant wurde gefangengenommen. Bis Dienstag Nachmittag ereignete sich nichts, «ausser dass die Polizei die Reichsbrücke und die Brücke über die Alte Donau (einen Donauarm, der die Verbindung mit den übrigen Teilen von Floridsdorf darstellte) besetzte». Warum der Schutzbund nichts tat, um die Besetzung der Reichsbrücke zu verhindern, wird nicht erklärt.

Am späten Nachmittag des Dienstags eroberte eine Schutzbundgruppe von 55 Mann die Kagraner Brücke über die «Alte Donau» und schlug die Polizei in die Flucht. Die «öffentliche Sicherheit» meldet, dass um diese Zeit alle umgebenden Bezirksteile in der Hand der Schutzbündler waren.

Am Mittwoch, dem 14. Februar, um acht Uhr früh, brachte ein Parlamentär der Regierung den Verteidigern des Goethehofes die Aufforderung zur Übergabe. Dies wurde abgelehnt. «Wir konnten mit zwei Maschinengewehren Polizei, Gendarmerie und Heimwehr lange in Schach halten.» Um zwölf Uhr Mittag begann die Artilleriebeschiessung. «Bis in die späten Abendstunden ratterten die Gewehre der Schutzbündler.» Die beiden Maschinengewehre wurden von einem Hausdach zum anderen getragen, «so dass der Anschein erweckt wurde, als ob der Goethehof nur so mit Maschinengewehren gespickt sei». Die meisten Mieter flüchteten mit ihren Familien in die Keller.

Das Artilleriebombardement wurde am späten Nachmittag verstärkt. «Um diese Zeit kämpften im Goethehof 38 Mann tollkühn», sagt Roscher. In den frühen Morgenstunden des Donnerstag flüchteten die letzten Verteidiger, deren Munition knapp geworden war, und verliessen Wien. Die Exekutive rückte ein und nahm den Goethehof ohne Widerstand.

John Gunther, der den Goethehof wenige Stunden nach der Bombardierung besuchte, schreibt in «Europa von innen» über den Anblick: «Trauernde Frauen und verängstigte Kinder starrten auf die Polizei. Die sauberen kleinen Wohnungen waren durch das Kanonenfeuer in Stücke zerrissen worden. Ich ging durch den Kindergarten. Pulte, Tafeln, Schulbücher, Malkasten, zerbrochene Spielsachen lagen zertrümmert zusammen mit zersplitterten Balken und heruntergefallenem Mörtel.» An einer Wand sah Gunther eine Farbzeichnung, die «stolz den Namen des sechsjährigen Künstlers trug». Eine Kugel war mitten hindurchgegangen. An der anderen Wand, «in dieser marxistischen, gottlosen Kathedrale hing eine Lithographie der Kreuzigung. Das Glas war zertrümmert – von einer christlichsozialen Granate».

Hinrichtungen und Standgerichtsprozesse

Um die psychologische Wirkung des Februar 1934 zu verstehen, muss man sich eines vor Augen halten: Das, was Menschen bis dahin für ihre selbstverständliche Pflicht, für das einfachste Gebot der Moral betrachtet hatten, war über Nacht zu einem «Verbrechen» geworden, musste abgeleugnet und verborgen werden, wenn man nicht Jahre im Gefängnis, vielleicht sogar das Leben riskieren wollte.

Beinahe die Hälfte aller Österreicher waren Sozialdemokraten. Sie hatten in der Partei und in den der Partei nahestehenden Kulturorgani-

sationen, denen sie angehörten, gelernt, dass es ihre Pflicht sei, die Demokratie und die Republik zu verteidigen. So waren diejenigen Sozialdemokraten, die sich dafür geeignet hielten, den Arbeitersportorganisationen, aber auch der Wehrorganisation der Partei, dem Republikanischen Schutzbund beigetreten. Sie hatten an Waffenübungen teilgenommen. Das alles war genauso selbstverständlich, wie wenn ein Staatsbürger als Soldat seines Landes an Waffenübungen teilnimmt. Von dem Augenblick an, als der Bürgerkrieg verloren war, mussten diejenigen, die an dem Kampf teilgenommen oder sich wenigstens auf den Sammelplätzen eingefunden hatten, vor Gericht leugnen, dass sie ihrer Sache treugeblieben waren.

Für einfache Menschen, wie es die meisten Schutzbündler waren, bedeutete dieser plötzliche Wechsel einen schweren seelischen Schock. Eher hätten sie den Gedanken ertragen, im Kampf zu fallen. Nunmehr musste jeder für sich selbst entscheiden, wieviel Verantwortung er auf sich nehmen sollte, wie weit er die Wahrheit bekennen sollte, ob er nicht vielleicht gerade durch ein solches Bekenntnis seine Kameraden und Genossen noch schwerer belasten würde. Gleichzeitig kam sich jeder Schutzbündler, der nicht Gelegenheit gehabt hatte zu kämpfen oder der es jetzt ableugnen musste, als Feigling gegenüber seiner Familie und seinen Freunden vor, weil er den oft geäußerten Vorsatz, die Demokratie zu verteidigen, nicht in die Tat umgesetzt hatte.

Psychologisch nicht weniger tragisch war die Situation jener Männer, die nicht verhaftet worden waren und die als Angestellte des Staates oder der Gemeinde Wien an ihre Arbeitsplätze zurückkehren mussten, weil sie sonst die sofortige Entlassung und den Verlust aller ihrer Ansprüche riskiert hätten. Die Gefahr, arbeitslos zu werden und die Familie auf diese Art dem Notstand auszusetzen, schien vielen ein schlimmeres Schicksal als der Tod. Und doch blieb ihnen keine andere Wahl, als dem faschistischen Staat, der neuen faschistischen Gemeinde weiter zu dienen.

Die Berichte über die Standgerichtsprozesse gegen die gefangenen Schutzbündler in den ersten Tagen nach den Kämpfen (das Standrecht wurde in Wien am 21. Februar aufgehoben) sind erschütternde Dokumente. In den Aussagen der Angeklagten, um deren Leben es ging, spiegelt sich der innere Zwiespalt, gerade weil die Verhandlungen äusserlich in der gewohnten Form von Gerichtsverhandlungen mit Richtern, Anwälten, Zeugen und Urteilen stattfanden.

In ganz Österreich wurden nur neun Sozialisten wegen ihrer Teilnahme an den Februarkämpfen hingerichtet – wenn man von dem

formlosen Massaker an einigen Arbeitersamaritern im Arbeiterheim Holzleithen im oberösterreichischen Hausruckgebiet absieht. Viele andere wurden in den Standgerichtsprozessen der ersten Tage zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt, manche sogar zum Tode, aber im letzten Moment begnadigt. Die Erinnerung an diese Prozesse und vor allem an die Todesurteile wirkte lange nach. Ein englisches Sprichwort sagt: «Ein Schlachtfeld wird bald vergessen, ein Schafott niemals.»

Wenn wir untersuchen, warum es gerade diese neun Männer waren, die ihre Pflichterfüllung am Galgen büßen mussten, so finden wir, dass es eine «österreichische» Lösung war. In jedem Kampfgebiet wurden ein oder zwei Beteiligte hingerichtet, die Gründe waren aber ganz unterschiedlich. Manchmal spielte der Zufall mit. Der erste, der zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, war Karl Münichreiter, ein Schutzbündler vom Goldmarkplatz. Zwar war nicht er der Führer der Gruppe, die am Goldmarkplatz kämpfte, sondern Heinrich Blebann, und ohne Zweifel wäre dieser und nicht Münichreiter das Opfer geworden, wenn Blebann nicht (um Verstärkung zu holen) beim Ausbruch des Kampfes abwesend gewesen und erst einige Tage später verhaftet worden wäre.

Münichreiter wurde auch nicht als Führer der Aktion verurteilt, sondern weil ihm als einzigem nachgewiesen werden konnte, dass er «gezielte Schüsse» gegen die Polizei abgegeben hatte. Der junge Franz Mück, der neben ihm verletzt aufgefunden wurde, war durch einen Kopfschuss so schwer verletzt, dass er nicht vor Gericht gestellt werden konnte. Münichreiter selbst hatte eine schwere Schulterverletzung; die Tatsache, dass ein Schwerverletzter zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, erregte im Ausland Entsetzen. Bundeskanzler Schuschnigg bezeichnet diesen Vorfall in seinen Memoiren selbst als einen tragischen, «leider unreparierbaren Fehler», dass, wie erwähnt, entgegen der Prozessordnung und auf Grund eines falschen gerichtsärztlichen Gutachtens – das die Verletzung als leicht bezeichnete – die Hinrichtung vorgenommen wurde. Erst die gerichtliche Obduktion habe gezeigt, dass es sich bei der Verwundung um einen Bruch des Oberarmes gehandelt habe und daher tatsächlich um eine als «schwer» zu bezeichnende Verletzung.

Die düstere Tragik, die gerade diesen Fall umgibt, zeigt sich in den letzten Worten Münichreiters an seine Frau. Er sagte, sie solle nicht allzusehr trauern, denn er hätte wegen seiner zerschmetterten Schulter ohnedies nie wieder arbeiten können.

Ingenieur Georg Weissei, der 35jährige Hauptmann der Feuerwache Floridsdorf, wurde am 14. Februar zum Tode verurteilt und kurz nach Mitternacht gehenkt. Er selbst hatte keinen Schuss abgegeben; seine Ver-

urteilung und Hinrichtung erfolgte, weil er der verantwortliche Führer jener Schutzbündler war, die die Feuerwache Floridsdorf verteidigten. Er nahm im Prozess die Schuld auf sich, um seine Kameraden zu entlasten und sagte: «Wären wir mehr gewesen, dann hätten wir uns nicht ergeben.» Der Vorsitzende Oberlandesgerichtsrat Hans Hanel sagte zu Weissei, er werde nach seinem mannhaften Geständnis keinen Druck auf ihn ausüben, andere zu belasten. Hanel bemühte sich auch nach dem Urteil um eine Begnadigung – vergeblich. Es war ihm nicht möglich, Bundespräsident Miklas oder Justizminister Schuschnigg zu erreichen. Eine genaue Schilderung ‘ des Falles Georg Weissei gab Joseph Simon in «Werk und Widerhall», der von Norbert Leser herausgegebenen Sammelbiographie. Georg Weissei, der unerschrockene Idealist, wurde zum Symbol des Wiener sozialistischen Kampfes im Februar 1934.

Josef Stanek, 50jähriger Sekretär der Arbeiterkammer in Graz, wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet, weil er «eine Pistole gegen die Wache gerichtet» hatte. Dass er geschossen oder eine führende Position innegehabt habe, behauptete niemand. Er starb gewissermassen als Repräsentant des Grazer Kampfgebietes.

Ebenso starb der 36jährige Arbeiter Emil Swoboda als Vertreter der Verteidigung des Karl-Marx-Hofs. Bei einem Feuergefecht Ecke Barawitzkagasse-Gunoldgasse war ein Polizeiinspektor gefallen. Swoboda, ein Unterführer des Schutzbundes in einem der Nebenhäuser des Karl-Marx-Hofs, wurde wegen «Ermordung» dieses Polizisten verurteilt und hingerichtet. Der Führer der Verteidigung des Karl-Marx-Hofs war Josef Froněk, der jedoch der Polizei niemals verraten wurde. (Siehe «Arbeiter-Zeitung» vom 12. Februar 1964.)

Im Gebiet um Sankt Pölten in Niederösterreich, wo es zu keinen ernstesten Kämpfen kam, wurde bei einem Scharmützel in Hainfeld der Heimwehrführer Lindner getötet. Für seinen Tod mussten gleich zwei Schutzbündler aus Sankt Pölten mit dem Leben büssen: Viktor Rauchenberger und Johann Hois.

Für das Kampfgebiet Linz musste Anton Bulgari sterben. Er wurde am 22. Februar wegen der «Ermordung» von drei Soldaten (Alpenjägern vom Regiment Wels) hingerichtet, die bei den Kämpfen um Linz gefallen waren. (Siehe «Neue Freie Presse» vom 16. Mai 1934.)

Auch das Gebiet Steyr erhielt seinen Märtyrer. Es war Josef Ahrer, der am Samstag, dem 17. Februar, unter der Beschuldigung hingerichtet wurde, einen Heimwehrmann und eine Hilfsarbeiterin «niedergeschossen» zu haben. Durch den Tod der Frau sollte der Prozess offenbar einen besonderen Zusatz erhalten, als ginge dieser Fall über die nor-

malen Vorgänge des Bürgerkriegs hinaus. Otto Leichter («Zwischen zwei Diktaturen») spricht von einer «offenbar falschen Anschuldigung».

Die Hinrichtung, die weit über die Grenzen Österreichs hinaus größtes Aufsehen erregte, war die des obersteirischen sozialdemokratischen Parteiführers und Parlamentsabgeordneten Koloman Wallisch. Man könnte sagen, dass der Tod dieses Mannes zu einer sozialdemokratischen Legende geworden ist, nur darf man bei dem Wort «Legende» nicht an eine Veränderung der historischen Tatsachen denken; diese sind in dem Buch seiner Witwe Paula Wallisch («Ein Held stirbt», Prag 1934, 2. Auflage, Graz 1946) und in der Biographie, die Günther Nenning in «Werk und Widerhall» schrieb, getreulich aufgezeichnet. Es waren die dramatischen Umstände seines Todes, zum Teil durch Zufälle und zum Teil durch die Handlungen der Behörden verursacht, die den Berichten über sein Ende jenen Charakter geben, der an Märtyrerlegenden erinnert. Die britische Schriftstellerin Naomi Mitchison, die in den ersten Tagen des März 1934 die Obersteiermark besuchte und die Berichte der Augenzeugen über das Ende Wallischs in ihrem Buch «Vienna Diary» (Wiener Tagebuch) wiedergibt, folgt ihrem Gefühl, wenn sie von einer Art «sozialdemokratischer Religion» spricht und das Grab des Märtyrers Wallisch am Friedhof von Leoben als das «Heilige Grab» bezeichnet.

Dabei war Wallisch, gebürtiger Ungar und viele Jahre lang sozialdemokratischer Bezirkssekretär von Bruck an der Mur, die stärkste politische Persönlichkeit der Obersteiermark, keine weiche Natur, sondern ein aufrechter, aber harter Mann. Er hatte wiederholt durch sein Einschreiten blutige Zusammenstöße in seinem Tätigkeitsbereich verhindert, doch war er nie ein Freund des Nachgebens. Es ist bekannt, dass er unmittelbar nach dem 15. März 1933, als der Sieg der Sozialdemokraten noch möglich erschien, ein Losschlagen befürwortete. Am 12. Februar 1934 wusste er, dass es zu spät war. Aber er tat seine Pflicht und ging für die Sache, an die er glaubte, in den Tod.

Die einzelnen Begebenheiten (alle historisch belegt, aber wie zur Legendenbildung geschaffen) sind folgende: Wallisch war einige Monate vor dem Februar 1934 als Parteisekretär von Bruch an der Mur in die steirische Landeshauptstadt Graz versetzt worden, aber er hatte seinen Genossen in Bruck versprochen, er werde sie nicht im Stich lassen. Nach Ausbruch der Kämpfe kam er sofort nach Bruck zurück und übernahm das Kommando.

Er führte die obersteirischen Schutzbündler (anfangs etwa 400 Männer) bei den Kämpfen in der Umgebung von Bruch und Leoben. Als

er die Aussichtslosigkeit der Lage erkannte, schickte er die Männer nach Hause und ging mit einer kleinen Anzahl enger Freunde, am Schluss allein, weiter.

Am Samstag fiel er durch Verrat in die Hände der Polizei – ein Detail, das im Leben Jesu genauso zu finden ist wie in der Geschichte Andreas Hofers.

Man brachte ihn unter Bedeckung von sechzig Polizisten nach Leoben ins Gerichtsgefängnis. Er war gefesselt, auf den Kopf hatte man ihm eine graue Kappe gestülpt. (Auch hier hatten die österreichischen Behörden dafür gesorgt, dass die religionsgeschichtlichen Parallelen nicht ausblieben.) Er wurde in die Zelle 6 gebracht, doch die Tür zu dieser Zelle stand die ganze Zeit offen, so dass die Polizisten ihn beobachten konnten.

Die Verhandlung vor dem Kreisgericht Leoben begann am Montag, dem 19. Februar, um zwei Uhr nachmittags. Da die beiden ersten Verteidiger, die Wallisch namhaft machte, selbst in Haft waren, wurde ein Verteidiger vom Gericht bestellt. Der Gerichtsvorsitzende Dr. Fritz Marinitsch führte die Verhandlung in korrekter Weise, während der Staatsanwalt Dr. Paul Suppan den Angeklagten als «einen Schrecken des steirischen Oberlandes» beschrieb.

Die Verhandlung war öffentlich. Wallisch konnte eine Rede halten, und einige seiner Freunde im Zuschauerraum stenographierten den Wortlaut mit. Als der Richter ihn einmal unterbrach, sagte Wallisch: «Herr Vorsitzender, denken Sie daran, dass es das letzte Mal in meinem Leben ist, dass ich eine Rede halten werde.» Der Vorsitzende sagte: «Sie haben recht. Sprechen Sie weiter.»

Noch bevor die Verhandlung begonnen hatte, wurde in einem zentralen Hof des Gerichtsgebäudes, dem sogenannten «Holzhof», der Galgen aufgerichtet. Es war ein hölzernes Gerüst, drei Meter neunzig hoch, mit einem Balken oben. Es ist wesentlich für das Verständnis der Situation, dass sich rings um diesen Holzhof die Zellen der sozialdemokratischen Häftlinge befanden, so dass 50 oder 60 von ihnen durch die Zellenfenster zusehen konnten, wie der Galgen für ihren Abgeordneten errichtet wurde.

Der Henker, ein Fleischhauer namens Spitzer aus Wien, war mit seinen beiden Gehilfen schon am Morgen in Leoben eingetroffen. Nach seiner Ankunft hatte ihm kein Hotel Unterkunft geben wollen.

Um sieben Uhr abends rief Bundeskanzler Dollfuss aus Wien den Gerichtspräsidenten an und fragte, warum denn der Prozess so lange dauerte. Es war schon halb zehn Uhr, als die Verhandlung zu Ende war und das Todesurteil gefällt wurde.

Wallisch sagte, er wolle nicht um Gnade bitten, aber sein Rechtsanwalt brachte ein Gnadengesuch für ihn ein. Justizminister Schuschnigg liess aus Wien melden, er werde das Gnadengesuch dem Bundespräsidenten nicht vorlegen. Inzwischen marschierten im Holzhof sechzig Soldaten auf, geführt von ihren Offizieren. Der Hof war in grelles Scheinwerferlicht getaucht, und der Öffentlichkeitscharakter der Hinrichtung war insofern gegeben, dass die sozialdemokratischen Gefangenen von ihren Zellenfenstern aus der Hinrichtung zusahen.

Wallisch wurde in seiner Zelle gefragt, ob er einen letzten Wunsch habe. Er verlangte seine Frau zu sehen. Als diese die Polizisten sah, schrie sie: «Mörder! Henker!» Wallisch beruhigte sie und sprach ihr Trost zu. Dann verlangte er ein Glas Wein und trank es aus – er war bis dahin ein Abstinenzler gewesen, doch jetzt machte er eine Ausnahme. Dann brachte ihm der Gefängnisarzt – so berichtet Naomi Mitchison – ein Taschentuch, das mit Chloroform getränkt war. Wallisch legte den einen Arm um seine Frau und hielt ihr mit der anderen Hand das Taschentuch vor ihr Gesicht. Die bewusstlose Frau wurde auf eine Matratze in der Zelle gelegt.

Dann verlangte er drei seiner Freunde, gefangene Schutzbündler, zu sehen. Er sagte zu ihnen: «Bleibt weiter aufrechte Proleten. Es wird der Tag kommen, an dem wir siegen werden.» Schliesslich kam der Gerichtsvorsitzende mit der Nachricht von der Ablehnung des Gnadengesuchs. Wallisch dankte ihm für die faire Prozessführung.

Unmittelbar darauf kamen der Scharfrichter Spitzer und seine Gehilfen. Sie schleppten Wallisch in den Hof. Die Gefangenen hingen an den Gitterfenstern ihrer Zellen und schauten entsetzt zu. Wallisch stand in seinem blauen Arbeitsanzug mit dem Rücken zum Galgen. Der Scharfrichter legte ihm die Schlinge um den Hals. Seine Gehilfen zogen Wallisch an den Beinen hinunter und würgten ihn. Wallisch rief laut: «Es lebe die Sozialdemokratie! Freiheit!» Das letzte Wort wurde durch das Zuziehen der Schlinge erstickt, so dass es schnarrend klang. Es dauerte — wie Naomi Mitchison nach den Berichten der Augenzeugen mitteilte — zwölf Minuten, bis der Todeskampf vorüber war. Dann verbeugte sich der Scharfrichter vor der Leiche und sagte ironisch: «Herr Wallisch, bei Ihnen war es mir ein ganz besonderes Vergnügen.» Die Leiche blieb zwei Stunden lang am Galgen hängen, während die sozialistischen Häftlinge noch immer aus ihren Zellenfenstern schauten. Einer von ihnen rief: «Mörder!», und die Polizei versuchte festzustellen, wer es gewesen war, aber keiner gab ihn preis.

Am nächsten Tag wurde die Leiche von Spitzer und einigen Soldaten

auf den Friedhof von Leoben gebracht und dort vergraben. Obwohl man vorher die Türe des Friedhofs abgesperrt hatte, kletterten einige über die Mauer und prägten sich die Stelle ein, an der Wallisch begraben worden war. Und schon am nächsten Tag lag dort der erste Strauss Blumen.

Bis zur Aufhebung des Standrechts am 21. Februar fanden mehrere Prozesse statt. Dann trat eine Pause von vielen Wochen ein, bevor die regulären Prozesse gegen die Schutzbündler begannen. Inzwischen waren in Österreich mehrere tausend Sozialdemokraten in den Gefängnissen und Konzentrationslagern in Haft (in Wien allein nach den im Mai veröffentlichten Presseberichten mehr als 2'000, in Oberösterreich mindestens ebenso viele, darunter in Steyr allein 600, in Niederösterreich und in der Steiermark angeblich etwa 6'000, in Wiener Neustadt nach dem Bericht Naomi Mitchisons mindestens 500). Fast jede dieser Verhaftungen und Festhaltungen bedeutete für eine Familie Not und Elend.

«Der Sozialismus lebt»

Ausser den verhafteten Schutzbündern waren es die sozialdemokratischen Führer und Funktionäre, die wegen ihrer Stellung in der Partei festgenommen worden waren. Zwei Parteiführer, Otto Bauer und Julius Deutsch, die als militärische Leiter des «Aufstandes» gesucht wurden, waren in die Tschechoslowakei geflüchtet. Sie errichteten bald darauf in Brünn ein Zentrum für die im Exil befindlichen österreichischen Sozialdemokraten. Die meisten Funktionäre, die von der Polizei verhaftet worden waren, hatten sich nichts anderes zuschulden kommen lassen, als dass sie demokratisch gewählte Vertreter einer bestimmten politischen Partei gewesen waren. Sie wurden, wie man erfuhr, zum Teil ziemlich rücksichtslos behandelt. (Später taten sich die Behörden einiges darauf zugute, dass man, wie sie mitteilten, die verhafteten Funktionäre im Gefängnis mit «Sie» ansprach, wenn auch nicht mit ihren Titeln, etwa dem Dokortitel.)

Einer, der sich über seine Behandlung nicht beklagte, war General Theodor Körner. Als seine Lebensgefährtin ihn im Gefängnis unter Aufsicht eines Polizeibeamten besuchen durfte, sagte er zu ihr nur: «Es geht mir gut. Ich brauche nichts. Der Sozialismus lebt. Auf Wiedersehen.» Ob die Geschichte wahr oder eine erfundene Anekdote ist, weiss ich nicht. Jedenfalls beleuchtet sie das Wesen des späteren Bundespräsidenten Körner und wurde damals in Wien allgemein geglaubt.

Während die Existenz der Politiker in den Gefängnissen unangenehm, aber nicht unerträglich war, drangen über die Behandlung der verhafteten Schutzbündler in den Gefängnissen und Konzentrationslagern beunruhigende Nachrichten an die Aussenwelt. Die Gefangenen wurden von der Polizei und der Heimwehr rücksichtslos geschlagen und misshandelt, vor allem um Aussagen über ihre Kollegen aus ihnen herauszupressen. Dabei will ich nicht behaupten, dass es in anderen Ländern nach einem Bürgerkrieg anders zugeht.

Ich schrieb nun einen Bericht für den «Daily Herald», in dem ich diese Zustände schilderte und besonders die Misshandlung der verhafteten Schutzbündler betonte. Allerdings gab ich, obwohl ich den Artikel von Wien nach London telephonierte und der Ursprung für die abhorchende Polizei kein Geheimnis sein konnte, dem «Daily Herald» die Weisung, die Meldung unter der Bezeichnung «Von unserem Sonderkorrespondenten in Prag» zu veröffentlichen.

Die Behörden liessen sich dadurch nicht irreführen, obwohl sie andererseits auch nicht bereit waren, zuzugeben, dass sie die Gespräche der Auslandskorrespondenten abhorchten. Ich erhielt eine Vorladung in die Polizeidirektion. Der Polizeioffizier, der mich vernahm, war ein Mann, der viel später auf einem ganz anderen Gebiet Berühmtheit erlangte: Dr. Egon Hilbert, nach dem Zweiten Weltkrieg Direktor der Staatsoper. Im Jahr 1934 war Dr. Hilbert als Assistent dem Pressepolizeichef Dr. Victor Altmann zugeteilt. Die Vernehmung durch Dr. Hilbert war ausgesprochen unangenehm und hatte nichts mit Musikalität zu tun. Während sich mein Inquisitor mit einer Schere, die er auf dem Schreibtisch liegen hatte, sorgfältig die Nägel putzte, forderte er mich immer wieder auf, meine Urheberchaft an dem in Frage stehenden Artikel zuzugeben, denn so ein Artikel «wäre ja, bei Ihrer Einstellung, Herr Doktor, zu erwarten».

Ich machte von dem Recht des Beschuldigten Gebrauch und leugnete alles ab. Dr. Hilbert entliess mich schliesslich und kündigte eine baldige Wiederholung der Vernehmung an. Ich wusste, dass die Regierung Dollfuss in Bezug auf Meldungen über die Misshandlungen von Gefangenen ganz besonders empfindlich war. Ich ging sofort zur britischen Gesandtschaft und verlangte den ersten Gesandtschaftssekretär, Captain Hadow, zu sprechen, einen blonden, hochgewachsenen, bedächtigen und distinguierten Engländer. Ich erzählte ihm, dass ich einvernommen worden war, ohne dabei überhaupt auf die Frage einzugehen, ob ich den Artikel tatsächlich geschrieben hatte oder nicht. Hadow fragte mich auch nicht danach. Er intervenierte sofort beim österreichischen Aussenamt und

pro-testierte dagegen, dass ein britischer Korrespondent, noch dazu wegen eines Artikels, den er gar nicht geschrieben habe, zur Rechenschaft gezogen worden sei. Ich hörte von der Polizei in dieser Angelegenheit nicht wieder. Meine Gefühle gegenüber dem Polizeioffizier Dr. Hilbert blieben allerdings ausgesprochen kühl. Ich verzieh ihm innerlich erst, als ich später hörte, er habe seine Handlungen als Polizeioffizier der Dollfusdiktatur als Häftling in den Konzentrationslagern Hitlers mehr als reichlich abgebußt.

Einige Tage später war ich wieder in der britischen Gesandtschaft bei Hadow, wobei dieser mir eröffnete, er habe eine Bitte an mich. Er wollte mit Oscar Pollak als einem der Führer der illegal gewordenen Sozialdemokratie in Verbindung treten, um verschiedene Probleme zu besprechen. Er schlug vor, er werde am nächsten Vormittag mit seinem Wagen an einer bestimmten Stelle der Hauptallee im Prater auf und ab fahren. Oscar solle dort warten. Er werde ihn in sein Auto nehmen. Ich liess Oscar die Botschaft ausrichten, und die Unterredung – die erste Kontaktnahme der britischen offiziellen Stellen mit einer illegalen österreichischen Partei – fand wie besprochen statt.

Unter den Ausländern, die ich in den nächsten Tagen in Wien traf, war auch der berühmte indische Revolutionär Subhas Chandra Bose. Er lebte damals in der österreichischen Hauptstadt, um sich wegen eines Magenleidens behandeln zu lassen. (Dass er während dieser Zeit auch eine Wienerin geheiratet hatte, erfuhr man erst viele Jahre später.) Subhas Chandra Bose, der einige Monate vorher Gast meiner Eltern bei einem Essen in unserem Haus gewesen war, hatte auf mich von Anfang an starken Eindruck gemacht. Er war ein ausgesprochen schöner Orientale mit einer sanften, überlegten Art zu sprechen. Einige Tage nach den Februarkämpfen 1934 besuchte ich ihn in seinem Wiener Hotel. Er tröstete mich in meinem Kummer, indem er auf die vielen Schwierigkeiten hinwies, gegen die die indischen Nationalisten anzukämpfen hatten, und sagte, die österreichischen Sozialisten sollten sich nicht entmutigen lassen. Solange der Wille zum Widerstand vorhanden sei, sei nichts verloren.

Ich war durch die aufmunternden Worte Boses wirklich getröstet und behielt ihn in guter Erinnerung. Es ist merkwürdig, welche politische Entwicklung dieser edle, freundliche Mann später als Führer der indischen radikalen Revolutionsbewegung durchmachte. Im Zweiten Weltkrieg schloss sich Subhas Chandra Bose nämlich den Japanern an, besuchte Hitlers Berlin, gründete in Japan eine antibritische Armee und kam kurz vor Kriegsende bei einem Unfall ums Leben.

Singerstrasse 16

Gaitskell tritt in Erscheinung

Unmittelbar nach dem Ende der Februarkämpfe – ich glaube, es war Freitag, der 16. Februar – kam Hugh Gaitskell in meine Rechtsanwaltskanzlei am Opernring. Ich hatte von ihm schon gehört, war ihm aber noch nie persönlich begegnet. Er war ein blonder, schlanker junger Mann, der äusserst ruhig wirkte, aber voll Energie war. Gaitskell hatte sein Studium in England beendet und verbrachte einige Monate auf Grund eines Stipendiums der Rockefellerstiftung mit Spezialforschungen an der Wiener Universität. Hier fand er Kontakt mit dem Kreis Ludwig Wagners und anderen Gruppen sozialistischer Intellektueller. Wie Margaret Cole in einer Biographie Gaitskells schreibt, «verliebte er sich in das Rote Wien». Gaitskell stammte aus einer Familie von höheren Kolonialbeamten und war schon als Student an der Universität Oxford Sozialist geworden. In Wien aber sah er zum erstenmal den Sozialismus in praktischer Tätigkeit. Die Ereignisse der letzten Tage hatten den jungen Engländer tief erschüttert.

Die politische Zukunft des Mannes, der nun den österreichischen Sozialisten zu Hilfe kam, konnte man damals noch nicht ahnen. Dass er einen klaren Kopf hatte, dass er grosses Organisationstalent und eine feste sozialistische Überzeugung besass, war schon damals deutlich. Dennoch war sein Aufstieg in der britischen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg überraschend. Gaitskell wurde in der Regierung des Premierministers Clement Attlee als Nachfolger von Sir Stafford Cripps im Jahr 1950 im Alter von 44 Jahren Schatzkanzler (Finanzminister). Als Attlee fünf Jahre später aus Altersgründen die Parteiführung niederlegte, wurde Gaitskell zum Führer der Labour Party und zum Leiter der Opposition im britischen Parlament gewählt. Er wäre wahrscheinlich der nächste britische Premierminister geworden, doch raffte ihn im Jahr 1963 eine tückische Krankheit hinweg. Ein Jahr später siegte die Arbeiterpartei bei den Parlamentswahlen, Harold Wilson wurde Premierminister.

Gaitskell wusste, dass ich Korrespondent des «Daily Herald» war und kam gleich nach dem Ende der Kämpfe zu mir in der Annahme, dass mein Büro der relativ sicherste Platz wäre, von dem aus man mit London telephonisch in Verbindung treten und politische Fragen besprechen konnte. Er stellte sich mir vor, setzte sich an meinen Schreibtisch und rief seine Freunde in London an. Sein erster Anruf galt, wenn ich mich recht erinnere, dem Schriftstellerehepaar Cole. Professor G. D. H. Cole und seine Frau Margaret gehörten zu den aktivsten sozialistischen Intellektuellen in England und waren die treibende Kraft der «Fabian Society» (Fabier-Gesellschaft).

Am Telephon erklärte Gaitskell seinen englischen Freunden, es müsse von der britischen Labour Party sofort eine Aktion eingeleitet werden. Zahlreiche Personen in Österreich seien verhaftet, die Gefahr und das Elend seien gross. Man müsse aus England Leute und Geld nach Österreich schicken. Am besten wäre es, wenn das Ehepaar Cole selbst käme.

Mit dem Anruf Gaitskells aus Wien nach London war somit der erste Anstoss zu den Hilfsaktionen des Westens für die österreichischen Sozialisten gegeben, deren Zentrum in den nächsten Monaten vor allem die Zentrale der britisch-amerikanischen Gesellschaft der Freunde (Quäker) in der Singerstrasse Nr. 16 in der Wiener Innenstadt war. Das Ehepaar Cole kam zwar nicht selbst, aber schon nach wenigen Tagen erschienen die ersten Abgesandten aus England. Hans Mars, ein junger Angestellter der Wiener Arbeiterkammer, der auf Initiative Gaitskells nach England entsandt worden war, warb um Hilfe für die österreichischen Sozialisten, blieb dann in England und wurde später Professor an einer britischen Universität.

Unter den ersten, die aus England nach Wien kamen, war die Schriftstellerin Naomi Mitchison, eine äusserst dynamische dunkelhaarige junge Frau, die später ihre Eindrücke in ihrem Buch «Vienna Diary» (Wiener Tagebuch) schilderte. In diesem Buch, das in Grossbritannien eine starke Wirkung ausübte, tragen die meisten handelnden Personen Decknamen, so heisst Gaitskell bei ihr «Sam». Mit Gaitskell und verschiedenen österreichischen Freunden besuchte Frau Mitchison die Gemeindebauten in Floridsdorf und anderen Bezirken Wiens, wo Kämpfe stattgefunden hatten. Sie ging in die Wohnungen und sprach dort mit den Frauen, deren Gatten oder Söhne als Schutzbündler in Haft genommen oder verschwunden waren. Die österreichische Polizei wusste von diesen Besuchen, verhinderte sie aber zunächst nicht, denn die Regierung Dollfuss war in Bezug auf die Meinung des Auslandes sehr empfindlich.

Naomi Mitchison kam auch in meine Kanzlei, sprach nervös gestiku-

lierend und liess sich von mir und anderen die Einzelheiten der Situation erklären. Sie war über die Ereignisse bekümmert und wollte leidenschaftlich gern helfen. Was ihr besonders naheging, war der Kontrast zwischen ihrer eigenen Sicherheit als britische Staatsbürgerin und der Gefahr, in der die Menschen schwebten, mit denen sie jetzt zu tun hatte. Sie gehörte der englischen Oberklasse an. Ihr Gatte, der Rechtsanwalt George Mitchison, war Abgeordneter der Labour Party im britischen Parlament. Sie selbst war eine Tochter des liberalen Kriegsministers aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, Lord Haldane, und Schwester des Wissenschafters G. B. S. Haldane. Naomi Mitchison war von Natur aus bescheiden und jedem Snobismus gänzlich abgeneigt. Aber sie zögerte keinen Augenblick in der kritischen Situation, in der sich die österreichischen Sozialisten befanden, ihre hohe gesellschaftliche Stellung den Behörden gegenüber zur Geltung zu bringen.

In Wien traf Naomi Mitchison mit einer Freundin zusammen, die schon eine Zeitlang hier lebte und im «Vienna Diary» unter dem Namen «Lass» aufscheint. Ihr wirklicher Name war Betty Lascelles. Sie wurde später die Gattin Professor Waddingtons. Der Name Lascelles hatte für die offiziellen österreichischen Stellen einen besonderen Klang, denn es war bekannt, dass Viscount Lascelles (Lord Harewood) mit der einzigen Tochter des englischen Königs Georg V. verheiratet war. «Lass» war also indirekt eine Verwandte des britischen Königshauses. Sie nahm mit Naomi Mitchison an den Besuchen in den Wohnungen der Schutzbündler teil. Bei einer dieser Visiten, die Betty Lascelles zusammen mit einer anderen Engländerin machte, wurden die beiden von einem Kriminalbeamten festgenommen und von der Polizei verhört. Als man merkte, um wen es sich handelte, liess man sie unverzüglich wieder frei.

Aber das genügte uns Journalisten. Mein Kollege Eric Gedye vom «Daily Telegraph» berief sofort eine improvisierte Pressekonferenz in seine Wohnung ein, in der die beiden Engländerinnen über ihr aufregendes Erlebnis mit der österreichischen Polizei berichteten. Naomi Mitchison fungierte als Zeremonienmeisterin. Sie beschrieb später die Pressekonferenz, an der ungefähr ein halbes Dutzend von uns teilnahm, in ihrem Buch. Wichtig war für den Augenblick, dass die britischen Zeitungen am nächsten Morgen Berichte über die Anhaltung einer Verwandten des englischen Königshauses durch die österreichische Polizei veröffentlichen konnten.

Auch aus anderen Ländern Europas kamen Sozialisten, um den bedrängten Österreichern zu helfen. Einer der ersten, der in Wien eintraf, war Wenzel Jaksch, ein deutscher sozialdemokratischer Abgeordneter

des tschechoslowakischen Parlaments, der später lange Zeit Führer der sudetendeutschen Sozialdemokraten und nach dem Zweiten Weltkrieg Vorsitzender der sudetendeutschen Flüchtlingsorganisation in Westdeutschland war.

Zur Zeit seines Aufenthalts in Wien im Jahr 1934 war Jaksch sehr mager, vorzeitig ergraut – er war noch jung, aber sah viel älter aus. Die Entbehrungen seiner Jugendjahre – er war von Beruf Maurer gewesen – standen ihm ins Gesicht geschrieben. Jaksch war immer ein ausserordentlich mutiger Mensch, ein Aktivist, der vielleicht eher bereit war, gelegentlich einen Fehler zu machen, als untätig zu bleiben. Er begann seine Reden gern mit den Worten: «Da könnte man jetzt etwas tun..Während seines Wiener Aufenthaltes wurde Jaksch von der Polizei verhaftet und verbrachte einige Stunden in der Zelle eines Polizeigefängnisses. Er liess sich aber nicht einschüchtern und schrieb auf einen Zettel, dass und wo er eingesperrt war. Diesen Zettel übergab er einem Posten, der an seiner Zelle vorüberging, mit der Bitte, ihn an mich weiterzuleiten. Der Polizist tat das auch wirklich. Ich schickte das «Gsieberl» des tschechoslowakischen Abgeordneten sofort weiter. Inzwischen war die Identität des Verhafteten festgestellt, und er wurde ohne Verzug wieder freigelassen.

Aus Brüssel kam ein Redakteur des dortigen sozialistischen Partei- blatts «Le Peuple» nach Wien, der mit Oscar und Marianne Pollak befreundet war. Er war ein schwarzhaariger Mann namens Sachs, trotz seines deutschen Namens ein französischsprachiger Belgier. Ich hielt in den ersten Tagen den Kontakt mit Oscar und Marianne durch ihn aufrecht. Ich glaube, dass es richtig war, damals nicht persönlich mit Oscar zusammenzukommen. Ich war den Behörden als Zeitungskorrespondent bekannt und musste damit rechnen, von der Polizei beobachtet zu werden. Oscar lebte allerdings in diesen Tagen sehr waghalsig. Er war überhaupt, wie er bei vielen Gelegenheiten bewies, ein Mann von grossem physischem Mut. Während andere politische Führer aus Österreich flohen, blieb Oscar in Wien und beschloss, «illegal» zu leben. Zu diesem Zweck rasierte er seinen Schnurrbart ab und glaubte nun, in dieser «Verkleidung» völlig unkenntlich zu sein.

Dass er das nicht war, musste er einige Tage später erkennen, als er in Wien auf der Strasse den Chef der Staatspolizei, Hofrat Weiser, traf. Weiser zog höflich grüssend den Hut und ging weiter. Er liess den «Illegalen» aber nicht verhaften. Es widersprach Weisers österreichischem Empfinden offenbar, von einem zufälligen Zusammentreffen auf der Strasse amtlichen Gebrauch zu machen.

Marianne war mit meiner vorsichtigen Haltung unzufrieden und tadelte mich bei unserem nächsten Zusammentreffen einige Tage später, weil ich mit Oscar und den anderen Kollegen von der «Arbeiter-Zeitung» in den ersten Tagen nach den Kämpfen nicht zusammengekommen war. Gerade von mir hätte sie Besseres erwartet, sagte sie. Ich verteidigte mein Verhalten und glaube auch jetzt noch, dass ich recht hatte. Ich hätte mich und die anderen unnötig gefährdet. Marianne verzieh mir auch bald wieder. Sie hat mich im Laufe der Zeit noch oft wegen anderer Dinge getadelt.

Ungefähr eine Woche nach den Februarkämpfen kam eine wichtige Persönlichkeit nach Wien, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Belgier Walter Schevenels. Er war ein freundlicher, verbindlich lächelnder Weltmann, der viele Sprachen beherrschte. Seine Muttersprache war flämisch. Schevenels brachte Gelder vom Internationalen Gewerkschaftsbund mit, um die Not lindern zu helfen.

An einem Samstag Vormittag war ich zu Hause in Hietzing geblieben, statt in meine Kanzlei zu fahren, weil ich Verschiedenes zu erledigen hatte. Plötzlich kam ein Anruf von meiner Kanzleisekretärin Amalie Filgas, auf deren Treue ich mich verlassen konnte, obwohl sie, soviel ich weiss, politisch eher der anderen Seite zuneigte. Die Nachricht, die sie mir gab, klang rätselhaft. Sie sagte: «Die Herren sind angekommen und haben eine Konferenz, aber sie sagen, Sie brauchen nicht in die Kanzlei zu kommen.» Ich war über diese mysteriöse Botschaft natürlich sehr beunruhigt und fuhr sofort mit dem Taxi in die Kanzlei. Dort traf ich Schevenels und einige seiner Kollegen (unter ihnen einen deutschen Abgeordneten aus der Tschechoslowakei) in meinem Arbeitszimmer im Gespräch vertieft. Schevenels sagte fröhlich: «Wir waren im Kaffeehaus, und der Mann am Nebentisch sah aus wie ein Detektiv. Da haben wir uns lieber gleich zu Ihnen hierhergesetzt.»

Der Beginn der Quäkeraktion

Es war ein Problem, wie man die im Ausland bereitgestellten Gelder an die Familien der notleidenden Sozialisten verteilen sollte, ohne mit der Polizei in Konflikt zu geraten. Ich dachte von Anfang an an meine englischen Freunde, die Quäker, die schon nach dem Ersten Weltkrieg den notleidenden Kindern und Familien in Österreich wertvolle Hilfe geleistet hatten. Die «Gesellschaft der Freunde», seit Jahrhunderten unter dem Namen «Quäker» bekannt, ist eine englisch-amerikanische

protestantische Sekte. Charakteristisch für diese religiöse Gemeinschaft ist, dass sie keine Priester hat und dass ihr Gottesdienst im Schweigen besteht. Nur von Zeit zu Zeit, wenn es sich dazu inspiriert fühlt, ergreift ein Mitglied der Gemeinde das Wort. Durch ihre wohlthätige Arbeit im Dienst der Menschlichkeit sind die Quäker auf der ganzen Welt berühmt.

Im Jahr 1934 existierte die Wohltätigkeitsaktion der Quäker in Wien nicht mehr, sondern nur eine kleine religiöse Verbindungsmission zur Aufrechterhaltung des Kontakts mit ihren österreichischen Anhängern und Freunden. Diese Mission war in einem alten Palais in der Singerstrasse 16 untergebracht, wo schon die frühere Quäkeraktion amtiert hatte. Die jetzige Leiterin, eine gute Bekannte von mir, war die Amerikanerin Emma Cadbury. Ich ging zu ihr in die Singerstrasse, schüttete ihr mein Herz aus und fragte sie, ob man nicht etwas tun könnte, um die Quäker zu einer neuen Hilfsaktion nach Wien zu bringen.

Miss Emma Cadbury, ein kleines rundliches, älteres Fräulein aus Philadelphia, verband stilles Auftreten mit grosser Klugheit. Sie hörte mich ruhig an und versprach, die Sache den Quäkerzentralen in London und Philadelphia vorzutragen. Die interne Korrespondenz der Quäker in dieser Stadt war bis jetzt nicht bekannt, doch wurden mir auf meine Bitte die Briefe Emma Cadburys nach Philadelphia von der dortigen Zentrale zur Verfügung gestellt. Sie zeigen, wie die Ereignisse auf die Quäker wirkten. Die Briefe sind in jenem altertümlichen biblischen Englisch geschrieben, das die Quäker untereinander verwenden. So vermeiden sie zum Beispiel die Bezeichnungen der Wochentage, die ja heidnischen Ursprungs sind, und sprechen vom «fünften Tag» statt vom «Donnerstag».

Am 20. Februar 1934 berichtete Emma Cadbury an ihren Verwandten, den Funktionär Henry Cadbury in der amerikanischen Quäkerzentrale: «Eine Woche ist vergangen, seit ich geschrieben habe. Deine Nachricht vom fünften Tag in Beantwortung unseres Telegramms war sehr willkommen. Die Nachricht vom Aufhören der Kämpfe wird Dich durch die Zeitungen erreicht haben. Ich hörte einen Teil der Ansprache des Kanzlers an das amerikanische Volk am Abend des ersten Tags. Es war eine schreckliche Zeit – und ich fürchte, sie ist noch nicht zu Ende. Ich sende dies durch Arnold Rowntree und John Robson, die heute nach Venedig abreisen, nachdem sie seit dem siebenten Tag abends hier waren. Es war eine grosse Hilfe, sie hier zu haben, da wir sehr ernste Probleme zu überlegen hatten.

Am sechsten Tag begannen Leute zu uns zu kommen und sagten,

wir wären die einzigen, die denen Hilfe bringen könnten, deren Männer wegen ihrer Opposition gegen die Regierung getötet oder verhaftet oder gar hingerichtet worden waren. Ein Fonds wurde sofort eröffnet – für die Familien der Soldaten, Polizisten und so weiter, die getötet wurden, und am ersten Tag wurde ein Fonds angekündigt, angeregt vom Erzbischof und verwaltet im Namen der Frau des Kanzlers, um denen zu helfen, die nicht mit der militärischen Verteidigung verknüpft waren. Ich ging gestern zum Direktor der neuen Aktion und gewann die Überzeugung, dass sie allen helfen wollen, die in Not sind – Familien von Menschen ohne politische Schuld, die auf der Strasse oder in den Häusern zufällig getötet wurden, während gekämpft wurde, aber auch den Familien der Sozialdemokraten.

Man sagt uns aber noch immer», fährt Emma Cadbury fort, «dass diese letzteren in grosser Angst und in Schrecken und Misstrauen leben. Nur mit Schwierigkeiten können ihre eigenen Parteimitglieder sie erreichen. Sie haben über ihre Verwundeten gelogen und auch über ihre Toten. Sie fürchten, dass man ihnen ihre Kinder wegnehmen und diese in katholische Häuser oder Klöster stecken wird und dass man sie voneinander trennen wird. Ich höre aus guter Quelle, dass man, als zuerst Nahrungsmittelpakete in den Wohnbauten verteilt wurden, wo gekämpft worden war, die Leute aufforderte, Beitrittserklärungen zur Vaterländischen Front oder Loyalitätserklärungen für die Regierung zu unterzeichnen und dass sie sich lieber weigerten, die Pakete anzunehmen, statt zu unterzeichnen.

Sie misstrauen der Aktion der Frau Dollfuss, denn sie glauben, das sei nur eine Falle, um sie für die Regierung und die Kirche zu gewinnen. Ausserdem sagen die Sozialisten, dass sie sich selbst und die Leute in Gefahr bringen, denen sie helfen wollen, denn sie kommen beide in Verdacht, die Partei zu unterstützen, die jetzt verboten ist. Daher sagen sie, dass nur eine ausländische und neutrale Organisation Hilfsmittel für die Sozialisten annehmen und verteilen kann und dass wir die einzige Organisation dieser Art sind. Das Geld wartet auf eine Zentrale, die damit in dieser neutralen Art umgehen kann.»

Die Leiterin des Fonds der Frau Dollfuss habe das eingesehen und Miss Cadbury gebeten, sich um die Familie eines hingerichteten Mannes zu kümmern, den sie als «dieser Held» bezeichnete. «Die Not», schreibt Miss Cadbury, «ist kolossal. Die Zahlen sind unsicher. Ein Arzt schätzte, dass sechshundert Opfer in den Spitälern liegen, aber die Leute sagen, das seien wahrscheinlich nur die Opfer der Regierungsseite oder zufällige Opfer... Heute sprach jemand zu mir von 1'600 Toten und

3'000 Verhafteten. Viele Sozialdemokraten waren arbeitslos, und die Frauen der Verhafteten können die Arbeitslosenunterstützung nicht beziehen, und es gibt keine Löhne für die, die in Arbeit standen, während sie in Haft sind. Da die Partei mit allen ihren Organisationen, die dazu gehören, aufgelöst ist, haben viele Leute plötzlich ihre Posten verloren. Ausserdem verlieren viele Sozialisten, die bei der Gemeinde angestellt sind, kurzfristig ihre Anstellungen. Ob sie die Arbeitslosenunterstützung oder Pensionen erhalten werden, ist unsicher. Die meisten Arbeiter hatten keine Ersparnisse. Die Wohnbauten sind nicht so stark beschädigt, wie es zuerst hiess, aber viele Leute haben ihre Möbel verloren, und manche Wohnungen sind unbewohnbar geworden. Jetzt, so heisst es, sollen die Leute delogiert werden, die definitiv der Regierung Widerstand geleistet haben. Sie sollen verstreut werden – als Demilitarisierung der sozialistischen Festungen'. Sie werden wahrscheinlich in anderen Gemeindebauten untergebracht werden, soweit dies möglich ist. Aber das ist ein weiteres Elend. Ich höre, dass in manchen Bauten, wo gekämpft wurde oder wo Waffen gefunden wurden, alle Männer zunächst einmal verhaftet wurden. Die Unschuldigen werden jetzt freigelassen.

Wir sind alle gesund und dankbar dafür», schliesst Emma Cadbury ihren Brief. «Aber wir sind sehr traurig. P. S. Wir haben das Gefühl, dass die gegenwärtige Situation sehr unsicher ist. Viele Sozialdemokraten sind zu den Nazis übergegangen. Das Fey-Starhemberg-Element in der gegenwärtigen Regierung ist sehr arrogant.»

Einige Tage später traf Frau Dr. Hilda Clark, eine energische englische Quäkerin und Ärztin, die die Hilfsmission in Wien nach dem Ersten Weltkrieg persönlich geleitet hatte, in Österreich ein, und die Verhandlungen mit den Behörden begannen. Jacques Hannak, Redakteur der «Arbeiter-Zeitung», wurde von der illegalen Organisation der Sozialisten als Verbindungsmann eingesetzt und hielt den Kontakt mit dem internationalen Gewerkschaftssekretär Walter Schevenels und den westlichen Gewerkschaften (den Geldgebern) aufrecht. Mit der Durchführung der Verteilung der Mittel auf Seiten der österreichischen Sozialisten wurden meine engen Freunde Fritz Jahnel und Pepo Afritsch betraut.

Bald war die Aktion in vollem Gang. In einem Schreiben vom 24. März konnte Miss Cadbury an ihre Zentrale melden: «In unserem letzten Bericht haben wir mitgeteilt, dass die Gesamtzahl der Familien und einzelnen Personen im Bundesgebiet, die Hilfe von uns erhalten hatten, 7'567 betrug. Heute ist die Zahl 8'316. Der Unterschied kommt

daher, dass in der Steiermark und in Wien viele, die nicht verhaftet wurden, zu uns kamen und dass wir in unserem letzten Bericht Burgenland und Kärnten nicht einschlossen.

Während der letzten Woche haben wir grosse Fortschritte gemacht. Wir arbeiten vor allem in kleinen Orten in der Steiermark und insbesondere in Niederösterreich. Mit unserer Hilfe ist gute Arbeit geleistet worden. In Wien haben in einzelnen Bezirken dreimal so viele Leute Hilfe bekommen wie früher. Die schwierigste Arbeit ist im 21. Wiener Bezirk (Floridsdorf), wo wir ungefähr 900 Fälle haben. Für diesen Bezirk brauchen wir allein zwanzig Mitarbeiter.

Wir hoffen, dass allen Verhafteten im Bundesgebiet zu Ostern geholfen werden kann. Von April an wird regelmässige Hilfe gewährt werden.

Wien	3'400
Niederösterreich	1'400
Oberösterreich	900
Steiermark	2'200
Salzburg	200
Kärnten	40
Burgenland	100
Tirol	100

8'340

Bis jetzt ist in den dringendsten Fällen nur Geld gegeben worden. Kleider- und Sachgeschenke waren bisher nicht nennenswert. Wir hoffen, dass wir in ein oder zwei Wochen mit der Austeilung von Nahrungsmittelpaketen fortfahren können.»

Die Hilfsaktion der Quäker unterstützte nicht nur eine grosse Anzahl von Familien in einer Zeit des grössten Elends. Sie war auch von wesentlicher Bedeutung für den Wiederaufbau der österreichischen sozialistischen Bewegung. Sie gab den österreichischen sozialistischen Männern und Frauen, die als freiwillige Helfer bei der Verteilung der Lebensmittel mitwirkten, Gelegenheit, mit den Familien ehemaliger Vertrauensleute in Verbindung zu treten, sie zu ermutigen und den Kontakt mit ihnen wiederherzustellen. So erwachte unter dem Schutz der englisch-amerikanischen Quäkeraktion die österreichische sozialistische Untergrundbewegung zu neuem Leben.

Miss Emma Cadbury und die englischen und amerikanischen Quäker, die sie bei der zentralen Organisationsarbeit unterstützten, waren über diese Nebenwirkungen ihrer Tätigkeit nicht im Unklaren. Aber sie hiel-

ten es wie der berühmte einäugige englische Admiral Lord Nelson und wandten Dingen, die sie nicht sehen wollten, «ihr blindes Auge zu». Ihre kleine religiöse Sekte war selbst jahrhundertlang behördlichen Verfolgungen ausgesetzt gewesen, und sie hatten eine traditionelle Sympathie für die Unterdrückten. So ging das Hilfswerk, abgesehen von kleineren Zwischenfällen und gelegentlichen zeitweiligen Verhaftungen von Mitarbeitern, ungestört vor sich.

Funktionieren der Justiz in Notstandszeiten

Er war ein schwächlicher junger Mann aus Wales, der sich der Tatsache sehr wohl bewusst zu sein schien, aus einer provinziellen Umgebung zu kommen. Er hiess Elwyn Jones und war erst vor kurzer Zeit auf dem Weg über die Universität Cambridge in das kosmopolitische Leben Londons vorgedrungen. Die Reise nach Wien war seine erste politische Mission.

Als offizielle Tarnung diente ein Studienauftrag. Elwyn Jones, der als Konzipient in der Londoner Rechtsanwaltskanzlei Pritt und Mitchison tätig war, sollte das «Funktionieren der Justiz in Notstandszeiten» untersuchen. Wo hätte man das besser tun können als in Österreich unter der Dollfussdiktatur nach dem Februar 1934? In Wirklichkeit sollte er für die Rechtsvertretung der Inhaftierten sorgen und durch seine Besuche in den Gefängnissen und Anhaltelagern dazu beitragen, die Misshandlungen der Gefangenen abzustellen. Diese Wirkung wurde auch erzielt. Wo Elwyn Jones hinkam, hörten die Misshandlungen auf oder wurden wenigstens seltener.

Auf meine Frage, was ihm von seiner Reise in Erinnerung geblieben sei, antwortete Elwyn Jones im Herbst 1969 (er war damals britischer Justizminister): «Meine Hauptaufgabe war es, die Rechtsvertretung der Gewerkschaftsführer und Schutzbündler zu organisieren, die im Gefängnis waren. Ich wurde vom National Council of Labour (Generalrat der Arbeiterbewegung) ausgeschiedt, dessen Vorsitzender Ernest Bevin war, mit dem ich den Besuch durchbesprach, bevor ich abreiste. Ich habe eine lebhaftere Erinnerung an Fritz Adler im Züricher Hauptquartier der Zweiten Internationale. Er schärfte mir ein, grösste Vorsicht walten zu lassen, denn es gebe in Wien eine Anzahl von Extremisten, mit denen in Berührung zu kommen ich sorgfältig vermeiden müsse. Ich erfuhr erst später, dass Fritz Adler selbst einmal den österreichischen Ministerpräsidenten erschossen hatte.»

Elwyn Jones fügte hinzu: «Was meine Arbeit in den sechs Monaten betrifft, die ich in Österreich verbrachte, so ist mir besonders der Mut jener in Erinnerung geblieben, die für unsere gemeinsame Sache arbeiteten und das im geheimen tun mussten. Ich erinnere mich auch des Mutes einiger Rechtsanwälte, wie des armen Heinrich Steinitz, der, wie ich glaube, später im Konzentrationslager von den Nazis ermordet wurde.»

Neben seiner juristischen Tätigkeit sollte Elwyn Jones den bereits in Wien anwesenden englischen Sozialisten, vor allem Gaitskell und Frau Naomi Mitchison, bei der Verteilung der Hilfgelder und sonstigen Aktionen behilflich sein. Er kam am 8. März in Wien an – das geht aus dem «Wiener Tagebuch» Naomi Mitchisons hervor. Sie bezeichnet ihn darin mit dem walisischen Decknamen «Glyndwr» und schreibt über ihn: «Glyndwr als Kelte ist ziemlich gut beim Aufnehmen einer Atmosphäre und den Skeptizismus eines modernen jungen Mannes, alles auf der Grundlage der ererbten protestantischen Sektenmentalität. Aber ich glaube, Wien kann sogar das kurieren.»

Zwischen dem 15. und 18. März besuchten Naomi Mitchison und Elwyn Jones Graz, Bruck und Leoben. Sie sprachen mit den Angehörigen des hingerichteten steirischen Schutzbundführers Koloman Wallisch und sahen die Blumen, die seine Freunde auf das Grab gelegt hatten. Über einen Besuch in Wiener Neustadt am 21. März berichtet Naomi Mitchison: «Fast alle Führer waren schon vor dem Montag verhaftet, also kam es zu keinen Kämpfen. Mindestens fünfhundert Leute sind im Gefängnis, entweder im Gerichtsgefängnis oder im Anhaltelager; vielleicht auch mehr. Es ist keine Anklage gegen sie erhoben worden, man kann sie also auch nicht verteidigen.» Schon vorher hatte Naomi Mitchison mit dem schottischen Korrespondenten Evert Barger Sankt Pölten besucht und sich durch das Anhaltelager führen lassen. Barger gab vor, er wolle in seiner Funktion als Berichterstatter durch eigenen Augenschein die «Lügen» widerlegen, die von den Sozialisten über Misshandlungen von Gefangenen verbreitet worden waren!

Elwyn Jones hatte für die Unternehmungen der Gruppe Naomi Mitchisons eine besonders nützliche Qualifikation: Er konnte walisisch, und seine Korrespondenz in dieser exotischen Sprache konnte nicht kontrolliert werden.

Die Hilfsaktion der Quäker war jetzt in vollem Gang. Emma Cadbury und die Engländer und Amerikaner, die die Aufsicht führten, achteten darauf, dass die Gelder für notleidende Familien verwendet wur-

den. Von den politischen Aktivitäten der österreichischen Mitarbeiter nahmen sie keine Notiz. Als Emma Cadbury einmal von der Post einen Brief zugestellt erhielt, der die Adresse trug: «An die Rote Hilfe, Wien I., Singerstrasse 16» lächelte sie nur schelmisch, obwohl sie natürlich wusste, dass die «Rote Hilfe» die Hilfsaktion der Kommunisten war, also noch um einen Grad radikaler als die Aktion, die sich unter ihren Auspizien abwickelte.

Es gab gelegentliche Pannen, österreichische Mitarbeiter wurden von der Polizei verhaftet und mussten durch Intervention der Quäker wieder befreit werden. Pepo Afritsch, der gemeinsam mit Fritz Jahnel die österreichische Seite der Aktion leitete, vergass einmal eine Mappe mit sozialistischem illegalem Propagandamaterial in einem Taxi. Man konnte sich aber auf die Wiener Taxifahrer verlassen; der Lenker brachte ihm die Mappe – mit sanften Vorwürfen wegen seiner Sorglosigkeit – ins Haus.

Durch seine Tätigkeit bei der Quäkeraktion in der Singerstrasse trat Pepo Afritsch zum erstenmal politisch in den Vordergrund. Er war einer der Söhne des damals bereits verstorbenen Gründers der «Kinderfreunde»-Bewegung, des Grazer Stadtrates Anton Afritsch. Dieser kannte aus eigener Erfahrung die freudlose Jugend der Proletarierkinder und begann mit Grazer Kindergruppen Ausflüge ins Grüne zu machen und Feste zu organisieren. Dabei nahm er seine eigene Familie mit. Seine Erlebnisse in der Kinderfreunde-Bewegung blieben für Pepo Afritsch, den späteren Wiener Stadtrat und österreichischen Innenminister der Zweiten Republik, sein ganzes Leben bestimmend.

Er lernte früh, bei Kindervorstellungen als Spassmacher aufzutreten, Menschen zu unterhalten und zum Lachen zu bringen. Schon sein Aussehen war lustig. Er hatte eine kräftige Gestalt und einen mächtigen Charakterkopf, dem die Glatze, die er schon in jungen Jahren bekam, den Ausdruck einer wohlwollenden fernöstlichen Pagodengottheit verlieh. Er war dick, und man konnte ihn im ersten Moment für unbeholfen halten, aber in Wirklichkeit war er sportlich und beweglich, ein ausgezeichneter Bergsteiger und guter Skifahrer. Seine Rundlichkeit gehörte sozusagen zu seinem Inventar als Komiker. Er blieb ein ewiger Jungeselle, war aber dem weiblichen Geschlecht herzlich zugetan und zeigte sich auch später als Minister bei Theaterpremierern immer gern in Gesellschaft hübscher junger Mädchen.

In seinen späteren Jahren genoss Pepo den Ruf eines Lebenskünstlers. Die Zigarren, die er rauchte, waren stadtbekannt. Er hatte eine grosse Briefmarkensammlung. Seine wirkliche Passion aber waren Natur und Blumen. Er hatte eine Lehranstalt für Gärtnerei absolviert und war

dann in den Dienst der Wiener Stadtgartenverwaltung eingetreten. Als er nach dem Krieg Wiens Stadtrat war, dem das städtische Gartenwesen unterstand, liess er an zahlreichen Punkten Blumenbeete und Boskette einrichten, die ein Schmuck der österreichischen Hauptstadt sind. Wenn er von Blumen und vom Gartenwesen sprach, war sein Ton im Gegensatz zu seiner sonstigen Art immer ernst und sachlich, beinahe professoral.

Im Frühling 1934 leisteten Pepo Afritsch, Fritz Jahnel und ihre Mitarbeiter in der Quäkerhilfe alles Menschenmögliche, um das Elend zu lindern und die Gebeugten wieder aufzurichten.

Die Geflüchteten

Die Anzahl der Menschen, die infolge der Februarereignisse 1934 Österreich verliessen, war relativ gross, obwohl sie mit der riesigen Zahl der Flüchtlinge nach der Machtübernahme Hitlers im Jahr 1938 nicht zu vergleichen ist. Wie Walter Wisshaupt in «Wir kommen wieder» mitteilt, befanden sich Ende März 1934 rund 700 österreichische Flüchtlinge (Schutzbündler, gefährdete Parteimitglieder und Familienangehörige) in der Tschechoslowakei, dem Land, das für die meisten Februarflüchtlinge der nächste Zufluchtsort war.

Für die meisten von ihnen war die erste Station Pressburg. Ludwig Sperlich, ein Wiener Dentist und Funktionär der Alpinistengilde des sozialdemokratischen Touristenvereins «Naturfreunde», erzählte mir, er habe (als einer der wenigen Sozialdemokraten, die damals schon ein eigenes Auto besaßen) schon am Sonntag nach den Kämpfen 4'000 Zigaretten, in die Polsterung seines Wagens eingenäht, zu den Flüchtlingen nach Pressburg gebracht.

Über die Flucht der sozialdemokratischen Führer ist wenig zu sagen. Wie Joseph Buttiger («Am Beispiel Österreichs», Seite 51) berichtet, hatte Otto Bauer schon in der Nacht vom 12. auf den 13. Februar die Sinnlosigkeit seines weiteren Verbleibens in Wien erkannt und seinen Freunden die Erlaubnis gegeben, seine Flucht vorzubereiten. Der sozialdemokratische Funktionär Josef Pleyl setzte sich mit Ernst Paul in Verbindung, einem Mitglied des Sekretariats der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei, der auf die Nachricht vom Ausbruch der Kämpfe sofort nach Wien gekommen war. Dieser nahm Otto Bauer, der als Marktgeher verkleidet war, in den frühen Morgenstunden in sein Auto und führte ihn über die Grenze. Otto Bauer benützte dabei

den Reisepass des Redakteurs der Prager Zeitschrift «Sozialdemokrat», Emil Franzel, der ebenfalls schon in Wien eingelangt war.

Die Nachricht ist in doppelter Hinsicht interessant. Sie zeigt erstens, dass Otto Bauer, der den Kontakt mit den kämpfenden Schutzbündlern gänzlich verloren hatte, schon in der Nacht von Montag auf Dienstag nicht mehr an einen möglichen Sieg glaubte. Zweitens ist die Person des Mannes bemerkenswert, der ihm zur Flucht seinen Reisepass lieh. Emil Franzel machte nämlich nach 1938 eine politische Wandlung durch. Er lebte nach dem Krieg in Bayern und wurde Berater des konservativen Politikers Franz Josef Strauss und Freund Dr. Otto Habsburgs. Er galt so sehr als extremer Konservativer, dass ein Plan, ihn im Jahr 1964 mit der Leitung des Wiener linkskatholischen Wochenblatts «Die Furche» zu betrauen, am gemeinsamen Widerstand der österreichischen Linkskatholiken und der Sozialisten scheiterte.

Während Otto Bauer niemals Einzelheiten seiner Flucht bekanntgab und nur den Eindruck bestehen liess, diese habe «nach Abflauen der Kämpfe» stattgefunden, veröffentlichte Julius Deutsch in der Tschechoslowakei einen Bericht unter dem Titel «Der Bürgerkrieg in Österreich – Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen», in dem er ein Bild von sich mit einer schwarzen Binde über einem Auge zeigte, so dass überall die Meinung entstand, er sei im Kampf verwundet worden. Auch der britische Journalist Gedye, der ihn am Samstag nach den Kämpfen in Pressburg besuchte, war dieser Meinung. Buttinger aber gibt den Bericht eines Schutzbündlers wieder, der gemeinsam mit Deutsch am Dienstag Abend über die tschechoslowakische Grenze ging und versicherte, Deutsch habe damals überhaupt keine Augenverletzung gehabt.

Zahlreiche Schutzbündler, die sich in Wien nach dem Ende der Kämpfe versteckt hatten, verdankten ihre Rettung dem Mut und dem Organisationstalent eines ehemaligen Führers der sozialistischen Mittelschüler, Joseph Simon, von seinen Freunden «Hasi» genannt, der in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch nach Prag fuhr und mit Hilfe der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei ein Netzwerk des «Menschenschmuggels» über die Grenze nach Znaim aufbaute. Nach Simons Rückkehr nach Wien am Freitag wurden auf diese Art nach Angabe Buttingers mindestens 150 Menschen «ohne Unfall» über die Grenze geschafft.

Während sich in Brünn das ALÖS (Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokratie) etablierte, kamen die meisten geflüchteten Schutzbündler in Lager, von denen eines in Brünn sehr bald unter kommunistischer Leitung stand, während ein anderes in Prag unter sozialdemo-

kratischer Leitung blieb. Aus dem Brünner Lager gingen Ende März etwa 200 Schutzbündler unter Führung von Heinz Roscher, dem Floridsdorfer Schutzbundführer, und Alois Erjautz, Verteidiger des Goethehofs, in die Sowjetunion ab. Andere Gruppen folgten später nach.

Das Schicksal jener Schutzbündler, die in der Sowjetunion Zuflucht gefunden hatten (es müssen mit ihren Familienangehörigen 500 bis 1'000 Personen gewesen sein), war tragisch. Die meisten von ihnen gerieten in das Räderwerk der stalinistischen «Säuberungen» der nächsten Jahre, in denen Ausländer gewöhnlich schon von vornherein als «Verräter» galten. Einige wenige kehrten schon während der Zeit von 1934 bis 1938 enttäuscht nach Österreich zurück und erkaufte sich durch ihre Erklärungen den Pardon des österreichischen Regimes. Andere kehrten in der Nazizeit heim – meistens still und ohne besondere Erklärungen abzugeben.

Der grösste Teil ging in der Sowjetunion zugrunde. Typisch ist die Lebensgeschichte des Simmeringer Schutzbündlers Josef Sladek, die seine Witwe nach ihrer Rückkehr nach Österreich in der «Arbeiter-Zeitung» vom 10. Februar 1963 beschrieb. Er wurde mit zwei anderen Schutzbündern (Josef Hilbert und Schwarz) in Charkow von den Russen liquidiert.

Das vielleicht seltsamste Schicksal unter allen geflüchteten Schutzbündern erlitt Kurt Dernberger aus Waidhofen an der Ybbs in Niederösterreich. Er hatte an den Kämpfen in der Nähe seiner Heimatstadt in Münichholz unweit von Steyr teilgenommen und war einer der wenigen Schutzbündler aus Waidhofen, die in die Tschechoslowakei flüchteten. (In Wallern in der Tschechoslowakei bestand ein Lager für Schutzbündler aus Oberösterreich und dem Westen.) Von dort ging er nach Russland und schloss sich den Kommunisten an.

Etwa zwei Jahre später kehrte Kurt Dernberger nach Österreich zurück, und zwar als der von der Sowjetunion eingesetzte Chef der Kommunistischen Partei Österreichs. Sein Deckname war «Meller». Er verwaltete die Gelder der illegalen KPÖ und versteckte sie in einem Buch in der Bibliothek des mit ihm befreundeten Dentisten Sperlich in der Wiener Arbeitervorstadt Breitensee. Sperlich selbst blieb Sozialdemokrat, aber er und Dernberger waren ehemalige Mitglieder der Alpinisten-gilde des Touristenvereins «Naturfreunde». Die ehemaligen Mitglieder hielten Kontakt miteinander, obwohl etwa die Hälfte nach den Februar-kämpfen zu den Kommunisten übergegangen war. (Ein einziger ging zu den Nationalsozialisten über und befand sich unter den am 25. Juli im Bundeskanzleramt festgenommenen Putschisten.)

Auch die Post zwischen den ausländischen Kommunistenzentralen und Dernberger lief über das Zahnatelier Sperlichs, der unverdächtig war, weil jeder seiner Besucher als Patient angesehen werden konnte. Wenn ein Brief von den kommunistischen Stellen aus der Schweiz angekommen war und abgeholt werden sollte, stellte Sperlich zum Zeichen für Dernberger ein bestimmtes Brett in den Jalousien eines Fensters seiner Wohnung schief statt horizontal.

Im Jänner 1938 wurde Dernberger auf dem Wiener Südbahnhof von der Schuschnigg-Polizei verhaftet, die aber seine Position bei den Kommunisten offenbar nicht genau kannte. In der Amnestie nach dem Treffen Schuschniggs mit Hitler in Berchtesgaden im Februar 1938 wurde er freigelassen und flüchtete sofort wieder in die Tschechoslowakei. Von dort kehrte er aber nicht mehr in die Sowjetunion zurück, sondern reiste nach Norwegen, wo er erst im Jahr 1944 von den Deutschen aufgestöbert und in das Konzentrationslager Ravensbrück gebracht wurde.

Nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches kam Dernberger mit dem ersten Zug – in dem sich auch die sozialdemokratische Abgeordnete Rosa Jochmann befand, die im gleichen Lager interniert gewesen war – nach Wien zurück. Er besuchte seine Freunde und sprach von seiner Absicht, in seine Heimatstadt Waidhofen zu fahren. Vorher machte er nur noch einen Besuch im Gebäude des österreichischen kommunistischen Zentralkomitees in der Wasagasse im neunten Wiener Gemeindebezirk. Von diesem Augenblick war er verschwunden. Man hat nie wieder etwas von ihm gesehen oder gehört. Er wurde ohne Zweifel von den Russen in die Sowjetunion verschleppt und liquidiert, zur Strafe dafür, dass er es im Jahr 1938 vorgezogen hatte, in Norwegen statt in der Sowjetunion zu leben.

Dollfuss auf dem Höhepunkt

Die neue Illegalität

In den Frühlingsmonaten des Jahres 1934 stand Bundeskanzler Dollfuss auf dem Höhepunkt seiner Macht. Seine politischen Gegner waren ausgeschaltet: die Sozialdemokraten besiegt, die Nationalsozialisten verboten.

Aber auch die Schwächen des neuen Regimes waren offenkundig. Im Ausland hatte der Bundeskanzler durch die Ereignisse des Februars die Popularität eingebüsst, die ihm sein Widerstand gegen den Nationalsozialismus verschafft hatte. Im Inland war nur ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung unter seinen Anhängern zu finden. Die alten Christlichsozialen waren verärgert. In der Heimwehr schwelte der Konflikt zwischen den beiden Flügeln weiter: Major Fey schrieb sich das Hauptverdienst an der Niederwerfung des Schutzbundes zu und strebte eine Heimwehrdiktatur an. Starhemberg war für eine Zusammenarbeit mit den anderen «Selbstschutzverbänden» im Rahmen der Vaterländischen Front.

Vor allem aber gab es jetzt in Österreich drei illegale Parteien: die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Nationalsozialisten. Von den Sozialdemokraten, die sich Revolutionäre Sozialisten nannten, hatten sich verschiedene kleinere Gruppen abgespalten, so zum Beispiel die vom Ehepaar Leopold und Ilse Kulcsar geführte Organisation «Funke», die «Rote Front» und eine Gruppe von Schutzbündlern, die «autonomer Schutzbund» hiess und eine Zeitlang als selbständige Partei zwischen Sozialisten und Kommunisten agierte.

Viele dieser Organisationen arbeiteten in der Illegalität beinahe offen. Die in Brünn gedruckte kleinformatige «Arbeiter-Zeitung» wurde nach Österreich eingeschmuggelt und erreichte ihren Höhepunkt im Sommer 1934 mit einer Auflage von 53'000. (Diese Ziffer ist mit einer Auflage der früheren legalen «Arbeiter-Zeitung» von ungefähr 90'000 im Jahr 1930 zu vergleichen, wobei allerdings berücksichtigt werden muss, dass die alte «Arbeiter-Zeitung» eine Tageszeitung war, kein Wochenblatt.)

Für das Café Louvre und die dort «beheimateten» Auslandsjournalisten bedeutete die «neue Illegalität» einen neuen Lebensstil. Jeder von uns erhielt in grossen Mengen Material der verschiedenen illegalen Organisationen, kam mit Vertretern solcher Organisationen zusammen, die meist ihre Namen nicht nannten, und tauschte das erhaltene Material mit den Kollegen aus. Dass niemand die «Illegalen» verraten würde, war selbstverständlich. Dabei machte es keinen Unterschied, wenn der mit Nachrichten und Propagandaschriften belieferte Korrespondent einer anderen politischen Richtung angehörte. So wurde mir, obwohl ich als Sozialdemokrat bekannt war, das Material der Kommunisten, aber auch das der Nationalsozialisten durch die Tür geworfen oder von Sendboten persönlich zugestellt.

Die «neue Illegalität» wies teilweise noch primitive Züge auf. Man benützte am Telephon getarnte Ausdrücke, die den wirklichen Inhalt der Mitteilung nur unvollkommen verbargen. Eine Bekannte erzählte uns, eine ihrer Freundinnen habe sie angerufen und gesagt: «Du, die Kinder sind noch immer bei mir. Wenn du sie nicht sofort abholen lässt, stecke ich sie in den Ofen.»

Ich stand mit den Revolutionären Sozialisten – nach der Verhaftung Manfred Ackermanns im März hatte der Redakteur Karl Hans Sailer von der «Arbeiter-Zeitung» die Führung übernommen – in dauerndem persönlichem Kontakt. Als Auslandsjournalist war ich in den organisatorischen Apparat der Revolutionären Sozialisten nicht eingebaut, gehörte aber der illegalen Partei als Mitglied an. Die für mich zuständige Funktionärin war die ehemalige Wiener Gemeinderätin Antonie Platzer. Einmal im Monat erschien «Toni» Platzer, die ehemalige Leiterin der Hausgehilfenorganisation, in meiner Kanzlei, kassierte die Mitgliedsbeiträge und gab uns dafür die Beitragsmarken. Diese Beitragsmarken durften wir aber nicht etwa in ein Mitgliedsbuch einkleben; wir erhielten vielmehr den Auftrag, sie sofort ins Klosett zu werfen. Der etwas merkwürdige Vorgang war gerechtfertigt, er diente einfach der Finanzkontrolle.

Ich stand auch mit den Kommunisten in gutem Kontakt, die mir regelmässig ihre Informationen und ihre verschiedenen Pressedienste zukommen liessen. Mit dem Grazer Kommunisten Willy Scholz, der damals bei den Kommunisten aktiv war – er trat im Jahr 1956 als Protest gegen die Ereignisse in Ungarn aus der Kommunistischen Partei aus –, hatte ich eine interne Vereinbarung: Alles Material, das von ihm kam, war unauffällig mit dem Buchstaben «U» gekennzeichnet, so dass ich über die Herkunft der Unterlagen sicher sein konnte.

Die Kommunisten bestellten einen regelmässigen Kontaktmann für mich, der mich von Zeit zu Zeit in meiner Kanzlei besuchte. Er war ein lächelnder junger Mann, mit dem ich vereinbarte, er werde sich bei telephonischen Anrufen oder ähnlichen Gelegenheiten «Peter Berger» nennen. Eine Zeitlang kam «Peter Berger» regelmässig zu mir. Nach einiger Zeit wurde er von einem anderen Kommunisten abgelöst, der sich aber ebenfalls als «Peter Berger» vorstellte. Schliesslich erschien sogar eine Dame mit starkem russischem Akzent, die genauso aussah, wie man sich die verführerische Spionin in Agentenfilmen vorstellt. Auch sie behauptete, «Peter Berger» zu heissen.

Als ich einmal meinen Kollegen Gedye in seiner Wohnung besuchte, teilte er mir mit, er habe soeben einen Vertreter der Kommunisten bei sich. Der Mann heisse Berger. «Peter Berger?» fragte ich. «Woher weisst du das?» fragte Gedye verwundert. Ich hatte diesen neuen Mann übrigens vorher noch nie gesehen.

Dreissig Jahre nach diesen Ereignissen traf ich in Wien bei einer Gesellschaft einen freundlichen älteren Herrn, dessen Lächeln mir bekannt vorkam. «Haben wir uns nicht schon einmal getroffen?» fragte ich ihn. «Ja, aber vor sehr langer Zeit», meinte er. Es war der Mann, der als erster in der langen Reihe der kommunistischen Emissäre zu mir gekommen war. «Herr Peter Berger, nicht wahr?» fragte ich ihn. «Du lieber Himmel», erwiderte er. «Sie erinnern sich noch an meinen illegalen Namen, und ich selbst habe ihn schon vergessen.»

Als Auslandskorrespondent hatte ich nicht nur mit den illegalen Sozialisten und Kommunisten Verbindung, sondern auch mit den Nationalsozialisten. Eine Verbindung zu ihnen ging über eine Kusine meiner Frau, eine Schwärmerin aus der alten Wandervogelbewegung, die mit Hitler einmal persönlich gesprochen hatte. «Seine Augen sind so faszinierend», sagte sie. «Um gerecht zu sein», meinte sie, sie könne sich beinahe vorstellen, dass meine Begeisterung für Stalin vielleicht ähnlich sei wie ihre für Hitler. Es gelang mir nicht, sie von diesem Irrtum zu befreien.

Die illegalen Nationalsozialisten sandten mir ebenso wie den anderen Auslandskorrespondenten direkt ihre Informationen und Pressedienste zu. Sie waren mit den Sozialisten in den gleichen Gefängnissen gesessen, wo sich zahlreiche Kontakte angesponnen hatten. Einmal erfuhr ich durch einen kommunistischen Freund, dass ein Vertreter der Nationalsozialisten mich sprechen wollte. Als ich den Mann traf, übermittelte er mir verschiedene Klagen über die Behandlung der nationalsozialistischen Häftlinge in den Dollfuskerkern. Die jungen Burschen und Mädchen der

Nazibewegung trugen als auffallendes Zeichen ihrer Gesinnung weisse Kniestrümpfe, an denen jeder, ob Anhänger oder Gegner der Bewegung, sie sogleich erkannte.

Wie stark auch bei den meisten Korrespondenten die Erbitterung über das neue Regime war, so blieb es doch für uns unerlässlich, Kontakte mit den Machthabern zu halten. Dabei durfte unsere private Meinung über die Ereignisse der letzten Tage in Österreich nicht im Wege stehen. Am 22. März nahm ich an einem Mittagessen der Anglo-American Press Association teil, bei dem Starhemberg unser Ehrengast war. Er schilderte die Kämpfe unter Betonung seines eigenen Anteils an der strategischen Leitung. (Dazu bestand umso mehr Anlass, als Fey und nicht Starhemberg in Wirklichkeit die treibende Kraft im Bürgerkrieg gewesen war und sich die Tätigkeit Starhembergs vor allem auf Oberösterreich beschränkt hatte.)

Was mir damals besonderen Eindruck machte, war die ritterliche Art, in der Starhemberg in seiner Rede den Mut und die Tapferkeit der Schutzbündler im Kampf hervorhob. Das war ein Ton, der sich von der Gehässigkeit der offiziellen Regierungserklärungen sehr stark unterschied.

Starhemberg meinte auch, er persönlich trete für eine Amnestie ein.

Wir waren für jede Art von Objektivität sehr dankbar. Ein noch stärkeres Beispiel dafür erlebten wir ein paar Tage nach Abschluss der Kämpfe, als uns der Verteidigungsminister der Dollfussregierung, Fürst Aloys Schönburg-Hartenstein, in seinen Amtsräumen am Stubenring empfing. Er war 75 Jahre alt, gross, breitschultrig, aufrecht, ein alt-österreichischer Offizier der besten Sorte. Gedye schildert in seinem Buch, wie der alte General am Donnerstag knapp vor dem Ende der Kämpfe, nur von einem Trompeter begleitet, vor die Gemeindehäuser am Laaer Berg hintrat und, nachdem der Trompeter ein Signal geblasen hatte, die Proklamation des Bundeskanzlers Dollfuss verlas und anschliessend in reinstem Wiener Dialekt, damit ihm jeder folgen konnte, den Frauen erklärte, er bewundere den Mut ihrer Männer, aber jetzt müsse jeder die Waffen niederlegen. «Habt's Ihr alle verstanden, Kinder?» fragte der General. Das Amnestieversprechen hielt Dollfuss allerdings nicht ein.

Als wir zu Schönburg-Hartenstein kamen, schilderte der General den Verlauf der Kämpfe und erwähnte unter anderem: «Wenn wir das nicht getan hätten, dann sässe heute der Doktor Deutsch hier an meiner Stelle.» Er sagte das ohne jede spöttische Absicht, einfach um auszudrücken; «So knapp war der Ausgang.» Er dachte jedenfalls nicht daran, den Gegner zu unterschätzen.

berg und ihren Mitstreitern eine gewisse Qualität nicht absprechen konnte. Sie waren im rauhen Kampf der Demokratie aufgestiegen und hatten gelernt, von gleich auf gleich um Menschen zu werben. Erst ihre Nachfolger, die Mitarbeiter Schuschniggs, wie zum Beispiel der Schriftsteller Guido Zernatto und der Diplomat Guido Schmidt, hatten diese Fähigkeit nicht mehr. Sie waren die Epigonen der Diktatur und wichen den Fragen der Journalisten – zumindest gewann man diesen Eindruck – ängstlich aus.

Eine Ermutigung für die Linke in Österreich bedeutete der Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei bei den Gemeindewahlen in London im März 1934. Unter Führung Herbert Morrisons eroberte die Arbeiterpartei zum erstenmal die Mehrheit in der Grossgemeinde London. Auch die Aktivität der britischen Gewerkschaften im Interesse der österreichischen Sozialisten liess nicht nach. Der Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsbundes, Walter Citrine, war schon am 14. Februar zu einer Sitzung der Gewerkschaftsinternationale nach Paris gefahren, um, wie der österreichische Gesandte aus London in einem Bericht an seine Regierung mitteilte, die Errichtung eines internationalen Fonds für die Österreicher vorzuschlagen, an dessen Aufbringung sich die englischen Gewerkschaften beteiligen wollten, und um die Möglichkeit einer politischen Aktion durch die Mächte herbeizuführen.

Am 13. April war Citrine wieder in Wien, um die Fortschritte der Quäkerhilfe, die auf diesen Gewerkschaftsgeldern beruhte, zu untersuchen und Kontakte aufzunehmen. Ich hatte am Tag vorher geheiratet, und Citrine schickte uns Blumen, weil wir wegen seiner Ankunft die geplante dreitägige Hochzeitsreise in die Umgebung Wiens aufgegeben hatten. Die Umstände unserer Heirat mögen kurz erwähnt werden, weil sie für den Geist der damaligen Zeit charakteristisch sind. Herta Püregger war katholisch, ich war evangelisch. Nach den damals geltenden Gesetzen war eine Ehe unauflöslich, wenn auch nur einer der eheschliessenden Teile katholisch war.

Herta trat daher zum evangelischen Glauben über, weil wir nicht bereit waren, eine unauflösliche Eheschliessung zu riskieren. Wir waren eben vorsichtige Leute. Für den Religionswechsel war eine dreimonatige Frist vorgeschrieben. Das evangelische Pfarrhaus in Penzing, wo Herta den Kurs für neubekehrte Protestanten besuchte, verzeichnete damals einen riesigen Zulauf, weil viele Konfessionslose, die wussten, dass ihnen die Konfessionslosigkeit unter dem Dollfussregime schaden könnte, in aller Eile einer Kirche beigetreten waren – mit Vorliebe den Protestanten oder den Altkatholiken. Der evangelische Pfarrer Dr. Schneider,

der die Kurse abhielt, sagte zu Herta mit sanfter Ironie: «Wir haben eben jetzt eine grosse Zeit der religiösen Erneuerung.»

Nach der Trauung, an der nur die engsten Familienangehörigen teilnahmen, trennten wir uns, um die Formalität nicht hochzuspielen, in drei Gruppen, die jede für sich das Mittagessen einnahm – Hertas Familie, meine Familie und das frischgetraute Ehepaar. Wir feierten zu zweit im Rathauskeller (allerdings die teuersten Genüsse, die auf der Speisekarte standen), zogen dann unsere Eheringe wieder vom Finger und gingen ins Café Louvre, ohne dort von unserer Heirat etwas zu erwähnen. Die Sadie kam im Laufe des Nachmittags aber doch auf, so dass auch Citrine am nächsten Tag davon erfuhr.

Von Bekannten hörten wir, dass Marianne Pollak erklärt hatte, es sei merkwürdig, wenn Leute gerade in dieser Zeit nichts anderes im Kopf hätten als zu heiraten. Derartige Ansichten wurden aber von uns jungen Leuten nicht geteilt; ausserdem war der Termin unserer Hochzeit schon im Jänner, also vor dem Bürgerkrieg, fixiert worden.

Einige der jungen Intellektuellen aus dem Westen, die in den ersten Monaten des Jahres 1934 in Wien bei der Arbeit gegen das kleriko-faschistische Regime mithalfen, standen den Sozialisten nahe, andere den Kommunisten, wieder andere nahmen eine Zwischenstellung ein. Wir trafen manche von ihnen bei den Gesellschaften der Zeitungskorrespondenten. Eine markante Figur war der junge englische Dichter John Lehmann, der später ein episches Gedicht über den Februar 1934 schrieb. Ein anderer war der Autor Stephen Spender.

Zu diesen Kreisen gehörte auch «Kim» Philby (eigentlicher Name: Harold Adrian Russell Philby), später Mitglied des britischen Geheimdienstes und gleichzeitig sowjetischer Meisterspion, dessen Flucht nach Russland im Jahr 1963 weltweites Aufsehen erregte. Der junge Philby war, als er im Sommer 1933 nach Wien kam, anscheinend bereits Kommunist. Der Schriftsteller E. H. Cookridge (der ehemalige Wiener Journalist Eduard Spiro) sagt in seinem Buch über Philby, dieser sei ein Mitglied des Café-Louvre-Kreises gewesen. Das ist kaum richtig; ich habe ihn jedenfalls nie dort getroffen, wenn er auch, wie viele andere englische Intellektuelle, gelegentlich dort verkehrt haben mag.

Philby wurde, wie mir Gedye im Jahr 1968 in einem Brief bestätigte, durch Ilse Kulcsar von der linkssozialistischen Gruppe «Funke» mit ihm in Verbindung gebracht. Gedye schreibt: «Ich hielt ihn damals für einen allgemein linksgerichteten Studenten aus Cambridge.» Hingegen heben Page, Leitch und Knightley, die Verfasser einer Biographie über Philby, hervor, dass die Schriftstellerin Naomi Mitchison in ihrem «Wiener

Tage-buch» unter dem Datum des 2. März – allerdings ohne Philby namentlich zu nennen – schreibt, ein «netter junger Kommunist aus Cambridge» habe sie besucht und um Hilfe für die Gefangenen in Deutschland gebeten. Die britischen Behörden hatten also gewiss keinen Grund, ihm später in Unkenntnis seiner kommunistischen Vergangenheit eine wichtige Stellung im britischen Geheimdienst anzuvertrauen.

Gedye bestätigte mir in seinem Schreiben auch, dass er Philby auf dessen Ersuchen einige seiner alten Anzüge gab, mit denen dieser mehreren Schutzbündlern, die angeblich in den Kanälen versteckt waren, zur Flucht verhelfen wollte. Philby verliess Wien übrigens schon im Mai 1934.

Das Interesse des Westens für Österreich zeigte sich auch auf eine andere Art: durch die Interventionen von Persönlichkeiten des britischen öffentlichen Lebens für die österreichischen sozialistischen Gefangenen sowie auch für bestimmte Personen. Der österreichische Gesandte in London, Georg Franckenstein, meldete diese Interventionen regelmässig nach Wien.

Am 30. Juni berichtete er über einen Appell von sieben hervorragenden Engländerinnen zugunsten von Frau Paula Wallisch, der Witwe des hingerichteten Abgeordneten Koloman Wallisch, die wegen Verteilung von Lebensmitteln zu einem Jahr Kerker verurteilt worden war. Die Unterzeichnerinnen dieses Appells waren Louise Donaldson, die Gattin des Gründers der britischen Sozialistischen Kirchenliga, ferner die Schriftstellerinnen Virginia Woolf, Winifred Holtby, Vera Brittain und Cicely Hamilton, die Zeitungsherausgeberin Lady Rhondda und die Predigerin Maude Royden.

Der Führer der britischen Eisenbahnergewerkschaft Bromley intervenierte für den inhaftierten österreichischen Gewerkschafter Johann Smeykal, die Ärzte Lord Moynihan und Dr. Somerville Hastings für österreichische Ärzte, die britische Lehrgewerkschaft für den verhafteten ehemaligen Unterrichtsminister Otto Glöckel. Britische Frauen erkundigten sich nach dem Schicksal der eingekerkerten sozialdemokratischen Abgeordneten Emmy Freundlich.

Andere Berichte Franckensteins befassen sich mit den kritischen Artikeln des neuen «Express»-Korrespondenten Selkirk Panton.

Die Pause in den Schutzbündlerprozessen seit dem Ende der Standgerichtsverhandlungen war abgelaufen. Von Ende März an begannen die «regulären» Prozesse gegen verschiedene Gruppen von Schutzbündlern, die zu weniger spektakulären Urteilen, aber doch zur Verurteilung vieler Angeklagter zu mehrjährigen Kerkerstrafen führten.

Die Sitzung des Rumpfparlaments

Zweieinhalb Monate, nachdem Bundeskanzler Dollfuss die sozialdemokratischen Parlamentsabgeordneten eingekerkert und ihnen ihre Mandate aberkannt hatte, liess er plötzlich das Parlament einberufen. Ein Jahr vorher hatte er behauptet, es gebe keine gesetzliche Möglichkeit, das Parlament wieder in Betrieb zu setzen. Allerdings hatte sich in der Zwischenzeit die politische Situation verändert. Jetzt sassen die sozialdemokratischen Abgeordneten im Gefängnis, und Bundeskanzler Dollfuss brauchte um seine Mehrheit nicht zu bangen. Das Rumpfparlament, das aus den Abgeordneten mit Ausnahme der Sozialdemokraten bestand, hielt nur eine einzige Sitzung ab, und zwar am 30. April 1934. Mit den anderen Zeitungskorrespondenten wohnte ich auf der Pressegalerie dieser Sitzung bei, die uns als eine Verhöhnung des Parlamentarischen Gedankens erschien.

Das Rumpfparlament hatte die Aufgabe, die neue Verfassung zu bestätigen. Alle Rechte beider Kammern des Parlaments, einschliesslich der Gesetzgebung und sogar der Verfassungsgesetzgebung, wurden auf die Bundesregierung übertragen. Auch diese verfassungswidrige Verfassungsänderung wurde auf Empfehlung des juristischen Beraters der Regierung Dollfuss, des Sektionschefs Robert Hecht, durch eine Regierungsverordnung auf Grund des «Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes» in Kraft gesetzt, das die Regierung wie erwähnt im Ersten Weltkrieg zur Regelung von kriegswirtschaftlichen Angelegenheiten ermächtigt hatte und das nie ausdrücklich abgeschafft worden war.

Die Bestätigung durch das Rumpfparlament hatte nach dem Prinzip «Doppelt hält besser» der Einführung der neuen «Ständeverfassung» einen gewissen Anschein von Gesetzlichkeit zu geben. In der demokratischen Verfassung der Ersten Republik hiess es jedoch ausdrücklich, dass eine Gesamtänderung der Verfassung nur durch eine Volksabstimmung möglich sei. Da eine solche Volksabstimmung nicht stattfand, war eine juristische Kontinuität jedenfalls nicht vorhanden.

Wir hatten erwartet, dass die ganze scheinparlamentarische Prozedur glatt und ohne Zwischenfälle über die Bühne gehen würde. In dieser Hinsicht erlebten wir aber eine Überraschung, und zwar von einer Seite, von der wir sie nicht vermutet hätten. Die Grossdeutsche Partei, die alte Deutschnationale Partei der österreichischen Monarchie, leistete Widerstand. Es war ihr letzter grosser Augenblick: In den vorhergegangenen Jahren waren die Deutschnationalen zu einem Anhängsel der Christlichsozialen geworden, ihre Anhänger hatten sich grösstenteils zu den

Nazis verlaufen. In der Zukunft war der österreichischen Grossdeutschen Partei das rühmlose Aufgehen im Nationalsozialismus beschieden. Doch bei dieser einen Gelegenheit traten die beiden grossdeutschen Abgeordneten, die an der Sitzung teilnahmen, mutig und erbittert der Dollfussdiktatur entgegen.

Die Sitzung begann damit, dass der Vizepräsident des Nationalrats vom Jahr 1933, Dr. Rudolf Ramek, die nie geschlossene Parlaments-sitzung vom 4. März 1933 formell wieder aufnahm und sofort wieder schloss. Sogleich erhob sich der eine der beiden Grossdeutschen, der Abgeordnete Dr. Hampel, und protestierte gegen diesen Vorgang. Eine interessante Beschreibung dieser Sitzung findet sich in einem in der Nazi-zeit erschienenen und dem Nazigauleiter Josef Bürckel «in Verehrung zugeeigneten» Buch von Professor Hans von Frisch, betitelt «Die Gewaltherrschaft in Österreich 1933 bis 1938». Da gerade der national-sozialistische Standpunkt in Österreich in der Zeit nach 1945 nicht mehr zu Wort gekommen ist, bleibt der Versuch, von dieser Seite her der Dollfussdiktatur gegenüber die verfassungsmässigen Argumente vorzubringen, ein ungewöhnliches Dokument.

Dr. Ramek eröffnete sofort eine neue Sitzung, worauf der Verfassungsausschuss zusammentrat und in einer halben Stunde fast 500 in der Zeit seit März 1933 erlassene Regierungsverordnungen «beriet». Als die Parlamentssitzung wieder öffentlich wurde, erstattete der christlichsoziale Abgeordnete Winsauer aus Vorarlberg Bericht. Nachdem der grossdeutsche Abgeordnete Hampel neuerlich einen Protest vorgebracht und begründet hatte, wurde beschlossen, auf die Drucklegung des Berichts zu verzichten und in «abgekürztem Verfahren» den Bericht sofort auf die Tagesordnung zu setzen.

Jetzt erhob sich der zweite anwesende Grossdeutsche, der Abgeordnete Professor Hermann Foppa, und hielt eine lange zornige Rede, sprach von den Rechtsbrüchen der Regierung, von der Missachtung des Willens der Bevölkerung, von den verfassungswidrigen Beschränkungen der geistigen und persönlichen Freiheiten, der masslosen willkürlichen Verfolgung Unschuldiger. Zugegeben, der Mann, der hier sprach, war ein Grossdeutscher, und es kam später unter dem von seinen Anhängern begünstigten Nationalsozialismus noch viel schlimmer. Aber seine Kritik war an sich berechtigt, man hatte solche Worte in der Öffentlichkeit lange nicht gehört, und den Sozialisten war der Mund verschlossen. Der Schwanengesang der Grossdeutschen im österreichischen Parlament war jedenfalls nicht unehrvoll.

Allerdings ergriff unmittelbar darauf der christlichsoziale Abgeord-

nete Aigner das Wort und erklärte, er könne sich mit den Einwänden Foppas wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht auseinandersetzen. Dann sprach wieder Winsauer, der betonte, er wolle das Haus nicht mit der Entkräftung der von der anderen Seite vorgebrachten Argumente langweilen. Und so schloss die Sitzung mit der Verabschiedung des letzten parlamentarischen Gesetzes der Ersten Republik und der Einführung der Ständeversammlung. Es waren allerdings von den 165 gewählten Abgeordneten nur 76 anwesend, von denen 74 für die Annahme stimmten, so dass die «Zweidrittelmehrheit» reiner Schwindel war.

An der neuen «Ständeversammlung» hatte der Vorarlberger Abgeordnete und vormalige Bundeskanzler Dr. Otto Ender schon seit dem Sommer 1933 gearbeitet. Der Grundgedanke war, dass die Verfassung auf den Berufsständen beruhen sollte, was, wie Erich Zöllner in seiner «Geschichte Österreichs» mit Recht hervorhebt, den Zweck hatte, jenen Bevölkerungsgruppen, von denen man am ehesten Unterstützung oder Tolerierung der Regierung erhoffen konnte, verstärktes Gewicht zu geben. Die Mitglieder der Vertretungskörperschaften, insbesondere des Staatsrates, der an die Stelle des Nationalrats trat, wurden von der Regierung ernannt und hatten nur beratende Funktion. Die in der «Ständeversammlung» vorgesehenen Berufsgruppen wurden mit Ausnahme der Gruppen Landwirtschaft und öffentlicher Dienst niemals wirklich organisiert.

Mit dem Inkrafttreten der neuen «Ständeversammlung» am 1. Mai 1934 begann der Machtverlust Majors Feys, der für den eigentlichen Anstifter des Bürgerkriegs im Februar gehalten wurde. Er wurde am 1. Mai seines Postens als Vizekanzler enthoben und durch seinen Rivalen und Konkurrenten Starhemberg ersetzt. Fey wurde allerdings Minister für öffentliche Sicherheit. Die Ursache für den Wechsel war, dass Dollfuss sich jetzt auf Grund der durch das Rumpfparlament bestätigten Verfassung, die alle Macht in die Hände der Regierung legte, stärker fühlte als je zuvor. Fey wollte eine reine Heimwehrdiktatur und sah sich selbst in der Rolle des Diktators. Starhemberg dagegen war zur Zusammenarbeit mit den anderen «Wehrverbänden» (Ostmärkische Sturmtrupps und Freiheitsbund) im Rahmen der Vaterländischen Front bereit. Dollfuss fühlte sich ausserdem der Unterstützung Mussolinis sicher.

Der verstärkte italienische Einfluss auf Österreich kam in den Römischen Protokollen zum Ausdruck, einem Dreiervertrag, der am 17. März 1934 in Rom zwischen Österreich, Ungarn und Italien unterfertigt wurde. Für Österreich unterschrieb Dollfuss, für Ungarn Ministerprä-

sident Gömbös, für Italien Mussolini. Der Pakt bestand aus drei Protokollen, eines über die politischen und zwei über die wirtschaftlichen Beziehungen der drei Staaten.

Schon am 11. Juli kam es zu einer neuerlichen Machtverminderung Feys. Er wurde seines Postens als Sicherheitsminister enthoben und durch den niederösterreichischen Landesbeamten Karwinsky ersetzt, einen hageren, dunkelhaarigen, finster blickenden Mann, der vielleicht mehr wie ein Intrigant aussah als er wirklich war. Fey wurde mit dem Titel eines Generalkommissärs für öffentliche Sicherheit abgefunden. Wieweit der Groll über seinen allmählichen Abstieg zu seinem zwielichtigen Verhalten am 25. Juli 1934 beigetragen hat, bleibt eine offene Frage.

Die Irren waren Zeugen

Die Verteidigung der sozialistischen Februarkämpfer wurde hauptsächlich von den regulären Anwälten der sozialdemokratischen Partei geführt, unter denen Dr. Heinrich Steinitz und Dr. Oswald Richter die bekanntesten waren. Mein Vater wurde nur in einem einzigen Fall gebeten, die Verteidigung eines Schutzbündlers zu übernehmen. Dies geschah auf Ersuchen einiger meiner Freunde aus der Siedlung Flötzersteig im Wiener Bezirksteil Breitensee. Die düsteren Umstände dieses Falles hätten von Dostojewski erfunden sein können.

In der Abenddämmerung des 12. Februar 1934 gingen zwei Polizisten durch die Gartenanlagen der grossen städtischen Irrenanstalt Steinhof. Die von Otto Wagner im Jugendstil erbaute Kuppel der Kirche dieser Anstalt ist bei Tag weithin sichtbar und bildet ein Wahrzeichen des westlichen Wien. Auf einem Weg in den Anlagen begegneten die beiden Polizisten zwei Schutzbündlern. Der eine hiess Ludvick, der andere war ein junger Mann namens Eder. Es kam zu einem Feuerwechsel. Ein paar Sekunden später waren drei Menschen tot: die beiden Polizisten und der Schutzbündler Ludvick. Der einzige Überlebende, der junge Eder, wurde nach dem Ende der Kämpfe verhaftet und wegen Mordes angeklagt; er war unser Klient.

Wer hatte wen erschossen? Besonders erschwerend war für die Verteidigung, dass der Angeklagte, nachdem er von der Polizei verprügelt worden war, gestanden hatte, die tödlichen Schüsse auf die Polizisten abgefeuert zu haben. Nun hatte das Gefecht zwar sogar Zeugen, doch das waren Zeugen ganz besonderer Art. In einer Art vergittertem Freilichtkäfig in unmittelbarer Nähe des Tatortes standen Irrsinnige und

starrten mit wilden Augen auf das, was sich zutrug, die Hände um die Gitterstäbe geklammert. Von der Aussage dieser Zeugen hing das Leben unseres Klienten ab.

Der Angeklagte hatte bereits vor der Hauptverhandlung sein Geständnis zurückgezogen. Die einzige Chance für die Verteidigung bestand darin, zu behaupten, nicht er, sondern sein Kollege Ludvick habe beide Polizisten erschossen. Der eine der beiden Polizisten habe noch im Fallen einen Schuss abgegeben, der Ludvick getötet habe.

Der Höhepunkt der Verhandlung im Landesgericht für Strafsachen war die Zeugeneinvernahme von drei Irren. Sie waren entschlossen, das dramatische Ereignis in voller Lebhaftigkeit wiederzugeben. Zuerst schien ihre Aussage für den Angeklagten höchst gefährlich. Sie betonten, gesehen zu haben, dass beide Schutzbündler geschossen hatten. Aber als mein Vater sie näher befragte, verwirrten sich die Aussagen der Irren immer mehr. Bald schilderten sie, wie drei, ja vier oder fünf Schutzbündler mit gezogenen Pistolen auf die Polizisten losgegangen seien. Sie führten den Kampf, wie sie ihn gesehen zu haben glaubten, mit schauerlicher Mimik dem Gericht vor.

Der Vorsitzende des Gerichtshofs war ein korrekter Mann. Seit den Februarkämpfen waren einige Monate vergangen, und es bestand vielleicht auch schon die Neigung, die Ereignisse als Episoden eines Bürgerkriegs aufzufassen, für den die Heranziehung des Mordparagraphen des Strafgesetzbuches nicht geeignet sei. Der Vorsitzende erklärte, das Gericht verzichte darauf, die Aussagen der Irrsinnigen zur Grundlage einer Verurteilung zu machen. Was wirklich geschehen sei, könne nicht rekonstruiert werden. Also wurde der Angeklagte nicht wegen Mordes verurteilt, sondern nur wegen Aufruhrs – zu einer verhältnismässig kurzen Kerkerstrafe, die einige Zeit später durch die Amnestie aufgehoben wurde.

Der Vorsitzende betonte auch in seiner Urteilsbegründung, der Gerichtshof lehne es ab, aus dem Geständnis des Angeklagten bei der Polizei irgendwelche Folgerungen zu ziehen. Was auf der Polizei geschehen sei, wisse man nicht. Es sei nicht möglich, darüber etwas festzustellen. Diese Erklärung des Richters war ein vernichtendes Urteil für die polizeilichen Verhörmethoden. Es war wohl auch ein Zeichen, dass die öffentliche Meinung über den Februar 1934 in Juristenkreisen sich zu ändern begonnen hatte.

Einige Zeit später kam die Witwe des erschossenen Schutzbündlers Ludvick in unsere Rechtsanwaltskanzlei und bat mich, auf die Auszahlung einer Lebensversicherung zu drängen, die ihr Mann bei der

Wiener Städtischen Versicherung abgeschlossen hatte. In dieser Sadie hatten wir weniger Glück. Die Versicherungsgesellschaft stellte sich auf den Standpunkt, der Mann sei bei Verübung eines Verbrechens ums Leben gekommen und habe daher den Anspruch auf die Versicherungssumme verwirkt. Was noch einen Tag vor dem Februar 1934 vom Standpunkt der Gemeinde Wien die aufopferungsvolle Pflichterfüllung eines verfassungstreuen Sozialdemokraten gewesen wäre, das galt jetzt für die Organe der Versicherungsgesellschaft der gleichen Gemeinde Wien, zu deren Verteidigung Ludvick zur Waffe gegriffen hatte, als Verbrechen.

Ich ging zur Städtischen Versicherungsgesellschaft, um die Sadie zu besprechen. Der Referent, der den Fall zu bearbeiten hatte, war ein junger Verwaltungsjurist, den ich vor Jahren als Funktionär der Sozialistischen Studenten kennengelernt hatte. Er hatte sich, um seine Stellung zu retten, wie alle anderen der neuen Situation gefügt, aber seine Gesinnung hatte sich offenbar nicht geändert. Er erklärte mir sehr ernst, die Versicherungsgesellschaft müsse die Bezahlung ablehnen. Sie sei durch das Versicherungsgesetz gedeckt, das derartige Klauseln (Ausschluss der Zahlung bei Verbrechen) in Versicherungsverträgen zulasse.

«Ich werde Ihnen das gleich zeigen», sagte er und zog das Versicherungsgesetz auf dem Wandregal hervor. «Wo ist nur der Paragraph, der das zulässt? Ich kann ihn nicht finden. Adi so, es gibt offenbar wirklich keinen solchen Paragraphen.»

Ich verstand diesen Wink und brachte die Klage ein, wobei ich den Standpunkt vertrat, der Ausschluss der Bezahlung im Falle eines Verbrechens sei durch das Versicherungsgesetz nicht erlaubt. Aber die Gerichte nahmen einen weniger humanen Standpunkt ein als der Referent. Die Klage der Witwe des Schutzbündlers Ludvick wurde in allen Instanzen abgewiesen.

Versöhnungsaktionen

Die ersten Bemühungen, unmittelbar nach den Februarkämpfen durch Versöhnungsaktionen ein friedlicheres politisches Klima in Österreich zu erreichen, gingen von westlicher diplomatischer Seite aus. Wie der britische Gesandte in Wien, Sir Walford Selby, in seinen Memoiren mitteilt, begab er sich, ohne auf Instruktionen aus London zu warten, zu Bundeskanzler Dollfuss und drückte ihm seine «tiefste Besorgnis über die Auswirkungen der höchst unglücklichen Entwicklung in Wien auf

dessen eigene Position» aus. Selby fügt hinzu: «Ich bat ihn, alle nur mögliche Milde walten zu lassen.»

Sir Walford Selby, der sein Land seit Juli 1933 in Österreich vertrat, war gewiss kein Genie, aber ein Mann voll guten Willens. Sein Auftreten zeigte nichts von der sprichwörtlichen Kühle des typischen britischen Diplomaten. Bei seinen raschen Bewegungen wippte sein kleiner brauner Schnurrbart lebhaft auf und ab. Er sprach viel und in herzlichem Ton. Er war früher Privatsekretär des britischen Aussenministers Sir John Simon gewesen, und es war gewiss nicht seine eigene Schuld, dass ihn sein Aussenamt auf seinem ersten Gesandtenposten öfters im Stich liess und dass er von der Weltgeschichte verurteilt war, die Rolle eines «Beschwichtigungshofrats» zu spielen.

Gedye meint vermutlich diese Aktion, wenn er in seinem Buch nach der Erwähnung der Februarhinrichtungen schreibt: «Endlich sprach die britische Regierung ein Wort – auf die Bitte verzweifelter Wiener Freunde war es mir möglich, an einem gewissen Samstag durch höchst undiplomatische Kanäle ein Stichwort zu geben, und Dollfuss versprach Sir Walford Selby, dass niemand mehr in Wien gehenkt werden würde. Er hielt sein Versprechen, denn als sie Koloman Wallisch nach einer Woche in den Alpen festnahmen, henkten sie ihn in der Steiermark.» Aus Gedyes Worten spricht bitterer Hohn.

Selby erwähnt in seinen Memoiren, er sei mit seiner Aktion den Aufträgen der britischen Regierung nur um wenige Stunden zugekommen. Er erhielt Telegramme von seinem Premierminister (Ramsay MacDonald) und von Sir John Simon, die ihn beauftragten, dem Kanzler die Notwendigkeit einer Mässigung einzuschärfen. Er setzte diese Politik auch später fort, «so dass ich wenigstens zeitweise den Kanzler über meine eigene Haltung in Zweifel brachte, während in manchen Kreisen in Wien gemunkelt wurde, ich sei ein Roter». Auf der anderen Seite, hebt Selby hervor, sei er kritisiert worden, weil es ihm nicht gelungen sei, alle Hinrichtungen zu verhindern, «aber die von mir erhobenen starken Vorstellungen haben, glaube ich, verhindert, dass noch mehr Hinrichtungen stattfanden».

Inzwischen hatten am 17. Februar Grossbritannien, Frankreich und Italien eine gemeinsame Erklärung zur Stützung der österreichischen Unabhängigkeit abgegeben. Die Westmächte wollten nicht, dass die Empörung der westlichen öffentlichen Meinung über die Aktionen der Regierung Dollfuss der deutschen Naziregierung zugute kommen sollten und dass diese vielleicht sogar zu der Ansicht gelangen könnte, der Augenblick für eine Aktion gegen Österreich sei reif. Auch der ameri-

kanische Gesandte, berichtet Selby, erhielt von Präsident Roosevelt den Auftrag, Dollfuss in seinem Kampf gegen Hitler zu unterstützen.

Starken Eindruck machte auf Selby ein Gespräch mit dem tschechoslowakischen Gesandten in Wien, Zdenek Fierlinger (der nach dem Zweiten Weltkrieg als Führer der tschechoslowakischen Sozialdemokraten die Fusion mit den Kommunisten zuließ und eine Zeitlang tschechoslowakischer Ministerpräsident war). Selby fragte Fierlinger, welche Haltung die tschechoslowakische Regierung vertrete (Selby war der Ansicht, dass die Tschechen als die stärksten Förderer der österreichischen Sozialisten mit ihrer Meinung mehr Einfluss auf die britische Regierung ausüben würden als irgendein anderes Land). Fierlinger antwortete ohne Zögern, seine Regierung werde Bundeskanzler Dollfuss weiter unterstützen. Denn die Alternative laute: Dollfuss oder Hitler.

In den darauffolgenden Wochen kamen die ersten «offiziellen» Missionen der britischen Arbeiterpartei nach Wien, deren Aufgabe vor allem darin bestand, mit den österreichischen Behörden Kontakt aufzunehmen und den Wunsch der britischen Öffentlichkeit nach einer Amnestie für die gefangenen Sozialisten vorzubringen. Einer der ersten war der würdige Lord Noel-Buxton, der gemeinsam mit seinem Bruder Rhoden Buxton seit vielen Jahren zu den aussenpolitischen Fachleuten der Labour Party gehört hatte. Die erste eigentliche parlamentarische Mission bestand aus den Labour-Abgeordneten David Grenfell (einem Bergarbeiter aus Wales) und Walter Smith. Sie brachten Briefe des ehemaligen Aussenministers Arthur Henderson und des ehemaligen Staatssekretärs Hugh Dalton mit.

Die Linie, die Selby verfolgte, ging dahin, den Sturm in London zu beruhigen. Es war, wie er schreibt, seine Überzeugung, dass dies seine Aufgabe erleichtern würde, dem Bundeskanzler «die Nützlichkeit der Anwendung von Milde begreiflich zu machen». «In dieser Sache», schreibt Selby in seinen Memoiren, «leistete mein Freund Dr. Friedrich Scheu, der Wiener Vertreter des ‚Daily Herald‘, wertvolle Dienste.» In Wirklichkeit war es gewiss nicht meine Absicht, «den Sturm in London gegen den Kanzler zu beruhigen». Wohl aber war ich in jenen Tagen immer wieder bei Sir Walford Selby, um ihm über die Lage der Gefangenen zu berichten. Er nahm alle Daten, die er von mir bekam, sehr sorgfältig auf und leitete sie zweifellos nach London weiter.

Inzwischen hatte Bundeskanzler Dollfuss von sich aus eine Aktion gestartet, deren Zweck es war, eine Versöhnung, wenn nicht mit den Sozialisten, so doch mit der Arbeiterschaft zu ermöglichen. Der Mann, den er für diese Aufgabe auswählte, war ein Jugendfreund und Kriegs-

kamerad des Bundeskanzlers, Dr. Ernst Karl Winter. Dieser war ein merkwürdiger Mann, ein frommer Katholik, erklärter Monarchist, idealistischer Sozialist. Er hatte nach dem Verfassungsbruch des Bundeskanzlers im März 1933 öffentlich gegen dessen Vorgehen protestiert und machte kein Hehl aus seiner Überzeugung, dass er den Februar 1934 für ein Unglück hielt. Persönlich wusste man von ihm, dass er viele Kinder hatte und arm war; Winter war eine sanfte Heilignatur.

Diesen Mann bestellte Dollfuss am 6. April gemeinsam mit dem Heimwehrrführer Major Lahr und dem Gewerbetreibenden Josef Kresse zum Vizebürgermeister von Wien. Er sollte, wie es von ihm hiess, der «Treuhänder der Arbeiterbewegung» sein. Allerdings begann Ernst Karl Winter seine Tätigkeit auf eine Art, die das Zusammenarbeiten mit ihm für Sozialisten schon rein psychologisch unmöglich machte. Er übernahm die beschlagnahmte Druckerei der sozialdemokratischen «Arbeiter-Zeitung» und gab dort ein Blatt für die Arbeiter heraus, den «Arbeiter-Sonntag». Es gelang ihm auch, einige der früheren Redakteure der «Arbeiter-Zeitung», die nicht wussten, wie sie ihre Familien ernähren sollten, dazu zu bewegen, in die neue Redaktion einzutreten. Unter seiner Leitung entstand eine Nachfolgerin der sozialistischen Tageszeitung «Kleines Blatt», die dessen Namen beibehielt, aber die Politik des Dollfussregimes vertrat.

Unter diesen Umständen war es klar, dass die «Aktion Winter» bei den Arbeitern gänzlich ohne Widerhall blieb und dass die Aufforderung der illegalen Sozialisten, diese Aktion zu boykottieren, überall befolgt wurde. Auch seine Warnungen an seinen Freund Dollfuss, sich nicht mit den Nationalsozialisten einzulassen und sich lieber mit den Sozialdemokraten zu versöhnen, hatten keinen Erfolg. Dollfuss glaubte fest an seine eigene göttliche Sendung und liess sich in seiner Politik von niemandem dreinreden.

Ich lernte Ernst Karl Winter einige Monate nach seinem Amtsantritt kennen. Er hatte beschlossen, nach England zu reisen, um dort direkt mit der Labour Party Kontakt aufzunehmen. Eines Tages rief er mich in meiner Wohnung in Hietzing an und lud mich ein, zu ihm in die Redaktion des «Kleinen Blatts» zu kommen. Mir wäre das Betreten des alten Parteihauses, das jetzt in der Hand der Feinde war, als ein politischer Verrat erschienen. Ich sagte daher, ich müsse diese Einladung ablehnen. Ernst Karl Winter war in keiner Weise beleidigt. «Wenn Sie nicht zu mir kommen wollen, dann muss ich zu Ihnen kommen», sagte er, und ein paar Minuten später fuhr schon das Dienstauto des Vizebürgermeisters vor meiner Wohnung in Hietzing vor.

Diese Geste beeindruckte mich wirklich. Unsere Unterredung verlief in freundschaftlichem Ton. Ich konnte ihm allerdings die gewünschten Empfehlungen an die englische Arbeiterpartei aus politischen Gründen nicht geben. Seine Reise hatte auch keinerlei echten Erfolg.

In späteren Jahren besuchte mich Dr. Ernst Karl Winter in London, als wir beide als Emigranten in England lebten. Ich traf ihn dann auch nach dem Krieg in Wien wieder, als wir beide aus der Emigration zurückgekehrt waren. Sein verhältnismässig früher Tod war ein Verlust für Österreich.

Im Laufe der Monate April und Mai 1934 wurde eine grosse Zahl der verhafteten Sozialdemokraten aus den Gefängnissen entlassen. Wie die «Neue Freie Presse» am 14. Mai feststellte, waren von insgesamt 2'100 Verhafteten in Wien nur noch 1350 «in gerichtlichem Gewahrsam». Das hiess allerdings nicht, dass die anderen wirklich frei waren. Zahlreiche sozialdemokratische Funktionäre waren aus dem Gerichtsgefängnis in das «Anhaltelager» (der höfliche amtlich-österreichische Ausdruck für Konzentrationslager) in Wollersdorf in Niederösterreich überstellt worden. Ausserdem befanden sich von den sozialdemokratischen Führern Anfang Juli noch Bürgermeister Karl Seitz, Parteisekretär Robert Danneberg, General Theodor Körner, der niederösterreichische Landeshauptmannstellvertreter Oskar Helmer, Gabriele Proft und Hella Postranecky im Landesgericht I in Haft, der Schutzbundführer Major Eifler im Landesgericht II, der ehemalige niederösterreichische Landeshauptmann Albert Sever in der Psychiatrischen Klinik.

Charakteristisch für das österreichische faschistische Regime waren die kleinlichen Schikanen. So teilte die «Neue Freie Presse» am 30. Juni mit: «Durch Anschlag wird von der Polizei mitgeteilt, dass für die Kosten der Sicherheitsmassnahmen drei Schutzbündlern die Zahlung folgender Beträge aufgetragen wurde: Alois Erjautz, IL, Kaisermühlendamm, S 127,-, Johann Freytag S 691,-, Max Opravil, XIL, Längenfeldgasse 68, S 2169,-. Da die drei flüchtig sind, wurde die Zahlung dieser Beträge ihren Gattinnen auferlegt.»

Immerhin lief im Juni bereits eine Begnadigungsaktion für die weniger Belasteten. Wie die «Neue Freie Presse» am 13. Juni berichtete, waren schon 1'000 Anträge gestellt worden. Insgesamt rechnete man mit 2'000 Begnadigungsanträgen.

Diese Aktion war keine echte Amnestie, obwohl Sir Walford Selby in seinen Memoiren schreibt: «Eine grosse Amnestie von internierten Sozialisten, die von der österreichischen Regierung zu Pfingsten durchgeführt wurde, war eine grosse Freude für den Vertreter des ‚Daily

Herald', Dr. Friedrich Scheu, und trug dazu bei, die politische Spannung in Österreich zu verringern.» Der Hinweis zeigt zumindest, dass meine ständigen Vorsprachen wegen der Freilassung der Verhafteten auf den britischen Gesandten Eindruck gemacht hatten.

Die Ereignisse des 30. Juni 1934 in Deutschland, der missglückte Putsch des SA-Führers Röhm und die Ermordung und Hinrichtung zahlreicher dissidenter Naziführer durch die siegreiche Gruppe unter Adolf Hitler und Hermann Göring erweckten den Anschein einer inneren Zerrissenheit im Hitlerreich. Man hoffte in Österreich auf einen baldigen Zusammenbruch der Nazi Herrschaft in Deutschland. Ohne Zweifel wiegte das die Mitglieder der Dollfussregierung in einem falschen Gefühl der Sicherheit. Jedenfalls kam es für alle überraschend, als der Naziputsch vom 25. Juli 1934 wie ein Blitz aus heiterem Himmel über Österreich hereinbrach.

Die Sprengstoffattentate, mit denen die österreichischen Nazis ihren Protest gegen die Regierung Dollfuss zum Ausdruck brachten, hatten im Laufe des Frühlings 1934 wieder zugenommen. Viele der Attentäter wurden verhaftet, aber obwohl die Regierung im Mai das Standrecht wiedereingeführt und die Todesstrafe für Sprengstoffattentate angekündigt hatte, wurde keiner der Naziattentäter tatsächlich hingerichtet. Die Vertreter des Dollfussregimes fürchteten den Zorn Hitlers. Anders verfuhr man im Juli mit zwei jungen Sozialisten, Josef Gerl und Rudolf Anzböck, die verhaftet wurden, als sie Sprengstoff bei sich trugen und versuchen wollten, einen Telegraphenmast zu sprengen.

Auch in diesem Fall wurden die Attentäter vor Gericht gestellt. Obwohl diesmal niemand verletzt worden war, verhängte das Gericht dem Wortlaut des Gesetzes entsprechend Todesurteile. Nur einer der beiden Verurteilten, Anzböck, wurde begnadigt. Da es sich in diesem Fall zum erstenmal um sozialistische Täter handelte, beschloss Dollfuss, ein Exempel zu statuieren. Alle Interventionen von Freunden im In- und Ausland, eine Begnadigung für den jungen Josef Gerl durchzusetzen, dessen Mutter verzweifelt um sein Leben bat, blieben vergebens. Als Dr. Ernst Karl Winter am Abend desselben Tages noch einmal zu intervenieren versuchte, liess Dollfuss ihm mitteilen, er sei nicht zu sprechen.

Am 24. Juli 1934 wurde Gerl hingerichtet. Gegen die Nazis war man milde gewesen, gegen die Sozialisten war man rücksichtslos hart. Dollfuss hatte sich damit nicht nur als erbarmungslos erwiesen, sondern auch als ungerecht und unfair. Als er am nächsten Tag ermordet wurde, hatten deshalb die meisten Sozialisten das Gefühl, es sei die gerechte Strafe des Schicksals.

Der 25. Juli und seine Folgen

Dollfussmord und Naziputsch

Als ich am 25. Juli mittags aus meiner Rechtsanwaltskanzlei nach Hietzing zurückkehrte, teilte mir mein Vater mit, der Rundfunk habe soeben folgende Meldung durchgegeben: «Die Regierung Dollfuss ist zurückgetreten. Dr. Rintelen hat die Regierungsgeschäfte übernommen.» Unmittelbar nach dieser Mitteilung trat Funkstille ein. Wie sich später herausstellte, hatten bewaffnete Nazis die Zentrale der Rundfunkgesellschaft RAVAG in der Johannesgasse überfallen und den Radiosprecher mit vorgehaltener Pistole gezwungen, die ihm vorgelegte Erklärung zu verlesen. Dr. Rintelen war der frühere christlichsoziale Landeshauptmann von Steiermark, der vor einiger Zeit auf den Posten eines Gesandten in Italien abgeschoben worden war und dem schon wiederholt Beziehungen zu den Nationalsozialisten nachgesagt worden waren.

Ich versuchte herauszubekommen, was geschehen war, entdeckte aber nur, dass eine Telefonsperre für Gespräche mit dem Ausland verhängt worden und die Nachrichtenzentrale des Bundeskanzleramtes, der Bundespressediens, nicht zu erreichen war. Folgendes war tatsächlich geschehen: eine Gruppe von Naziputschisten war, als österreichische Soldaten verkleidet, in das Bundeskanzleramt eingedrungen und hatte die dort anwesenden Minister, darunter Bundeskanzler Dollfuss, verhaftet. Einer der Putschisten feuerte zwei Schüsse auf Dollfuss ab, der bald darauf verblutete. Diese Tat war aber ausserhalb des Bundeskanzleramtes, das von regierungstreuen Kräften umzingelt war, noch nicht bekannt geworden.

Ich fuhr in die Stadt und versuchte, zum Bundeskanzleramt zu gelangen. Bei der Bellaria wurde ich am Eingang in den Volksgarten von der Polizei zurückgehalten. Ich konnte über die Polizei hinweg die Truppen sehen, die das Bundeskanzleramt auf dem Ballhausplatz umstanden. Was dort vor sich ging, konnte ich nicht erkennen.

Einige meiner Kollegen hatten rascher gehandelt und bereits mehr erfahren. John Gunther, der die Ereignisse bei der RAVAG und vor

dem Bundeskanzleramt in seinem Buch «Inside Europe» Minute für Minute beschreibt, war, nachdem er von der Verlautbarung über den Rundfunk erfahren hatte, sofort zum Bundeskanzleramt geeilt, das er (um 13.35 Uhr) verschlossen und von Polizisten umstellt vorfand. Er nahm an, dass sich die Regierung eingeschlossen habe, um sich zu *verteidigen*. Er fuhr zur RAVAG, wo er ein Panzerauto in Position sah. Er hörte Pistolenschüsse und Maschinengewehrfeuer. Inzwischen hatte die Polizei das RAVAG-Gebäude erstürmt und die darin befindlichen Putschisten gefangen genommen.

Um 15.50 Uhr war Gunther wieder beim Bundeskanzleramt und traf dort seinen Kollegen Gedye. Und jetzt waren auch einige andere Korrespondenten eingelangt, als einer der ersten der Holländer Nypels, Korrespondent des «Allgemeine Handelsblad», von dem verschiedene Einzelheiten von Augenzeugenberichten über die Vorgänge am Ballhausplatz stammen. Nypels war ein regelmässiger Besucher des Café Louvre und Angehöriger unseres Kreises. Von ihm kommt der Bericht, dass kurz nach 16 Uhr ein Polizeibeamter die Putschisten fragte, ob man einen Arzt für Dollfuss holen solle und die Antwort erhielt: «Es ist nicht mehr notwendig.»

Schon einige Minuten vorher war Major Fey auf dem Balkon des Bundeskanzleramtes erschienen, hinter ihm Holzweber, der Kommandant der Putschisten, ein kleiner bebrillter Mann in Hauptmannsuniform. Dann begannen die berühmten Verhandlungen, bei denen Fey erklärte, man solle das Gebäude nicht stürmen, Dollfuss sei schwer verwundet und zurückgetreten, der neue Kanzler Rintelen solle kommen; er selbst, Fey, sei Vizekanzler. In Wirklichkeit war der Putsch bereits gescheitert. Ein Versuch der Nazis, den Bundespräsidenten Wilhelm Miklas an seinem Kärntner Urlaubsort gefangenzunehmen, war danebengegangen, der Justiz- und Unterrichtsminister Kurt Schuschnigg hatte die Regierungsgeschäfte übernommen; der Kanzlerkandidat der Putschisten Rintelen hatte, als er hörte, die bewaffneten Kräfte seien der Regierung treugeblieben, einen Selbstmordversuch unternommen und war mit einer schweren Schussverletzung im Rücken in Haft.

In vieler Hinsicht erinnert der Putschversuch der Nationalsozialisten vom 25. Juli 1934 an die gewaltsamen Entführungen einer viel späteren Zeit, bei denen es immer darum ging, sich in den Besitz einer bestimmten Person oder eines Flugzeugs zu setzen und mit Hilfe von Geiseln die Durchsetzung eines Plans zu erzwingen.

Etwas später wurden wir Journalisten in das Rathaus gerufen, wo der im Februar 1934 von Dollfuss ernannte Wiener Bürgermeister

Richard Schmitz eine improvisierte Pressekonferenz abhielt. Da Bundespräsident Miklas sich in Kärnten auf Urlaub befand, konnte Schmitz gewissermassen als die ranghöchste verfügbare offizielle Persönlichkeit des Dollfusregimes betrachtet werden.

Was Schmitz uns zu erzählen hatte, klang kläglich genug: Eine Gruppe nationalsozialistischer Putschisten sei in das Bundeskanzleramt eingedrungen. Ihre Lage sei allerdings hoffnungslos. Wenn sie nicht binnen Kurzem kapitulierten, dann werde man das Bundeskanzleramt eben erstürmen. Über das Schicksal der im Bundeskanzleramt befindlichen Personen, darunter des Bundeskanzlers, sei zur Stunde noch nichts Genaues bekannt.

Ein Journalist, der wissen wollte, wo man weitere Informationen erhalten könne, fragte: «Wo ist der Bundespressediens?» Schmitz verstand: «Bundespräsident» und antwortete: «Er ist in Kärnten.» Als die Frage wiederholt wurde, konnte er nur erwidern: «Der Bundespressediens ist im Bundeskanzleramt.»

Nach längeren Verhandlungen, an denen der gefangene Minister Fey am Balkon des Kanzleramtes und sein in Freiheit befindlicher Ministerkollege Neustädter-Stürmer auf dem Ballhausplatz teilgenommen hatten, wurde der deutsche Gesandte Kurt Rieth auf Begehren der Putschisten geholt und ein Abkommen geschlossen, das den eingeschlossenen Putschisten freien Abzug über die Grenze nach Deutschland zusicherte. Trotzdem wurden sie beim Verlassen des Bundeskanzleramtes gefangen genommen. Wieweit ein Erpressern gegebenes Versprechen bindend ist, bleibt bekanntlich eine strittige Frage. In diesem Fall berief sich die neue Regierung Schuschnigg darauf, das Versprechen des «freien Geleits» sei unter der Voraussetzung gegeben worden, dass keine der im Bundeskanzleramt befindlichen Personen getötet worden sei. Aus den Aussagen von Fey und Karwinsky im Prozess gegen die Dollfusmörder geht jedoch deutlich hervor, dass der Tod des Bundeskanzlers Dollfuss in dem Augenblick, in dem das Versprechen des freien Abzugs geleistet wurde, bereits ausserhalb des Bundeskanzleramtes bekannt war.

Unmittelbar nach der Pressekonferenz des Bürgermeister Schmitz hatte Oscar Pollak von Gedye erfahren, dass das Bundeskanzleramt von den Nationalsozialisten besetzt und dass Dollfuss wahrscheinlich ermordet worden sei. Oscar und Marianne hatten am 15. März 1934 Österreich verlassen, waren aber bereits im Juni wieder illegal zurückgekehrt. Karl Hans Sailer, der politische Leiter des Zentralkomitees der Revolutionären Sozialisten, war am 25. Juli auf Urlaub, und Oscar war sein Vertreter. Er versuchte jetzt durch eine rasche politische Aktion eine

Verständigung zwischen der Regierung und den Sozialisten gegen die Nazis herbeizuführen.

Er berief das Zentralkomitee in die Wohnung des Redakteurs der «Arbeiter-Zeitung» Johann Hirsch ein und liess durch Hans Bujak, einen früheren Redakteur des Parteiblattes, der bei Ernst Karl Winter Dienste angenommen hatte und offiziell bei den Sozialisten in Ungnade war, bei Ernst Karl Winter um eine Unterredung bitten. Oscar weigerte sich aber, Ernst Karl Winter, den Leiter der «Versöhnungsaktion» des Regimes, der sein Lager in Oscars ehemaligem Redaktionsgebäude aufgeschlagen hatte, dort zu besuchen. Also trafen sich Oscar und Karl Holoubek mit Ernst Karl Winter auf dem Gürtel bei der Burggasse und fuhren in die Wohnung Holoubeks. Winter erklärte sich bereit, mit Schuschnigg zu sprechen, doch dieser herrschte ihn an: «Wissen Sie nicht, dass ich heute Wichtigeres zu tun habe?» Winter gab diese negative Botschaft an Oscar telephonisch weiter. Die Aktion Oscars, die auch von Buttinger berichtet wird, zeigt, wie bereit die Sozialisten trotz all ihrer revolutionären Theorie waren, in einer kritischen Situation der Regierung ein Bündnis anzubieten, und wie wenig bereit Schuschnigg war, auf ein solches Anbot einzugehen.

Auf die Nachricht von der Besetzung des Bundeskanzleramtes erhoben sich in verschiedenen Teilen Österreichs die Nationalsozialisten und versuchten, die Macht an sich zu reißen. Dieser zweite Bürgerkrieg des Jahres 1934, der vom 25. bis zum 28. Juli dauerte, erscheint in einer Hinsicht wie eine Wiederholung und in anderer Hinsicht wie ein Spiegelbild der Ereignisse des Februar. Um diesen Nazibürgerkrieg, den man den «unbekannten Bürgerkrieg» nennen könnte, weil er so selten beschrieben und besungen worden ist, hat sich keine historische Legende gebildet – oder wenn, dann nur unter den beteiligten Nationalsozialisten, die sich von 1938 bis 1945 ihres niedergeschlagenen Aufstandes nicht rühmten und nach 1945 im Grossen und Ganzen still geblieben sind.

In diesem Julibürgerkrieg wurde vor allem in jenen Gegenden gekämpft, die im Februar ruhig geblieben waren. Das ist an sich nicht verwunderlich, denn die Hochburgen der Nationalsozialisten lagen naturgemäss in anderen Teilen Österreichs als die Zentren der Sozialisten. Im Juli wurde in fünf Bundesländern überhaupt nicht gekämpft: in Wien, Niederösterreich, dem Burgenland, Tirol und Vorarlberg. Die schwersten Kämpfe fanden in der Steiermark und in Kärnten statt, vor allem in der Untersteiermark und im steirischen Ennstal, ferner um den Pyhrnpass in Oberösterreich und in drei Gemeinden des Landes Salzburg: Seekirchen, Liefering und Lamprechtshausen. Truppen des

Bundesheers eroberten am ersten Kampftag den von den Nationalsozialisten besetzten Pyhrnpass. In der Steiermark lagen die Kampfgebiete im Norden auf den Höhen um Judenburg, in Leoben, Donawitz und im Ennstal, vor allem in Liezen. Im Osten hielten die Nationalsozialisten eine Zeitlang die Orte Ilz und Sinabelkirchen, im Süden Deutschlandsberg, Mureck und Radkersburg, zuletzt noch Eibiswald.

Zu heftigen Zusammenstößen kam es in vielen Teilen Kärntens, so in Wolfsberg und dem Lavanttal, im Gebiet um Völkermarkt, in der Mitte des Landes in Friesach, Sankt Veit an der Glan und Feldkirchen, im Klagenfurter Becken in Sankt Donat, Maria Saal und Annabichl. Weiter im Westen kämpfte man in der Gegend von Spittal an der Drau und Millstatt, in Radenthein und auf der Turracher Höhe.

Ein Grossteil der bewaffneten Nationalsozialisten zog sich über die Grenzen Kärntens und der Steiermark nach Jugoslawien zurück und streckte die Waffen. Sie wurden in Lagern in Waraschn und Pozega untergebracht.

In der Steiermark allein wurden mehr als 900 Nationalsozialisten gefangengenommen. Die Verluste der Exekutive (Bundesheer, Gendarmerie und Wehrverbände) wurden für den Julikrieg mit insgesamt 78 Toten und 165 Verwundeten angegeben. Die Verluste der aufständischen Nationalsozialisten waren angeblich grösser.

Zur Aburteilung der Dollfussmörder und der Teilnehmer an dem Putsch wurden eigene Militärgerichtshöfe an Stelle der bürgerlichen Standgerichte eingesetzt, die aus je einem Richter und drei Offizieren bestanden. Hingerichtet wurden nach dem Juli sieben Personen (um zwei weniger als nach dem Februar): die beiden Dollfussmörder und fünf Angehörige der Exekutive, die an dem Aufstand teilgenommen hatten.

Auch diesmal griff der britische Gesandte Sir Walford Selby vermittelnd ein und appellierte an Bundespräsident Miklas um Milde – wie er hervorhebt, in Erinnerung an die Kritik des Auslandes an der österreichischen Regierung nach den Hinrichtungen im Februar. Präsident Miklas beruhigte ihn. «Wir werden uns als Österreicher benehmen», sagte er.

Wer hat den Bundeskanzler ermordet?

Der Standgerichtsprozess gegen die Dollfussmörder begann am 30. Juli, um fünf Uhr nachmittags, im Wiener Landesgericht für Strafsachen I. Das Gebäude und der Gerichtssaal wurden von schwerbewaffneten Polizisten mit Gewehren bewacht. Auch für Journalisten war es nicht leicht,

eine Eintrittskarte zu bekommen, aber ich hatte als Rechtsanwalt die Möglichkeit, mich in die für Mitglieder der Rechtsanwaltschaft reservierte Bank zu setzen.

Die beiden Angeklagten, Otto Planetta und Franz Holzweber, wirkten beinahe enttäuschend: sie schienen so ruhig und so wenig dramatisch. Planetta sah aus wie ein Soldat in Zivil – er war ehemaliger Unteroffizier des Bundesheeres, der wegen nationalsozialistischer Betätigung aus der Armee ausgeschlossen worden war. Holzweber trug Brillen und wirkte dadurch wie ein Intellektueller. Trotz ihres schweren Verbrechens erweckten die Männer eine gewisse Sympathie: man hatte ihnen schliesslich freien Abzug versprochen, und hier erwartete sie das sichere Todesurteil.

Der Angeklagte Planetta gab zu, er habe im Halbdunkel des Bundeskanzleramtes «auf etwas geschossen, was ihm entgegengesprungen sei wie ein kleines Tier». Er leugnete, die Absicht gehabt zu haben, den Bundeskanzler zu ermorden, den er im Dämmerlicht kaum richtig gesehen habe. Vor allem leugnete er, einen zweiten Schuss abgegeben zu haben. Der etwas ältere Holzweber war als der angebliche Organisator des Putsches angeklagt.

Während der ersten Verhandlung setzte sich Dr. Fritz Kreisler neben mich auf die Rechtsanwaltsbank. Er war ein junger Sozialist, den ich aus den Kreisen der Jugenderzieher und Naturfreunde kannte. Kreisler gehörte zu jenen jungen Leuten, die an den Wochenenden auf der Donauinsel Lobau Zeltromantik betrieben. Er war immer schon ein Eigenbrötler, eingesponnen in seine eigene Gedankenwelt. Nun teilte er mir mit, er sei derzeit als Gerichtspraktikant im Landesgericht beschäftigt und habe in den letzten zwei Tagen Gelegenheit gehabt, den Akt gegen Planetta und Holzweber genau zu studieren. Dabei sei er zu dem aufregenden Ergebnis gekommen, dass Planetta gar nicht der wahre Dollfusmörder sei. Der wirkliche Mörder des Bundeskanzlers sei vielmehr der Staatskommissär für Sicherheit, Heimwehrführer Major Emil Fey, der mit Dollfuss im Bundeskanzleramt eingeschlossen war. Der ehemalige Vizekanzler Fey sei mit den Verschwörern im Einverständnis gewesen und habe Dollfuss umgebracht, um selbst die Führung der Regierung zu übernehmen. Der ganze Prozess gegen Planetta und Holzweber sei nur eine monströse Komödie, um diese Tatsache zu verschleiern.

Kreisler machte mir nun einen Vorschlag. Er sagte, er wolle seine Anschuldigung des Mordes gegen Staatskommissär Fey vervielfältigen lassen und sie am nächsten Tag nach Schluss der Verhandlung persönlich vor dem Tor des Landesgerichts verteilen. Er werde natürlich verhaftet

werden, aber das mache ihm gar nichts aus. Sein einziges Verlangen sei, dass ich und die anderen englisch-amerikanischen Korrespondenten vorher informiert würden und bei seiner Verhaftung anwesend sein sollten.

Ich erklärte Kreisler, sein Plan sei unsinnig. Der Versuch, den Staatskommissär für Sicherheit und Heimwehrführer in aller Öffentlichkeit des Mordes an Bundeskanzler Dollfuss zu beschuldigen, würde für Kreisler nur furchtbare Konsequenzen haben. Erzielen könne man damit gar nichts. Ich lehnte es auch ab, die Auslandskorrespondenten für diesen Zweck zusammenzutrommeln. (Ich informierte einige von ihnen allerdings von der Geschichte, und sie stimmten meiner Haltung zu.) Kreisler gab seinen Plan auf und meinte seufzend, mir fehle es offenbar an Mut.

Die Vernehmung Major Feys als Zeugen, der Höhepunkt in diesem ganzen Prozess, liess jedenfalls den Heimwehrführer in keinem sehr günstigen Licht erscheinen. Auf die Frage von Planettas Verteidiger gab Major Fey zu, den Putschisten im Bundeskanzleramt sein persönliches Ehrenwort gegeben zu haben, dass ihnen im Falle der Kapitulation kein Haar gekrümmt werden würde. Auf die Frage, was er dazu getan habe, um dieses Ehrenwort einzulösen, konnte Fey nur kleinlaut erwidern: «Ich habe getan, was ich konnte.»

Andere Regierungsmitglieder stellten sich auf den Standpunkt, ein Verbrechen gegenüber gegebenes Ehrenwort sei nicht bindend, und wieder andere meinten, man habe das Versprechen des freien Abzugs nur unter der Voraussetzung gegeben, dass niemand getötet worden sei. Dass Fey in dem Augenblick, als er sein Ehrenwort gab, wusste, dass Dollfuss tot war, konnte niemand bestreiten. Meiner Überzeugung nach (und diese Überzeugung ist auch die der massgebenden Historiker) war Fey nicht der Mörder des Bundeskanzlers Dollfuss. Kreisler hatte in dieser Hinsicht unrecht. Richtig war allerdings, dass Fey mit den Putschisten, die das Bundeskanzleramt besetzt hatten, freundliche Beziehungen aufnahm. Soweit wir damals feststellen konnten, waren die Hintergründe andere. Der wirklich massgebende Mann unter den Putschisten im Bundeskanzleramt war gar nicht Holzweber, sondern ein früherer Offizier namens Paul Hudl, der im Krieg gemeinsam mit Fey beim Regiment der Deutschmeister gedient hatte. Dieser begrüßte Fey nach dem Eindringen der Putschisten sofort und sagte ihm, er habe nichts zu befürchten. Die Putschisten würden ihn in der neuen Regierung zum Vizekanzler ernennen. Fey glaubte diesen Beteuerungen und versuchte infolgedessen die vor dem Gebäude stehenden Regierungs Vertreter zu überreden, nichts gegen die Putschisten zu unternehmen.

Kreisler flüchtete ein paar Monate später in die Tschechoslowakei und

veröffentlichte dort eine Broschüre, in der er seine Beschuldigungen gegen Fey wiederholte und zusammenfasste. Eine Zeitlang herrschte auf sozialistischer Seite allgemein die Ansicht vor, Fey habe Dollfuss umgebracht oder sei zumindest in dieser Hinsicht höchst verdächtig. Im Laufe der nächsten Jahre zeigten sich bei Kreisler Anzeichen von Verfolgungswahn. Kurz nach der Machtergreifung Hitlers in Österreich stürzte sich der junge Mann in einem Anfall von Wahnsinn in Prag aus dem Fenster und war auf der Stelle tot. Fey selbst beging bekanntlich nach dem Einmarsch Hitlers in Österreich mit seiner Frau und seinem Sohn Selbstmord. Über die Vermutung, Fey könne der wahre Mörder des Bundeskanzlers gewesen sein, hat man später nichts mehr gehört, wenn auch manche Einzelheiten, wie zum Beispiel der zweite Schuss, den Planetta abgegeben zu haben bestritt, nie völlig aufgeklärt wurden.

Planetta und Holzweber wurden zum Tod verurteilt und hingerichtet. Wie man mir erzählte, bat Holzweber seinen Rechtsanwalt, als Zeuge an seiner Hinrichtung teilzunehmen, wie es nach der österreichischen Strafprozessordnung gestattet war. Als der Rechtsanwalt zögerte, sagte Holzweber: «Ich weiss, so etwas ist unangenehm für den, der zuschaut als für den, der es erleidet.» Er war jedenfalls ein mutiger Mann. Der Rechtsanwalt überwand seine Hemmungen und war bei der Hinrichtung anwesend.

Hudl wurde nicht hingerichtet, was viele Leute veranlasste zu glauben, dass es Fey in diesem Fall gelungen war, seinem alten Freund gegenüber seine Dankbarkeit zu erweisen. Die Drahtzieher des Putsches, vor allem auch Rechtsanwalt Dr. Wächter, flüchteten nach Deutschland. Mehrere tausend Nationalsozialisten kamen ins Gefängnis oder in die Konzentrationslager.

Die Protestanten sollen helfen!

Nach dem misslungenen Naziputsch vom 25. Juli 1934 wurde der Versuch gemacht, die englisch-amerikanische Religionsgesellschaft der Quäker, die nach dem Februar 1934 den sozialistischen Opfern des Bürgerkriegs eine so wirksame Hilfe geleistet hatte, zu veranlassen, eine ähnliche Hilfsaktion für die Naziopfer des Juli 1934 in die Wege zu leiten. Der Plan bereitete den Quäkern einige Verlegenheit, weil sie sich einerseits aus christlicher Nächstenliebe verpflichtet fühlten, jeder Art von Opfern zu helfen, weil aber andererseits zwischen ihnen und den Nationalsozialisten keinerlei geistige Berührungspunkte bestanden.

Im Laufe der Verhandlungen tauchte auch der Gedanke auf, dass an Stelle der Quäker die österreichische protestantische Kirche die Verteilung der allfällig gesammelten Gelder übernehmen könnte. Zwischen den Quäkern und den österreichischen Lutheranern bestanden Kontakte: beide waren ja schliesslich im weiteren Sinne protestantische Kirchen. Bei manchen österreichischen Protestanten bestand eine Hinneigung zu Deutschland aus der Befürchtung heraus, das österreichische katholische Diktaturregime könnte eine Art «Gegenreformation» einleiten.

Die Durchführung dieses Gedankens hätte jedoch zweifellos zu Missverständnissen geführt und die österreichische protestantische Kirche in arge Verlegenheit gebracht. Nicht alle österreichischen Nazi waren Protestanten. Nicht alle österreichischen Protestanten waren Nazi. Und so waren vermutlich alle Beteiligten erleichtert, als aus dem Plan – von dem die Öffentlichkeit nie etwas erfuhr – schliesslich nichts wurde.

Headley Horsnaill, ein ernster und überaus bedächtiger englischer Quäker, der in der Wiener Mission in der Singerstrasse beschäftigt war, berichtete aus der Tschechoslowakei, wo er keine Kontrolle der Korrespondenz durch die österreichischen Behörden zu befürchten hatte, am 26. August 1934 an Clarence Pickett, einen Funktionär der amerikanischen Hauptzentrale der Quäker in Philadelphia: «Ich glaube, dass Emma (Cadbury) schon an Euch geschrieben hat, dass Leute zu uns gekommen sind, die uns von einer grossen Anzahl von Familien von Nazis in Österreich berichtet haben, deren Brotverdiener interniert sind und die keine Existenzmittel haben.»

In dem Schreiben Horsnaills heisst es weiter: «Der erste, der dies definitiv vorschlug, war ein protestantischer Pastor der etablierten Evangelischen Kirche in Wien, der einen Brief von einem Rechtsanwalt aus einer der grösseren Städte in der Steiermark erhalten hatte. Darin stand geschrieben, dass 2'000 Männer in der Obersteiermark und 1'400 in Graz in Haft seien sowie 1'000 oder 2'000 in Kärnten. Ausserdem gebe es Lehrer und öffentliche Beamte, die aus ihren Stellen ohne Gehalt entlassen worden seien. Wir erklärten dem Pastor», fährt Horsnaill fort, «dass die grossen Summen für die Februarhilfsaktion uns von einem grossen internationalen Kreis von mit den Opfern sympathisierenden Personen in Verwaltung gegeben worden seien – und dass der Natur der Sache nach in diesem Falle ein solcher mit den Opfern sympathisierender internationaler Kreis nicht existieren konnte und dass die wahrscheinlichere ausländische Hilfsquelle Deutschland wäre.»

Headley Horsnaill hatte dem Pastor geduldig klargemacht, «dass wir Hilfsgelder, selbst wenn Gelder vorhanden wären, nur dann ver-

walten könnten, wenn die österreichische Regierung dazu ihre Zustimmung gibt; und dass wir das Gefühl hätten, dass wir kein Geld von der deutschen Regierung annehmen könnten (sogar wenn diese bereit wäre, es zur Verfügung zu stellen), weil das der Sache ein politisches Aussehen geben würde».

Emma Cadbury sei, so heisst es in Horsnaills Bericht weiter, zu einer Tagung der deutschen Quäker nach Bad Pyrmont gereist und habe dort mit einigen deutschen Freunden sowie mit englischen Freunden gesprochen. («Freund» ist hier im technischen Sinn gemeint und bedeutet Mitglied der Gesellschaft der Freunde, also Quäker. Die kleine deutsche Quäkergemeinde hatte unter dem Naziregime einen besonders schweren Stand.) Diese Freunde wären ebenfalls der Ansicht, dass es schwierig sein könnte, etwas zu unternehmen und dass die Annahme von Geldmitteln von den deutschen Gewerkschaften, die alle «gleichgeschaltet» seien, gleichbedeutend mit der Annahme von Geldern von der deutschen Regierung wäre und dass dies die deutschen Quäker kompromittieren könnte...

Ein anderer junger protestantischer Pastor aus Österreich, der soeben in Berlin gewesen war, wo er auch mit Regierungsmitgliedern gesprochen hatte, kam mit neuen Plänen zu Emma Cadbury. Er berichtete, dass in Leoben 3'000 Nazi im Gefängnis seien, in Klagenfurt 3'000 bis 4'000 und dass die Frauen und Kinder in äusserst schlechten Verhältnissen lebten und Geld und Nahrungsmittel benötigten.

Headley Horsnaill ist im Zweifel, was geschehen soll. Er schreibt: «In vieler Hinsicht scheint die Frage der Hilfe diesmal noch schwieriger als im Februar. Damals patronisierte die Dollfussregierung selbst einen Fonds, um den sozialistischen Frauen und Kindern zu helfen, aber die jetzige Regierung, die radikaler und unversöhnlicher als die Dollfussregierung ist, hat, soweit wir wissen, nichts dergleichen getan. Ausserdem scheint die Regierung, die sich vorher von den Nazis viel mehr gefallen liess als von den Sozialisten, seit dem 25. Juli entschlossen zu sein, mit ihnen drastisch zu verfahren. Es scheint mehr als fraglich, ob wir eine Bewilligung erhalten würden, Hilfsmittel an sie zu verteilen.»

Im Gespräch mit einem Professor der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien hatten die Quäker, so berichtet Horsnaill, ihre Bereitschaft erklärt, Gelder, die von einer neutralen Körperschaft gesammelt würden, zu verteilen, falls die österreichische Regierung ihre Zustimmung gebe. «Wir hatten vorher vorgeschlagen, dass die Protestantische Kirche, die ein Netzwerk von Pfarren in den betreffenden Provinzgebieten besitzt, die geeignete Stelle für die Vertei-

lung der Hilfsmittel sein könnte.» Die Protestanten seien jedoch besorgt, was geschehen würde, wenn sie die Verwaltung der Hilfsgüter übernehmen. «Manches davon würde an Katholiken gehen ebenso wie an Protestanten, denn es sind ja keineswegs nur Protestanten, die Nazi waren – oder zumindestens pro-deutsche Sympathien haben», meinte Horsnaill. «Sie fürchten, man würde den Verdacht haben, dass sie Katholiken für ihre Glaubensgenossenschaft anwerben wollten (der englische Ausdruck lautete: proselytise). Ihr wisst vielleicht, dass seit der Februarrevolte ungefähr 16'000 Personen der Protestantischen Kirche beigetreten sind.»

Hier liegt der Kern des Problems. «Die etablierten Protestantischen Kirchen – oder wenigstens einige ihrer Geistlichen – scheinen der Ansicht zuzuneigen, das gegenwärtige katholische Regime habe die Absicht, sie schliesslich auszumerzen (englisch: ‚stamp them out‘) – in einer Art Gegenreformation. Es scheint jedoch, dass diese Auffassung übertrieben ist und dass sie nur wegen ihrer politischen Verbindungen in Schwierigkeiten sind. Die Mehrzahl von ihnen war ohne Zweifel Nazi-sympathisierend, auch wenn sie nicht in den letzten Putsch verwickelt waren. Tatsächlich war einer der Männer, die für den Mord an Dollfuss gehängt wurden, Protestant und erhielt die letzten Tröstungen der Religion von einem protestantischen Pastor.» Da war also nichts zu machen.

Nachdem man noch erwogen hatte, die Gelder für die verfolgten Nazis bei den Deutsch-Amerikanern zu sammeln (in Philadelphia winkte man jedoch ab – die Deutsch-Amerikaner seien meistens Antinazi und ausserdem Hilfsappellen aus Europa sehr unzugänglich!), entschloss sich Emma Cadbury zu einem Test. Die Leiterin des Wiener Quäkerzentrums schrieb am 25. September an den österreichischen Bundespräsidenten Miklas. Sie erinnerte ihn daran, dass er durch seine Gattin seine Anerkennung für das Hilfswerk der Quäker für die Februaropfer ausgedrückt habe. Jetzt seien die Quäker aufgefordert worden, ein Hilfswerk für die Juliopfer einzuleiten. Sie seien «aus Gründen der christlichen Nächstenliebe für Menschen in grosser Not ohne Rücksicht auf Rasse, Nationalität oder politische Zugehörigkeit» dazu bereit, wenn sie – was bis jetzt die Schwierigkeit gewesen sei – Geld von einer «einwandfreien Quelle» bekommen könnten.

Aber in diesem Fall bereitete die österreichische Regierung durch eine energische Ablehnung den Gewissenskonflikten der Quäker ein Ende. Das Schreiben an den Bundespräsidenten wurde an das Bundeskanzleramt weitergeleitet, und dieses erwiderte in einer kühlen Antwort unter

der Geschäftszahl 22.992-Pr 1934, dass das Programm unter der Patronanz von Kardinal Innitzer und Frau Alvine Dollfuss für die Opfer der Februarunruhen, soweit es nicht Angehörige der Exekutive betraf, von der Organisation Caritas durchgeführt worden sei. (Die Quäkeraktion für die Februaropfer erwähnte das Bundeskanzleramt überhaupt nicht.) Dieses Hilfsprogramm, das aus freiwilligen Beiträgen finanziert wurde, sei nun zu Ende, und es bestehe keine Absicht, es fortzusetzen. Alle Kräfte der Caritas müssten jetzt auf das Winterhilfsprogramm konzentriert werden, in dessen Rahmen auch Hilfe für die betreffenden Personen eingeschlossen sei. Unterzeichnet: Wien, 15. Oktober 1934. Für den Bundeskanzler: Huber.

Allerdings blieben die nationalsozialistischen Opfer nicht lange hilflos. Unter der Patronanz des früheren grossdeutschen Landeshauptmannstellvertreters von Oberösterreich, Franz Langoth, wurde eine Aktion für sie eingeleitet, die mit deutschem Geld finanziert war.

Ein Diktator wider Willen

Der neue Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg war in vieler Hinsicht das Gegenteil seines Vorgängers Dollfuss. Dem Fanatiker Dollfuss glaubte man sein brennendes Gefühl einer von Gott übertragenen politischen Mission. Schuschnigg war wie ein Rechtsanwalt, der die übernommene Aufgabe – Diktator zu sein – mit persönlichem Mut und Gewissenhaftigkeit zu erfüllen trachtete. Aber es war nicht seine eigene Diktatur, er vertrat die Sache eines anderen.

Dollfuss konnte man lieben oder hassen. Im historischen Verlauf haben ihn in Österreich mehr Leute gehasst als geliebt. Aber auch der Gegner konnte dem «Millimetternich» seine Bewunderung nicht ganz versagen. Schuschnigg hingegen konnte man schätzen und achten. Viele Leute haben ihn geachtet. Aber er war der historischen Aufgabe, die ihm gestellt war, nicht gewachsen. An der Rettung Österreichs wären allerdings auch stärkere Naturen gescheitert als dieser Rechtsanwalt einer Diktatur.

Schon physisch war der Gegensatz zu Dollfuss markant. Schuschnigg war hochgewachsen und schlank. Niemand konnte ihn lächerlich finden. Er sah in der Uniform eines Kommandanten der Ostmärkischen Sturm-scharen – der Wehrorganisation, die er als Konkurrenz gegen die Heimwehr gegründet hatte – elegant und vornehm aus. Politisch wusste man von ihm, dass er Monarchist war. Ihm schwebte als Endziel eine

Wiedereinführung der Monarchie unter dem Habsburgersprössling Otto als Kaiser vor. Er betrachtete sich also als Diktator auf Zeit. Und er war – das konnte man ihm bestätigen – ein Diktator wider Willen.

Sein persönliches Leben war während seiner Regierungszeit von einer Tragödie überschattet. Seine Frau fand im Juli 1935 durch einen Unfall den Tod, als sie ihn auf einer Reise nach Oberösterreich begleitete. Der vereinsamte Witwer fand Trost in seiner Freundschaft mit Vera Czernin, geborene Fugger, einer geschiedenen Frau, die er nach den von ihm selbst eingeführten katholischen Konkordatsgesetzen nicht heiraten konnte. (Später, in der Hitlerzeit, heiratete er sie doch, und sie folgte ihm ins Konzentrationslager.) Der Bundeskanzler lebte ziemlich zurückgezogen. Er liebte Musik und verbrachte, wie man hörte, die Abende oft in dem musikalischen Kreis von Frau Alma Mahler-Werfel, der Witwe des Komponisten Gustav Mahler und Gattin des Schriftstellers Franz Werfel.

Schuschnigg erläuterte seine politischen Grundsätze bei einem Mittagessen, das wir im Namen der Anglo-American Press Association am 13. November 1934 zu seinen Ehren gaben. Bannister von der «Daily Mail», in jenem Jahr Präsident der Gesellschaft, führte den Vorsitz. Schuschnigg sagte: «Wir fordern das, worauf jeder Staat der Welt Gewicht legen muss, das Bekenntnis zum Staat. Wer dieses Bekenntnis vorbehaltlos ablegt, der wird in Österreich frei, völlig frei und ungehindert seine Entwicklung finden. Wer sich zu diesem Bekenntnis nicht aufraffen kann, trägt mit einen Teil der Schuld daran, dass diese freie und ungehinderte Entfaltung noch immer jener Beschränkungen bedarf, die, wenn Sie wollen, Auswirkungen eines autoritären Systems genannt werden können, die aber letzten Endes nicht einem System dienen, das Selbstzweck ist, sondern einzig und allein aus der Bedachtnahme auf das Wohl der Gemeinschaft zu erklären sind.»

Das klang recht gut und schön. Schuschnigg zog in den ersten Monaten seiner Regierungszeit politisch Vorteil aus dem Umstand, dass die Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß der Welt Schrecken eingejagt hatte und dass man in den demokratischen Ländern bestrebt war, Österreich gegen Hitlerdeutschland zu schützen. In dieser Zeit richtete sich auch die Schärfe des Regimes in erster Linie gegen die Nationalsozialisten. Dies ermöglichte es Schuschnigg, das Problem des Verhältnisses zu den Sozialdemokraten vorläufig einfach auszuschalten und sich damit nicht weiter zu beschäftigen.

Die aussenpolitische Situation war für Bundeskanzler Schuschnigg in den ersten Monaten seiner Regierungszeit ausserordentlich günstig. Bei

seiner ersten Zusammenkunft mit Mussolini nach seiner Amtsübernahme, die am 21. August 1934 in Florenz stattfand, bestätigte der italienische Diktator seine Unterstützung Österreichs und gab seiner Abneigung gegen Hitler und dessen Rassenpolitik im Privatgespräch in scharfer Weise Ausdruck. Schuschnigg erwähnt das in seinen Memoiren. Am 27. September 1934 kam es (zum zweitenmal) zu einer Dreimächteerklärung Grossbritanniens, Frankreichs und Italiens für die Unabhängigkeit Österreichs.

Der Prestigeverlust, den Major Fey durch seine Haltung am 25. Juli erlitten hatte, fand in der Ressortverteilung ihren Niederschlag, die Bundeskanzler Schuschnigg bei der Bildung seiner Regierung am 30. Juli 1934 vornahm. Starhemberg blieb Vizekanzler. Fey wurde Innenminister, doch die Angelegenheiten des Sicherheitswesens wurden dem Amtsbereich des Vizekanzlers übertragen. Starhemberg erhielt für diesen Zweck einen Staatssekretär für das Sicherheitswesen, den früheren Sicherheitsdirektor von Oberösterreich, Hans Hammerstein-Equord.

Ein ehemaliger Berufsdiplomat, der politisch der Heimwehr angehörte. Dr. Egon Berger-Waldenegg, wurde Aussenminister. Karl Karwinsky, ein ehemaliger Beamter der niederösterreichischen Landesregierung, der zuletzt das Sicherheitswesen verwaltet hatte, rückte an die Stelle Schuschniggs im Justizministerium.

Der einzige europäische Staat, der nach dem 25. Juli eher zu Deutschland als zu Österreich hielt, war Jugoslawien, wo die Angst vor einer möglichen Restauration der Habsburger in Österreich grösser war als die Angst vor Hitler. Die aufständischen Nationalsozialisten – es waren deren sehr viele –, die sich aus Kärnten über die jugoslawische Grenze zurückgezogen hatten, erhielten dort politisches Asyl. Später wurden sie nach Deutschland überstellt. Die «Neue Freie Presse» meldete am 30. November 1934 aus Belgrad: «Gestern traf der erste Transport österreichischer nationalsozialistischer Emigranten, insgesamt 1140 Personen, darunter 80 Frauen und 51 Kinder, aus Warasdin in Belgrad zur Überführung nach Deutschland ein. In Warasdin sind 10 Emigranten geblieben, um dort ständigen Aufenthalt zu nehmen. 80 Emigranten sind nach Österreich zurückgekehrt.»

In eben diesen ersten Monaten des Schuschniggregimes, in denen die Kampffront der Regierung hauptsächlich gegen die Nationalsozialisten gewendet war, hatten die illegalen Revolutionären Sozialisten die Zeit ihrer grössten Blüte als «Massenorganisation». Bei verschiedenen Gelegenheiten, vor allem im Wienerwald, im November zum Gedenken an den «Tag der Republik», und später auch in Wien, fanden sogenannte

«Blitzkundgebungen» statt, deren Teilnehmer gewöhnlich schon wieder verschwunden waren, wenn die Polizei auftauchte. Am 4. und 5. September 1934 fand in Blansko in Mähren (in der Nähe von Brünn) eine sogenannte «Wiener Konferenz» der sozialistischen illegalen Organisation statt. Damit folgte man der Tradition der Ersten Republik, in der die Organisation der Sozialdemokraten in Wien über die Organisationen der Bundesländer so sehr dominierte, dass die politischen Entscheidungen nicht auf Parteikonferenzen für ganz Österreich, sondern gewöhnlich in rasch einberufenen «Wiener Konferenzen» gefällt wurden.

An dieser «Wiener Konferenz» in Mähren nahmen etwa 70 Personen teil, Vertreter des Zentralkomitees und der Wiener Bezirke. Vom Auslandsbüro waren Otto Bauer und einige andere Mitglieder gekommen, von der Sozialistischen Internationale Friedrich Adler, ferner der Gründer der deutschen Organisation «Neu Beginnen», der gebürtige Österreicher Karl Frank, der als Spezialist für illegale Tätigkeit galt. Das Hauptreferat hielt der politische Leiter der illegalen sozialistischen Organisation in Österreich, Karl Hans Sailer.

Gegen Ende des Jahres 1934 fühlten sich die österreichischen Revolutionären Sozialisten – obwohl die Zahl der Verhaftungen inzwischen zugenommen hatte – bereits so sicher, dass sie eine «Reichskonferenz» veranstalteten. Diese fand in Brünn in der Tschechoslowakei im Turnsaal einer Schule statt. Etwa 40 Vertreter der illegalen Sozialisten aus Wien und 15 aus den Bundesländern nahmen daran teil. Den Vorsitz führten abwechselnd Karl Holoubek und Maria Emhart, die Landesleiterin für Niederösterreich. Karl Hans Sailer hielt wieder das Hauptreferat. Es wurde ein «Aktionsprogramm» der Partei beschlossen. Schon auf der «Wiener Konferenz» in Blansko war ins Auge gefasst worden, der Partei den Namen «Vereinigte Sozialistische Partei Österreichs» zu geben. Der Zweck der Änderung war, den verschiedenen kleineren Splittergruppen die Rückkehr zur Partei zu ermöglichen. Später, in der Zeit der verschärften Illegalität von 1935 an, kam man wieder von diesem Namen ab, und die Bezeichnung «Revolutionäre Sozialisten» wurde allgemein gebräuchlich.

Dass sich unter die Delegierten der Reichskonferenz ein Spitzel der Polizei eingeschlichen hatte, wusste man nicht. Die Sicherheitsvorschriften der Illegalität wurden in dieser Zeit von den Sozialisten verhältnismässig locker gehandhabt. Obwohl jeder Delegierte einen Decknamen hatte, wurden Teilnehmer oft mit ihren wirklichen Namen angesprochen. Auch an der Reichskonferenz in Brünn nahmen Otto Bauer und Friedrich Adler teil.

In dem beschlossenen Aktionsprogramm der Sozialisten wurde ausgeführt, der klerikale Ständefaschismus in Österreich sei schwach, weil ihm zum Unterschied vom deutschen Faschismus die Massengrundlage fehle. Man müsse sich unter Umständen auch für den Kampf auf lange Sicht einrichten, durch steigende Aktivität der Arbeiterklasse ein schrittweises Zurückweichen des Faschismus bewirken und um jede Position ringen, jede vom Faschismus aufgegebenene Position besetzen. Aus dem Aktionsprogramm geht eine im Ganzen optimistische Auffassung hervor. Die Dinge kamen allerdings anders, als es sich die meisten österreichischen Sozialisten damals vorstellten.

4. Teil

UNTER DEM STÄNDESTAAT

Die Revolutionären Sozialisten

Wie ich verhaftet wurde

«Polizei!» Mit diesem Ruf stürzte an einem Jännertag des Jahres 1935, um sechs Uhr früh, unsere Hausgehilfin in unser Schlafzimmer. Draussen standen zwei Detektive der Staatspolizei, die gekommen waren, um eine Hausdurchsuchung zu veranstalten. Einer der Männer war aus Ober Sankt Veit und ein Bekannter meiner Schwiegermutter, die dort Fürsorgerätin war. Die Männer schienen entschlossen, nur oberflächlich zu suchen und hätten gewiss gerne manches übersehen. Aber in unserer Wohnung in Hietzing war alles nur zu klar: Überall häuften sich die illegalen Aussendungen der Sozialisten, der Kommunisten und auch der Nationalsozialisten. Nachdem die Detektive ein paar grosse Pakete daraus gemacht hatten, forderten sie mich auf, mitzukommen. Ich fragte: «Bin ich verhaftet?» Der Detektiv antwortete: «Ja.»

Ich wurde im Auto zum Polizeikommissariat Hietzing geführt, das damals in einem Seitentrakt von Schloss Schönbrunn untergebracht war. Mehrere Stunden lang sass ich im Wachzimmer des Kommissariats mit anderen Häftlingen. Mein Nachbar fragte mich: «Bist du politisch?» Er selbst war ein Krimineller, aber er begann mir freundliche Ratschläge für mein weiteres Verhalten in der Haft zu geben. Die Sache sah nicht günstig aus. Ein Häftling der Schuschniggpolizei hatte meistens mit einer langen Gefangenschaft zu rechnen.

Ich wurde zum Verhör vorgeführt und sagte aus, dass ich als Auslandskorrespondent verpflichtet sei, die Nachrichtendienste aller illegalen Organisationen zu lesen. Diese seien mir von unbekanntem Stellen zugeschickt worden. Ich merkte zu meiner Überraschung, dass ich nicht als Sozialist, sondern als Kommunist im Verdacht stand. Später erfuhr ich, wie die Polizei auf mich gestossen war. In einer kommunistischen Zentrale, die von der Polizei ausgehoben worden war, wurde in einem Papierkorb ein Zettel gefunden, auf dem zu lesen stand: «Der Name, den du nicht lesen kannst, lautet: Dr. Friedrich Scheu, Wien XIII., La-Roche-Gasse.» Dieser Zettel hatte zur Hausdurchsuchung geführt. Bei der Unmenge von Material, das bei mir gefunden worden war, konnte meine Festnahme nicht vermieden werden.

Was ich nicht wusste, war das Aufsehen, das meine Verhaftung erregt hatte. Meine Frau hatte die Journalisten alarmiert, und schon in den Vormittagstunden traten die Kollegen von der Anglo-American Press Association, geführt von Robert Best und dem Korrespondenten des «Christian Science Monitor», dem Amerikaner Markham, in Aktion. Sie intervenierten im Bundeskanzleramt. Gleichzeitig kableten sie die Nachricht von der Verhaftung des Wiener Korrespondenten des Organs der englischen Arbeiterpartei in die Welt. Meine Schwester, eine Studentin der Technik in Boston in den Vereinigten Staaten, las die Nachricht schon am Vormittag in der dortigen Zeitung.

Für die österreichische Regierung kam der Wirbel, der durch meine Verhaftung entstanden war, überraschend. In den ersten Stunden hatten sich die Funktionäre der Staatspolizei in dem Glauben gewiegt, einen guten Fang gemacht zu haben. Sie meinten, in dem verhafteten Auslandskorrespondenten die zentrale Figur einer grossen kommunistischen Organisation entdeckt zu haben. Jetzt aber begann die Sache den Behörden unangenehm zu werden. Die britische Gesandtschaft intervenierte.

Die politische Ausbeute schien gering. Aus mir war nichts weiter herauszubekommen. Ich spürte die Wendung, als ich im Polizeikommissariat Hietzing ein Telefongespräch des Kommissärs mithörte, in dem dieser den Auftrag bekam: «Überstellung an die Staatspolizei, aber nicht im Grünen Heinrich, sondern in einem gewöhnlichen Wagen.» Das geschah, und ich befand mich kurz darauf in der Polizeidirektion auf dem Schottenring.

Das war schon ein gutes Zeichen. Häftlinge wurden für gewöhnlich in das Polizeigefängnis auf der Elisabethpromenade (in die sogenannte «Liesl») überstellt. Jetzt hatte ich wieder einige Zeit auf dem Gang zu warten. Dann wurde ich dem Chef der Staatspolizei Hofrat Weiser

zum Verhör vorgeführt. Es war inzwischen vier Uhr nachmittags geworden. Die Interventionen hatten ihre Wirkung getan. Ich merkte, dass der Ton sich geändert hatte. Ich wurde sichtlich mit der Absicht vernommen, anschliessend freigelassen zu werden. Hofrat Weiser liess meine Antworten sorgfältig aufnehmen und legte besonderes Gewicht darauf, dass das bei mir gefundene Material von allen Parteien stamme. Dann sagte er, ich könne gehen. Er fügte noch hinzu, dass er mir das beschlagnahmte illegale Material nicht freigeben könne. «Das werden Sie ja wohl nicht brauchen, Herr Doktor», sagte er höflich.

Es war gegen Abend, und ich hatte um halb sechs Uhr in meiner Rechtsanwaltskanzlei eine Konferenz mit Klienten, die ich nicht versäumen wollte, vor allem, da mein Vater und Chef schwerkrank im Spital lag und ich vermeiden wollte, dass er von meiner Verhaftung erfuhre. Mein Vater war kurz vor Weihnachten von einer schweren Herzkrankheit befallen worden, an der er im März starb. Ich kam gerade noch rechtzeitig von der Polizeidirektion in meine Kanzlei zurück, um die Konferenz abzuhalten. Weder mein Vater noch meine Klienten erfuhren von dem Zwischenfall.

Wohl aber hörte eine Freundin, die in unserer Nähe wohnte, die Nachricht von meiner Verhaftung am Abend über den französischen Sender Strassburg. Dieser wurde damals in Wien von vielen Leuten abgehört, die wissen wollten, was tatsächlich in der Welt geschah. Sie rief sofort bei meiner Frau an und fragte besorgt, ob ich zu Hause sei. Meine Frau konnte sie beruhigen. Die österreichische Öffentlichkeit erfuhre von meiner Festnahme nur durch eine kurze Notiz in der Regierungszeitung, der «Reichspost», in der es hiess, im Zuge einer Untersuchung sei es auch zur «Perlustrierung» des sozialdemokratischen Schriftstellers Dr. Friedrich Scheu gekommen, dieser sei jedoch wieder freigelassen worden. Man wollte sichtlich ableugnen, dass ich überhaupt verhaftet worden war.

Dass die Polizei die Angelegenheit eine Zeitlang sehr ernst gemeint hatte, zeigte sich in der Art, wie sie am Vormittag unsere Hausgehilfin Rosa Kotrba einvernommen hatte. Rosa war die ideale Hausgehilfin für einen Journalisten in einer Diktatur. Sie wusste alles und sagte nichts. Wir hatten sie von meinem Kollegen Ernst Fischer «geerbt», der nach den Februarkämpfen aus Österreich geflüchtet war.

Wenn ich nicht zu Hause war und wider Erwarten ein Anruf aus England oder von einer anderen wichtigen Stelle kam, wusste Rosa immer, wo ich zu erreichen war, auch wenn ich es ihr einmal nicht gesagt hatte. Sie besass ein unheimliches «Ahnungsvermögen». Aber als die

Polizei sie ausfragte, markierte sie die «Unschuld vom Lande». Ja, es wären oft Leute zu uns gekommen, bestätigte sie die Frage der Polizei. Aber wie sollte sie die Leute kennen? Ja, man habe sicher von vielen Dingen gesprochen. Aber wie sollte sie denn wissen, ob man von Politik gesprochen habe, sie habe doch nicht die Gewohnheit, an der Tür zu horchen! Als die Polizei sie zu Aussagen ermuntern wollte, indem sie fragte, ob sie immer genug Bezahlung und Geschenke von uns bekommen habe, versicherte Rosa, sie sei immer zufrieden gewesen, und daraufhin gab die Polizei ihre Einvernahme auf.

Mein Fall war glimpflich abgelaufen. Anderen österreichischen Sozialisten, die nicht den Schutz der Auslandskorrespondenten und der Gesandtschaft für sich buchen konnten, erging es nicht so gut.

Die Sozialisten als Kaderpartei

Der Obmann der österreichischen sozialistischen Untergrundorganisation, Karl Hans Sailer, und sein Kollege Roman Felleis wurden am 27. Jänner 1935 von der Polizei verhaftet, als sie in der Wohnung der Sozialistin Melanie Haas im dritten Wiener Bezirk an einer Besprechung mit den kommunistischen Vertretern Franz Honner und Friedl Fürnberg teilnahmen. Das Thema der Besprechung sollten gemeinsame Aktionen zum ersten Jahrestag der Februarkämpfe sein. Ein Vertreter des sogenannten «Autonomen Schutzbundes» – einer zwischen den beiden Parteien stehenden Organisation –, der ebenfalls bei der Unterredung anwesend war, tat so, als wäre er zufällig in der Wohnung als Installateur beschäftigt und konnte daher entfliehen.

Am nächsten Tag wurde ein Grossteil der führenden Funktionäre der illegalen sozialistischen Organisation in ganz Österreich verhaftet, das Büro des Zentralkomitees in der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. Paul Schick ausgehoben und der technische Apparat der Partei beschlagnahmt.

Die bei dieser Gelegenheit Verhafteten waren die späteren Angeklagten des grossen Sozialistenprozesses im Jahr 1936. Es stellte sich heraus, dass sich in der Organisation ein Polizeispitzel befunden hatte, der an der «Reichskonferenz» der illegalen sozialistischen Partei in Brünn Ende 1934 teilgenommen hatte und der die ihm bekannten Delegierten der Polizei verriet.

Unter den Sozialisten, die im Zuge dieser Verhaftungswelle festgenommen wurden, waren zahlreiche spätere führende sozialistische Politiker der Zweiten Republik, so zum Beispiel der spätere Bundespräsi-

dent Franz Jonas, der spätere Aussenminister und Bundeskanzler Bruno Kreisky, der spätere Verkehrsminister Otto Probst und der spätere Sozialminister Anton Proksch.

Die Zerstörung eines grossen Teils des zentralen Parteiapparats und die Verhaftung der meisten führenden Funktionäre hatte einschneidende Auswirkungen auf die sozialistische Untergrundbewegung sowohl in bezug auf ihre Leitung als auch in Bezug auf ihre Politik. Zwei der fünf Mitglieder des leitenden Zentralkomitees (Sailer und Felleis) waren verhaftet; einem dritten, Karl Holoubek, glückte die Flucht ins Ausland. Der vierte, Karl Maisei, war vor allem mit Arbeit unter den Gewerkschaftern beschäftigt. Die politische Führung fiel dem fünften Mitglied, Joseph Buttinger, zu, der von diesem Zeitpunkt an bis 1938 unter dem Decknamen «Gustav Richter» die massgebende Rolle in der österreichischen illegalen sozialistischen Organisation spielte. Diese Umstellung war auch politisch umso wichtiger, als Buttinger schon vorher die Meinung vertreten hatte, die sozialistische Organisation könne unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur nur existieren, wenn sie sich auf eine «Politik auf lange Sicht» einrichte und sich aus einer «Massenorganisation» in eine «Kaderpartei» verwandle.

Tatsächlich hatte die Umwandlung schon begonnen. Die zahlreichen Verhaftungen hatten die Untergrundorganisation geschwächt. Die Auflage der in der Tschechoslowakei gedruckten und illegal nach Österreich eingeschmuggelten wöchentlichen «Arbeiter-Zeitung» war bereits auf 20'000 zurückgegangen. Die Diktatur hatte sich unter Bundeskanzler Dr. Schuschnigg wieder gefestigt, und die Hoffnung auf ihre baldige Beseitigung schien geschwunden. Der Gedanke lag nahe, die politische Arbeit auf die fernere Zukunft einzustellen und, statt öffentliche Kundgebungen zu veranstalten, durch die man nur weitere Verhaftungen heraufbeschwören würde, lieber eine kleine Zahl von Funktionären als entschlossene Revolutionäre heranzubilden. Diese kleine Zahl von geschulten Parteifunktionären war das, was man nach dem Beispiel der russischen Revolution als «Kader» bezeichnete.

Die Idee einer solchen Schulungsarbeit auf lange Sicht wurde in Deutschland in der Hitlerzeit von einer sozialistischen Geheimorganisation betrieben, die sich «Neu Beginnen» nannte, weil sie den Standpunkt vertrat, die Sozialisten müssten mit ihrer Arbeit von Anfang an neu beginnen und dürften nicht einfach versuchen, die Tätigkeit der alten sozialdemokratischen Partei fortzusetzen. Der Gründer und Leiter dieser deutschen Gruppe «Neu Beginnen» war Karl Frank, ein gebürtiger Österreicher und ehemaliger Kommunist, der unter dem Decknamen

«Miles» (Soldat) schrieb. Buttinger war von dessen Ideen stark beeinflusst. Karl Frank, ein sehr kaltblütiger und zielbewusster Mann, kam zu Besuch nach Österreich und nahm auch in der Tschechoslowakei als Berater an vielen Tagungen der österreichischen Auslandssozialisten teil.

Allerdings passte das deutsche Beispiel nicht ganz auf Österreich. Während in Deutschland die Hitlerdiktatur so stark und so wirksam war, dass für die Sozialisten tatsächlich kaum ein anderer Weg vorgezeichnet schien als vollkommen «neu zu beginnen», war die österreichische Diktatur zumindest zeitweise so sehr gelockert, dass immer wieder die Versuchung an die Sozialisten herantrat, eben doch an die Öffentlichkeit zu treten und politische Arbeit unter den Massen zu betreiben. Für die Politik der österreichischen Sozialisten unter der Leitung Buttingers war es im Übrigen charakteristisch, dass sie die Zusammenarbeit mit den Kommunisten, ausser bei Spezialaktionen, ablehnten. Während die Kommunisten immer wieder versuchten, die Einrichtungen der Diktatur durch getarnte Gruppen zu «unterwandern», lautete der Grundsatz der revolutionären Sozialisten: Boykott dieser Einrichtungen.

Joseph Buttinger war ein Arbeiterkind aus Braunau in Oberösterreich, der Heimatstadt Hitlers. Er war in Kärnten als landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter aufgewachsen, war dann Lieblingsschüler Otto Bauers in der sozialdemokratischen Parteischule und wurde sozialdemokratischer Bezirkssekretär in der Kärntner Stadt Sankt Veit an der Glan. Nach einer Zeit der Haft im Jahr 1934 musste er Kärnten verlassen und kam nach Wien, wo er im Oktober 1934 an Stelle des verhafteten Franz Rauscher Mitglied des führenden Zentralkomitees wurde – zum Teil deshalb, weil ihn in Wien niemand kannte, was in der illegalen Zeit ein nicht zu unterschätzender Vorteil war.

Joseph Buttinger war ein Mann von ausserordentlichem Selbstbewusstsein. Er hatte jene Eigenschaft der «Klassenlosigkeit», die in England dem Führer des linken sozialistischen Flügels Aneurin Bevan nachgerühmt wurde: er konnte ebenso leicht mit Intellektuellen wie mit Arbeitern sprechen, ohne dass seine eigene Herkunft irgendwie merkbar wurde. Dass er den Decknamen «Richter» wählte, mag unbewusste Gründe gehabt haben, aber es war gewiss kein Zufall. Sein Urteil über seine politischen Gegner und auch über seine Gesinnungsfreunde war unerbittlich und hart. Lediglich mit seinem ehemaligen Lehrmeister Otto Bauer unterhielt er halbwegs gute Beziehungen. Über Karl Hans Sailer, Oscar Pollak und Otto Leichter urteilte er in dem Buch, in dem er nach dem Zweiten Weltkrieg seine Erfahrungen niederschrieb, mit beissen dem persönlichen Hohn, denn das waren für ihn Männer, die immer wie-

der die Ideen der «alten Partei» zu neuen Ehren bringen wollten. Es zeugt für die persönliche Grosszügigkeit Oscar Pollaks, dass er später in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg mit Buttinger, sooft dieser in Wien war, zumindest telephonierte und ihn nicht zur «Unperson» werden liess.

Buttinger hielt sich zur Zeit seiner Tätigkeit als Obmann der Revolutionären Sozialisten streng an die Regeln der «Konspiration» und traf nur mit seinen engsten Mitarbeitern zusammen. Ich wusste, wer er war und hörte öfter über ihn, vor allem von einer seiner engsten Mitarbeiterinnen, einer jungen Intellektuellen, die ihn mit einer Mischung von Verehrung und Ironie als «den Gott» bezeichnete. Ich hatte Buttinger vorher zweimal getroffen, das erste Mal bei der «Reichskonferenz» der Sozialdemokraten im April 1933, als er als erster Debattenredner das Wort ergriff und durch seine temperamentvolle Kritik an der Politik des Parteivorstandes alle Hörer begeisterte, das zweite Mal bei der internationalen sozialistischen Konferenz im Sommer 1933 in Paris. Während der illegalen Zeit begegnete ich ihm ein einziges Mal. Er lud mich zu einem Gespräch in das Café Goethe in der Mariahilfer Strasse ein und erklärte mir, welche Haltung die Auslandspresse seiner Meinung nach einnehmen sollte. Ich ärgerte mich ein bisschen über seinen Ton; er erschien mir wie ein Otto Bauer in Kleinformat.

Buttinger war mittelgross, sah unscheinbar aus und trug nun einen Schnurrbart und einen Hut. Seine «Verkleidung» trug dazu bei, ihn unkenntlich zu machen und vor der Verfolgung durch die Polizei zu schützen. Er verbrachte, wie man schon damals hörte, die meiste Zeit in einem Blockhaus in Sulz im Wienerwald, das seiner Freundin Muriel Gardiner, einer reichen Amerikanerin, gehörte.

Nach der Machtübernahme Österreichs durch Hitler im Jahr 1938 entkam Joseph Buttinger mit Muriel nach Amerika. In den Vereinigten Staaten ermöglichten es ihm die reichlichen Mittel, die ihm zur Verfügung standen, zahlreichen österreichischen Sozialisten eine neue Lebensgrundlage in den Vereinigten Staaten zu verschaffen. Er heiratete Muriel, und die Ehe hielt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Buttinger amerikanischer Berater in Vietnam. Wie er uns bei einem Vortrag im Jahr 1968 in Wien erzählte, hatte er den Politiker Ngo Dinh Diem, den Präsidenten und späteren Diktator von Südvietnam, der bei einem Putsch ums Leben kam, «entdeckt». Er habe das aber später bedauert, urteilte Buttinger über diesen Abschnitt seiner politischen Tätigkeit.

Der Schutzbundprozess

Im April 1935 – also vierzehn Monate nach den Ereignissen des Februar 1934 – fand der Prozess gegen die Führer des Republikanischen Schutzbundes statt. Um diese Zeit waren die meisten politischen Führer der Sozialdemokratie bereits aus dem Gefängnis, in das man sie im Februar 1934 gesperrt hatte, entlassen worden. Es bestand keine Absicht mehr, Karl Seitz und die anderen Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes vor Gericht zu stellen. Aber gerade deswegen zeigte die Regierung ein Bedürfnis nach einer Generalabrechnung, die als Abschluss der Aktionen während der Februarereignisse dienen konnte. Dies umso mehr, als inzwischen schon wieder eine grosse Anzahl Sozialisten wegen einer ganz anderen Tätigkeit, wegen illegaler politischer Arbeit seit dem Februar 1934 gegen die bestehende Diktatur, in Haft war.

Major Alexander Eifler, ehemals Stabschef des Republikanischen Schutzbundes, der sozialistischen «Parteiarmee», sein Stellvertreter Hauptmann Rudolf Löw und die anderen Funktionäre des Schutzbundes, die in diesem Prozess unter der Anklage standen, für den «Aufstand» des Februar 1934 verantwortlich zu sein, waren für diese Angeklagtenrolle besonders ungeeignet, weil sie fast alle schon mehrere Tage vor dem 12. Februar von der Regierung verhaftet worden waren. Sie konnten also bei den besagten Ereignissen gar nicht mehr dabeigewesen sein. Man konnte sie daher höchstens der Vorbereitungen für den «Hochverrat» beschuldigen. Aber auch dafür waren sie nicht die richtigen Angeklagten. Sie waren nämlich nicht die Organisatoren, sondern nur Ausführungsorgane einer Aktion, die ausserdem gar nicht mehr ausgeführt werden konnte. In Wirklichkeit hatte die österreichische Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung des Auslandes die Verfolgung ihrer Gegner wegen der Februarereignisse bereits aufgegeben. Man brauchte nur noch Sündenböcke, um den Gerichtsakt abzuschliessen. Otto Bauer und Julius Deutsch wären da nützlicher gewesen, aber sie befanden sich im Ausland.

Zur Verhandlung gegen Eifler und seine Mitangeklagten kam eine Reihe von prominenten Vertretern des Auslands nach Wien, darunter als Vertreter der britischen Arbeiterpartei Hugh Dalton, der unter der Labour-Regierung Ramsay MacDonald den Posten eines Unterstaatssekretärs des Äusseren bekleidet hatte. (Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Dalton Finanzminister.) Er war eine imposante Persönlichkeit, hochgewachsen, mit einem von einem Kranz weisser Haare umgebenen Kahlkopf. Für einen Prozessbeobachter hatte er nur den einzigen Nach-

teil, dass er kein Wort Deutsch verstand. Das glich er jedoch durch sein sicheres Auftreten ohne Schwierigkeiten aus.

Als Dalton am Morgen des Prozessbeginns bei uns eintraf (es war der erste Jahrestag unserer Hochzeit, und wir stärkten unseren Gast mit dem aus diesem Anlass gebackenen Gugelhupf), führte ich ihn in den Verhandlungssaal des Landesgerichts. Er stellte sich den Mitgliedern des Gerichtshofs vor. (In seinen Memoiren vermerkt Dalton mit Missbilligung, dass einige Richter «antisozialistische Parteiabzeichen» trugen.) Ich konnte allerdings nur auf der Journalistenbank Platz nehmen und dem britischen Gast, der in der ersten Bank sass, daher nichts von den Vorgängen erklären, aber neben ihm sass ein Diplomat von der tschechoslowakischen Gesandtschaft, der ihm den Prozessverlauf erläuterte. Jedenfalls sah Dalton sehr dekorativ und interessiert aus. Nach seiner Rückkehr nach England äusserte er auch seine Meinung über die politische Verfolgung in Österreich in einigen guten Zeitungsinterviews.

Die Angeklagten verantworteten sich mit Mut und Offenheit. Major Eifler, ein Berufsoffizier, der im Ersten Weltkrieg hohe kaiserliche Auszeichnungen erhalten hatte, wirkte wie ein echter Soldat, mit aufrechter Haltung und ein wenig distanziert. Sowohl Eifler wie Hauptmann Löw und die anderen angeklagten Schutzbündler bekannten sich als Demokraten und Sozialisten, die bereit waren, für die Verteidigung der Demokratie zu kämpfen. Aber sie bestritten, einen «Aufstand» geplant zu haben.

Dieser Prozess brachte zwei Sensationen. Die eine war die Aussage des «Verräters» Eduard Korbei, des ehemaligen Kreisführers des Schutzbundes für Wien-West. Korbei, der einige Tage vor dem 12. Februar mit den anderen Schutzbundführern verhaftet wurde, war vielleicht schon vorher mit der Polizei in Verbindung gestanden. Jedenfalls lief er zur Dollfussregierung über, gab die ihm bekannten Waffenverstecke an und forderte während der Februarkämpfe über den Rundfunk die Schutzbündler zur Kapitulation auf. Jetzt schwächte Korbei seine früher bei der Polizei abgegebenen und für seine Kollegen sehr belastenden Aussagen wesentlich ab. Wenn er eine Windfahne war, so zeigte er, dass der Wind sich bereits ein wenig gedreht hatte.

Die zweite Sensation war die Aussage General Theodor Körners, des späteren Bundespräsidenten. Körner war im Ersten Weltkrieg ein verdienter Offizier gewesen. Später schloss er sich den Sozialdemokraten an und wurde von ihnen in den Bundesrat entsandt. General Körner hatte sich Ende 1931 vom Schutzbund getrennt, weil er die strategischen Pläne des Schutzbundes für unpraktisch hielt und nicht an die Möglich-

keit eines Erfolgs in einem Bürgerkrieg gegen die staatliche Exekutive glaubte. Körner hatte seine Bedenken gegen die Pläne des Schutzbundes in einer Reihe von Eingaben an den sozialdemokratischen Parteivorstand schriftlich dargelegt. Diese Schriftstücke waren bei einer Durchsichtung in die Hände der Polizei gefallen.

General Körner war also in einer schwierigen Lage. Er galt als Belastungszeuge gegen die Männer seiner eigenen Partei, noch dazu auf Grund von schriftlichen Unterlagen, deren Echtheit nicht abgeleugnet werden konnte. Körner entledigte sich seiner Aufgabe mit der Eleganz und Würde, die ihm eigen war. Er gab zu, die Partei wegen ihrer Aufmarschpläne kritisiert zu haben und noch immer der gleichen Meinung zu sein. Gleichzeitig sprach er aber auch die Überzeugung aus, dass der Februarkampf nicht durch einen Aufstand der Sozialdemokraten entstanden sei. Ich dachte bei der Aussage General Körners an das Gegenstück dazu, an die Aussage Major Feys im Prozess gegen die Dollfussmörder. Während Fey damals eine klägliche Rolle gespielt hatte, ging Körner mit erhöhtem Prestige aus dem Schutzbundprozess hervor.

Es ging bei diesem Prozess um die Frage, ob die strategischen Pläne des Schutzbundes allgemeine Anweisungen für die Verteidigung der Demokratie darstellten oder ob eine Verschwörung zu einem bewaffneten Aufstand existierte. Der amerikanische Historiker Professor Charles Gulick hebt in seinem Buch «Österreich von Habsburg zu Hitler» hervor, dass der Gerichtsvorsitzende Dr. Wilhelm, ein persönlich hochachtbarer Mann, unter starkem Druck von Seiten der Regierung gestanden sei. Es wäre für ihn unmöglich gewesen, nicht zu verurteilen, denn es ging bei diesem Prozess nicht um das Schicksal von Personen, sondern um eine abschliessende juristische Beurteilung der Schuldfrage im Bürgerkrieg. Die Urteile waren ausserordentlich schwer. Major Eifler wurde zu 18 Jahren Kerker verurteilt, Hauptmann Löw zu 15 Jahren. Insgesamt wurden zwölf Angeklagte des Hochverrats für schuldig befunden, von denen die meisten Kerkerstrafen von sieben bis zwölf Jahren erhielten.

Allerdings hatten die Urteile vorwiegend demonstrativen Charakter. Die Angeklagten wurden schon zu Weihnachten des gleichen Jahres amnestiert. Major Eifler wurde später unter den Nazis neuerlich verhaftet und kam im Konzentrationslager ums Leben. Hauptmann Löw wanderte nach Israel aus.

In jener Zeit kam es dem Kabinett Schuschnigg besonders auf das Wohlwollen der westlichen Regierungen an. Im Februar 1935 besuchten Bundeskanzler Schuschnigg und Aussenminister Berger-Waldenegg Pa-

ris und London. Die Reise nach London wäre, wie der britische Gesandte Sir Walford Selby berichtet, beinahe gescheitert. Man hatte ihm von London aus nahegelegt, der österreichischen Regierung eine «Mitteilung» zu machen – er sagt nicht, welche –, die Schuschnigg wahrscheinlich von der Reise abgehalten hätte. Selby leitete die Mitteilung nicht weiter. Er war ständig um Vermittlung bemüht. Schuschnigg selbst bestätigt ihm, dass er «keinswegs zur politischen Rechten in Österreich neigte».

In diese Zeit fällt auch der erste Besuch des Prinzen von Wales, des späteren Königs Eduard VIII., in Wien, der sehr zum Missfallen der Regierungskreise unbedingt darauf bestand, durch den Karl-Marx-Hof geführt zu werden. Die rote Nelke, die er bei dieser Gelegenheit im Knopfloch trug, war kaum als eine Demonstration für die österreichischen Sozialdemokraten gedacht, obwohl die Bevölkerung dies sofort vermutete. Eine rote Nelke im Knopfloch zu tragen war damals für einen Engländer eine ganz unpolitische Modesache. Wohl aber hatte Eduard mit diesem Ausflug und der provokanten Frage an seinen Begleiter, den Heimwehr-Vizebürgermeister Lahr, wo denn die Batterie postiert gewesen sei, die dieses Gebäude bombardiert hatte, sicher die Absicht, «die Bürger zu erschrecken» oder, wie man heute sagen würde, das «Establishment» zu ärgern. Der Prinz verscherzte sich allerdings die damals bei der Linken gewonnenen Sympathien durch seinen späteren Besuch bei Hitler.

Es ist verständlich, dass in dieser Periode die Rolle der britischen und amerikanischen Presse in Wien besonders wichtig war. Wir kamen oft zusammen und hielten enge Kontakte untereinander. Die Zeitungen verstärkten ihre Wiener Vertretungen. John Gunthers blitzgescheite kleine Frau Frances Gunther übernahm die Vertretung der liberalen «News Chronicle». Dennis Clarke, ein schmächtiger junger Mann, der manchmal fast schüchtern wirkte, vertrat den stimmlauten «Daily Express». Eine interessante Erscheinung war der neue Korrespondent des amerikanischen «Christian Science Monitor», R. H. Markham, ein etwa fünfzigjähriger Amerikaner aus dem Mittelwesten. Er hatte etwas von einem Pastor an sich, hatte aber viele Jahre in Sofia gelebt und sich sowohl zu einem Kenner als auch zu einem leidenschaftlichen Anhänger Bulgariens entwickelt. Wenn die Frage der mazedonischen Terroristen erörtert wurde, die im Interesse der bulgarischen Sache den Balkan unsicher machten, wusste er immer nur von ihren edlen Beweggründen zu erzählen.

Eine merkwürdige Figur war der neue Chefkorrespondent der «Times», Douglas Reed. (Der bisherige Korrespondent, Hugo Neumann,

arbeitete unter seiner Leitung weiter.) Douglas Reed war ein kleiner drahtiger Mann. Er kam aus dem Arbeiterstand und war voll trotziger Opposition gegen die Gesellschaft. (Dass er im englischen Nachschlagewerk «Who is who?» seinen ersten Beruf mit «Laufbursche in einem Verlag» angab, war für ihn charakteristisch.) Weil die meisten seiner Kollegen jetzt politisch «links» standen, ging er politisch «zur Rechten». Seine später veröffentlichten Bücher, «Insanity Fair» (Jahrmart des Wahnsinns) und «Disgrace Abounding» (Schande in Fülle) waren bittere Angriffe auf die modisch gewordene linke Ideologie der Intellektuellen.

Bei John Gunther lernte ich Jean Layton kennen, die blonde und sportliche Tochter des Herausgebers der «News Chronicle», Sir Walter Layton. An einem Sonntag machten wir einen Ausflug in den Lainzer Tiergarten: Jean Layton war dabei, ferner Frances Gunther, die Gattin John Gunthers, die jetzt sehr aktiv als Vertreterin der Londoner «News Chronicle» tätig war, sowie Dennis Clarke, der neue Korrespondent des «Daily Express» und ein paar andere – Engländer, Amerikaner und Wiener. Bei einer Rastpause kam das Gespräch zufällig auf sozialistische Kampflieder. Da ohnedies weit und breit niemand zu sehen war, gaben wir einige dieser Lieder zum Besten. Einen Augenblick später erschien ein Gendarm. Er hatte die Lieder gehört und fragte streng, was wir da machten. Dann begann er amtszuhandeln und wollte zunächst die Personalien aller Anwesenden feststellen.

Als sich die einzelnen Teilnehmer dieses verdächtigen Ausflugs vorstellten, und zwar als Wiener Korrespondent der englischen Zeitung «Daily Express», Wiener Korrespondent der englischen Zeitung «Daily Herald», Wiener Korrespondentin der englischen Zeitung «News Chronicle» und so weiter, da wurde es dem Gendarmen sichtlich unheimlich. Er glaubte, in einen Journalistenkongress geraten zu sein und entfernte sich, nachdem er uns nur ermahnt hatte, nicht zu singen. Wir hörten von der Angelegenheit nichts mehr.

Sicher hatten die Behörden der Schuschniggdiktatur in Anbetracht der politischen Haltung der meisten Korrespondenten einigen Grund, der westlichen Auslandspresse zu misstrauen. In den Polizeiakten kommt das in einem Aktenvermerk vom 25. Mai 1935 zum Ausdruck, in dem es heisst: «Das Bundeskanzleramt (Herr Ministerialrat Dr. Sewczik) teilt telephonisch mit, dass vom Herrn Bundeskanzler an das B. K. A. eine Weisung bezüglich des Vereines ‚Anglo-American Press Association of Vienna‘ (VIII-4355) gelangt sei. Der Verein soll stark links eingestellt sein und eine unangenehme Stellung gegen die Regierung einnehmen. Herr Min.-Rat Sewczik ersucht um eine dringliche schriftliche Infor-

mation über diesen Verein. In erster Linie wäre ihm zu tun, welche führenden Personen bei demselben sind und welche Wahrnehmungen über den Verein gemacht wurden.»

Nach einigen Umfragen teilte die Polizeidirektion dem Bundeskanzleramt mit, der «derzeitig massgebende Faktor dieses Vereines» sei der Sekretär Emil Vadnay und das Sekretariat befinde sich unter seiner Adresse (Wien L, Rosenbursenstrasse Nr. 8). Präsident sei derzeit Robert Best, Vizepräsident Hugo Arthur Neumann, Kassier Ruben Henry Markham, Schriftführer Emil Vadnay. «Der Schriftführer des ungenannten Vereines, Emil Vadnay, gab an, dass der Verein nur zur Wahrung der besonderen Interessen der englischen und amerikanischen Tageszeitungen bestehe.» Der Präsident werde jedes Jahr neu gewählt (G. E. R. Gedye sei nach Angaben Vadnays im Jahr 1932 Präsident des Vereins gewesen), die übrigen Vorstandsmitglieder seien manchmal länger im Amt. Gegen die Vorstandsmitglieder sei nichts vorgemerkt, ausser gegen Neumann, der im Jahr 1928 als unverlässlicher, skrupelloser und in seiner persönlichen Einstellung zweifellos sozialistischen Tendenzen zuneigender Berichterstatter bezeichnet worden sei.

Gerade bei Neumann hatte ich von seinen «sozialistischen Tendenzen» nie etwas bemerkt. Aber der polizeilich festgestellte «Makel» sozialistischer Tendenzen aus dem Jahr 1928, also aus einer Zeit, wo die Sozialdemokratie eine völlig legale Partei war, schleppte sich unbekümmert durch die Akten weiter.

Wie ein Vöglein aus dem Käfig

Für die österreichische Diktatur waren die persönlichen Querverbindungen charakteristisch, die trotz der politischen Dreiteilung des Landes weiterbestanden. Eine solche Querverbindung, die zeitweise politisch interessant wurde, existierte zwischen mir und dem aussenpolitischen Redakteur der «Reichspost», des politischen Zentralorgans der Regierung Schuschnigg. Er hiess Konsul Emanuel Urbas, und unsere Zusammenkünfte hatten die denkbar einfachste Grundlage. Er war nämlich mein Mieter.

Seit dem Tod meines Vaters im März 1935 und der Übersiedlung meiner Mutter nach Amerika war ich Hausherr in der von Adolf Loos erbauten Villa in der La-Roche-Gasse. In der Junggesellenwohnung im obersten Stockwerk, die Adolf Loos mit Feingefühl für die Lebensweise von Junggesellen mit einem separaten Hauseingang und einer direkten

Wendeltreppe in das oberste Stockwerk versehen hatte, wohnte Konsul Urbas. Er war ein exzentrischer Mann mit einer näselnden Stimme und der Vorliebe des Ästheten für die schönen Dinge des menschlichen Lebens.

Irgendwann in seiner Jugend war er österreichischer Konsul gewesen, ich glaube in Tiflis im russischen Kaukasus. Er trug den Titel sein Leben lang. Kurz nach der Erbauung des Hauses in der La-Roche-Gasse im Jahr 1912 hatte er als Mieter das oberste Stockwerk bewohnt. Er bewahrte, enragierter Junggeselle, der er war, der Wohnung eine dauernde Zuneigung. In der Zwischenzeit hatte auch ich einige Jahre dort gelebt, und nach meiner Verheiratung war diese Wohnung der erste Sitz unseres jungen Hausstandes. Jetzt war Konsul Urbas wieder in sein altes Quartier eingezogen.

Einmal im Monat kam er, um mir die Miete zu bezahlen, und bei dieser Gelegenheit entspannen sich immer politische Gespräche. Wieso er der besondere Vertrauensmann des linkskatholischen Chefredakteurs der «Reichspost», Friedrich Funder, geworden war, wusste ich nicht. Urbas war jedenfalls kein Anhänger des Rechtsextremismus und hielt mir gegenüber mit seiner Meinung nie zurück.

Bei einem Gespräch, das ich im Frühsommer 1935 mit ihm führte, sprach Urbas über die Schwierigkeiten der Regierung. «Was unseren verehrten Herrn Vizekanzler Starhemberg anlangt», meinte er, «ist das Problem nicht so sehr, sein Einverständnis für Regierungsmassnahmen einzuholen, sondern ihn überhaupt physisch zu erreichen.» Offensichtlich war der lebenslustige Fürst zu manchen Tages- und Nachtzeiten nirgends aufzufinden. «Aber warten Sie nur», fügte Urbas hinzu. «Eines Tages wird er aus der Regierung hinausfliegen wie ein Vöglein aus dem Käfig.»

Das war für mich das erste Zeichen, dass der politische Einfluss der Heimwehr im Schwinden war. Im Sommer dieses Jahres fuhr ich mit meiner Frau nach England, wo wir in London beim Chefredakteur des «Daily Herald», William Stevenson, wohnten. Bei dieser Gelegenheit schrieb ich einen politischen Übersichtsartikel über die Lage in Österreich für den «Daily Herald» und vergass auch nicht, darin zu erwähnen, ein prominenter Anhänger der Regierung habe mir erklärt, Starhemberg werde aus der Regierung «wie ein Vöglein aus dem Käfig» hinausfliegen. Der Artikel war mit meinem Namen gezeichnet.

Darüber war Starhemberg ohne Zweifel zornig. Einige Zeit nach meiner Rückkehr nach Wien wurde ich in die Polizeidirektion vorgeladen und in das Zimmer des Chefs der Staatspolizei, Hofrat Weiser, geführt. Weiser war diesmal demonstrativ wütend. Wie bei verschiedenen ande-

ren Gelegenheiten liess man mir aber auch diesmal die Möglichkeit, über den Schreibtisch hinweg in den Akt einzusehen, auf Grund dessen die Einvernahme stattfand. Ich musste nur imstande sein, die Buchstaben verkehrt zu lesen. Dort stand verzeichnet, der Adjutant des Vizekanzlers, Hauptmann Alexich, sei bei der Staatspolizei erschienen und habe dringend ein scharfes Einschreiten gegen den Verfasser des Artikels gefordert. Daher meine Vorladung zur Staatspolizei.

Ich merkte allerdings schon nach einigen Minuten, dass es Hofrat Weiser mehr darauf ankam, zu toben und zu drohen, als mir etwas Ernstliches anzutun. Er schrie, ich mache ihm immerfort unnötige Schwierigkeiten. Er wollte wissen, wer der «prominente Anhänger» der Regierung sei, der mir diese Information gegeben habe. Ich weigerte mich zuerst, darüber auszusagen und erklärte schliesslich, ich hätte keinen bestimmten Anhänger der Regierung gemeint, sondern nur im Allgemeinen gesprochen. So etwa hätte sich ein Anhänger der Regierung äussern können; das sei der Sinn meines Artikels gewesen. Mit dieser etwas lahmen Ausrede gab sich Hofrat Weiser zufrieden und liess sie sorgfältig protokollieren. Damit war der Zwischenfall bereinigt.

Während ich bei der Staatspolizei wartete, las ich auch mit Interesse die an der Wand angeschlagene Diensterteilung. Dort stand vermerkt, dass der eine Referent für die «Angelegenheiten der Kommunistischen Partei» zuständig sei, der zweite für die «Angelegenheiten der Sozialdemokratischen Partei», der dritte für die «Angelegenheiten der Nationalsozialistischen Partei». Zu meiner Überraschung entnahm ich der Diensterteilung, dass es auch einen Referenten gab, dessen Zuständigkeit die «Angelegenheiten der Heimwehr» umfasste. Bei der Staatspolizei war also die Organisation des Vizekanzlers schon ganz nach Art einer verdächtigen politischen Vereinigung unter Beobachtung und Behandlung. Es dauerte noch einige Monate; dann aber, im Mai 1936, wurde Starhemberg wirklich ohne den geringsten Widerstand aus der Regierung entfernt.

In die Zeit der relativen Stärke Schuschniggs und seiner unmittelbaren Anhänger, als die Vormacht der Heimwehr im Abnehmen und die Bedrohung durch die «Nationalen» noch nicht akut geworden war, fiel die Eröffnung der Glockner-Hochalpenstrasse am 5. August 1935. Der Gedanke einer Autostrasse über das Hochgebirge war mir damals noch verhältnismässig neu. Man brachte die Auslandskorrespondenten per Zug nach Zell am See, und von dort ging es in den frühen Morgenstunden nach Ferleiten, wo ein hübsches Mädchen in Salzburger Landestracht die Ankömmlinge am Beginn der Hochalpenstrasse mit einem Trunk will-

kommen hiess. Dann fuhren wir hinauf zum Fuscher Törl und durch den Strassentunnel zum Hochtör, dem Scheitel der Hochalpenstrasse. Hier waren Bundeskanzler Schuschnigg und die Regierungsvertreter schon versammelt, und wir sahen zu, wie in Anwesenheit der Landeshauptleute von Salzburg und Kärnten das Band mit einer Schere durchschnitten wurde.

Es war das einzige Ereignis im Laufe des Schuschniggregimes, das einigermaßen der Vorstellung von einem österreichischen patriotischen Ereignis entsprach, wie es sich die Anhänger des Ständestaates dachten. Die Stimmung war gut. Beim Mittagessen in der Hütte gab es viel Gedränge, alles wogte durcheinander. Ein schlanker jüngerer Mann in Lodentracht, den man uns als Dr. Heinrich Gleissner, den neuen Landeshauptmann von Oberösterreich, vorgestellt hatte, ergriff schliesslich ein Tablett mit Tellern und half den Kellnerinnen beim Austragen der Speisen. Diese Geste wäre in England nicht ungewöhnlich gewesen, aber in Österreich verfehlte sie, weil sie spontan wirkte, ihren Eindruck nicht. Es gab also offenbar auch unter den neuen Machthabern einige, die demokratischen Lebensstil hatten.

Bei einer allgemeinen Zusammenkunft am Abend wechselte ich einige Worte mit Bundeskanzler Schuschnigg, der wie immer in einem persönlichen Gespräch freundlich und bescheiden auftrat. Am nächsten Tag waren wir Zeugen eines internationalen Autorennens vom Fuscher Törl zum Hochtör. Berühmte Rennfahrer und Rennfahrerinnen aus vielen Ländern nahmen daran teil. Bei dieser Gelegenheit konnten wir britische Korrespondenten ein Interview mit dem berühmten Rennfahrer Bob Seaman machen. Am Abend ging die Reise hinunter nach Heiligenblut in Kärnten und schliesslich zurück nach Wien in den Alltag.

Die Affäre Laszlo Benes

Der Prozess gegen Laszlo Benes und seine Ausweisung aus Österreich im Oktober 1935 waren ein Schlag gegen die westliche Presse in Wien und gegen den Kreis des Café Louvre. Ob diese Wirkung tatsächlich so beabsichtigt war, möchte ich bezweifeln. Soweit aus den Akten hervorgeht, waren sich die Behörden über die innere Organisation dieses Kreises wenig klar.

Aber dass Benes eine Schlüsselfigur war, konnte ihnen nicht verborgen bleiben. Sie hielten ihn offenbar für einen nationalsozialistischen Agenten. So heisst es in einem Schreiben der Generaldirektion für öf-

fentliche Sicherheit vom Jahr 1937 (Zahl 320.633), das sich gegen die Erteilung der Erlaubnis für seine Wiedereinreise ausspricht: «Benes gilt als den Nationalsozialisten nahestehend.» In Wirklichkeit lag seine Bedeutung darin, dass er mit seiner Nachrichtenagentur Amepress den technischen Zusammenhang zwischen den Korrespondenten herstellte und für die gegenseitige Nachrichtenverbindung unter ihnen sorgte.

Jedenfalls wurde das Verfahren gegen ihn, wie es im Akt heisst, «von besonderer Seite» – das heisst auf Wunsch des Vizekanzlers Starhemberg – betrieben, was auch durch die Unterschrift des Adjutanten Starhembergs, Hauptmann Alexich, auf den diesbezüglichen Schriftstücken erhärtet wird. Benes wurde am 12. Oktober 1935 verhaftet. Darüber berichtet eine Amtsnotiz der Bundespolizeidirektion in Wien (Dr. Weiser) zur Zahl 364.729/35:

«Am 12. Oktober 1935 wurde der ausländische Journalist Laszlo Benes, in Wien VIII., Albertgasse Nr. 21 wohnhaft, zur Bundespolizeidirektion in Wien beschieden, weil er in der letzten Zeit mehrfach das Ansehen des österreichischen Bundesstaates schädigende unwahre Gerüchte, die geeignet sind, die Öffentlichkeit ernstlich zu beunruhigen, weitergegeben hat. Laszlo Benes ist tatsächlich im Wesentlichen geständig und wird nach Durchführung des Strafverfahrens aus Österreich abgeschafft werden.»

Über den Prozess berichtet die Zeitung «Wiener Neueste Nachrichten» am 20. Oktober: «Vor dem Presserichter Oberlandesgerichtsrat Dr. Kunze (Staatsanwalt Dr. Eypeltauer) wurde in zum Teil geheimer Verhandlung die Anklage erörtert, die gegen den Herausgeber der Korrespondenz American-European Press Service Laszlo Benes wegen Verbreitung beunruhigender Gerüchte erhoben worden ist. Benes wird zur Last gelegt, dass er an ausländische Korrespondenten beunruhigende Gerüchte weitergegeben habe. Der Beschuldigte verantwortete sich damit, er habe die beanständeten Mitteilungen nicht als Tatsachen, sondern als Gerüchte mitgeteilt. Besonders belastend für Benes war ein Brief des Vertreters der United Press, Best, in dem Best den Angeklagten geradezu beschwor, bei der Nachrichtenübermittlung vorsichtig zu sein und Tatsachen und Gerüchte genau zu unterscheiden.»

Der Bericht der «Wiener Neuesten Nachrichten» fährt fort: «Benes wurde zu fünf Tagen Arrest verurteilt. Er ist bereits durch Polizeierkenntnis ausgewiesen worden.»

Die Affäre war für uns Zeitungskorrespondenten besonders schmerzlich. Ich hatte in diesem Prozess seine Verteidigung übernommen, konnte aber nicht bestreiten, dass Benes auch mir als einem seiner Kunden die

hier zur Debatte stehenden Meldungen übermittelt hatte. Robert Best, der Protektor des Angeklagten, der Mann, der die Amepress eigentlich geschaffen hatte, musste wegen des Briefs, der bei Benes gefunden worden war und in dem Best ihn zur Vorsicht gemahnt hatte, als Belastungszeuge gegen seinen Schützling auftreten. Jedenfalls war der Richter beeindruckt, als der Zeuge Robert Best auf die Frage, welche amerikanischen Zeitungen er vertrete, die Antwort gab: «Mehrere hundert.» Die Aufgaben und die Arbeitsweise von Nachrichtenagenturen waren dem Gericht nicht geläufig.

Benes, dessen Existenz durch das Verfahren vernichtet wurde, tat uns sehr leid. Das Urteil des Strafbezirksgerichts 2 U 321/35 ging dahin, Benes habe eine staatsfeindliche, offenbar von illegaler nationalsozialistischer Seite inspirierte Berichterstattung betrieben. Die Gerüchte, um die es sich handelte, waren zwar nicht sehr wohlfundiert, aber von der Sorte, die in jener unruhigen Zeit täglich durch Wien schwirrten und natürlich auch den Zeitungsleuten zur Kenntnis gebracht werden mussten. Benes hatte am 8. Oktober folgenden Bericht weitergegeben: «In der Heimatschutzkaserne in der Teinfaltstrasse habe eine Hausdurchsuchung stattgefunden, wobei festgestellt worden sei, dass 20 Maschinengewehre an Nationalsozialisten und Kommunisten verkauft worden seien. Sechzig Heimatschützer seien in diesem Zusammenhang verhaftet worden. Am 1. Jänner 1936 werde der Heimatschutz einen Putsch zur totalen Machtergreifung durchführen. Vorher werde aber noch Minister Neustädter-Stürmer den Kanzler stürzen. Die Regierung habe beschlossen, das Bundesheer auf 40'000 Mann zu erhöhen und die Kosten dadurch hereinzubringen, dass das Schutzkorps auf 1'000 Mann vermindert würde, dass den Post- und Telegraphenangestellten die Zulage entzogen und bei der Winterhilfe und dem Kinderhilfswerk je 4½ Millionen Schilling abgezogen würden.»

Dieser Bericht enthielt ein Sammelsurium von Gerüchten. Benes führte zu seiner Verteidigung an, die Korrespondenten hätten von ihm verlangt, ihnen auch blosser Gerüchte mitzuteilen. Er habe in jedem Fall auch darauf hingewiesen, dass es sich nur um Gerüchte handle. Richtig ist wohl, dass es bei den damaligen Verhältnissen für den Korrespondenten auch nicht leicht möglich war, für die Unrichtigkeit eines Gerüchts einzustehen. Vieles, wenn nicht alles, war möglich.

Benes verliess Österreich, und zwar, wie die Polizeistellen pflichtschuldig mitteilten, per Autobus nach Ödenburg. Er kehrte in sein heimatliches Ungarn zurück. Seine Frau blieb in Österreich und setzte seine Arbeit bei der Agentur fort. Interessant ist die Tatsache, dass die unga-

rische Gesandtschaft in den nächsten zwei Jahren wiederholt bemüht war, bei den österreichischen Behörden eine Aufhebung des Ausweisungs-erkenntnisses durchzusetzen. Benes hatte also offenbar gute Beziehungen zu ungarischen Stellen. Diese Bemühungen waren allerdings vergeblich.

Die Auswirkungen von Abessinien

Der militärische Angriff Mussolinis auf den afrikanischen Kaiserstaat Abessinien im Oktober 1935 löste in Österreich eine Welle der Sympathie für die Äthiopier aus. Der «Duce» war unpopulär. Sein Bestreben, den Kriegeruhm Italiens durch die Eroberung eines technisch zurückgebliebenen Landes zu erhöhen, fand allgemeine Verurteilung. Dann trafen die ersten Nachrichten über Niederlagen der modern ausgerüsteten Italiener gegen die primitiven, aber mit taktischer Geschicklichkeit kämpfenden Abessinier ein. Das war Anlass zur Schadenfreude nicht nur bei den Sozialdemokraten, den Kommunisten und den Nationalsozialisten, sondern auch bei der grossen Mehrheit des österreichischen Volkes.

Landkarten des abessinischen Kriegsschauplatzes fanden in Österreich reissenden Absatz. Manche junge Leute trugen Abzeichen in den abessinischen Farben grün-gelb-rot. Selbst die Damenmode bevorzugte Kleider in diesen kontrastierenden Farben.

Die Welle der Abneigung gegen den italienischen Friedensbrecher ging durch ganz Europa. Der Völkerbund wurde aufgeboten, um «Sanktionen» (Strafmassnahmen) gegen Italien zu beschliessen. Allerdings hatte Mussolini in einer Hinsicht berechtigten Grund zur Beschwerde. Bei der Konferenz von Stresa im April 1935 war neuerlich die Einheitsfront von England, Frankreich und Italien gegen die deutschen Aufrüstungswünsche proklamiert worden. Die beiden Westmächte hatten es bei dieser Gelegenheit unterlassen, Mussolini auf die möglichen schlechten Folgen einer Aggression gegen Abessinien aufmerksam zu machen, obwohl seine Pläne schon bekannt waren. Der damalige britische Gesandte in Österreich, Sir Walford Selby, berichtet darüber in seinen Memoiren: «Ein grosser politischer Missgriff war in Stresa begangen worden. Man hatte es unterlassen, Mussolini zu warnen, welche Wirkung auf England ein Abenteuer in Abessinien haben würde.»

Bundeskanzler Schuschnigg benützte die Gelegenheit der Verstrickung Italiens in Afrika, um sich bis zu einem gewissen Grad von der Bevormundung der Heimwehr zu befreien. Dabei spielte er die Heimwehr-

führer, die wie gewöhnlich im Konkurrenzkampf standen, gegeneinander aus. Es gelang ihm, Major Fey, der noch immer Innenminister (allerdings ohne Kontrolle des Sicherheitswesens) und Führer der Wiener Heimwehr war, aus der Regierung zu entfernen. Starhemberg erhielt dafür zunächst noch einen scheinbaren Machtzuwachs – aber nicht auf lange Zeit.

Schuschnigg hatte sich vorher die Zustimmung Mussolinis gesichert. Die Regierungsumbildung vom 17. Oktober 1935 erfolgte schlagartig. Wie Gedye berichtet, hatte Schuschnigg vorher vorsichtigerweise die Wiener Garnison durch Zuziehung von 4'000 niederösterreichischen Heimwehrleuten, die zur Starhemberggruppe gehörten, verstärkt. Präsident Miklas war an der Aktion beteiligt, indem er sofort den Rücktritt der Regierung und die neue Ministerliste bestätigte. Fey wurde zum Präsidenten der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft ernannt – eine Funktion, die ehrenvoll, aber für einen Mann, der die Diktatur angestrebt hatte, ein wenig lächerlich war. Zugleich mit Fey wurden dessen Freunde, Justizminister Karwinsky und Sozialminister Neustädter-Stürmer, der für eine Verschärfung des faschistischen Kurses eingetreten war, aus der Regierung entfernt. Die Wehrorganisationen wurden zu einer gemeinsamen «Miliz der Vaterländischen Front» zusammengefasst und Starhemberg vorläufig mit deren Führung betraut.

Gleichzeitig unternahm Schuschnigg einige Schritte, um, wie er später schrieb, «die Wunden des Februars zu heilen». Schon im Mai 1935 war, um die Arbeiter zu gewinnen, die «Soziale Arbeitsgemeinschaft» innerhalb der Vaterländischen Front gebildet worden, an deren Aufbau der Linzer Arbeiterkammersekretär Dr. Alfred Maleta (in der Zweiten Republik Präsident des Nationalrates) grossen Anteil nahm. Ein dem Regime nahestehender Gewerkschaftsbund unter Führung des ehemaligen Zentralsekretärs der Christlichen Gewerkschaften Johann Staud war aufgebaut worden, der allerdings von den im Untergrund weiterbestehenden «illegalen Gewerkschaften» bekämpft wurde. Dafür wurde der Mann, der sich unter Dollfuss um die Versöhnung mit den Arbeitern bemüht hatte, Dr. Ernst Karl Winter, als Vizebürgermeister von Wien abgesetzt, weil – laut Schuschnigg – seine im Ausland gehaltenen Vorträge, «nicht nur von den Gegnern des Regimes, sondern auch von den Gegnern Österreichs ausgebeutet wurden». Die «Aktion Winter» fand im Sommer 1936 ihr Ende.

Die interessanteste Ernennung in der Regierungsumbildung vom Oktober 1935 war die des Grazer Universitätsprofessors Dr. Josef Dobretsberger zum Sozialminister. Dieser Mann, der nach dem Zweiten Welt-

krieg als enger Verbündeter der Kommunisten auftrat, war wohl eine der seltsamsten Erscheinungen des österreichischen faschistischen Regimes. Schuschnigg selbst erklärt, die Ernennung Dobretsbergers habe den Zweck gehabt, «die Versöhnung mit den durch die Februarkämpfe verbitterten Linkskräften zu erleichtern».

Die englisch-amerikanischen Journalisten lernten Dobretsberger schon am 7. November bei einem Essen kennen, bei dem er die sozialen Absichten der österreichischen Regierung hervorhob. Uns erschien er als ein freundlicher, aber nicht besonders wirkungsvoller Propagandist des gemäßigten Regierungsflügels. Damit stimmt auch die Ansicht überein, die aus einem Bericht der österreichischen Gesandtschaft in London an das Aussenministerium vom 23. Juni 1936 hervorgeht. Damals hielt Dobretsberger – der allerdings zu diesem Zeitpunkt nicht mehr Sozialminister war – im Londoner Institute of International Affairs einen Vortrag, der nach Meinung der Gesandtschaft «in seiner Wirkung gewiss wertvoll» gewesen sei. Dobretsberger sprach über den österreichischen Ständestaat und erklärte, es sei falsch, die Ereignisse von 1934 als Ergebnis einer bewusst arbeiterfeindlichen Einstellung der österreichischen Regierung anzusehen. Vielmehr hätten die Mittelparteien an Einfluss verloren, die Extremen aber zugenommen, so dass eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich war.

Inwiefern war dieser offizielle Chefpropagandist des Ständestaats schon damals ein geheimer Freund der Kommunisten? Ich erhielt einen Hinweis bei einem Besuch in Graz, wo ich auch mit kommunistischen Funktionären zusammentraf. Diese empfahlen mir, bei einem Vortrag, den Dobretsberger in Kürze in Wien halten werde, zu ihm hinzugehen und ihm Grüsse aus Graz zu überbringen. Ich tat das, worauf Dobretsberger erwiderte: «Ja, ich habe schon davon gehört.» Ich fasste das – sicher mit Recht – als ein geheimes Erkennungszeichen dafür auf, dass wir Dobretsberger als einen «Mitverschworenen» betrachten sollten – wie man bei einem konspirativen Treffen ein paar Worte tauscht, die zeigen sollen, dass beide «im Bilde» sind.

Allerdings blieb Dobretsberger nur bis Mai 1936 im Amt – jedenfalls nicht lange genug, als dass sich seine politische Haltung in wesentlicher Weise hätte auswirken können. Er hat auch meines Wissens nichts erreicht, was den Charakter des Ständestaats geändert hätte. Ob er es überhaupt versucht hat, lässt sich kaum feststellen.

Mission zu Schuschnigg

In der Zeit zwischen 1934 und 1938 hatte die britische Arbeiterpartei wiederholt versucht, durch Entsendung von parlamentarischen Missionen nach Wien die österreichische Regierung umzustimmen und eine Annäherung mit den unterdrückten Sozialdemokraten herbeizuführen. Eine solche Parlamentarierdelegation kam Ende des Jahres 1935 nach Wien. Sie bestand aus den Abgeordneten David Grenfell und John Parker. In ihrer Begleitung reiste der junge Rechtsanwalt (und spätere Justizminister) Elwyn Jones, der schon 1934 in Österreich unter dem Vorwand, «das Funktionieren der Justiz in Notstandszeiten» zu studieren, für eine mildere Behandlung der gefangenen Schutzbündler aktiv eingetreten war.

Da ich als Korrespondent des «Daily Herald» mit Grenfell und Parker während ihres damaligen Aufenthalts in Wien verkehrt hatte, ersuchte ich John Parker im Jahr 1969, mir seine Erinnerungen an seinen damaligen Besuch mitzuteilen, um sie in diesem Buch zu verwenden. Sein Bericht, der von Sir Elwyn Jones ergänzt wurde, ist besonders interessant, weil er im Rückblick die Eindrücke schildert, die die damaligen Verhältnisse in Österreich auf die britischen Parlamentsabgeordneten machten.

«Ich wurde im Oktober 1935 in das britische Unterhaus gewählt», berichtet John Parker, «und war damals das zweitjüngste Mitglied der Labour-Fraktion – knapp 29 Jahre alt. In Anbetracht der Entwicklungen auf internationalem Gebiet – Grossbritannien hatte kurz vorher die Unterstützung von Sanktionen gegen Mussolini wegen seiner Aggression gegen Abessinien beschlossen, und die österreichische faschistische Regierung unter Schuschnigg schien sehr instabil zu sein – entschied sich der Nationale Labour-Rat, eine kleine Delegation nach Österreich zu schicken, um herauszufinden, welche Hilfe man den österreichischen Sozialisten bringen könnte, besonders jenen, die nach der faschistischen Machtergreifung im Jahr 1934 eingekerkert worden waren.» Der Nationale Labour-Rat (National Council of Labour) war eine Dachorganisation, der die Arbeiterpartei, ihre Parlamentsfraktion, der britische Gewerkschaftsbund und der Genossenschaftsbund angehörten.

«Die Delegation wurde von David Grenfell geführt, einem angesehenen Labour-Abgeordneten aus Wales, der in jungen Jahren Bergarbeiter gewesen war und Bergarbeiter vieler Nationalitäten in der kanadischen Provinz Nova Scotia gewerkschaftlich organisiert hatte. Er hatte eine natürliche Gabe für Sprachen und sprach viele recht gut. Grenfell bat

mich, mit ihm zu fahren, da ich Generalsekretär des Forschungsinstituts der Fabier-Gesellschaft war und ausserdem ein junger Abgeordneter, der sich für diesen Teil von Europa interessierte. Wir wurden von Elwyn Jones begleitet, einem jungen Rechtsanwalt, der vor Kurzem die Universität Cambridge verlassen hatte. (Er ist jetzt Justizminister.) Jones war 1934 in Österreich gewesen, um mit Geldern, die der Nationale Labour-Rat zur Verfügung gestellt hatte, die Verteidigung der Sozialisten zu organisieren.»

Vor ihrer Abreise sprachen die Mitglieder der Delegation mit dem Labour-Politiker Hugh Gaitskell und der Schriftstellerin Naomi Mitchison, die unmittelbar nach dem faschistischen Putsch in Österreich gewesen waren und ihnen viele nützliche Informationen gaben. Die Delegation besuchte auch den österreichischen Gesandten in London und bat ihn, ein Gespräch mit Bundeskanzler Schuschnigg zu vermitteln, was auch gelang.

«Wir reisten mit dem Flugzeug mit einer Zwischenlandung in Nürnberg. Wir kamen in Wien kurz vor Weihnachten mitten in einem verschneiten Winter an. Die Armut schien weit verbreitet. Wir waren überrascht, wie sich die Taxifahrer um ihre Fahrgäste rauten, statt sich der Reihe nach anzustellen. Sogleich nach unserer Ankunft fuhren wir in die britische Gesandtschaft und besuchten unseren Gesandten Walford Selby. Er empfing uns sehr formell und erklärte uns bei einem Drink sehr energisch, dass wir mit unserer Reise nach Wien unsere Zeit vergeudet hätten, denn der Kanzler würde uns sicher nicht empfangen. David Grenfell brachte ihn sehr wirkungsvoll zum Schweigen, indem er ihm mitteilte, dass wir für den nächsten Tag um elf Uhr beim Kanzler angemeldet waren.»

Es war ein kalter sonniger Tag, als die Engländer das Bundeskanzleramt betraten, das scharf bewacht war. «Während wir hinaufgingen, waren Maschinenpistolen auf uns gerichtet. Man brachte uns dann in das kleine Zimmer, wo Dollfuss von den Nazis ermordet worden war. Ein neues Stück war in den Teppich eingesetzt worden, wo er verblutet war. Ein Licht brannte an der Wand darüber.»

Die Delegierten betraten das Zimmer Schuschniggs. «Mir fiel die weisse Totenmaske des Kanzlers Dollfuss auf, die auf seinem Schreibtisch stand.» Nachdem Schuschnigg die Abgeordneten begrüsst hatte, forderte er Grenfell auf, ihre Wünsche vorzutragen. «Er hörte nervös zu und wippte sein Bein mit dem glänzend lackierten schwarzen Schuh auf und ab, während der Dolmetsch übersetzte.» Wenn der Dolmetsch etwas ausliess, unterbrach ihn Grenfell auf Deutsch und bestand darauf, dass

es übersetzt wurde. «Jeder von uns betonte Schuschnigg gegenüber die Notwendigkeit, die britische öffentliche Meinung zu versöhnen. Wir wiesen auf seine Stellung zwischen Hitler und Mussolini hin, die damals noch nicht miteinander verbündet waren, und auf die Möglichkeit, dass Mussolini mit seinem abessinischen Abenteuer Schiffbruch erleiden könnte, wenn die Sanktionen des Völkerbundes funktionierten – wie wir hofften.»

Die Delegierten forderten eine Amnestie für alle Sozialisten, die seit den Kämpfen eingekerkert worden waren. Dies nicht nur, um die öffentliche Meinung Westeuropas zu beeindrucken, sondern auch, um sein eigenes Regime gegen die Gefahr, die von Hitler drohte, zu stärken. Nachdem er eine Anzahl von Fragen gestellt hatte, versprach Schuschnigg, es werde eine allgemeine Amnestie für Sozialisten erlassen werden, ausser für jene, die, wie er sagte, einen Mord begangen hatten. Nach einigen Fragen definierte er diese Einschränkung näher, indem er sagte, er meine alle jene, die während der Kämpfe mit Waffen in ihren Händen gefangengenommen worden waren.»

Parker berichtet, Schuschnigg habe darauf bestanden, seine Besucher sollten nichts über das Gespräch in der Öffentlichkeit erwähnen. Er werde die Amnestie als eine weihnachtliche Geste des guten Willens seitens der Regierung ankündigen. «Sollte er sein Versprechen nicht erfüllen, dann wären wir frei, ihn nach unserer Rückkehr in die Heimat zu kritisieren. Wie man uns später erzählte, erfüllte er sein Versprechen, und eine grössere Anzahl von Sozialisten wurde aus dem Gefängnis entlassen.»

David Grenfell, dessen langjährige Arbeit in Kohlenbergwerken an den schwarzen Adern zu erkennen war, die sein Gesicht durchzogen, war im englischen Parlament eine sehr hochgeachtete Persönlichkeit. Der Bericht der Grenfell-Parker-Mission wurde, wie Parker abschliessend bemerkt, vom Nationalen Labour-Rat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Rückblickend kann man sagen, dass diese Missionen der englischen Arbeiterpartei zwar keine wirkliche Änderung der Situation herbeiführten, aber doch eine gute Wirkung erzielten. So wurden – ob infolge dieses Besuchs, lässt sich nicht sagen – ganz im Sinne der Zusagen Schuschniggs zu Weihnachten 1935 diejenigen sozialdemokratischen Politiker, die sich noch in Haft befanden, freigelassen, ebenso der Grosseil der Schutzbündler, die noch von den Februartagen her sich im Gefängnis befanden, einschliesslich der Verurteilten des Schutzbundprozesses. Die wegen illegaler Tätigkeit seit dem Februar 1934 verurteilten Sozialisten wurden jedoch in die Amnestie nicht eingeschlossen.

Die Wendung im Schuschniggregime

Der grosse Sozialistenprozess

Der Prozess gegen Karl Hans Sailer, Marie Emhart und Genossen im März 1936 war ein Markstein in der Geschichte des österreichischen Ständestaats und der gegen dieses Regime gerichteten Untergrundbewegung. Er bildet das Gegenstück zum Schutzbundprozess ein Jahr vorher. Im Prozess gegen die militärischen Führer des Republikanischen Schutzbundes wurde die Frage der Schuld an dem Bürgerkrieg des Februar 1934 behandelt. Die eigentlichen Angeklagten hätten, wenn es nach den Wünschen des Regimes gegangen wäre, Otto Bauer und Julius Deutsch geheißen. Der Regierung war aus optischen, aussenpolitischen Gründen die Verurteilung an sich wichtig. Die alte Sozialdemokratie sollte wegen des «Aufstandes» schuldig gesprochen werden. Die verhängten Strafen waren schwer. Doch bei der Weihnachtsamnestie des Jahres 1935 waren die verurteilten Schutzbündler, die ohnedies nichts für den Ausbruch des Bürgerkrieges konnten, schon wieder freigelassen worden.

In der Zwischenzeit hatte die illegale Arbeit der Revolutionären Sozialisten begonnen. Gleichzeitig waren in Österreich auch andere illegale politische Organisationen tätig – die Kommunisten, die Nationalsozialisten. Aber die Revolutionären Sozialisten waren die politischen Erben der alten Sozialdemokratie. Die Februarkämpfer konnten sich damit verantworten, sie hätten getreu den damals bestehenden Gesetzen für die Erhaltung der Demokratie gekämpft. Jetzt, nach dem Februar 1934, wurde die politische Arbeit gegen die Regierung als eine verbotene Geheimtätigkeit angesehen. Ihre moralische Rechtfertigung lag darin, dass es ein Kampf gegen die Diktatur, ein Kampf gegen die «Tyrannen» war.

Die besonderen Formen dieser «Tyrannei» waren so geartet, dass die Schrecken und Grausamkeiten in keiner Weise mit denen Hitlerdeutschlands oder der Sowjetunion unter Stalin verglichen werden konnten. Aber die Herrschaft des Ständestaats wirkte gerade durch ihre Klein-

lichkeit abstossend. Im Laufe des Jahres 1935 waren viele meiner Freunde und Bekannten wegen Teilnahme an der illegalen Arbeit der Revolutionären Sozialisten verhaftet worden. Die Prozedur war absichtlich so eingerichtet, dass dadurch die wirtschaftliche Existenz des Betroffenen vernichtet wurde. Sie war eine Mischung österreichischer Bosheit mit österreichischer Schlamperei. Der Verhaftung folgten mehrere Monate Polizeihaft, eine Polizeistrafe. Die Wiener mussten die Strafe oft im Polizeigefängnis Elisabethpromenade – die heutige Rossauer Lände, damals kurz «die Liesl» genannt – absitzen. Anschliessend folgte die gerichtliche Verurteilung und Bestrafung wegen der gleichen Delikte, für die schon die Polizeistrafe verhängt worden war. Nach der Verbüssung der gerichtlichen Strafe – oder auch nach dem gerichtlichen Freispruch – kam «Anhaltung» von mehreren Monaten oder auch von unbestimmter Dauer im «Anhaltelager» (Konzentrationslager) von Wolersdorf bei Wiener Neustadt. Man wurde also immer dreimal bestraft.

Diese Verfolgungen wegen illegaler Tätigkeit spielten sich in der ersten Zeit des Ständestaates meist in aller Stille ab. Die Angeklagten waren fast durchwegs einfache Arbeiter, die für ihre politische Tätigkeit bestraft wurden. Es gab keine Gelegenheit zu zündenden Ansprachen vor einer grossen Öffentlichkeit. Die Situation änderte sich, als Karl Hans Sailer und andere führende Mitglieder der Geheimorganisation der Revolutionären Sozialisten vor Gericht gestellt wurden. Jetzt war die Gelegenheit, ein öffentliches Bekenntnis zur illegalen Arbeit gegen die Diktatur abzulegen und diejenigen, die in diese Lage kamen, waren Männer und Frauen, die geeignet waren, ihre Überzeugungen auch rednerisch wirkungsvoll zum Ausdruck zu bringen.

Karl Hans Sailer, als «politischer Referent» der eigentliche Führer der Revolutionären Sozialisten, wurde schon im Jänner 1935 mit mehreren anderen Funktionären bei einer Besprechung mit Vertretern der Kommunisten verhaftet. Im Anschluss daran waren auch zahlreiche andere Funktionäre der illegalen Partei «hochgegangen», weil sich in ihre Reihen ein Polizeispitzel eingeschlichen hatte, der auch bei der «Reichskonferenz» der österreichischen Revolutionären Sozialisten anwesend war, die Ende 1934 in Brünn in der Tschechoslowakei stattfand. An der Konferenz hatten etwa sechzig Personen teilgenommen. (Als Vertreter der Auslandsorganisation, die in der Tschechoslowakei ihren Sitz hatte, waren Otto Bauer und Julius Deutsch anwesend.) Nach der Festnahme Karl Hans Sailers wurden noch ungefähr dreissig Personen verhaftet.

Die beiden Kommunisten, die sich in diesem Prozess unter den Angeklagten befanden, Friedl Fürnberg (später kommunistischer Parteisekretär) und Franz Honner (nach 1945 Innenminister), «verdankten» ihre Anwesenheit auf der Anklagebank nur der Tatsache, dass sie an der «aufgeflogenen» Besprechung mit den Führern der Revolutionären Sozialisten teilgenommen hatten. Eigentlich hätte auch Ernst Fischer, der frühere Redakteur der «Arbeiter-Zeitung», der einer der geistigen Führer der österreichischen kommunistischen Bewegung geworden war, an dieser Konferenz teilnehmen sollen. Er entkam, weil er durch ein Missverständnis das Zusammentreffen mit Fürnberg versäumt hatte.

Viele Jahre später ist von sozialistischer Seite bezweifelt worden, ob Ernst Fischer, der nach dem Februar 1934 in die Tschechoslowakei geflüchtet war, wirklich, wie er behauptete, bei der Besprechung mit den Sozialisten hätte dabei sein sollen, ja ob er überhaupt zwischen 1934 und 1945 noch einmal nach Österreich zurückgekehrt war. Ein verlässlicher Zeuge, der österreichische Industrielle Dr. Kurt Lichtenstern (der seit seinem Dienst in der amerikanischen Armee Dr. Conrad Lester hiess), bestätigte mir, dass er Ernst Fischer an dem betreffenden Abend in Wien traf und Fischer ihm damals von seinem Missgeschick (oder, wie sich herausstellte, Glück) erzählte, dass er Fürnberg versäumt hatte.

Als junger Idealist sympathisierte Lichtenstern mit der äussersten Linken. (Er brach endgültig mit den Kommunisten nach dem Pakt Hitlers mit Stalin im Sommer 1939.) Lichtenstern hatte Fischer in seinem Wagen Ende 1934 aus der Tschechoslowakei nach Österreich gebracht und führte ihn drei Monate später wieder in die Tschechoslowakei zurück.

Unter den sozialistischen Angeklagten in diesem Prozess befanden sich mehrere Personen, die später in der Zweiten Republik eine bedeutende Rolle spielten. Neben den Hauptangeklagten Karl Hans Sailer und Marie Emhart waren es Bruno Kreisky, der in der Zweiten Republik Aussenminister, Vorsitzender der Sozialistischen Partei und schliesslich Bundeskanzler wurde, der spätere Wiener Bürgermeister und österreichische Bundespräsident Franz Jonas, der spätere Verkehrsminister und Parteisekretär Otto Probst, der spätere Sozialminister Anton Proksch, Franz Rauscher (später Staatssekretär), Josef Kratky (später Sekretär der Wiener Parteiorganisation und Abgeordneter), Theodor Grill (später Bürgermeister von Linz), Stefan Wirlander (später ein führender Wirtschaftsfachmann der Sozialisten). Andere hätten vielleicht gleichermaßen bedeutende Leistungen vollbracht, wenn sie nicht im Konzentrationslager des Nationalsozialismus ums Leben gekommen wären wie Roman

Felleis oder zur Emigration gezwungen worden wären wie Alfred Weismann.

Drei der Angeklagten waren Frauen: die Gemeinderätin Leontine Haas, die ehemalige Jugendfunktionärin Lisi Zerner, die nach 1938 in Amerika lebte, und die ehemalige Redaktionssekretärin der «Arbeiterzeitung», Lilly Fulda, die jahrelang sozusagen das Adoptivkind von Oscar und Marianne Pollak war. Sie wanderte später in den Westen aus und ist seit ihrer Flucht vor den einmarschierenden Deutschen in Frankreich im Jahr 1940 verschollen.

Die Bedeutung dieses Prozesses war auch den Kreisen der Linken im Ausland klar. Aus vielen Ländern Europas kamen bekannte sozialistische Politiker nach Wien, um durch ihre Anwesenheit das Interesse der internationalen Öffentlichkeit zu betonen und auf diese Art die Haltung der österreichischen Regierung zu beeinflussen. Aus Belgien kam eine der wichtigsten Persönlichkeiten der Internationale, der bärtige sozialistische Abgeordnete Louis de Brouckère, aus Frankreich der Abgeordnete Longuet, ein Enkel von Karl Marx. Der Vertreter der britischen Arbeiterpartei, den ich in diesen Tagen ständig begleitete, war der Abgeordnete Philips Price, ein ehemaliger Auslandskorrespondent mit grossen Erfahrungen besonders in den kommunistischen Ländern.

Nicht alle ausländischen Besucher erhielten Eintrittskarten. Der Vorsitzende des Gerichtes, der wegen seiner Härte und politischen Unduldsamkeit gefürchtete Landesgerichtspräsident Alois Osio, gab zu, dass noch Plätze leer waren. Er sagte aber, diese Plätze müssten für Regierungsmitglieder und andere «wichtige Personen» reserviert bleiben, falls diese an dem Prozess teilnehmen wollten.

Tragikomisch war die Geschichte von Frau Jeanne Vandervelde, der Gattin des belgischen sozialistischen Parteiführers. Sie erhielt eine Eintrittskarte und verlor sie. Daher ging sie zu Osio zurück und sagte: «Jetzt komme ich nicht als Politikerin zu Ihnen, sondern als eine dumme Frau, die ihre Karte verloren hat. Geben Sie mir eine neue.» Osio war nicht gerührt. Frau Vandervelde erhielt keine Eintrittskarte mehr.

Die Reden der Angeklagten, die diese im Verlauf des Prozesses hielten, waren ausserordentlich mutig. Sie sprachen Dinge aus, die unter dem Diktaturregime bisher nicht öffentlich gesagt worden waren. Dabei war eine deutliche Steigerung zu beobachten. Jeder baute auf dem auf, was die anderen vor ihm begonnen hatten. Der Hauptangeklagte Karl Hans Sailer hatte den schwersten Stand. Ihm drohte als dem führenden «Hochverräter» die Todesstrafe. Sein Augenleiden hatte sich während der Haft verschlechtert. Er war in Gefahr zu erblinden. Man hätte es

ihm verziehen, wenn er versucht hätte, das Mitleid des Gerichtshofs zu erregen.

Aber Karl Hans Sailer erwies sich in der grossen Stunde seines Lebens als revolutionärer Parteiführer von bedeutendem Format. Seine grosse Rede war eindrucksvoll. Er griff das System der Diktatur mit scharfen Worten an und sagte: «Wir sind mindestens so gute Österreicher wie diejenigen, die heute die Macht haben und uns verfolgen.»

Auch der zweiten Hauptangeklagten, der sympathischen jungen Marie Emhart drohte die Todesstrafe. Sie war als Landesleiterin der Revolutionären Sozialisten in Niederösterreich gewissermassen die Jeanne d'Arc der sozialistischen Untergrundorganisation. Im Winter hatte sie, oft auf Skiern von Tal zu Tal wandernd, die Verbindung zwischen den einzelnen illegalen Gruppen aufrechterhalten. Auch sie verantwortete sich mit Mut und Bekenntnistreue.

Die temperamentvolle Rede des Studenten Bruno Kreisky war in vieler Hinsicht der Höhepunkt des Prozesses – nicht nur im Rückblick, weil Kreisky später in der Zweiten Republik zur führenden Stellung in der Partei aufstieg, sondern auch für seine damaligen Zuhörer, weil er den Prozess in einen weiteren Rahmen stellte. Seine Verteidigungsrede war gleichzeitig eine Verurteilung der Diktatur und eine Darstellung der demokratischen Politik der sozialistischen Parteien auf der ganzen Welt. Mit seinem Auftreten in diesem Prozess legte Kreisky die Grundlage für sein späteres hohes Prestige. Die Reden der Angeklagten machten es mir möglich, dem «Daily Herald» zu berichten: «Das Gericht, das über die Angeklagten abgehalten werden sollte, wurde zu einem Gericht über die österreichische Regierung.»

Bruno Kreisky erzählte mir viele Jahre später, es habe ihm gut getan, mich während des Prozesses auf der Journalistenbank zu sehen. Das war eine Wirkung, die mir selbst zu jener Zeit wenig bewusst war, aber öfters eingetreten sein könnte. Es gab den Angeklagten Zuversicht, unter den ausländischen Korrespondenten, die den Prozessen beiwohnten, Freunde und Bekannte zu sehen.

Für uns alle kam der Augenblick der höchsten Spannung, als das Gericht am Schluss der Verhandlung den Saal betrat, um das Urteil zu verlesen. Während wir alle standen, heftete ich meine Augen auf Nuna Sailer, deren Mann als Hauptangeklagter in schwerster Gefahr war. Präsident Dr. Osio verkündete das Urteil: Karl Hans Sailer schwerer Kerker in der Dauer von zwanzig Monaten. Ich sah, wie Nuna Sailer in plötzlicher Erleichterung den Kopf zurückwarf. Es war für jeden von uns eine Überraschung. Man hatte mit Strafen von vielen

Jahren gerechnet. Stattdessen waren die Strafen, die das Gericht verhängte, in Monaten ausgemessen. Offenbar hatte der Druck der internationalen öffentlichen Meinung diesmal seine Wirkung getan. Die Angeklagten wurden einige Monate später aus der Haft entlassen und amnestiert, einige allerdings nach der Verbüßung ihrer gerichtlichen Strafe eine Zeitlang im Konzentrationslager Wollersdorf festgehalten.

Der Schutzbundprozess hatte den damals Angeklagten die Gelegenheit gegeben, öffentlich zu bezeugen, dass die Verteidigung einer bestehenden Demokratie auch mit Waffen moralisch berechtigt ist. Der grosse Sozialistenprozess ging einen Schritt weiter. Er machte die illegale Arbeit gegen ein etabliertes Diktatorsystem in der österreichischen Öffentlichkeit vertretbar.

Der Sturz Starhembergs

Der Angriff Italiens auf Abessinien und die unwirksamen Sanktionen des Völkerbundes gegen diesen internationalen Friedensbruch führten zur dauernden Entfremdung zwischen Mussolini und den Westmächten. Die Folge war eine politische Annäherung zwischen dem Italien Mussolinis und Hitlerdeutschland, die schliesslich in einem Bündnis, der sogenannten «Achse Rom-Berlin» mündete. Hitler nützte die Situation schon im März 1936 aus, indem er seine Truppen in die entmilitarisierte Zone des Rheinlands einmarschieren liess und damit den Friedensvertrag von Versailles brach. Die Westmächte erhoben nur schwachen Protest.

Für Österreich ergab sich daraus auf lange Sicht, dass das faschistische Italien als Schutzmacht gegen Deutschland immer weniger in Erscheinung trat. Das zeigte sich schon bei der Konferenz der drei Bündnisstaaten der sogenannten «Römischen Protokolle», Italien, Ungarn und Österreich, die vom 21. bis 23. März 1936 in Rom stattfand. Die Vertreter Ungarns, Ministerpräsident Gömbös und Aussenminister Kanya, sprachen sich für eine Erweiterung des Dreierbündnisses auf Deutschland aus. Österreich, vertreten durch Bundeskanzler Schuschnigg, war dagegen. Mussolini gab, wie Schuschnigg in seinen Memoiren berichtet, deutlich zu verstehen, dass er mit Rücksicht auf die allgemeine Lage eine Verbesserung der deutsch-österreichischen Beziehungen durch Aufnahme direkter Kontakte Wiens mit Berlin für dringend erforderlich halte.

Schuschniggs Plan war es gewesen, eine Annäherung zwischen den Staaten der Römischen Protokolle und denen der Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien) zustande zu bringen. Man hatte zu diesem Zweck, wie Schuschnigg berichtet, vielversprechende

Kontakte mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Milan Hodza (einem konservativen Slowaken) aufgenommen. Aber Ungarn war für solche Pläne nicht zu haben.

Immerhin sah die Regierung Schuschnigg jetzt auch eine Gelegenheit, ihre eigene Stärke in der damals modernen Art zu zeigen. Am 1. April 1936 wurde in Österreich die allgemeine Wehrpflicht unter dem Titel «Bundesdienstpflicht» eingeführt. Auch das bedeutete einen Bruch der Friedensverträge, die Österreich nur eine kleine Berufsmarine von 30'000 Mann gestatteten. Doch auch in diesem Fall war der Protest der Westmächte nicht nennenswert.

Charakteristisch für die damalige europäische Lage ist ein Bericht, den der österreichische Gesandte Georg Franckenstein am 8. April aus London an Aussenminister Berger-Waldenegg sandte. Er erwähnt darin ein Gespräch mit dem britischen Politiker und ehemaligen Aussenminister Sir Austen Chamberlain (dem älteren Bruder des späteren Premierministers Neville Chamberlain):

«Austen Chamberlain meinte in dem Gespräch mit mir, dass wir im Falle eines offenkundigen Angriffs Deutschlands auf die werktätige Hilfe Grossbritanniens zählen könnten; anders wäre es aber, wenn der Eindruck hervorgerufen würde, es sei einem grossen Teil der österreichischen Bevölkerung der Zusammenschluss mit Deutschland willkommen.»

Aus diesem Schreiben geht klar hervor, dass wenigstens in diesem Stadium eine auf den grössten Teil der österreichischen Bevölkerung (also auch auf die Sozialdemokraten) gestützte Regierung auf die Hilfe des Westens hätte rechnen können. Aber die Regierung Schuschnigg war trotz der abnehmenden Unterstützung Italiens und trotz der wachsenden Gefahr aus Deutschland dazu nicht bereit.

Dass die Wiener westliche Auslandspresse die Wiedereinführung der Wehrpflicht durch die österreichische Diktatur nicht freundlich begrüsst, ist selbstverständlich. Meine eigenen Berichte finden ihren Widerhall in einem Schreiben der österreichischen Gesandtschaft in London vom 24. April über die Haltung der britischen Presse zu Österreich, in dem es heisst: «Der ‚Daily Herald‘ spricht von einem neuen Schritt der faschistischen Regierung Österreichs zur Aufrüstung. Das Blatt unterstreicht, dass das Vorgehen Österreichs in engem Einvernehmen mit Italien stattgefunden habe und findet es bezeichnend, dass in dieser Woche Handelsminister Stockinger in Rom Verhandlungen über eine enge Zusammenarbeit zwischen österreichischen und italienischen Firmen der Kriegsin dustrie führe.»

Der Chef der Heimwehr, Vizekanzler Starhemberg, verkannte die

Tendenz der politischen Entwicklung völlig. Er sah nur den Machtanstieg der Diktatoren in verschiedenen Ländern und fühlte sich dazu berufen, diese Rolle in Österreich zu übernehmen. Gedye sagt in «Die Bastionen fielen», Starhemberg habe Schuschnigg als seinen «Platzwärmer» bis zu dem Augenblick betrachtet, an dem Mussolini ihn, Starhemberg, zu seinem «Regenten» in Österreich machen werde. In Wirklichkeit war Starhemberg jetzt schon bei Hitler in Ungnade und hatte ausserdem auch den Vatikan verstimmt, weil er eine Nichtigkeitserklärung seiner Ehe erreichen wollte, um die Burgtheaterschauspielerin Nora Gregor zu heiraten.

In gänzlicher Verkennung seiner überaus schwachen Position hielt Starhemberg am 26. April 1936 in der niederösterreichischen Stadt Horn bei einer Heimwehrversammlung eine provokante Rede, in der er sagte, er halte Schuschnigg «noch» die Treue, doch müssten einige «Berater» des Bundeskanzlers entmachtet werden. Er werde den «falschen Freunden» Schuschniggs die Maske vom Gesicht reißen. Einige forderten die Auflösung der Heimwehr, aber er erkläre, die Heimwehr könne nur über seine Leiche entwaffnet werden. Sechs Monate später allerdings löste Schuschnigg die Heimwehr auf, und Starhemberg wehrte sich überhaupt nicht dagegen.

Der Machtkampf, der sich um die Führung der österreichischen Diktatur anbahnte, fand in der Auslandspresse starke Beachtung. Am 28. April berichtet Gesandter Franckenstein aus London, in der britischen Presse werde allgemein der Satz aus der Rede des Fürsten Starhemberg zitiert, dass die Heimwehr nur über seine Leiche hinweg aufgelöst werden könne. In dem Bericht heisst es:

«Der ‚Daily Herald‘ führt zur Rede des Vizekanzlers aus, dass zwischen den beiden Lagern der Faschistenregierung um die Macht gekämpft werde. Der Sonderkorrespondent des Blattes behauptet, dass viele Heimwehrführer beschuldigt würden, in den Phönix-Skandal (den Skandal um den Zusammenbruch der Versicherungsgesellschaft «Phönix») verwickelt zu sein. Der Bundeskanzler habe mehrfach gedroht, die Liste der Bestochenen zu veröffentlichen. Eine Umbildung der österreichischen Regierung sei innerhalb weniger Tage zu erwarten, und jede der beiden Gruppen wäre entschlossen, die andere gelegentlich ihrer Rekonstruktion in den Hintergrund zu schieben.» (Dieser Satz ist in dem Exemplar des Berichts im österreichischen Staatsarchiv rot unterstrichen – vermutlich vom Empfänger, Aussenminister Dr. Berger-Waldenegg.)

In dem gleichen Bericht wird die «News Chronicle» zitiert, die «glaubt, dass die Heimwehr in ultimativer Form die Ausbootung aller

demokratisch gesinnten Kabinettsmitglieder fordern werde». Als demokratische Minister und Politiker, fügt der Gesandtschaftsbericht hinzu, werden die Herren Dobretsberger, Znidaric, Strobl, Kunschak und Reither genannt. (Professor Dr. Josef Dobretsberger war Sozialminister, Theodor Znidaric war Staatssekretär für Arbeiterschutz, Ludwig Strobl Regierungskommissär bei den Konsumgenossenschaften. Leopold Kunschak war der berühmte Führer des linken Flügels der Christlichsozialen, Josef Reither Bauernführer von Niederösterreich.)

Am Sonntag, dem 10. Mai, erfolgte in Wien ein Aufmarsch des Freiheitsbundes, der linkskatholischen Wehrorganisation, die stark von Sozialisten und Kommunisten durchsetzt war. Dieser war als Gegendemonstration gegen die Heimwehrversammlung in Horn gedacht. Heimwehrlere versuchten die Demonstration der Freiheitsbündler zu stören. Mehrere Heimwehrlere wurden verhaftet, und Starhemberg musste intervenieren, um ihre Freilassung zu erreichen. Es bestand kein Zweifel, dass auch die Einführung der Bundesdienstpflicht dazu beigetragen hatte, die Stellung der Staatsgewalt zu stärken und damit den Einfluss der Heimwehr zu unterminieren.

Das berüchtigte Telegramm Starhembergs an den «Duce» Mussolini gab Schuschnigg die Gelegenheit, den Vizekanzler aus der Regierung zu entfernen. Am 13. Mai 1936 sandte Starhemberg an Mussolini anlässlich der Eroberung der abessinischen Hauptstadt Addis Abeba ein Telegramm, von dem er weder Bundeskanzler Schuschnigg noch die übrigen Mitglieder der Regierung (ausser Berger-Waldenegg, dem Aussenminister, der ebenfalls Heimwehrmann war) informiert hatte. Es lautete: «Im Bewusstsein faschistischer Verbundenheit an dem Schicksal des faschistischen Italien innigsten Anteil nehmend beglückwünsche ich im Namen der für den faschistischen Gedanken Kämpfenden und im eigenen Namen Eure Exzellenz von ganzem Herzen zu dem ruhmvollen, herrlichen Sieg der italienischen Waffen über die Barbarei, zu dem Sieg des faschistischen Geistes über demokratische Unehrllichkeit und Heuchelei und zum Sieg der faschistischen Opferfreude und disziplinierten Entschlossenheit über demagogische Verlogenheit. Es lebe der zielbewusste Führer des siegreichen faschistischen Italien, es lebe der Sieg des faschistischen Gedankens in der Welt.»

Das Telegramm wurde spätabends abgesandt und der Text gleichzeitig der Presse übergeben. Am nächsten Tag protestierten der britische und der französische Gesandte beim österreichischen Aussenminister (wie Sir Walford Selby in seinen Memoiren sagt, «ohne auf Instruktion unserer Regierungen zu warten»). An diesem Abend, dem 14. Mai, berief

Schuschnigg überraschend eine Ministerratssitzung ein – zu der, wie Gedye berichtet, Starhemberg aus der Cobenzl-Bar geholt werden musste –, gab den Rücktritt der Regierung bekannt und liess sich sofort von Präsident Miklas mit der Bildung einer neuen Regierung betrauen, in der Starhemberg sowie Aussenminister Berger-Waldenegg nicht mehr vertreten waren.

Offiziell wurde das Ausscheiden des Vizekanzlers mit «Meinungsverschiedenheiten in der Regierung» begründet. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg übernahm selbst die Leitung der Vaterländischen Front, der einzigen in Österreich erlaubten politischen Bewegung. Er übernahm vorläufig auch das Aussenministerium. Um die Wirkung des Schlages zu mildern, behielt Starhemberg die Stelle des «Obersten Sportführers» (er fuhr einen Tag später mit der österreichischen Fussballmannschaft zu einem Match nach Italien). Ferner wurde ein Angehöriger der Heimwehr, der politisch sehr gemässigte frühere Landeshauptmannstellvertreter von Niederösterreich, Eduard Baar-Baarenfels, zum neuen Vizekanzler und ein Freund Starhembergs, der Rechtsanwalt Dr. Ludwig Draxler, zum Finanzminister bestellt.

Das Juli-Abkommen

Die Annäherung zwischen dem faschistischen Italien und Hitlerdeutschland im Frühling 1936 brachte Österreich in eine schwierige Situation. Die Regierung Schuschnigg war des italienischen Schutzes gegen Deutschland beraubt. Sie hätte Anlehnung an die Westmächte suchen, die Demokratie in Österreich wiederherstellen und neue Verbindungen zu der Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien) anknüpfen können. Das jedoch wollte Schuschnigg aus ideologischen Gründen nicht, obwohl der faschistische Charakter seines Regimes durch die Ausbootung Starhembergs bis zu einem gewissen Grad entschärft worden war.

Es muss allerdings auch zugegeben werden, dass die Westmächte nach ihrer lauen Reaktion auf den Einmarsch der Deutschen in die entmilitarisierte Rheinlandzone nicht wie ein verlässlicher Rettungsanker aussahen und dass in der Kleinen Entente die Politik Jugoslawiens unter der Diktatur des Prinzregenten Paul gerade in der Frage Deutschland-österreich mehr als zweideutig war.

Jedenfalls entschloss sich Schuschnigg, die Empfehlungen Mussolinis zu befolgen und einen politischen Friedensschluss mit Deutschland anzu-

streben. Das führte zu dem Abkommen zwischen Österreich und Deutschland vom 11. Juli 1936, kurz das «Juli-Abkommen» genannt. Vorher hatte Schuschnigg bei einer Zusammenkunft mit Mussolini im Juni 1936 in Rocca delle Caminate noch den italienischen Bündnispartner im Rahmen des Bündnisvertrags der «Römischen Protokolle» konsultiert. Dabei hatte Mussolini, wie Schuschnigg berichtet, gesagt: «Es wird für Italien leichter sein, Österreich zu helfen, wenn beide, Italien und Österreich, mit Deutschland in guten Beziehungen stehen.»

Die entscheidende Rolle bei den Verhandlungen spielte der deutsche Botschafter Franz von Papen, der nach dem Dollfusmord nach Wien geschickt worden war, um die deutschen Beziehungen zu Österreich wieder zu verbessern. Franz von Papen, ein Intrigant voll Intelligenz und Charme, spielte wie immer in seinem Leben auch hier eine zwielichtige und verhängnisvolle Rolle. Als deutscher Reichskanzler hatte er, ohne es wirklich zu wollen, Hitler zur Macht verhelfen. Im Blutbad des 30. Juni 1934 in Deutschland wäre er beinahe ums Leben gekommen. Jetzt war er sozusagen unter einem aufgeschobenen Todesurteil Hitlers besonderer Vertrauensmann in Österreich. Ihm drohte, wie türkischen Grosswesiren früherer Jahrhunderte, bei Misslingen seiner Aktionen ständig die «seidene Schnur».

Von Papen war einmal Ehrengast bei einem Mittagessen der Anglo-American Press Association, wo er in gefälligem Ton sprach und wie ein eleganter Fechter unsere Fragen geschickt abwehrte. Seine Bemühungen wurden übrigens von den österreichischen Nationalsozialisten nicht gern gesehen. Sie trauten Herrn von Papen nicht. Aber niemand, der mit ihm zu tun hatte, traute ihm wirklich.

Bald nach seinem Amtsantritt in Wien hatte von Papen mit seinen Bemühungen um ein österreichisch-deutsches Abkommen begonnen. Der erste deutsche Entwurf stammte aus dem Juli 1935. Weitere Kontakte im September 1935 und im März 1936 hatten, wie Schuschnigg berichtet, kein konkretes Resultat erzielt. Doch jetzt, im Sommer 1936, kam das Abkommen zustande. Der Text klang recht gut. Deutschland versprach, sich in innerösterreichische Angelegenheiten nicht einzumischen. Die Frage des österreichischen Nationalsozialismus wurde im Vertrag als innerösterreichische Angelegenheit bezeichnet. Deutschland erklärte die ausdrückliche Anerkennung der österreichischen Souveränität und Unabhängigkeit. Ferner beendete Deutschland den Wirtschaftsboykott Österreichs und hob die berüchtigte Tausendmarksperrre auf, durch die jedem Deutschen, der Österreich besuchte, eine Busse im Betrag von tausend Mark auferlegt worden war.

Die österreichische Gegenleistung – die so harmlos scheinende Formel, mit der man seine Seele dem Teufel verkaufte – lautete, die österreichische Bundesregierung werde «ihre Politik im Allgemeinen wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reich stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, dass Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht.» Schuschnigg interpretiert das einfach als «die Verpflichtung, aussenpolitisch keine antideutsche Haltung einzunehmen.»

Das Juli-Abkommen wurde im Westen und auch bei uns englisch-amerikanischen Korrespondenten in Wien unterschiedlich aufgenommen. Es war nicht eindeutig festzustellen, wer dabei den grösseren Vorteil hatte. Ich wies in meinen Berichten auf die Tatsache hin, dass ein Teil der österreichischen Nazi, die sich betrogen fühlten, mit dem Abkommen sehr unzufrieden war. Die Revolutionären Sozialisten veröffentlichten einen Aufruf, in dem Schuschnigg als der «Schrittmacher der Nazis» bezeichnet wurde. Jedenfalls hatte der Bundeskanzler im Augenblick in Österreich die Situation in der Hand.

Auf lange Sicht war das Juli-Abkommen die grosse Wendung, von der an Österreich immer weiter in die Einflusszone Hitlerdeutschlands geriet. Die unmittelbarsten Mitarbeiter und Berater Schuschniggs waren von diesem Zeitpunkt an zwei Männer, die beide den Vornamen Guido trugen – der zum Generalsekretär der Vaterländischen Front ernannte Kärntner Schriftsteller Guido Zernatto und der neue Aussenminister Guido Schmidt. Seit der Entlassung des Heimwehrmanns Berger-Waldenegg nach Starhembergs Sturz hatte Schuschnigg das Aussenministerium selbst geführt.

Eine der Folgen des Juli-Abkommens war eine sehr weitgehende Amnestie für die in Österreich verhafteten Nationalsozialisten. In dieser Zeit kam wieder eine Parlamentarierdelegation der britischen Arbeiterpartei nach Österreich. Sie bestand diesmal aus dem Gewerkschafter C. G. Ammon und dem Rechtsanwalt Sydney Silverman. Ihre Aufgabe war, die Ausdehnung der Amnestie auf die verhafteten Sozialdemokraten zu erreichen. Silverman, ein erfahrener Jurist, holte sich bei mir Informationen über die Einzelheiten. Schuschnigg weigerte sich allerdings, die Delegation zu empfangen und verwies sie an Aussenminister Guido Schmidt. Immerhin wurde im Zuge dieser Amnestie eine grössere Anzahl von Sozialdemokraten befreit, darunter Karl Hans Sailer, Marie Emhart und die Angeklagten aus dem grossen Sozialistenprozess.

Wenige Tage später hatte die österreichische Regierung Gelegenheit, die Probe auf das Exempel der «Verständigung» mit Hitlerdeutschland zu machen. Am 29. Juli, bei der Durchreise der Olympischen Fackel

durch Wien auf dem Weg von Griechenland zu den Olympischen Spielen in Deutschland, kam es zu spektakulären Nazidemonstrationen auf der Ringstrasse. Tausende von jungen Männern und Frauen in weissen Kniestrümpfen waren versammelt, hoben die Hand zum Hitlergruss, schrien und sangen. Ich stand in der Menge und war entsetzt. Ich konnte mir nicht erklären, woher auf einmal wieder so viele Leute gekommen waren, die bereit waren, sich offen als Nationalsozialisten zu bekennen. Die Demonstranten brüllten «Sieg Heil, Sieg Heil!» Einige Minuten später riefen sie schon «Heil Hitler! Heil Hitler!» Starhemberg, der als Leiter der «Sportfront» den Versuch machte, eine Festrede zu halten, wurde ausgepiffen. Die Polizei griff zögernd ein, doch gelang es ihr nicht, die Menge zu zerstreuen.

Das ohnedies schon stark angeschlagene Prestige der Heimwehrführer Starhemberg und Fey sank bald noch weiter, als im Herbst ein offener Konflikt in der obersten Heimwehrleitung ausbrach, in dessen Verlauf Starhemberg seinen Gegner Fey und dessen Anhänger, den Wiener Vizebürgermeister Major Lahr, aus der Heimwehr ausschloss. Schuschnigg fühlte sich jetzt stark genug, eine endgültige Regelung zu treffen. Am 10. Oktober 1936 ordnete er die Auflösung aller Wehrverbände und ihre Umwandlung in eine gemeinsame «Frontmiliz» an, zu deren Oberkommandierenden er Feldmarschalleutnant Ludwig Hülgerth, den Leiter der Kärntner Abwehrkämpfe nach dem Ersten Weltkrieg, bestellte. Trotz seiner früheren Ankündigungen, die Heimwehr könne «nur über seine Leiche» aufgelöst werden, unternahm Starhemberg gar nichts. Er erfüllte selbst den Auftrag, die Heimwehr aufzulösen und stellte einige Wochen später auch das offizielle Organ «Der Heimatschützer» ein.

So verschwand, anderthalb Jahre vor dem «Anschluss», die Heimwehr, die den Faschismus nach Österreich gebracht hatte, aus der österreichischen Geschichte. Einer der Führer der Heimwehr, Major Fey, verübte nach dem Einmarsch der Deutschen im März 1938 mit seiner Frau und seinem Sohn Selbstmord. Starhemberg war, wie so oft, zu diesem Zeitpunkt nicht in Österreich. Es gelang ihm, als politischer Flüchtling den demokratischen Westen zu erreichen.

Die Aushebung der «Forschungsstelle»

Die Aushebung der «Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle» in Wien durch die Polizei im November 1936 war ein Schlag für die illegale Organisation der österreichischen Sozialisten und für ihre Verbin-

düngen zur Auslandspresse, vor allem, weil bei dieser Gelegenheit zwei wichtige Funktionäre verhaftet wurden, Frau Dr. Marie Jahoda und Fritz Jahnel.

Die Forschungsstelle war keineswegs eine blosse politische Tarnorganisation, sondern der erste Versuch einer wissenschaftlichen Marktforschung in Österreich. Ihre Begründer waren zwei namhafte Soziologen, Dr. Paul Lazarsfeld, später Professor an der Columbia-Universität in New York und heute eine der grössten Autoritäten Amerikas auf dem Gebiet der Meinungsforschung, und Dr. Hans Zeisel, später Professor an der Universität Chicago. Mitzi Jahoda kam aus einer bekannten Wiener Intellektuellenfamilie. Ihr Onkel Georg Jahoda war Inhaber der Druckerei Jahoda und Siegel und Verleger der Schriften von Karl Kraus, mit dem er eng befreundet war. Mitzi Jahoda selbst war einige Jahre mit Paul Lazarsfeld verheiratet gewesen und veröffentlichte gemeinsam mit ihm und Hans Zeisel die Schrift «Die Arbeitslosen von Marienthal», ein bahnbrechendes Werk über die Psychologie der Arbeitslosigkeit. Ihre Studien entstanden in dem kleinen niederösterreichischen Ort Marienthal, wo die Schliessung einer Textilfabrik eine ganze Ortschaft arbeitslos gemacht hatte.

Mitzi Jahoda war der Frauentyp, in den sich sogar politische Gegner verlieben. Ihre Augen blickten treuherzig, ihre Haare waren braun, ihre Stimme klang hell und klar. Sie war eine geheime intellektuelle Romanikerin, schrieb Gedichte und sprach nicht alle ihre Gedanken aus. So war sie, die emsige Leiterin der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle, gleichzeitig eine ideale Funktionärin für eine illegale sozialistische Partei.

Fritz Jahnel, mein bester Freund, wurde nur durch einen Zufall verhaftet, weil er eben in die Forschungsstelle kam, als die Polizeiaktion im Gange war. In den vorhergegangenen Jahren war Fritz Jahnel zeitweise Gutsverwalter des Landbesitzes von Frau Dr. Eugenia Schwarzwald und zeitweise Impresario eines in Deutschland herumreisenden Musikers. Sein Wesen zeigte etwas von der Naturverbundenheit eines Agraringenieurs und etwas von der Verwandlungsfähigkeit eines Schauspielers. Beruflich war er zum Zeitpunkt seiner Verhaftung im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum der Stadt Wien tätig.

Für seine Arbeit als Verbindungsmann der illegalen Organisation mit der Auslandspresse brachte er die nötige Kaltblütigkeit und rasche journalistische Auffassungsgabe mit. Bei seinen Telefongesprächen mit Auslandskorrespondenten benützte er den Decknamen «Doleschal». Zwar gab es auch einen tschechoslowakischen Korrespondenten dieses

Namens in Wien, aber Verwechslungen waren schon wegen des Inhalts der Meldungen ausgeschlossen.

Als ich zu Anfang des Jahres 1970 dieses Kapitel zusammenstellte, schrieb ich an Mitzi Jahoda, die als Gattin des britischen Labour-Abgeordneten Austin Albu in England lebt und Soziologieprofessorin an der Universität Sussex ist. Sie antwortete: «Fritz Jahnel und ich waren beide sehr aktiv in der Organisation der Revolutionären Sozialisten. Er war besonders mit den Verbindungen zu Otto Bauer in Brünn befasst, und ich war die Verbindung zwischen ihm und Buttinger. Er kam oft in die Forschungsstelle, und er und Marie Schneider hatten das Pech, dass sie beide an dem Tag kamen, an dem die Polizei mich suchte. Soweit ich mich erinnern kann, bekam Fritz drei Monate in Wollersdorf. Marie Schneider und eine ganze Anzahl unbeteiligter Personen in der Forschungsstelle wurden ein paar Tage festgehalten und dann freigelassen.»

Mitzi Jahoda berichtet weiter: «Ich erinnere mich nicht an die verschiedenen Decknamen, mit denen Fritz oder andere von uns arbeiteten. Wir änderten sie zu oft und gerieten in Verwirrung, indem wir Mädchennamen für Männer und umgekehrt erfanden. Am Schluss kehrten Fritz und ich, soweit ich mich erinnere, zu unseren eigenen Namen zurück, wenn wir direkt miteinander in Kontakt waren. Schliesslich kannten wir uns ja schon so lange.»

Von ihrem Rechtsanwalt Dr. Egon Bergel erfuhr Mitzi später, dass die Polizei einen anonymen Brief erhalten hatte, der besagte, dass die Forschungsstelle das finanzielle Zentrum der Revolutionären Sozialisten sei und internationale Geldsendungen für die Untergrundbewegung empfangen. Das entsprach nicht der Wahrheit, schreibt Mitzi, «aber es schaute verdammt plausibel aus, weil wir damals Studien in Deutschland, in der Schweiz und in der Tschechoslowakei durchführten und ich ausserdem amerikanisches Geld von Paul Lazarsfeld als Alimente erhielt. Jedenfalls probierten sie es einmal und erwischten mich. Der einzige belastende Beweis auf der Stelle war eine Nummer der illegalen ‚Arbeiter-Zeitung‘, die ich soeben erhalten hatte und in meiner Handtasche bei mir trug. Das ganze geschah Anfang November 1936. Den Tag meiner Freilassung kann ich genau angeben, es war der 15. Juli 1937, weil eine sehr hysterische, ganz ungebildete Frau, die in der gleichen Gemeinschaftszelle war, in der ich die letzten drei Monate verbracht hatte, meine Freilassung voraussagte und dies damit begründete, dass sie sagte, sie habe die Sehergabe. Nun, sie hatte recht».

Inzwischen war vieles geschehen. «Ich war drei Monate lang in Einzelhaft und wurde jede Nacht verhört. Ein paar Wochen vor meiner Ver-

haftung hatte ich ein Banksafe genommen, um dort die vielen Papiere und Memoranden aufzubewahren, die Buttinger nicht riskieren konnte, bei sich aufzubewahren oder zu vernichten. Ich hatte das Gefühl, dass ich beobachtet wurde und ging geradewegs in die Länderbank in der Hoffnung, dort den Banksafe unter einem angenommenen Namen registrieren zu können. Aber zu meinem Schrecken verlangte die Bank meine Identitätskarte, und ich beschloss im Augenblick, dass das ein kleineres Risiko sei, als die Papiere zu behalten. Nun, die Polizei durchsuchte systematisch Bankkonten und Safes, und nach ungefähr drei Monaten hatten sie es gefunden. Ich wusste, wo der Schlüssel war – unten im Klosett in meiner Zelle –, aber ich erhielt einen Tag Ausgang unter Eskorte in die Forschungsstelle und in meine Wohnung, um den Schlüssel zu suchen. Am Schluss brachen sie den Safe in meiner Gegenwart auf. Ich sagte ihnen, eine Person, die ich nur dem Aussehen nach kannte, habe mir eines Tages die Papiere gegeben und ich hätte sie, ohne sie anzusehen, in den Safe gegeben. Ich wusste, dass sie wussten, dass ich log, aber das war meine Geschichte, und das waren damals die Regeln des Spiels, wie wir es spielten.»

Der Prozess gegen Mitzi Jahoda fand im März oder April 1937 statt. «Wenn ich mich richtig entsinne, war das einzige Beweismaterial gegen mich die ‚Arbeiter-Zeitung‘. Die Polizei hatte offenkundig Gewissensbisse wegen des Aufbrechens des Safes, sonst hätten sie sich nicht so viel Mühe genommen, mir zu helfen, den Schlüssel zu finden. Es gab damals gewisse Reste von Respekt für das Gesetz, und meine Ansicht ist immer gewesen, dass sie das Aufbrechen des Safes nicht zugeben wollten. Aber vielleicht irre ich mich. Ich erhielt drei Monate Gefängnis und (gleichzeitig laufend) ein Jahr Schutzhaft. Aber englische Freunde (darunter Marjorie Fry und A. Farqharson) bemühten sich sehr, meine Freilassung zu erwirken, und als der Aussenminister London im Juli 1937 besuchte, wurde von ihm verlangt, Schuschnigg solle die Verfasserin von Marienthal und unschuldige Mutter eines unschuldigen Kindes freilassen. Léon Blum hatte auch für mich geschrieben. Schuschnigg war noch vom Westen abhängig, und so wurde ich am 15. Juli zur Staatspolizei berufen und gefragt, ob ich bereit sei, das Land binnen 24 Stunden zu verlassen, wenn ich freigelassen würde. Zu jener Zeit schien mir das die schrecklichste Entscheidung, die von irgendjemandem verlangt werden konnte. Aber ich unterschrieb. Und das rettete mich davor, im Gefängnis zu sein, als die Nazi kamen, und indirekt rettete es auch die Mitglieder meiner Familie, die ich herausbekommen konnte, während ich in England war.»

Mitzi Jahoda erinnert sich besonders zweier Einzelheiten aus ihrem Gefängnisleben: «Wir veranstalteten einen Hungerstreik, weil es Dutzende von Würmern in der täglichen Erbsensuppe gab. Ich wurde von einer kommunistischen Frau verraten, die meinte, dass mein Einfluss zu stark geworden sei, und so wurde ich als Anstifterin zum Chef des Gefangenenhauses Rossauer Lände berufen, der mir erklärte, wenn man uns ordentliches Essen gäbe, würde man bald die halbe Bevölkerung von Wien im Gefängnis haben. Aber immerhin, wir bekamen von da an Suppe ohne Würmer.»

Die andere Einzelheit, die Mitzi Jahoda im Gedächtnis blieb, war, dass ihr verboten wurde, ein spanisches Grammatikbuch zu benutzen, weil das eine «revolutionäre Sprache» sei. «Als meine Mutter mir ein englisches Buch brachte, sagte man ihr: «Glauben Sie, wir können einen Dolmetsch hierhaben für jede obskure Sprache, die Ihre Tochter spricht?»

Fritz Jahnel war zuerst im Gefängnis und dann in Wollersdorf. Als er verhaftet wurde, hatte er eine Aktentasche mit einem Geheimfach bei sich. In diesem Geheimfach befanden sich illegale Dokumente. Während seiner ganzen Haftzeit hatte Fritz die grössten Sorgen, die Polizei könnte die Tasche untersuchen und das Geheimfach entdecken. Doch als er freigelassen wurde, war das Geheimfach intakt, und die illegalen Dokumente waren vollzählig vorhanden. So hatte sogar die polizeiliche Verfolgung im Ständestaat ihre humoristischen Seiten.

Auflockerung

Die Monarchisten

Das Jahr 1937 war in Österreich ein Jahr der scheinbaren Auflockerung. Der Alltag der Ständediktatur war zur Gewohnheit geworden. Verschiedene Zeichen deuteten auf eine bevorstehende Milderung des autoritären Regimes hin. Allerdings war noch nicht klar, in welcher Richtung sich diese Milderung auswirken würde. Es gab verschiedene Möglichkeiten.

Bemerkenswert war die verstärkte Aktivität monarchistischer Kreise. Es war bekannt, dass Bundeskanzler Schuschnigg im Herzen Monarchist war, der auf die Gelegenheit hoffte, Otto von Habsburg, den Sohn des letzten Kaisers, nach Österreich zurückzuführen. Auf diese Art hätte man vielleicht auch das Diktaturregime liquidieren und auf dem Umweg über die Monarchie allmählich zu demokratischeren Regierungsformen zurückkehren können. Wie weit Schuschnigg diese letztere Möglichkeit in Erwägung zog, weiss ich nicht. Jedenfalls hat man in Spanien auf eine ähnliche Entwicklung mehr als drei Jahrzehnte vergeblich gewartet. Sie wäre also vielleicht auch in Österreich nie eingetreten.

In den zum Schuschniggregime gehörenden Kreisen begannen die Monarchisten als eine mässige Kraft hervorzutreten. Immer wieder erlebten wir es, dass Leute uns sagten, sie seien Monarchisten und daher für eine Versöhnung mit den Sozialdemokraten, weil man ja doch gegen die Nationalsozialisten, die die wirkliche Gefahr seien, Zusammenhalten müsse.

Die englisch-amerikanische Pressevereinigung hatte begonnen, an Sonntagen gemeinsame Ausflüge zu organisieren, zum Teil auch, um die politischen Führer der Bundesländer näher kennenzulernen. Es waren gewöhnlich eine Art Heurigenausflüge – Besichtigungen mit einer anschliessenden geselligen Zusammenkunft beim Wein. Diese Ausflüge waren vom journalistischen Standpunkt aus eine sehr nützliche Einrichtung. Sie brachten uns neue Kontakte. Der Ehrengast war einmal der niederösterreichische Landeshauptmann Josef Reither, ein prominenter

Vertreter der demokratischen Richtung unter den Bauern. Bei einer anderen Gelegenheit war der Ehrengast der niederösterreichische Heimwehrführer Eduard Baar-Baarenfels, ehemaliger Landeshauptmannstellvertreter von Niederösterreich, den Schuschnigg nach dem Sturz Starhemburgs im Mai 1936 zum Vizekanzler und Innenminister ernannt hatte.

Baar-Baarenfels unterschied sich in der angenehmsten Weise von den Heimwehrführern, an die wir gewöhnt waren. Er war liebenswürdig, gelöst und trat in keiner Weise fanatisch auf. Er erzählte uns, er sei zwar Monarchist, aber er wisse genau, dass eine monarchistische Restauration keinerlei Aussicht auf Dauer habe, denn es sei noch nie in der Weltgeschichte eine Restauration von Dauer gewesen.

Eine der sympathischsten Gestalten dieses Zeitabschnitts war Baron Friedrich von Wiesner, der Führer der Legitimisten und persönlicher Vertreter der Familie Habsburg in Österreich. Ich sprach öfters mit ihm und besuchte ihn auch einmal in seiner Wohnung. Er erzählte mir, dass Otto von Habsburg («Seine Majestät», wie er sagte) schon jetzt Kaiser sei und nicht etwa nur Thronanwärter oder Kronprinz oder Erzherzog. Denn nach dem habsburgischen Hausgesetz gelte die Nachfolge «ipso jure», durch das Gesetz selbst, nicht wie in Ungarn erst durch die Krönung. Im Augenblick des Todes seines Vorgängers werde der Thronfolger automatisch Kaiser von Österreich.

Diese Information war mir in späteren Jahren nützlich, als es sich darum handelte, in der Zweiten Republik die rechtliche Bedeutung der Erklärungen Dr. Otto Habsburgs zu beurteilen. (Wenn die Verzichtserklärung Otto Habsburgs gültig war, dann war von diesem Augenblick an nach habsburgischem Hausrecht automatisch sein Bruder Robert «Kaiser» und Chef des Hauses.) Dr. Wiesner kam mit den englischen und amerikanischen Korrespondenten infolge seines freundlichen Wesens immer gut aus.

Ungefähr um dieselbe Zeit geriet ich mit den Behörden der Schuschniggdiktatur in ernsten Konflikt. Diesmal hatte ich in einem Bericht an den «Daily Herald» geschrieben, die Tschechen hätten in Anbetracht der gespannten Situation ihre Artillerie an der österreichischen Grenze verstärkt. Ich hatte die Information von dem Pressesekretär der tschechoslowakischen Gesandtschaft, Josef Srom, erhalten. Die Nachricht schien mir so unbedenklich, dass ich nicht einmal die Vorsichtsmassnahme anwandte, sie als «Von unserem Korrespondenten in Prag» zu bezeichnen.

Die Nachricht erschien im «Daily Herald». Nun wurde ich zunächst

zur Pressepolizei vorgeladen. Dort nannte ich natürlich meine Informationsquelle nicht. Der Beamte fragte mich, ob ich den Bericht geschrieben hätte. Als ich das zugab, verurteilte er mich an Ort und Stelle wegen Verbreitung beunruhigender Gerüchte zu einer für die damaligen Verhältnisse ziemlich hohen Geldstrafe. Die Strafe war binnen vierzehn Tagen zu bezahlen.

Ich erhob sofort Einspruch und wandte mich um Hilfe an meine Kollegen von der englisch-amerikanischen Pressevereinigung. Die Sache war nicht wegen der Höhe der Geldstrafe bedenklich, sondern weil sichtlich systematisch versucht wurde, mich mundtot zu machen. Ich stellte mich auf den Standpunkt, dass die Verbreitung beunruhigender Gerüchte im Ausland ein Delikt sei, das in Österreich nicht bestraft werden könne. Es sei ja gar nicht in Österreich begangen worden. Wenn ein Pressebericht in einer ausländischen Zeitung in Österreich strafbar wäre, dann müssten meine englischen und amerikanischen Kollegen ununterbrochen bestraft werden. Wenn ich aber vielleicht deswegen bestraft würde, weil ich österreichischer Staatsbürger sei, dann sei das eine durch kein Gesetz gerechtfertigte Benachteiligung eines Österreicherers gegenüber seinen ausländischen Kollegen.

Ob diese Ausführungen auf die Schuschniggpolizei viel Eindruck gemacht hätten, weiss ich nicht, aber jetzt trat wieder einmal die englisch-amerikanische Pressevereinigung in Aktion. Sie intervenierte im Bundeskanzleramt sowie bei den Gesandtschaften Englands und der Vereinigten Staaten. Der britische Gesandte Sir Walford Selby kam mir wie immer treu zu Hilfe. Der amerikanische Gesandte George Messersmith, ein früherer Konsul in Berlin, war dagegen der Meinung, man müsse den Kampf gegen Hitler durch bedingungslose Unterstützung des Schuschniggregimes fördern. Er sagte meinen amerikanischen Kollegen, es wäre besser, wenn sie die Hände von mir liessen. Die österreichische Regierung habe sich entschlossen, mit mir Schluss zu machen, und da sollten sich die amerikanischen Korrespondenten am besten nicht einmischen.

Meine amerikanischen Kollegen erzählten mir von dieser Äusserung, befolgten aber den Rat des Gesandten nicht. Sie erhoben gemeinsam mit den Engländern Protest wegen der polizeilichen Verfolgung eines Mitglieds der Pressevereinigung. Dieser Protest tat auch offenbar seine Wirkung. Nach einigen Tagen liess mich ein junger Beamter rufen, der kurz vorher dem Bundespressdienst zugeteilt worden war. Es war Dr. Martin Fuchs, in der Zweiten Republik österreichischer Botschafter in Paris. Er empfing mich im Bundeskanzleramt und sprach sehr freundlich mit mir. Er verriet mir, dass er selbst Monarchist sei und mit vielen

Dingen, die im Schuschniggregime geschähen, gar nicht einverstanden sei. Aber auch ich als Sozialist sollte doch verständig sein und ein Einsehen haben. (Seine monarchistische Überzeugung vor dem Zweiten Weltkrieg hat Dr. Fuchs später nicht gehindert, der Republik Österreich als Diplomat und Beamter treu zu dienen.)

Dr. Fuchs machte mir einen Vorschlag zur Güte. Die Sache mit meiner Polizeistrafe, meinte er, müsse nicht unbedingt bis zum Ende ausgetragen werden. Er sei dienstlich in Frankreich gewesen und habe dort die Erfahrung gemacht, dass Akten manchmal, wenn es wünschenswert sei, einfach verschwinden könnten. Das könnte auch mit meinem Polizeistrafsakt geschehen.

Ich hatte das Gefühl, um der Grundsätze willen die Freiheit der Auslandspresse verteidigen zu müssen. Ich lehnte daher diesen Vorschlag höflich, aber energisch ab. Tatsächlich wurde jedoch über meinen Rekurs von der höheren Behörde nicht entschieden und die Geldstrafe, die über mich verhängt worden war, auch niemals eingehoben. Ich hörte von der ganzen Sache nichts mehr.

Der Fall zeigte eine Änderung im Stil des Regierens, zumindest der Auslandspresse gegenüber. Der Ton war jetzt höflicher und menschlicher geworden. Das war sicher zum Teil den Monarchisten zuzuschreiben, die um die Sympathie der Linken warben.

Nationales und Russisches

«Betont national» war eine sorgfältig gewählte Umschreibung. Man war kein Nationalsozialist; das war in Österreich verboten, hatte auch seit der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß einen schlechten Klang. Im österreichischen Ständestaat hatte man Mitglied der Vaterländischen Front zu sein. Als es zur Ausübung des Rechtsanwaltsberufs unerlässlich wurde, der Vaterländischen Front anzugehören, trat ich schliesslich auch selbst bei. Es gab allerdings unter den Mitgliedern verschiedene Kategorien je nach dem Datum des Beitritts, aus denen man die politische Verlässlichkeit vom Standpunkt des Regimes aus ableiten konnte. Ich gehörte der schlechtesten Kategorie an.

Aber es gab ja doch in der Vaterländischen Front die «ehemaligen Nationalsozialisten», und seit dem Juli-Abkommen von 1936 mit Nazideutschland dachte man immer mehr daran, diesen «ehemaligen Nationalsozialisten», die jetzt als «betont nationale» Mitglieder der Vaterländischen Front bezeichnet wurden, innerhalb der Front irgendeine Mög-

lichkeit zu gesetzlich erlaubter politischer Tätigkeit zu geben. Dass «betont national» als deutschnational verstanden wurde, war damals selbstverständlich. Ein österreichischer Nationalismus fand erst etwa seit dem Staatsvertrag von 1955 Anerkennung.

Nach verschiedenen Versuchen kam es zur Errichtung des sogenannten Volkspolitischen Referats im Rahmen der Vaterländischen Front. Es sollte eine Art Sammelbecken für die «betont Nationalen» sein. Und der Mann, den Bundeskanzler Schuschnigg für diese politische Tätigkeit aussuchte, und dem er sein besonderes Vertrauen schenkte, war der Wiener Rechtsanwalt Dr. Arthur Seyss-Inquart.

Um die Rolle richtig zu verstehen, die Männer wie Seyss-Inquart in der damaligen österreichischen Politik spielten, muss man wissen, dass zwischen den mehr oder minder ausgeprägten grossdeutschen Intellektuellen, von denen viele später Nationalsozialisten wurden, und anderen Schichten der Bevölkerung kein bewusster scharfer Gegensatz bestand. Man konnte grossdeutsch (und vielleicht später nationalsozialistisch) sein, weil die Tradition der Familie grossdeutsch war, so wie ein anderer vielleicht aus einer sozialdemokratischen oder christlichsozialen Familie kam. Und in kulturellen Organisationen wie dem Österreichisch-Deutschen Volksbund wirkten Männer wie Hermann Neubacher (der spätere Nazibürgermeister von Wien) oder Arthur Seyss-Inquart in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg mit Sozialdemokraten zusammen.

Ich selbst kannte Seyss-Inquart nicht persönlich, aber mein Vater war ihm als Berufskollegen begegnet, und Seyss-Inquart schickte meinem Vater gelegentlich Klienten, die ihrem Anliegen nach eher in die Kanzlei meines Vaters zu passen schienen: zum Beispiel einmal einen aus dem Priesterstand ausgetretenen katholischen Geistlichen, der geheiratet hatte und um seine Pension kämpfte. Neubacher war in Kreisen der Gemeinde Wien als «der Neubacher von der Gesiba» wohlbekannt. Er war leitender Funktionär der «Gemeinnützigen Siedlungs- und Baugenossenschaft» (Gesiba), die der sozialdemokratischen Wiener Gemeindeverwaltung nahestand.

Im Februar 1937 stattete der deutsche Aussenminister Konstantin von Neurath Wien einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit kam es wieder zu Nazidemonstrationen. Um diese Zeit wurde Seyss-Inquart durch Dr. Neubacher zum erstenmal bei Schuschnigg eingeführt; es wurden Gespräche und Verhandlungen über die Gründung des «Volkspolitischen Referats» geführt. Parallel dazu wurde in Verhandlungen zwischen dem Sicherheitsminister Odo Neustädter-Stürmer und Vertretern der Nationalsozialisten der sogenannte «Siebenausschuss der Nationalbetonten»

gegründet, dessen treibende Kraft der Chemiker Dr. Tavs war. Diese Organisation, die als eine halblegale Vertretung der ehemaligen Nationalsozialisten gedacht war, errichtete ein offizielles Büro in der Teinfaltstrasse in der Wiener Innenstadt.

Dann gab es auch wieder Gegenreaktionen, und die Nazigeegner im Regime setzten es durch, dass Schuschnigg den Sicherheitsminister Neustädter-Stürmer aus der Regierung entfernte. Das Volkspolitische Referat in der Vaterländischen Front wurde im Juni 1937 gegründet, allerdings nicht, wie Schuschnigg ursprünglich gehofft hatte, unter der Leitung Seyss-Inquarts, sondern 'unter dem Tiroler Dr. Pembaur. Seyss-Inquart wurde in den Staatsrat (das ernannte Parlament des Ständestaats) berufen. Überhaupt darf man sich nicht vorstellen, dass die verschiedenen nationalsozialistischen und deutschnationalen Gruppen ein vorbedachtes Spiel mit verteilten Rollen aufführten. Die Rivalität zwischen den echten «Illegalen» unter Hauptmann Josef Leopold und den verschiedenen Gruppen der «betont Nationalen» war erbittert, und verschiedene Gruppen waren jederzeit bereit, gewagte Sonderaktionen zu unternehmen.

Ein Zufall gab mir im Sommer 1937 die Möglichkeit, eine solche Sonderaktion in der Welt bekanntzumachen. Das Donaustrandbad Kuchelau war damals der Platz, wo sich Leute unseres Kreises am Sonntag trafen, auch wenn man vorher nichts ausdrücklich vereinbart hatte. Ich wanderte den Donaudamm entlang und traf meinen Freund Joseph («Hasi») Simon, von dem ich wusste, dass er einige Zeit vorher wegen illegaler sozialistischer Tätigkeit verhaftet worden war und mehrere Wochen im Polizeigefangenenhaus verbracht hatte. Ich erkundigte mich über seine Erfahrungen, und er erwähnte, dass er «mit den Leuten vom Voitsche beisammengesessen» sei, «die das Attentat auf Schuschnigg vorbereitet hatten». Ich hatte den Namen Voitsche noch nie gehört. Ich wusste auch nichts von einem geplanten Attentat.

Die Sache gab mir zu denken, und als uns Joseph Simon einige Tage später besuchte, fragte ich ihn um nähere Einzelheiten. «Hasi» erzählte, eine Gruppe von Nationalsozialisten hätte den Plan gefasst, das Kind Schuschniggs zu entführen. Ausserdem hätte sie Vorbereitungen getroffen, ein Flugzeug über das österreichische Bundeskanzleramt auf dem Ballhausplatz fliegen zu lassen, um dort eine Bombe abzuwerfen.

Die Geschichte kam mir abenteuerlich vor, aber jetzt war ich doch alarmiert und telephonierte die Nachricht von dem geplanten und misslungenen Attentat sofort an den «Daily Herald» nach London mit dem Auftrag, sie nach bewährter Methode als «Von unserem Korrespondenten

in Prag» zu veröffentlichen. Der «Daily Herald» brachte die Meldung in grosser Aufmachung. Am nächsten Tag liefen in Wien die Anfragen der Zeitungen aus der ganzen Welt ein. Das Bundeskanzleramt leugnete zunächst alles ab; dann gab es alles zu.

Die Schuschniggregierung hatte zwar die Verschwörer verhaftet, aber dennoch versucht, die ganze Angelegenheit geheimzuhalten, um die gefährdeten Beziehungen zu Nazideutschland nicht neuerlich auf die Probe zu stellen. Jetzt, wo die Sache trotz allem bekanntgeworden war, ergriff der Bundespressdienst die Flucht in die Öffentlichkeit. Die wahn-sinnigen Pläne der Attentäter wurden in allen Einzelheiten bekanntgegeben, auch die Namen der Führer der Verschwörung wurden veröffentlicht.

In dieser Sache zeigte sich die widerspruchsvolle Lage des Schuschnigg-regimes in Österreich. So wie sich das Opfer eines Erpressers davor scheut, die Behörden zu Hilfe zu rufen, so war die österreichische Regierung bereits derart eingeschüchtert, dass sie nicht einmal die Nachricht von der auf gedeckten Verschwörung der westlichen Welt zur Kenntnis bringen wollte. Sie rechnete allerdings nicht mit den Folgen, die sich daraus ergeben konnten, dass die österreichischen Kerkermeister mit gemüthlicher Schlamperei die Häftlinge verschiedener politischer Richtungen zusammen in die gleiche Gefängniszelle sperren.

Zu unserer journalistischen Tätigkeit gehörte die Aufrechterhaltung des Kontaktes zu den wichtigsten diplomatischen Vertretungen in Wien. Es ist bemerkenswert, dass in der Zeit des Ständestaats, die gleichzeitig die Zeit des Höhepunktes der stalinistischen «Säuberungen» und Schauprozesse in Moskau war, meine Beziehungen und die vieler meiner Kollegen unter den Auslandsjournalisten zur Gesandtschaft der Sowjetunion freundlich und manchmal beinahe herzlich waren. Die Sowjetunion schickte immer wieder intelligente und sympathische Diplomaten nach Wien, die nach einiger Zeit plötzlich wieder abberufen wurden und verschwanden, ohne dass wir je wieder von ihnen gehört hatten.

Es gehörte zum Wesen der Schauprozesse Stalins, dass die Angeklagten, prominente und weltberühmte Kommunistenführer, sich selbst der verwerflichsten und unmöglichsten Verbrechen beschuldigten. Zu den grössten Schauprozessen gehörte jener gegen Sinowjew und Kamenew. Ihm folgte im Jänner 1937 der Schauprozess gegen Radek und Sokolnikow.

Meine eigenen Kontakte zu den Russen hatte ich schon in meinem Elternhaus begonnen. Mein Vater war viele Jahre hindurch Anwalt des Musikverlages «Universal-Edition», der sich unter Leitung von Emil Hertzka besonders mit der Pflege moderner Musik beschäftigte. Die

Wiener Sowjetgesandtschaft hatte eine Zeitlang einen Kulturattaché, Professor Dimitrowsky, dessen besondere Aufgabe es war, die Kontakte der modernen russischen Musik mit dem Ausland zu pflegen. Durch ihn lernten wir andere russische Diplomaten kennen.

Der erste Sowjetgesandte nach dem Krieg, Bersin, kam öfters als Gast in unser Haus. Einmal verbrachte er mit seiner Frau und seiner kleinen Tochter den Weihnachtsabend bei uns, und ich hatte zum erstenmal Gelegenheit, den tiefen Eindruck zu beobachten, den das Weihnachtsfest auf ein russisches Kind macht. Bersin war ein blonder, stiller Mann. Man erzählte von ihm, dass er politisch unter einem Schatten stehe, weil er in der Oktoberrevolution als Kommandant der Bolschewiken im Moskauer Kreml gezwungen gewesen war, dieses historische Gebäude den Gegnern der Bolschewiken zu übergeben.

Am Höhepunkt der Moskauer Schauprozesse besuchte mich einmal einer der sowjetischen Diplomaten in meiner Kanzlei, um zu erfahren, was es in Österreich Neues gab. Ich benützte die Gelegenheit und fragte ihn, wie es denn zu den Beschuldigungen gekommen sei, die gegen Trotzki und gegen die kommunistischen Führer wie Sinowjew erhoben worden waren. Er könne doch an diese Beschuldigungen nicht wirklich glauben. Zuerst war er zurückhaltend. Dann aber sagte er: «In Wirklichkeit sind das Machtkämpfe.» Ich fragte ihn, wie man dann die ungeheuerlichen Selbstbeschuldigungen der Angeklagten in den Schauprozessen erklären könne. Er sagte: «Das ist die russische Seele.» Auch er verschwand nach einiger Zeit, und ich habe nie wieder von ihm gehört.

Kurz vor dem Ende der Schuschniggära kam ein neuer sowjetischer Gesandter nach Österreich und liess uns Journalisten wissen, dass er bereit sei, offiziell mit uns zusammenzukommen, aber keine persönlichen Kontakte wünsche. Jetzt war die Angst bei den Russen offenbar schon zu stark.

Eines Tages kam General Theodor Körner, der frühere Schutzbundführer und spätere Bundespräsident, in meine Kanzlei, ebenfalls unangesehen, ebenfalls, um Neuigkeiten zu erfahren. Der alte General erzählte mir, er lerne jetzt russisch. Er habe das Gefühl, man werde es einmal brauchen können. Wir gingen dann gemeinsam fort, den Ring hinunter und trennten uns bei der Einmündung der Wollzeile, wo er sich der Inneren Stadt zuwandte, während ich in den dritten Bezirk ging. Zum Abschied sagte General Körner: «Sie gehen jetzt nach rechts, ich gehe nach links. Das ist symbolisch.» Gar so symbolisch, wie er es vielleicht meinte, war es aber nicht.

Zuzug aus Spanien

Bei Diplomaten kommt es manchmal vor, dass sie aus irgendeinem Grund von der Regierung des Landes, in dem sie tätig sind, zu «unerwünschten Personen» erklärt werden und das Land verlassen müssen. Bei Journalisten ist ein solcher Vorgang ungewöhnlich. Aber im Herbst 1937 intervenierte die österreichische Gesandtschaft bei der Leitung der Reuter-Agentur in London, um die Abberufung des 26jährigen Wiener Korrespondenten Hugo Arthur Kuranda zu erwirken, der allerdings als österreichischer Staatsbürger nur abgesetzt, nicht aber ausgewiesen werden konnte.

Hugo Arthur Kuranda, ein gebürtiger Wiener, war vom 1. März 1935 an als Reuterkorrespondent in Wien tätig, zeitweise als Assistent des Engländers Robert Scholefield, der an die Stelle von L. H. Eisenmann getreten war, zeitweise als Chefkorrespondent. Schon nach einiger Zeit begannen Beschwerden über ihn in der österreichischen Regierungspresse aufzutreten. So hiess es in einem Zeitungsbericht vom Mai 1936, er sei Nationalsozialist und eine Quelle falscher Nachrichten über Österreich. (Die Behauptung, ein unbequemer Korrespondent sei Nationalsozialist, wurde in dieser Periode mit grosser Leichtfertigkeit erhoben.)

Im März 1937 meldete ein österreichisches Blatt, Kuranda treibe Greuelpropaganda, und er sei eine Qual für die Wiener Auslandskorrespondenten. Gerade in der letzteren Beschuldigung steckte ein Körnchen Wahrheit. Kuranda, ein schwächlicher junger Mann mit scharfgeschnittenen Gesichtszügen, war wie eine Wespe bei einem Kaffeekränzchen. Er war kein bequemer Kollege. Er sandte seine oft sensationellen, nicht immer richtigen Nachrichten am liebsten spät am Sonntag Nachmittag, zu einer Zeit, wo die anderen nicht gern arbeiteten. Die Folge war eine Flut von Rückfragen aus den Redaktionen in London und den übrigen Weltstädten.

Die Nachricht, die zu dem «Fall Kuranda» führte, sandte der ehrgeizige junge Journalist am 23. Februar 1937, kurz nach dem Wiener Besuch des deutschen Aussenministers Neurath. Die Nachricht lautete, der deutsche Aussenminister habe dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg ein Vierer-Defensivbündnis zwischen Deutschland, Italien, Ungarn und Österreich angeboten, und zwar unter der Bedingung, dass Österreich verspreche, die Habsburger nicht zurückzurufen.

Die Nachricht war falsch, aber sensationell. Unmittelbar danach wurde von den österreichischen Behörden gegen Kuranda ein Verfahren wegen Verbreitung beunruhigender Gerüchte eingeleitet. Der Bundes-

Pressedienst teilte in einer internen Stellungnahme mit, dass die ganze Welt zu dieser Nachricht Stellung genommen habe, dass der Bundespressedienst von Anfragen der anderen Korrespondenten bestürmt worden sei und dass es «ziemlichen Aufwandes an Arbeit bedurft habe, um die Meldung aus der Welt zu schaffen». Im Übrigen sei daran kein wahres Wort gewesen.

Kuranda berief sich darauf, dass er die Meldung auf eine Anfrage seiner Redaktion aus London abgesandt habe. Er habe ausserdem seiner Redaktion ausdrücklich erklärt, sie sei nur ein Gerücht. Ferner sei der Text, den er sandte, in London von der Redaktion verändert worden. Und schliesslich – einigermassen im Gegensatz zu seinen anderen Behauptungen – teilte er mit, er habe die Nachricht von einer Person aus dem Kreise des Bundeskanzlers erhalten, die er aber nicht nennen wolle.

Da es sich um den Korrespondenten der amtlichen britischen Agentur handelte, fuhr man diesmal mit grossem Geschütz auf. Ein gerichtliches Verfahren wegen Vergehens der Verbreitung beunruhigender Gerüchte wurde eingeleitet. Das Verfahren lief beim Landesgericht für Strafsachen I in Wien unter der Zahl 26 g Vr 1860/37. Bei der Verhandlung am 6. November brachte der Verteidiger Kurandas vor, das Gerücht sei nicht beunruhigend gewesen, denn ein Defensivbündnis dieser Art wäre ja sogar ein gewisser Sicherheitsfaktor für Österreich. Das Gericht schloss sich überraschenderweise dieser Ansicht an. Es betrachtete alle Behauptungen der Anklage als erwiesen, jedoch sei die Nachricht «zwar interessant, aber nicht beunruhigend». Damit sprach das Gericht Kuranda frei. In diesem Urteil drückt sich zweifellos schon die gegenüber dem Anfang des Jahres 1937 veränderte Haltung zu Nazideutschland aus – eine engere Verbindung galt nicht mehr als «beunruhigend». Der Staatsanwalt meldete Nichtigkeitsbeschwerde an.

In der Zwischenzeit war aber der eifrige junge Korrespondent schon wieder mit den österreichischen Behörden in Konflikt geraten. Er hatte am 30. Oktober 1937 einen Bericht nach London gesandt, dass eine Gruppe von Terroristen einen Anschlag auf Bundeskanzler Schuschnigg vorbereitet hätte. Eine Bombe hätte auf das Auto des Bundeskanzlers auf dessen Weg von seiner Wohnung in sein Amt auf dem Ballhausplatz geschleudert werden sollen. Zwei dieser «ausländischen Terroristen» seien noch auf freiem Fuss, berichtete Kuranda.

Wieder folgte ein Dementi der amtlichen österreichischen Stellen. Die Meldung scheint aber doch eine reale Grundlage gehabt zu haben. Denn in der internen Korrespondenz berief sich Dr. Redler vom Bundespresse-

dienst auf einen «bekannten Vorfall vom 20. Oktober». Jedenfalls wurde Kuranda am 8. November zur Polizeidirektion zitiert und neuerlich verwahrt. Dabei blieb es diesmal jedoch nicht. In einem Schreiben an den Staatssekretär für das Sicherheitswesen sagte der Bundeskommissär für den Heimatdienst Walter Adam: «Ich richte unter einem an den Presseattaché in London das Ersuchen, der Direktion der Agentur Reuter mitzuteilen, dass das Verbleiben Kurandas in seiner Stellung als Wiener Vertreter unerwünscht ist.»

Eigentlich ein merkwürdiger Vorgang. Der Pressechef der Gesandtschaft eines kleinen Diktaturstaates verlangt von der Weltagentur Reuter die Abberufung eines Korrespondenten. Man hätte angenommen, dass die Reuter-Agentur dieses Ansinnen entrüstet zurückgewiesen hätte. Aber die Intervention des österreichischen Presseattachés Graf Huyn hatte den erwünschten Erfolg. Das hängt zweifellos damit zusammen, dass der damalige Chef von Reuter, Sir Roderick Jones, ein führender Vertreter der «Beschwichtigungspolitik» gegenüber Hitler war. Er unterhielt zur deutschen Botschaft in London beste Beziehungen und erhoffte sich von der Regierung des Premierministers Neville Chamberlain die Würde eines Lords. Seine Gattin, die Romanschriftstellerin Edith Bagnold, schrieb kurz darauf einen Artikel im «Daily Telegraph», in dem sie Adolf Hitler als den möglichen «Spitzenreiter einer neuen Demokratie» bezeichnete. Von Reuter war in diesem Stadium kein wirklicher Widerstand gegen Diktaturen zu erwarten.

So bewirkte die Intervention, dass Kuranda am 19. November abberufen und durch den Engländer Christopher Holme ersetzt wurde. Hingegen erhielt der Staatsanwalt die Weisung, die angemeldete Nichtigkeitsbeschwerde gegen den Freispruch Kurandas zurückzuziehen. Kuranda verliess im Dezember Österreich und lebte später in der Schweiz.

Christopher Holme war kein unbeschriebenes Blatt. Er war einer der beiden Korrespondenten, die im spanischen Bürgerkrieg über den deutschen Bombenangriff auf die Stadt Guernica berichtet hatten. Ursprünglich war der junge Mann als Korrespondent auf die Seite General Francos im Bürgerkrieg geschickt worden. Er war nicht mit dem Herzen dabei, aber es gelang ihm, Schwierigkeiten zu vermeiden, bis sich Franco zu einer Zeit, als Holme gerade auf Urlaub in Bayonne in Frankreich war, über einen Bericht aus Gibraltar ärgerte und dem britischen Korrespondenten die neuerliche Einreise verweigerte. «Zu meiner grossen Erleichterung wurde ich nun auf die Seite der Republikaner nach Bilbao entsandt», schreibt Christopher Holme in einem Brief an mich. «Nach

dem Fall von Bilbao wurde ich von Laredo aus in einem britischen Blockadebrecher evakuiert.»

Der neue Wiener Reuterkorrespondent war ein echter englischer Studententyp. Er war hochgewachsen und sah sehr attraktiv aus, mit dunklem, etwas gewelltem Haar und einem romantischen Blick. Er fuhr in einem uralten englischen Sportwagen vom Typ «Lagonda» durch die Gegend und sang ein antifaschistisches spanisches Lied mit dem Refrain «Tira la Bomba». Er war weit davon entfernt, «beruhigend» zu wirken. Im Gegenteil, er brachte die revolutionäre Romantik des spanischen Bürgerkrieges zu uns nach Wien. Ausserdem fand er noch Zeit, sich in ein englisches Mädchen zu verlieben, das er durch uns in Wien kennengelernt hatte und das er später, am Ende des Zweiten Weltkriegs, in England heiratete.

Christopher Holme war nicht der erste Zeitungskorrespondent, der aus dem spanischen Bürgerkrieg in den relativen Frieden des österreichischen Ständestaats übersiedelte. Im Juni 1937 war an Stelle von Dennis Clarke der Neuseeländer Geoffrey Cox als Korrespondent des «Daily Express» nach Österreich gekommen. Er begann in London bei «News Chronicle» und wurde von dieser Zeitung auf die republikanische Seite in das belagerte Madrid entsendet, weil, wie er erzählte, der Fall von Madrid in einigen Tagen erwartet wurde. Er war einer jener jungen Reporter, den man in der Redaktion am ehesten missen zu können glaubte. Aber Madrid fiel nicht. Cox blieb bis zum Jänner dort und schrieb dann sein Buch «The Defence of Madrid» (Die Verteidigung von Madrid), das die Sache der spanischen Republikaner in der westlichen Welt verherrlichte und ihn mit einem Schlag berühmt machte.

Wien war keineswegs eine «Insel der Seligen». Die drohende Gefahr war deutlich zu spüren. Aber die Neuankömmlinge aus Spanien waren ein Zeichen, dass sich der Hauptkampfplatz in der grossen Auseinandersetzung mit dem Faschismus für den Augenblick in einen anderen Teil Europas verlagert hatte. Der Bürgerkrieg in Spanien war ein grösseres und blutigeres Ereignis, als es der Kampf in Österreich gewesen war. Viele Österreicher, vor allem viele Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten wie der ehemalige Schutzbundführer Julius Deutsch, fuhren nach Spanien, um dort in den «Internationalen Brigaden» der Sache der Republikaner und Antifaschisten zu dienen. Andererseits brachten die Nachrichten aus Spanien in den antifaschistischen Kampf in Österreich wieder neuen Schwung. «Tira la Bomba» klang anders als die defensive Psychologie der österreichischen Linken.

Geoffrey Cox wurde noch vor Ende des Jahres 1937 nach Paris ver-

setzt. An seine Stelle trat als «Express»-Korrespondent Bill Morrell, dem die Weltgeschichte aber nicht soviel Zeit liess, sich in Wien richtig einzuleben, obwohl seine Frau mit über grossem Optimismus in unser Gästebuch als Adresse schrieb: «Vienna indefinitely» (Wien auf unbegrenzte Zeit).

Rettungsversuche

Die gemeinsame Intervention auf Seiten der rechtsgerichteten Rebellen im spanischen Bürgerkrieg, die man jetzt die «Nationalisten» nannte, brachte Deutschland und Italien immer näher zusammen. Für die österreichische Regierung, die sich zu lange auf den Schutz Mussolinis gegen Hitler verlassen hatte, bedeutete das eine Verschlechterung ihrer Situation. Es gab im Regierungslager des Bundeskanzlers Schuschnigg verständige Leute, die hofften, die schmale Basis der Regierung durch eine Versöhnung mit den Sozialdemokraten verbreitern zu können.

An einem solchen Versöhnungsversuch war auch ich beteiligt. Ich hatte zum linken Flügel der Christlichsozialen eine Querverbindung in der Person des Konsuls Emanuel Urbas, des aussenpolitischen Redakteurs des Regierungsorgans «Reichspost». Der Chefredakteur der «Reichspost», Dr. Friedrich Funder, hatte die Sozialdemokraten viele Jahrzehnte lang erbittert bekämpft. Jetzt sah er ein, dass die Gefahr für Österreich von den Nationalsozialisten kam und dass eine Verständigung mit den Sozialdemokraten für das Land von grösster Bedeutung wäre.

Konsul Urbas teilte mir eines Tages mit, dass Chefredakteur Funder mich zu einem vertraulichen Gespräch empfangen wollte.

Ich war überrascht, aber gerne bereit, mit Funder, den ich nur vom Hörensagen – allerdings vom bösen Hörensagen – kannte, Kontakt aufzunehmen. Ich fuhr mit Konsul Urbas in die Redaktion der «Reichspost» und wurde von dem berühmten Chefredakteur, einem behäbigen älteren Herrn mit einem kleinen Bart, sehr freundlich empfangen. Funder sagte mir, er meine, man müsste eine Versöhnung zwischen Schuschnigg und den Sozialdemokraten herbeizuführen versuchen. Er werde trachten, Schuschnigg dafür zu gewinnen. Ich sollte inzwischen mit den sozialdemokratischen Führern Verbindung aufnehmen. Dies versprach ich auch zu tun.

Ich setzte Dr. Robert Danneberg, den ehemaligen Parteisekretär der Sozialdemokraten, von der Initiative Funders in Kenntnis. Obwohl an die Stelle der alten Sozialdemokratischen Partei die Untergrundorganisation der «Revolutionären Sozialisten» getreten war, kam für ernste

politische Verhandlungen doch nur Danneberg in Betracht. Danneberg kam zu mir in meine Rechtsanwaltskanzlei, wo meine doppelte Tätigkeit als Rechtsanwalt und Journalist es mir ermöglichte, jede Person ungefährdet zu empfangen. Nachdem ich die Situation geschildert hatte, sagte Danneberg, dass er bereit wäre, mit Schuschnigg zu sprechen. Alles andere werde natürlich von den Bedingungen abhängen, die von der anderen Seite gestellt würden.

Ich teilte dies Urbas mit, der mit Funder sprach und ihm von meiner Unterredung mit Danneberg erzählte. Bald darauf teilte mir jedoch Urbas sehr betrübt mit, dass die Aktion Funders fehlgeschlagen sei. Funder habe mit Schuschnigg über die Angelegenheit gesprochen, aber Schuschnigg sei absolut nicht bereit gewesen, mit Vertretern der Sozialdemokraten zusammenzukommen. Damit verlief diese Aktion im Sande.

Im Herbst 1937 beschlossen meine Frau und ich, wieder einmal nach England zu fahren, um meine Verbindungen mit dem «Daily Herald» und unseren englischen Freunden aufrechtzuerhalten. Unterwegs machten wir in Brüssel Station, wo die Sozialistische Internationale ihren Sitz hatte und wo mein Freund Oscar Pollak jetzt beschäftigt war. Oscar und Marianne Pollak erwarteten uns schon am Bahnhof. Sie führten uns in die Zentrale der Internationale, und ich hatte eine längere Unterredung mit Fritz Adler, dem Sekretär der Internationale, bei der auch Oscar Pollak anwesend war. Ich empfand seit meiner Jugend grosse Bewunderung für Fritz Adler, der durch sein Attentat auf den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh während des Krieges zum Helden der österreichischen Sozialdemokraten geworden war. Aber ich wusste, wie schwer es war, Friedrich Adler von einer einmal vorgefassten Meinung abzubringen.

Ich versuchte, Fritz Adler zu erklären, dass jetzt in Österreich die nationalsozialistische Gefahr grösser sei als die Gefahr des Schuschniggregimes. Man müsse unter Umständen daran denken, eine politische Annäherung an das Schuschniggregime im Interesse eines gemeinsamen Kampfes gegen die Nazigefahr in Erwägung zu ziehen. Fritz Adler hatte für die Unterschiede zwischen einem grösseren und einem kleineren Übel keinerlei Verständnis. Er blieb dabei, dass in Österreich der Kampf gegen Schuschnigg unvermindert fortgesetzt werden müsse.

In London wohnten wir bei Robert Ehrenzweig und seiner Frau. Robert war ehemaliger Redakteur des mit der «Arbeiter-Zeitung» verbundenen «Kleinen Blattes» und nach dem Februar 1934 nach England übersiedelt. Robert Ehrenzweig war später unter dem Namen Robert Lucas ein bekannter Sprecher der BBC-Sendungen für Österreich. Wir be-

suchten viele unserer englischen Bekannten, darunter auch Jennie Lee, der es seit 1931 nicht mehr gelungen war, ihren Sitz im Abgeordnetenhaus zurückzuerobern. Sie war jetzt mit dem Bergarbeiterabgeordneten Aneurin Bevan verheiratet, schon damals ein Vertreter des linken Flügels der Arbeiterpartei, aber noch nicht der weltberühmte Führer der Linken, der er nach dem Krieg wurde. Aneurin Bevan hatte kurz vorher im Parlament gegen die britische Aufrüstung gestimmt. Ich vertrat im Gespräch die Auffassung, die Nazigefahr in Europa sei gross, und die Aufrüstung des Westens sei auf jeden Fall notwendig. Aneurin Bevan gab das zu, sagte aber, die Konservativen, die im Parlament die Mehrheit hatten, würden ohnedies in jedem Fall die Aufrüstung durchsetzen. Deshalb mache es keinen Unterschied, auch wenn die Arbeiterpartei dagegen stimme. Ich hielt das für eine falsche politische Linie. Es gelang mir aber nicht, Aneurin Bevan davon zu überzeugen.

Nachdem wir eine Woche in London verbracht hatten, kehrten Herta und ich nach Wien zurück und waren der einhelligen Meinung, dass es uns in London sehr gut gefallen habe, dass wir aber auf keinen Fall dort leben wollten. Das englische Herbstklima sei nichts für uns. Wir wollten lieber in Wien bleiben. Das war ein Beispiel dafür, was man im Theater tragische Ironie nennt. Ein halbes Jahr später wohnten wir schon in London und waren ausserdem noch froh, dort sein zu können.

Im Dezember 1937 machte der frühere Führer der britischen Arbeiterpartei, George Lansbury, einen Besuch in Wien. Ein Mann von hoher persönlicher Integrität, war er nach dem Abfall Ramsay MacDonalds und der Wahlniederlage von 1931 zum Parteiführer gewählt worden, weil er einer der wenigen Sozialisten war, die ihr Mandat behalten hatten. Als überzeugter Pazifist war Lansbury zur Zeit der Abessinienkrise als Parteiführer gestürzt und durch Clement Attlee ersetzt worden, nachdem ihm Ernest Bevin auf dem Parteitag von 1935 höhnisch zugerufen hatte, er «solle doch aufhören, mit seinem Gewissen von einem zum anderen hausieren zu gehen.» Lansbury hatte in letzter Zeit auf der Linken unfreundliche Kritik erweckt, weil er Hitler und Mussolini besucht und mit ihnen anscheinend freundschaftlich gesprochen hatte.

Im Zusammenhang mit Lansburys Besuch in Wien ist ein Brief interessant, den der österreichische Gesandte in London, Georg Franckenstein, an den Staatssekretär Guido Schmidt gerichtet hatte. Datiert vom 27. November 1937, Zl. 424 Pol., trägt er den Hinweis «Bitte des gewesenen Arbeiterführers Mr. Lansbury, vom Herrn Bundeskanzler empfangen zu werden». Franckenstein schreibt:

«Herr Staatssekretär! Der bekannte Politiker und frühere Führer der

Arbeiterpartei Mr. George Lansbury hat mich aufgesucht und mir folgendes gesagt: Er trifft über Warschau und Prag kommend am 16. Dezember in Wien ein, wo er vor dem Kulturbund einen Vortrag unter dem Titel ‚A Quest for Peace‘ (Auf der Suche nach dem Frieden) halten wird. Er bleibt in Wien bis zum 18. Dezember und bittet, von dem Herrn Bundeskanzler empfangen zu werden.

Ich unterstütze diesen Wunsch auf das Wärmste, da Mr. Lansbury hier grosses Ansehen genießt, ein ausserordentlich sympathischer und verlässlicher Mann ist, und da er bei anderen Reisen auch von hervorragenden Persönlichkeiten wie Herrn Hitler und Signor Mussolini empfangen wurde.

Er möchte mit dem Herrn Bundeskanzler über die politische Lage und speziell über die Frage sprechen, wie auf wirtschaftlichem Gebiet durch geeignete internationale Massnahmen zur Befestigung des Friedens und der Eintracht unter den Völkern beigetragen werden könnte. Er beabsichtigt, auch einige Fälle von Arretierungen oder Internierungen in Österreich zur Sprache zu bringen, für welche die hiesige Labour Party besonderes Interesse hegt. Auch will er darauf verweisen, dass es politisch für Österreich nützlich wäre, der hiesigen Labour Party in dieser Richtung entgegenzukommen, weil diese dann ein grösseres und werktätigeres Interesse für Österreich zeigen könnte. Es liegt Mr. Lansbury, wie er sagte, vollkommen fern, ein ‚Tauschgeschäft‘ vorzuschlagen. Er will nur mit allem gebührendem Respekt diese Lage freundschaftlich und privat berühren.

Mr. Lansbury ist schon sehr alt und ziemlich lahm, so dass er während seines Besuchs in Wien nicht viel unternehmen kann, aber gewisse Höflichkeiten und Freundlichkeiten, die ihm erwiesen werden könnten, wären gewiss empfehlenswert. Ich darf die Bitte stellen, Vorstehendes dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis zu bringen. Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit. G. Frankenstein.»

Der bevorstehende Besuch Lansburys und seine Kontaktaufnahme mit Schuschnigg machte den Revolutionären Sozialisten Sorge. Sie fürchteten, der alte Mann könnte etwas tun oder sagen, was das Prestige des österreichischen Faschismus steigern würde.

Ich selbst war neugierig, den berühmten Politiker persönlich kennenlernen und folgte gern seiner Einladung, ihn vor dem Gespräch mit Schuschnigg in seinem Hotel zu besuchen. Als Lansbury meinen Namen hörte, fragte er sofort: «Sind Sie ein Verwandter des alten Andrew Scheu?» Für ihn war mein Grossonkel Andreas Scheu, der in den Jahren

1874 bis 1911 in Grossbritannien an der Gründung der sozialistischen Arbeiterbewegung hervorragenden Anteil genommen hatte, ein bekannter Begriff. Dann erkundigte sich Lansbury, ob wir österreichische Sozialisten irgendwelche Anliegen hätten, die er bei Schuschnigg vorbringen könnte. Ich zählte ihm sofort eine Reihe von Punkten auf, die mit Amnestie, mit den Zuständen in den Gefängnissen und der Behandlung von Sozialisten zu tun hatten.

Nach seinem Gespräch mit Schuschnigg liess Lansbury mich wieder rufen. Er lag in seinem Hotelzimmer auf dem Sofa, denn er hatte einen kranken Fuss. Er diktierte mir, welche Auskunft Schuschnigg zu jedem einzelnen Punkt seines Vorbringens gegeben hatte. Er hatte sich jedes Detail gemerkt – ein milder Mann mit scharfen Augen und einem klugen politischen Sinn. Lansbury gefiel mir sehr gut, und ich hatte nach diesem Gespräch die Überzeugung gewonnen, dass er auch bei seinen Unterredungen mit Hitler und Mussolini nichts aufgegeben, aber vielleicht manches gewonnen hatte. Auch für die österreichischen Sozialisten war seine Konversation mit Schuschnigg ohne Zweifel nützlich.

Zum Abschluss des Jahres 1937 veranstalteten wir eine grosse Silvesterfeier in meinem Familienhaus, der von Adolf Loos gebauten Villa in der La-Roche-Gasse. Es waren ungefähr siebzig Leute anwesend, viele ausländische Journalisten, unter ihnen auch Robert Best mit seiner neuen Kärntner Freundin, einige Diplomaten, Künstler, unser gesamter Freundeskreis. Es war für die meisten Mitglieder der Anglo-American Press Association of Vienna die letzte grosse Zusammenkunft. Im Rückblick erschien uns später diese Silvesterfeier als der Abschluss einer Epoche, aber wir wussten damals nicht, wie nahe das Ende war.

Der zeitweise Untergang Österreichs

Kontakte mit der Linken

Als ich im März 1938 nach der Machtübernahme der Nazi in Österreich und dem Einmarsch der deutschen Truppen als politischer Flüchtling in Prag ankam, traf ich schon am zweiten Tag den jungen österreichischen Architekten Heinrich Riss, der auf etwas abenteuerliche Weise über die Grenze gelangt war. Er hatte sich durch eine Lücke in der Bahnhofswand von der österreichischen auf die tschechische Seite des Grenzbahnhofs hinübergeschmuggelt.

Architekt Riss war mit der Bildhauerin Anna Mahler, der Tochter Gustav Mahlers, befreundet. (Die Mutter Anna Mahlers, Alma Mahler, heiratete in zweiter Ehe den Schriftsteller Franz Werfel.) Riss selbst hatte eine bewegte politische Vergangenheit hinter sich. Er war eine Zeitlang Heimwehrmann und bis zuletzt Hausarchitekt des Munitionsfabrikanten Fritz Mandl, des engsten Freundes des Heimwehrführers Starhemberg. In den letzten Jahren aber war Riss unter dem Einfluss Anna Mahlers immer weiter nach links gerückt. Er erzählte mir von den Aktionen, die Anna Mahler und er in den letzten Tagen vor dem Zusammenbruch unternommen hatten, Schuschnigg und die Kräfte der Linken zusammenzubringen, um – wie Anna Mahler es mir viele Jahre später beschrieb – «Österreich zu retten».

Ob Österreich in diesem Stadium noch hätte gerettet werden können, ist fraglich. Aber der Versuch, über den bis jetzt wenig bekannt wurde, ist des Gedenkens wert, schon deswegen, weil er von einem Kreis Intellektueller ausging, die für das damalige Österreich im besten Sinn repräsentativ waren und deren letzte politische Willensäußerung sich in dieser Aktion auswirkte.

Bundeskanzler Schuschnigg hatte nach dem tragischen Tod seiner ersten Frau, die bei einem Autounfall ihr Leben verlor, als Musikliebhaber viele Abende im Haus Frau Alma Mahlers verbracht. Die junge Bildhauerin Anna Mahler modellierte damals auch eine Büste von ihm. Als die verzweifelte Lage Österreichs immer deutlicher wurde, bemühte sich

Anna Mahler, die politisch naiv, aber von gutem Willen und Energie erfüllt war, die Beziehungen ihrer Mutter zu den Regierungskreisen und ihre eigenen Beziehungen zu linken Intellektuellen auszunützen, um doch noch im letzten Moment alle Kreise zusammenzubringen, die für die Unabhängigkeit und Erhaltung Österreichs eintraten.

Einer, der ihr dabei half, war der junge Industrielle Kurt Lichtenstern, der drei Jahre vorher den Kommunistenführer Ernst Fischer im Auto nach Österreich und dann wieder heraus gebracht hatte. Fischer hatte ihm nahegelegt, sich um Anna Mahler zu kümmern – damit war dieser Kontakt hergestellt. Unter anderen Mitwirkenden an der «Versöhnungsaktion» Anna Mahlers nannte sie mir den Schriftsteller Anton Kuh und den sozialistischen Journalisten «Hafis» (Hans Fischer). Kurt Lichtenstern (Conrad Lester) erinnert sich, dass auch der Schriftsteller Leo Perutz an der Aktion mitwirkte.

Es war Riss gelungen, den Chef der Staatspolizei Hofrat Weiser in die Bemühungen um eine Vermittlung einzuschalten. Hofrat Weiser sagte noch am Vorabend des 11. März, als die Naziunruhen in Wien einen Höhepunkt erreichten: «Wenn man mir die Erlaubnis gibt, kann ich mit 500 Polizisten die Ordnung wiederherstellen.» Er erhielt die Erlaubnis nicht.

Bundeskanzler Schuschnigg dürfte keine Ahnung davon gehabt haben, dass die Tochter seiner Seelenfreundin Alma Mahler-Werfel hinter den Bemühungen der Linksintellektuellen stand. Aktiv an den Verhandlungen beteiligt war sein Unterrichtsminister Dr. Hans Pernter. Er befand sich am 11. März in der Atelierwohnung Anna Mahlers in der Operngasse in Wien, als sein Chauffeur an das ebenerdige Fenster klopfte und den Minister, der gerade eine Besprechung mit Anton Kuh hatte, in das Bundeskanzleramt berief, wo soeben die entscheidenden Sitzungen begannen.

Anna Mahler erinnert sich, dass sie am gleichen Tag etwas später in das Gebäude des Rundfunks in der Johannesgasse ging, um den Generaldirektor des Rundfunks, Dr. Oscar Czeija, zu einer Aktion, nämlich einem Aufruf für Österreich, aufzufordern. Das Gebäude des Rundfunks (der «Ravag», Radio-Verkehrs A.G., wie der Rundfunk damals hiess) war leer und verlassen. Ohne einem Menschen zu begegnen, kam Anna Mahler bis in das Zimmer des Generaldirektors. Er sass an seinem Schreibtisch, den Kopf in die verschränkten Arme versenkt, entweder schlafend oder grübelnd. Er hatte keine Ahnung, was um diese Zeit draussen vorging.

Zielführend waren die Aktionen der Linksintellektuellen bei allem

guten Willen jedenfalls nicht. Etwa eine Woche vor dem Zusammenbruch Österreichs bemühten sie sich, eine gemeinsame Delegation der Kommunisten und der Revolutionären Sozialisten nach Paris zu entsenden, um dort die Linke zu einer Intervention zugunsten der Unabhängigkeit Österreichs aufzurufen. Um das Geld für die Reise der Delegation aufzubringen, begab sich Anna Mahler zu dem reichen Industriellen Bloch-Bauer, der der Sache mit Misstrauen begegnete, aber sich schliesslich dazu bereit erklärte, wenn ihm Karl Renner, der ihm als solider Sozialdemokrat bekannt war, die Garantie gebe, dass die Sache «seriös» sei. Karl Renner weigerte sich, das zu tun, angeblich weil er mit dem «Kapitalisten» Bloch-Bauer nichts zu tun haben wollte, wahrscheinlich aber, weil er selbst an der Seriosität der Aktion zweifelte.

Wieweit die ersten tatsächlichen Kontakte der Regierung mit der Linken durch die Bemühungen der Intellektuellen gefördert wurden, lässt sich schwer sagen. Richtig ist, dass schon in den ersten Wochen des Jahres 1938 eine Besprechung zwischen Vertretern der alten sozialdemokratischen Gewerkschaften und einigen autoritär «ernannten» Gewerkschaftsführern in der Wiener Wohnung des ehemaligen Vorarlberger christlichsozialen Abgeordneten Dr. Karl Drexel stattfand. An dieser Besprechung nahmen für die «Einheitsgewerkschaft» der Regierung Josef Staud und die Sekretäre Karl Waschnigg und Franz Prinke teil, für die Freien Gewerkschaften Karl Mantler, Johann Böhm (der spätere Gewerkschaftspräsident der Zweiten Republik) und Adolf Weigelt. Man sprach von einer Unterschriftenaktion, in der sich die geeinigte Arbeiterschaft hinter die Regierung zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs stellen sollte. Die freien Gewerkschaftsvertreter verlangten als Bedingung für die Zusammenarbeit freie Wahlen im Gewerkschaftsbund. Die Besprechung blieb ohne Ergebnis.

Inzwischen trat ein Ereignis ein, das die Öffentlichkeit alarmierte und die nationalsozialistische Bedrohung unmittelbar anzeigte. Am 25. Jänner fand eine Hausdurchsuchung im Büro des sogenannten «Siebener-Ausschusses der Nationalbetonten» in der Wiener Teinfaltstrasse statt. Dieser Ausschuss war 1937 zur Zusammenfassung der «national» gesinnten Kreise im Rahmen der Vaterländischen Front gebildet worden. Tatsächlich war er aber eine nationalsozialistische Verschwörerzentrale gegen die Regierung.

Gedye berichtet, dass den unmittelbaren Anlass zur Hausdurchsuchung eine Art Pressekonferenz gab, die der Leiter des Büros, der Chemiker Dr. Leopold Tavs, für einige Auslandskorrespondenten in seiner Zentrale veranstaltet habe. Er habe sich dort gerühmt, dass er als Vertreter

der illegalen nationalsozialistischen Partei mit Hauptmann Josef Leopold, dem Chef der österreichischen Nationalsozialisten, offen und ungestört gegen die Regierung Schuschnigg arbeiten könne.

Die Hausdurchsuchung brachte Dokumente zutage, die später als der «Tavs-Plan» bezeichnet wurden. Das Hauptdokument war ein Plan für die Steigerung nationalsozialistischer Unruhen in Österreich bis zum Frühling 1938, die eine deutsche Drohung mit militärischer Intervention und einen politischen Umschwung in Österreich zugunsten der Nationalsozialisten herbeiführen sollten. Der Plan war mit «R.H.», den Initialen von Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess, abgezeichnet. Unter den aufgefundenen Entwürfen befanden sich auch Pläne zu gewaltsamen Aktionen von Nationalsozialisten, die als «Legitimisten» getarnt auftreten sollten, darunter, wie der deutsche Gesandte Franz von Papen später berichtete, Mordanschläge gegen ihn selbst und gegen seinen Militärattaché, Generalleutnant Muff.

Tavs und seine Mitarbeiter wurden verhaftet. Bei der Abneigung der «radikalen» österreichischen Nationalsozialisten gegen Papen und die «Versöhnler» waren solche Pläne, ihn und einige seiner Freunde zu «opfern», gar nicht unwahrscheinlich. Jedenfalls dürften die aufgefundenen Umsturzpläne der österreichischen Nationalsozialisten dazu beigetragen haben, Bundeskanzler Schuschnigg für den Vorschlag Papens, die Unabhängigkeit Österreichs durch eine persönliche Aussprache mit Hitler in Berchtesgaden zu sichern, gefügiger zu machen. Zwei internationale Ereignisse trugen zur «Aufweichung» des österreichischen Bundeskanzlers bei. Die Krise im Kommando der deutschen Wehrmacht, ausgelöst durch den Rücktritt des Reichskriegsministers Feldmarschall von Blomberg, führte zur persönlichen Übernahme des Oberkommandos durch Hitler und damit zu einer Schwächung der alten konservativen Wehrmachtskreise. Und in England wuchs die Stimmung für eine «Beschwichtigungspolitik» gegenüber Deutschland, die einen Monat später zur Ablösung des Aussenministers Anthony Eden durch Lord Halifax führte. All das konnte für Schuschnigg die persönliche Aussprache mit Hitler in Berchtesgaden ratsam erscheinen lassen.

Das Echo von Berchtesgaden

Die Konferenz von Berchtesgaden zwischen Hitler und Schuschnigg am 12. Februar 1938 war der Anfang vom Ende des damaligen Österreich, aber das kam den Zeitgenossen zunächst in keiner Weise zu Bewusstsein.

Was in Berchtesgaden wirklich geschah, ist heute bekannt. Schuschnigg liess sich durch den deutschen Gesandten von Papen verleiten, einer Einladung Hitlers in dessen Residenz am Berghof in Berchtesgaden Folge zu leisten. Dort brüllte ihn Hitler an, drohte ihm in Anwesenheit seiner führenden Generäle mit dem Einmarsch und schüchterte ihn schliesslich derart ein, dass Schuschnigg, der nur von seinem Aussenminister Guido Schmidt begleitet war, versprach, den Vertrauensmann Hitlers, Dr. Seyss-Inquart, als Innenminister in die österreichische Regierung zu berufen, eine Amnestie für politische Delikte zu erlassen, die Nationalsozialisten in die Vaterländische Front aufzunehmen und in Hinkunft ausserpolitisch eng mit Hitlerdeutschland zusammenzuarbeiten.

Die einzigen Konzessionen, zu denen Hitler sich bereit fand, waren, dass er auf die ursprünglich festgesetzte Frist von drei Tagen für die Erfüllung dieser Massnahmen verzichtete. Er stimmte auch zu, dass man sich in den Kommunikés darauf berufen werde, dass die Vereinbarung auf der Grundlage des Abkommens vom 11. Juli 1936 – also der Selbständigkeit Österreichs – beruhe. Der Besuch Schuschniggs in Berchtesgaden war vorher streng geheimgehalten worden. Aus dem ersten Kommuniké, das im Laufe des Tages veröffentlicht wurde, ging nur hervor, dass der Besuch stattgefunden hatte. Man gewann den Eindruck, dass es Schuschnigg bei der Besprechung gelungen sei, Hitler gegenüber den Gedanken der Unabhängigkeit Österreichs durchzusetzen.

Dieser Irrtum war nicht nur in den österreichischen Zeitungen zu finden, sondern beeinflusste auch die Meldungen der Auslandskorrespondenten. Es war ein Samstag, und ich berichtete der Sonntagszeitung «Sunday Times», deren Wiener Korrespondent ich seit einem halben Jahr neben meiner Tätigkeit für die Londoner Tageszeitung «Daily Herald» war.

Mein Bericht für die «Sunday Times» war also vom österreichischen Standpunkt aus eher optimistisch. Erst am 16. Februar wurden nähere Einzelheiten über die von Schuschnigg versprochenen Massnahmen bekanntgegeben. Seyss-Inquart wurde zum Innenminister ernannt. Eine allgemeine Amnestie wurde erlassen, die, weil sie nicht auf bestimmte politische Richtungen beschränkt war, auch zur Freilassung der inhaftierten Sozialisten führte. Bis zu diesem Zeitpunkt war der offizielle Ton in Österreich noch immer zuversichtlich.

Jetzt aber begann eine Welle der Beunruhigung das Land zu erfassen. Die Übergabe des Ministeriums des Inneren, das heisst der Polizeigewalt, an Seyss-Inquart, der zwar nicht eigentlich als Nationalsozialist, wohl aber als «betont Nationaler» galt, war Grund genug dafür. Ich wandte

mich telephonisch an Dr. Ludwig Kleinwächter, einen der leitenden Beamten des Bundespressedienstes, der mir schon lange als einer der verständigsten und konziliantesten Vertreter des Regimes bekannt war. Er gab mir auf meine Fragen bereitwillig und sachlich Auskunft. Als ich aber zum Abschluss des Telefongesprächs meinte, es sei also wohl kein Grund zur Beunruhigung, antwortete er zu meiner Überraschung sehr ernst: «O nein, das möchte ich nicht sagen, es ist Grund zur Beunruhigung, man muss das Ausland alarmieren/»

Die Zeit der Beschwichtigungshofräte war also vorüber. Die Nationalsozialisten wurden jetzt mit jedem Tag kühner. In der Stadt beherrschten die Burschen und Mädchen mit den weissen Kniestutzen, die als Kennzeichen ihrer politischen Gesinnung an Stelle der Naziuniformen getreten waren, das Strassenbild. Jetzt verstärkte auch das Schuschniggregime seine Bemühungen, sich durch Kontakte mit den bisher verbotenen und verfolgten Sozialdemokraten Rückendeckung zu verschaffen. Die Situation war offensichtlich gefährlich. Sie schien keineswegs hoffnungslos, was ja auch aus Schuschniggs eigenen Aktionen in den nächsten Tagen hervorging.

Kurz nach meiner Besprechung mit Dr. Kleinwächter rief mich Dr. Franz Sobek an, ein anderer Beamter des Bundespressedienstes, der mir bisher als einer der verschwiegensten Repräsentanten des Schuschniggregimes erschienen war, und bat mich dringend in sein Büro. Dort erzählte er mir, es sei jetzt unbedingt notwendig, dass die Sozialisten auf die Strasse gingen und demonstrierten. Ich sollte dies womöglich veranlassen. Aber die Sozialisten sollten diesmal nicht «Freiheit» rufen (das war der Gruss, der in der Kampfzeit weitgehend an die Stelle von «Freundschaft» getreten war), sondern «Österreich».

Ich war über seine Auffassung erstaunt, dass man – oder gar dass ich – die Demonstrationsbereitschaft der sozialistischen Arbeiter wie eine Wasserleitung auf- und abdrehen könnte. Ich war aber mit Dr. Sobek zu wenig bekannt, um mit ihm ernstlich zu diskutieren. Ich antwortete daher nur allgemein, ich werde sehen, was sich tun liesse. Insgeheim dachte ich mir, die Panik im Regierungslager müsse schon sehr weit gediehen sein, wenn Dr. Sobek so sprach. Er verbrachte später in der Hitlerperiode lange Zeit im Konzentrationslager und war nach 1945 führender Funktionär der Organisation der Widerstandskämpfer (und Chef der österreichischen Staatsdruckerei).

Am 20. Februar hielt Hitler im deutschen Reichstag seine schon vorher angekündigte Rede, die auch vom österreichischen Rundfunk übertragen wurde, in der er, wie mit Schuschnigg vereinbart, auch auf das

Juli-Abkommen von 1936 Bezug nahm. Aber sonst war die Rede im Ton wüster Drohungen gegen Österreich gehalten. Die Reichstagsrede Hitlers verstärkte die Besorgnis in Österreich. Aber was man fürchtete, war höchstens eine Machtergreifung der Nazi in Österreich mit deutscher Unterstützung. Ausserhalb des kleinen Kreises, der die Einzelheiten der Berchtesgadener Besprechung kannte, dachte niemand an die Möglichkeit einer deutschen Invasion.

Die «Volkserhebung» in Graz und Linz

Unmittelbar nachdem Arthur Seyss-Inquart, der Führer der «Betont Nationalen» und Vertrauensmann Adolf Hitlers, das Innenministerium und die oberste Verwaltung der öffentlichen Sicherheit übernommen hatte, begann die Aktivität der österreichischen Nationalsozialisten rasch zuzunehmen. Ihre Strassenkundgebungen wurden zahlreicher und aggressiver. Viele ihrer Anhänger, die bis dahin mit ihrer Meinung zurückhaltend gewesen waren, bekannten sich offen zu Hitler. Aber auch die Leute Schuschniggs entwickelten angesichts der Gefahr eine vorher nie gekannte Energie. Jetzt trat auch die Arbeiterschaft auf den Plan, nachdem im Zuge der Amnestie sowohl die sozialistischen wie die kommunistischen Parteigänger aus den Gefängnissen entlassen worden waren.

Allerdings schien den Nationalsozialisten das einheitliche Konzept zu fehlen. Das Verhalten des Kreises um Seyss-Inquart war merkwürdig zögernd. Der Gegensatz zwischen den «Betont Nationalen» und den eingefleischten alten illegalen österreichischen Nationalsozialisten wie Hauptmann Josef Leopold diente keineswegs nur zur Täuschung des Gegners, sondern war Wirklichkeit. Unmittelbar nach dem Abkommen von Berchtesgaden wurde Leopold als Landesleiter der illegalen österreichischen Nazi von Hitler abgesetzt und nach Deutschland berufen. Er trat auch nie wieder politisch in Erscheinung. Sein weiteres Schicksal und seine Verbitterung hat Friedrich Funder in einem Kapitel seines Buches «Als Österreich den Sturm bestand» geschildert. Leopold fiel 1941 bei den Kämpfen in Russland. Hitlers Regierung gab bei ihrer Aktion in Österreich den neuen «legalen» Nationalsozialisten um Seyss-Inquart den Vorzug gegenüber den alten «Illegalen».

Überhaupt darf man nicht annehmen, dass in den letzten Februartagen des Jahres 1938 die Uhr des Schicksals schon unweigerlich auf die Auslöschung Österreichs hinwies. Das wäre eine falsche Geschichtsbetrachtung. Nicht einmal in Deutschland, wo der Sturz der militäri-

schen Führung unter den Generalen Blomberg und Fritsch und die Entlassung des Aussenministers Neurath eine Krise hervorgerufen hatte, war man sich einig. Man weiss jetzt, dass es vor allem Göring war, der zur Aktion in Österreich drängte und seinen Willen durchsetzte.

Entscheidend war die Haltung der Westmächte und der Tschechoslowakei, die Österreich im Stich liessen. Es mussten noch mehrere Aggressionen erfolgen, bevor dem Westen die Geduld riss und Hitlers Rechnung fehlschlug. Ob dieser Umschwung bei einem entschlossenen Widerstand Österreichs nicht schon im März 1938 eingetreten wäre, konnte man damals und kann man heute nicht wissen.

Die erste Aktion der österreichischen Nationalsozialisten nach der Reichstagsrede Hitlers war die Einberufung eines «Deutschen Tags» für den 27. Februar nach Graz, bei dem die Nationalsozialisten aus weitem Umkreis zu einer grossen Kundgebung zusammenkommen sollten. Schuschnigg, der sich jetzt von dem Schock des Berchtesgadener Gesprächs erholt hatte und mit Energie auftrat, verbot die Kundgebung und liess Militär aufbieten. Darauf antworteten die Nazis in Graz, indem sie während der Rede Schuschniggs vor dem autoritären österreichischen «Bundestag» in Wien am 24. Februar, wo er mit Festigkeit für die Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs eintrat, die Aufpflanzung einer Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus der steirischen Landeshauptstadt erzwangen.

In Graz beherrschten die Nazi mehrere Tage lang die Strasse. Dafür erhielt die Stadt später von Hitler den Titel «Stadt der Volkserhebung». Es kam aber auch, wie Gedye, der in diesen Tagen die Stadt besuchte, bestätigte, zu Gegendemonstrationen der Arbeiterschaft. Seyss-Inquart fuhr am 1. März nach Graz und zeigte sich bei einer Kundgebung von etwa 5'000 Braunhemden gemeinsam mit dem steirischen Naziführer Professor Dadieu am Fenster seines Hotels. Er beantwortete die «Heil-Hitler»-Rufe der Demonstranten, wie Gedye feststellt, «mit einiger Verlegenheit im Gesicht», indem er die Hand zum Hitlergruss erhob. Es war der erste öffentliche Rechtsbruch des neuen Innenministers, denn der Hitlergruss war im Österreich Schuschniggs verboten.

Graz war einige Tage lang ein wichtiges österreichisches Nachrichtenzentrum. Der Wiener Reuter-Korrespondent Christopher Holme schickte seinen österreichischen Assistenten Alfred Geiringer nach Graz. Geiringer war auf meine Empfehlung zu Christopher Holme gekommen.

Die ständige Verbindung von Graz zur Auslandspresse hielt in den entscheidenden Tagen für einen grossen Teil der englischen Presse ein einziger mutiger Mann aufrecht, der frühere sozialdemokratische Grazer

Gemeinderat Isidor Preminger. «Isis» war damals schon ein älterer Herr, und es wäre begreiflich gewesen, wenn er sich nicht exponiert hätte, besonders da er Jude war und zeitweise politisch dem äussersten linken Flügel angehört hatte. Er liess sich aber nicht einschüchtern, und seine telephonischen Meldungen aus Graz trugen dazu bei, die Welt auf die kommenden Ereignisse in Österreich vorzubereiten.

Nach dem deutschen Einmarsch war das Schicksal Premingers, um den wir uns grosse Sorgen gemacht hatten, durch den Umstand beeinflusst, dass er während der Schuschniggzeit einmal als Sozialist vor einem Polizeirichter gestanden und eine sehr mutige Erklärung seiner Überzeugung abgegeben hatte. Der Richter stand innerlich den Nationalsozialisten nahe. Er verurteilte Preminger, aber er war von seiner Persönlichkeit beeindruckt und intervenierte im Jahre 1938 bei den Nazibehörden für ihn, der inzwischen verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau gebracht worden war. Preminger wurde freigelassen und kam mit seiner Familie zu uns nach England.

Am Wochenende des 5. März war ein Besuch Seyss-Inquarts in Linz angesetzt. Dort sollte ebenfalls ein «Deutscher Tag» abgehalten werden. Aus diesem Anlass fuhr ich mit einer Gruppe von Zeitungskorrespondenten nach Linz. Die Stadt war festlich geschmückt. Überall sah man die (theoretisch noch immer verbotenen) Hakenkreuze. Die nationalsozialistischen Parteigänger waren von weit und breit zusammengezogen worden. Sie grüssten einander mit erhobenem Arm und riefen «Heil Hitler!» Das Schuschniggregime existierte an diesem Wochenende in Linz nur noch dem Namen nach.

Aber es gab noch einzelne Stellen, wo die Anhänger des Ständestaats wie in belagerten Festungen ausharrten. Eine solche Stelle war die Linzer Arbeiterkammer, wo uns der Sekretär Dr. Alfred Maleta, ein «linker» Schuschniggmann, empfing. Er war nicht in fröhlicher Stimmung und beklagte sich bitter über die Exzesse der Nazis. Maleta galt schon unter Schuschnigg als Vertreter der katholischen Arbeiterbewegung. Er verbrachte einen Teil der Hitlerzeit im Konzentrationslager. Nach dem Krieg wurde er Obmann des österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes der Volkspartei und später Erster Präsident des österreichischen Nationalrats.

Von der Arbeiterkammer fuhren wir ins nationalsozialistische Hauptquartier. Hier war die Stimmung optimistisch. Der Gegensatz war dramatisch. Der oberösterreichische Nazilandesführer Eigruber, ein grobschlächtiger und aggressiver Mann, gab in triumphierendem Ton eine Erklärung ab. Kurze Zeit später, nach dem Einmarsch der Deutschen,

wurde Eigruher Gauleiter von Oberösterreich oder, wie es dann bald hiess, Oberdonau. Er hatte grossen Anteil an den Greuelthaten des Konzentrationslagers Mauthausen und wurde nach dem Sieg der Alliierten im Jahr 1945 an der Ennsbrücke gehenkt.

Der Höhepunkt des Tages in Linz war die Ankunft des Innenministers am Bahnhof. Seyss-Inquart entstieg dem Zug. Der schlanke Mann mit seiner Hornbrille wirkte auch jetzt noch schüchtern und unentschlossen. Die versammelte Menge brüllte «Heil Hitler!» und erhob die Hand zum Nazigruss. Seyss-Inquart hob schliesslich auch den Arm und grüsste zurück. Er hatte sich dem Nazismus jetzt auch formell verschrieben. Aber er war kein dynamischer Bahnbrecher der Weltgeschichte, sondern eher eine Schachfigur. Seine tragische Dämonie lag in seiner Schwäche. Er wurde im Nürnberger Prozess nicht wegen seines Verhaltens in Österreich zum Tod verurteilt und hingerichtet, sondern wegen seiner späteren Taten als deutscher Gouverneur von Holland.

Als ich an jenem Abend nach Wien zurückkehrte, sagte ich zu meiner Frau, ich sei jetzt selbst überzeugt, dass Österreich kaum mehr zu retten sei. Wir vereinbarten, dass wir im Notfall trachten würden, nach Prag zu kommen, von wo aus ich meinen Beruf als Korrespondent des «Daily Herald» weiter ausüben könnte. Wie nahe das Ende bevorstand, ahnte ich allerdings nicht.

Wieder Sozialdemokraten

In den letzten Tagen vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Österreich und dem Einmarsch der deutschen Truppen kam es noch einmal zu einem plötzlichen Aufblühen der «linken» politischen Tätigkeit. Die Verfolgung durch das Schuschniggregime hörte auf. Einige Tage nach dem Gespräch Schuschniggs mit Hitler in Berchtesgaden wurden auch die verhafteten Sozialisten und Kommunisten freigelassen.

Der Weg zu Verhandlungen der Linken mit der Regierung schien offen. Die verschiedenen Untergrundorganisationen, die Sozialisten, die Kommunisten und die illegalen Gewerkschaften, fanden sich zu einem gemeinsamen Verhandlungskomitee für Gespräche mit der Regierung zusammen. An der Spitze dieses Komitees stand Friedrich Hillegeist, in dessen Händen einige Tage hindurch alle Fäden der Politik der österreichischen Arbeiterbewegung zusammenliefen. Er war der Mann der Stunde und fand sich in seinem neuen Aufgabenkreis mit der scheinbar unerschütterlichen Ruhe zurecht, die ihm eigen war.

Ich hatte Hillegeist schon mehr als ein Jahr vorher durch Walter Wodak (der dann in der Zweiten Republik Botschafter in Moskau wurde) kennengelernt. Zuerst wusste ich nicht, wie der Mann hiess. Er wurde mir als Funktionär der illegalen Angestelltengewerkschaft vorgestellt. Hillegeist war kühl und bedächtig, unauffällig und zielbewusst, Eigenschaften, die ihn zum Leiter der illegalen Organisation besonders befähigten. Was aber im Augenblick eine sehr wichtige Voraussetzung für den Leiter des Verhandlungskomitees mit der Regierung Schuschnigg darstellte, war die Tatsache, dass er als Gewerkschaftsmann sozusagen unparteiisch zwischen den Sozialisten und den Kommunisten stand und von beiden illegalen Parteien anerkannt wurde. (Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er sozialistischer Parlamentsabgeordneter.)

Ich traf in den ersten Märztagen mit Hillegeist mehrmals zusammen, gewöhnlich im Café Heinrichshof, das sich im selben Gebäude wie meine Rechtsanwaltskanzlei befand. Hillegeist berichtete mir über die Probleme, mit denen er sich zu beschäftigen hatte. Manche davon erscheinen im Rückblick seltsam, beinahe grotesk. Zum Beispiel gab es einen Streit darüber, was für ein Parteiabzeichen die neue «legalisierte» Linke tragen sollte. Die Sozialisten wollten ihre traditionellen «Drei Pfeile», die Kommunisten waren damit nicht einverstanden.

Bundeskanzler Schuschnigg hatte am Donnerstag, dem 3. März, zum erstenmal die Vertreter der Arbeiterbewegung unter Führung Hillegeists zu einer Unterredung empfangen. Offiziell waren die Leute, mit denen er sprach, eine «Delegation der Betriebsvertrauensleute». Das Ergebnis der Besprechungen war, dass am Montag, dem 7. März, abends im Floridsdorfer Arbeiterheim mit Duldung der Polizei eine Delegiertenversammlung der Arbeiterorganisationen stattfand, bei der über die nächsten Schritte gesprochen werden sollte.

Ich hatte vorher eine Zusammenkunft mit Hillegeist und brachte ihn von dort im Taxi in das Floridsdorfer Arbeiterheim. Ich war stolz darauf, bei einer historisch wichtigen Gelegenheit auf diese Art mitwirken zu können. Im Floridsdorfer Arbeiterheim war der Saal voll besetzt. Es waren ungefähr 350 Leute anwesend. Die Menschen sprachen sich wieder offen mit «Genosse» an. Die Hauptsprecher bei der Versammlung waren Hillegeist, der über die Verhandlungen mit Schuschnigg Bericht erstattete, sowie der Vorsitzende der illegalen Gewerkschaften, Karl Mantler.

Einer der ersten Redner sagte: «Wenn die anderen sich heute offen als Nationalsozialisten bezeichnen, dann können auch wir uns offen Sozialdemokraten nennen.» Dieser Satz wurde mit stürmischem Jubel

begrüsst. Die Versammlung beschloss eine Resolution, die die Wiederherstellung der Rechte der Arbeiterbewegung forderte. Unter dieser Bedingung seien die Arbeiter bereit, die Regierung Schuschnigg im Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs zu unterstützen. (Für eine Unterstützung der Regierung auch ohne diese Bedingung waren nur einige kommunistische Delegierte.)

Man hatte in dieser grossen Versammlung das Gefühl, die Diktatur der letzten Jahre sei nur ein böser Traum gewesen. Die freie österreichische Arbeiterbewegung war wieder da, lebend und zuversichtlich, als ob sie nie zerschlagen und unterdrückt worden wäre. Am Schluss sangen die Teilnehmer der Versammlung ergriffen das «Lied der Arbeit», die Hymne der österreichischen Arbeiterbewegung, die seit dem Jahr 1934 verboten war. Es wurde beschlossen, dem Verhandlungskomitee Vollmachten für weitere Gespräche mit der Regierung zu geben.

Es war für mich interessant, dass bei dieser Versammlung das Wort «Sozialdemokraten» die stärkste Gefühlserregung hervorgerufen hatte. Der Begriff «Revolutionäre Sozialisten», der in der illegalen Periode so viel bedeutet hatte, trat für den Augenblick in den Hintergrund, man knüpfte an die Zeit vor dem Februar 1934 an, man war wieder «Sozialdemokrat». Ein Erlebnis, das ich am nächsten Tag hatte, verstärkte bei mir diesen Eindruck.

Freunde sagten mir, ich solle am Abend ins Café Meteor in der Fasangasse im dritten Wiener Gemeindebezirk kommen, dort würde ich interessante Dinge sehen. Ich nahm mit Bewilligung meiner Bekannten meinen Kollegen Eric Gedye, den Korrespondenten des Londoner «Daily Telegraph» und der «New York Times», zu dieser Zusammenkunft mit. Das Kaffeehaus wirkte, wenn man von der Strasse hereinkam, völlig normal, nur wenige Leute sassen an den Tischen und lasen Zeitung. Auf ein Wort unseres Begleiters führte uns aber der Oberkellner eine Stiege hinunter in einen Kellerraum, wo die «geschlossene Gesellschaft», etwa dreissig Personen, versammelt war.

Untergrundorganisation im wahrsten Sinn des Wortes. Es war praktisch eine Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Robert Danneberg, der Parteisekretär der Sozialdemokratischen Partei, führte den Vorsitz.

Das Bild dieser Sitzung blieb mir viele Jahre lang vor Augen. Es begleitete mich in die Emigration. So wie Kaiser Friedrich Barbarossa in seiner sagenhaften Berghöhle, so tagte in meiner Vorstellung die österreichische Sozialdemokratie noch immer im Café Meteor und wartete auf den Augenblick, in dem der Spuk des Nationalsozialismus verfliegen

sein würde und sie wieder ans Tageslicht würde steigen können. Ich dachte an dieses Bild auch noch, als ich schon wusste, dass viele Teilnehmer an dieser Sitzung in den Kerkern und Konzentrationslagern des Nationalsozialismus umgekommen waren, darunter auch Robert Danneberg.

Das un reale, geisterhafte Element dieser Sitzung wurde allerdings für mich noch durch das Thema verstärkt, das gerade beraten wurde, während Gedye und ich zuhörten. Gegenstand der Debatte war die Maifeier für 1938, die Form, in der die Sozialdemokraten diese Feier abhalten sollten, wenn die Partei wieder legal geworden wäre. Verschiedene Meinungen über die Einzelheiten wurden geäußert.

Ob es jemals möglich war, dass die weitere Geschichte Österreichs so verlaufen wäre, ist zweifelhaft. Jedenfalls war es Bundeskanzler Schuschnigg selbst, der durch seine tollkühne Ankündigung in Innsbruck am Abend des Mittwoch (des 10. März), es solle am nächsten Sonntag eine Volksabstimmung zur Bekräftigung der Unabhängigkeit Österreichs stattfinden, die Ereignisse ins Rollen brachte. Von der Rede Schuschniggs blieben denen, die am Radio zuhörten, vor allem die Worte in Erinnerung, mit denen er am Höhepunkt seine Tiroler aufrief: «Mander, 's ischt Zeit!» Das war der Kampfruf des Tiroler Freiheitshelden Andreas Hofer im Jahr 1809 gewesen. Diesmal war dieser ein bisschen komisch wirkende Appell das Signal für Hitlerdeutschland, seinen Machtapparat in Bewegung zu setzen, um noch vor dem Tag der Volksabstimmung mit Österreich gewaltsam Schluss zu machen.

In Österreich löste die Ankündigung der Volksabstimmung jedoch zunächst weitere fieberhafte Aktivität aus, die auch die Sozialisten einschloss. Es war vereinbart worden, die Sozialisten als «linken Flügel» in die Vaterländische Front einzubauen, als Gegenstück zum nationalsozialistischen «rechten Flügel». Die Form, in der die Sozialisten wieder in der Öffentlichkeit auftreten sollten, war eine Reorganisation der «Sozialen Arbeitsgemeinschaft», die bis dahin eine Einrichtung der Vaterländischen Front zur Gewinnung der Arbeiter gewesen war. Die Leitung der neuen «Sozialen Arbeitsgemeinschaft» sollte Karl Hans Sailer übernehmen, der Mann, der im grossen Sozialistenprozess als Hauptangeklagter das sichtbare Haupt der illegalen sozialistischen Organisation gewesen war. Als Propaganda- und Pressereferent der neuen «Sozialen Arbeitsgemeinschaft» war mein Freund Fritz Jahnel ausersehen, wie er mir bei einem Besuch in meiner Kanzlei vergnügt mitteilte.

Den entscheidenden Schritt sollte Karl Hans Sailer tun, indem er in

einer Rundfunkrede die österreichischen Sozialisten aufforderte, bei der von Schuschnigg angeordneten Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs mit «Ja» zu stimmen. Dazu kam es jedoch nicht mehr.

Ausgestritten, ausgerungen ...

Das Ende kam unvermutet am 11. März 1938, einem Freitag.

Ich sass am Schreibtisch in meiner Kanzlei am Opernring, als ich einen Telephonanruf erhielt. Es war mein alter Freund Dr. Emanuel Urbas, der aussenpolitische Redakteur der Regierungszeitung «Reichspost». Wir waren trotz aller politischen Unterschiede befreundet, da er lange Zeit der Mieter des oberen Stockwerks in unserem Haus in der La-Rochegasse gewesen war. Urbas sagte ganz kurz: «Es ist alles vorüber. Schuschnigg hat die Volksabstimmung abgesagt. Hitler hat ein Ultimatum gestellt und die Deutschen marschieren ein.» Dann legte er den Hörer auf.

Es war mir sofort bewusst, dass ich der erste oder einer der ersten Sozialisten war, die von dieser katastrophalen Nachricht erfuhren. Ich verständigte daher telephonisch zunächst einige meiner Bekannten, von denen ich wusste, dass sie besonders gefährdet waren. Ich rief vor allem Karl Hans Sailer an, den anerkannten Führer der Sozialisten, der bereits an seinem Aufruf arbeitete, mit dem die Sozialisten aufgefordert werden sollten, bei der Volksabstimmung mit «Ja» zu stimmen. Sailer verliess auch noch am gleichen Tag mit dem Abendzug mit seiner Frau Nuna Österreich in Richtung Tschechoslowakei. Aber die Tschechoslowakei hatte in engstirniger Kurzsichtigkeit sofort die Grenze für Flüchtlinge aus Österreich gesperrt. Die Passagiere des Abendzuges wurden von der Grenze nach Wien zurückgeschickt, wo die nationalsozialistische SA bereits am Bahnhof wartete, da sie mit Recht annahm, dass der erste Zug viele prominente politische Flüchtlinge mit sich führen würde.

Unter denen, die bei der Rückkehr mit diesem Zug nach Wien verhaftet wurden, war auch Robert Danneberg, der dann im Konzentrationslager ums Leben kam. Sailer und seine Frau waren so klug, schon eine Station vor Wien den Zug zu verlassen. Sie versteckten sich einige Zeit in Österreich und konnten schliesslich ins Ausland flüchten.

Ein anderer, den ich anrief, war mein Freund Heini Sussmann, der in der Verwaltung des Boulevardblattes «Telegraf» beschäftigt war. Heini zog aus meiner Mitteilung zunächst selbst keine Konsequenzen, aber er warnte seine Kollegen. Der Chefredakteur Bondy, ein tatkräf-

tiger Anhänger des Schuschniggregimes, setzte sich sofort in ein Auto und fuhr nach Pressburg. Als er die Grenze am Nachmittag überschritt, war sie noch nicht gesperrt. Bondy überzeugte sich, dass alles ganz ruhig war und war eben im Begriff, die Nachricht für einen falschen Alarm zu halten und nach Österreich zurückzukehren, als er sah, wie der Handelsminister Schuschniggs, Friedrich Stockinger, ein Mann, der wiederholt der Korruption beschuldigt worden war, im Wagen die Grenze passierte und seinen Pass den Tschechen übergab. Bondy blieb daraufhin wohlweislich in der Tschechoslowakei und rettete so vermutlich sein Leben.

In den späten Nachmittagstunden rief mich Bürgermeister Seitz an und fragte, ob es richtig sei, dass die Volksabstimmung abgesagt wurde. Ich antwortete: «Ja. Ausserdem tritt Schuschnigg zurück und die Deutschen marschieren ein.» Seitz sagte in seinem ruhigsten und verbindlichsten Ton: «Danke schön, Herr Doktor. Auf Wiedersehen», und legte auf.

Am Abend waren wir zu Hause. Wir hatten schon einige Tage vorher mit Fritz Janel und seiner Freundin Judith besprochen, was wir tun würden. Unser Entschluss stand fest: Wenn wir auswandern müssen, werden wir nicht wieder zurückkommen, wie es viele der Emigranten von 1934 unvorsichtigerweise getan hatten. Dann wollten wir lieber im Ausland ein wirklich neues Leben beginnen. (Auch Fritz und Judith wanderten über Frankreich nach Amerika aus.)

Die Nacht kam, und die Nachrichten, die wir über das Radio hörten, wurden immer katastrophaler. Schuschnigg war zurückgetreten, und Seyss-Inquart hatte die Regierung übernommen. Der Rundfunk selbst war schon in den Händen der SA und der SS. Die Berichte sprachen von begeisterten Demonstrationen der Nationalsozialisten in ganz Wien, von der Übernahme aller Regierungsstellen. Schliesslich kam die Meldung, der zurückgetretene Bundeskanzler Schuschnigg selbst sei bereits verhaftet. Ich sprach während der Nacht wiederholt mit London. Bei meinem letzten Anruf sagte der aussenpolitische Redakteur des «Daily Herald»: «Join Bernstein.» Das war das vereinbarte Stichwort. Bernstein war der lokale Vertreter des «Daily Herald» in Prag, der seine Berichte gewöhnlich an mich nach Wien übermittelt hatte. Der Auftrag, mich ihm «anzuschliessen», bedeutete die Bewilligung und Anordnung, ich solle Wien verlassen und nach Prag flüchten.

Im Café Louvre herrschte, wie man uns später erzählte, Weltuntergangsstimmung. Robert Bests Freundin, die junge hübsche Kärntnerin Erna Maurer, weinte. Ein Korrespondent zweiten Ranges, der österreichischer Staatsbürger war, kam mit einem Hakenkreuzabzeichen in das

Kaffeehaus und teilte mit, er sei schon lange Mitglied der Nazipartei gewesen. Im Haupttelegraphenamt drangen SA-Leute in das Journalistenzimmer ein und zwangen mit ihren Gewehren die dort anwesenden Journalisten, sich mit erhobenen Händen mit dem Gesicht gegen die Wand zu stellen. Einige wurden verhaftet.

Am frühen Morgen nahm ich ein Taxi zum Nordbahnhof. Wir hatten zwar über die Sperrung der Grenze durch die Tschechen gehört, doch schien es der Mühe wert, die Abreise auf dem kürzesten Weg wenigstens zu versuchen. Der Wiener Nordbahnhof mit seinen merkwürdigen gotischen Türmen war mir einer der fremdesten unter den Wiener Bahnhöfen. Er passte zu meinem seltsamen Abenteuer. Am Bahnhof befanden sich nur wenige Menschen, und ich erhielt die Fahrkarte ohne Schwierigkeiten. Ich bestieg den halbleeren Zug nach Lundenburg, der tschechoslowakischen Grenzstation.

Es war eine merkwürdige Fahrt. Die Sonne schien in das Abteil, in dem ich sass. Ich war durch die Ereignisse, vielleicht auch durch die durchwachte Nacht, in einer Art heroischen Stimmung, in der ich keine wirkliche Angst hatte. Es war das Gefühl eines tragischen historischen Augenblicks, der schliesslich viele Menschen in gleicher Weise betraf. Während ich fuhr, gingen mir immer die Verse aus Schillers Gedicht «Das Siegesfest» im Kopf herum, in dem vom Fall Trojas die Rede war:

«Ausgestritten, ausgerungen
Ist der lange schwere Streit,
Ausgefüllt der Kreis der Zeit
Und die grosse Stadt bezwungen.»

In Lundenburg mussten wir alle auf der österreichischen Seite des Bahnhofs aussteigen, und alle, die wie ich österreichische Pässe hatten, wurden von den tschechischen Grenzbeamten zurückgewiesen. Ich stand auf dem Perron und wartete auf den österreichischen Zug nach Wien zurück. Unter meinen etwa hundert Leidensgenossen sah ich einige bekannte Gesichter. Keiner von uns sprach mit dem anderen. Dann fuhren wir alle stumm nach Wien zurück.

Am Wiener Nordbahnhof warteten jetzt uniformierte SA-Posten, die unsere Pässe kontrollierten. Der SA-Mann fragte mich, woher ich käme. Ich sagte: «Aus Lundenburg.» Da in meinem Reisepass als Beruf «Rechtsanwalt» stand und nicht «Journalist», kam ich dem Mann nicht verdächtig vor, und er liess mich passieren. Das war ein Glücksfall, der für den Verlauf meines weiteren Lebens bestimmend war.

In Wien nahm ich ein Taxi und fuhr in meine Kanzlei.

Herta rief inzwischen unseren Freund Eric Gedye an, den Korrespondenten des «Daily Telegraph» und der «New York Times». Gedye hatte für den Nachmittag einen Besuch bei dem tschechischen Geschäftsträger Josef Srom angesetzt und versprach, bei ihm für mich zu intervenieren. Tatsächlich gab ihm Srom auf die Mitteilung, dass ich als Korrespondent des «Daily Herald» von Wien nach Prag versetzt worden sei, ein besonderes Dokument, ein Passepartout (einen Passierschein) für mich mit. (Srom, ein immer hilfsbereiter Mann, wurde während des Krieges als Mitglied der tschechischen Widerstandsbewegung von den Deutschen erschossen.)

Mit dem Passepartout ausgerüstet, versuchte ich am Spätnachmittag nochmals die Reise nach Lundenburg. Der österreichische Beamte am Schalter des Nordbahnhofes sagte mir diesmal: «Es hat gar keinen Sinn, wenn Sie fahren. Die Grenze ist gesperrt.» Ich verlangte trotzdem die Fahrkarte und erhielt sie auch. Nationalsozialisten mit Hakenkreuzarmbinden kontrollierten im Zug die Pässe. Einer sagte zum anderen, der «Führer» sei bereits auf dem Weg nach Österreich.

Als wir nach Lundenburg kamen, war kaum jemand mehr im Zug, der mit einem österreichischen Pass über die Grenze wollte. Der österreichische Beamte mit der Hakenkreuzarmbinde sah meinen Pass etwas mitleidig an und wies mich an den nächsten Tisch zu dem tschechischen Beamten hinüber, in der Erwartung, dieser werde mich sogleich zurückschicken. Erst jetzt zog ich mein Passepartout heraus und zeigte es dem Tschechen. Der Beamte stempelte meinen Pass und wies mich zur Ausgangstür. Ein Schritt und ich war auf freiem tschechoslowakischem Boden.

Ich rief noch am Abend aus dem kleinen Hotel in Lundenburg Herta in Wien an und teilte ihr mit, dass ich angekommen sei. Herta konnte davon noch einige unserer Angehörigen und Bekannten verständigen. Ich selbst trat am nächsten Morgen die Weiterfahrt nach Prag an, ohne in Brünn, dem Sitz des Auslandsbüros der österreichischen Sozialisten, Station zu machen, weil ich von Prag aus rasch wieder Verbindung mit meiner Zeitung in London aufnehmen wollte. Das herrliche sonnige Wetter dauerte noch immer an. Ich las auf der Reise nach Prag in der Zeitung, dass Österreich beschlossen hatte, sich an Deutschland anzuschließen.

Am Sonntag Abend sass ich in Prag unter freiem Himmel in einem Kaffeehaus in der Nähe des Hradschin und beobachtete die fröhlich tanzenden Paare. Ich dachte, wie unbeschwert diese Menschen doch von den tragischen Ereignissen waren, die sich wenige Stunden entfernt in

ihrem Nachbarland Österreich zutragen. Wenige Monate später war die Bevölkerung der Tschechoslowakei selbst von Sorgen ergriffen, und da waren es wieder andere Völker, die sich wenig darum kümmerten, was sich «in einem fernen Land zuträgt, von dem wir so wenig wissen».

Herta folgte mir ein paar Wochen später, ebenfalls mit einem Passepartout. Einige Tage nachher kamen vier Gestapoleute in unser Wiener Haus, suchten nach uns und «beschlagnahmten» unsere noch nicht zweijährige Tochter Helga, die mit Hertas Mutter dort wohnte. Sie sagten, dass entweder ich oder Herta zurückkommen würden, um das Kind zu holen. In der Zwischenzeit sei meine Schwiegermutter persönlich haftbar dafür, dass das Kind in Österreich bleibe.

Aber wir kamen nicht zurück, viele Jahre nicht. Von Prag aus wurde ich nach London berufen, wohin Herta und ich im April mit einem Flugzeug, das von Prag direkt nach Brüssel flog, reisten. Einige Zeit später überlegten es sich die deutschen Behörden. Sie stellten der kleinen Helga einen eigenen Pass aus (Beruf: Kind, Grösse: im Wachsen), und mein Schwager brachte sie zu uns nach London.

Nachwort

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten und dem Anschluss an Deutschland im März 1938 verlor Wien seine Funktion als internationales Nachrichtenzentrum. Die ausländischen Journalisten reisten nacheinander ab.

Einer der ersten, der Wien verliess, war Douglas Reed, der Chefkorrespondent der Londoner «Times». Ein Vermerk der Gestapo berichtet kurz über ihn: «Als am 13. März 1938 unbekannt wohin verzogen abgemeldet.» Der zweite Mann der «Times», Hugo Neumann, blieb schutzlos in Wien zurück. Er war österreichischer Staatsbürger, in Czernowitz geboren, jüdischer Abkunft, 64 Jahre alt. Er schrieb nach London an seine Redaktion, man möge ihn in ein anderes Land versetzen. Die Londoner Redaktion zeigte für seine gefährdete Lage zunächst wenig Verständnis. Man liess ihn wissen, er möge sich keine Sorgen machen. Man sei sehr zufrieden mit seiner Tätigkeit in Wien und werde ihn auch weiter dort beschäftigen. Was später aus ihm geworden ist, weiss ich nicht.

Marcel Fodor vom «Manchester Guardian» reiste ab und fand später Asyl in den Vereinigten Staaten. Von dort kehrte er nach dem Krieg als amerikanischer Armeekorrespondent nach Europa zurück. Als ich ihn das nächste Mal traf, war es in Berlin, und er trug amerikanische Uniform, die bei einem so milden Mann wie ihm seltsam wirkte. Alfred Tyrnauer von der «International News Service» wurde zuerst von den Nationalsozialisten verhaftet, dann auf persönliche Intervention seines Chefs, des amerikanischen Zeitungskönigs William Randolph Hearst, freigelassen und ging nach Amerika. Auch er kehrte später zeitweise nach Europa zurück.

Zwei englische Journalisten mussten Österreich schon unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen verlassen. Der eine war Gedye, der von den deutschen Behörden im Auftrag der deutschen Gestapo ausgewiesen wurde. Der andere war der Korrespondent der Reuter-Agen-

tur, Christopher Holme. Er wurde nach London zurückberufen, nachdem die Londoner Zentrale der Reuter-Agentur einen Tip von der deutschen Botschaft <erhalten hatte, dass seine Ausweisung knapp bevorstand.

Das Einschreiten gegen die beiden Korrespondenten hing vermutlich mit einem Vorfall zusammen, der sich am Tag nach der Ankunft Hitlers in Wien im Bundeskanzleramt zutrug. Der neue «Pressechef», der österreichische Journalist Lazar, der vorher Pressechef bei der österreichischen Gesandtschaft in Berlin gewesen war, berief die Auslandskorrespondenten in das Bundeskanzleramt. Sie sollten dort ihre neuen Passierscheine übernehmen. Es war Lazar, der am Sonntag, dem 13. März, abends, bei einer Pressekonferenz den Journalisten offiziell den Anschluss und das Ende Österreichs bekanntgegeben hatte.

Während die Auslandskorrespondenten zur Entgegennahme ihrer Passierscheine versammelt waren, erschien Hitler auf dem Heldenplatz vor der Burg, um seine Rede zu halten. Inzwischen hatte die SS das Gebäude auf dem Ballhausplatz umstellt und liess niemanden aus dem Haus. Die Journalisten, die ihre neuen Passierscheine benützen sollten, wurden zurückgedrängt und mit dem Erschiessen bedroht.

Christopher Holme schrieb mir über diesen Vorfall viele Jahre später: «Ich hatte von einem untergeordneten Beamten erfahren, wie man das Telephon für Gespräche ausser Haus umschalten konnte und tat dies vom Telephon des Pressechefs aus. Sein Schreibtisch war im Augenblick unbesetzt. Ich erinnere mich noch, dass ich dabei auf dem Fussboden sass. Ich erreichte mein Wiener Büro und meldete dort, dass wir alle auf dem Ballhausplatz festgehalten seien und keine Erlaubnis hätten, das Gebäude zu verlassen. Man sagte mir, dass London soeben am anderen Apparat sprechbereit sei und dass ich ihnen den Bericht geben könnte. Also diktierte ich, was ich wusste. Es war nicht viel, aber es stand schon in den Londoner Abendblättern, als wir endlich das Gebäude verlassen konnten, und das ärgerte sicher die SS.»

Ob das wirklich, wie Gedye meinte, der Grund war, dass Lazar, ein eitler Opportunist, der erste und letzte Pressechef der österreichischen Naziregierung, ein paar Tage später als Häftling in das Konzentrationslager Dachau gebracht wurde, ist nicht zu beweisen. Offenbar glaubte man, Lazar habe Holme die Erlaubnis gegeben, sein Telephon zu benützen. Aber der Reuterkorrespondent versicherte mir dreissig Jahre später, Lazar habe nichts davon gewusst.

Der Assistent Christopher Holmes in seinem Wiener Büro, Alfred Geiringer, schien nach diesen Vorfällen äusserst gefährdet. Christopher Holme beschloss daher, ihn nach England mitzunehmen. Er wählte den

Weg über Deutschland, weil er mit Recht annahm, dass dort die Grenze am wenigsten bewacht war. Nach der Ausfahrt von Wien nahmen er und Geiringer in der Nacht an einer einsamen Stelle die österreichische Nummerntafel des Autos ab und versahen es mit einer alten englischen Nummerntafel, die Holme noch besass. Es gelang ihnen wirklich, unbehelligt zum Bodensee, auf ein Schiff und von dort in die Schweiz zu kommen. «Dort gingen wir noch zwei Tage skifahren», berichtete Holme als echter Engländer, der sich nicht leicht aus der Ruhe bringen liess.

Geiringer wurde nach dem Krieg führender Funktionär der Reuter-Agentur, heiratete die Tochter des Zeitungskönigs Lord Layton, Margaret, und gründete eine eigene Wirtschaftsnachrichtenagentur in London.

Eric Gedye, der aus Österreich ausgewiesen wurde, blieb bis zum Fall der Tschechoslowakei in Prag. Dort schrieb er ein Buch über den Untergang Österreichs und der Tschechoslowakei, «Fallen Bastions» (Die Bastionen fielen), das klassische Werk über den tragischen Untergang dieser beiden Länder. Nach dem Zweiten Weltkrieg lebte Gedye wieder mehrere Jahre als Zeitungskorrespondent in seinem geliebten Wien.

Emil Vadnay vom Büro der «New York Times», der ehemalige Sekretär der Anglo-American Press Association, übersiedelte mit seiner Frau nach Italien. Dort fiel er im Jahr darauf einer Lungenentzündung zum Opfer. Der breitschultrige Ungar mit dem dröhnenden Lachen war eine der liebenswertesten Persönlichkeiten des Café Louvre. Grosses Pech hatte John Segrue, der ältliche Engländer, der im letzten Jahr vor dem Anschluss die «News Chronicle» in Wien vertreten hatte. Er wurde von seinem Blatt nach Budapest versetzt und geriet dort in den Trubel der Kriegsereignisse. Er hielt die Strapazen gesundheitlich nicht aus und starb während des Krieges in einem Internierungslager.

Über John Banister von der «Daily Mail» verzeichnet der Polizeibericht: «Am 7. September 1939 nach Athen abgemeldet.» Er war länger geblieben als die meisten anderen. Markham vom «Christian Science Monitor» setzte sich auf dem Umweg über die Tschechoslowakei nach England ab. Bei ihm lautet die Polizeinotiz: «Am 14. August 1938 nach Budweis abgemeldet.»

Nichts schien damals so endgültig wie der Untergang Österreichs. In Wien herrschte die Gestapo. Die Judenverfolgungen waren in vollem Gang. Die westliche Welt sah vorerst noch tatenlos zu – der Umschwung folgte mehr als ein Jahr später. Für den Augenblick fand die Stimmung im Westen ihren Niederschlag in einem sentimental Abschiedslied der Liebe, in dem von Politik nicht die Rede war und durch das die Tränen schimmerten: «Good Night, Vienna» – Gute Nacht, Wien!

Einige der angloamerikanischen Korrespondenten, die österreichische Staatsbürger waren, fanden bei dem neuen Naziregime Unterschlupf, andere wiederum zogen sich ins Privatleben zurück. Unter den bekannteren westlichen Journalisten war nur ein einziger, der Wien nicht verlassen wollte: Robert Best, der Gründer des Café-Louvre-Kreises. Die Agentur United Press, die ihn in Österreich beschäftigt hatte, bot ihm eine besserbezahlte Stellung im Ausland an. Er lehnte ab. Da für die United Press in Wien ein Büro in der bisherigen Grösse keinen Sinn mehr hatte, einigte man sich schliesslich darauf, dass Best in Wien blieb, aber mit einem geringeren Gehalt als bisher. Das verkleinerte Büro der United Press funktionierte zunächst weiter.

Auf Befragen erklärte Best, es müsse doch jemand dableiben, um zu berichten, was sich weiter in Wien zutrug. Für ihn hatte die Stadt Wien ihre Faszination anscheinend noch nicht verloren. Dazu kam auch noch seine Beziehung zu der hübschen jungen Kärntnerin Erna Maurer, die ihn an Österreich band.

Von einer Veränderung seiner politischen Haltung war bis zu diesem Zeitpunkt noch nichts zu bemerken. Einige Zeit nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde die österreichische Journalistin Elisabeth Thury, die im Büro der United Press in Wien für Best arbeitete, von der Gestapo verhaftet. Best tat alles, was er konnte, um sie zu schützen, obwohl Elisabeth Thury beschuldigt wurde, illegal für die Sozialisten gearbeitet zu haben und obwohl dabei eine Schreibmaschine aus dem Büro der United Press eine Rolle spielte.

Die Anstrengungen Bests in dieser Sache hatten allerdings keinen Erfolg. Elisabeth Thury wurde später als Häftling in ein Frauenkonzentrationslager nach Deutschland überstellt, wo sie bis zum Kriegsende blieb. (Sie wurde dann Redakteurin der Austria-Presse-Agentur.) Aus dem Verhalten Bests kann man jedenfalls schliessen, dass er zu diesem Zeitpunkt noch kein überzeugter Nationalsozialist war.

Hielt ihn vielleicht die gewohnte Umgebung des Café Louvre selbst in Wien fest? Diese Theorie hatte sich mancher seiner ehemaligen Kollegen zurechtgelegt, wenn im Westen über den Fall gesprochen wurde. Das kann jedoch nicht stimmen, denn das historische Kaffeehaus hatte zu bestehen aufgehört. Am 1. Juni 1940 legte die Eigentümerin, Frau Karoline Aldor, die Konzession für das Café zurück, das sie seit dem Tod ihres Gatten Wilhelm Aldor im Jahr 1936 als Witwenbetrieb weitergeführt hatte. Kein neues Kaffeehaus trat an seine Stelle.

Allerdings befand sich das Telegraphenbüro der Radio Austria und Bests eigenes Büro der United Press noch immer in der gleichen Gegend.

Im November 1939 übersiedelte Robert Best aus dem neunten Bezirk, wo er bis dahin gewohnt hatte, in die Wächtergasse, ein paar Schritte von der Renngasse und dem Sitz des früheren Café Louvre entfernt.

Die wirklichen Rätsel um seine Persönlichkeit beginnen im Dezember 1941, dem Monat, in dem die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten. Best weigerte sich trotzdem noch immer, Wien zu verlassen. Über sein Schicksal berichtet zunächst ein Polizeibericht, datiert vom 5. Jänner 1942: «Über Auskunft der Verkehrsbeamtin der Radiogesellschaft Wien, Herta Maurer, Wien L, Wächtergasse Nr. 1, ist Robert Best nordamerikanischer Staatsbürger und wurde bei Kriegsbeginn mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika (2. 12. 1941) von Kriminalbeamten der Staatspolizeileitstelle Wien verhaftet. Er befindet sich derzeit im Anhaltelager Grand Hotel in Bad Nauheim bei Frankfurt.» Der Bericht enthält zwei Fehler. Es handelt sich offenbar um Erna Maurer, nicht Herta, und der Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten brach erst nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour aus, der am 7. Dezember erfolgte.

Der unmittelbare Anlass zu dem Bericht der Polizei war die Tatsache, dass die deutschen Behörden auf die noch immer offiziell bestehende Existenz der Anglo-American Press Association aufmerksam geworden waren. Den Abschluss der diesbezüglichen Untersuchung bildet ein Bericht des Wiener Polizeipräsidiums, Abteilung V, an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle, Wien L, Morzinplatz Nr. 4, datiert vom 26. Jänner 1942, in dem es heisst: «Der Verein Anglo-American Press Association of Vienna (Anglo-Amerikanische Pressevereinigung in Wien) mit dem Sitze in Wien I., Börseplatz 1, Journalistenzimmer, der seine Bildung auf den Erlass der ehemaligen Magistratsabteilung 49 vom 8. 7. 1930, ZI. 5256/30 gründet, steht im hieramtlichen Vereinskataster noch aufrecht in Evidenz. Da die Erhebungen über den Bestand dieses Vereins ergebnislos verliefen und der Reichsverband der deutschen Presse in Wien L, Werdertorgasse Nr. 12, fernmündlich bekanntgegeben hat, dass der Verein nicht mehr bestehen dürfte, wird von h. a. beabsichtigt, beim Reichsstatthalter in Wien, I a VB, den Antrag auf Löschung des Vereins im Vereinskataster zu stellen. Bemerkt wird, dass die Vorstandsmitglieder bereits in das Ausland verzogen sind und der letzte Funktionär Robert Best, Journalist, amerikanischer Staatsbürger, in Wien L, Wächtergasse Nr. 1/I/V/12, wohnhaft gewesen, bei Kriegsbeginn mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika am 2. 12. 1941 verhaftet und in das Anhaltelager Grand Hotel in Bad Nauheim bei Frankfurt gebracht wurde. Es ist demnach eine Wiederaufnahme der Vereinstätig-

keit nicht zu gewärtigen. Das Reichspropagandaamt Wien hat in einem Schreiben vom 22. 1. 1942, ZI. AP 4202/22. 1. 42/112-3,3, anher mitgeteilt, dass gegen eine Löschung dieses Vereins im Vereinskataster keine Bedenken bestehen. Ich bitte daher um d. a. Stellungnahme, ob dem Antrag auf Löschung des Vereins auch d. a. zugestimmt wird.»

Die Erledigung erfolgte mit Bescheid der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien, vom 30. Jänner 1942, in dem es hiess: «Gegen die Löschung des Vereines Anglo-Amerikanische Pressevereinigung in Wien aus dem Vereinskataster bestehen von hier aus keine Bedenken.» Das war das Ende der Anglo-American Press Association.

Was Robert Best veranlasste, nach seiner Freilassung aus dem Anhaltelager nationalsozialistischer Radiopropagandist zu werden, darüber gibt es verschiedene Vermutungen. Es ist immerhin denkbar, dass er irgendeiner Form von Behandlung unterzogen wurde, wie sie später unter dem Namen «Gehirnwäsche» bekannt war. Vielleicht sind auch schon gewisse Vorboten einer späteren geistigen Störung bei ihm aufgetreten. Richtig ist, dass er sich auch schon in früheren Jahren manchmal halb scherzhaft im Gespräch zu den Rassentheorien der amerikanischen Südstaaten – seiner Heimat – bekannt und sich als Gegner der Sozialreformen Roosevelts bezeichnet hatte. Solche hingeworfene Äusserungen wurden jedoch von uns niemals wirklich ernst genommen.

Wahrscheinlicher ist es, dass Robert Best in den Jahren seines Zusammenlebens mit seiner Lebensgefährtin, die er als «die Gräfin» bezeichnete und die als Morphinstin bekannt war, selbst rauschgiftsüchtig wurde. Durch Entzug oder Gewährung des Rauschmittels wäre es den Nationalsozialisten, die ihn in ihrer Gewalt hatten, sicher ein Leichtes gewesen, von ihm zu haben, was sie wollten. Auffallend ist allerdings, dass er diese Linie der Verteidigung in seinem späteren Prozess nicht anwandte.

Als im Mai 1942 ein Transport zusammengestellt wurde, der die in Deutschland internierten amerikanischen Staatsbürger via Lissabon auf einem schwedischen Schiff in ihre Heimat zurückbrachte, lehnte es Best ab, mitzufahren. Stattdessen wurde er freigelassen und kam nach Berlin, wo er vom Reichspropagandahauptquartier aus über den Rundfunk Reden an die amerikanischen Soldaten hielt. In diesen Reden, die auf Kurzwelle in die Vereinigten Staaten übertragen wurden, forderte er die amerikanischen Soldaten auf, nicht weiterzukämpfen, sondern die Waffen niederzulegen. Der Krieg gegen Deutschland, sagte er, diene nur der jüdischen Weltherrschaft. Die Reden wurden in Amerika abgehört. Best wurde infolgedessen schon 1943 in seiner Abwesenheit von den amerikanischen Behörden zusammen mit einigen anderen amerikanischen

Staatsbürgern, die eine ähnliche Tätigkeit entfalteten, wegen Hochverrats unter Anklage gestellt.

Inzwischen heiratete Robert Best die junge Kärntnerin Erna Maurer. Dass seine politische Haltung skurrile Elemente hatte, geht aus einem Schreiben hervor, das Best im Jahr 1943 an seinen Chef beim Berliner Rundfunk richtete, als er Bewilligung für einen Urlaub zum Besuch seiner Frau in Kärnten erlangen wollte. Der Rundfunkchef berichtete darüber nach dem Krieg als Zeuge im Strafprozess gegen Best in Amerika. Nach Angaben dieses ehemaligen deutschen Beamten schrieb Best, Deutschland werde den Krieg verlieren, wenn es nicht gelänge, Amerika durch Propaganda zur Einstellung der Feindseligkeiten zu veranlassen. Eine wichtige Rolle bei dieser Propaganda aber spiele «B. B. B.» – Best's Berlin Broadcast (Bests Berliner Rundfunksendung).

Gegen Ende des Krieges hielt Best seine Rundfunkreden von Wien aus. Als das Hitlerregime 1945 zusammenbrach, flüchtete er nach Kärnten zu Verwandten seiner Frau in der Nähe des Millstätter Sees. Um nicht erkannt zu werden, hatte er sich einen Vollbart wachsen lassen. Bis zum Februar 1946 blieb er unentdeckt. Dann wurde er von den britischen Besatzungsbehörden in Kärnten festgenommen und in Wien den Amerikanern übergeben, die ihn zunächst in einem Lager bei Salzburg gefangenhielten. Später wurde Best gemeinsam mit einem anderen «Radioverräter» namens Chandler in die Vereinigten Staaten gebracht.

Aber die seltsamen Wechselfälle im Schicksal dieses Mannes waren noch nicht zu Ende. Das Flugzeug, das die beiden Gefangenen nach Amerika brachte, musste bei Westover im amerikanischen Bundesstaat Massachusetts eine Notlandung vornehmen, bevor es die Reise in die Hauptstadt Washington fortsetzen konnte. Dieser Zufall ermöglichte es Best, als er im Dezember 1946 dem Bundesgericht in Washington vorgeführt wurde, darauf zu bestehen, dass der Prozess an die Gerichtsbarkeit im Staat Massachusetts übertragen werde – dem Staat, in dem er zuerst amerikanischen Boden betreten hatte. Das war deshalb von Bedeutung, weil die Verhängung der Todesstrafe im Staat Massachusetts gesetzlich stark eingeschränkt war. Das Gericht in Washington gab dem Antrag statt. Best und sein Mitgefangener Chandler wurden nach Massachusetts überstellt.

Im Jänner 1947 wurde Robert Best in Boston (Massachusetts) dem Gericht vorgeführt. Er weigerte sich, einen Verteidiger zu bestellen oder die vorgeschriebene Erklärung abzugeben, ob er sich für schuldig oder unschuldig halte. Er erklärte vielmehr, das Verfahren gegen ihn sei «ein Teil einer weltweiten Verschwörung gegen Gott und die Menschheit»

Entweder war jetzt bei ihm eine Form von religiösem Wahnsinn zum Ausbruch gekommen, oder er spielte den Wahnsinnigen. Das Gericht schloss sich der letzteren Auffassung an. Ein Verteidiger wurde von Amts wegen bestellt und der Angeklagte Best als verhandlungsfähig erklärt.

Der Hochverratsprozess gegen Robert Best fand im April 1948 in Boston statt und dauerte mehrere Tage. Zeugen waren eigens von den Amerikanern aus Deutschland und Österreich in die Vereinigten Staaten gebracht worden. Es waren meistens ehemalige Rundfunkangestellte, die bestätigten, Best habe seine Radiosendungen persönlich geschrieben und gesprochen. Er selbst erklärte, es sei ihm lieber, von Verrätern angeklagt zu werden, als ein Verräter zu sein. Er habe Hitler immer bewundert. Alles, was er getan habe, sei geschehen, um die Welt vor der Gefahr des Kommunismus zu schützen. Das Gericht sprach ihn schuldig und verurteilte ihn zu lebenslänglichem Kerker.

Best legte gegen das Urteil Berufung ein. Die Berufungsverhandlung wurde im Dezember 1949 abgehalten. Im Juni 1950 erhielt Erna Best, die den Nachweis erbrachte, keine Nationalsozialistin gewesen zu sein, nach langen Bemühungen die Erlaubnis, aus Österreich in die Vereinigten Staaten zu reisen, um den Kampf um die Freilassung ihres Mannes aufzunehmen. Einen Monat später kam die Entscheidung des Berufungsgerichtes, die das Urteil des Erstgerichts bestätigte. Aber Best erhielt einen Strafaufschub bis zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofs.

Wenige Monate später erlitt Best einen Gehirnschlag. Er wurde in die Strafanstalt Danbury im Bundesstaat Connecticut gebracht. Inzwischen bestätigte im Februar 1951 auch der Oberste Gerichtshof die Verurteilung zu lebenslangem Kerker. Aber schon im Dezember 1952 starb Robert Best im Spital der Strafanstalt Danbury an einem neuerlichen Gehirnschlag. Die Leiche wurde, wie es im Zeitungsbericht heisst, der Witwe zur Überführung in seinen Heimatort Spartanburg übergeben.

Die Kollegen Bests haben nicht aufgehört, über die Hintergründe seines Hochverrats zu diskutieren und Vermutungen anzustellen. Man kann sagen, dass die meisten von ihnen geneigt waren, nach Entschuldigungsgründen zu suchen. Einzelne wie John Gunther und William Shirer hingegen haben Robert Best schärfstens verurteilt. Er war eine rätselhafte, zwielichtige Erscheinung, und psychologische Rätsel sind oft kaum zu lösen. Ich rechne mich zu denen, die ihm trotz allem um seines früheren Lebens willen ein ehrendes Andenken bewahren. Er war schliesslich, wenn schon nicht das geistige Haupt des Journalistenkreises, so doch gewissermassen der Gastgeber im Café Louvre. Und so lebt er in unserer Erinnerung.

Literaturhinweise

- Buttinger Joseph, Am Beispiel Österreichs. Köln 1953, Verlag für Politik und Wirtschaft.
- Funder, Friedrich, Als Österreich den Sturm bestand. Wien 1957, Verlag Herold.
- Gedye, G. E. R., Fallen Bastions. London 1939, Victor Gollancz Ltd. (Deutsche Übersetzung: Die Bastionen fielen, Wien 1947).
- Gulick, Charles, Österreich von Habsburg zu Hitler, Wien 1948.
- Gunther, John, Inside Europe, 3. Auflage, London 1936, Hamish Hamilton.
- Leichter, Otto, Glanz und Ende der Ersten Republik. Wien 1964, Europa Verlag.
- Leichter, Otto, Zwischen zwei Diktaturen. Wien 1968, Europa Verlag.
- Schuschnigg, Kurt, Im Kampf gegen Hitler. Wien 1969, Verlag Fritz Molden.
- Wisshaupt, Walter, Wir kommen wieder! Wien 1967, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.

Quellenverzeichnis

Zu Kapitel: «Das Journalistenzimmer»

- New York Times, 14. Februar 1946, S. 15, Kol. 2 (Persönliche Daten über Robert Best).
- New York Times, 17. Februar 1946, S. 19, Kol. 6 (Persönliche Daten über Robert Best).
- Bundespolizeidirektion Wien, Vereinsbüro VIII 4355 (Anglo-American Press Association): (Aktenvermerk vom 27. Juni 1930 über geplante Gründung des Vereins).
- Magistratsabteilung 49, Wien, 5256/30 (Genehmigung des Vereins mit deutscher Übersetzung der Statuten).
- Bundespolizeidirektion Wien, Vereinsbüro VIII 4355 (Gedrucktes Mitgliederverzeichnis der Anglo-American Press Association of Vienna für 1931/32 mit Statuten auf Englisch).

Zu Kapitel: Der «Daily Herald»

Gedye, Fallen Bastions, S. 41 ff. (Sein Interview und Konflikt mit Seipel).
Arbeiter-Zeitung, 23. März 1930, Sonntagsbeilage (Buchbesprechung des Spionagebuchs von Oberst Seeliger durch Jacques Hannak).

Zu Kapitel: Kamerad, wir sind die Jugend

Arbeiter-Zeitung, 9. bis 15. Juli 1929 (Internationales Sozialistisches Jugendtreffen in Wien).
Arbeiter-Zeitung vom 15. September 1929 («Giftmordhexen» in Szolnok).
Arbeiter-Zeitung vom 18. Jänner 1930 (Dritter Prozess gegen Hexen in Szolnok).
Arbeiter-Zeitung vom 11. April 1930 (Starhemberg übernimmt Führung der Heimwehr).
Gedye, Die Bastionen fielen, S. 58 (Persönlichkeit Starhembergs).
Egon Wertheimer, Portrait of the Labour Party, London 1929, Putnam, S. 190 (Persönlichkeit Jennie Lees).
Michael Foot, Aneurin Bevan, Bd. I, London 1962 (MacGibbon & Kee), S. 144 (Persönlichkeit Jennie Lees).

Zu Kapitel: Der Putsch Carols von Rumänien

Arbeiter-Zeitung vom 8. Juni 1930 (Staatsstreich Carols in Rumänien).

Zu Kapitel: Eine ernste Krise

Arbeiter-Zeitung, 26. August 1930 (Internationaler Genossenschaftskongress).
Arbeiter-Zeitung, 2. September 1930 (Demonstration und Schiesserei in Budapest).
Arbeiter-Zeitung, 20. September 1930 (Urteil im Strafella-Prozess).
Arbeiter-Zeitung, 1. Oktober 1930 (Regierung Vaugoin-Starhemberg).
Arbeiter-Zeitung, 5. Oktober 1930 (Starhembergs Rede über den «Kopf dieses Asiaten»).

Arbeiter-Zeitung, 12. und 13. Oktober 1930 (Eröffnung des Karl-Marx-Hofs).
Arbeiter-Zeitung, 28. Oktober 1930 (Absetzung des Polizeivizepräsidenten Pamer).
Arbeiter-Zeitung, 4. November 1930 (Waffensuchen in sozialdemokratischen Lokalen).
Arbeiter-Zeitung, 10. November 1930 (Wahlergebnis).
Arbeiter-Zeitung, 5. Dezember 1930 (Einzug Enders im Parlament).
Gulick, a. a. O., S. 201 (Ender «beinahe ein Schweizer»).

Arbeiter-Zeitung, 9. Dezember 1930 (Giftgasnebel in Belgien).
Arbeiter-Zeitung, 12. März 1931 («Unpolitisches» Kabarett: «Ist Dummheit heilbar?»).

Leichter, Glanz und Ende, S. 115 ff. (Weltwirtschaftskrise und Credit-Anstalt).
Leichter, Glanz und Ende, S. 123 f. (Plan der Zoll-Union).
Gulick, a. a. O., S. 203 (Plan der Zoll-Union).
Gunther, a. a. O., S. 286 (Credit-Anstalt als Ursache der Weltkrise).
Arbeiter-Zeitung vom 12. Mai 1931 (Krise der Credit-Anstalt).

Schuschnigg, a. a. O., S. 132 (Seipels Koalitionsantrag).
Funder, a. a. O., S. 42 (Krise der Credit-Anstalt).
Zöllner, Geschichte Österreichs, Wien 1921, Verlag für Geschichte und Politik,
S. 510 (Seipels Koalitionsantrag).
Leichter, Glanz und Ende, S» 128 (Seipels Koalitionsantrag).

Zu Kapitel: Ein Putsch misslingt

Arbeiter-Zeitung vom 30. Juni 1931 (Wahlen in Ungarn).
Arbeiter-Zeitung vom 13. Juli 1931 (Arbeiter-Olympiade und Festspiel).
Arbeiter-Zeitung, 25. Juli bis 1. August 1931 (Kongress der Soz. Internationale).
Arbeiter-Zeitung vom 14. September 1931 (Eisenbahnattentat von Bia Torbagy).
Gedye, G. E. R., Heirs to the Habsburgs (Erben der Habsburger). Englisch:
London 1932, Arrowsmith. S. 103 ff. (Pfrimerputsch)»
Gulick, Charles, a. a. O. III, S. 234–242 (Pfrimerputsch).,
Arbeiter-Zeitung vom 14. September 1931 (Pfrimerputsch).
Arbeiter-Zeitung vom 30. September 1931 (Eröffnung des Scala-Theaters mit
«Der Kongress tanzt».)
«Der Journalist», Organ für die Interessen der österr. Tagesschriftsteller, Jahrgang
1932, Nr. 1–2 (Bestechungsaffäre der Journalisten) (Wiener Stadtbibliothek
80400 B).
Arbeiter-Zeitung vom 27. November 1931 (Bestechungsaffäre der Journalisten).
Arbeiter-Zeitung vom 3. Dezember 1931 (Bestechungsaffäre der Journalisten).

Zu Kapitel: Dollfuss tritt auf

Neue Freie Presse vom 25. Mai 1932 (Erste Wiener Gemeinderatssitzung mit Nazi-
Gemeinderäten).
Karl Holoubek, Persönliche Mitteilung vom 8. August 1969 (Erste Gemeinderats-
sitzung vom Mai 1932 und Gründung der Jungfront).
Arbeiter-Zeitung vom 21. Mai 1932 (Landeskonzferenz der Jungfront mit Grotewohl
als Redner).
Walter Pollit, Persönliche Mitteilung vom Jahr 1945 (Appell Grotewohls an die
westlichen Sozialdemokraten).
Gedye, Fallen Bastions, S. 61 f. (Persönlichkeit des Bundeskanzlers Dollfuss und
seine Bindung an Deutschland).
Gunther, Inside Europe, S. 288 (Persönlichkeit des Bundeskanzlers Dollfuss).
Leichter Otto, Glanz und Ende, S. 143 ff» (Dollfuss bei Regierungsantritt).
Funder, a. a. O», S. 84 (Wie Fey Maria-Theresien-Ritter wurde).
Gedye, a. a. O., S. 46, 53 f. (Persönlichkeit Feys).
Zöllner, Geschichte Österreichs, S. 511 (Sozialdemokratische Hilfe für Regierung
bei Lausanner Anleihe).
Leichter, Glanz und Ende, S. 149 (Sozialdemokratische Aktionen gegen den Nazi-
Gautag).
Leichter, Glanz und Ende, S. 152 (Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz).

Leichter, Glanz und Ende, S. 155 f. (Persönlicher Konflikt zwischen Dollfuss und Otto Bauer).
 Schuschnigg, a. a. O., S. 141 (Anwendung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes).
 Arbeiter-Zeitung vom 8. Jänner 1933 (Hirtenberger Waffenaffäre).
 Gulick, a. a. O. III, S. 304 (Hirtenberger Waffenaffäre).
 Gedye, Fallen Bastions, S. 74 ff. (Hirtenberger Waffenaffäre).
 Leichter, Glanz und Ende, S. 160 ff. (Hirtenberger Waffenaffäre).
 Gulick, a. a. O. III, S. 316 (Eisenbahnerstreik).
 Leichter, Glanz und Ende, S. 162 ff. (Eisenbahnerstreik).

Zu Kapitel: Die Ausschaltung des Parlaments

Gunther, Inside Europe, S. 291 (Ausschaltung des Parlaments).
 Gedye, Fallen Bastions, S. 82 (Ausschaltung des Parlaments).
 Schärf, Adolf, Erinnerungen aus meinem Leben, Wien 1963, S. 116 (Rat von Seitz und Bauer an Renner).
 Arbeiter-Zeitung vom 16. März 1933 (Hat die Sitzung stattgefunden?).
 Gulick, a. a. O. IV, S. 49 (Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofs).
 Staatsarchiv, Fasz. 47 (Londoner Gesandtschaftsberichte 1933), Fol. 7 (5. Jänner), Fol. 26 (13. Jänner), Fol. 58 (4. Februar), Fol. 74 (13. Februar), Fol. 91 (23. Februar) (Bemühungen Franckensteins bei der «Times» wegen Abberufung Neumanns), ebenso Fol. 313 (10. Mai 1933).
 Staatsarchiv, Fasz. 47 (Londoner Gesandtschaftsberichte 1933), Fol. 285 (2. Mai) (Franckenstein rät Dollfuss, zur Weltwirtschaftskonferenz zu kommen).
 Selby, Sir Walford, Diplomatie Twilight, London 1953 (John Murray), S. 12 (Dollfuss-Triumph in London von Vansittart manipuliert).
 Schuschnigg, Im Kampf gegen Hitler, S. 144 (Verhandlungen mit Theo Habicht).
 Gulick, a. a. O. IV, S. 42 (Konflikt mit den Nazi im Frühling 1933).
 Wiener Zeitung vom 13., 14. und 15. Juni 1933 (Dollfuss und seine Erfolge in London).
 Wiener Zeitung vom 20. Juni 1933 (Verbot der Nationalsozialistischen Partei). Arbeiter-Zeitung vom 4. Juli 1933 («Verschärfte Vorlagepflicht».)
 Schuschnigg, a. a. O., S. 147 (Dollfuss bei Mussolini in Riccione). Arbeiter-Zeitung vom 29. August 1933 (Pariser Sozialistentreffen).
 Funder, Als Österreich den Sturm bestand, S. 70 (Kundgebung am Trabrennplatz).
 Gedye, Fallen Bastions, S. 89 (Kundgebung am Trabrennplatz).
 Leichter, Glanz und Erde, S. 209 (Rede Starhembergs).
 Funder, a. a. O., S. 75 (Regierungsumbildung vom September 1933).
 Funder, a. a. O., S. 78 (Absetzung Vaugoins als Parteiohmann).
 Leichter, Zwischen zwei Diktaturen, S. 74 (Otto Bauers vier Punkte). Schuschnigg, a. a. O., S. 148 (Otto Bauers vier Punkte).
 Schuschnigg, a. a. O., S. 141 (Errichtung des Lagers Wollersdorf).
 Leichter, Zwischen zwei Diktaturen, S. 75 (Errichtung des Lagers Wollersdorf).
 Funder, a. a. O., S. 124 (Opposition des rechten Flügels am sozialdem. Parteitag).
 Staatsarchiv, Fasz. 47 (Londoner Gesandtschaftsberichte 1933), Fol. 567 (17. Oktober) (Bericht mit Citrines Artikel über seinen Wiener Aufenthalt).

Arbeiter-Zeitung vom 11. November 1933 (Wiedereinführung der Todesstrafe).
Gedye, *Fallen Bastions*, S. 95 f. (Eindruck der ersten Hinrichtung).
Arbeiter-Zeitung vom 19. November 1933 (Prozess gegen den Attentäter Dertil).
Gunther, *Inside Europe*, S. 288 (Attentat macht Dollfuss zum Märtyrer).
Leichter, *Zwischen zwei Diktaturen*, S. 90 (Dollfuss spielt Starhemberg gegen Fey aus).
Funder, a. a. O., S. 69 (Misstrauen des Bundeskanzlers Dollfuss gegen Fey).
Funder, a. o. O., S. 129 (Demonstration der niederösterreich. Bauern in Wien).

Zu Kapitel: Der Februarkampf

«öffentliche Sicherheit» (Polizei-Rundschau), 14. Jahrgang, Nr. 3, Wien-Graz, März 1934 (Verlauf der Februarkämpfe).
Heinz Roscher, *Die Februarkämpfe in Floridsdorf* (getarnt als «Kalender 1935»; in Kleinformat, ohne Verlags- und Ortsangabe) (Februarkämpfe in Floridsdorf).
Josef Kratky, *Persönliche Mitteilung im Jahre 1970* (Kämpfe in Ottakring).
Neue Freie Presse vom 1. März 1934 (Verluste der Exekutive).
Naomi Mitchison, *Vienna Diary* (London 1934, Victor Gollancz Ltd.), S. 30 (Verluste der Sozialisten).
Gedye, *Fallen Bastions*, S. III (Schutzbundkämpfe am Laaerberg).
Gunther, *Inside Europe*, S. 299 (Kämpfe um den Goethehof).
Gunther, *The Lost City* (Roman), New York 1964 (Harper & Row), S. 553 (Amerikan. Korrespondent feuert auf Exekutive).
Leichter, *Zwischen zwei Diktaturen*, S. 84 (Kämpfe in der Brigittenau).
Arbeiter-Zeitung vom 12. Februar 1964 (Zahl der Verteidiger des Karl-Marx-Hofs).
Gedye, a. a. O., S. 123 (Verluste bei den Februarkämpfen).
Hans Sperl, *Richard Bernaschek* (in «Werk und Widerhall», Wien 1964, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung).
Richard Bernasek, «Österreich, Brandherd Europas», Prag 1934. Im Selbstverlag.
Neue Freie Presse vom 4. April 1934 (Flucht Bernascheks aus dem Gefängnis).
Buttinger, *Am Beispiel Österreichs*, S. 12 (Bernascheks Botschaft).
Gedye, a. a. O., S. 122 (Beurteilung Bernascheks).
Gunther, a. a. O., S. 299 (Beurteilung Bernascheks).

Zu Kapitel: Einzelheiten aus dem Februar

Frau Marie Blebann, *Persönliche Mitteilung vom 20. Oktober 1969*, wenige Tage vor ihrem Tod (Kämpfe am Goldmarkplatz).
Anklageschrift und Urteil des Landesgerichts in Strafsachen Wien II gegen Blebann und neun Mitangeklagte 2 Vr 772/34 (Kämpfe am Goldmarkplatz).
Heinz Roscher, a. a. O. (Kämpfe in Floridsdorf).
«öffentliche Sicherheit» (Polizei-Rundschau), a. a. O. (Kämpfe in Floridsdorf).
Schuschnigg, a. a. O., S. 152 (Hinrichtung Münichreiters ein «tragischer Fehler».)
Leichter, *Zwischen zwei Diktaturen*, S. 86 (Brief Münichreiters an seine Frau; Anklage gegen Ahrer).

Sozialistische Korrespondenz, 11. Februar 1970 (Massaker an Arbeitersamaritern in Holzleithen).
 Leichter, Glanz und Ende, S. 247 (Münichreiter).
 Joseph Simon, Georg Weisse! (in «Werk und Widerhall», S. 425–441).
 Neue Freie Presse, 17. Februar 1934 (Rauchenberger und Hois).
 Neue Freie Presse, 19. Februar 1934 (Ahrer).
 Neue Freie Presse, 16. Mai 1934 (Bulgari).
 Neue Freie Presse, 17. Februar 1934 (Stanek).
 Neue Freie Presse, 17. Februar 1934 (Swoboda).
 Arbeiter-Zeitung, 12. Februar 1964 (Swoboda).
 Günther Nennung, Koloman Wallisch (in «Werk und Widerhall»«, S. 415-424).
 Naomi Mitchison, Vienna Diary, a. a. O., S. 232–242 (Wallisch).
 Gedye, a. a. O., S. 120 (Wallisch).

Z» Kapitel: Singerstrasse 16

Naomi Mitchison, Vienna Diary (London 1934, Victor Gollancz Ltd.).
 Hugh Gaitskell (1906–1963), Biography, herausgegeben von W. T. Rodgers (London 1964). Kapitel von Margaret Cole: «Discovering the Labour Movement», S. 46 ff. (Gaitskell in Wien).
 Schreiben von Mrs. Margaret Cole an den Verfasser vom 9. September 1969 (Gaitskell in Wien).
 Schreiben von Mrs. Naomi Mitchison an den Verfasser vom 18. Oktober 1969 (Personen in «Vienna Diary», insbes. «Lass»).

Schreiben von Sir Elwyn Jones (Brit. Justizminister) an den Verfasser vom 23. Oktober 1969 (Seine Erlebnisse bei Österreichreise im Frühling 1934).

Korrespondenz zwischen den Wiener Quäkern und der Quäkerzentrale in Philadelphia:

- (1) Schreiben von Emma Cadbury an Henry Cadbury vom 20. Februar 1934;
- (2) Schreiben von Emma Cadbury an Clarence Pickett vom 26. Februar 1934;
- (3) Bericht der «Feber»-Aktion vom 24. März 1934.

Neue Freie Presse, 9. April 1934 (Flucht der Schutzbündler).
 Arbeiter-Zeitung, 9. April 1963 (Schicksal von Schutzbündlern in Russland).
 Ludwig Sperlich, Dentist und Naturfreundefunktionär, Persönliche Mitteilungen 1970 (Schicksal des Schutzbündlers Dernberger).
 Funder, a. a. O., S. 155–157 (Flucht Otto Bauers).
 Buttinger, a. a. O., S. 52 (Flucht Julius Deutschs).

Zu Kapitel: Dollfuss auf dem Höhepunkt

Leichter, Otto, Zwischen zwei Diktaturen, Europa Verlag, Wien 1968, S. 42 (Auflagenhöhe der illegalen Arbeiter-Zeitung).
 Wisshaupt, Walter, Wir kommen wieder! S. 22 und 34 ff. (Namensänderung der Sozialdemokraten, abgespaltene Gruppen, Verhaftung Ackermanns).
 Neue Freie Presse, 23. März 1934 (Essen der Anglo-American Press Association für Starhemberg).
 Neue Freie Presse, 23. März bis Juni 1934 (Schutzbündlerprozesse).

- Gedye, Fallen Bastions, S. 115 f. (Schönburg-Hartenstein).
 Staatsarchiv, Londoner Gesandtenber. 1934, Fasz. 48, Fol. 48 (Reise Citrines nach Paris).
- Page, Leitch und Knightley: Philby, the Spy who Betrayed a Generation, Penguin Books Limited, London 1969. Erste Ausgabe Andre Deutsch Limited, London 1968, Penguin-Ausgabe, S. 78–86 (Wiener Aufenthalt Philbys).
- E. H. Cookridge, The Third Man, The Truth about «Kim» Philby, Arthur Baker Limited, London 1968 (Philby in Wien), S. 18–36.
- Gedye, G. E. R., Schreiben an den Verfasser vom 12. Mai 1968 (Philbys Aufenthalt in Wien).
- Staatsarchiv, Londoner Ges. Ber. 1934, Fasz. 48, Fol. 317 (Intervention von sieben britischen Frauen für Paula Wallisch).
- Staatsarchiv, Londoner Ges. Ber. 1934, Fasz. 48, Fol. 276 (Intervention des Gewerkschafters Bromley für Johann Smeykal).
- Staatsarchiv, Londoner Ges. Ber. 1934, Fasz. 48, Fol. 311 (Intervention von Lord Moynihan und Dr. Somerville Hastings).
- Staatsarchiv, Londoner Ges. Ber. 1934, Fasz. 48, Fol. 415 (Intervention der Lehrer-gewerkschaft für Otto Glöckel).
- Staatsarchiv, Londoner Ges. Ber. 1934, Fasz. 48, Fol. 159 (Intervention für Frau Emmy Freundlich).
- Staatsarchiv, Londoner Ges. Ber. 1934, Fasz. 48, Fol. 100 (Artikel Sir Walter Laytons).
- Staatsarchiv, Londoner Ges. Ber. 1934, Fasz. 48, Fol. 167 (Haltung des «Daily Herald» wegen der Berichte Bernard Moores).
- Staatsarchiv, Londoner Ges. Ber. 1934, Fasz. 48, Fol. 211 (Artikel des «Daily Express»-Korrespondenten Selkirk Panton).
- Frisch, Prof. Hans, Die Gewaltherrschaft in Österreich 1933–1938, Johannes Günther Verlag, Leipzig und Wien, Juli 1938 (Sitzung des Rumpfparlaments).
- Zöllner Erich, Geschichte Österreichs, Wien 1961, Verlag für Geschichte und Politik, S. 515 f. (Sitzung des Rumpfparlaments).
- Schuschnigg, a. a. O., S. 156 f. (Römische Protokolle).
- Gedye, Fallen Bastions, S. 120 (Intervention wegen Hinrichtungen).
- Selby, Sir Walford, Diplomatie Twilight 1930–1940, London 1953, John Murray, S. 23 ff. (Intervention bei Dollfuss, Gespräch mit Fierlinger).
- Selby, a. a. O., S. 26 (Selby als «Roter» verdächtigt).
- Selby, a. a. O., S. 29 (Freilassungen zu Pfingsten).
- Staatsarchiv, Londoner Ges. Ber. 1935, Fasz. 49, Fol. 27 (Reise Ernst Karl Winters nach London).
- Neue Freie Presse, 14. Mai 1934 (Sozialdemokraten aus Gefängnissen entlassen).
- Neue Freie Presse 30. Juni 1934 (Schikanen gegen Familien von Schutzbündlern).

Zu Kapitel: Der 25. Juli und seine Folgen

- John Gunther, a. a. O., S. 309 ff. (Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuss).
- G. E. R. Gedye, Fallen Bastions, S. 127 ff. (Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuss).
- Buttinger, a. a. O., S. 174 f. (Aktion Pollaks am Tag des Dollfussmordes).
- Fritz Kreisler, Wer hat Dollfuss ermordet? Prag.

Neue Freie Presse vom 14. November 1934 (Schuschnigg bei der Anglo-American Press Association).

Korrespondenz zwischen der Wiener Quäkerzentrale und der Quäkerzentrale in Philadelphia:

- (1) Schreiben von Headley Horsnaill an Clarence Pickett (datiert Zbraslau, Prag, 26. August 1934);
- (2) Schreiben von Emma Cadbury an Bundespräs. Miklas, 25. September 1934;
- (3) Brief des Bundeskanzleramtes (signiert Huber) an Emma Cadbury vom 15. Oktober 1934 (ZI. 22.992-Pr/1934);
- (4) Schreiben von Emma Cadbury an Clarence Pickett vom 19. Oktober 1934;
- (5) Schreiben der Quäker (Zeichen CEP/BC) an Oswald Garrison Villard vom 28. Dezember 1934.

Schuschnigg, a. a. O., S. 167 (Regierungsbildung im Juli 1934).

Schuschnigg, a. a. O., S. 180 (Besprechung mit Mussolini in Florenz).

Neue Freie Presse vom 30. November 1934 (Nationalsozialistische Emigranten in Jugoslawien).

Wisshaupt, a. a. O., S. 74 ff. und 86 ff. («Wiener Konferenz» und «Reichskonferenz» der illegalen Sozialisten).

Zu Kapitel: Die Revolutionären Sozialisten

Gulick, a. a. O. IV, S. 360–401 (Schutzbundprozess).

Hugh Dalton, *The fateful Years*, London 1957, Frederick Muller Ltd., S. 62 (Schutzbundprozess).

Gedye, *Fallen Bastions*, S. 172 f. (Besuch des Prinzen von Waites).

Sir Walford Selby, *Diplomatic Twilight*, London 1953. John Murray, S. 43 (Besuch Schuschniggs in London).

Bundespolizeidirektion Wien, Vereinspolizei VIII-4355 (Anglo-American Press Association), Aktenvermerk vom 25. Mai 1935 (Anfrage des Bundeskanzlers über die Anglo-American Press Association).

Bundespolizeidirektion Wien, Staatspolizei (Hofrat Dr. Weiser), ZI. 364.729/35 (Verhaftung von Laszlo Benes) (Amtsnotiz vom 12. Oktober 1935).

Wiener Neueste Nachrichten vom 20. Oktober 1935 (Prozess gegen Laszlo Benes). Urteil des Strafbezirksgerichts Wien vom 21. Oktober 1935, 2 U 321/35 (Urteil gegen Laszlo Benes).

Generaldirektion für Öffentliche Sicherheit ZI. 327.501/GD St. B. 36 vom Mai 1936 (Intervention der ungar. Gesandtschaft für Laszlo Benes).

Schreiben der Generaldirektion für Öffentliche Sicherheit 1937 (ZI. 320.633) (Ablehnung der Erlaubnis zur Wiedereinreise für Laszlo Benes).

Gedye, a. a. O., S. 171 (Ausschaltung Feys).

Schuschnigg, *Im Kampf gegen Hitler*, S. 170 f. (Schaffung der «Sozialen Arbeitsgemeinschaft»).

Bericht des österr. Gesandten Franckenstein aus London an das Aussenministerium vom 23. Juni 1936, Staatsarchiv, Fasz. 50, Nr. 39613 (Bericht über Vortrag Dobretsbergers in London).

John Parker, Schriftlicher Bericht an den Verfasser vom 12. August 1969 (Mission Grenfell-Parker zu Schuschnigg).

Zu Kapitel: Die Wendung im Schuschniggregime

- Otto Leichter, Zwischen zwei Diktaturen, S. 11 ff., (Grosser Sozialistenprozess).
Dr. Conrad Lester, Persönlicher Bericht vom April 1970 (Ernst Fischer 1935 in Wien).
Schuschnigg, Im Kampf gegen Hitler, S. 184 (Versuch der Annäherung an die Kleine Entente).
Staatsarchiv, Fasz. 50 (1936) (Bericht Franckensteins vom 8. April 1936 über Gespräche mit Austen Chamberlain und Jan Masaryk).
Staatsarchiv, Fasz. 50 (1936) (Bericht Franckensteins vom 24. April 1936 über die Haltung der britischen Presse).
Gedye, Die Bastionen fielen, S. 184 ff. (Starhemberg hält Schuschnigg für seinen «Platzwärmer».)
Staatsarchiv, Fasz. 50 (1936) (Bericht Franckensteins über das Echo auf die Rede Starhembergs) 28. April 1936.
Sir Walford Selby, Diplomatie Twilight, a. a. O., S. 62 f. (Protest wegen Starhemberg).
Schuschnigg, a. a. O., S. 185 (Verhandlungen wegen Juli-Abkommen).
Schuschnigg, a. a. O., S. 32 (Beurteilung Guido Schmidts).
Marie Jahoda, Schriftlicher Bericht vom Jänner 1970 (Aushebung der Forschungsstelle).

Zu Kapitel: Auflockerung

- Schuschnigg, a. a. O., S. 200 f. (Gründung des Siebenausschusses).
Bundespressediens (Protokoll), Nr. 54161 (1937). Hinweis auf Landesgericht Wien 6 f Vr 1860/37/11 (Strafsache gegen Hugo Arthur Kuranda) erledigt mit 54523/37.
Staatsarchiv, Londoner Ges.-Ber. 1937, Fasz. 51, Fol. 343, ZI. 424/pol (Schreiben Franckensteins zur Einführung Lansburys bei Schuschnigg).
Bundespressediens (Protokoll) vom 3. Oktober 1937, Nr. 54.888 (Bericht des Pressechefs der österr. Gesandtschaft in London über Verhalten der brit. Presse zum Fall Kuranda).

Zu Kapitel: Der zeitweise Untergang Österreichs

- Anna Mahler, Persönlicher Bericht vom Februar 1970 (Kontakte der Linken mit der Regierung).
Dr. Conrad Lester, Persönlicher Bericht vom April 1970 (Kontakte der Linken mit der Regierung).
Heinrich Riss, Persönlicher Bericht vom März 1938 (Kontakte der Linken mit der Regierung).
Gedye, Fallen Bastions, S. 219 (Pressekonferenz Tavs).
Gedye, a. a. O., S. 252 (Kundgebungen in Graz).
Gedye, a. a. O., S. 273 (Geheimsitzung im Café Meteor).
Leichter, Zwischen zwei Diktaturen, S. 385 ff. (Konferenz im Floridsdorfer Arbeiterheim).

Christopher Hohne, Persönlicher Bericht vom Dezember 1969 (Ausweisung Christopher Holmes).
Gedye, a. a. O., S. 321 (Ausweisung Christopher Holmes).
D. Wagner und G. Tomkowitz, «Ein Volk, Ein Reich, Ein Führer», Piper und Co., München 1968 (Chronologie der Woche vom 9. zum 15. März 1938).

Zu Nachwort:

Aus dem Akt der Polizeidirektion Wien, Vereinsbüro VB 4335 (Anglo-American Press Association):

Polizei-Amt Innere Stadt V. 2905/41 (Anfrage der NSDAP-Gauleitung Wien vom 17. Dezember 1941 Gesch I/3940/2/Dr. O/Dr. F – Schreiben um dzt. Vereinsführer und Auskunft des Polizei-Amtes vom 23. Dezember 1941).
Bericht des Pol.-Amtes Innere Stadt vom 5. Jänner 1942 (Über Robert Best). Amtliche Anfrage des Polizeipräsidiums und Beantwortung
vom 22. November 1941 bezüglich John Gunther,
vom 30. Dezember 1941 bezüglich Emil Vadnay,
vom 30. Dezember 1941 bezüglich Reuben Henry Markham,
vom 30. Dezember 1941 bezüglich Douglas Reed,
vom 30. Dezember 1941 bezüglich Robert Best,
vom 30. Dezember 1941 bezüglich John Banister.
Bericht des Pol.-Präs. Abt. V an das Reichspropagandaamt in Wien wegen Löschung vom 13. Jänner 1942.
Zuschrift des Reichspropagandaamtes Wien AP 4202/22. Jänner 1942/112-3,3 vom 22. Jänner 1942 – Zustimmung zur Löschung.
Schreiben des Pol.-Präs. Abt. V an die Geheime Staatspolizei, Leitstelle Wien vom 26. Jänner 1942 wegen Löschung.
Zuschrift des Gestapo B. Nr. 127/42-11 P vom 30. Jänner 1942 – Zustimmung zur Löschung.
Schreiben des Pol.-Präs. Abt. V an den Reichsstatthalter in Wien (Antrag auf Löschung).
Vermerk: Gelöscht. Der Reichsstatthalter in Wien. Ref. Ic DB – 433/42 vom 9. Februar 1942.

New York Times, Berichte über das Verfahren gegen Robert Best: 1946

Verhaftung in Österreich durch die Briten, 14. Februar, S. 15, K. 2, 17. Februar, S. 19, K. 6.
Übergabe an die Amerikaner in Wien, 22. Februar, S. 4, K. 1.
In Wien nach Verhaftung, 5. März, S. 5, K. 2.
Vorschau auf Verfahren, 2. Oktober, S. 19, K. 4.
Deutsche Zeugen nach USA, 19. Oktober, S. 7, K. 8.
Chandler und Best angeklagt. Best beruft sich auf Notlandung, 15. Dezember, S. 70, K. 2.

Verlegung des Prozesses nach Boston, 19. Dezember, S. 8, K. 3.
Neue Anklage für 27. Dezember erwartet, 20. Dezember, S. 10, K. 7.
Best und Chandler in Boston angeklagt, 31. Dezember, S. 5, K. 6.

1947

Ankunft in Boston, 5. Jänner, S. 40, K. 4.
Freilassung gegen Kautions abgelehnt, 7. Jänner, S. 15, K. 5.
Hintergrund des Falles besprochen, 12., Jänner, Abt. IV, S. 10, K. 4.
Best beruft sich auf «Verschwörung gegen Gott und Menschheit», 21. Jänner,
5. 4, K. 8.
Staatsanwalt ernannt, 12. März, S. 4, K. 1.
14 Deutsche und Österreicher verlassen Frankfurt, um als Zeugen in die USA
zu reisen, 18. Mai, S. 38, K. 4.
Best für zurechnungsfähig erklärt, 25. September, S. 31, K. 7.

1949

Berufungsgericht wegen lebenslänglicher Verurteilung vertagt Verhandlung,
6. Dezember, S. 4, K. 4.,
Verhandlung vor Berufungsgericht, 13. Dezember, S. 42, K. 6.

1950

Besuch seiner Frau, die für seine Befreiung kämpfen will, 9. Juni, S. 24, K. 3.
Verurteilung von Berufungsgericht bestätigt, 7. Juli, S. 6, K. 2.
Haftaufschub während Revision an Obersten Gerichtshof, 20. Juli, S. 50, K. 2.
Gehirnschlag, 11., September, S. 10, K. 3.
In die Strafanstalt Danbury überstellt, 23. September, S. 6, K., 8.

1951

Oberster Gerichtshof lehnt Revision ab, 27. Februar, S. 16, K. 1.
Tod im Gefängnis, 21. Dezember, S. 8, K. 3.

Namenregister

- Abram, Simon 116
Abramowitsch, Raphael 91
Ackermann, Manfred 186
Adam, Walter 270
Adler, Friedrich 178, 217, 273
Afritsch, Anton 180
Afritsch, Josef 140, 176, 180 f.
Ahrer, Josef 162
Aigner, christlichsoz. Abgeordneter
194
Albu, Austin 257
Aldor, Karoline 298
Aldor, Wilhelm 298
Alexander, Kg. von Jugoslawien 105
Alexich, Adjutant Starhembergs 233,
235
Altmann, Viktor 107, 167
Ammon, Charles 254
Anghelescu, rumänischer Minister 66
Anzböck, Rudolf 202
Attlee, Clement 169, 274
Austerlitz, Friedrich 31 f., 84
- Baar-Bahrenfels, Eduard 252, 261
Bagnold, Edith 270
Banister, John 24, 215, 297
Barger, Evert 179
Barker, Arthur 124
Barker, Sir Ernest 124
Bauer, Otto 54, 77, 84, 91 f., 106,
108, 110, 117, 127 ff., 134 f., 149,
166, 181 f., 217, 223 ff., 243 f., 257
Benes, Eduard 34
Benes, Laszlo 18, 21 f., 92, 98, 234 ff.
Bergel, Egon 257
Berger-Waldenegg, Egon 216, 228,
249 ff., 254
Bernaschek, Ludwig 150 f.
- Bernaschek, Richard 148 ff.
Bernstein, Prager «Daily Herald»-
Korrespondent 291
Berry, Robert 23 f.
Bersin, Sowjetdiplomats 267
Best, Erna 291, 298 ff.
Best, Robert 18 ff., 23 f., 26, 98, 220,
231, 235 f., 276, 298 ff.
Bevan, Aneurin 47 f., 128, 224, 274
Bevin, Ernest 178, 274
Blebann, Heinrich 152 ff., 161
Blebann, Marie 152
Bloch-Bauer, Industrieller 279
Blomberg, 280, 284
Blum, Léon 91, 258
Bose, Subhas Shandra 168
Bondy, Chefred. des «Telegraf» 290 f.
Böhm, Johann 279
Boris, König von Bulgarien 38
Bratianu, Jon und Vintila 56, 67
Braunthal, Julius 32
Breitner, Jugo 30, 75
Brouckère, Louis de 246
Brittain, Vera 191
Brockway, Fenner 48
Bromley, britischer Gewerkschafts-
führer 191
Buch, Fritz Peter 92
Bürckel, Josef 193
Bujak, Hans 93, 206
Bulgari, Anton 162
Bullitt, William 25
Buresch, Karl 85, 103, 123, 135
Burnett, Whit 20, 24
Buttinger, Joseph 33, 120, 127, 144,
146 ff., 181 f., 206, 223 ff., 258
Buxton, Rhoden 199

- Cadbury, Emma 174 ff., 179 f., 211 ff.
 Cadbury, Henry 174
 Carniciu, Mencia 35
 Carol, König von Rumänien 56, 58 f.,
 62 ff., 67 f., 105
 Chamberlain, Austen 125, 249
 Chamberlain, Neville 249, 270
 Chandler, NS-Propagandist 301
 Citrine, Walter 131 f., 189 f.
 Clark, Hilda 176
 Clarke, Dennis 229 f., 271
 Cole, G. D. H. 170
 Cole, Margaret 169 f.
 Cookridge, E. H. (Eduard Spiro) 190
 Cortese, Giuseppe 110
 Coudenhove-Kalergi, Richard 25
 Cox, Geoffrey 271
 Cripps, Stafford 169
 Curtius, Julius 80 f.
 Czeija, Oscar 278
 Czermak, Emmerich 130
 Czernin, Vera *siehe* Schuschnigg, Vera

 Dadieu, steirischer NS-Führer 284
 Daladier, Edouard 125
 Dalton, Hugh 199, 226 f.
 Dan, Theodor 91
 Danneberg, Robert 53 f., 77, 84, 96,
 101, 120, 201, 272 f., 288 ff.
 Dernberger, Kurt 183 f.
 Dertil, Rudolf 132 f.
 Deutsch, Julius 54, 76 f., 166, 182,
 188, 226, 243 f., 271
 Diem, Ngo Dinh 225
 Diez, Heinrich 24
 Dimanescu, Vertrauter Carols von
 Rumänien 64 f.
 Dimitrowsky, sowjetischer Kultur-
 attaché 267
 Dimo-Pawulescu, rumänische Schrift-
 stellerin 66
 Döbler, Karl 150
 Dobretsberger, Josef 238 f., 251 315
 Dollfuss, Alvine 175, 214
 Dollfuss, Engelbert 78, 99, 103 ff.,
 110 ff., 115, 117 ff., 123 ff., 133 ff.,
 139 f., 143, 164, 174, 184, 188, 192,
 194, 197 ff., 202 ff., 208 ff., 213 ff.,
 241, 263

 Donaldson, Louise 191
 Draxler, Ludwig 252
 Drexel, Karl 279
 Drossu, Adjutant Carols von Rumä-
 nien 62 f.
 Duca, Jon 67 f.

 Eder, Schutzbündler 195 f.
 Eduard VIII. König von England 229
 Eden, Anthony 280
 Ehrenzweig, Robert (später Robert
 Lucas) 89, 273
 Eifler, Alexander 132 f., 136, 201,
 226 ff.
 Eigruber, NS-Gauleiter von Ober-
 österreich 151, 285 f.
 Eisenmann, L. H. 24, 268
 Emhart, Marie 217, 243, 245, 247, 254
 Ender, Otto 77 f., 80, 84 f., 103, 194
 Endres, Steffy 90
 Erjautz, Alois 158, 183, 201
 Ewer, William 39
 Eypeltauer, Staatsanwalt 235

 Farqharson, A. 258
 Felleis, Roman 222 f., 245 f.
 Fent, Paul 26
 Ferdinand, König von Rumänien 56
 Fey, Emil 37, 76, 79, 106 f., 122, 129,
 133, 135 ff., 176, 185, 188, 194,
 204 f., 208 ff., 216, 228, 238, 255
 Fierlinger, Zdenek 199
 Filgas, Amalie 173
 Fink, Jodok 78
 Fischer, Ernst 33, 102, 221, 245, 278
 Fischer, Hans 278
 Fodor, Marcel 23 f., 26, 295
 Foley, Martha 20, 24
 Foot, Michael 47, 128
 Foppa, Hermann 193 f.
 Franckenstein, Georg 123 f., 132, 191,
 249 f., 274 f.
 Franco, Francisco 270
 Frank, Hans 122 f.
 Frank, Karl 217, 223 f.
 Franzel, Emil 182
 Freytag, Johann 201
 Frauenfeld, Alfred Eduard 100 f.
 Freundlich, Emmy 192

- Frisch, Hans 193
 Fritsch, Werner 284
 Fritsch, Willy 95
 Fry, Marjorie 258
 Fronck, Josef 162
 Fuchs, Martin 262 f.
 Fulda, Lilly 246
 Funder, Friedrich 82, 129, 133, 137,
 232, 272 f., 283
 Fürnberg, Friedl 222, 245
- Gaitskell, Hugh 169 f., 179, 241
 Gans, Dr. 23
 Gardiner, Muriel (später Frau Buttin-
 gers) 225
 Gedye, George Eric Rowe 23 ff., 36
 ff., 51, 94, 107, 111 E, 115, 122 ff.,
 129, 137, 141, 147, 150, 171, 182,
 187 f., 190 f., 198, 204 f., 231, 238,
 250, 252, 279, 283, 288 f., 293, 295
 f.
 Geiringer, Alfred 284, 296
 Gerl, Josef 202
 Gillies, internationaler Sekretär der
 Labour Party 91
 Giovanna, Prinzessin von Italien 38
 Gleissner, Heinrich 234
 Glöckel, Otto 191
 Göbbels, Josef 106
 Gömbös, Julius 111, 136, 195, 248
 Göring, Hermann 75, 106, 202, 284
 Gottlieb, Alexander 32
 Gregor, Nora 250
 Grenfell, David 199, 240 ff.
 Grill, Theodor 145
 Grotewohl, Otto 102
 Grünbaum, Fritz 74
 Grünbaum, Victor (später Victor
 Gruen) 73 f., 78
 Gulick, Charles 78, 228
 Gunther, Frances 61, 229 f.
 Gunther, John 12, 23 f., 60 f., 81, 98,
 103 f., 115, 139, 147 f., 150, 159,
 203 f., 229 f., 302
- Haarhammer, Oberst 156
 Haas, Leontine 246
 Haas, Melanie 222
- Habicht, Theo 123, 125, 134 f.
 Habsburg, Otto 182, 215, 260 f.
 Habsburg, Robert 261
 Hadow, R. H. 167 f.
 Haldane, J. B. S. 171
 Hamilton, Cicely 191
 Hammerstein-Equord, Hans 216
 Halifax, Lord 280
 Hampel', grossdeutscher Abgeordneter
 193
 Hanel, Hans 162
 Hannak, Jacques 41, 127, 176
 Harnisch, Walter 90
 Harvey, Lillian 95
 Hastings, Somerville 191
 Hearst, William Randolph 19, 295
 Hecht, Robert 108, 192
 Heinz, Karl 55
 Helmer, Oskar 37, 133, 135, 201
 Henderson, Arthur 199
 Herlitzka, Ernst 146
 Hertzka, Emil 266
 Hess, Rudolf 280
 Hieringer, Herma 90
 Hilbert, Egon 167 f.
 Hilbert, Josef 183
 Hillegeist, Friedrich 286 f.
 Hirsch, Johann 206
 Hitler, Adolf 27, 51, 92, 99 f., 104 f.,
 115, 117, 120, 125, 134 f., 143, 151,
 168, 181, 184, 187, 199, 202, 210,
 216, 224 f., 229, 242, 245, 248, 250,
 253, 262, 270, 272, 274 ff., 280 ff.,
 290, 296, 302
 Hock, Stefan 89
 Hodza, Milan 249
 Hois, Johann 162
 Holme, Christopher 270 f., 284, 296 f.
 Holoubek, Karl 55, 101 f., 206, 217,
 223
 Holtby, Winifred 191
 Hol'zweber Friedrich 204, 208, 210
 Honner, Franz 222, 245
 Horsnaill, Headley 211 ff.
 Horthy, Nikolaus 34, 86
 Hudl, Paul 209 f.
 Hueber, Franz 75
 Huyn, österreichischer Presseattaché
 in London 270

- Hülgerth, Ludwig 255
Hüttl, Heinrich 145
- Innitzer, Theodor 129, 214
- Jahnel, Friedrich 72, 140, 176, 180 f.,
256 f., 259, 289, 291
Jahnel, Judith 291
Jahoda, Georg 256
Jahoda, Marie 256 ff.
Jaksch, Wenzel 171 f.
Jochmann, Rosa 55, 184
Jonas, Franz 223, 245
Jones, Elwyn 178 f., 240 f.
Jones, Roderick 270
Jorga, Nikolaus 64
Juch, Otto 83
- Kamenew, 266
Kanitz, Otto Felix 55
Kanya, Koloman 248
Karwinsky, Karl 195, 205, 216, 238
Keller, Stefan 31 ff., 57
Kelsen, Hans 53, 108 f.
Kennedy, «Times»-Redakteur 124
Kethly, Anna 91
Kleinberg, Pressephotograph 129
Kleinwächter, Ludwig 282
Knickerbocker, Charles 26
Knightley, Philip 190
König, Berthold 112
Korbei, Eduard 227
Körner, Theodor 149, 166, 201, 227 f.,
267
Kotrba, Rosa 219, 221 f.
Kratky, Josef 90, 146, 245
Kraus, Karl 256
Kreisky, Bruno 223, 245, 247
Kreisler, Fritz 208 ff.
Kresse, Vizebürgermeister von Wien
200
Kreuzhuber, Oberlandesgerichtsrat 154
Kuh, Anton 278
Kuh, Fritz 27 317
Kulcsar, Ilse und Leopold 185, 190
Kunschak, Leopold 133, 137, 251
Kunz, Schutzbündler 150
Kunze, Oberlandesgerichtsrat 235 f.
Kuranda, Hugo Arthur 268 ff.
- Lahr, Vizebürgermeister von Wien
200, 229, 255
Langoth, Franz 214
Langstein, Vater und Sohn 18
Lansbury, George 274 ff.
Lascelles, Betty 171
Layton, Jean 230
Layton, Margaret 297
Layton, Walter 230, 297
Lazar, Rudolf 65
Lazar, Presseattaché 296 f.
Lazarsfeld, Paul 256 f.
Lee, Jennie 46 ff., 91, 128, 274
Lehar, Franz 25
Lehmann, John 190
Leichter, Käthe 55
Leichter, Otto 33, 55, 106, 135, 147,
163, 224
Leitch, David 190
Lemberger, Ernst 119
Leopold, Josef 265, 280, 283
Leser, Norbert 162
Lester, Conrad 245, 278
Leuchter, Erwin 90
Lewis, Sinclair 27
Lichtenstern, Kurt *siehe* Lester,
Conrad
Lindner, Heimwehrfunktionär 162
Lippe, Adolf 24, 97 f.
Longuet, französischer sozialistischer
Politiker 246
Loos, Adolf 231, 276
Löw, Schutzbundführer 136, 226 ff.
Lucas, Robert *siehe* Ehrenzweig,
Robert
Ludvick, Schutzbündler 195 ff.
Ludwig, Eduard 97
Lupescu, Magda 56, 65
- Maass, Emil 24
MacBride, Lawrence 20
MacCormac, John 24, 26
MacDonald, Ramsay 33, 45, 48, 198,
274
Mager, Franz 101 f.
Mahler, Anna 277 ff.
Mahler, Gustav 215, 277 f.
Mahler-Werfel, Alma 215, 277 f.
Maisei, Karl 223

- Maleta, Alfred 238, 285
 Mandl, Fritz 110 f., 277
 Maniu, Julius 56, 59, 63, 68
 Mantler, Karl 279, 287
 Mark, Karl 142 f.
 Markham, Reuben Henry 220, 229,
 231, 297
 Marie, Königin von Rumänien 56, 67
 Marinitsch, Fritz 164 f.
 Masaryk, Thomas 34
 Mars, Hans 170
 Matuska, Sylvester 93
 Maxton, James 47 f., 92
 Maurer, Erna *siehe* Best, Erna
 Meiselmann, Arnold 90
 Messersmith, George 262
 Michalache, Jon 56, 63, 68
 Michael, König von Rumänien 56, 67
 Miklas, Wilhelm 75, 84, 162, 204 f.,
 207, 213, 238, 252
 Mitchison, George 171
 Mitchison, Naomi 146, 163, 165 f.,
 170 f., 179, 190 f., 241
 Morrell, Sydney («Bill») 272
 Morrison, Herbert 45, 189
 Mowrer, Edgar 26
 Moynihah, Lord 191
 Mück, Franz 154 f., 161
 Muff, Generalleutnant 280
 Münichreiter, Karl 141, 152 ff., 161
 Mussolini, Benito 27, 37, 50 f., 65, 72,
 105, 111, 126, 128, 134 f., 194 f.,
 216, 237 f., 240, 242, 248, 250 ff.,
 272, 274 ff.
 Nenning, Günther 163
 Neubacher, Hermann 264
 Neuhaus, Elfriede 44
 Neuhaus, Rudolf 44
 Neumann, Hugo Arthur 24, 123 f.,
 229 ff., 295
 Neurath, Direktor der Credit-Anstalt
 96
 Neurath, Konstantin 264, 268, 284
 Neustädter-Stürmer, Odo 205, 238,
 264 f.
 Noel-Baker, Philip 91
 Noel-Buxton, Lord 199
 Nypels, George 204

- Opravil, Max 201
 Osio, Alois 246 f.
 Page, Bruce 190
 Pamer, Polizeivizepräsident 76
 Panizza, Todor 35
 Panton, Selkirk 125, 191
 Papen, Franz von 104, 253, 280 f.
 Parker, John 240 ff.
 Paul, Ernst 181
 Paul, Prinzregent von Jugoslawien
 252
 Paul-Boncour, Joseph 125
 Payer, ungar. Sozialdemokrat 86 f.
 Pembaur, «betont-nationaler» Poli-
 tiker 265
 Pernter, Hans 278
 Perutz, Leo 208
 Pfrimer, Walter 79, 93 f.
 Philby, Harold («Kim») 190 f.
 Pickett, Clarence 211
 Pistiner, Jakob 63, 65 f.
 Pittermann, Bruno 28
 Planetta, Otto 208, 210
 Platzer, Antonie 186
 Pleyl, Josef 181
 Pollak, Marianne 31, 46, 55, 172 f.,
 190, 205, 246, 273
 Pollak, Oscar 31 ff., 36, 46, 55, 73,
 79, 86 f., 93, 119, 141, 168, 172 f.,
 205 f., 224 f., 246, 273
 Pollit, Walter 102
 Popp, Franz 134
 Postranecky, Hella 201
 Powalatz, Presserichter 73
 Preminger, Isidor 285
 Price, Philips 246
 Prinke, Franz 279
 Probst, Otto 223, 245
 Proft, Gabriele 201
 Proksch, Alfred 123
 Proksch, Anton 223, 245
 Püregger, Luise 219, 294
 Raab, Julius 52 f.
 Radaceanu, Lothar 66 f.
 Radek, Karl 266
 Rainer, Luise 92
 Rakosi, Matthias 130

- Ramek, Rudolf 117, 193
 Rauchenberger, Viktor 162
 Rauscher, Franz 224, 245
 Redler, Beamter des Bundespresse-
 dienstes 269 f.
 Redlich, «Arbeiter-Zeitung»-Redak-
 teur 101
 Reed, Douglas 229 f., 295
 Reither, Josef 133, 136, 251, 260 f.
 Renner, Karl 84, 113, 116 f., 127, 133,
 279
 Rhondda, Lady 191
 Richter, Gustav *siehe* Buttinger,
 Joseph
 Richter, Oswald 195
 Rieth, Kurt 205
 Rintelen, Anton 73 f., 123, 203 f.
 Riss, Heinrich 277 f.
 Robson, John 174
 Röhm, Ernst 202
 Roosevelt, Franklin D. 199, 300
 Roscher, Heinz 146, 154 ff., 183
 Rothschild, Louis 82, 96
 Rowntree, Arnold 174
 Royden, Maude 191
- Sachs, belgischer sozialistischer Re-
 dakteur 172
 Sailer, Karl Hans 55, 186, 205, 217,
 222 ff., 243 ff., 254, 289 f.
 Sailer, Nuna (Erna) 247, 290
 Sanza, italienischer Korrespondent 25
 Seaman, Bob 234
 Seeckt, Hans von 111
 Seefehlner, Egon 112 f.
 Seeliger, Emil 41
 Segrue, John 297
 Seipel, Ignaz 28, 30, 36 f., 75, 80,
 84 f., 104 f.
 Seitz, Karl 30, 54, 76, 89, 95, 100 f.,
 117, 127, 201, 226, 291
 Selby, Sir Walford 125, 197 ff., 201 f.›
 207, 229, 237, 241, 251, 262
 Sever, Albert 201
 Sewczik, Ministerialrat 230
 Seyss-Inquart, Arthur 264 f., 281, 283
 ff., 291
 Shirer, Theresa 61
 Shirer, William 24, 61, 302
- Silverman, Sydney 254
 Simon, John 125, 198
 Simon, Josef 162, 182, 265
 Sinowjew, Georgij 266 f.
 Sladek, Josef 183
 Smith, Walter 199
 Smeykal, Johann 191
 Sobek, Franz 282
 Sokol'nikow, sowjetischer Minister 266
 Southwood, Elias Lord 40
 Speiser, Paul 126
 Sperl, Hans 148, 150
 Sperlich, Ludwig 181, 183 f.
 Spitzer, Henker 164 f.
 Srom, Josef 261, 293
 Suchenwirth, NS-Gemeinderat von
 Wien 100
 Suppan, Paul 164
 Sussmann, Heinrich 290
 Suvich, Fulvio 135
 Swoboda, Emil 162
 Szeder, Franz 87 ff.
- Schärf, Adolf 118 f.
 Scheibein, Wilhelm 116
 Scheu, Andreas 275 f.
 Scheu, Gustav (Vater des Verfassers)
 33, 141, 196, 203, 221, 231, 264,
 266
 Scheu, Helga (Kind des Verfassers)
 60, 274
 Scheu, Herta (Gattin des Verfassers)
 95, 121, 127, 141, 189 f., 220 f.,
 273 f., 293 f.
 Schevenels, Walter 173, 176
 Schick, Paul 222
 Schlegel, Josef 149 f.
 Schmidt, Guido 189, 254, 274, 281
 Schmitz, Richard 75, 117, 205
 Schneider, evangelischer Pfarrer 189 f.
 Schneider, Marie 257
 Schneidmadl, Heinrich 133
 Schober, Johann 28 ff., 37, 53 f., 73,
 76, 78, 80 ff., 85, 105
 Scholefield, Robert 268
 Scholz, Willy 186
 Schönburg-Hartenstein, Aloys 188
 Schöpfer, Generaldirektor der Bundes-
 bahnen 113
 Schorsch, Johann 132, 149

- Schossberger, Hugo 17
 Schulz, Journalist 17
 Schuschnigg, Kurt 108, 161 f., 165, 184, 189, 204 ff., 214 f., 223, 228 ff., 233 f., 237 f., 240 ff., 248, 250 ff., 258, 260 f., 264 f., 268, 272 f., 275 ff., 280 ff., 287, 289 f., 291
 Schuschnigg, Vera 215
 Schwarz, Journalist 16 f.
 Schwarz, Schutzbündler 183
 Schwarzwald, Eugenie 256
 Schweikart, Hans 92
- Stalin, Joseph 187, 245, 266
 Stanek, Josef 162
 Starhemberg, Ernst Rüdiger 37 f., 49 f., 52, 72, 75 ff., 94, 107, 110 f.» 124, 129, 133, 176, 185, 188 f., 194, 216, 232 f., 235, 238, 248 ff., 254 f., 261, 277
 Staud, Johann 238, 279
 Steidle, Richard 79, 124
 Steinitz, Heinrich 179, 195
 Stephens, Pembroke 24, 57 ff., 71 f., 142
 Stevenson, William 232
 Stiberitz, Therese *siehe* Shirer, Theresa
 Stürbey, Prinz 56
 Stockinger, Friedrich 291
 Stolz, Robert 51
 Strafella, Franz 73, 75
 Straffner, Sepp 117 f.
 Strauss, George Russell¹ 48
 Strauss, Peter 134
 Strobl, Ludwig 251
 Stürgkh, Karl 273
- Tanner, Väinö 70
 Tavs, Leopold 265, 279 f.
 Thomas, James H. 125
 Thompson, Dorothy 27
 Thury, Elisabeth 298
 Trotzki, Leo 267
 Tyrnauer, Alfred 20, 24, 26, 295
- Ulbricht, Walter 102 320
 Unruh, Fritz 92
 Urbas, Emmanuel 231 f., 272 f., 290
- Vadnay, Emil 24, 26, 231, 297
 Vandervelde, Emile 91
 Vandervelde, Jeanne 246
 Vansittart, Robert 125
 Vaugoin, Carl 72 ff., 77, 103, 124, 129
- Wächter, Otto 210
 Wagner, Ludwig 33, 102, 169
 Wagner, Willi 158
 Wallisch, Koloman 94, 110, 163 ff., 179, 191, 198
 Wallisch, Paula 163, 165, 191
 Warbasse, James Peter 69 f.
 Waschnigg, Karl 279
 Wasserbäck, Erwin 125
 Weidenhoffer, xxxxxxx 96 f.
 Weigelt, Adolf 279
 Weiser, Hofrat und Chef der Staatspolizei 172, 220 f., 232 f., 235, 278
 Weissei, Georg 142, 156, 161 f.
 Weissmann, Alfred 246
 Wels, Otto 90 ff., 127
 Werfel, Franz 215, 277
 Werner, Anton 154
 Werner, O. E. 24
 Wertheimer, Egon 47
 Wiesner, Friedrich 261
 Wilhelm, Prozess vorsitzender 208
 Wilkinson, Ellen 46, 48
 Williams, J. Emlyn 24
 Wilson, Harold 47, 169
 Wilson, Woodrow 25
 Winkler, Franz 79, 84, 129
 Winter, Ernst Karl 200 ff., 206, 238
 Winsauer, christlichsozialer Abgeordneter 193 f.
 Wirlander, Stefan 245
 Wise, Frank 48, 79
 Wisshaupt, Walter 181
 Woolf, Virginia 191
 Wodak, Walter 287
- Zartl, Franz 158
 Zeisel, Hans 256
 Zernatto, Guido 189, 254
 Zerner, Lisi 246
 Znidaric, Theodor 251
 Zog, König von Albanien 35
 Zöllner, Erich 194